Pascal Beucker
Frank Überall

Endstation Rücktritt !?

Warum deutsche Politiker einpacken

2011

Bouvier

Covergestaltung: Pascal Beucker

ISBN 978-3-416-03344-3

© Pascal Beucker / Frank Überall

Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung der Autoren ist es auch nicht gestattet, das Werk oder Teile daraus fotomechanisch zu vervielfältigen oder auf Datenträger aufzuzeichnen. Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier.

INHALT

VORWORT: **Sag‘ beim Abschied leise Servus** **8**

KAPITEL 1: **Kleine Phänomenologie des Rücktritts** **11**
Von freiwilligen und unfreiwilligen Abgängen
Eine Frage des Maßstabs 14 / Kühle Kosten-Nutzen-Rechnung 17 / Der freiwillige Rücktritt 19 / Der unerwartete Rücktritt 22 / Politik als Droge 26 / Die Kunst des richtigen Zeitpunkts 29 / Rücktritt statt Rausschmiss 34 / Rausschmiss statt Rücktritt 36

KAPITEL 2: **Die Aufrechten** **41**
Wenn die eigene Überzeugung zum Karrierehindernis wird
Der aufrechte Gang als Karrierehindernis 43 / Der christliche Demokrat und die Wiederbewaffnung: Gustav Heinemann 46 / Die Bürgerrechtlerin und ihr Kampf gegen die Stasi: Marianne Birthler 53 / Die Liberale und der „Große Lauschangriff“: Sabine Leutheusser-Schnarrenberger 58 / Der Linke und der verlorene Machtpoker: Oskar Lafontaine 64

KAPITEL 3: **Die Verantwortlichen** **73**
Wenn das Versagen anderer zum eigenen Abtritt führt
Die Sozialsenatorin und der Fall Kevin: Karin Röpke 77 / Der Innenminister und die Toten von Bad Kleinen: Rudolf Seiters 81 / Der große Blonde und die Rüstungsgeschäfte: Gerhard Stoltenberg 84 / Die bespitzelte Lichtgestalt: Willy Brandt 86 / Interpretationsfragen 91

KAPITEL 4: **Die Sünderlein** **96**
Wenn zu gute „Nehmerqualitäten“ zur Stolperfalle werden
Die Verlockungen des Geldes 97 / Hauptsache, es bleibt in der Familie 100 / Goldgräberstimmung im Osten 102 / Wer zu Späth kommt, bezahlt die Spesen 103 / Das schwere Erbe und die Amigos: Max Streibl 107 / Der Genießer und seine Gönner: Gerhard Glogowski 109 / Der altgediente Genosse und die Flugreisen: Heinz Schleußer 113 /

Der flinke Linke und seine Bonusmeilen: Gregor Gysi 118 /
Der Generalsekretär und seine Nebeneinnahmen: Laurenz Meyer 122 /
Auf Konzernkosten 130 / Der Sportsfreund und seine
Fußballleidenschaft: Reinhard Klimmt 133

KAPITEL 5: **Schlechte Redner und falsche Doktoren** **140**
Wenn persönliche Verfehlungen und Fehlleistungen
Politiker scheitern lassen
Verbale Ausrutscher 144 / Und ewig lockt der Nazi-Vergleich 149 /
Der Bundestagspräsident und das braune „Faszinosum“: Der Fall
Philipp Jenninger 153 / Der falsche Doktor: Karl-Theodor Freiherr von
und zu Guttenberg 159 / Copy&Paste-Politiker 164

KAPITEL 6: **Die begehrenden Politiker** **167**
Wenn das Private politisch wird
Seitensprung ins Aus 169 / Ein Fall für den Staatsanwalt 171 / Telefonsex
im Landtag 173 / Der „grapschende“ Abgeordnete 175 / Der Fall Heinz
Eggert 177 / Probleme mit der „richtigen“ Orientierung 182 / Die
Tragödie des Helmuth von Grolman 183 / Gesellschaftliche Wandlungs-
prozesse 185 / „Ich bin schwul, und das ist gut auch gut so“ 186

KAPITEL 7: **Die Skandalösen** **191**
Wenn mit dem Rücktritt noch nicht alles erledigt ist
Wenn der Skandal System hat 193 / Der schwarze Kanzler mit
den schwarzen Kassen 194 / Wenn der Kölner Danke sagt 199 /
Große Koalition der Trickser 204 / Vom Aufstieg und Fall des
Jürgen W. Möllemann 205 / Manfred Kanther und die „jüdischen
Vermächtnisse“ 214 / Nicht weit vom Stamm gefallen: Monika
Hohlmeier 221 / „Waterkantgate“ in Kiel: Der Fall Barschel 234 /
Das gefallene Opfer: Björn Engholm 240

KAPITEL 8: **Der lange Schatten der Vergangenheit** **242**
Über die Schwierigkeiten im Umgang mit dem Nationalsozialismus
„Kommunikatives Beschweigen“ 244 / Adenauers belastete Weg-gefähr-
ten 246 / Der Verfassungsprofessor und der „Führerauftrag“: Der Fall

Theodor Maunz 248 / Der „furchtbare Jurist“ und seine Erinnerungslücken: Der Fall Hans Karl Filbinger 252 / Die Partei mit Zukunft und ihr Kandidat mit Vergangenheit: Der Fall Werner Vogel 263 / Wandlungsprozesse und Kontinuitäten 269 / Fehlende Aufarbeitung 271

KAPITEL 9: **VEB Horch & Guck** **275**
„Kundschafter“ im Kalten Krieg und Spitzel für die vermeintlich „gute Sache“
Der Fall Alfred Frenzel 277 / Der Fall Wilhelm Vollmann 278 / Der Fall Kurt Wand 281 / Der Fall Gerhard Flämig 283 / Der Fall Adolf Kanter 284 / Der Fall William Borm 287 / Der Fall Dirk Schneider 291 / „Realsozialistische“ Altlasten 295 / Der Fall Jutta Braband 297 / Der Fall Ibrahim Böhme 298 / Der Fall Lothar de Maizière 300 / Die Linkspartei und die Stasi 303 / Der Fall Rainer Börner 304 / Der Fall André Brie 306 / Fehlende Glaubwürdigkeit 309

KAPITEL 10: **Tief gefallen** **311**
Wenn der Rücktritt erst der Anfang vom Abstieg ist
Der Fall Hans-Otto Scholl 311 / Der Fall Jochen Wolf 313 / Der Fall Günther Krause 315 / Der Fall Karl Wienand 322

KAPITEL 11: **„Dieser Schnappschuss hat mich gekillt“** **325**
Über die Rolle der Medien
Die Rücktrittsmacher 327 / Komplizierte Beziehungskiste 330 / In herzlicher Abneigung verbunden 333 / Ein ehrbares Handwerk – trotz alledem 335

ANHANG: **Rücktritte – Eine Auswahl** **338**
Rücktritte aus Bundesregierungen und anderen Bundesämtern 338 / Rücktritte aus Landesregierungen seit der Gründung der Bundesrepublik 342

Literaturverzeichnis **357**

Personenverzeichnis **362**

VORWORT

Sag‘ beim Abschied leise Servus

Die letzten Arbeiten für dieses Buch standen kurz vor dem Abschluss, da sorgte schon wieder ein Rücktritt für Aufsehen: Christian von Boetticher, Partei- und Fraktionsvorsitzender der CDU in Schleswig-Holstein, stürzt über die Liaison mit einem minderjährigen Teenager. „Ja, es ist wahr, ich hatte mich im Frühjahr 2010 in eine junge Frau verliebt und bin mit ihr mehrere Monate zusammen gewesen“, gesteht der designierte CDU-Spitzenkandidat für die anstehende Landtagswahl Mitte August 2011 unter Tränen ein. Seine „sehr ungewöhnliche Liebe“ zu der damals 16-Jährigen sei „zwar rechtlich legal, trifft aber bei vielen Menschen auf verständliche moralische Vorbehalte“. Er habe „keinen privaten, wohl aber den politischen Fehler gemacht“.

Der Fall zeigt, dass nicht alles, was legal, auch für einen Politiker erlaubt ist. Er unterliegt anderen Maßstäben, und zwar nicht zuletzt denen jener, deren Stimmen er gewinnen will. Die Liebelei von Boettichers stand in einem allzu großen Widerspruch zu den Moral- und Wertvorstellungen der christlich-konservativen Wählerklientel der Union. Wäre er Mitglied der Grünen, hätten sich deren Anhänger wohl mehr daran gerieben, dass er „Alter Herr“ einer pflichtschlagenden Studentenverbindung ist.

Wer sich mit der Geschichte des Politikerrücktritts in der Bundesrepublik beschäftigt, stößt immer wieder auf vergleichbare Beispiele, in denen das Private politisch geworden ist. Demissionen sind zugleich Indikatoren für gesellschaftliche Wandlungsprozesse. Konventionen ändern sich. Was in den sechziger Jahren als Rücktrittsgrund galt, ist mitunter heutzutage nicht einmal mehr eine Kurzmeldung wert. Dass damals ein sozialdemokratischer Erster Bürgermeister Hamburgs sich zum Abtritt gezwungen sah, nachdem die Trennung von seiner Frau öffentlich wurde, ist inzwischen kaum mehr vorstellbar. Gut möglich, dass in ein paar Jahren auch

die Beziehung eines Christdemokraten zu einer 16-Jährigen keinen Anstoß mehr erregt.

Eine Kontinuität dürfte jedoch bleiben: Die Verquickung von Amt und Privatinteressen war und ist der häufigste Grund für den Rücktritt eines Politikers. So unerfreulich sie sind, machen die entsprechenden Fälle allerdings nur ein Kapitel von vielen in diesem Buch aus. Es geht uns nicht um die antiaufklärerische „Entlarvung" der Politik als „schmutziges Geschäft". Vom Phänomen des Rücktritts aus betrachtet, haben wir vielmehr versucht, ein facettenreiches Sittengemälde bundesdeutscher Nachkriegsgeschichte zu zeichnen. Dass dabei auch die Skandale und Affären der Republik ihren gebührenden Platz finden, kann nicht ausbleiben. Aber: Sie sind nicht alles.

Etliche Rücktritte erregten die Gemüter. Wenige, wie der von Bundeskanzler Willy Brandt 1974, haben sich tief ins kollektive Gedächtnis der Republik eingebrannt. Viele sind längst vergessen. Nicht selten zu Unrecht. In diesen Fällen haben wir sie wieder aus dem Nebel der Vergangenheit hervorgezogen. Manchmal aber auch zu Recht. Reinhard Rauball ist ein erfolgreicher Fußballfunktionär. Dass der Präsident des deutschen Meisters Borussia Dortmund Ende der neunziger Jahre einen kurzen wie erfolglosen Ausflug in die Politik wagte, ist heute nur noch eine belanglose Randglosse. Rauballs Scheitern als Justizminister in Nordrhein-Westfalen nur wenige Tage nach seiner Ernennung sorgte seinerzeit für heftige Schlagzeilen. Häufig lässt sich erst in der Rückschau die wirkliche Bedeutung eines Rücktritts ermessen. Karl-Theodor zu Guttenbergs Abgang im März 2011 bewegte die Republik. In zehn, zwanzig Jahren wird er möglicherweise nur noch als Fußnote verbucht sein. Horst Köhlers Rücktritt wird in Erinnerung bleiben, weil er der erste „mit sofortiger Wirkung" vom Bundespräsidentenamt war. Aber wird auch Köhler in Erinnerung bleiben?

Die Liste der Politiker, die in der Geschichte der Bundesrepublik zurückgetreten sind, ist so lang wie facettenreich. Manche verschwanden in der Versenkung. Andere schafften das Comeback, wie Gustav Heinemann oder Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Ihre Beispiele belegen auch, dass, wer sein Amt niederlegt, damit

noch nicht automatisch seine Reputation verliert. Von A wie Konrad Adenauer bis Z wie Walter Zuber: In der deutschen Nachkriegsgeschichte gab es bislang mehr als 330 Rücktritte aus Bundes- und Länderregierungen. Am Ende des Buches haben wir sie in einer tabellarischen Übersicht aufgelistet. Alleine im Zeitraum vom erstmaligen Erscheinen unseres Buches bis zu dieser Neuauflage sind 45 Rücktritte hinzugekommen. Wir haben uns darauf konzentriert, zu sortieren, einzuordnen und Zusammenhänge aufzuzeigen. Enzyklopädische Vollständigkeit ist deshalb nicht unser Anspruch, eine möglichst umfassende Bestandsaufnahme schon. Jede Demission ist ein solitäres Ereignis, jede hat ihren eigenen Grund und Anlass. Doch es gibt immer wieder Parallelen. Sie zu erkennen, hilft bei der Bewertung ebenso, wie die Herausarbeitung der Unterschiede. Die Analyse von Rücktritten ist immer auch eine spannende Analyse von politischen Prozessen, die mit ihnen verbunden sind, bisweilen jedoch im Verborgenen ablaufen.

Vor mehr als fünf Jahren erschien im Econ-Verlag die erste Ausgabe unseres Buches. Seitdem hat sich die politische Landschaft gehörig verändert. Im Frühjahr 2006 war in Berlin noch die Große Koalition am Werk. In Hamburg und Hessen regierten Ole von Beust und Roland Koch jeweils mit absoluter Mehrheit. Der SPD-Vorsitzende hieß Matthias Platzeck, Lothar Bisky stand der Linkspartei vor und Guido Westerwelle war kein Außenminister, aber dafür noch Chef der FDP. Kaum jemand jenseits der Union kannte den Namen von Karl-Theodor zu Guttenberg. Wäre damals jemand auf die Idee gekommen, die Dissertation des Bundestagshinterbänklers mit den guten Manieren nach Plagiaten zu durchforsten, hätte er schlechte Karten gehabt: Sie war noch gar nicht geschrieben. Seinen inzwischen wieder aberkannten Doktortitel bekam der fränkische Adlige erst ein Jahr später verliehen.

Es ist also höchste Zeit für eine gründlich überarbeitete, aktualisierte und erweiterte Neuausgabe. Wir danken dem traditionsreichen Bonner Verlag Bouvier, dass er uns diese Möglichkeit gegeben hat.

Pascal Beucker, Frank Überall
September 2011

KAPITEL 1

Kleine Phänomenologie des Rücktritts

Von freiwilligen und unfreiwilligen Abgängen

Nicht immer liegt der Fall so einfach wie bei dem Christdemokraten Christoph Palmer. Auf der Feier nach der Wiederwahl des Stuttgarter Oberbürgermeisters Wolfgang Schuster war der baden-württembergische Staatsminister zu vorgerückter Stunde in Streit mit dem Waiblinger Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer geraten. Laut Augen- und Ohrenzeugenberichten soll Palmer dabei Pfeiffer zunächst als „Drecksau", „Rädelsführer" und „Verräter" beschimpft haben. Nach dieser Ouvertüre machte Palmer etwas, was er besser gelassen hätte: Er versetzte Pfeiffer zwei kräftige Ohrfeigen. Welche Konsequenz der bis dahin in der Union als politisches Talent gehandelte Palmer daraus zu ziehen hatte, dass er seinem Parteifreund nach gutem altem Landesbrauch „lenks ond rechts oine an'd Backa nag'haut hot", war klar: Am Tag danach, als er sich wieder beruhigt hatte, trat der 42-jährige Schwabe vor die Presse in Stuttgart. Ohne Ausflüchte räumte Palmer die Ohrfeigen ein – und erklärte seinen Rücktritt. Er bitte „die Öffentlichkeit um Verständnis, dass Menschen, auch wenn sie Minister sind, nicht ohne Emotionen sind". Zwar bedauere er den Vorfall und habe sich bereits bei Pfeiffer entschuldigt, „das heilt aber den Vorgang nicht". Denn, so erklärte Palmer: „Ein Minister muss sich untadelig verhalten." Ein schneller, konsequenter Abgang.

Der Fall ist untypisch. Dass ein Politiker ohne langes Lamentieren von der Bühne tritt, wie es Christoph Palmer am 24. Oktober 2004 tat, kommt selten vor. Allerdings war bei ihm das Fehlverhalten eindeutig. Bei einem tätlichen Übergriff gibt es keinen Interpretationsspielraum mehr. Doch das ist die Ausnahme. Wann ist ein

Regelverstoß ein Regelverstoß? Wann ist der Fehltritt so gravierend, dass jemand seinen Posten räumen muss? Verbindliche Standards fehlen – und es dürfte nicht gelingen, sie aufzustellen.

In einem Katalog buchhalterisch aufzulisten, welches Fehlverhalten unter welchen Voraussetzungen zwangsläufig zum Rücktritt zu führen hat, ist schlicht unmöglich. Über den Umfang der Liste wäre kein gesellschaftlicher Konsens herzustellen. Wie divergierend die Maßstäbe sind, hat kein Ereignis so deutlich gemacht, wie die Plagiatsaffäre des CSU-Politikers Karl-Theodor zu Guttenberg im Frühjahr 2011. Wochenlang tobte in der Öffentlichkeit ein erbitterter Streit: Die einen sahen in seinem erschummelten Doktortitel einen handfesten Betrug, die anderen ein lässliches Kavaliersdelikt. Die einen forderten empört den Rücktritt des adligen Verteidigungsministers, die anderen sahen ihn als Opfer einer bösartigen Kampagne. „Guttenberg ist ein Mogelpeter vor dem Herrn", schimpfte der konservative Publizist Arnulf Baring in der *Welt*. In der *Bild-Zeitung* forderte Kolumnist Franz Josef Wagner: „Macht keinen guten Mann kaputt. Scheiß auf den Doktor." Von einem „Kulturkampf um einen Angebeteten" schrieb der promovierte Politikwissenschaftler und Journalist Florian Güßgen auf *stern.de*.

„Der einzige zwingende Rücktrittsgrund wären nachgewiesene Straftaten eines Amtsinhabers", schreibt der Historiker Michael Philipp in seinem Buch *Persönlich habe ich mir nichts vorzuwerfen*. Aber auch dieses Kriterium gelte nur theoretisch. Deshalb erfolgten viele Rücktritte bereits, wenn ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werde. Manch Politiker zeigt jedoch größeres Stehvermögen und bleibt beim Marsch durch die Instanzen auf seinem Posten. Der spätere Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann blieb Generalsekretär der CSU, nachdem er 1960 wegen „fahrlässigen Falscheides" in der Münchner Spielbank-Affäre zu vier Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt wurde. Sein Bundestagsmandat behielt „Old Schwurhand" ebenfalls. Ein Jahr später wurde der Volljurist in einem zweiten Prozess freigesprochen, weil ihm ein medizinisches Gutachten bescheinigte, zum Zeitpunkt des falschen Eides habe eine Überfunktion seiner Schilddrüse zu „Unterzuckerung des Blutes und verminderter geistiger Leistungsfähigkeit" geführt. Mit diesem

„Jagdschein“ setzte Friedrich Zimmermann seine politische Karriere unverdrossen fort. Sie führte ihn bis ins Bundeskabinett.

Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus verursachte Anfang Januar 2009 in seinem Winterurlaub auf der österreichischen Riesneralm einen schweren Skiunfall, bei dem eine 41-jährige Frau ihr Leben verlor und er selbst schwer verletzt wurde. Obwohl der CDU-Politiker im März 2009 von einem Gericht in Österreich wegen fahrlässiger Tötung zu einer Geldstrafe in Höhe von 33.300 Euro und einem Schmerzensgeld von 5.000 Euro verurteilt wurde, was etliche Juristen als ein zu mildes Urteil ansahen, nahm er nach dem Auskurieren seiner Verletzungen im April 2009 wieder die Regierungsgeschäfte auf. Erst nachdem die CDU mit ihm an der Spitze bei der Landtagswahl am 30. August 2009 die absolute Mehrheit verloren hatte und es auch nicht zu einer Koalition mit der FDP reichte, trat Althaus am 3. September 2009 als Ministerpräsident und Landesvorsitzender der thüringischen Christdemokraten zurück. Zuvor hatte die SPD erklärt, nur unter der Voraussetzung seines Rückzugs zu einer Zusammenarbeit mit der Union bereit zu sein.

Wann ein Politiker zurücktreten muss, hängt nicht allein von dem Regelverstoß ab, der ihm vorgeworfen wird. Er ist nur *ein* Faktor, und nicht unbedingt der maßgebliche. Ein Rücktritt hat zwar einen auslösenden Anlass, aber in der Regel eine Reihe von Ursachen. Der Zeitpunkt der Aufdeckung eines Regelverstoßes spielt eine wichtige Rolle. Kurz vor einer Wahl ist die Gefahr, zu stolpern, weitaus größer als in der Mitte der Legislaturperiode. Die Dynamik der Berichterstattung ist ebenfalls nicht unbedeutend: Was sich in einem Fall zum medialen Tornado entwickelt, flaut im anderen schnell zum lauen Lüftchen ab.

Nicht zuletzt kommt es auf den Umgang des beschuldigten Politikers mit den gegen ihn erhobenen Vorwürfen an, also darauf, ob sein Krisenmanagement funktioniert. „Vor allem für jene Politiker, die seit Jahrzehnten an der Macht sind und bereits unzählige Krisen überstanden haben, ist die Gefahr offensichtlich groß, dass sie die Skandalwirkung eigenen Fehlverhaltens unterschätzen“, schreiben

Elisabeth Niejahr und Rainer Pörtner in ihrem Buch *Joschka Fischers Pollenflug und andere Spiele der Macht*. Besonders rücktrittsgefährdet seien jene Politiker, „die der Arroganz der Macht erliegen und deshalb die Gefahren einer aktuellen Krise nicht frühzeitig und klar genug erkennen".

Letztlich entscheidend ist, ob der betroffene Politiker über eine ausreichende Rückendeckung in den eigenen Reihen verfügt. Reicht sie nicht, hat er verloren, sein Abgang ist besiegelt – und zwar unabhängig davon, wie gravierend die Angriffe sind. Politiker träten selten zurück, weil sie eine grundsätzlich falsche Politik vertreten, gegen Gesetze verstoßen oder andere schwere Fehler begangen haben, erklären Niejahr und Pörtner. In den meisten Fällen würden sie „über scheinbar nebensächliche Affären, über einen an sich verzeihlichen Fauxpas oder eine kleine Lüge" stolpern. Zum Rücktritt führten diese Fehler „in der Regel nur dann, wenn der Betroffene aufgrund anderer Umstände in der eigenen Partei oder der Öffentlichkeit ohnehin einen schwachen Rückhalt hat, der nun gänzlich verloren gegangen ist". Was Öffentlichkeit, Regierung und Partei dem einen durchgehen ließen, bräche dem anderen das Genick, konstatiert auch Michael Philipp: „Wo dieser mit Tadel und Ermahnung davonkommt, muss jener mit Schimpf und Schande die Koffer packen."

Eine Frage des Maßstabs

Manche Rücktritte ähneln sich, aber keiner gleicht dem anderen. Zu unterschiedlich sind die zeitlichen Abläufe, die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, die individuellen wie allgemeinen Gründe für die Demission eines Politikers. Je nach politischem Standort mag der Beobachter einen Rücktritt für berechtigt oder unberechtigt halten. „Man muss kein Moralist sein, um zu erkennen, dass hohe Staatsdiener sich andere, strafrechtlich gar nicht relevante Maßstäbe gefallen lassen müssen", schrieb einmal der *Spiegel*-Herausgeber Rudolf Augstein. Doch was heißt das konkret? Diese Frage stellt sich nicht nur für Politiker, sondern für all diejenigen, denen eine gesellschaftliche Vorbildfunktion zugebilligt wird

oder die sie für sich in Anspruch nehmen. Bestes Beispiel ist der Fall Margot Käßmann. Seit 2009 Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) wurde sie im Februar 2010 von der Polizei erwischt, wie sie nachts angetrunken eine rote Ampel überfuhr. 1,54 Promille Alkohol hatte sie im Blut.

Die Reaktionen auf den Vorfall hätten unterschiedlicher nicht ausfallen können. „Wer betrunken Auto fährt, verliert seine Vorbildfunktion", sprach ihr Markus Horeld auf *zeit.de* die Eignung als EKD-Vorsitzende ab. Bliebe sie im Amt, verlöre sie „ihre bislang größte Stärke: mit der Macht der Moral zu sprechen". Auf *stern.de* befand Manuela Pfohl hingegen: „Auch Vorbilder dürfen Fehler machen." Zwar sprach der Rat der EKD Käßmann einstimmig sein Vertrauen aus und sicherte ihr vollen Rückhalt zu – trotzdem entschied sich die Landesbischöfin der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover zum Rücktritt von allen kirchlichen Ämtern. Sie habe einen „schweren Fehler gemacht, den ich zutiefst bereue", und wolle „nicht darüber hinwegsehen, dass das Amt und meine Autorität als Landesbischöfin sowie als Ratsvorsitzende beschädigt sind", begründete sie ihren Entschluss. Ihre „Freiheit, ethische und politische Herausforderungen zu benennen und zu beurteilen", wäre künftig eingeschränkt gewesen, schrieb Käßmann in ihrer Rücktrittserklärung.

Ihr Rückzug war menschlich verständlich. Aber war er auch richtig? Während zahlreiche Medien ihre Demission als folgerichtig oder vorbildlich begrüßten, kritisierte Alice Schwarzer die Entscheidung Käßmanns scharf. Es sei „falsch, dass sie diese dramatische Konsequenz gezogen hat", schrieb Schwarzer auf *Spiegel Online*. „Falsch für uns Frauen, falsch für die fortschrittlichen ProtestantInnen in Deutschland – und falsch für sie selbst." Es sei nicht verwegen zu behaupten: „Ein Mann in der Lage wäre nicht zurückgetreten!" Man hätte die Geschichte „vermutlich auch gar nicht als so skandalös empfunden", meint Schwarzer. Womit sie wohl recht haben dürfte, wie zahlreiche Beispiele belegen. Der CSU-Politiker Otto Wiesheu etwa hielt es nicht einmal für nötig, sein Landtagsmandat zurückzugeben, nachdem er volltrunken mit 1,75 Promille

einen Autounfall verursacht hatte, bei dem er einen Menschen tötete. Später stieg er auf bis zum bayerischen Staatsminister für Wirtschaft, Technologie – und Verkehr. Aber macht das die Trunkenfahrt Käßmanns akzeptabler?

Mit ihrem Rücktritt bestätige sie „jene moralischen Maßstäbe, an deren Geltung sich so viele stören", schrieb Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse in der Kirchenzeitung *Der Sonntag*. Sie habe nicht unbedingt zurücktreten müssen, ihre Entscheidung sei „gewiss nicht" alternativlos gewesen. Aber sie habe sich „in Freiheit und Demut so entschieden". Das verdiene „dankbaren Respekt, auch wenn ich traurig bin über den Verlust". Gleichwohl bleibt ein leichter schaler Beigeschmack. Mit ihrem Rücktritt hat Käßmann all denjenigen einen großen Gefallen getan, die eine selbstbewusste Frau an der Spitze der EKD stets als ärgerlichen Betriebsunfall empfanden – egal ob besoffen oder nüchtern. An den erzkonservativen Christenstammtischen beider Konfessionen dürften die Sektkorken geknallt haben.

Ende März 2010 wurde Käßmann wegen fahrlässiger Trunkenheit im Verkehr zu einer Geldstrafe verurteilt, außerdem wurde ihr die Fahrerlaubnis entzogen. Auf die Einlegung von Rechtsmitteln verzichtete sie. Ihrer Popularität haben Rücktritt und Verurteilung keinen Abbruch getan, im Gegenteil: In der Bevölkerung ist Margot Käßmann heute beliebt wie nie.

Die Offenheit, mit der Käßmann ihren Fehler eingestand, unterscheidet sie von etlichen Politikern. Um politische Mitstreiter und Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass die gegen sie erhobenen Vorwurf unbegründet sind, lügen manche offensiv, andere versuchen, ihre Verfehlung herunter zu spielen. Nicht wenige verstehen einfach nicht, warum das, was sie getan haben, überhaupt schlimm sein soll. Eine beliebte Ausrede, mit der sich ertappte Politiker rechtfertigen, trägt den Titel von Mozarts Oper: „Così fan tutte" – so machen's doch alle. Wenn dieses „Argument" nichts nützt, treten sie ohne das Eingeständnis persönlicher Schuld zurück. Der Demissionierte zelebriert sich als das Opfer einer Kampagne des politischen Gegners oder „der Medien". Um das Gesicht zu wahren, be-

gründet der von einem Amt, Mandat oder einer Funktion Abschiednehmende seinen Schritt mit „Rücksichtnahmen“ gegenüber Partei oder Familie oder mit der Übernahme politischer Verantwortung. Selbst der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel, dessen schmutzige Tricks den britischen *Observer* von einem „German Watergate“ schreiben ließen, übernahm 1987 bei seinem späten Rücktritt nur die „politische Verantwortung“ für die kriminellen Machenschaften in seiner Staatskanzlei, von denen er nichts gewusst haben wollte.

Kühle Kosten-Nutzen-Rechnung

Was die Frage, wann eine Demission gerechtfertigt ist, noch schwerer beantwortbar macht: Rücktrittsforderungen sind fester Bestandteil im Meinungskampf der Parteien, entsprechend inflationär werden sie benutzt. Die Rücktrittsforderung „gehört zum klassischen Instrumentarium der Oppositionsarbeit und zielt nicht zwangsläufig nur auf den Minister“, erklärt der Politikwissenschaftler Jörn Fischer: „Häufig ist mit ihr die Hoffnung auf eine Schwächung der Regierung als Ganzes verbunden.“

Als der Topmanager Jürgen Schrempp 2005 überraschend seinen Abschied als Vorstandsvorsitzender von DaimlerChrysler erklärte, stieg der Aktienkurs des Unternehmens kräftig. Wenn unliebsame Politiker ihren Posten freimachen, sinkt zumindest der Kurs der jeweiligen Partei in den Umfragen zur Wählergunst nicht weiter. Das ist jedenfalls das Kalkül in den Machtzentren der Parteien. Es ist eine kühle Kosten-Nutzen-Rechnung: Schadet der Skandal der Partei zu sehr oder gefährdet gar den Erhalt der Macht, bleibt der Verursacher auf der Strecke – aber auch nur dann. Aus diesem Grund verzichtete die Union 1962 auf Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß (CSU). Die FDP hielt ihn für nicht länger tragbar; ohne ein Nachgeben hätte der Union der Verlust der Regierungsverantwortung gedroht. Der konnte durch den „freiwilligen“ Rückzug von Strauß abgewendet werden.

Dabei zeigt das Beispiel Strauß, dass es bei Rücktrittsdiskussionen bisweilen um weit mehr geht, als darum, ob sich der eine oder

andere Politiker ein individuelles Fehlverhalten hat zuschulden kommen lassen. Die von Strauß 1962 ausgelöste *Spiegel*-Affäre verwies vielmehr auf den Zugriffswillen des Staates auf sicher geglaubte Grundrechte der Meinungs- und Pressefreiheit. Ebenso offenbarte der Flick-Parteispendenskandal, der dem FDP-Politiker Otto Graf Lambsdorff 1984 das Amt des Bundeswirtschaftsministers kostete, auf die Probleme, die sich aus den verschwimmenden Grenzen zwischen Politik und Wirtschaft grundsätzlich ergeben. Das gilt auch für den Doppelrücktritt der FDP-Politiker Walter Döring und Corinna Werwigk-Hertneck aus der Landesregierung in Baden-Württemberg. Wirtschaftsminister Döring war in Erklärungsnöte geraten, weil er einem Untersuchungsausschuss des Parlaments in der Affäre um das Unternehmen Flowtex die Unwahrheit gesagt haben soll. Umstritten war vor allem, wie eine Studie zu Dörings Wirtschaftspolitik finanziert wurde, die der PR-Mann Moritz Hunzinger in Auftrag gegeben hatte. Die dubiosen Aktivitäten Hunzingers hatten zuvor bereits den SPD-Politiker Rudolf Scharping und den Grünen Cem Özdemir in arge Bedrängnis gebracht. Justizministerin Werwigk-Hertneck soll ihren Parteifreund vor bevorstehenden Ermittlungen gewarnt haben. Beide wiesen eine Schuld zwar von sich, konnten sich in ihren Positionen aber nicht mehr halten. Mitte 2004 mussten sie abtreten.

Wollen Parteien nicht in den Sog solcher Affären geraten, müssen die angegriffenen Politiker möglichst schnell das Feld räumen und damit nach außen demonstrieren, dass ihre vermeintlich individuellen Fehler keine Rückschlüsse zulassen auf die Partei, der sie angehören. Denn nichts muss eine Partei mehr fürchten, als dass ein Skandal zum Sinnbild ihrer eigenen politischen Kultur wird. Ein Rücktritt ist immer auch ein Neuanfang. Mit ihm wird ein Schlussstrich gezogen, wie er zumindest in der konkreten Situation wirkungsvoller kaum sein könnte – auch wenn dadurch bisweilen der Skandal, der hinter der Demission steckt, erst später restlos aufgeklärt werden kann oder sogar für immer unaufgeklärt bleibt. Doch nicht immer ist eine Partei zum Befreiungsschlag bereit. Solche Krisen stärkten „eher den Zusammenhalt der vom Skandal gebeutelten Partei als deren Fähigkeit zur Selbstreinigung“, schreibt Wolfgang

Herles in seinem 1994 erschienenen Buch *Das Saumagen-Syndrom*. Die Folgen können fatal sein: Der Barschel-Skandal hat die nicht gerade aufklärungsfanatische CDU in Schleswig-Holstein, über Jahrzehnte eine Hochburg der Konservativen, für 17 Jahre von der Macht verbannt.

Der freiwillige Rücktritt

Der Wandel gehört zur Demokratie. Ämter und Mandate werden nicht auf Lebenszeit vergeben, sondern nur für einen begrenzten Zeitraum. Durch Ab- oder Neuwahl wechseln Machtverhältnisse, durch Kabinettsumbildungen ändern sich personelle Zusammensetzungen. Als Helmut Kohl im Oktober 1998 als Bundeskanzler abtrat, war aus der Mannschaft, mit der er im Oktober 1982 gestartet war, nur noch Arbeitsminister Norbert Blüm an seiner Seite. Von den fünfzehn Ministern, die gemeinsam mit Gerhard Schröder begannen, waren nur noch fünf an Bord, als er im November 2005 die Segel streichen musste. Und wer weiß, welcher Minister beim Abschied Angela Merkels noch aus ihrer ersten Amtszeit übrig sein wird.

Manche Politiker verschwinden still und leise von der Bildfläche, werden ohne größeres Aufsehen ausgetauscht. Andere treten mit einem Paukenschlag ab. So spektakulär er im Einzelfall sein mag: Der Rücktritt gehört zum Standardrepertoire der Politik. Er ist nicht zwingend die Folge eines Skandals oder einer politischen Niederlage, sondern kann auch ohne Not aus freien Stücken erfolgen. Der unfreiwillige Rücktritt ist ein schwarzer Fleck in der Biographie, der freiwillige in der Regel nicht. Wer aus freien Stücken eine Funktion aufgibt, kann problemlos neue übernehmen oder wenigstens an anderer Stelle weiterhin politisch wirken – wenn er es denn will.

Als Michael Naumann im November 2000 unerwartet als Kulturstaatsminister der rot-grünen Bundesregierung zurücktrat, reagierten Bundeskanzler Gerhard Schröder und die Kulturszene einhellig mit Bedauern. Naumann wurde mit Huldigungen bedacht, die sonst nur Verstorbenen nachgerufen werden. Der Börsenverein des

Deutschen Buchhandels war nach den Worten seines Vorstehers Roland Ulmer über den Abgang des Sozialdemokraten „traurig“, Suhrkamp-Verleger Siegfried Unseld würdigte Naumanns Arbeit als „hervorragend“ und Oscar-Preisträger Volker Schlöndorff erklärte, Naumann sei ein „Glücksfall“ für das Amt gewesen. Naumanns Rücktritt war seine freie Entscheidung. Kein Skandal, kein innerparteilicher Gegner, nicht einmal die Opposition hatte ihn unter Druck gesetzt. Der einfache Grund für seinen Schritt: Er hatte einen Job gefunden, der ihm mehr Spaß machte. Naumann wechselte in den Herausgeberkreis der Wochenzeitung *Die Zeit*. Inzwischen ist er Chefredakteur des politischen Monatsmagazins *Cicero*.

Solche Fälle des Wechsels aus der Politik in ein anderes Betätigungsfeld hat es in der bundesdeutschen Geschichte immer wieder gegeben. In den fünfziger Jahren trat Heinrich Weitz (CDU) als nordrhein-westfälische Finanzminister zurück, um Präsident des Rheinischen Sparkassenverband zu werden. Sein hessischer Amtskollege Heinrich Troeger (SPD) ging als Präsident zur hessischen Landeszentralbank und wurde anschließend Vizepräsident der Deutschen Bundesbank. In den sechziger Jahren wechselte der bayrische Finanzminister Rudolf Eberhard (CSU) an die Spitze der Bayerischen Staatsbank. Heinz Ruhnau (SPD) tauschte 1973 sein Amt als Hamburger Innensenator gegen einen Vorstandsposten bei dem Handelsunternehmen co op. Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs (FDP) trat 1977 in den Vorstand der Dresdner Bank ein. Der FDP-Politiker Werner Klumpp hörte 1982 als saarländischer Wirtschaftsminister auf, um Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes Saar zu werden. Florian Gerster (SPD) entschied sich Anfang 2002, lieber Vorstandsvorsitzender des Vorstands der Bundesagentur für Arbeit zu werden als weiterhin Minister für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit in Rheinland-Pfalz zu sein. Nicht jeder Seitenwechsel war von Dauer: Der spätere Bundespräsident Heinrich Lübke (CDU) trat im Januar 1953 als Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Nordrhein-Westfalen zurück, um Generalanwalt des Deutschen Raiffeisenverbandes zu werden.

Sein Ausflug in die Privatwirtschaft blieb jedoch nur ein kurzes Intermezzo von wenigen Monaten. Mit seiner Wahl in den Bundestag im September 1953 kehrte Lübke in die Politik zurück.

Die Demission aus Gründen der persönlichen Karriereplanung ist nicht spektakulär. Sie hat keine Signalwirkung und keine Botschaft – weder eine positive, noch eine negative. Das ist bei einem Rücktritt aus politischer Überzeugung anders. Ein Rücktritt ist immer mit der Aufgabe von Einfluss und Macht verbunden. Meistens dokumentiert ein Politiker mit dem Schritt aber nur, dass er seine Macht längst verloren hat. Das gilt auch und gerade für denjenigen, der aus politischer Überzeugung geht. Gleichwohl setzt er damit ein Zeichen, das über seine Person hinausweist. Das polarisiert: Bei den einen erzeugt er Hochachtung und Respekt, bei anderen sorgt er für Wut und Verachtung, Hohn und Spott. Kein Wunder, dass der Rücktritt eines „Überzeugungstäters" in der Bundesrepublik der Ausnahmefall ist. Ein Politiker riskiert mit der offenen politischen Konfrontation seine Karriere. Er steht in Gefahr, seinen politischen Einfluss auf Dauer zu verspielen. Wer nicht mehr zum Politestablishment gezählt wird, muss außerdem damit rechnen, dass in den Medien alte Rechnungen mit ihm beglichen werden.

Ein Musterbeispiel, wie vorschnell vermeintlich Gescheiterte abgeschrieben werden, lieferte im März 2005 der *Spiegel*. Da berichtete das Magazin von einer Veranstaltung im kleinen Saal der Bundespressekonferenz: Horst Seehofer, Mitte November 2004 aus Protest gegen den Kopfpauschalen-Kompromiss der Union als stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zurückgetreten, präsentierte das Buch *Politik für alle* des 1999 als Bundesfinanzminister zurückgetretenen Oskar Lafontaine. Für *Spiegel*-Autor Matthias Geyer hatte der Auftritt der beiden „etwas Zoohaftes, der Besuch einer aussterbenden Art". Mit unverhohlener Häme schrieb Geyer: „Zwei Geflüchtete stehen da, zwei Gescheiterte. Der eine scheiterte an Schröder, der andere an Merkel und Stoiber, zusammen scheiterten sie an der neuen Welt, der globalisierten Welt, an einer Politik, die ökonomischer werden musste, rauer und unbehaglicher. Sie wollten diese neue Welt mit alten Werten bekämpfen, sie redeten von Gerechtigkeit, vom Staat als Schutzmacht

des kleinen Mannes, von Wohlstand für alle. Sie sind zurückgelassen worden von ihren Parteien. Seehofer durfte von Stoibers Gnaden noch den stellvertretenden CSU-Vorsitz behalten. Macht, Bedeutung, Einfluss, fast alles futsch."

Nur ein halbes Jahr später sah die Welt schon wieder ganz anders aus. Mit der vorgezogenen Bundestagswahl im September 2005 kehrte Oskar Lafontaine als Fraktionsvorsitzender der Linkspartei in den Bundestag zurück, Horst Seehofer wurde Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Inzwischen ist er bayerischer Ministerpräsident und Vorsitzender der CSU. Macht, Bedeutung, Einfluss, fast alles futsch? Wie man sich täuschen kann.

Der unerwartete Rücktritt

Er sei der erste Ministerpräsident Hessens, „der aus souveräner eigener Entscheidung das Amt aufgibt", sagte der scheidende hessische Ministerpräsident Roland Koch stolz auf seiner Abschiedspressekonferenz Ende Mai 2010. „Es hätte ja nun wirklich bei mir auch anders kommen können." Das stimmt. Seit der Gründung der Bundesrepublik verließen alle seine Vorgänger unfreiwillig ihren Posten. Bei dem legendären Georg August Zinn (SPD) war es die schwer angeschlagene Gesundheit, die ihn 1969 nach 19 langen Jahren im Amt zum Rücktritt zwang, bei seinem Nachfolger Albert Osswald (SPD) ein Finanzskandal; Holger Börner (SPD), Walter Wallmann (CDU) und Hans Eichel (SPD) wurden von den Wählern in die Wüste geschickt. Koch hingegen hat alle Krisen und Skandale überstanden.

Dabei wäre er eigentlich schon im Jahr 2000 „fällig" gewesen. Damals musste der selbst ernannte „brutalstmögliche Aufklärer" zugeben, Parlament und Öffentlichkeit im Zusammenhang mit den angeblichen „jüdischen Vermächtnissen" der hessischen CDU belogen zu haben. Seine Glaubwürdigkeit war zwar beschädigt, aber seine Partei und die hessische FDP hielten ihm eisern die Treue. Koch saß den Skandal erfolgreich aus: Mit ihm an der Spitze ge-

wannen die Christdemokraten bei der Landtagswahl 2003 zum ersten Mal in ihrer Geschichte die absolute Mehrheit der Sitze im Wiesbadener Parlament.

„Man konnte sich darauf verlassen: Egal, bei welchem Skandal der Mann ertappt wird, er tritt nicht zurück", schreiben Pitt von Bebenburg und Matthias Thieme in ihrem 2010 erschienenen Buch *Ausgekocht. Hinter den Kulissen hessischer Machtpolitik*. Seit Franz Josef Strauß und Helmut Kohl sei kein Politiker mit so vielen Skandalen verbunden wie Roland Koch. „Nur sein System der eisernen CDU-Kameradschaft, des Zusammenhalts gegen ein Feindbild der linken Horden, hat ihn vor dem unfreiwilligen Rücktritt bewahrt", sind die beiden Journalisten überzeugt.

Seinen Rücktritt kündigte Koch ausgerechnet zu einem Zeitpunkt an, an dem ihn mal ausnahmsweise niemand forderte. Das lädt zu Verschwörungstheorien ein. „Dass er jetzt freiwillig geht, ist so glaubhaft wie die Beteuerung, nichts mit den schwarzen Kassen zu tun gehabt zu haben", raunte der Schriftsteller Jakob Hein in der *taz*. Es fällt schwer, einem skrupellosen Politjunkie wie Koch den selbstbestimmten Abgang zuzubilligen. Mittlerweile ist er Vorstandsvorsitzender des Baukonzerns Bilfinger Berger.

Weiß ein Politiker seine Partei hinter sich kann er fast alles überstehen. Verliert ein Politiker den Rückhalt in den eigenen Reihen, sollte er zusehen, sich schleunigst einen würdigen Abgang zu verschaffen. Das ist kein leichtes Unterfangen. Einer, der noch gerade die Kurve bekommen hat, ist Georg Milbradt. So absehbar das Ende der politischen Karriere des angeschlagenen sächsischen Ministerpräsidenten war, so überraschend kam seine Rücktrittsankündigung Mitte April 2008. Mit seiner Entscheidung zog der CDU-Politiker die Konsequenzen aus langen Querelen um die Fast-Pleite der SachsenLB und eine peinliche Affäre um Privatkredite, die Milbradt und seine Frau in den neunziger Jahren von der Landesbank erhalten hatten. Gewöhnlich geben Politiker erst auf, wenn ihre Lage völlig aussichtslos erscheint – und das kann dauern. Milbradt wollte nicht so lange warten. Noch bevor die ersten Rücktrittsrufe aus den eigenen Reihen erschallten, zog er seinen Schlussstrich. Er ging freiwillig und nutzte damit die Chance, das Gesicht zu wahren: „Jetzt ist

der richtige Zeitpunkt“, sagte Milbradt am 14. April 2008 in der Dresdner Staatskanzlei. Er habe „die Entscheidung meiner Amtsübergabe getroffen, weil mir ein geordneter und harmonischer Übergang besonders wichtig ist – und um Verletzungen zu vermeiden – bei mir und bei anderen.“ Damit bewies Milbradt, dass er aus dem traurigen Abschied seines Vorgängers Kurt Biedenkopf gelernt hatte. Der hatte sich geradezu verbissen an sein Amt geklammert und noch in seiner Rücktritterklärung im Januar 2002 verbiestert als schlechter Verlierer gezeigt. Das zumindest kann dem „Besserkönner“ Milbradt nicht vorgeworfen werden.

Über seinen Nachfolger sagte Biedenkopf einmal, Milbradt sei zwar ein „hochbegabter Fachmann, aber ein miserabler Politiker“. Wenn der Wirtschaftsprofessor sein Fachterrain verlasse, mache er „einen Fehler nach dem anderen“. Immerhin befand sich Milbradt mit dieser Beurteilung geschichtlich gesehen durchaus in guter Gesellschaft: Adenauer dachte einst nicht anders über seinen Nachfolger Ludwig Erhard – und lag damit ebenso richtig wie Biedenkopf. Tatsächlich war Milbradt ein Mann der Zahlen, nicht der Politik. Nicht nur an Eloquenz und rhetorischem Talent mangelte es ihm. Als Finanzdezernent der Stadt Münster und als sächsischer Finanzminister konnte er reüssieren, das Ministerpräsidentenamt war eine Nummer zu groß für den sturen Westfalen – zumal als Thronerbe von „König Kurt“. Es ist nicht die alleinige Schuld des spröden Milbradt, dass sich die sächsische CDU während seiner Amtszeit weit von Biedenkopfs sonnigen Zeiten christdemokratischer Alleinherrschaft entfernt hat. Doch Milbradts fehlende Landesvaterqualitäten haben ihren Anteil daran. Auch hier steht er in einer imposanten Politikerreihe – unter anderem mit den beiden Ministerpräsidentendarstellern Wolfgang Clement und Peer Steinbrück, die als Nachfolger des beliebten Johannes Rau das Kunststück vollbrachten, in kürzester Zeit ausgerechnet im SPD-Stammland Nordrhein-Westfalen ihre Partei in die Opposition zu führen.

Bemerkenswert ist, dass sogar jene Kreditaffäre, die Milbradt in die Bredouille brachte, zurückreicht in jene glücklicheren Tage der Regentschaft Biedenkopfs. Biedenkopf und seinem ungeliebten

Kronprinzen Milbradt fiel es offenkundig immer schwerer, zwischen privaten und öffentlichen Interessen zu unterscheiden. Der eine feilschte um Rabatte bei Ikea, der andere sicherte sich Kredite zur gewinnbringenden Anlage bei der Landesbank. Was beide verbindet: Sie begriffen nicht, dass nicht alles, was legal ist, auch für einen Politiker erlaubt ist. Wie die lächerliche Ikea-Rabattaffäre den letzten Anlass für den Abgang Kurt Biedenkopfs 2002 bot, so besiegelte die Kreditaffäre Georg Milbradts Ende.

Gute „Nehmerqualitäten" kann sich nur leisten, wer über einen entsprechenden Rückhalt in seiner Partei verfügt – und den hat auf Dauer nur derjenige, der wahlpolitisch erfolgreich ist. Unter der Ministerpräsidentschaft Milbradts sank die lange erfolgsverwöhnte Sachsen-CDU in Umfragen unter die Vierzig-Prozent-Marke. Da mussten bei seinen Parteifreunden alle Alarmglocken läuten. „Menschlich ist der Rücktritt zwar zu bedauern, politisch aber sehr zu begrüßen", kommentierte der rücktrittserprobte CDU-Landtagsabgeordnete Heinz Eggert den „politischen Befreiungsschlag". Hätte er nicht von selbst abgedankt, wäre Milbradt einen politischen Tod auf Raten gestorben.

Jeder Politiker wünscht sich, die Autonomie zu behalten, zu entscheiden, wann und unter welchen Bedingungen er sich von der Funktion zurückzieht, in die er gewählt wurde. „Die biblische Erkenntnis, alles hat seine Zeit, gilt auch für Politiker", sagte Ole von Beust in seiner Rücktrittsrede Mitte Juli 2010. Auch ein gänzlich Ungläubiger kann sich dieser Einsicht nicht wirklich verschließen. Trotzdem: Der Hamburger Christdemokrat gehört zu der seltenen Spezies von Politikern, die rechtzeitig den Absprung geschafft haben. Im „roten" Hamburg hatte von Beust seiner Partei einen ungeahnten Höhenflug beschert: 2001 verdrängte er die erfolgsverwöhnte SPD von den Regierungsbänken, 2004 holte die CDU dank seiner Popularität sensationell die absolute Mehrheit in der Bürgerschaft und nach der Wahl 2008 schmiedete er die erste schwarzgrüne Koalition auf Länderebene. In der Nachkriegsgeschichte regierte nur der Sozialdemokrat Henning Voscherau wenige Monate länger in der Hansestadt. Nach fast neun Jahren trat von Beust als Erster Bürgermeister und Präsident des Senats ab. Sowohl die CDU

als auch der grüne Koalitionspartner hätten sich gewünscht, wenn er im Amt geblieben wäre. Ihm jedoch war bewusst, dass er seinen politischen Zenit überschritten hatte. Das unterschiedet ihn von vielen seiner Kollegen. Auch wenn sie nicht über Affären oder Skandale straucheln, verpassen Politiker häufig den richtigen Zeitpunkt für ihren Abgang.

Das könnte daran liegen, dass ein nicht offenkundig erzwungener Rücktritt für Irritationen sorgt. Als Ole von Beust seinen Rücktritt ankündigte, bezeichnete die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth seine Entscheidung als „völlig unverständlich". Sie frage sich, was bei den Bürgerlichen los sei, sagte Roth dem NDR: „Da ist so eine richtige bürgerliche Null-Bock-Generation entstanden." Auf *Spiegel Online* war gar von einem „Hauch von Fahnenflucht" zu lesen. „Charakter und Führungsstärke beweist man so nicht", schrieb der Journalist Gunther Latsch. Immer noch scheint die Auffassung weit verbreitet, ein Politiker müsse sein Leben lang Politiker bleiben wollen, um ein guter Politiker zu sein.

Es gehöre „offenbar zum Schicksal eines Politikers, dass er es allen kaum je recht machen kann", schrieb Heribert Prantl im Juli 2010 in der *Süddeutschen Zeitung* anlässlich der Rücktritte von Roland Koch und Ole von Beust. „Zeigt er zu heftig, wie viel Freude ihm das Amt macht, versucht er also, mit aller Macht und mit vielen Mitteln, sich in diesem Amt zu halten – dann gilt er als einer, der am Sessel klebt, der nichts anderes gelernt hat, der sich ein Leben außerhalb der Politik nicht vorstellen kann und schon daher für die Politik eigentlich nicht geeignet sei", konstatierte der Publizist. Sage der Politiker aber, dass es genug sei, „dann wirft man ihm die Flucht aus der Verantwortung und noch Schlimmeres vor". Es gebe eine „Dialektik des Vorurteils": Solange die Leute im Amt seien, werde ihnen angekreidet, dass sie vor allem von der Politik, aber nicht für die Politik leben. „Wenn sie dann unerwartet früh abtreten, wird ihnen vorgehalten, dass sie offenbar doch nicht wirklich ‚für die Politik' gelebt hätten", bemerkte Prantl.

Politik als Droge

Politik machen ist eine Sucht – diesen Satz hört man in der einen oder anderen Form immer wieder von Menschen, die ihre Arbeit und ihr Leben dem politischen Geschäft widmen. Heide Simonis bekannte einmal, sie fürchte Depressionen, wenn niemand sie auf der Straße erkennen würde. Legendär ihr entsetzter Ausruf „Und was wird aus mir?“, als die langjährige schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin nach der Landtagswahl im Februar 2005 das Ende ihrer Karriere vor Augen sah. Aufhalten konnte sie ihren Absturz nicht. Vier bittere Wahlgänge ließ Heide Simonis auf der konstituierenden Landtagssitzung am 17. März 2005 über sich ergehen, bis sie einsah, dass sie keine Mehrheit mehr hinter sich vereinigen konnte. Eine Stimme fehlte. Hinterrücks gemeuchelt vom – bis heute unerkannt gebliebenen – „Heide-Mörder“, blieb ihr nichts anderes übrig als der vollständige Rückzug aus der Politik.

Wer einmal zum Politestablishment gehört, tut viel, um dabei zu bleiben. Der Preis ist hoch, schnell geht die Bodenhaftung verloren. „Politiker werden mit der Lebenswirklichkeit ihrer Bürger vor allem durch Fernsehbilder konfrontiert“, schreibt der *Spiegel*-Autor Jürgen Leinemann in seinem Buch *Höhenrausch*. Längst sei der politische Betrieb „für die meisten Akteure zum Ersatz für das richtige Leben geworden – und damit zur Einbruchstelle von süchtiger Deformation.“ Der größtmögliche Zwischenfall der Karriere, der drohende Amts- oder Mandatsverlust, erscheint dem Politiker vor diesem Hintergrund schnell als existenzielle Krise. Er muss fürchten, die Aura der Macht zu verlieren, die ihm Selbstbestätigung gibt und ihn für andere attraktiv macht. Es ist die Angst, aus einem erlauchten Kreis ausgestoßen und ein einfacher Bürger zu werden, die einen Politiker wider besseres Wissen an ihren Posten festhalten lässt. Zögert er mit einem unabwendbaren Rücktritt zu lange, beschließt er damit nicht nur einen Abschnitt seiner Karriere, sondern landet an der Endstation seines politischen Weges.

Gerade in der Endphase einer politischen Karriere fällt es schwer, loszulassen. Schon Konrad Adenauer ist daran gescheitert. Der Begriff Rücktritt suggeriert Freiwilligkeit. Wer von sich aus

geht, wird nicht davongejagt. Aber in vielen Fällen sieht das nur so aus. Vom früheren rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Peter Altmeier, den einst sein aufstrebender Parteifreund Helmut Kohl aufs Altenteil beförderte, über Kurt Biedenkopf in Sachsen und Erwin Teufel in Baden-Württemberg bis zu Edmund Stoiber in Bayern: Sie erkannten zu spät, dass sie nicht unersetzlich sind. Von ungeduldigen Jüngeren unsanft ins Abseits geschoben, gingen sie, weil sie gehen mussten. Ohne kräftige Blessuren kam keiner von ihnen mehr vom Feld. Er sei „unwürdig fortgejagt" worden, klagte Erwin Teufel in seiner Abschiedsrede im Jahr 2005. Er trete ab, weil er „nicht mehr gefragt" sei, sagte der langjährige baden-württembergische Ministerpräsident verbittert.

Dass Politiker in der großen Gefahr stehen, ihre eigene Machtbasis falsch einzuschätzen, zeigt auch das Beispiel Bernhard Vogels. Rund zwölf Jahre lang amtierte der Christdemokrat als Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz. Als „Landesvater" war Vogel beliebt in der Bevölkerung. Aber nach dem Verlust der absoluten Mehrheit bei der Landtagswahl 1987 wuchs innerhalb der rheinland-pfälzischen CDU das Bedürfnis nach Veränderung. Vogel agiere zu selbstgefällig, der Abstand zwischen Führung und Basis sei einfach zu groß geworden, hieß es. Eine personelle Trennung der Ämter des Parteivorsitzenden und des Regierungschefs sahen viele im Landesverband als einen Ausweg aus der Krise an. Nur Vogel nicht. Er hielt sich in beiden Positionen für unverzichtbar. Doch er verspekulierte sich im innerparteilichen Machtkampf. Als er sich Ende 1988 mit einem Gegenkandidaten bei der Wahl zum CDU-Landesvorsitz konfrontiert sah, versuchte Vogel, seine Partei zu erpressen: Entweder er würde wieder in das Parteiamt gewählt oder er trete als Ministerpräsident zurück. Die Parteitagsdelegierten entschieden sich gegen ihn und wählten seinen Herausforderer Hans-Otto Wilhelm. Vogel hielt Wort. Mit den Schlussworten „Gott schütze Rheinland-Pfalz" trat der Geschlagene noch auf dem Parteitag ab.

Tief enttäuscht zog sich Vogel auf den Vorsitz der Konrad-Adenauer-Stiftung zurück. Dank der Wiedervereinigung dauerte sein politischer Vorruhestand allerdings nur wenige Jahre. Nach dem

Rücktritt von Josef Duchač wurde Bernhard Vogel zum Ministerpräsidenten in Thüringen gewählt. Elf Jahre regierte er in Erfurt – ist damit der bisher einzige Ministerpräsident, der sowohl in einem west- wie in einem ostdeutschen Bundesland amtierte. Im Juni 2003 trat Vogel mit 70 Jahren aus Altersgründen als Ministerpräsident zurück, den CDU-Landesvorsitz in Thüringen hatte er bereits vier Jahre zuvor freiwillig abgegeben. Vogel hatte aus seinen früheren Fehlern gelernt.

Die Kunst des richtigen Zeitpunkts

Außenminister Hans-Dietrich Genscher verschaffte sich einen fulminanten Abgang. Dem damals 65-jährigen FDP-Politiker sei es gelungen, „sich vor der Götterdämmerung im Mantel des Erfolges zu verabschieden", befand anerkennend der *Rheinische Merkur*. Seinen Rücktritt zum 18. Mai 1992 nach fast 23 Jahren in der Bundesregierung hatte Genscher lange und akribisch geplant. Im Sommer 1991 traf er seinen Entschluss. Er entschied sich, genau an jenem Tag zurückzutreten, an dem er achtzehn Jahre zuvor Außenminister geworden war. Lange Zeit erfuhr außer seiner Familie und Bundeskanzler Helmut Kohl niemand etwas von seinem Plan. Er hätte es für „außenpolitisch nicht vertretbar" gehalten, wäre sein geplanter Rücktritt öffentlich geworden, begründet Genscher in seinen *Erinnerungen* die Geheimniskrämerei. Außerdem hätte das „innerhalb der F.D.P. heftiges Flügelschlagen wegen der Nachfolge ausgelöst". Daher informierte er erst am 23. April 1992 den FDP-Vorsitzenden Otto Graf Lambsdorff und den FDP-Bundestagsfraktionschef Hermann-Otto Solms. Am 27. April 1992 gab Genscher öffentlich seine Entscheidung bekannt.

Wie klug es von Genscher war, nicht zu früh seinen Rückzug anzukündigen, zeigen die Erfahrungen Willy Brandts. Mittlerweile 74 Jahre alt und seit 22 Jahren an der Parteispitze hatte der SPD-Vorsitzende im Sommer 1986 angekündigt, 1988 nicht erneut für den SPD-Vorsitz zu kandidieren – ein großer Fehler: „Ich hätte wissen können, dass es wenig sinnvoll ist, einen Rücktritt zwei Jahre im Voraus anzukündigen", gestand Brandt in seinen *Erinnerungen*

ein. „Es gilt die Lebensregel, so was sage man nicht, so was tue man“, schreibt Brandt. „Wer sie außer Kraft setzt, riskiert, dass das eigene Fell verteilt ist, noch bevor man es entbehren kann.“ Nicht nur die Nachfolge werde hundertfach hin und her gewendet, „sondern auch die Gelegenheit genutzt, unbeglichene Rechnungen zu präsentieren oder dem Abdankenden in die Schuhe zu schieben, was man nicht gern in den eigenen hat“. Brandt hielt nicht mehr bis zu seinem geplanten Abschied auf dem SPD-Parteitag 1988 durch. Auslöser für seinen Rücktritt im März 1987 waren die heftigen innerparteilichen Widerstände gegen seine Entscheidung, die damals parteilose Margarita Mathiopoulos zur neuen Vorstandssprecherin zu berufen. An der Diskussion um die in Deutschland geborene Griechin, „die noch nicht deutsche Staatsangehörige ist, auch noch nicht verheiratet, sondern ‚nur’ aus einer Familie mir befreundeter griechischer Antifaschisten“ stamme, wie Brandt sarkastisch seinen Kritikern entgegenhielt, habe ihn „besonders gestört, was ich als einen Aufstand von Spießertum empfunden habe“, begründete der Mann, der so lange wie kein anderer die SPD geführt hatte, in einer Rede vor dem Parteivorstand seinerzeit seinen Abschied. Es habe sich gezeigt, „dass Teile der öffentlichen Meinung und der eigenen Partei in Haltungen zurückfallen, die ich für überwunden hielt“. Das Unbehagen über die mangelnde Parteinähe der Kandidatin hätte er zur Not noch verstehen können, „doch mancherorts verbreitete sich Mief, wo Stallgeruch noch gutgetan hätte“, resümierte Brandt später. Er habe nicht mehr Vorsitzender einer Partei sein wollen, „die sich so kleinkariert, kleinbürgerlich, ja, wie er meinte, fremdenfeindlich gerierte“, erinnert sich sein langjähriger politischer Wegbegleiter Erhard Eppler in seinem Buch *Komplettes Stückwerk*. Nicht, dass er ein Jahr früher als angekündigt abtrat, sei schlimm gewesen. „Schwer erträglich war“, schreibt Eppler, „mit welchen Gefühlen er es tat, was der scheidende Brandt von der Partei hielt, vielleicht halten musste, für die er ein Leben lang gewirkt und gelitten hatte.“ Es dürfte Brandt nur ein geringer Trost gewesen sein, dass die SPD ihn auf ihrem außerordentlichen Parteitag Mitte Juni 1987 in Bonn zum Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit wählte.

Für Politiker gibt es kein Renteneintrittsalter, weder ein obligatorisches noch ein empfohlenes. Roland Koch packte mit 52 Jahren, Ole von Beust mit 55 Jahren die Amtsmüdigkeit. Manche sehen mit Mitte Sechzig die Zeit zum Abtritt gekommen, andere halten sich noch in den Siebzigern für fit genug. Der christdemokratische Bundespräsident Heinrich Lübke und der SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Herbert Wehner blieben auf ihren Posten, bis ihre Demenz gegenüber der Öffentlichkeit kaum noch zu kaschieren war. Als sie endlich von der politischen Bühne abtraten, waren sie 74 beziehungsweise 76 Jahre alt. Ob Rente mit 65 oder mit 67 – beides wäre ihnen nie in den Sinn gekommen. Als Konrad Adenauer schweren Herzens 1963 als Bundeskanzler zurücktrat, war er 87 Jahre alt.

Manche, wie die sozialdemokratischen Bürgermeister Bremens Wilhelm Kaisen (knapp 20 Jahre im Amt), Hans Koschnick (knapp 18 Jahre im Amt) und Henning Scherf (über 20 Jahre im Amt), schafften es, trotz ihrer langen Amtszeit zu einem Zeitpunkt abzutreten, zu dem ihr Weggang noch weithin bedauert wurde. Als Scherf Ende September 2005 auf einem Landesparteitag der Bremer SPD seinen Rücktritt ankündigte, reagierte seine Partei völlig überrascht und erschrocken. „Ich fühle mich wie ein Methusalem in der deutschen Politik“, erklärte der populäre Regierungschef wenige Wochen vor seinem 67. Geburtstag. „Ich möchte ein Leben nach der Arbeit führen und nicht mit den Füßen zuerst aus dem Rathaus getragen werden“, verkündete Scherf, der bereits seit 1978 der Bremer Landesregierung angehörte und seit 1995 als Bürgermeister amtierte.

Solche Fälle hat es in der bundesdeutschen Geschichte durchaus gegeben. Tragisch ist der Fall des Christdemokraten Franz Josef Röder, der mehr als 20 Jahre lang als Ministerpräsident im Saarland amtierte. Zehn Jahre lang hatte er immer wieder seinen mehrfach in Aussicht gestellten Rücktritt hinausgeschoben. Nicht ohne mehr oder weniger sanften Druck seines designierten Nachfolgers Werner Zeyer gab der mittlerweile 69-jährige Röder schließlich am 25. Juni 1979 bekannt, zum 31. Oktober 1979 definitiv sein Amt abgeben zu wollen. Bis dahin schaffte er es nicht mehr: Nur einen Tag nach seiner Ankündigung erlag er einem Herzinfarkt. Auch dem bayrischen

Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß war es nicht vergönnt, selbstbestimmt in den Ruhestand zu treten. Mit 73 Jahren erlag er im Oktober 1988 einem Herz-Kreislaufversagen als Folge eines Multiorganversagens.

Auch Kurt Biedenkopf und Erwin Teufel hatten vor ihrem jähen Sturz längst angekündigt, ihr Ministerpräsidentenamt aus Altersgründen aufgeben zu wollen, den Zeitpunkt aber offengelassen und immer wieder hinausgeschoben. Mit dem größer werdenden Druck ihrer Nachfolger schritt die Demontage der beiden Christdemokraten voran, bis sie sich auf ein konkretes Abtrittsdatum festlegen mussten – obwohl sie wohl noch gerne weiter regiert hätten. Politiker, deren Zeit sich altersbedingt dem Ende zuneigt, stehen vor einem Dilemma: Sie müssen frühzeitig Nachfolger aufbauen, die in ihrem Sinne weiter regieren – sonst riskieren sie ein politisches Vakuum nach dem Abgang, das die Opposition oder auch Gegner in den eigenen Reihen nutzen könnten. Sitzt ein potenzieller Nachfolger aber erst mal in den Startlöchern, werden er und seine Anhänger früher oder später ungeduldig. Amtsanwärter, vor allem im vorgerückten Alter, fürchten das „Prinz-Charles-Schicksal“. Sie wollen nicht als ewige stille Reserve herhalten.

Das musste auch Johannes Rau erleben. Seit 1978 regierte der Sozialdemokrat als Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen. Der Predigersohn aus Wuppertal-Barmen war ein erfolgreicher Landesvater: Vier Wahlen gewann er, davon drei hintereinander mit absoluter Mehrheit. Politisch bewegte sich in seiner Ära nicht viel. Ein progressiver Impetus konnte dem biederen Christenmenschen, der sich gerne als sozialdemokratischer Kirchentagspräsident inszenierte, beileibe nicht unterstellt werden. „Ich zähle nicht zu den großen Konstrukteuren von Gedankengebäuden“, charakterisierte sich Rau treffend selbst. Aber dafür war seine Ära die Zeit, in der sich die Sozialdemokraten das Land erfolgreich zur Beute machten. Spezi-Wirtschaft und Ämterpatronage blühten. Im Ruhrgebiet konnte man ohne SPD-Parteibuch noch nicht einmal Schulleiter werden. Hohe Düsseldorfer Beamte formulierten mit am SPD-Landtagswahlprogramm und schrieben anonym für die SPD-Wahl-

kampfzeitung. Die Landesbank WestLB diente als Privatjet-Service. Und der Ministerpräsident ließ sich seine alljährlichen Geburtstagsfeiern am 16. Januar im heimatlichen Wuppertal als „Jahresempfänge der Staatskanzlei“ von der Landesregierung finanzieren. Er habe ihn davor gewarnt, verriet einmal der damalige Landtagsfraktionsvorsitzende der SPD, Friedhelm Farthmann, in einem Vieraugengespräch. Aber Rau sei ja „immer so knauserig“ gewesen.

„Die nordrhein-westfälische SPD schlittert von Krise zu Krise“, attestierte der *Spiegel* Anfang der neunziger Jahre. „Umgeben von gnadenlosen Bewunderern und Claqueuren, lässt Rau nur den nach oben durch, der bei jeder Gelegenheit völlig loyal gewesen ist.“ Einer von ihnen war Wolfgang Clement, der seinerzeit noch als seine hervorstechendste Eigenschaft angab: „Loyalität, auch zu meinen eigenen Lasten, wenn es sein muss.“ Erstmalig wurde der damalige Leiter der Staatskanzlei vor der Landtagswahl im Mai 1990 als möglicher Nachfolger ins Gespräch gebracht. Doch Johannes Rau, der 1987 als Kanzlerkandidat der SPD grandios gegen Amtsinhaber Helmut Kohl gescheitert war, bezeichnete damals jegliche Nachfolgediskussionen als „ärgerlich“ und „absurd“. Auch eine erneute Kandidatur 1995 wollte er „nicht ausschließen“. Clement blieb in Wartestellung.

Nachdem 1994 sein erster Anlauf scheitert, Bundespräsident zu werden, kandidiert Rau im folgenden Jahr tatsächlich zum Leidwesen Clements erneut als Ministerpräsident. Die Landtagswahl endet mit einer schweren Schlappe, die der populäre Rau geradezu als persönliche Beleidigung auffasst: Die im bevölkerungsreichsten Bundesland als unschlagbar geltende SPD verliert nach drei Legislaturperioden die absolute Mehrheit. Sie ist nun auf einen Koalitionspartner angewiesen. Da die FDP den Einzug ins Parlament verpasst hat, kommen hierfür nur die ungeliebten Grünen infrage. Spekulationen über einen Rückzug Raus, der der Öko-Partei in tiefer Abneigung verbunden ist (sein Motto: „Lieber ein Haus im Grünen als die Grünen im Haus.“), machen die Runde. Aber „Bruder Johannes“ lässt sich, für viele überraschend, auf das rot-grüne Experiment ein. Clement, der die Zusammenarbeit mit den Grünen unter Freunden „eine Strafe Gottes“ nennt, übernimmt das „Superministerium“ für

Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr im neuen Kabinett.

Mit der Inthronisierung von Gerhard Schröder zum SPD-Kanzlerkandidaten im März 1998 ist auch für Clement endlich das lange Warten vorbei. Schröder will den „Machertyp" als Flankendeckung im Wahlkampf. Damit ist das Ende der langen Regierungszeit von Johannes Rau eingeläutet. Kurz vor seinem 20-jährigen Dienstjubiläum wird er zum Rücktritt genötigt. „Ich wollte mich nicht totschreiben lassen", erklärt er die Beweggründe für seinen Abtritt im Mai 1998. „Tatsächlich aber zwang ihn der übermächtige Druck der Achse Schröder/Clement zur Aufgabe", resümiert kühl der *Spiegel*.

Immerhin wurde Rau der Abschied durch einen Deal versüßt: Die Führung der Sozialdemokraten versprach ihm seine Nominierung für die im folgenden Jahr anstehende Wahl zum Bundespräsidenten. Dass das Versprechen eingehalten und Johannes Rau am 23. Mai 1999 im zweiten Wahlgang zum Nachfolger Roman Herzogs gewählt wurde, soll das Verdienst des damaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine gewesen sein, berichtet ein Parteiinsider. Schröder soll andere Überlegungen angestellt haben. Wie auch immer: Der Kuhhandel blieb nicht ohne Folgen. Kein anderer Bundespräsident hat sein Amt derart defensiv geführt und so wenig Spuren hinterlassen wie ausgerechnet der politische Ziehsohn Gustav Heinemanns.

Rücktritt statt Rausschmiss

Viele Rücktritte sind nichts anderes als verbrämte Rausschmisse. Tritt ein Politiker ohne jeden äußeren Druck zurück, bestimmt er allein den Anlass, aus dem ein Weitermachen nicht möglich ist, und wann der Zeitpunkt zur öffentlichen Verkündung seiner Entscheidung gekommen ist. Er ist Herr des Geschehens. Politiker, die keine Wahl haben, wollen wenigstens die Illusion wahren, Herr des Geschehens zu sein. Aber sie sind es nicht mehr. Ihre Demission ist nichts anderes als eine vorweggenommene Entlassung oder Abwahl. Gerne würden sie in Amt und Würden bleiben, aber sie wissen, dass ein Beharren zwecklos ist. Der Regierungschef würde sie

entlassen, die eigene Fraktion stürzen, wenn sie nicht den Rücktritt einreichen würden. Rücktritt oder Rausschmiss – das ist ihre trostlose Alternative. Der Rücktritt soll ihre formale Demontage verhindern, die tatsächliche ist längst geschehen. Es geht nur noch um die Wahrung des Gesichts.

Anschaulich beschreibt der frühere grüne Außenminister Joschka Fischer in seinem 2007 erschienenen Buch *Die rot-grünen Jahre* einen solchen Fall während seiner Amtszeit. Anfang 2001 mussten die grüne Gesundheitsministerin Andrea Fischer und der sozialdemokratische Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke im Gefolge der BSE-Krise ihre Plätze auf der Regierungsbank räumen. Sie müsse „erkennen, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Fähigkeit der Bundesregierung, das Problem BSE in ihrem Sinne zu bewältigen, erschüttert ist", verlas Andrea Fischer am 9. Januar 2001 vor der Bundespressekonferenz ihre Rücktrittserklärung. „Deshalb scheint es mir geboten, durch meinen Rücktritt die Möglichkeit zu schaffen, dass ein neuer Ansatz der Bundesregierung für den Verbraucherschutz auch personell deutlich werden kann", sagte sie sichtlich bewegt und mit vibrierendem Ton. Zu diesem Schritt habe sie sich „entschlossen, weil das zu meinem politischen Selbstverständnis gehört".

Das war nur die halbe Wahrheit. Denn unabhängig von ihrem politischen Selbstverständnis blieb ihr kaum etwas anderes übrig. Die Entscheidung über ihren Abgang hatte die Partei- und Fraktionsführung der Grünen getroffen, wie Joschka Fischer sechs Jahre später in seinem Buch offenbart. „Die entscheidende Frage war, ob man ihr noch zutraute, sich aus dem eingetretenen Vertrauensschaden herauszuarbeiten und zu einem effizienten Krisenmanagement in der Lage zu sein", erinnert er sich. „Die einhellige Antwort war nein." Andrea Fischer sei „politisch nicht mehr zu retten" gewesen, schreibt Joschka Fischer. Es sei nur noch eine Frage der Zeit gewesen, „bis der Kanzler durch den öffentlichen Druck zum Handeln gezwungen würde". Ihr und ihrem Ministerkollegen Karl-Heinz Funke hätte der Abschuss gedroht: Schröder sei zuzutrauen gewesen, „dass er zu einem seiner berüchtigten Befreiungsschläge ausholen und beide Minister einfach entlassen würde". Das wäre eine

Demütigung der Grünen gewesen, die es zu verhindern galt: „Hätten wir Grüne nicht gehandelt, hätte dies eher früher als später der Kanzler getan." Die Nachfolgefrage hatte Joschka Fischer bereits geklärt, als er sich am frühen Nachmittag des 9. Januar 2001 in seinem Büro im Auswärtigen Amt mit Andrea Fischer traf, um ihr den Rücktritt nahezulegen. Sie habe eine „bewundernswerte Haltung" gezeigt. Eine Stunde, nach dem Andrea Fischer ihren Rücktritt eingereicht hatte, warf auch Funke das Handtuch. Schröder hatte ihm telefonisch mitgeteilt, dass nun auch seine Zeit abgelaufen war.

Rausschmiss statt Rücktritt

Wie es ihnen ergangen wäre, wenn sich Andrea Fischer und Karl-Heinz Funke verweigert hätten, zeigt das Beispiel ihres Kabinettskollegen Rudolf Scharping. Genau 36 Sekunden benötigte Gerhard Schröder, um am 18. Juli 2002 nach einer SPD-Krisensitzung den Rausschmiss seines renitenten Verteidigungsministers bekannt zu geben. „Die notwendige Basis für eine gemeinsame Arbeit in der Bundesregierung ist nicht mehr gegeben", verkündete der Kanzler. Eiskalt und ohne ein Wort des Dankes hatte er seinen Parteifreund abserviert. Einen Tag später erhielt Scharping von Bundespräsident Johannes Rau die Entlassungsurkunde.

Rudolf Scharping, der in seiner knapp vierjährigen Amtszeit zielsicher von einem Fettnäpfchen ins andere getapst war, hatte bis zum Schluss nicht einsehen wollen, dass es besser ist, freiwillig zu gehen. Er sah einfach „keine Rechtfertigung für einen so schwerwiegenden Schritt wie einen Rücktritt". Diese Ansicht hatte Scharping exklusiv. Auch in einem letzten Telefonat einen Tag vor dem Rauswurf hatte ihn Schröder nicht eines Besseren belehren können. „Der Kanzler hat vor Wut quer unter der Decke gehangen", hieß es nach dem Gespräch aus der Regierungszentrale. Die Würfel waren gefallen. Der Kanzler setzte von sich aus dem peinlichen Treiben Scharpings ein Ende. Es habe ihn „Überwindung gekostet, mich von ihm zu trennen", schreibt Schröder in seinem Buch *Entscheidungen*. „Er allein hätte es verhindern können, wenn er rechtzeitig gehandelt hätte."

Wie Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine gehörte Rudolf Scharping zur legendären „Enkel-Generation“, in die einst Willy Brandt große Hoffnungen gesetzt hatte. Auch von seinem Ehrgeiz unterschied er sich nicht von den beiden sozialdemokratischen Alpha-Tieren, nur fehlte ihm deren politisches Talent, ihre rhetorische Kraft und Ausstrahlung. Wo Schröder und Lafontaine die öffentliche Bühne suchten, verkroch sich Scharping lieber in die Hinterzimmer der Parteigremien. Aber auch dieser Weg führte nach oben. Der Mann ohne Charisma erklomm eine Stufe nach der anderen auf der Karriereleiter: vom 1969 errungenen Landesvorsitz der rheinland-pfälzischen Jusos über den SPD-Landesvorsitz bis zum Ministerpräsidentenamt 1991, was vor ihm noch kein Sozialdemokrat in Rheinland-Pfalz geschafft hatte. Aber Scharping strebte nach Höherem. Nach dem Rücktritt Björn Engholms griff er nach dem Vorsitz der Bundespartei. In einer Urwahl, der ersten und bisher einzigen in der Geschichte der SPD, konnte er sich 1993 mit 40,3 Prozent der Stimmen gegen seine Konkurrenten Gerhard Schröder und Heidemarie Wieczorek-Zeul durchsetzen. Im folgenden Jahr trat er als SPD-Kanzlerkandidat an. Damit hatte Scharping seinen Zenit erreicht.

Nach der verlorenen Bundestagswahl 1994 begann der Abstieg. Scharping übernahm zwar neben dem Partei- noch den Vorsitz der Bundestagsfraktion. Aber diese formale Machtfülle verwechselte er mit einer realen Machtbasis. Der Schock über die schwere Wahlschlappe saß tief, die SPD versank in einem Tal der Tränen. „So groß war die Depression und Ratlosigkeit in ihrer Geschichte nie gewesen, nicht einmal 1957, als Adenauer die absolute Mehrheit der Stimmen erhielt“, schreibt der Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter in seinem Buch *Charismatiker und Effizienzen*. In ihrem sichtlich überforderten Frontmann Scharping sahen viele Sozialdemokraten den Hauptverantwortlichen für die Krise. Mit seiner einschläfernden Bräsigkeit, seinen bürokratischen Floskeln und Bandwurmsätzen ohne Anfang und Ende wurde er zum Gespött der eigenen Leute. Auf dem Mannheimer Parteitag im November 1995 holten sie zum Befreiungsschlag aus. In einem für die SPD einzigartigen Akt putschten die Parteitagsdelegierten den ungeliebten

Scharping aus dem Amt. An seiner Stelle wählten sie Oskar Lafontaine, der sie mit einer mitreißenden Rede in seinen Bann geschlagen hatte, zum neuen Parteivorsitzenden. Parteisoldatisch fügte sich der Geschlagene in sein Schicksal: „Oskar, manches tat bitter weh, aber wir müssen jetzt die Kraft finden, Schmerzen der Vergangenheit hinter uns zu lassen, denn wir haben eine Aufgabe“, sagte Scharping nach seiner Abwahl. Immerhin durfte er als Stellvertreter Lafontaines in der Parteispitze bleiben, auch den Fraktionsvorsitz behielt er.

Nach dem Sieg des Tandems Schröder/Lafontaine bei der Bundestagswahl 1998 will Scharping eigentlich Fraktionschef bleiben. Aber die SPD-interne Machtarithmetik verlangt seine Kabinettsmitgliedschaft. Er übernimmt ausgerechnet das heikle Verteidigungsministerium. Scharping profiliert sich in der Folgezeit als einer der schärfsten Propagandisten des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs gegen Jugoslawien. Das gefällt Kanzler Schröder. Weniger gefällt ihm, dass sein Genosse gleichzeitig durch zahlreiche Kapriolen für unvorteilhafte Schlagzeilen sorgt. Als besonders fatal erweisen sich seine Bemühungen, über die Klatschpresse sein spröde-braves Image abzustreifen. Gänzlich unempfindlich gegenüber gesellschaftlichen und innerparteilichen Stimmungen lanciert Scharping Einblicke in sein Privatleben mit seiner neuen Lebensgefährtin Kristina Gräfin Pilati-Borggreve. Im August 2001 veröffentlicht die Illustrierte *Bunte* unter der Schlagzeile „Total verliebt auf Mallorca“ Schnappschüsse des getrennt von seiner Frau lebenden SPD-Politikers mit seiner neuen Flamme im Swimmingpool. Die neckischen Urlaubsfotos läuten das Ende von Scharpings Karriere ein. „Rudolf der Eroberer“ titelt der *Spiegel* bissig. Dass der Verteidigungsminister fröhlich im Pool planscht, während die Bundeswehr unmittelbar vor einem Einsatz in Mazedonien steht, kommt gar nicht gut an. Es gibt die ersten Rücktrittsforderungen. Der verliebte Scharping kann die Aufregung nicht verstehen, sieht nur viel Neid, „wenn ein anderer glücklich ist“. Late-Night-Talker Harald Schmidt lästert über ihn: „Das Handtuch wirft er ja nur, wenn ein Liegestuhl in der Nähe ist.“ Die eigenen Genossen spotten über „Rudi Bin Baden“.

Als Vorwürfe laut werden, der Minister habe die Flugbereitschaft der Bundeswehr für seine privaten Vergnügungen benutzt, wird es richtig eng. Er sei nach einer Sondersitzung des Bundestages über den Balkan-Einsatz der Bundeswehr erst zu seiner Lebensgefährtin Kristina Gräfin Pilati nach Mallorca geflogen. Am nächsten Tag sei er nach Mazedonien gereist, um dort die Bundeswehr zu besuchen. Am Abend habe er sich wieder auf die spanische Mittelmeerinsel bringen lassen, heißt es. Außerdem wirft ihm die Opposition vor, mehrfach mit der Flugbereitschaft nach Frankfurt, dem Wohnort seiner Lebensgefährtin, geflogen zu sein. „Wer sich so aufführt wie er, hat nicht die Kraft und nicht die Glaubwürdigkeit, um die Bürger von dem zu überzeugen, was angeblich notwendig ist“, schreibt die *Süddeutsche Zeitung*. Selbst die sonst so zurückhaltende *FAZ* spricht von der „Turteltauben-Affäre“. Scharping muss sich vor dem Verteidigungsausschuss des Bundestags verantworten. Er hat Glück: Der Termin seiner Aussage ist der 11. September 2001. An diesem Datum gibt es Wichtigeres auf der Welt. Die Terroranschläge in den USA retten ihm den Kopf. Einen Tag danach beschließt die NATO den Bündnisfall.

Im Dezember 2001 kommt das nächste Fettnäpfchen. Somalia könnte das nächste Ziel für US-Angriffe sein, soll Scharping in einem Hintergrundgespräch am Rande einer NATO-Tagung in Brüssel ausgeplaudert haben, berichtet die *Financial Times Deutschland*. Scharping dementiert. Das Pentagon aber reagiert kräftig verstimmt: „Der Deutsche hatte unrecht. Es war nicht seine Absicht, und es tut ihm wahrscheinlich leid, aber er lag eindeutig falsch“, sagt US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld. Die Union fordert erneut Scharpings Rücktritt.

Im Frühjahr 2002 beantragt die FDP im Bundestag die Entlassung Scharpings. Der Verteidigungsminister habe beim Projekt des Militärtransporters A400M das Haushaltsrecht und die Verfassung gebrochen, begründen die Freidemokraten ihren Antrag. Auch in den rot-grünen Reihen fordern immer mehr Abgeordnete hinter vorgehaltener Hand, Scharping zu feuern. Im Wahljahr stelle er ein un-

kalkulierbares Risiko dar, befürchten sie. „Rudolf ist politisch mausetot“, zitierte der *Spiegel* einen namentlich nicht genannten Berater des Kanzlers, „aber er ist offenbar der Einzige, der das nicht merkt.“

Kurz vor der Bundestagswahl reißt Bundeskanzler Gerhard Schröder im Sommer 2002 endgültig der Geduldsfaden. Anlass sind Scharpings Verbindungen zu dem schillernden Frankfurter PR-Berater Moritz Hunzinger, über die der *Stern* berichtet. Die Rede ist von einem 1998 gezahlten Lizenzgeld in Höhe von 80.000 Mark im Vorgriff auf das Honorar für Scharpings noch nicht geschriebene Memoiren sowie einer Zahlung von 60.000 Mark im Jahr 1999 für Vorträge auf Veranstaltungen des PR-Unternehmers. Außerdem soll ihm Hunzinger zwei Tage vor der Bundestagswahl ein Giro- und Wertpapierkonto beim Kölner Bankhaus Sal. Oppenheim eingerichtet haben, von dem Aktienkäufe finanziert worden waren. Hinzukommt noch eine an Scharping adressierte Rechnung über 54.885 Mark eines Frankfurter Herrenausstatters aus dem Jahr 1999, die angeblich zur Begleichung bei dem CDU-Mitglied Hunzinger gelandet war. Er habe sich nichts zuschulden kommen lassen, beteuert Scharping. Er sieht sich als Opfer „einer gezielt angelegten Intrige“. Alles sei rechtmäßig gewesen, womit er wohl im juristischen Sinne nicht einmal Unrecht hat. Doch Schröder ist die negative Publicity satt. Ihm reicht es endgültig: Er wirft Scharping hochkant raus. „Dieses Amt verlasse ich erhobenen Hauptes und mit geradem Rückgrat“, diktiert Scharping danach den Journalisten.

Im November 2003 verzichtete Rudolf Scharping auf eine erneute Kandidatur als stellvertretender SPD-Vorsitzender. Nach der Wahl 2005 schied er aus dem Bundestag aus. Mittlerweile versucht er sich als Unternehmensberater. Außerdem ist er Sportfunktionär geworden. Als Präsident des Bundes Deutscher Radfahrer ist er nicht unumstritten. Aber das ist er ja gewohnt.

KAPITEL 2

Die Aufrechten

Wenn die eigene Überzeugung zum Karrierehindernis wird

Zu seiner Zeit war Diether Deneke ein äußerst ungewöhnlicher Sozialdemokrat. Denn der gebürtige Berliner war so etwas wie das grüne Gewissen der SPD. Ein Genosse, der Umwelt- und Naturschutz nicht nur als Folklore begriff, der hingebungsvoll gegen Bodenverseuchung, Landschaftsverschandelung oder den ausufernden Verkehr kämpfte – davon gab es in den sechziger und siebziger Jahren nicht viele, schon gar nicht an Rhein und Ruhr. Rund dreizehn Jahre gehörte der gelernte Gärtner der nordrhein-westfälischen Landesregierung an. Bereits als Heinz Kühn Ende 1966 in Düsseldorf die erste sozialliberale Koalition schmiedete, war Deneke als Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit am Start. Auch als Johannes Rau im September 1978 die Nachfolge Kühns antrat, blieb Deneke als nunmehr dienstältester Minister auf seinem Posten. Der sich gerne in Kniebundhosen zeigende Politiker konnte einiges bewegen: Während seiner Amtszeit verabschiedete der Landtag das Landesforst-, das Landesfischerei-, das Landschafts- und das Landeswassergesetz. Doch dann schmiss Deneke am 4. Mai 1979 die Brocken hin.

Seine Entscheidung kam für viele Parteifreunde überraschend, für Deneke war sie nur konsequent. Es ging um ein Straßenbauprojekt: den Ausbau der Bundesautobahn 4 zwischen dem sauerländischen Olpe und dem hessischen Bad Hersfeld. Schon während der Ministerpräsidentenzeit Kühns hatte die Landesregierung dem Vorhaben grundsätzlich zugestimmt – gegen die Stimme Denekes, zu dessen Zuständigkeitsbereich auch der Umweltschutz gehörte. Für ihn war die geplante Betonschneise durch das Rothaargebirge „eine schlimme Sache“, sollte doch die 128,9 Kilometer lange Strecke

durch ein „ökologisch besonders empfindliches Gebiet“ führen. 450 Hektar Wald drohten zu verschwinden, Waldwege und Wildwechsel zerschnitten zu werden. Seine Warnungen vor der Zerstörung eines der schönsten und größten Naturparks Deutschlands verhallten jedoch ungehört. 1978 wurde der Ausbau der A4 in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen.

Aber Deneke kämpfte weiter gegen die Betonschneise. Damit machte er sich zwar bei Bürgerinitiativen, Landschaftsschützern und Förstern viele Freunde, nicht jedoch in der ökologisch unterbelichteten SPD. So beschwerte sich der hessische Ministerpräsident Holger Börner im Dezember 1978 bei Johannes Rau über Deneke. Er wäre „dankbar“, schrieb Börner an seinen Düsseldorfer Amtskollegen und Parteifreund, wenn „zukünftig von keinem Mitglied der nordrhein-westfälischen Landesregierung Aktivitäten entfaltet werden, die dem letztlich gemeinsamen Interesse von Nordrhein-Westfalen und Hessen an einem Bau der A 4 widersprechen“. Ende April 1979 verkündete Ministerpräsident Rau, dass der Ausbau der A4 durch das Rothaargebirge beschlossene Sache sei und „nicht zur Disposition gestellt“ werde. Damit stand für Deneke fest, dass „da nichts mehr zu machen ist“ – und er trat zurück.

„Manchmal erreicht ein Minister durch einen spektakulären Rücktritt mehr als durch einen zähen, aber sieglosen Kampf im Kabinett“, kommentierte Horst Bieber in der *Zeit* die ungewöhnliche Entscheidung. „Hoffentlich gilt das auch in diesem Fall: Das Rothaargebirge und der Umweltschutz könnten es gebrauchen.“ Die Hoffnung des später als Krimi-Autor bekannt gewordenen Bieber sollte sich erfüllen – trotz der Starrköpfigkeit der SPD. Nachdem die Protestwelle immer größer geworden und auch der kleine Koalitionspartner FDP auf Ablehnungskurs umgeschwenkt war, verabschiedete sich die Regierung Johannes Raus 1983 von dem naturzerstörenden Autobahnprojekt. 1985 wurde der Ausbau der A4 ersatzlos aus dem Bundesverkehrswegeplan gestrichen.

Deneke blieb auch nach seinem Ausscheiden aus dem Ministeramt dem Umweltschutz verpflichtet, wurde unter anderem nordrhein-westfälischer Landesvorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Präsident des Verbandes

Deutscher Naturparke. Als Deneke am 16. April 2002 im Alter von 83 Jahren verstarb, würdigte ihn die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, deren stellvertretender Bundesvorsitzender er von 1981 bis 1991 gewesen war, als „einen leidenschaftlich engagierten Anwalt des Umwelt- und Naturschutzes“.

Der aufrechte Gang als Karrierehindernis

Immer wieder geraten Minister in Konflikt mit der Linie der Regierung, der sie angehören, oder Politiker mit den Auffassungen der Partei, die sie vertreten. Ihnen bleiben in der Regel zwei Möglichkeiten: Die am häufigsten praktizierte ist die, die eigenen Auffassungen zugunsten von Regierungs- und/oder Parteiräson zurückzustellen. Die Alternative ist, für eine Änderung der von ihnen als falsch erkannten Linie zu kämpfen. Wenn dieser Kampf jedoch verloren geht oder aussichtslos erscheint, bleiben erneut zwei Verhaltensvarianten: sich fügen oder gehen. Letzteres verlangt viel Rückgrat und ist risikoreich: Es kann das Ende der politischen Karriere bedeuten. Das freiwillig in Kauf zu nehmen, fällt nicht leicht. Wahrscheinlich deswegen gibt es nicht viele Politiker in der Bundesrepublik, die diesen Weg beschritten haben.

Als aufgrund eines für ihn elementaren Kabinettstreits um die Währungs- und Finanzpolitik der sozialdemokratische Bundeswirtschafts- und Finanzminister Karl Schiller im Juli 1972 seinen Rücktritt erklärte, bedeutete das in der Konsequenz auch das Ende seiner politischen Laufbahn. „Ich bin nicht bereit, eine Politik zu unterstützen, die nach außen den Eindruck erweckt, die Regierung lebe nach dem Motto: Nach uns die Sintflut“, begründete der wortgewaltige wie kapriziöse Wirtschaftsprofessor in einem Schreiben an Bundeskanzler Willy Brandt sein Ausscheiden aus dem Kabinett. Schillers Rücktritt war der Höhepunkt eines schon länger währenden politischen und auch persönlichen Entfremdungsprozesses. So begrüßte denn nicht nur sein Ministerkollege Erhard Eppler, ein Wortführer des linken Flügels in der SPD, aus tiefstem Herzen die Demission des exzentrischen Wirtschaftsliberalen. „Es ist unglaublich, was sich die Regierung von diesem Mann hat bieten lassen – auch der

Kanzler“, zitierte den damaligen Entwicklungsminister der *Spiegel*. „Die Partei brennt darauf, einen Wahlkampf zu führen gegen zwei Gegner: die CDU und Karl Schiller“, zeigte sich Eppler überzeugt.

Im September 1972 trat Schiller aus der SPD aus. Nur einen Monat später beteiligte er sich an einer Anzeigenkampagne zur Unterstützung der CDU im Bundestagswahlkampf, bei der er gemeinsam mit Ex-CDU-Bundeskanzler Ludwig Erhard verkündete: „Wir sind für Marktwirtschaft. Hier und heute. Und morgen.“ Danach war seine politische Karriere endgültig beendet. Acht Jahre später und längst Politpensionär, kehrte Karl Schiller im September 1980 zurück in den Schoß der Sozialdemokratie, ohne dort nochmal eine relevante Rolle spielen zu können.

Schillers einstiger Widerpart Eppler blieb nur zwei Jahre länger am Kabinettstisch. Die sozialliberale Reformeuphorie der Anfangsjahre war verflogen, auf Willy Brandt folgte der sozialdemokratische „Pragmatiker“ Helmut Schmidt – und da gab es für einen „Moralisten wider Willen“ (Eppler über Eppler) keinen Platz mehr. Nur sieben Wochen nach der Inthronisierung von Schmidt trat Eppler als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit zurück. Anlass war eine gegen seinen Willen erfolgte drastische Kürzung der Entwicklungshilfe, die er nicht verantworten wollte. „Wer heute nur für sich selbst sorgen will, verspielt mit der Zukunft anderer auch seine eigene“, zitierte Erhard Eppler in seiner Rücktrittserklärung vom 4. Juli 1974 den scheidenden Bundespräsidenten Gustav Heinemann.

Hinter dem konkreten Streit stand ein weit tiefer reichender Konflikt. Denn Schmidt und Eppler trennte ein völlig unterschiedliches Verständnis von den Aufgaben und Möglichkeiten der Politik. Schmidt sei ein guter Krisenmanager gewesen, dem es darum gegangen wäre, „dass der Laden läuft“. Er hätte Politik nur als die Verwaltung des Bestehenden verstanden. „Ich hingegen war überzeugt, dass sich diese reich gewordene Republik vieles leisten konnte, nur eines nicht mehr: einfach weiterzumachen wie bisher“, beschrieb Eppler 1996 in seinem Buch *Komplettes Stückwerk* seine Differenz mit dem zweiten sozialdemokratischen Bundeskanzler. Damit jedoch habe er einen Ansatz vertreten, der „außerhalb dessen lag, was Schmidt für Politik hielt“. Der habe ihren Konflikt „als

Streit zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik“ definiert und wohl auch selbst so empfunden: Hier der „Staatsmann“ mit dem festen Blick auf seine Verantwortung fürs Ganze, dort der „Moralist“, den seine Gesinnung zu allerhand Wünschen und Forderungen antrieb. Eppler empfand diese Deutung Schmidts „nicht nur als Missverständnis, sondern als geistige Barriere, die ich nicht überwinden konnte, solange er dazu nicht imstande war“. Seinen Rücktritt habe er nie bedauert: „In der Regierung Schmidt hätte ich nichts bewirken, wohl aber meine politische Glaubwürdigkeit rasch verspielen können.“

Anders als Schiller verschwand Eppler nach seinem Ausscheiden aus der Regierung nicht vollständig in der politischen Versenkung. Was nicht zuletzt daran lag, dass er trotz allem seiner Partei weiterhin loyal verbunden blieb. Auch weil der Parteivorsitzende Willy Brandt seine schützende Hand über ihn hielt, konnte Eppler seine Funkionen in der SPD behalten. Erstmalig 1970 gewählt, blieb er noch bis 1991 Mitglied im Bundesvorstand. Von 1973 bis 1989 gehörte er – mit einer kurzen Unterbrechung zwischen 1982 und 1984 – dem Parteipräsidium an. Wenn auch lange Zeit als eher belächelter Außenseiter: „Vor allem zwischen 1974 und 1982, also zwischen meinem Rücktritt und dem Ende der Regierung Schmidt, tröstete ich mich mit dem Gedanken, dass es Zeiten gibt, in denen man nichts bewegen kann außer den Fäusten, die auf einem herumtrommeln“, bilanzierte Eppler 1996. Auch wenn er sich stets sicher gewesen sei, dass eines Tages „Bewegung in den Köpfen die der Fäuste ablösen“ würde, wundere ihn doch, „dass ich nie in Versuchung war zu resignieren“.

Es gehört Größe dazu, zu erkennen, wann es nicht mehr geht, anstatt sich einfach flexibel vermeintlichen „politischen Notwendigkeiten“ zu beugen. Mitzumachen, was man nach seinem Gewissen nicht mitmachen kann, ist kein Ausdruck von Politikfähigkeit, sondern von Opportunismus. Trotzdem haftet den Rücktritten aus politischer Überzeugung erstaunlicherweise in der Öffentlichkeit bisweilen ein Makel an: Der Politiker habe sich „aus der Verantwortung“ gestohlen, lautet ein beliebter Vorwurf. Aber er ist höchst problematisch, befördert er doch Anpasslertum. Stellen sich nicht

gerade jene Politiker ihrer Verantwortung, die die Konsequenz des Rücktritts ziehen, wenn sie ansonsten eine Politik mit vertreten müssten, die ihren Überzeugungen widerspricht? In der Bundesrepublik gibt es, anders als in europäischen Nachbarländern, nur ansatzweise eine Kultur des konstruktiven politischen Rücktritts. Konstruktiv ist eine Demission dann, wenn der Zurücktretende ein Signal setzen möchte.

Der christliche Demokrat und die Wiederbewaffnung: Gustav Heinemann

Wem die SPD ihren ersten Bundespräsidenten verdankt? Die Antwort mag merkwürdig klingen: Konrad Adenauer. Gut möglich, dass Gustav Heinemann auch ohne das Zutun des „Alten" aus Rhöndorf Bundespräsident geworden wäre – vielleicht sogar schon früher als nach jener historischen Wahl am 5. März 1969. Aber eben nicht für die SPD. Dieses Verdienst gebührt tatsächlich dem ersten Kanzler der Bundesrepublik. Wenn auch unfreiwillig.

Zwei Jahrzehnte zuvor, im Jahr der Gründung der Bundesrepublik 1949, wäre wohl niemand auf die Idee gekommen, dass Gustav Heinemann einmal ein Parteigänger der Sozialdemokraten werden würde. Auch er selbst nicht. Schließlich gehörte der gläubige Christ im Sommer 1945 zu den Mitbegründern der CDU und wurde nicht zufällig im September 1949 unter Bundeskanzler Konrad Adenauer Innenminister der ersten Regierung der gerade gegründeten Bundesrepublik. „Heinemann verkörperte die Soziologie und die Ideologie der Union in ihren Anfängen", schrieb später der Historiker Arnulf Baring in seinem Buch *Machtwechsel* über den bürgerlichen Rechtsanwalt. Der Katholik Adenauer hatte Heinemann vor allem aus Gründen der Konfessionsarithmetik in sein Amt berufen. Denn der war zu dieser Zeit als Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland einer der führenden Repräsentanten des deutschen Protestantismus – und als Mitglied der antinazistischen Bekennenden Kirche im Dritten Reich auch noch ein unbelasteter dazu.

Allerdings war der am 23. Juli 1899 in Schwelm geborene Politiker auch noch etwas anderes: ein freier, unabhängiger Geist. Das bedeutete nicht zuletzt, dass sich der nüchterne Mann mit dem sanften Gemüt nicht in irgendwelche Parteidisziplinen einbinden ließ, die seinen Grundsätzen zuwiderliefen. „Auch innerhalb einer Gruppierung oder einer Partei soll man sich selbst treu bleiben" – diesen Satz verstand er nicht als Phrase. Heinemann, von 1946 bis 1949 Oberbürgermeister in Essen und von Juni 1947 bis Juni 1948 gleichzeitig Justizminister Nordrhein-Westfalens, meinte ihn ernst. Zudem begriff er Parteien nicht als Weltanschauungsgemeinschaften. Ihm kam es vielmehr auf das an, „was man selbst glaubt und was man selbst für richtig hält". Nach seiner Auffassung war es denn auch „nicht Aufgabe einer politischen Partei, über die letzten Wahrheitsfragen der Menschen etwas auszusagen; das alles kann immer nur eine sehr persönliche Entscheidung des einzelnen sein". Ein Politiker habe „aus seiner letzten Verwurzelung, aus seiner letzten gewissenhaften Überzeugung" zu handeln.

Diese Einstellung musste ihn schnell in Konflikt mit dem trickreichen Machtpolitiker Adenauer bringen. Das Demokratieverständnis der beiden Männer stand ebenso völlig konträr zueinander wie ihre außen- und deutschlandpolitischen Ansichten. Die Zusammenarbeit der zwei eigenwilligen Charaktere konnte nicht gut gehen. Adenauer symbolisierte den Typus des autokratischen Regierungsführers – und zugleich das politische System der CDU, das Heinemann zunehmend fremd wurde. Die Strategie der Unionsparteien, Politik mit einer religiösen Konnotation zu unterlegen, lehnte er ab. Denn Heinemann verstand sich als ein Politiker, der aus einer christlichen Verantwortung heraus handelt, nicht jedoch „christliche Politik" betreibt. Auf den Unterschied legte er Wert: „Die Besorgung der Dinge dieser Welt gewinnt ihre Richtigkeit nicht durch einen besonderen christlichen Gehalt, sondern durch rationale Sachentsprechung zu den jeweiligen Aufgaben der Verkündigung und der menschlichen Wohlfahrt." Sorgsam achtete er stets darauf, seine kirchlichen und staatlichen Ämter zu trennen.

Zum Bruch mit Adenauer kam es nach nur einem Jahr im Bundeskabinett. Auslöser war die Behandlung eines „Sicherheitsmemorandum“ genannten Papiers, das sich der US-amerikanische Hohe Kommissar John McCloy von Adenauer ausbedungen hatte. Das Memorandum wurde McCloy überreicht, kurz bevor dieser am 30. August 1950 nach Washington reiste, um dort Bericht zu erstatten. Der entscheidende Satz in dem Papier lautete: „Der Bundeskanzler hat ferner wiederholt seine Bereitschaft erklärt, im Falle der Bildung einer internationalen westeuropäischen Armee einen Beitrag in Form eines deutschen Kontingents zu leisten.“ Das bedeutete im Klartext: Adenauer bot die Remilitarisierung der westlichen Hälfte Deutschlands an. Für Heinemann war das ein nicht hinnehmbarer Affront. Der Bundeskanzler hatte das brisante Memorandum an McCloy übergeben, ohne vorher das Kabinett konsultiert, geschweige denn um Zustimmung gebeten zu haben. Der Innenminister war weder mit dem Ziel noch mit dem Weg Adenauers einverstanden, dessen Vorgehen er für undemokratisch hielt: „Der Bundeskanzler denkt in den Formen autoritärer Willensbildung und des stellvertretenden Handelns.“

Heinemann war offenbar nicht das einzige empörte Kabinettsmitglied, als die Regierung am folgenden Tag zusammenkam. Doch als Adenauer die Sitzung am 31. August 1950 eröffnete, war er der Einzige, der aufbegehrte. Heinemann hat später den Ablauf so beschrieben: „Dr. Adenauer entwickelte seine Sicht von der Lage und verlas das Sicherheitsmemorandum, so wie er es später am 8. Februar 1952 schließlich auch im Bundestag bekannt gab. Ich erklärte, dass ich sein Angebot für verhängnisvoll hielte und es nicht mitzuverantworten gedächte. Dr. Adenauer fragte erregt, was das bedeuten solle. Ich sagte: ‚Ich scheide aus der Bundesregierung aus.’ Der Eklat war da. Die übrigen Mitglieder der Bundesregierung ließen von ihrer Ungehaltenheit über die Art, wie sie übergangen worden waren, nichts merken. Es wurde keine Mitteilung über den Vorfall an die Presse gegeben.“

Auch wenn er sich nicht als prinzipieller Pazifist verstand, so ging es für Heinemann hier doch um eine grundsätzliche, ja eine

Gewissensfrage. Sein Protest gegen Adenauers Angebot der Wiederbewaffnung nur fünf Jahre nach Kriegsende war einerseits moralisch motiviert: „Wir stehen auf einem tiefen Untergrund von Schuld, den wir nicht dadurch ausräumen, dass wir ihn vergessen. Von ihm aus haben wir uns zu fragen, ob wir unser Vertrauen schon wieder auf Waffen setzen dürfen, nachdem sie uns um dessentwillen, was wir mit den Waffen angerichtet haben, zum zweiten Mal aus der Hand geschlagen wurden." Andererseits kritisierte Heinemann, dass die Aufstellung bundesdeutscher Truppen „eine schwere Belastung unserer sozialen Gestaltungsmöglichkeiten" bedeute: „Wenn es bisher nicht gelangt hat, den Ostvertriebenen und Kriegsbeschädigten, den Wohnungslosen und Sozialrentnern, der Jugend und manchen anderen Gruppen unseres Volkes zu geben, was ihnen zusteht, so werden Rüstungsausgaben ihre Situation nicht erleichtern." Außerdem betrachtete er Adenauers forcierte Bindung an den Westen als eine Vertiefung der Spaltung Deutschlands. Heinemann dachte stark gesamtdeutsch und hielt den Gegensatz zwischen den Systemen in Ost und West für partiell aufhebbar. Seiner Meinung nach sollte alles unterbleiben, was zu einer definitiven Stabilisierung der beiden deutschen Teilstaaten führen könnte. Damit befand er sich in einem unauflösbaren Gegensatz zur Position Adenauers.

Zunächst bemühte sich der Alte aus Rhöndorf noch, den renitenten Minister umzustimmen. Am 9. Oktober 1950 kam es zur finalen Aussprache. Die Standpunkte hatten sich nicht angenähert, zu inhaltlichen Zugeständnissen waren beide nicht bereit. In einer so zentralen Frage, wie der bundesdeutschen Remilitarisierung, sei er nicht bereit, sich der Kabinettsdisziplin zu unterwerfen, blieb Heinemann sich treu. Noch am gleichen Tag ließ Adenauer ihm mitteilen, dass er nun dessen Rücktrittsgesuch von vor eineinhalb Monaten annehmen werde, da ihre beiden „Auffassungen von den politischen Gegebenheiten und der politischen Lage des deutschen Volkes so weit auseinandergehen, dass eine fruchtbringende Zusammenarbeit nicht mehr möglich ist".

Am 10. Oktober 1950 nahm Heinemann letztmalig an einer Kabinettssitzung Adenauers teil. Nachdem die übrigen Bundesminister

ihm ihre Übereinstimmung mit seiner Politik versichert hatten, begab sich der Kanzler zu Bundespräsident Theodor Heuss, um die Entlassung Heinemanns und die Ernennung dessen Nachfolgers Robert Lehr einzuleiten. Am selben Tag verabschiedete sich Heinemann von der CDU-Fraktion. „Diese meine Abschiedsrede war das einzige Mal, dass die Fraktion im Ganzen sich über meine Auffassung unterrichten ließ; jede vorherige Aussprache mit der gesamten Fraktion war ebenso abgeriegelt worden wie auch die Fortsetzung eines Gespräches mit dem Vorstand der zweitgrößten Koalitionspartei, der FDP, auf höheren Wink plötzlich vom FDP-Vorstand abgesagt wurde, nachdem etwas von meinem Gespräch mit ihr verlautet war“, berichtete er später.

Seine Aufrichtigkeit und Integrität brachten Heinemann zwar viel Anerkennung und persönlichen Respekt ein, seine scharfe Opposition zu Adenauer aber wenig zählbaren politischen Rückhalt. 1951 gründete er gemeinsam mit der angesehenen Zentrumspolitikerin Helene Wessel die „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“, um gegen die scheinbar allseits akzeptierte Politik Adenauers zur Wiederaufrüstung zu opponieren. Ein Jahr später trat Heinemann aus der CDU aus. Er kritisierte den Zwang zur „Einheitsmeinung, in der die Unterstützung der Politik des Bundeskanzlers zum entscheidenden Maßstab der Christlichkeit erhoben wird“. Wiederum mit Helene Wessel an seiner Seite gründete Heinemann zusammen mit rund 140 Gleichgesinnten Ende November 1952 die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP), um an der kommenden Bundestagswahl teilzunehmen. Heftig bekämpft von den anderen Parteien, insbesondere der CDU, die die GVP diffamierte, Gelder aus dem Osten zu erhalten, erhielt das kleine Grüppchen beim Urnengang im Herbst 1953 ganze 1,2 Prozent der Stimmen – und landete im politischen Nirwana. Nur ein kleiner Trost dürfte es für Heinemann gewesen sein, dass die GVP ihr bestes Ergebnis in seinem Siegener Wahlkreis hatte. Hier schaffte sie immerhin 8,5 Prozent. Heinemann war in einer Sackgasse gelandet. Gleichwohl bedeutete das Parteiexperiment trotzdem eine wichtige Station in seinem Leben. Denn

zu jener Zeit stieß er auf Mitstreiter wie Diether Posser, Erhard Eppler oder Johannes Rau, die ihn die nächsten Jahrzehnte politisch begleiten sollten.

Gleichwohl waren es bittere Jahre der Diffamierung und Isolierung. Immer wieder wurde die Klingel an Heinemanns Essener Anwaltskanzlei abgerissen, erinnerte sich sein Sozius Diether Posser später. Oder es prangten Aufkleber „Von Moskau bezahlt" am Eingang. Selbst Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst bespitzelten die Kanzlei, weil Heinemann und Posser als Verteidiger vieler illegalisierter KPD-Mitglieder der Nähe zum Kommunismus verdächtigt wurden. 1955 wurde Heinemann in einer Kampfabstimmung als Präses der EKD-Synode abgewählt – wegen seiner parteipolitischen Betätigung, die zuvor, als er noch der CDU angehörte, ausdrücklich erwünscht gewesen war.

Heinemann suchte einen Ausweg aus dem politischen Abseits. Und er fand ihn in der SPD. Da sie ihm nunmehr als die einzige realistische Alternative zur übermächtigen Union erschien, gab der bürgerliche Heinemann seine lang gehegten Vorbehalte gegen die proletarisch geprägte Partei auf. Vorbereitet wurde der Weg in die Sozialdemokratie durch zwei übergreifende Oppositionsbewegungen, die Paulskirchenbewegung und „Kampf dem Atomtod". Außerdem veröffentlichte die SPD-Monatsschrift *Neue Gesellschaft* einen Aufsatz Heinemanns, in dem er vor allem das Verhältnis zwischen SPD und Evangelischer Kirche zu klären versuchte. Rechtzeitig zur Bundestagswahl 1957 löste sich die GVP auf. Heinemann wurde Mitglied der SPD und zog zusammen mit seiner Mitstreiterin Helene Wessel für die Genossen in den Bundestag ein. Am 23. Januar 1958 meldete sich Heinemann mit einer fulminanten Rede im Parlament zurück. Sie gipfelte in der Aufforderung an Adenauer, zurückzutreten. Das Verhältnis zwischen den beiden blieb bis zu Adenauers Tod persönlich tief zerrüttet. So kommentierte der greise Altkanzler noch in seinen Erinnerungen 1965 bissig den Rücktritt seines ersten Innenministers fünfzehn Jahre zuvor: „Ich möchte hier über Gottvertrauen an sich und über Frömmigkeit im Allgemeinen nichts sagen, aber ich hatte Herrn Heinemann, als er mich beschwor,

in der Sache der Verteidigung der Bundesrepublik nichts zu tun, erwidert, dass nach meiner Auffassung Gott uns den Kopf zum Denken gegeben habe und die Arme und Hände, um damit zu handeln." Allerdings war Heinemann nicht weniger nachtragend. Als Adenauer ihn 1966 zu seinem 90. Geburtstag einlud, begegneten sie sich noch einmal. Gustav Heinemanns Geschenk an den Altkanzler war eine Buchsammlung mit eigenen Reden und Aufsätzen, die den vieldeutigen Titel trug: *Verfehlte Deutschlandpolitik. Irreführungen. Selbsttäuschungen und Ausreden*.

Obwohl gegen die Große Koalition eingestellt, ließ sich Heinemann 1966 dazu bewegen, das Amt des Bundesjustizministers zu übernehmen. Er nutzte die Chance zur Liberalisierung vor allem des Strafrechtes. Mit seiner ebenso kurzen wie bewegenden Fernsehansprache zu den Osterunruhen nach dem Attentat auf Rudi Dutschke 1968 gewann Heinemann endgültig jene moralische Autorität, die ihn zum höchsten Amt der Bundesrepublik, dem des Bundespräsidenten, geradezu prädestinierte. Jeder, der jetzt auf die rebellierenden Studenten zeige, „sollte daran denken, dass in der Hand mit dem ausgestreckten Zeigefinger zugleich drei andere Finger auf ihn selbst zurückweisen", sagte Heinemann. Damit wolle er „sagen, dass wir alle uns zu fragen haben, was wir selber in der Vergangenheit dazu beigetragen haben könnten, dass Antikommunismus sich bis zum Mordanschlag steigerte und dass Demonstranten sich in Gewalttaten der Verwüstung bis zur Brandstiftung verloren haben".

Am 5. März 1969 wurde Heinemann im dritten Wahlgang mit den Stimmen von SPD und FDP in der Berliner Ostpreußenhalle zum Bundespräsidenten gewählt. Seine Wahl kommentierte er mit den Worten: „Es hat sich jetzt ein Stück Machtwechsel vollzogen, und zwar nach den Regeln einer parlamentarischen Demokratie." Ein halbes Jahr später befand sich die CDU das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik in der Opposition. Die sozialliberale Ära hatte begonnen.

Als Bundespräsident wurde Heinemann der besonnene Sprecher einer notwendigen inneren Liberalisierung. Er verwies auf verschüttete oder verdrängte Elemente demokratischer Entwicklung auch in der Bundesrepublik, machte sich zum Fürsprecher an den Rand der

Gesellschaft gedrängter Minderheiten. Und bis heute legendär ist seine Antwort, ob er diesen Staat liebe: „Ach was, ich liebe keine Staaten, ich liebe meine Frau; fertig!“ Sehr zutreffend beschrieb der Schriftsteller Siegfried Lenz den „Bürgerpräsidenten“ als einen „Störer der Selbstzufriedenheit, der nicht nur mahnt und beklagt, der nicht nur mäßigt und unangenehm zweifelt, sondern der auch bereit ist, sich selbst zu bezichtigen“. Es sei Gustav Heinemann gewesen, so Lenz, „der sich öffentlich fragte, warum er während des Dritten Reiches nicht entschiedener Widerstand geleistet habe“. Willy Brandt sagte über Heinemann: „Die Unbestechlichkeit des Urteils ist bei ihm im besonderen Maße vereint mit liberaler Gesinnung und der Fähigkeit zur Toleranz.“ Als jemanden, der seinem christlichen Gewissen „in jeder Lebenslage treu geblieben ist“, bezeichnete ihn Helmut Schmidt.

Bis 1974 amtierte Heinemann als Bundespräsident. Auf eine zweite Amtszeit verzichtete er aus Gesundheits- und Altersgründen. An dem zur Verabschiedung üblichen Großen Zapfenstreich der Bundeswehr hatte er keinen Bedarf. Nur zwei Jahre nach seinem Ausscheiden starb Gustav Heinemann am 7. Juli 1976 im Alter von 76 Jahren in Essen. Bis zu seinem Lebensende blieb er, was er ein Leben lang gewesen war: ein radikaler Demokrat und ein überzeugter Christ.

Die Bürgerrechtlerin und ihr Kampf gegen die Stasi: Marianne Birthler

Marianne Birthler als politisch „unbequem“ zu bezeichnen, ist mit Sicherheit kein Fehler. Die Bündnisgrüne, die in der evangelischen Kirche in der DDR aktiv war und im Zuge der Wende in die aktive Politik kam, verärgerte mit unangepasstem Verhalten auch als Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen oft ihre Kolleginnen und Kollegen. Jedenfalls sah sie das selbst so, wie sie in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* im Oktober 2001 sagte: „Über meinen Rücktritt würden sich zu viele Leute freuen.“ Es wäre ihr zweiter gewesen. Doch diesen Gefallen wollte Birthler ihren Kritikern nicht noch einmal machen.

Nachdem sie intensiv am „Runden Tisch“ der DDR mitgearbeitet hatte, kandidierte Birthler im Frühjahr 1990 erfolgreich bei der Volkskammerwahl. Nach der Landtagswahl in Brandenburg wurde sie wenige Monate später Ministerin für Bildung, Jugend und Sport in der „Ampelkoalition“, die die SPD unter ihrem Ministerpräsidenten Manfred Stolpe gemeinsam mit FDP und Bündnis 90/Die Grünen gebildet hatte. Für Birthler begann eine bewegte Zeit politischer Verantwortung. Als Schulministerin erwarb sie sich einen guten Ruf, sorgte aber auch für Unmut. So setzte sie sich für die integrierte Gesamtschule als Regelschule ein, während dieses Modell in vielen westdeutschen Bundesländern massiv kritisiert wurde. Sie prägte auch das neue Fach „Lebenskunde, Ethik, Religion“ (LER) als Alternative zum Religionsunterricht. Selbst vor der daraus resultierenden Auseinandersetzung mit den Kirchen schreckte Birthler nicht zurück. Ebenso versuchte sie denjenigen Erwachsenen eine Bildungschance zu geben, die im SED-Staat kein Abitur hatten machen dürfen. Wer seinerzeit von der Schule verwiesen wurde, sollte jetzt trotzdem studieren können. Darüber hinaus schaute die Bürgerrechtlerin bei Lehrern mit nachweislicher und aktiver Stasi-Vergangenheit genau hin und schreckte auch nicht vor Entlassungen zurück.

Die Amtszeit Birthlers wurde jedoch vor allem und immer wieder überschattet von den zum Teil erbitterten Auseinandersetzungen mit Ministerpräsident Stolpe. Sie ließ in der Öffentlichkeit kaum eine Gelegenheit aus, ihrer Überzeugung Ausdruck zu verleihen, dass der einstige Kirchenfunktionär zu DDR-Zeiten zu intensiv mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet hatte. Stolpe soll Informationen über kirchliche Oppositionsgruppen in Gesprächen an die Stasi weitergegeben haben. Habe man um diese Kontakte Stolpes gewusst, wäre man damals sicher mehr auf Distanz zu ihm gegangen und hätte ihn nicht in so viele Details eingeweiht, sagten Mitstreiter später. Stolpe wies die Anschuldigungen einer tatsächlichen Stasi-Unterstützung stets zurück. Er habe nur vermitteln wollen. Diese Darstellung nahmen ihm seine Kritiker jedoch nicht ab. Dazu gehörte Marianne Birthler.

Im Herbst 1992 erreichte die Stolpe-Krise ihren Höhepunkt. Aus der brandenburgischen SPD und aus der Landesregierung wurde Birthler aufgefordert, sich mit öffentlichen Angriffen auf den Regierungschef zurück zu halten. Manfred Stolpe stellte ihr ein Ultimatum: Sie könne nicht Ministerin sein und gleichzeitig mehr oder weniger deutlich seinen Rücktritt fordern. Einem Schweigeedikt wollte sich Birthler jedoch auf keinem Fall unterwerfen. Nicht zuletzt aufgrund ihrer Erfahrungen als Oppositionelle in der DDR lehnte sie es ab, zu einem ihr derart wichtigen Thema den Mund zu halten. Am 29. Oktober 1992 war es soweit: Birthler trat vor die Presse und kündigte ihren Rücktritt an. Als Begründung verwies sie auf die mutmaßliche Stasi-Vergangenheit Stolpes. „Ich kann mich nicht weiter verbiegen lassen, sonst muss ich die nächsten Jahre meines Lebens krumm gehen“, sagte sie. „Wenn Stasi-Kontakte nachträglich salonfähig werden, ist das abträglich für die Vergangenheitsbewältigung. Ausflüchte, zweifelhafte Erklärungsmuster und halbherzige Eingeständnisse zerstören unsere politische Kultur“, verkündete sie. Stolpe, so Birthler weiter, räume immer nur das ein, was ohnehin schon in der Öffentlichkeit bekannt geworden sei.

Der sozialdemokratische Ministerpräsident war aber offenbar nicht der einzige Stolperstein, der Marianne Birthler das Mitregieren vermiest hatte. Immer wieder hatte sie den „enormen Zeitdruck“ beklagt, der bei Entscheidungen entstehe. Für einen umfassenden Diskurs, der auch die Öffentlichkeit mit einbezieht, bleibe viel zu wenig Zeit. Sie machte deutlich, dass ihr ein Politikstil widerstrebe, in dem eine demokratische Willensbildung auf breiter Basis kaum noch möglich sei. Hinzu kam der Streit um den Religionsunterricht mit den Kirchen, der von manchen im Kabinett mit Verärgerung aufgenommen wurde.

Gleichwohl ist es verständlich, dass Birthler den Stasi-Streit mit Stolpe als entscheidend für ihren Rückzug benannt hat. Und auch glaubwürdig, hatte sie sich doch stets kompromisslos als unermüdliche Kämpferin gegen die Machenschaften des früheren DDR-Systems gezeigt. Schon als Jugendliche hatte sie „unangepasstes Verhalten“ gezeigt, als sie mit 14 Jahren aus der FDJ austrat. Später

arrangierte sie sich vordergründig mit dem System, machte ihr Abitur, lernte Exportbearbeiterin im Außenhandel und absolvierte ein Studium zur „Außenhandelswirtschaftlerin“. Danach ließ sich Birthler als Katechetin und Gemeindehelferin der evangelischen Kirche ausbilden.

Sie kam in Konflikt mit der Staatsmacht: 1986 gehörte die Mutter dreier Kinder zu den Gründungsmitgliedern des Arbeitskreises „Solidarische Kirche“, der für die Demokratisierung von Kirche und Gesellschaft eintrat. Als Jugendreferentin im Stadtjugendpfarramt von Berlin protestierte sie öffentlich gegen Zensur, unterstützte Regimekritiker und war Mitinitiatorin des „Berliner Kontakttelefons“ in der Gethsemanekirche. Über diesen Draht konnten sich oppositionelle Gruppen vernetzen.

Während der Wende arbeitete Birthler in der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ mit, dann schloss sie sich dem Bündnis 90 an, das kurz darauf mit den westdeutschen Grünen fusionierte. Im Frühjahr 1992 kam sie in den Geschäftsführenden Ausschuss des Bundessprecherrats der Partei. Im Mai 1993 wurde sie für ein Jahr zur Bundessprecherin von Bündnis 90/Die Grünen gewählt.

Nachdem sie 1998 den Einzug in den Bundestag verpasste hatte, konzentrierte sich Birthler auf eine Ausbildung zur Organisationsberaterin. Es dauerte eine Zeit, bis sie für ihre Partei wieder wichtig wurde: Als Joachim Gauck Ende 2000 als Leiter der nach ihm im damals allgemeinen Sprachgebrauch benannten Gauck-Behörde aufhören musste, wurde Birthler von den Grünen als Nachfolgerin vorgeschlagen. Im Oktober 2000 trat sie ihr neues Amt an, aus der „Gauck-“ wurde die „Birthler-Behörde“. Um nicht wieder in die „Stolpe-Falle“ zu treten, schloss die Politikerin in ihrer neuen Funktion die Beschäftigung mit einer Angelegenheit kategorisch aus: „Als Bundesbeauftragte werde ich mich mit dem Fall Stolpe nicht befassen“, erklärte sie im Oktober 2002 gegenüber dem *Spiegel.* Das Thema übergab die Behördenleiterin ihrem Stellvertreter und verhinderte so, dass über mögliche Rachefeldzüge spekuliert werden konnte. Sämtliche Anfragen und Recherchen in diesem Fall gingen nicht über ihren Tisch – und in ihrer Funktion als Beauftragte äußerte sie sich auch nicht mehr öffentlich zu diesem Thema.

Gleichwohl schloss das nicht aus, dass sie als „Privatperson“ in Interviews stets deutlich machte, dass sich an ihrer Meinung über Stolpe nach wie vor nichts geändert hat.

Es zog aber bald eine neue Auseinandersetzung auf, mit der Marianne Birthler wieder Schlagzeilen machen sollte. Diesmal ging es um die Frage, ob Stasi-Unterlagen über den früheren Bundeskanzler Helmut Kohl an Journalisten und Wissenschaftler herausgegeben werden dürften. Immerhin galt Kohl als Opfer der Staatssicherheit und machte seine Rechte zum Schutz der Persönlichkeit geltend. Birthler argumentierte, bei Personen der Zeitgeschichte gebe es keinen Grund, Papiere zurück zu halten. Gerade aber die umstrittenen Abhörprotokolle wollte Kohl auf keinen Fall in der Öffentlichkeit haben. Das Berliner Verwaltungsgericht gab ihm für dieses Ansinnen im Sommer 2001 Recht – doch Birthler wollte sich mit dem Urteil nicht zufriedengeben.

Ihre Revision hätte SPD-Bundesinnenminister Otto Schily gerne gestoppt, er stellte ihr sogar ein demonstratives Ultimatum, ab sofort Akten von Personen des öffentlichen Lebens nur noch mit deren Zustimmung herausgeben zu lassen. Doch Birthler beugte sich nicht, war sie doch sicher, dass die Rechtsaufsicht über ihre Behörde nicht alleine Schily hatte, sondern die gesamte Bundesregierung. Und ob ein Vorgehen gegen Birthler im Kabinett eine Mehrheit gefunden hätte, war zumindest aufgrund kritischer Äußerungen der Grünen fraglich. Trotzdem sorgte der scharfe Ton für Unmut. Sogar innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion wurde von einer Demütigung gesprochen. Bei einigen Beobachtern machte sich der Eindruck breit, es würde Schily gut in den Kram passen, wenn die Grünen-Politikerin als Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen ihren Hut nehmen würde. Über einen Rücktritt hat sie trotz der Streitigkeiten aber nicht nachgedacht, beteuerte sie im Herbst 2001 in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung*: „Das wäre sehr kontraproduktiv, in der Richtung nachzudenken. Da würden sich zu viele Leute freuen.“

Im Juni 2004 zog das Bundesverfassungsgericht einen Schlussstrich unter den Streit um Kohls Stasi-Akten. Die Dokumente über den Ex-Kanzler sollten im Wesentlichen unter Verschluss gehalten werden, entschieden die obersten Richter und gaben damit Birthler

und ihrer Behörde einen Korb. Zum Jahreswechsel 2005 übertrug Bundeskanzler Schröder dann die Zuständigkeit für die Stasi-Unterlagen-Behörde nicht mehr dem Innenministerium, sondern der Kultur-Staatsministerin der Bundesregierung, Christina Weiss – was die Situation nicht einfacher machte. Doch Birthler überstand alle Konflikte. Im Januar 2006 wurde sie vom Bundestag mit großer Mehrheit in ihrem Amt bestätigt. Nur 60 Abgeordnete, vor allem aus den Reihen der Linkspartei, stimmten gegen sie; 17 Parlamentarier enthielten sich.

So endete ihre Tätigkeit als Stasi-Unterlagen-Beauftragte ganz regulär. Im März 2011 schied Marianne Birthler aus ihrem Amt – da das Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik eine Beschränkung auf zwei Amtszeiten vorschreibt. Bei einem Festakt zu ihrer Verabschiedung im Deutschen Historischen Museum würdigte Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) die streitbare Protestantin als eine Frau, „die die Vergangenheit auf keinen Fall ruhen lassen wollte – und der diese Vergangenheit selbst keine Ruhe ließ". Mit Recht verbinde man heute ihren Namen mit glaubwürdiger Aufarbeitung. „Es brauchte Rückgrat und einen klar ausgerichteten Kompass, um eines der sicher auch menschlich schwierigsten Ämter zu leiten", sagte Neumann. Birthlers Nachfolger wurde ihr Wunschkandidat Roland Jahn, der 1983 gegen seinen Willen aus der DDR ausgebürgert worden war und als ebenso konsequenter Stasi-Aufklärer gilt.

Die Liberale und der „Große Lauschangriff": Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Nein, zugetraut hatten sie ihr nicht viel, damals 1992. Was er von der Neuen mit dem sperrigen Namen an der Spitze des Justizministeriums halte? „Die Frau ist praktisch und normal", antwortete Fraktionskollege Detlef Kleinert kühl. Es sei „nicht die Zeit der großen Würfe". Dabei war die bis dahin weitgehend unbekannte Hinterbänklerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger seine Kandidatin gewesen. Gemeinsam mit Fraktionschef Hermann-Otto Solms hatte

der rechtsliberale Strippenzieher in der FDP-Bundestagsfraktion hinter den Kulissen die Fäden für ihren Aufstieg in die Bundesregierung gezogen. Allerdings schien es den beiden freidemokratischen Herren weniger um das besondere politische Talent der ehemaligen Abteilungsleiterin im Deutschen Patentamt gegangen zu sein. Vielmehr zeichnete sich ein schnöder Machtpoker ab: Nachdem der bisherige Justizminister Klaus Kinkel nach dem überraschenden Rücktritt Hans-Dietrich Genschers ins Auswärtige Amt gewechselt war, mussten die Liberalen schnellstens einen Nachfolger für Kinkel präsentieren. Eigentlich wäre der Altliberale Burkhard Hirsch prädestiniert gewesen. Zu oft jedoch war der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion mit seinen Interventionen in Sachen Rechtsstaat bei den Konservativen auch in den eigenen Reihen angeeckt. Zudem hatte man ihm nicht vergessen, dass er 1982 vehement für eine Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition eingetreten war. Hirsch schien also nicht nur für die Union, sondern auch für den Wirtschaftsflügel der FDP untragbar.

Da kam plötzlich Leutheusser-Schnarrenberger in den Blick. Die im bayerischen Starnberg lebende Juristin, seit 1978 FDP-Mitglied, war erst 1990 ins Parlament eingezogen – allerdings nur, weil die Grünen knapp an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten und deshalb auch FDP-Kandidaten auf unsicheren Listenplätzen in den Bundestag kamen. In den knapp anderthalb Jahren ihrer Zugehörigkeit zum Hohen Haus war sie nicht sonderlich aufgefallen. Aber „Schnarri“, wie sie von ihren Parteifreunden genannt wurde, hatte zwei für die FDP hervorragende werbetechnische Vorteile: Sie war eine Frau und sie war jung. So setzte sich die 40-Jährige in der Fraktion mit 56 zu 27 Stimmen gegen den Linksabweichler Hirsch durch. Am 20. Mai 1992 wurde sie im Berliner Reichstag vereidigt und saß plötzlich als Drittjüngste nach der 37-jährigen Frauenministerin Angela Merkel und dem 38-jährigen Verkehrsminister Günther Krause am Kabinettstisch Helmut Kohls. Nicht nur das: Mit ihr leitete erstmals in der bundesrepublikanischen Geschichte eine Frau ein „klassisches“ Bundesressort.

Schnell stellte sich indes heraus, dass Solms und Kleinert einen kapitalen Fehler begangen hatten: Sie hatten die Frau mit dem

Charme des Unverbrauchten grandios unterschätzt. Statt einer leicht dirigierbaren grauen Maus hatten sie eine kämpferische Linksliberale ins Amt gehievt. Zum Entsetzen der konservativen FDP-Granden verteidigte Leutheusser-Schnarrenberger mit Verve jene liberalen Grundwerte, die ihnen schon längst nichts mehr wert waren. Da hätte es ihnen mit Hirsch kaum schlimmer ergehen können. So machte sich die Jungministerin schnell mit ihrem hartnäckigen Festhalten am Asylartikel 16 des Grundgesetzes, mit ihrem Widerstand gegen die Verlängerung der Kronzeugenregelung, mit ihren Einwänden gegen einen Out-of-area-Einsatz der Bundeswehr bei nicht wenigen in der FDP-Fraktion und vor allem beim Koalitionspartner unbeliebt. Es dauerte nicht lange, da schimpfte Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber bereits über das „Sicherheitsrisiko Schnarrenberger“: „Die Frau in Ehren, aber bitte nicht in diesem Amt.“ Sie sei halt eine „extrem unabhängige Frau“, stöhnte FDP-Bundesgeneralsekretär Werner Hoyer.

Aber die „heilige Johanna des Rechts“, wie sie der CDU-Bundestagsabgeordnete Horst Eylmann spöttisch titulierte, blieb weiter renitent. Vielleicht lag es auch an ihrer familiären Prägung, dass sich die am 26. Juli 1951 im westfälischen Minden Geborene nicht so einfach unterkriegen ließ. Denn immerhin war bereits ihr Onkel Bundestagsabgeordneter und Justizminister gewesen: Wolfgang Stammberger hatte unter Adenauer von 1961 bis 1962 der Bundesregierung angehört. Gemeinsam mit den anderen FDP-Ministern trat er im Zuge der sogenannten *Spiegel*-Affäre zurück. 1964 wechselte Stammberger zur SPD und amtierte von 1970 bis 1978 als Oberbürgermeister im fränkischen Coburg. Auch ihr Vater war politisch aktiv: Das CDU-Mitglied, ebenfalls Rechtsanwalt, war einst Bürgermeister in ihrer Geburtsstadt Minden.

Der Konflikt mit der unbequemen Leutheusser-Schnarrenberger eskalierte an der Frage des „Großen Lauschangriffs“. Schon länger hatte es Pläne in der Union gegeben, zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität den verfassungsrechtlich garantierten Schutz der Wohnung einzuschränken. Eine entsprechende Grundgesetzänderung zur Ermöglichung der „akustischen Wohnraumüberwachung“ hatten CDU und CSU eigentlich bereits im Frühjahr 1992

auf den Weg bringen wollen, jedoch aufgrund von Bedenken der Liberalen zunächst zurückgestellt. Aber der große Koalitionspartner ließ nicht locker. Nachdem im Laufe des Jahres 1993 die SPD auf die Unionsposition einzuschwenken begann, fing auch die liberale Ablehnungsfront an zu bröckeln. Die Bundesjustizministerin allerdings stand: Mit ihr sei eine solche Einschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte nicht zu machen.

Nach der Bundestagswahl 1994 wurde der Druck auf die FDP immer größer, beim „Großen Lauschangriff" klein bei zu geben. Die Mehrheit der liberalen Bundestagsfraktion und auch viele im Präsidium der Partei waren dazu mittlerweile längst bereit. Damit standen sie indes nicht nur im Gegensatz zu Leutheusser-Schnarrenberger, sondern auch immerhin gegen Beschlüsse von zwei Parteitagen, auf denen die Delegierten den Großen Lauschangriff strikt abgelehnt hatten. In der FDP war der Streit um diese Frage weiterhin groß. Was tun? Ein Mitgliederentscheid musste her.

Diese Möglichkeit der innerparteilichen Meinungsfindung hatte die FDP erst im Juni 1995 auf ihrem Parteitag in Mainz eingeführt. Nun sollte er nach dem Willen des frischgewählten FDP-Vorsitzenden Wolfgang Gerhardt erstmals in der Frage des „Großen Lauschangriffs" seine Anwendung finden, um so ein für alle Mal das Thema vom Tisch zu räumen. So wurden der Parteibasis im Herbst 1995 zwei Anträge alternativ zur Abstimmung gestellt. Nach dem einen sollte sich die FDP dafür aussprechen, „bei der Strafverfolgung das Abhören in Wohnungen zuzulassen, um zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität die notwendigen Beweismittel gewinnen zu können". Der Antrag war von den FDP-Rechtspolitikern Heinz Lanfermann und Jörg van Essen ausgearbeitet worden. Die beiden Bundestagsabgeordneten begründeten ihre Haltung damit, dass bei organisiertem, international operierendem Verbrechen die klassischen Mittel der Verbrechensbekämpfung versagen würden.

In dem anderen, formuliert von Leutheusser-Schnarrenberger und Hirsch, hieß es hingegen, die FDP stehe „zu ihrer wiederholt von Bundesparteitagen mit großen Mehrheiten beschlossenen Wahlaussage, dass der sogenannte Große Lauschangriff – die heim-

liche Überwachung des Bürgers in seiner Privatwohnung – unzulässig bleiben soll". Denn der freiheitliche Rechtsstaat „darf und kann auf die Gefahren für die innere Sicherheit und den inneren Frieden nicht mit allen Mitteln, besonders nicht mit solchen Mittel reagieren, die ihrerseits die Grundlagen für seine Freiheitlichkeit und Rechtsstaatlichkeit zerstören." Mittlerweile zur Symbolfigur des Bürgerrechtsflügels der FDP avanciert, hatte Leutheusser-Schnarrenberger von Anfang an damit gedroht, im Falle einer Niederlage als Justizministerin zurückzutreten. Die Entscheidung über den „Großen Lauschangriff" sei für sie eine „Gewissensentscheidung".

Am 14. Dezember 1995 verkündete FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle das Ergebnis des ersten freidemokratischen Mitgliederentscheids. Von den rund 80.000 FDP-Mitgliedern hatten 43 Prozent ihr Votum abgegeben. Davon stimmten 63,6 Prozent für die Möglichkeit, zur Bekämpfung organisierter Kriminalität auch in Privaträumen und Wohnungen heimlich elektronische Wanzen zu installieren; 35,7 Prozent lehnten dies ab. Die Entscheidung der Mitglieder habe gezeigt, dass die bisherige Beschlusslage „nicht im richtigen Kontakt" zur Basis stand, kommentierte FDP-Chef Gerhardt zufrieden den Ausgang. Nichts desto trotz behauptete er: Die FDP „ist und bleibt eine moderne Rechtsstaatspartei".

Leutheusser-Schnarrenberger jedoch zog umgehend die Konsequenz aus ihrer Niederlage: Mit Tränen in den Augen und bebender Stimme, aber unbeirrbar standhaft erklärte sie ihren Rücktritt als Justizministerin. Die Zustimmung zum „Großen Lauschangriff" sei ein „Richtungswechsel in der Innen- und Rechtspolitik hin zum Konzept eines konservativen Schutzstaates". Mit tränenerstickter Stimme verkündete sie, keine Politik vertreten zu können, die mit ihren liberalen Grundsätzen unvereinbar sei. „Wer nicht länger den Schutz des Bürgers vor dem Staat, sondern den Schutz des Bürgers durch den Staat ins Zentrum liberaler Politik stellen will, der gibt im schlimmsten Fall den Liberalismus auf", schrieb Leutheusser-Schnarrenberger der FDP ins Parteibuch. „Im besten Fall gibt er sich der Illusion hin, Liberalismus sei halbierbar", so die streitbare Juristin in ihrer Rücktrittserklärung. Da könne sie nicht mitgehen: „Freiheit, die ich meine, ist nicht teilbar." Sarkastisch fügte sie noch

hinzu: Jenen Parteifreunden, die ihren Abschied „herbeigesehnt" hätten, „möge die Freude vergönnt sein". Mit ihr legte auch Burkhard Hirsch sein Amt als innenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion nieder.

Am 16. Januar 1996 stimmten 452 Abgeordnete der Einschränkung des Grundrechts auf „Unverletzlichkeit der Wohnung" zu und machten damit den Weg frei für den „Großen Lauschangriff". Die Grünen, die PDS sowie einige Frei- und Sozialdemokraten stimmten dagegen. Ein äußerst knappes Ergebnis: Die für eine Grundgesetzänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit wurde nur um vier Stimmen übertroffen. Als Nachfolger Leutheusser-Schnarrenbergers zog der 54-jährige FDP-Bundestagsabgeordnete Edzard Schmidt-Jortzig ins Justizministerium ein. Ihm waren bürgerrechtliche Aufmüpfigkeiten völlig fremd. In seiner zweijährigen Amtszeit bis zum Regierungswechsel 1998 blieb der Kieler Rechtsprofessor farblos.

Leutheusser-Schnarrenberger setzte sich indes weiter in Partei und Fraktion entschlossen für ihre Positionen ein – und das nicht ohne Rückhalt: Im Mai 1997 wurde sie auf dem Parteitag in Wiesbaden ins FDP-Präsidium gewählt. Im Dezember 2000 übernahm sie den Landesvorsitz der bayerischen Freidemokraten. In einer Kampfabstimmung setzte sie sich im zweiten Wahlgang gegen den bisherigen Amtsinhaber Hermann Stützer durch. Im Juni 2001 wurde sie – wenn auch mit der denkbar knappen Mehrheit von 22 von insgesamt 40 Stimmen – zur stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion gewählt.

Und sie kämpfte weiter gegen den „Großen Lauschangriff": Zusammen mit Burkhard Hirsch und dem früheren Bundesinnenminister Gerhart Baum legte Leutheusser-Schnarrenberger Verfassungsbeschwerde ein. Ihre Partei trug die Klage erwartungsgemäß nicht mit. Mehr als fünf Jahre nach der Einführung begann am 1. Juli 2003 vor dem Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts die Verhandlung über den „Großen Lauschangriff". Am 3. März 2004 verkündeten die Karlsruher Richter ihre Entscheidung: Sie gaben den liberalen Klägern in zahlreichen Punkten recht. Zwar erklärte das Ge-

richt mit 6 zu 2 Richterstimmen die Grundgesetzänderung grundsätzlich für zulässig. Aber die bisherige Praxis des „Großen Lauschangriffs“ verstoße weitgehend gegen den Schutz der Menschenwürde und sei deshalb verfassungswidrig. Künftig müsse der „Kernbereich privater Lebensgestaltung“ besser geschützt werden. Der Bürger habe grundsätzlich das „Recht, in Ruhe gelassen zu werden“. Auch die gerichtliche Kontrolle der Polizei und die Benachrichtigung der Betroffenen müsse verbessert werden. Außerdem dürften Lauschangriffe nur noch bei schwerer Kriminalität eingesetzt werden. Der Altliberale Baum wertete das „historische Urteil“ als „Signal für eine Neubesinnung auf die Bürgerrechte“. Der freudige Kommentar Leutheusser-Schnarrenbergers: „Ich hoffe, dass es bald keine Lauschangriffe mehr gibt.“

Bis heute repräsentiert Sabine Leutheusser-Schnarrenberger den – nicht mehr allzu großen – Bürgerrechtsflügel in der FDP. Ihre Stimme hat Gewicht. Und nicht nur das. Nach der Bundestagswahl 2009 erlebte die gradlinige Politikerin ein geradezu sensationelles Comeback: Fast fünfzehn Jahre nach ihrem Rücktritt wurde sie erneut zur Bundesjustizministerin berufen.

Der Linke und der verlorene Machtpoker: Oskar Lafontaine

Den Empfang bei seiner neuen Basis dürfte sich Oskar Lafontaine etwas anders vorgestellt haben. Trillerpfeifenlärm brandet ihm entgegen, als er am 18. Juni 2005 den Saal betritt. Die Stimmung auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) ist gereizt. Die Gegner eines möglichen Bündnisses mit der PDS bei der Bundestagswahl übertönen mit ihren Buhrufen den Applaus der Befürworter. Der frühere SPD-Chef schaut irritiert. Lafontaine ist gekommen, um sich von der kleinen WASG als ihr Vorschlag für die Spitzenkandidatur der Linkspartei.PDS in Nordrhein-Westfalen für die Bundestagswahl nominieren zu lassen. Er wirkt nervös. Aber wie könnte es anders sein, es geht für ihn um viel: Scheitert sein Versuch eines

politischen Comebacks bereits hier an diesem Samstag im Konferenzzentrum des Kölner Technologieparks?

Gut eine halbe Stunde spricht Lafontaine zu den Delegierten. Geradezu beschwörend wirbt er für die „historische Chance“, die nicht verspielt werden dürfe: „Wir sind bereits von der Bevölkerung gewollt, obwohl wir uns noch gar nicht formiert haben.“ Das gleiche einem Wunder. Das geplante Linksbündnis könne die drittstärkste Kraft im Bundestag werden: „Auf dem Weg dorthin können wir uns nur selber noch ein Bein stellen, die anderen können das nicht mehr.“ Die Mauer sei schon vor sechzehn Jahren gefallen, die PDS habe sich seither „deutlich gewandelt“, versucht er den Delegierten die Angst vor der SED-Nachfolgepartei zu nehmen. Seine Rede ist rhetorisch brillant – und seine Botschaft kommt an. Keiner pfeift, keiner buht mehr. Endgültig gewonnen hat Lafontaine, als er auf die Nachfrage eines Delegierten endlich die erlösenden Worte spricht: „Meine Frau ist bereits eingetreten. Ich habe heute unterschrieben.“ Jetzt ist er endgültig „ihr Oskar“. Das WASG-Neumitglied Lafontaine erntet Standing Ovations. Er hat die Schlacht gewonnen. Alle Anträge, die gegen ein Antreten der WASG auf offenen PDS-Listen und für einen eigenständigen Wahlantritt plädieren, werden mit einer deutlichen Zweidrittel-Mehrheit abgelehnt. Sein Wahlergebnis fällt noch besser aus: Lafontaine erhält 124 Stimmen – gegenüber gerade mal 29 Stimmen für seinen Gegenkandidaten.

Knapp eineinhalb Monate später ist Lafontaine endgültig wieder im politischen Geschäft. Die PDS folgt dem Votum ihres „Kooperationspartners“ WASG: Lafontaine wird mit einer deutlichen Mehrheit zur Nummer eins ihrer nordrhein-westfälischen Landesliste gekürt. Mit nur zwei Sätzen zieht der „Sonnenkönig von der Saar“ auch die letzten Skeptiker auf dem Landesparteitag im Saal „Deutschland“ des Essener Congress Centers auf seine Seite. Mit dem ersten Satz seiner vierzigminütigen Rede: „Ein Gespenst geht um in Deutschland, es ist das Gespenst der Linkspartei.“ Und mit seinem letzten Satz, einem Zitat von Victor Hugo: „Nichts ist mächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist.“ Für Lafontaine ist endlich die Zeit gekommen, um jene Schlacht zu schlagen, die er

sechs Jahre zuvor nicht hatte schlagen wollen: die Schlacht gegen seinen einstigen „Männerfreund“ Schröder.

Das Bild ging um die Welt: Oskar Lafontaine als „Privatmann“ mit seinem zweijährigen Sohn Carl Maurice auf den Schultern. Diesem ersten öffentlichen Auftritt zwei Tage nach Lafontaines völlig überraschendem Rücktritt als Bundesfinanzminister und SPD-Vorsitzender war eine für die Öffentlichkeit und auch seine eigene Partei unendlich lang erscheinende Zeit des Schweigens und Versteckens vorangegangen. Aber auch jetzt und hier auf der Terrasse seines Hauses in Saarbrücken verweigerte er weiterhin jegliche Erklärung für das, was sich niemand erklären konnte: Am 11. März 1999 war Lafontaine zurückgetreten und hatte zeitgleich auch sein Bundestagsmandat niedergelegt. Eine Begründung dafür gab er jedoch weder Kanzler Schröder, dem Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse noch den Mitgliedern des SPD-Vorstandes, denen er drei kurze Abschiedsbriefe schickte. „Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, hiermit trete ich von meinem Amt als Bundesminister der Finanzen zurück. Mit freundlichen Grüßen“ – mehr schrieb der sonst nie um Worte verlegene Lafontaine nicht an Schröder. Das war’s. Eine drei Jahrzehnte währende glanzvolle sozialdemokratische Karriere war zu Ende. Der Liebling der Partei war abgetreten. Einfach so, ohne ein Wort der Erläuterung.

Erst am 14. März, drei Tage nach seiner Demission, brach Lafontaine endlich sein selbst auferlegtes Schweigen. Doch die Ratlosigkeit blieb. „Der Grund meines Rücktritts ist das schlechte Mannschaftsspiel, das wir in den letzten Monaten geboten haben“, begründete er gegenüber der ARD seine Entscheidung. Es sei zu wenig Rücksicht aufeinander genommen worden. Er habe sich „jetzt eben nach vielen Jahren für das Privatleben entschieden“. Warum er sich erst jetzt zu seinem Rücktritt äußere, begründete Lafontaine damit, dass er „etwas Abstand“ benötigt habe. Außerdem habe er vermeiden wollen, „dass aus der Erklärung eine Selbstrechtfertigung wird“. Und er wolle „auch ein Beispiel dafür geben, dass man auch nach dem Rückzug sich nicht dadurch entlastet, dass man andere belastet.“ Dann sagte er noch: „Ich wünsche der neuen Mannschaft mit Gerhard Schröder Erfolg bei der Arbeit.“ Pathetisch

schloss Oskar Lafontaine sein Statement mit den Worten, seine Partei solle „nicht vergessen: Das Herz wird noch nicht an der Börse gehandelt, aber es hat einen Standort: Es schlägt links."

Mangelndes Mannschaftsspiel als Rücktrittsgrund? Mit einer solchen Begründung war zuvor noch nie ein Politiker zurückgetreten – und auch bei Lafontaine ließ sie mehr Fragen offen als sie Antworten gab. Denn bisher war er stets als ein Angreifer bekannt gewesen, der sich nicht unterkriegen ließ. Sogar das lebensgefährliche Messer-Attentat einer psychisch kranken Frau mitten im Bundestagswahlkampf 1990 schien der damalige SPD-Spitzenkandidat weggesteckt zu haben. Doch nun hatte er nach gerade einmal einem halben Jahr als Finanzminister einfach die Segel gestrichen. Seine nachgereichte Erklärung dafür erschien eher als der hilflose Versuch, zu kaschieren, dass er einer groben Fehleinschätzung aufgesessen war und daraus nun die Konsequenzen gezogen hatte: Lafontaine hatte Gerhard Schröder grandios unterschätzt.

Anscheinend hatte der „Saar-Napoleon" tatsächlich geglaubt, als Parteichef nach einem rot-grünen Wahlsieg den „Genossen der Bosse" an die Kette legen zu können. Doch Lafontaine, der vor der Bundestagswahl freiwillig auf das ihm als Vorsitzenden zustehende Zugriffsrecht auf die SPD-Kanzlerkandidatur zugunsten Schröders verzichtet hatte, schätzte die Macht des Amtes offenkundig falsch ein. Schröder nahm wie einst Helmut Schmidt die Partei zur Geisel und setzte brachial seine und nicht Lafontaines Politik durch. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hatte seinerzeit zum Zwecke des Machterhalts gute Miene zum bösen Spiel Schmidts gemacht und dem sozialdemokratischen Kanzler innerparteilich den Rücken freigehalten. Lafontaine war dazu weder bereit noch in der Lage. So musste er erleben, wie er nach der Regierungsübernahme im Herbst 1998 systematisch von Schröder demontiert und ins Abseits gedrängt wurde. „In der Schröder-SPD wäre ihm nur die Rolle des linken Maskottchens geblieben", blickte Stefan Reinecke im Januar 2010 in der *taz* zurück. Mit seinem Rücktritt zog Lafontaine die Notbremse. Aber wie hätte er *das* der Öffentlichkeit vermitteln sollen?

„Beide waren mit Brandts Segen demokratischer Thronwürden für fähig befunden; beide fühlten sich be- und wurden von ihrer Partei gerufen; beider Fähigkeiten schienen sich optimal zu ergänzen“, schrieb Björn Engholm rückblickend im September 2005 im Berliner *Tagesspiegel* über die „eitlen Königskinder“: „Der eine, Gerhard Schröder, ein immer schon begnadeter politischer Taktiker, unübertroffen im Umgang mit Macht und Medien, der andere, Lafontaine, ein scharfer Analytiker und Zielmarkierer mit explosiver Rhetorik: ein Team, dem die Sozialdemokratie lange zujubelte und das sie auf Schultern trug. Zusammen, die Verantwortungsethik des einen mit der Gesinnungsethik des anderen verbunden, wären sie ein fast unschlagbares Team.“ Dass sie gleichwohl nicht zueinanderfinden konnten, habe „weniger an der Tiefe des Wassers als der Schwimmunwilligkeit der beiden Principe“ gelegen, so Engholm in seinem Gastbeitrag. Auch Willy Brandt, Helmut Schmidt und Herbert Wehner seien sich persönlich selten grün gewesen, trotzdem hätten sie „sozialdemokratische und bundesrepublikanische Erfolgsgeschichte“ geschrieben, „weil sie sich zurücknehmen, ihre Neigungen, Abneigungen und Eitelkeiten zu reduzieren vermochten, weil ihnen die sozialdemokratische Idee und das Interesse der Polis wichtiger war als sie selbst“. Genau das jedoch sei der Unterschied: „Diese Selbstdomestizierung ist auch Gerhard Schröder in früheren Jahren nicht immer leichtgefallen; Oskar Lafontaine war und ist sie regelrecht fremd.“ Deprimiert schrieb Engholm, selbst von 1991 bis 1993 SPD-Vorsitzender, über Lafontaine: „Dass es ihn drängte, Finanzminister und damit graue Kabinettseminenz zu werden, statt als Parteivorsitzender langfristig Weichen zu stellen, dass er das Weite suchte, statt die offene Auseinandersetzung mit Schröder, dass er am Ende die Linke außerhalb statt innerhalb der SPD stärkt und für eine Partei kandidiert, die ihm nie und nimmer politische Heimat werden wird, wie es die Sozialdemokratie war: man könnte heulen vor Wut, besser wohl, vor Trauer.“

Jedenfalls darf davon ausgegangen werden, dass Lafontaine seine Kapitulation vor Schröder im März 1999 bitter bereut hat. Es dauerte keine zwei Monate, da ergriff er das erste Mal wieder lautstark in der Öffentlichkeit das Wort: Auf der DGB-Kundgebung am

1. Mai 1999 in Saarbrücken hielt er eine flammende Rede gegen den von der rot-grünen Regierung mitgetragenen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Stück für Stück gab Lafontaine in der Folgezeit seine Zurückhaltung auf. Der vermeintliche Privatier meldete sich aus dem Privatleben zurück: vor allem in Talkshows und der *Bild-Zeitung* – und mit immer schärferen Angriffen auf die Politik und auch die Person Gerhard Schröders. Im Bundestagswahlkampf 2005 wird Lafontaine über ihn sogar sagen, er sei ein „Lügner und Betrüger": „Schröder war immer ein Straßenjunge, mit dem man keine Bündnisse schließen kann."

Zunächst aber bemühte sich Lafontaine noch, zumindest mit seiner sozialdemokratischen Basis im Saarland Verbindung zu halten. So entschuldigte er sich auf einem SPD-Landesparteitag, er trage eine Mitschuld an den auf seinen Rücktritt folgenden Wahlniederlagen, insbesondere der schweren Schlappe im Saarland: „Wer glaubt, die Dinge seien mir leichtgefallen, der mag sich vorstellen, was in mir vorgegangen ist, als am Wahlabend an der Saar eine Horde der Jungen Union angetrunken vor meinem Haus aufzog und sang: Oskar, wir danken dir." Da habe er sich geschworen, „diese Scharte auszuwetzen". Tatsächlich entfremdete sich Lafontaine immer weiter von seiner Partei – und die SPD von ihm. Mit Schröders Agenda 2010 wurde das Tischtuch endgültig zerschnitten. Die Partei folgte dem Kanzler – und Lafontaine wusste, dass es weder für sie noch für ihn ein Zurück bei ihren Wegen in die entgegengesetzte Richtung gab. „Es geht mit Schröder nicht mehr", schimpfte Lafontaine im Sommer 2004 im Interview mit dem *Spiegel*. „Wenn die SPD den Kanzler nicht wechselt, wird es eine von vielen unterstützte Wahlinitiative geben", drohte er. Weil sich die SPD nicht mehr an ihr Wahlprogramm halte, in dem nichts von der Agenda 2010 stand, begehe sie „einen gravierenden Fall von Wahlbetrug".

Sein endgültiger Bruch mit der Partei kam am 22. Mai 2005 mit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und Schröders Ankündigung vorgezogener Neuwahlen. Nur einen Tag später erklärte Lafontaine seinen Austritt aus der SPD und kündigte an, für ein Linksbündnis aus PDS und WASG antreten zu wollen. „Dass ich 2005 mit der Linken wieder angetreten bin, hatte auch etwas mit Schröder

zu tun“, räumte Lafontaine in einem Interview mit der *taz* im März 2011 ein. „Natürlich gab es persönliche Konkurrenz zwischen uns.“ Vor allem jedoch habe er gefunden, dass Schröder „mit seiner Agenda- und Kriegspolitik die politische Linke so sehr diskreditiert hat, dass er nicht weiter Bundeskanzler sein sollte“.

Was war Lafontaines Rücktritt im März 1999? Hat Lafontaine einfach „die Macht weggeworfen wie ein Junge in der Pubertät, der wütend ist über seine Freunde, der ausrastet, sich betrinkt und einfach abhaut, der sich versteckt und erwartet, dass die anderen ihn suchen“, wie Markus Feldenkirchen im Juli 2005 im *Spiegel* urteilte? War sein Rücktritt wirklich „keine auch nur irgendwie politisch fundierte Aktion“, sondern „nichts anderes als ein blöder Blackout“, wie sein langjähriger politischer Weggefährte Reinhard Klimmt in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* im Oktober 2008 konstatierte? Oder hatte Lafontaine schlicht Angst vor dem Showdown? Das passt eigentlich nicht zu jenem Mann mit dem übergroßen Ego, der einst dem SPD-Kanzler Helmut Schmidt Sekundärtugenden attestierte, mit denen „man auch ein KZ betreiben“ könne, und der nach einer fulminanten Rede auf dem Mannheimer Parteitag im November 1995 den glücklosen Rudolf Scharping von der SPD-Spitze weggeputschte – ein einzigartiger Vorgang, den es noch nie zuvor in der Geschichte der traditionsreichen und gehorsamen Partei gegeben hatte.

Wirklich schlüssig aufklären hat Lafontaine sein Verhalten bis heute nicht können: Warum kämpfte er nicht offensiv für jene sozialdemokratische Politik, die Schröder nach seiner Auffassung verraten hatte? Wieso zog er nicht mit der gleichen grimmigen Entschlossenheit innerhalb der Partei gegen Schröder zu Felde, wie er es nachher außerhalb der SPD tat? Vielleicht konnte er es zu diesem Zeitpunkt noch nicht, weil er damals doch noch viel mehr „klassischer“ Sozialdemokrat war, als es viele je vermuteten. So absurd es klingen mag: Die sonderbare Form seiner Abdankung war der letzte Dienst, den der begnadete Selbstdarsteller seiner Partei erbracht hat. Auf kuriose Weise stellte sich „das größte politische Talent seiner Generation“ (Peter Glotz) parteisoldatisch in die Tradition Willy

Brandts: Kampflos überließ er Gerhard Schröder das Feld und ersparte seiner Partei so die Zerreißprobe. Erst in den Wochen, Monaten und Jahren danach setzte jener Entfremdungs- und Ablösungsprozess ein, der Lafontaine letztlich nicht nur in Gegnerschaft zu Gerhard Schröder, sondern zur gesamten SPD brachte.

Wer Lafontaine heutzutage begegnet, spürt immer noch, wie tief die Verletzungen von einst sind. Aber er spürt auch nach wie vor die Wut, die ihn 2005 das große Wagnis des Parteiwechsels hat eingehen lassen. Oskar Lafontaine und die Linkspartei, das sei so „als würde Michael Ballack in der Zweiten Liga spielen müssen", befand Stefan Reinecke im Januar 2010 in der *taz*. Zumindest würde die Linkspartei ohne ihn heute noch in der Zweiten Liga spielen. Wenn überhaupt: Nicht wenige politische Beobachter hatten die sich damals noch PDS nennende SED-Nachfolgepartei nach ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag 2002 bundespolitisch am Ende gesehen – und das wäre sie wohl auch ohne Lafontaine gewesen. Aber Lafontaine gelang das Kunststück, aus der muffigen ostdeutschen Regionalpartei eine Partei zu machen, die plötzlich auch im Westen der Republik reüssieren konnte. Mit ihm an der Spitze landete sie bei der Bundestagswahl 2005 mit 8,7 Prozent der Zweitstimmen sogar vor den Grünen. Gemeinsam mit der PDS-Galionsfigur Gregor Gysi übernahm Lafontaine den Vorsitz der neuen Bundestagsfraktion.

Nach der Fusion mit der WASG wurde er im Juni 2007 auf dem Vereinigungsparteitag in Berlin gemeinsam mit Lothar Bisky auch zum Parteivorsitzenden gewählt. Nun war er in der Linkspartei wieder dort angelangt, wo er in der SPD bereits gewesen war. Kurz zuvor war die Linkspartei bei der Bremer Bürgerschaftswahl erstmalig in ein Parlament eines alten Bundeslandes eingezogen. Es folgten die Landtage in Hessen, Niedersachsen, Hamburg und als Krönung im Saarland. Bei der Landtagswahl in Lafontaines saarländischer Heimat kam die Partei am 30. August 2009 mit ihm als Spitzenkandidaten auf famose 21,3 Prozent.

Nur wenige Tage nach der Bundestagswahl am 27. September 2009, bei der die Linkspartei ihr republikweites Ergebnis auf 11,9 Prozent steigern konnte, begann Oskar Lafontaines Rückzug von

der Berliner Bühne. Zuerst kündigte er Anfang Oktober an, nicht erneut für den Vorsitz der Bundestagsfraktion zu kandidieren – und löste damit wildeste Spekulationen über die möglichen Gründe aus. Dann teilte der mittlerweile 66-Jährige Mitte November 2009 mit, er werde sich aufgrund einer Krebserkrankung „zu einem seit längerem geplanten chirurgischen Eingriff in eine Klinik begeben". Was danach komme, sei unklar: „Nach überstandener Operation werde ich zu Beginn des neuen Jahres unter Berücksichtigung meines Gesundheitszustandes und der ärztlichen Prognosen darüber entscheiden, in welcher Form ich meine politische Arbeit weiterführe." Ende Januar 2010 gab Lafontaine bekannt, aus gesundheitlichen Gründen sein Bundestagsmandat niederzulegen und auch auf dem kommenden Bundesparteitag nicht mehr für den Vorsitz der Linkspartei zu kandidieren. Auf dem Bundesparteitag Anfang Mai 2010 verabschiedete er sich aus der Bundesspitze der Linkspartei.

Seitdem ist der von den einen bis heute hochverehrte, von den anderen abgrundtief gehasste Politiker nur noch Fraktionsvorsitzender seiner Partei im saarländischen Landtag. Er befinde sich jetzt „in einer komfortablen Situation", gab sich Lafontaine in einem Interview mit der *taz* im März 2011wohlgelaunt. Denn er könne sich „einmischen, wenn ich will, habe aber nicht mehr diese Zwangsjacke, jeden Tag in Berlin sein zu müssen". In seinen jungen Tagen sei er stolz gewesen, von Kameras und Blitzlichtgewitter umgeben zu sein. Das sei heute anders. „Das Rampenlicht wärmt nicht auf Dauer", zog Lafontaine die Bilanz eines langen Politikerlebens.

Das noch nicht beendet ist: Auch mit fast siebzig Jahren ist er stets noch für eine Überraschung gut. „Er ist der Prototyp des ‚political animal', dem man auch dann gerne zuhört, wenn man sich über ihn empört", charakterisierte Oskar Lafontaine einmal der Publizist Henryk M. Broder. „Ein wenig Franz Josef Strauß, etwas Herbert Wehner, eine Spur Lenin und ganz viel Poltergeist."

KAPITEL 3

Die Verantwortlichen

Wenn das Versagen anderer zum eigenen Abtritt führt

Es sind angemessene Worte, die Hannelore Kraft findet. „Uns alle lässt das Geschehene nicht los", sagt die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin am 31. Juli 2010 in der Duisburger Salvatorkirche. Die Erschütterung über den Tod von 21 jungen Menschen, die eine Woche zuvor an der Loveparade teilgenommen hatten, ist ihr deutlich anzusehen. „Es macht uns betroffen, hilflos und manche auch wütend", sagt Kraft mit stockender Stimme. Die Regierungschefin, deren Sohn ebenfalls auf dem Raver-Event gefeiert hatte, spricht über die mehr als 500 Verletzten und „die vielen Tausend, die dabei waren, die überlebt haben". Viele von ihnen empfänden „Ohnmacht, weil sie nicht haben helfen können". Der Vater eines der Opfer habe ihr die Bitte mitgegeben, „unser aller Wertesystem zu überdenken: Der Mensch, sein Wohlergehen und seine Sicherheit müsse wieder wichtigste Leitlinie unseres Handelns sein." Die Stimme versagt ihr beinahe, als sie das sagt. Und Kraft fragt: „Wie konnte dies geschehen? Wer trägt Schuld? Wer ist verantwortlich?" Darauf müsse eine Antwort gefunden werden. Viele Menschen, die Krafts Gedenkrede beiwohnen, sind tief bewegt, einige weinen. Doch einer fehlt bei der Trauerfeier: Duisburgs Oberbürgermeister Adolf Sauerland. Weil er die „Gefühle der Angehörigen nicht verletzen will", ist der Christdemokrat der Veranstaltung ferngeblieben. Ein tiefer Fall: Innerhalb nur einer Woche ist das bis dato allseits geachtete Stadtoberhaupt zur Persona non grata geworden.

Der bei den Kommunalwahlen erst wenige Monate zuvor beeindruckend im Amt bestätigte Sauerland ist in seiner eigenen Stadt zum Hassobjekt geworden. Manche seiner ehemaligen Wähler titu-

lieren ihn gar als „Mörder“. Als er Blumen am Unglücksort niederlegen will, wird er ausgebuht und mit Müll beworfen. Bei einem öffentlichen Auftritt wird er mit Ketchup bespritzt. Termine des Oberbürgermeisters werden nicht mehr im Internet veröffentlicht – wenn er sich überhaupt noch in der Öffentlichkeit blicken lässt. Die Nutzer des Meinungsportals „Deutschland stimmt ab“ wählen ihn zur „Unperson des Jahres“. Der Grund: Sauerlands beharrliche Weigerung, die politische Verantwortung für die Loveparade-Katastrophe am 24. Juli 2010 zu tragen – und seinen Rücktritt zu erklären.

Adolf Sauerland ist auf tragische Weise zum berühmtesten Oberbürgermeister der Republik geworden. Denn er ist ein Musterbeispiel für einen Politiker, der sich gerne Verantwortung übertragen lässt, jedoch nicht bereit ist, sie auch zu übernehmen, wenn es darauf ankommt. Mit immer peinlicheren Windungen und Wendungen klebt er bis heute an seinem Posten. „Nicht ich persönlich, sondern der Rat der Stadt hat beschlossen, die Loveparade nach Duisburg zu holen“, lavierte er gegenüber der *Rheinischen Post*. „Ich persönlich habe nichts unterschrieben, keine einzige Genehmigung“, versuchte sich Sauerland gegenüber der *Bild-Zeitung* herauszureden. Der Verbleib im Amt entspreche seinem „Pflichtbewusstsein“, sagte er den Zeitungen der *WAZ*-Gruppe. „Jetzt zurückzutreten würde bedeuten, keine Verantwortung übernehmen zu wollen, und würde bedeuten, einer Vorverurteilung Platz zu machen, und das möchte ich nicht“, bekundete er in einem Interview mit dem WDR. „Die einzige Instanz, die unparteiisch ist, sind die Gerichte“, sagte der bullige Bartträger dem Deutschlandfunk. „Und die werden entscheiden irgendwann, das müssen wir abwarten.“

Eine fatale Mischung aus Größenwahn, Inkompetenz, Verantwortungslosigkeit und kollektivem Versagen haben zu den Toten und Verletzten der Loveparade geführt – und die Duisburger Stadtspitze trug einen gehörigen Anteil dazu bei. In der festen Erwartung, mit dem Großereignis einen Imagegewinn verbuchen zu können, sorgten Sauerland und seine Untergebenen dafür, dass alle Hindernisse für die Durchführung des Technospektakels aus dem Weg geräumt wurden. Nach der Bochumer Absage 2009 sollte die Loveparade im Jahr der „Kulturhauptstadt Ruhr“ auf jeden Fall in Duisburg

stattfinden. Sicherheitsbedenken störten da nur. Ob jemand juristisch zur Rechenschaft gezogen werden kann für die Massenpanik am Tunnelzugang zu der Party auf dem Gelände des alten Duisburger Güterbahnhofs, ist noch offen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt seit Anfang 2011 gegen 16 Beschuldigte. Neben vier Beschäftigten des Veranstalters Lopavent und einem leitenden Polizeidirektor sind darunter der Ordnungs- und der Baudezernent Duisburgs sowie neun weitere Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Mit einer Anklageerhebung ist frühestens 2012 zu rechnen.

Doch neben der juristischen gibt es eben auch eine weitere Form der Verantwortung: die politische. Sie ist unabhängig von persönlichem Fehlverhalten und entzieht sich daher der gerichtlichen Klärung. Die Schuld an den furchtbaren Geschehnissen mag sich auf mehrere Schultern verteilen, die Last der politischen Verantwortung kann Sauerland jedoch niemand abnehmen. Der Oberbürgermeister wollte die positiven Effekte der Loveparade nutzen – nun muss er als oberster Verwaltungschef einer hierarchisch geordneten Behörde auch die negativen Folgen tragen. „Es ist das Wesen der politischen Verantwortung, dass sie nicht an persönliches Fehlverhalten geknüpft ist, sondern für gravierende Fehlentscheidungen im Verantwortungsbereich des Politikers wirksam wird“, stellte zu Recht der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, zur Causa Sauerland fest.

Persönliche Konsequenzen aus dem „schwarzen Samstag“ lehnt Sauerland, der 2004 als erster CDU-Politiker seit Gründung der Bundesrepublik das Rathaus in Duisburg hatte erobern können, jedoch bis heute ab. Er ist bis 2015 gewählt und will auch bis zum letzten Tag bleiben. Dabei legte sogar Bundespräsident Christian Wulff seinem Parteifreund den Rücktritt indirekt – für bundespräsidiale Verhältnisse jedoch recht unverblümt – nahe. Unabhängig von konkreter persönlicher Schuld gebe es „auch eine politische Verantwortung“, sagte Wulff. Das müsse Sauerland „genau abwägen“. Duisburgs IG-Metall-Chef Jürgen Dzudzek schrieb Sauerland ins Stammbuch: „Ihr Verhalten in der Folge der uns zutiefst berührenden Ereignisse während der Loveparade lässt es nicht mehr zu, Sie als Oberbürgermeister und damit als ersten Repräsentanten der

Stadt Duisburg anzuerkennen.“ Auch der Stadtrat sprach Sauerland das Misstrauen aus: Im September 2010 stimmten 41 von insgesamt 74 Ratsmitgliedern in einer Sondersitzung für die Einleitung eines Abwahlverfahrens. Allerdings reichte das nicht: Um einen Bürgerentscheid für seine Absetzung einzuleiten, wäre eine Zweidrittelmehrheit notwendig gewesen. Die kam jedoch nicht zustande, weil die CDU nicht bereit war, ihren Frontmann fallen zu lassen. Wie eine Wagenburg scharten sich die Christdemokraten um ihren gefallenen Helden und stimmten geschlossen gegen den Abwahlantrag.

Trotzdem könnte Sauerlands Zwangsabschied nur aufgeschoben sein: Mitte Mai 2011 änderte der nordrhein-westfälische Landtag die Gemeindeordnung. Danach kann nunmehr ein Oberbürgermeister in Nordrhein-Westfalen nicht mehr nur auf Antrag des Rates, sondern auch per Bürgerbegehren abgewählt werden. Nach der Gesetzesnovelle müssen in Großstädten 15 Prozent der Wahlberechtigten ein entsprechendes Abwahlbegehren unterschreiben, um das Verfahren in Gang zu setzen. Im Juni 2011 startete die Initiative „Neuanfang für Duisburg“ ihre Unterschriftenaktion.

Am 11. Juli 2011, knapp ein Jahr nach der Loveparade-Katastrophe, gedachte der Duisburger Stadtrat den Opfern. Sauerland hielt eine kurze Ansprache. „Als Oberbürgermeister dieser Stadt trage ich moralische Verantwortung für dieses Ereignis“, sagte er. Es sei ihm „ein persönliches Bedürfnis, mich an dieser Stelle bei allen Hinterbliebenen und Geschädigten zu entschuldigen“. Eine späte, sehr späte Entschuldigung – und nicht mehr als ein Lippenbekenntnis. Von persönlichen Konsequenzen sprach er nicht.

Adolf Sauerland wollte die so grausam geendete Loveparade auf Biegen und Brechen in seiner Stadt stattfinden lassen. Dass er anschließend für nichts und niemanden zuständig gewesen sein will, macht die Menschen zu Recht wütend. Sie erwarteten seinen Rücktritt als eine Art symbolische Sühneleistung vor der Gesellschaft, als ein „Opfer, das der Amtsträger bringt, auch wenn er sich selbst nicht in der Schuld sieht“, wie Severin Weiland auf *Spiegel-Online* schrieb. Sauerland hatte die Chance, in Würde abzutreten. Dann

hätte er wenigstens sein Gesicht behalten. Diesen Zeitpunkt hat der „Un-Verantwortliche“ (*Spiegel-Online*) verpasst.

Die Sozialsenatorin und der Fall Kevin: Karin Röpke

Karin Röpke wusste am 11. Oktober 2006, was die Zeichen der Zeit geschlagen hatten. Einen Tag nach dem Fund der Leiche des zweijährigen Kevin gab die Bremer Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales ihren Rücktritt bekannt. Damit übernahm die Sozialdemokratin die politische Verantwortung für das Schicksal eines Jungen, das nicht nur in der Hansestadt, sondern bundesweit für Entsetzen sorgte. Denn der Tod Kevins hätte verhindert werden können – wenn das Bremer Jugendamt seiner Fürsorgepflicht nachgekommen wäre. Seit seiner Geburt wussten die zuständigen Mitarbeiter um die Gefährdung des Jungen – und entschieden sich trotz vielfacher Hinweise, Warnungen, richterlicher Beschlüsse und Aktenvermerke immer wieder gegen die lebensrettende Unterbringung im Heim oder bei einer Pflegefamilie. Als sie endlich handeln wollten, war es zu spät und Kevin längst tot. „Ich bin persönlich betroffen und tief erschüttert über diesen Fall“, sagte Röpke auf ihrer Rücktrittspressekonferenz.

Als Frühgeburt kam Kevin im Klinikum Bremen-Nord durch einen Kaiserschnitt am 23. Januar 2004 zur Welt. Seine Mutter war drogenabhängig, HIV-positiv sowie mit Hepatitis A und B infiziert. Wegen Delikten aus dem Bereich der Beschaffungskriminalität verbrachte sie mehrere Jahre in Haft. Seit 1996 befand sie sich in einem Methadonprogramm, hatte jedoch weiterhin Beigebrauch. Kevins biologischer Vater ist unbekannt, wahrscheinlich entstand das Kind aus einer Vergewaltigung. Bereits im Krankenhaus bestanden ernsthafte Zweifel hinsichtlich der Erziehungsfähigkeit der Mutter und ihres ebenfalls drogensüchtigen Lebensgefährten. Dessen Vorstrafenregister ist lang. Bis Dezember 2002 verbrachte er insgesamt rund 13 Jahre hinter Gittern. Es bestünden, so warnte der Oberarzt schriftlich, aus kinderärztlicher Sicht „deutliche Bedenken in der

Versorgung des Kindes durch die Mutter“. Doch das Bremer Jugendamt setzte sich über alle Einwände hinweg und beließ das Baby bei seiner Familie. Damit begann für Kevin ein schier unvorstellbares Martyrium, das letztlich in seinem frühen Tod mündete.

Wie berechtigt die ärztlichen Bedenken waren, zeigt sich schnell. Immer wieder kommt es in den Monaten nach seiner Geburt zu aktenkundigen Zwischenfällen, die auf eine offenkundige Gefährdung des Säuglings schließen lassen. Mehrfach treffen von Nachbarn alarmierte Polizeibeamte seine Eltern zugedröhnt, aggressiv und gewalttätig an. Sie sind offensichtlich mit der Betreuung des Kleinkindes restlos überfordert. Doch nicht einmal als Kevin Ende September 2004 wegen des Verdachts auf mehrere Knochenbrüche in eine Kinderklinik eingewiesen werden muss, schrillen bei dem im Jugendamt zuständigen Sozialarbeiter, „Casemanager“ genannt, die Alarmsignale. Die Ärzte diagnostizieren mehrere Rippenbrüche, Unterschenkel-, Unterarm- und Schädelfrakturen. Plausible Gründe für Verletzungen können Kevins Mutter und sein Ziehvater nicht angeben. Obwohl der dringende Verdacht auf Kindesmisshandlung besteht, wird der Junge Mitte Oktober aus der Klinik zurück in die Obhut des Paares entlassen.

Als die Mutter Kevins am 12. November 2005 unter ungeklärten Umständen an inneren Verletzungen stirbt, kommt das Kind zunächst in das Kinderheim Hermann-Hildebrandt-Haus. Außerdem überträgt das Amtsgericht Bremen dem Jugendamt die Vormundschaft. Das hätte die Rettung sein können. Doch am 28. November wird Kevin trotz der Warnungen der Heimleitung aus unerklärlichen Gründen wieder seinem Ziehvater übergeben – eine fatale Fehlentscheidung. „Wie letztlich die Entscheidung zustande kam, Kevin an seinen Ziehvater herauszugeben, geht aus der Akte nicht hervor“, wird es dazu später im Bericht des von der Bremischen Bürgerschaft eingesetzten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses heißen.

Mitte Januar 2006 erfährt der Bremer Bürgermeister Jens Böhrnsen in einem Gespräch mit dem Vorstand des Trägervereins des Hermann-Hildebrandt-Hauses von dem Schicksal Kevins. Dessen Fall schildert Heimleiter Joachim Pape als eines von zwei exempla-

rischen Beispielen, in denen gefährdete Kinder drogensüchtiger Eltern, die kurzfristig in dem Kinderheim untergebracht waren, trotz erheblicher Probleme sehr schnell in ihre Familie zurückgeführt wurden. Böhrnsen reagiert prompt und schaltet Sozialsenatorin Karin Röpke ein, die sich bei dem Leiter des Jugendamtes nach Kevin erkundigt. Doch nicht einmal diese persönlichen Interventionen können die mit dem Fall befassten Stellen aus ihrer kollektiven Unverantwortlichkeit reißen.

Im Interesse des „Kindeswohls" und unter Abwägung aller Umstände beschließt das Jugendamt nach ausgiebiger „Fallberatung" im Februar 2006, dass der Ziehvater Kevin weiter erziehen darf. Bei einem Treffen des Jugendamtes mit dem Ziehvater und Kevin am 20. April 2006 wird der inzwischen zweijährige Junge das letzte Mal von seinem Casemanager und seinem Amtsvormund lebend gesehen. Nach dem rechtsmedizinischen Gutachten sei „davon auszugehen, dass Kevin nach dieser Besprechung nur noch kurze Zeit gelebt hat", heißt es im parlamentarischen Untersuchungsbericht.

Im Bremer Jugendamt geht weiterhin alles seinen gewohnten Gang: Die Behörde macht dem Ziehvater Hilfsangebote, die dieser nicht wahrnimmt; sie vereinbart Termine, zu denen er nicht erscheint. Wer sich in den folgenden Monaten nach dem Schicksal von Kevin erkundigt, bekommt von dem Casemanager stets die Auskunft, dem Jungen ginge es gut. Erst im September 2006 werden die Jugendamtsmitarbeiter misstrauisch. Eine gerichtliche Anhörung wird angesetzt, zu der auch Kevin mitgebracht werden soll. Doch die zunächst für den 26. September, dann für den 2. Oktober 2006 angesetzte Anhörung kommt nicht zustande: Der Ziehvater kommt den Vorladungen nicht nach. Jetzt sieht das Jugendamt endlich Handlungsbedarf und erwirkt einen gerichtlichen Herausgabebeschluss.

Am 10. Oktober 2006 erscheint Kevins Amtsvormund zusammen mit einer Gerichtsvollzieherin und einem mobilen Einsatzkommando vor der verwahrlosten Wohnung des Ziehvaters im Bremer Arbeiterviertel Gröpelingen. Nachdem sie die Wohnungstür aufgebrochen haben, finden sie Kevins Leichnam: Eingewickelt in eine

Decke und drei Müllbeutel, befindet er sich in der Küche im untersten Fach des Kühlschranks. Sein kleiner Körper weist 21 Knochenbrüche auf. Wie lange Kevin zum Zeitpunkt des Fundes seiner Leiche bereits tot ist, kann nicht mehr geklärt werden. Er verstarb irgendwann zwischen April und Mai 2006.

„Kevin war in der Fürsorge des Staates, das Jugendamt war als Vormund eingesetzt, und das muss nach meinem und unser aller Verständnis bedeuten, dass der Staat wesentlich die Verantwortung für das Kind übernimmt", erklärte Sozialsenatorin Karin Röpke bei ihrem Rücktritt am 11. Oktober 2006. Der Staat hätte Kevin schützen müssen. „Das ist in diesem Fall auf tragische Weise misslungen", sagte die gelernte Verwaltungswirtin den Tränen nahe. Einen Tag später fand Bürgermeister Jens Böhrnsen noch weitaus deutlichere Worte. „Niemand ist mehr auf den Schutz des Staates angewiesen als Kinder in Not", sagte der sichtlich erschütterte Sozialdemokrat. „Es ist ein tragisches, es ist ein unverzeihliches Versagen, dass Kevin sich nicht auf diesen Schutz verlassen konnte. Das durfte niemals passieren." Die Rücktrittsentscheidung seiner Sozialsenatorin bezeichnete er als „richtig und unvermeidlich". Er habe die seit 2002 amtierende Röpke zwar nicht zur Demission gedrängt, aber auch nicht zurückgehalten.

In seinem Abschlussbericht vom 18. April 2007 kam der parlamentarische Untersuchungsausschuss der Bürgerschaft zur Aufklärung des Falles Kevin zu dem Schluss, der Tod des Jungen sei „von vielen Zuständigen nicht verhindert worden, obwohl sie die Möglichkeit hatten". Dies sei „in hohem Maße auf individuelles Fehlverhalten mehrerer beteiligter Personen zurückzuführen". So habe der verantwortliche Casemanager im Bremer Jugendamt „während der gesamten Zeit, in der er für das Wohl Kevins zuständig war, keine der Risikosituation angemessenen Maßnahmen zur Sicherung des Kindeswohls in Erwägung gezogen und umgesetzt, obwohl er eine Vielzahl von Informationen hatte, aus denen sich die Dramatik der Situation deutlich erkennen ließ". Doch nicht nur der Casemanager habe versagt. Denn alle an dem Fall Beteiligten hätten sich fatalerweise immer wieder darauf verlassen, dass er schon die erforderlichen Maßnahmen ergreifen werde. „Dies geschah selbst dann

noch, als wegen Untätigkeit des Casemanagers eine eigene Handlungsverpflichtung hätte erkannt werden müssen“, heißt es in dem Bericht.

Der Innenminister und die Toten von Bad Kleinen: Rudolf Seiters

Rudolf Seiters zählte bereits zu den politischen Urgesteinen des Bundestags, als er seinen Posten als Bundesinnenminister räumte und damit einer breiten Öffentlichkeit richtig bekannt wurde. Seit 1969 hatte der studierte Jurist ein Mandat im Parlament. Völlig überraschend bat er um seine Ablösung – und Bundeskanzler Helmut Kohl wollte dem Wunsch zunächst gar nicht nachkommen. Seiters hatte die persönlichen Konsequenzen aus den zahlreichen Pannen bei einem Anti-Terror-Einsatz in Bad Kleinen gezogen.

Kontinuierlich hatte sich der Niedersachse in seiner Partei nach oben gearbeitet. Schon kurz nach seiner ersten Wahl in den Bundestag hatte er im Herbst 1971 den Posten des Parlamentarischen Geschäftsführers unter Rainer Barzel bekommen. Als Helmut Kohl 1976 neuer Oppositionsführer wurde, musste Seiters vorerst gehen. 1982 kehrte er auf diese Position zurück. Im April 1989 wurde Seiters von Kohl zum Kanzleramtsminister ernannt. Eine seiner wichtigsten Aufgaben war die Koordination der Deutschlandpolitik. Im Dezember 1991 übernahm Seiters von Wolfgang Schäuble das Amt des Bundesinnenministers. Seiters’ Amtsführung traf bei seinen Gegnern auf Kritik. Er sei zu weich, hieß es, und er überlasse das politische Handeln in manchen Gebieten lieber den Anderen. So wurde es als problematisch angesehen, dass Schäuble als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Amtsvorgänger von Seiters viel intensiver an den Verhandlungen zum Asyl-Kompromiss 1992 teilnahm.

Der 26. Juni 1993 sollte sich das Leben von Rudolf Seiters rapide verändern. Bei einem Anti-Terror-Einsatz in Mecklenburg wurden der Grenzschützer Michael Newrzella und das RAF-Mitglied Wolfgang Grams getötet. Grams war im Fußgängertunnel des

Bahnhofs von Bad Kleinen gestellt worden. Der gesuchte mutmaßliche Terrorist flüchtete jedoch auf einen Bahnsteig und erschoss dabei den Grenzschützer Michael Newrzella. Sekunden danach lag Grams leblos auf den Gleisen – getötet mit einem aus nächster Nähe abgegebenen Kopfschuss. Wie es genau dazu gekommen war und wer den Schuss abgegeben hatte, blieb zunächst unklar. Offenbar wurden dagegen die erheblichen Kommunikationsdefizite der verschiedenen Sicherheitsbehörden.

So warf Generalbundesanwalt Alexander von Stahl, der später selbst gehen musste, vor allem dem Bundeskriminalamt Versäumnisse vor. Diese Behörde unterstand genauso dem Innenministerium von Seiters wie die Sondereinsatzgruppe GSG 9. Und in der Tat ließ sich kurzfristig nicht aufklären, was in Bad Kleinen tatsächlich passiert war. Selbst die Zahl der angeblich gefundenen Patronenhülsen konnten die Experten in den ersten Tagen nicht zuverlässig angeben. Hartnäckig hielten sich auch Schilderungen, nach denen die Spuren am Tatort nicht ordentlich ausgewertet worden seien. Die wichtigste Frage blieb ebenfalls offen: Hatte sich Wolfgang Grams selbst getötet oder wurde er von einem Polizisten erschossen? War der Tod von Grams eine Art Lynchjustiz? Die Öffentlichkeit reagierte empört, zumal sogar eine Zeugin behauptete, sie habe den tödlichen Schuss eines Beamten selbst beobachtet. Verschiedene Medien berichteten über die Kiosk-Verkäuferin, die die vermeintliche Hinrichtung durch einen Polizisten gesehen haben wollte. Dass immer neue Schlagzeilen in dieser Richtung produziert wurden, ging Seiters offenbar nahe. Ob Selbsttötung oder brutale Tötung durch einen Staatsdiener – in den Medien wurde immer wieder abwechselnd die eine oder andere Theorie verbreitet und mit angeblichen Fakten untermauert.

Am 4. Juli 1993 nahm Seiters seinen Hut. In seiner Rücktrittserklärung betonte er, sich persönlich nichts vorzuwerfen zu haben. Aber: „Es gibt in Deutschland zu Recht den Begriff der politischen Verantwortung." Und, so führte er weiter aus: „Wer soll diese politische Verantwortung übernehmen, wenn nicht ein Minister?" Bei dem Polizeieinsatz und bei seiner Aufarbeitung seien „offensicht-

lich Fehler, Unzulänglichkeiten und Koordinationsmängel innerhalb von Bundesbehörden deutlich geworden". Gedrängt war er zu diesem Schritt nicht worden, ganz im Gegenteil: Er musste ihn sogar gegen Bundeskanzler Kohl durchsetzen. In einer Umfrage des *Focus* äußerte nur ein Drittel der Westdeutschen Verständnis für den Rücktritt. Mehr als die Hälfte sagte, dass die Demission nicht richtig gewesen sei. Nachfolger von Seiters wurde sein hessischer Parteifreund Manfred Kanther.

Erst Jahre danach stellte die Staatsanwaltschaft in Schwerin alle eingeleiteten Verfahren gegen Bundesbeamte ein. Sie kam zu dem Ergebnis, dass an der „Hinrichtungs-These" nichts dran sei und Grams tatsächlich Selbstmord verübt habe. Doch Seiters sah seinen Rücktritt auch mehr als zehn Jahre danach noch als notwendig an. Er habe ihn nicht als Niederlage empfunden, sagte er im August 2003 in einem Interview mit der Wochenzeitung *Das Parlament*: „Er war sehr schmerzlich, weil ich meine Arbeit gerne fortgesetzt hätte." Sein Schritt sei im Sinne einer Schadensbegrenzung und als Signal für eine konsequente und unabhängige Aufklärung der Vorgänge aber folgerichtig gewesen: „Er hat das Vertrauen der Menschen in die Politik gestärkt, weil jemand bereit war, ohne persönliches Verschulden politische Verantwortung zu übernehmen."

Es sollte ebenfalls lange dauern, bis die Berichterstattung der Medien über den Fall kritisch hinterfragt wurde. Denn offenbar war den reißerischen Aussagen einiger Zeugen zu schnell Glauben geschenkt worden. So ist denn auch der Journalist Hans Leyendecker, der damals beim *Spiegel* für die Berichterstattung verantwortlich zeichnete, heute wenig stolz auf seine damaligen Artikel. „Mein GAU war Bad Kleinen, ein journalistisches Versagen meiner Person", räumte Leyendecker im Juni 2003 in einem Interview mit dem *Tagesspiegel* ein: „Ich hatte die Aussage eines Zeugen, der beteiligt war, viel zu stark bewertet. Der Zeuge hat dies dann später nicht so bestätigt. Das war ein gewaltiger Flop."

Für Rudolf Seiters war die politische Karriere mit seinem Rücktritt mitnichten beendet. In seinem Wahlkreis blieb er aktiv, und auch im Präsidium der Bundes-CDU setzte er seine Arbeit fort. Als

Vize-Chef der Bundestagsfraktion widmete er sich nun schwerpunktmäßig der Außen- und Sicherheitspolitik. Im Herbst 1998 wurde er für vier Jahre zum Vizepräsidenten des Bundestags gewählt. Im Jahr 2002 trat er nicht erneut für den Bundestag an. Von Ruhestand wollte er allerdings noch nichts wissen: Im November 2003 wurde er zum Präsidenten des Deutschen Roten Kreuz gewählt.

Der große Blonde und die Rüstungsgeschäfte: Gerhard Stoltenberg

Gerne wäre Gerhard Stoltenberg wohl Bundeskanzler geworden. Aber der Traum hat sich ihm nicht erfüllt. Dabei war der Christdemokrat lange Zeit als aussichtsreicher Kandidat gehandelt worden, einmal seinen Parteifreund Helmut Kohl zu beerben. Doch mit der Barschel-Affäre und dem Wechsel vom Finanz- ins Bundesverteidigungsministerium begann sein Abstieg. 1992 musste Stoltenberg zurücktreten. Der Traum war ausgeträumt.

Gerhard Stoltenberg hatte eine steile Karriere hinter sich, als er aus dem Amt des Verteidigungsministers scheiden musste. Als junger Mann wurde er noch kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs als Flakhelfer zur Marine eingezogen, wo er in englische Gefangenschaft geriet. Nach seiner Rückkehr arbeitete er zunächst im Rathaus von Bad Oldesloe und studierte dann Neuere Geschichte, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Philosophie in Kiel. Später promovierte und habilitierte er.

Bereits während seines Studiums machte Stoltenberg eine schnelle Karriere in der Union. Von 1955 bis 1961 leitete er die Junge Union, den CDU-Parteinachwuchs, auf Bundesebene. Während dieser Zeit zog er zum ersten Mal in den Bundestag ein. Nach einer Zwischenstation bei der Firma Krupp wurde er 1965 Forschungsminister unter Ludwig Erhard. Mit 37 Jahren war er das jüngste Mitglied des Kabinetts. Um Ministerpräsident in seiner Heimat Schleswig-Holstein zu werden, verließ er 1971 die Bundespolitik. Nach fast zwölfjähriger Amtszeit als Regierungschef an der

Förde wechselte er im Herbst 1982 wieder nach Bonn: Bundeskanzler Helmut Kohl holte ihn als seinen Finanzminister.

Stoltenberg galt als scheinbar unerschütterlich kompetent und integer. In der Bevölkerung genoss er einige Beliebtheit, was nicht zuletzt daran lag, dass der disziplinierte Protestant stets den Eindruck kühler Sachlichkeit vermittelte. Stoltenbergs eigene Leute nannten ihn „Schmidt ohne Schnauze" oder pappten ihm das Schnapsetikett vom „Großen Klaren aus dem Norden" auf. Herbert Wehner sah in ihm „Herrn Mustermann". Amerikanische Verhandlungspartner bezeichneten ihn als „den hölzernen Teutonen". Solchen Charakterisierungsversuchen gemeinsam sei, schrieb einmal der *Spiegel*, „die verbale Ohnmacht angesichts dieses Gardemaßes solider deutscher Langeweile". Jedenfalls konnte sich Stoltenberg in den ersten Jahren seiner Amtszeit als Finanzminister regelmäßig über Spitzenwerte auf der Skala der populären Politiker freuen und übertrumpfte auch stets den Bundeskanzler.

Aber 1987 begann der Weg bergab. In seinem öffentlichen Ansehen erlebte der einstige Publikumsliebling plötzlich einen rapiden Kurssturz. Zum einen machte der Finanzminister in der Diskussion über Steuerreform und Konjunkturprogramm eine unglückliche Figur. Wesentlich gewichtiger waren indes die Schwierigkeiten in „seinem" Bundesland Schleswig-Holstein. Denn das wurde erschüttert von einem der größten politischen Skandale in der bundesdeutschen Geschichte: „Waterkantgate", die kriminellen Aktivitäten Uwe Barschels gegen seinen SPD-Herausforderer Björn Engholm. Stoltenberg war der entscheidende Förderer des ehrgeizigen Aufsteigers gewesen, der ihm 1982 als Ministerpräsident nachgefolgt war. Vor allem war er immer noch der CDU-Landesvorsitzende. Stoltenberg lavierte allzu durchsichtig. Statt sich konsequent an der Aufklärung zu beteiligen, verlegte er sich aufs Beschwichtigen und Verharmlosen. Die Verstrickung von Partei und Regierung in den Skandal war längst offenkundig, Stoltenberg aber sprach immer noch von „Machenschaften" Einzelner, als seien Barschels schmutzige Tricks ein Hirngespinst der „linken Kampfpresse" (Stoltenberg) gewesen. Als im Frühjahr 1988 Heiko Hoffmann und nicht sein von ihm favorisierter Schulfreund, Interimsministerpräsident

Henning Schwarz, zum CDU-Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 1988 gewählt wurde, zeigte sich Stoltenbergs Machtverlust im Landesverband. Im April 1989 gab er den CDU-Landesvorsitz in Schleswig-Holstein auf.

Notgedrungen wechselte Stoltenberg auch auf der Bonner Bühne das Tätigkeitsfeld. Er musste Theo Waigel als Finanzminister weichen, da Kohl den seinerzeitigen CSU-Chef unbedingt in sein Kabinett einbinden wollte. Also wechselte Stoltenberg ins Verteidigungsministerium. Drei Jahre im Amt, wurde die Lieferung von 15 Militärpanzern des Typs Leopard an die Türkei bekannt – die der Haushaltsausschuss des Bundestages in einem Beschluss ausdrücklich verboten hatte. Stoltenberg selbst wollte von den umstrittenen Lieferungen nichts gewusst haben. Öffentlich machte er den damals zuständigen Abteilungsleiter im Ministerium verantwortlich und schloss zunächst persönliche Konsequenzen ausdrücklich aus. Schließlich trat er mit der Begründung zurück, die Öffentlichkeit nehme den Vorfall leider anders wahr als er selbst. Kurz vor der Landtagswahl in seinem Heimatland Schleswig-Holstein, sahen viele Parteifreunde in der Demission Stoltenbergs eine Art „Befreiungsschlag". Mit dem Verteidigungsminister musste sein Staatssekretär Ottfried Henning seinen Hut nehmen, der ebenfalls aus dem Norden stammte. Später meinte Stoltenberg, dass der Anlass für seinen Rücktritt aus inhaltlichen Gründen „ein bisschen ärgerlich" gewesen sei.

Nach seiner Demission blieb Stoltenberg zunächst Abgeordneter im Bundestag und nahm später noch Aufgaben als Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit sowie als Vize-Vorsitzender der CDU-nahen *Konrad-Adenauer-Stiftung* war. Als Ende 1999 Helmut Kohls Verstrickung in die CDU-Spenden-Affäre öffentlich wurde, distanzierte sich Stoltenberg deutlich von dessen Machenschaften. Im November 2002 starb Gerhard Stoltenberg im Alter von 73 Jahren an Krebs.

Die bespitzelte Lichtgestalt: Willy Brandt

Es gibt nicht viele Theaterstücke, die sich mit der Amtszeit eines deutschen Bundeskanzlers beschäftigen. Michael Frayn, einer der renommiertesten Schriftsteller Großbritanniens, hat seines „Democracy" genannt. Es sei „so fesselnd wie ein Le-Carré-Thriller", urteilte der *Guardian*. Denn es handelt von einer ganz besonderen Amtszeit: der Willy Brandts. Sie begann 1969 furios mit seinem Bekenntnis „Wir wollen mehr Demokratie wagen" und endete so, wie es in keinem Agenten-Roman besser hätte erfunden werden können: mit einer Spionageaffäre. Am 6. Mai 2004 hatte „Democracy" seine deutschsprachige Uraufführung im Berliner Renaissance-Theater. Der Termin war passend gewählt. Denn an diesem Tag jährte sich der Rücktritt des ersten sozialdemokratischen Kanzlers der Bundesrepublik zum dreißigsten Mal.

Über die tatsächlichen Gründe für die Demission Brandts gehen bis heute die Meinungen auseinander. Der Anlass allerdings ist unstrittig: die „Affäre Guillaume". Sie war am 24. April 1974 in ihre heiße Phase getreten. An diesem Tag wurde ein der breiten Öffentlichkeit bis dahin gänzlich unbekannter Mann wegen des dringenden Verdachts des Landesverrats verhaftet. Sein Name: Günter Guillaume. Den zwanzig BKA-Beamten, die um halb sieben Uhr morgens in seine Wohnung in Bad Godesberg stürmten, gab er sich umgehend zu erkennen: „Ich bin Hauptmann der NVA. Ich bitte Sie, meine Offiziersehre zu respektieren."

Deutsch-deutsche Spionagefälle hatte es bis dahin einige gegeben. Aber dieser war ein ganz besonderer. Denn bis zu seiner Festnahme hatte Guillaume seinen Arbeitsplatz ausgerechnet im Bundeskanzleramt. Nicht nur das: Er war sogar einer der persönlichen Referenten des Kanzlers gewesen. Mit Günter Guillaume wurde auch seine Frau Christel verhaftet. Sie war bis dahin Angestellte in der Bonner Landesvertretung von Hessen. Die Nachricht schlug ein wie eine Bombe.

Die Sicherheitsbehörden waren den beiden bereits seit einiger Zeit auf der Spur. Auf die Schliche waren sie dem Ehepaar eher beiläufig gekommen: Im Frühjahr 1973 gelangten die Aufklärer zu der

Überzeugung, vor Jahren empfangene und entschlüsselte Funksprüche des DDR-Staatssicherheitsdienstes nunmehr den Guillaumes zuordnen zu können. Ende Mai 1973 informierte Günther Nollau, seit 1972 Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher über den Verdacht. Gewissheit gebe es aber noch nicht. Deswegen, so empfahl Nollau, sollten sie erst einmal observiert werden, um gerichtsverwertbare Beweise zu gewinnen. Sie dürften auch nicht durch Veränderungen ihrer Funktionen gewarnt werden – ein kurioser Vorschlag bei einem mutmaßlichen Spion, der sich immerhin im engsten Umkreis des Bundeskanzlers bewegte. Statt den Kanzler zu schützen, sollte er also zum „Agent provocateur des Geheimdienstes seines eigenen Landes" gemacht werden.

Bis heute ungeklärt ist, wie weitreichend Genscher damals informiert wurde, vor allem, ob Nollau dem Minister mitteilte, dass nach Überzeugung des Bundesamtes Guillaume immer noch als Spion tätig sei und daher unter aktuellem Tatverdacht stehe. Als Genscher am folgenden Tag den Bundeskanzler informierte, schloss er sich jedenfalls Nollaus Vorschlag an. Brandt akzeptierte. Guillaume blieb also in seiner Nähe. Im Juli 1973 begleitete er den Kanzler und seine Familie sogar auf deren vierwöchiger Urlaubsreise nach Norwegen und hatte dort Gelegenheit, Einsicht in Geheimdokumente zu nehmen. „Ich hatte die Mutmaßung nicht ernstgenommen und meine Menschenkenntnis – nicht zum ersten Mal – überfordert gesehen", wird Brandt später in seinen *Erinnerungen* schreiben. Wie hätte der SPD-Vorsitzende auch ohne konkrete Hinweise darauf kommen sollen, dass ausgerechnet dieser biedere, intellektuell anspruchslose Guillaume, als „Kommunistenfresser" bekannt und durch die Protegierung konservativer Parteifreunde an den Hof Brandts gelangt, für die Stasi arbeitete? Immerhin hatten Günter und Christel Guillaume ihre Rolle als rechte Sozialdemokraten so perfekt gespielt, dass sie sogar zu Hause vor ihrem Sohn den Schein aufrechterhielten und das SED-Regime als „rot lackierte Faschisten" beschimpften.

So spektakulär der Fall auch war: Als die Guillaumes fast ein Jahr nach Auftauchen des Verdachts gegen sie im April 1974 festgenommen wurden, kam niemand ernsthaft auf die Idee, dass die Enttarnung des Spionagepärchens zum Sturz des Bundeskanzlers würde führen können. Auch Brandt nicht. Das änderte sich innerhalb weniger Tage. Der Grund: Die amtlichen Ermittler hatten auf ihrer Suche nach Beweismaterial gegen Guillaume damit begonnen, das Privatleben des Friedensnobelpreisträgers auszuforschen und akribisch Informationen über seine Beziehungen zu Frauen zusammen zu tragen. Bereits am 30. April 1974 berichtete Justizminister Gerhard Jahn Brandt über sonderbare Andeutungen aus der Bundesanwaltschaft, Guillaume könne ihm „Mädchen zugeführt" haben. Die Reaktion des Kanzlers: Das sei lächerlich. Wegen solcher Gerüchte ließe er sich „keine grauen Haare wachsen". Doch dann erreichte ihn am 1. Mai ein interner Vermerk Horst Herolds, den der Präsident des Bundeskriminalamts am Vortag für Innenminister Genscher angefertigt hatte: Aus der Befragung der dem Regierungschef zugeteilten Sicherheitskräfte habe sich ergeben, dass Brandt Verhältnisse mit zumeist jüngeren Journalistinnen gehabt habe. Es existierte sogar bereits eine Liste mit – vielfach einfach vermuteten – „Damenbekanntschaften". Dass er nie ein Kind von Traurigkeit war, hatte Brandt immer gerne eingeräumt. Er genoss das Image des „Frauenschwarms". Aber nun staunte er nicht schlecht, wer ihm da alles in dem mehrseitigen Dossier d'Amour angedichtet worden war – und war geschockt. „Überforderte Sicherheitsleute, unter ihnen politische Widersacher und seltsame Tugendwächter, produzierten ein Machwerk, das sich verselbstständigte und dem gegenüber ich mich rat- und machtlos fühlte", schreibt er in seinen 1989 veröffentlichten *Erinnerungen*.

Erste schlüpfrige Andeutungen erschienen in der Presse. Behauptungen und Mutmaßungen mutierten zu vermeintlichen Tatsachen. Am 3. Mai traf sich Nollau, von Herold mit Details über Brandts angebliche Affären versorgt, mit SPD-Fraktionschef Herbert Wehner in dessen Wohnung, um ihn zu warnen: „Wenn Guillaume diese pikanten Details in der Hauptverhandlung auftischt, sind Bundesregierung und Bundesrepublik blamiert bis auf

die Knochen.“ Aber auch anders herum gestalte es sich nicht besser, so der VS-Chef zu seinem langjährigen Gönner und Förderer: „Sagt er aber nichts, dann hat die Regierung der DDR, der Guillaume natürlich auch das berichtet hat, ein Mittel, jedes Kabinett Brandt und die SPD zu demütigen.“ Nollau empfahl den Rücktritt Brandts. Am Rande eines Treffens der engeren SPD-Parteiführung in Bad Münstereifel berichtete Wehner am Abend des 4. Mai 1974 Brandt in einem Vieraugengespräch über Nollaus „Erkenntnisse“ und auch über dessen Rücktrittsempfehlung. „Du musst wissen und entscheiden, was jetzt zu tun ist“, sagte Wehner. „Ich stehe zu dir, das weißt du – aber es wird hart werden.“ Er setzte Brandt ein Ultimatum: Innerhalb von 24 Stunden habe der Regierungschef sich zu entscheiden, ob er durchhalten wolle oder nicht. Eine eigene Empfehlung gab Wehner ihm nicht. Nein, er tat nichts, um Brandt im Amt zu halten – für den Kanzler der deutliche Hinweis, dass der mächtige Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion seinen Abtritt für unumgänglich hielt.

Brandt entschied sich. Am 6. Mai 1974 ließ er Bundespräsident Gustav Heinemann sein Rücktrittsgesuch überbringen. Enge Weggefährten und der liberale Koalitionspartner, die ihn bedrängten, im Amt zu bleiben, konnten ihn nicht mehr umstimmen. Am 8. Mai 1974 erklärte Brandt im Fernsehen: „Mein Rücktritt geschah aus Respekt vor ungeschriebenen Regeln der Demokratie und auch, um meine politische und persönliche Integrität nicht zerstören zu lassen.“ Er hätte es „nicht zulassen dürfen, dass während meines Urlaubs in Norwegen im Sommer vergangenen Jahres auch geheime Papiere durch die Hände des Agenten gegangen sind“, zeigte sich Brandt selbstkritisch. Entscheidend für seinen Entschluss sei zudem gewesen, „dass ich mich für einen Teil der Politik – hier meine ich unser Verhältnis zur DDR und zum Warschauer Pakt – zeitweilig nicht mehr unbefangen genug fühlte“. Außerdem habe es Anhaltspunkte gegeben, „dass mein Privatleben in Spekulationen über den Spionagefall gezerrt werden sollte“. Was immer noch darüber geschrieben werden mag, so Brandt, es sei und bleibe „grotesk, einen deutschen Bundeskanzler für erpressbar zu halten. Ich bin es jedenfalls nicht.“

Musste Brandt zurücktreten? Der Staatsrechtler Theodor Eschenburg, der die regierungsinterne Ermittlungskommission geleitet hatte, kam nach Abschluss der Untersuchungen zu einem eindeutigen Schluss: „Die Demission eines integren, erfolgreichen und angesehenen Kanzlers wegen dieses Vorfalls, der auf Pannen und auf Betriebsstörungen mittleren Ranges beruhte, lag weit außerhalb des Erwartungshorizonts der öffentlichen Meinung und der Bevölkerung." Brandts Reaktion habe „in keinem Verhältnis zum Verantwortungsgrad" gestanden. „Die Guillaume-Affäre mag der Anlass, kann aber nicht die Ursache eines Rücktritts gewesen sein", so Eschenburg. Auch Brandt konstatiert in seinen *Erinnerungen*: „Nein, zwingend war der Rücktritt nicht, auch wenn der Schritt mir damals unausweichlich erschien." Er räumt ein: „Die Schwierigkeiten in und mit der Regierung hatten seit Jahresbeginn '73 zugenommen und meine Position geschwächt. Die Vermutung spricht dafür, dass ich mich vor einem anderen Hintergrund weniger passiv verhalten hätte." In der „physischen und psychischen Verfassung späterer Jahre wäre ich nicht zurückgetreten, sondern hätte da aufgeräumt, wo aufzuräumen war."

Die sozial-liberale Koalition regierte, nun mit Helmut Schmidt als Bundeskanzler und – ausgerechnet – Hans-Dietrich Genscher als Außenminister, noch bis 1982 weiter. Guillaume, der stets beteuert hat, Brandts Rücktritt gewollt zu haben, wurde 1975 zu 13 Jahren Haft verurteilt und 1981 gegen acht Agenten und die Zusage von 3.000 Ausreisegenehmigungen für DDR-Bürger abgeschoben. Die DDR feierte ihn als „Kundschafter des Friedens". Er starb 1995 an Herzversagen. Herbert Wehner, über dessen Rolle beim Sturz Brandts bis heute heftig gestritten wird, starb 1990 im Alter von 83 Jahren nach langer und schwerer Krankheit.

Brandt blieb nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler noch bis 1987 Vorsitzender der SPD. Anschließend machte ihn die Partei zu ihrem Ehrenvorsitzenden. Als Alterspräsident eröffnete er im Dezember 1990 im Berliner Reichstagsgebäude die Sitzung des ersten gesamtdeutschen Bundestages. Der Sozialistischen Internationalen,

die ihn 1976 zu ihrem Präsidenten gewählt hatte, stand er bis September 1992 vor. Am 8. Oktober 1992 starb Willy Brandt im Alter von 78 Jahren an Darmkrebs.

Interpretationsfragen

Eine treffende Definition des Begriffes „politische Verantwortung" stammt von dem FDP-Politiker Thomas Dehler. „Es kommt nicht darauf an, wie die Franzosen sagen, ob jemand coupable, schuldig, ist, sondern darauf, dass er responsable, dass er verantwortlich ist", sagte der frühere Bundesjustizminister 1954 in einer Bundestagsdebatte. Die Übernahme politischer Verantwortung muss nicht zwangsläufig die Amtsaufgabe bedeuten. Die Frage ist, für wie schwer der Missstand erachtet wird, und vor allem, welche Folgen er gezeitigt hat. Wenn unkorrektes Verhalten von untergeordneten Stellen Menschenleben kostet, wie im Fall Kevin, bei der Loveparade-Katastrophe oder dem Anti-Terror-Einsatz in Bad Kleinen, dann erscheint der Rücktritt des politisch Verantwortlichen in den Augen vieler Menschen notwendig und unvermeidbar. So dachte auch Helmut Schmidt während seiner Kanzlerschaft einmal über einen „verantwortlichen" Rücktritt nach. Damals ging es um die Erstürmung der Lufthansa-Maschine „Landshut", die 1977 von einem Terrorkommando der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) entführt worden war. Wären die deutschen Geiseln bei dem gefährlichen GSG-9-Einsatz in Mogadischu getötet worden, hätte er diese persönliche Konsequenz gezogen, erklärte der Sozialdemokrat später in Interviews.

Ein Rücktritt aus politischer Verantwortung sei „ein Akt symbolischer Politik par excellence", analysiert Michael Philipp in seinem Buch *Persönlich habe ich mir nichts vorzuwerfen*. „Der Repräsentant büßt stellvertretend ein Versäumnis, indem er sich von seinem Amt trennt", schreibt der Historiker in seiner 2007 veröffentlichten Abhandlung über Politiker-Rücktritte. Dabei zähle nicht das Verursacherprinzip. Vielmehr gehe es um einen „Akt der Reinigung", der notwendig sei, um beschädigtes Vertrauen in die Institution wiederherzustellen. Das bedeutet auch, dass ein solcher Reinigungsakt nur

unter bestimmten Voraussetzungen erforderlich ist, da nicht jede Panne zu einer Erschütterung des Vertrauens in die Institution führt. Fehler passieren im politischen und administrativen Geschäft, gehören zum Alltag. Sie sind menschlich und lassen sich zwar mit Vorsicht und Klugheit minimieren, jedoch nicht gänzlich ausschließen. Es wäre abwegig, wenn ein Minister jedes Mal automatisch seinen Schreibtisch zu räumen hätte, wenn mal wieder seine Beamten Einnahmen falsch berechnet, Vorgaben nicht beachtet oder Informationen nicht rechtzeitig weitergegeben haben. Die Zeit würde sonst wohl kaum reichen, um sich den Namen des jeweiligen Amtsinhabers merken zu können.

Im Artikel 65 des Grundgesetzes heißt es: „Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung." Innerhalb dieser Richtlinien, so ist im selben Artikel geregelt, leite jedoch „jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbstständig und unter eigener Verantwortung". Doch das sind vage Regelungen, zumal nicht festgelegt ist, was aus ihnen folgt. Das muss immer wieder neu ausgehandelt werden. In welchem Verhältnis steht die Gesamtverantwortung des Regierungschefs zu der Ressortverantwortung des Ministers? Wie weitreichend sind diese „Verantwortungen". Wann kommt ein Politiker seiner Verantwortung nicht nach? Und was passiert, wenn jemand ihr nicht nachkommt? Eine Amtshaftung, wie sie zum Beispiel vom Bund der Steuerzahler für dramatische finanzielle Auswirkungen politischer Fehlentscheidungen immer wieder gefordert wird, kennt das deutsche Rechtssystem leider nicht.

Das Ressortprinzip gibt dem Minister in seinem jeweiligen Geschäftsbereich eine gewisse Freiheit. Er kann ausdrücklich auf alle nachgeordneten Stellen seiner Behörde Einfluss nehmen. Das heißt, er hat dort Weisungsbefugnis. Dies eröffnet ihm einen weiten politischen Gestaltungsraum. „Zum einen wird die vollständige Verantwortlichkeit des Ministers für die Gesamtheit der Vorgänge in seinem Geschäftsbereich grundsätzlich für unverzichtbar gehalten", analysierte Veith Mehde 2001 im *Deutschen Verwaltungsblatt*: „Andererseits ergeben sich dabei offenkundige Bedenken, was die

praktische Wirksamkeit und wohl auch die Sinnhaftigkeit eines undifferenzierten Modells anbelangt." Schließlich kann ein Minister kaum über alles Bescheid wissen, was sich in seinem Haus abspielt. „Wenn ein Minister eine falsche Entscheidung trifft, eine Situation nicht richtig einschätzt, einem Missstand nicht entgegentritt, muss er dafür einstehen", schreibt Michael Philipp. Wenn sich die Urheberschaft einer Kalamität in den mittleren Rängen der Bürokratie verliere, sei diese Frage nicht mehr so eindeutig zu beantworten: „Kein Konsens besteht dagegen über die Haftung eines Ministers, in dessen Amtsbereich etwas ohne sein Zutun schiefgelaufen ist." Es geht um politische Interpretationsfragen, die in der Regel Regierung und Opposition unterschiedlich beantworten. Hierbei ist die kritische Öffentlichkeit Schiedsrichter.

„Für mögliche Versäumnisse und Fehler meiner Mitarbeiter trage ich die politische Verantwortung", verkündete der damalige Bundesaußenminister Joschka Fischer während der Visa-Affäre im Februar 2005. Doch damit meinte der Grüne keineswegs, sich auch in Haftung für eventuelle Unzulänglichkeiten in seiner Behörde nehmen lassen zu wollen. Die schwarz-gelbe Opposition warf seinerzeit dem von Fischer geleiteten Auswärtigen Amt eine allzu freigiebige Visa-Vergabe in Osteuropa vor. Von einer regierungsamtlichen „Förderung von massenhaftem illegalen Ausländeraufenthalt und Förderung von organisierter Kriminalität" sprach der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Norbert Röttgen. Der stellvertretende CDU-Vorsitzende und spätere Bundespräsident Christian Wulff forderte Fischers Rücktritt. Die grüne Bundestagsfraktionsvorsitzende Krista Sager verteidigte hingegen ihren Parteifreund. „Es ist unbestritten, dass es in der Visa-Praxis zu Missbrauch kam", sagte sie dem *Hamburger Abendblatt*. Aber alle Missstände seien „längst abgestellt" worden. Deswegen werde er auch „nicht in Bedrängnis geraten". Auch Bundeskanzler Gerhard Schröder stellte sich demonstrativ hinter seinen Vize-Kanzler. Wenn die Opposition glaube, Fischer stürzen zu können, „dann irrt sie gewaltig", sagte Schröder. Und er behielt recht, weil Fischer eine feste Machtbasis besaß.

Wie unterschiedlich die Einschätzungen sind, wann ein Rücktritt erforderlich ist, zeigt nicht nur das Beispiel Fischers. „Einen Rücktritt hätte ich gern verhindert, nämlich den von Verteidigungsminister Georg Leber“, erinnerte sich Helmut Schmidt in einem Interview mit dem *Zeit*-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo im Juli 2010. In seinen Augen sei es „ein unzureichender Grund“ gewesen, wegen dem sich Leber verpflichtet gefühlt habe, am 16. Februar 1978 zurückzutreten, sagte Schmidt. Das kann man allerdings auch anders sehen. Leber übernahm mit seinem Rücktritt die politische Verantwortung für zwei Abhörskandale des ihm unterstellten Militärischen Abschirmdienstes (MAD). Ohne Wissen des Verteidigungsministers hatte der MAD 1974 die Bonner Privatwohnung von Lebers Sekretärin verwanzt. Sie war fälschlich der Spionage für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR verdächtigt worden. 1976 hörte der Militärgeheimdienst die Geschäftsräume des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW) in Frankfurt ab, um Informationen über das „Soldaten- und Reservistenkomitee“ der skurrilen maoistischen Vereinigung zu gewinnen. Auch von dieser ebenfalls rechtswidrigen Abhöraktion erfuhr der Sozialdemokrat eigenen Angaben zufolge erst im Nachhinein. Im Gegensatz zum damaligen Bundeskanzler Schmidt hielt der *Spiegel*-Herausgeber Rudolf Augstein den Rücktritt Lebers für absolut geboten. Die damalige sozialliberale Regierung „hat nun mit dem ihr aufgezwungenen Rücktritt eines ihrer wichtigsten Minister die Quittung für die unverantwortliche Laxheit, mit der sie das Grundgesetz traktiert hat“, schrieb Augstein im Februar 1978 im *Spiegel*.

KAPITEL 4

Die Sünderlein

Wenn zu gute „Nehmerqualitäten" zur Stolperfalle werden

Der Ausflug Thorsten Thümlers in den niedersächsischen Landtag dauerte nicht lange. Zum Verhängnis wurde dem gelernten Bankkaufmann, dass ihm offensichtlich seine Grundentschädigung von 5.403 Euro plus einer allgemeinen Aufwandsentschädigung in Höhe von 1.027 Euro, die dem Mittdreißiger seit seiner Wahl zum Landtagsabgeordneten im Februar 2003 zustanden, für seinen Lebensstandard als nicht ausreichend erschienen. Anders sind die kreativen Bemühungen des jungen Christdemokraten, an persönliche Vergünstigungen zu gelangen, kaum zu erklären.

Der junge Parlamentarier, zuvor als Grundsatzreferent für Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) tätig, zeigte sich kreativ: Gibt es nicht für Journalisten Rabatte? Immerhin besaß er doch einen Presseausweis, den er in seiner Zeit als Journalistikstudent ein paar Jahre zuvor erhalten hatte und den der Deutsche Journalistenverband Brandenburg (DJV) immer anstandslos ohne Überprüfung verlängert hatte. Warum sollte er ihn jetzt nicht lukrativ nutzen? Und wenn der Ausweis mal nicht reicht? Kein Problem, man kann ja einfach Meldungen oder auch eine große Reportage über die Stadt Tunis aus einer Zeitung ausschneiden, die Autorenzeile entfernen und behaupten, die Texte selbst verfasst zu haben. Gesagt getan: Thümler gab sich als Reisejournalist aus und quartierte sich mit Begleiterin in edlen Hotels an der Ostsee ein. In mehreren Herbergen, beispielsweise dem noblen Kempinski Grand Hotel Heiligendamm, funktionierte der Trick.

Dann flog der Schwindel auf: Das Rügener Kurhaus Binz fragte dummerweise bei der in Oldenburg erscheinenden *Nordwest-Zei-*

tung nach, in dessen vermeintlichen Auftrag der angebliche Reisejournalist in dem Hotel logieren wollte. Damit hatte der einfallsreiche Nachwuchspolitiker nicht gerechnet.

Als die Affäre ruchbar wurde, wies Thümler zunächst den Betrugsvorwurf zurück. Wenig überzeugend brachte er zu seiner Verteidigung an, jüngst eine Medien- und Marketingagentur gegründet zu haben, die aber noch über keine Aufträge verfüge. Wenig verwunderlich, handelte es sich doch um eine Firma ohne Klingelschild und Briefkasten, wie die hellhörig gewordene *Nordwest-Zeitung* herausfand. Die Staatsanwaltschaft Oldenburg jedenfalls leitete Ermittlungen wegen Betrugsverdacht ein, der DJV-Bundesvorsitzende Michael Konken schimpfte, Thümler sei ein „schwarzes Schaf, das sich in voller betrügerischer Absicht Leistungen erschlichen hat". Auch seine Parteifreunde reagierten nicht amüsiert. Der damalige niedersächsische CDU-Landtagsfraktionschef und heutige Ministerpräsident David McAllister wetterte: „Das ist unfassbar!"

Seinem drohenden Ausschluss aus der Fraktion kam Thümler zuvor: Am 21. Juli 2005 legte er sein Abgeordnetenmandat nieder. Im Juni 2006 verurteilte ihn das Amtsgericht Oldenburg wegen Betrugs zu einer Geldstrafe. Nach dem abrupten Ende seiner politischen Karriere klagte sich Thümler erfolgreich wieder in den Staatsdienst des Landes Brandenburg ein und wurde Pressesprecher der Polizei der Stadt Brandenburg.

Die Verlockungen des Geldes

Der Fall Thümlers ist nur ein bizarres Beispiel für die „Nehmerqualitäten", die Politiker immer wieder in Schwierigkeiten bringen – und bisweilen auch um Amt und Mandat. So fatal die jeweiligen Fälle individueller Vorteilsnahmen, die politisch-moralisch unakzeptabel und mitunter auch justiziabel sind, im Einzelnen für die politische Kultur sein mögen: Der angerichtete Schaden bleibt begrenzt. So häufig solch ein Fehlverhalten auch auftritt, kann es doch als das eines Einzelnen, also als Ausnahmefall verbucht werden, für

das weder seine Partei noch die Regierung, der er angehörte, verantwortlich gemacht werden können.

Das gilt sogar für solche Fälle, bei denen das individuell zweifelhafte Verhalten als kollektives Phänomen erscheint, wie in der Frage der anrüchigen Nebentätigkeiten – was der Grund dafür sein dürfte, dass es bis heute keine Regelungen gibt, die den ausgeprägten Nehmerqualitäten vieler Politiker wirksame Schranken setzen. Denn die jeweilige Affäre ist nur solange für die jeweilige Partei belastend, wie ihr Verursacher in der Schusslinie, das heißt in der Regel: noch in Amt und Würden ist. Ist er aber erst einmal gegangen, ist die Krise bereits ausgestanden. Die unerfreulichen Artikel schrumpfen auf Kurzmeldungsniveau oder verschwinden ganz aus den Zeitungen; es kann zur Tagesordnung zurückgekehrt werden.

Politiker sind nicht schlechter als andere Menschen – eine banale Feststellung, trotzdem eine notwendige. Es ist beliebt, sich über die „politische Klasse" zu echauffieren. Dass Politik ein „schmutziges Geschäft" und der Staat ein Selbstbedienungsladen der Parteien und Politiker sei, gehört zum Allgemeingut jedes anständigen deutschen Stammtischs. Aber nicht zu Unrecht weist Hans Leyendecker in seinem 2003 erschienenen Buch *Die Korruptionsfalle* darauf hin, dass ein Blick auf die deutsche Geschichte zeigt, wie gefährlich eine unhistorische Diskussion über die „Selbstbedienungsmentalität" der Staatsdiener ist, weil sie auch stets ein antidemokratisches Element enthält. Bereits zu Zeiten der Weimarer Republik habe es zum „guten Ton" gehört, Missstände maßlos zu überzeichnen, um das Bild vom verhassten Parteienstaat entstehen zu lassen: „Die Nutznießer dieser Hatz waren am Ende die Nazis, obwohl gerade sie vom großen Geld alimentiert worden waren", konstatiert Leyendecker. In der Tat sind Politiker nicht gieriger als der Rest der Bevölkerung – sie haben nur andere Möglichkeiten. In diesem Sinne sind sie, wie der Mitgründer der Journalistenvereinigung netzwerk recherche feststellt, nur „eine Art soziologisches Lackmuspapier". Daher sind Skandale und Affären, die sie zu verantworten haben, nichts Außergewöhnliches in einer offenen Gesellschaft. Entscheidend für den Befund über politische Sitten und Kultur ist ihre gesellschaftliche Verarbeitung.

Gleichwohl sorgen Fälle von persönlicher Bereicherung, Vorteilsnahme, Bestechlichkeit und Günstlingswirtschaft berechtigterweise für öffentliche Empörung – zumal sie nicht gerade selten vorkommen. Schon der legendäre frühere bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß zeichnete sich durch seine phänomenale Begabung aus, Gemein-, Partei- und Eigennutz vorteilhaft miteinander zu verbinden. Eine CSU-Werbebroschüre warb sogar in den siebziger Jahren ohne jeden Arg mit der Geschäftstüchtigkeit ihres christsozialen Frontmanns: „Der Mehrung seines Vermögens gibt er sich mit demselben Eifer hin, den er in der Politik walten lässt." Als Strauß 1988 starb, soll er seinen Erben ein enormes Vermögen hinterlassen haben. Wie er das geschafft hatte, darüber gab es immer wieder wilde Gerüchte, doch letztendlich blieb es ein Rätsel. „A Hund is er scho!" – in Bayern ist das ein Kompliment. Gestürzt ist Strauß über seine „Nehmerqualitäten" nie. Aber der bullige Bajuware garantierte der CSU auch absolute Mehrheiten.

Andere hingegen straucheln schon bei weit geringeren Summen. So stolperte Hessens Frauenministerin Heide Pfarr 1993 über ihre Vorstellungen vom staatlichen Erstattungswesen. Nach dem hessischen Ministerbezügegesetz stand der Sozialdemokratin, die zuvor als Europabeauftragte und Senatorin für Bundesangelegenheiten in Berlin gearbeitet hatte, bei Dienstantritt eine Amtswohnung zu. Die wird vor Einzug auf Staatskosten renoviert und ausgestattet. Aber als Pfarr ihren mit einem Gehalt von 16.300 Mark ausgestatteten Job 1991 übernahm, war in Wiesbaden gerade leider keine Dienstwohnung frei. So musste sich die Ministerin auf dem freien Wohnungsmarkt versorgen – was der gelernten Arbeitsrechtlerin und Universitätsprofessorin mit einer zusätzlichen „Wohnungsentschädigung" von monatlich 1.400 Mark aus der Staatskasse versüßt wurde. Pfarr wurde fündig und entschied sich für eine etwas heruntergekommene Zweizimmerwohnung in der Wiesbadener Innenstadt, Monatsmiete 800 Mark. Die ließ sie dann für über 53.000 Mark aus Steuermitteln standesgemäß aufmöbeln – mit Einbauküche, neuem Bad und Gardinen. Währenddessen logierte die Genossin im Wiesbadener Aukamm-Hotel – ebenfalls auf Staatskosten. Die Beamten in ihrem Ministerium, so beteuerte sie später, hätten

ihr versichert, das alles sei „in Hessen üblich und gesetzmäßig“. Üblich war das durchaus, aber „gesetzmäßig“?

Wahrscheinlich wäre trotzdem alles gut für Pfarr ausgegangen, wenn sie sich in der Folgezeit nicht bei manchen ihrer Untergebenen so unbeliebt gemacht hätte. Denn die schwärzten sie bei der SPD-Landtagsfraktion an. Die Folge: Der damalige hessische Ministerpräsident Hans Eichel legte ihr den Rücktritt nahe. Am 13. Mai 1993 folgte Pfarr zähneknirschend der Aufforderung ihres Parteifreundes. Sie bedauere, dass sie „nicht größere Sensibilität“ im Umgang mit den Steuergeldern entwickelt habe, erklärte die gescheiterte Ministerin. Aber trotzdem habe sie nichts Illegales getan, sondern nur erhalten, „was alle bekommen“. Ein Ermittlungsverfahren gegen Pfarr wegen des Verdachts der Untreue wurde im Januar 1994 eingestellt. Zwar habe sie das Geld für die Renovierung ihrer Wiesbadener Wohnung zu Unrecht erhalten, befand die Staatsanwaltschaft. Strafrechtlich sei der Universitätsprofessorin trotzdem kein Vorwurf zu machen, denn schließlich habe sie bei der Kostenberechnung den Beamten ihres Hauses vertraut. Politisch nichts desto trotz auf dem Abstellgleis, wechselte Pfarr in die Wissenschaft. Seit 1995 leitet sie als wissenschaftliche Direktorin das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.

Hauptsache, es bleibt in der Familie

Auch die Grüne Iris Blaul musste in Hessen vorzeitig ihren Posten räumen. Die Sozial- und Umweltministerin stürzte 1995, weil sie Privates und Dienstliches nicht klar genug hatte auseinanderhalten können. Blaul war 1982 als eine „Grüne der ersten Stunde“ in den hessischen Landtag eingezogen und wurde mit gerade 26 Jahren Fraktionschefin. Nach einer rotationsbedingten Pause zog sie als Spitzenkandidatin 1987 erneut in das Landesparlament ein. Hier brachte sie den hessischen Diätenskandal ins Rollen. Blaul deckte auf, wie Abgeordnete in die Staatskasse greifen wollten, um sich Luxusdiäten und satte Kostenerstattungen zu sichern. Bei der Neuauflage von Rot-Grün in Hessen 1991 rückte Blaul neben Joschka

Fischer als Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit ins Kabinett. Nach dem erneuten Wahlerfolg im Frühjahr 1995 übernahm sie zusätzlich Fischers Umweltressort. Allerdings hatte sie keine lange Freude an ihrem neuen „Superministerium".

Denn Blaul machte zwei verhängnisvolle Fehler: Zum einen holte die gelernte Sonderpädagogin ihren Marburger Parteifreund Johannes Schädler als Sozialstaatssekretär an ihren Hof. Zum anderen beließ sie dort Wenzel Mayer, den Leiter der Zentralabteilung im Umweltministerium. Der war ihr Lebensgefährte. Obwohl nicht nur die oppositionellen Christdemokraten bei dieser „Liebe im Büro" Interessenkonflikte prophezeiten, konnte sich Blaul nicht zu einer Versetzung oder Beurlaubung Mayers entschließen. So nahm das Schicksal seinen Lauf: Blaul und Mayer überwarfen sich mit Schädler. Der fühlte sich „gemobbt" und wandte sich in einem Beschwerdebrief an die grüne Landtagsfraktion. In dem beklagte er sich, dass er ungerecht behandelt und ständig übergangen werde. Zudem wies Schädler darauf hin, es habe sich als „äußerst abträglich" erwiesen, dass Mayer „in einem sehr persönlichen Verhältnis zur Ministerin steht". Der Streit wurde publik. Kritiker auch aus den eigenen Reihen warfen der Ministerin nun vor, sie leite ihr Amt wie eine Wohngemeinschaft, und zwar zusammen mit Mayer vom „Küchenkabinett" aus. Blaul legte Schädler den Rücktritt nahe, Aber der wollte nicht freiwillig auf seine Ruhestandsansprüche verzichten. So warf Blaul selbst das Handtuch. Am 20. September 1995 erklärte sie ihren Rücktritt. Mit der Berufung Schädlers habe sie eine schwerwiegende personelle Fehlentscheidung getroffen, für die sie die Verantwortung übernehme, begründete die Grüne ihre Entscheidung. Über ihren Lebensgefährten verlor sie in ihrer Erklärung kein Wort. Für die Opposition war ihr Rücktritt ein gefundenes Fressen: „Von den Fundis zu den Pfründis", feixte der damalige CDU-Landtagsfraktionsvorsitzende Roland Koch über die grünen Personalquerelen. Blauls politische Karriere war beendet. Drei Jahre nach ihrer Demission erklärte sie im November 1998 auch ihren Austritt aus den Grünen.

Da war ihre Nachfolgerin bereits ebenfalls gescheitert. Margarethe Nimsch musste im Februar 1998 ihren Platz als hessische Sozial- und Umweltministerin räumen, nachdem bekannt geworden war, dass die Grüne bei Aufträgen ihres Ministeriums versucht haben soll, Parteifreundinnen zu begünstigen. Die Opposition sprach von „Cousinenwirtschaft". Die Partei- und Fraktionsspitze der hessischen Grünen schäumte und forderte die frühere Gesundheitsdezernentin der Stadt Frankfurt zum Abtritt auf. In ihrer Rücktrittserklärung räumte Nimsch zwar Fehler ein, betonte jedoch, sie lege „äußersten Wert" auf die Feststellung, dass dem Land Hessen „kein materieller Schaden" entstanden sei.

Goldgräberstimmung im Osten

So etwas wie Goldgräberstimmung muss in den neunziger Jahren bei jenen geherrscht haben, die aus der alten Bundesrepublik in die ehemalige DDR „rübergemacht" hatten. Politiker, die im Westen nicht gerade zur ersten Garde gehörten, konnten plötzlich im Osten Karriere machen – und kräftig Kasse. Problematisch wurde das nur, wenn es rauskam. So wie bei den Westimporten in der Landesregierung von Sachsen-Anhalt. 1993 mussten der damalige Ministerpräsident Werner Münch (CDU) und sein gesamtes schwarz-gelbes Team die Regierungsbank räumen. Dank einer Sonderregelung für Politiker aus den „alten" Bundesländern hatten sich Münch und die vier weiteren Wessis seines Kabinetts ihr Ostsalär mit einem kräftigen Aufschlag auf „Westniveau" aufbessern lassen – und konnten die Aufregung über diese Raffkementalität überhaupt nicht verstehen. Schließlich gab es für Beamte aus dem Westen auch „Buschzulagen" und juristisch war die Sache nicht zu beanstanden. Es nützte ihnen nichts: Die Feinheiten westlicher Gehaltsberechnungen waren dem östlichen Wahlvolk nicht vermittelbar. „Münch stolperte in den Graben, der noch immer Ost und West in Deutschland teilt", befand die *Welt*. 2009 trat der einstige Professor und Politikwissenschaftler aus der CDU aus. Über seine alte Partei hat der christliche Traditionalist mittlerweile nur noch verächtliche Worte übrig. „Da

ist jegliches Gespür für Werte, für Moral, für Ethik abhandengekommen", sagte Münch im Sommer 2011 dem Magazin *Cicero*. Einen solchen Satz hätte manch Bürger Sachsen-Anhalts 18 Jahre früher gerne von Münch als Selbstkritik gehört.

Ein wahrer Rücktrittsregen prasselte Mitte der neunziger Jahre auch auf Brandenburg nieder. Bauminister Jochen Wolf (SPD) ging nach Bekanntwerden eines privaten Grundstücksgeschäfts. Agrarminister Edwin Zimmermann (SPD) musste seinen Posten räumen, weil er die Schaubäckerei seiner Tochter mit öffentlichen Zuschüssen gefördert hatte. Kulturminister Wolfgang Hackel (CDU) stolperte über Unternehmensbeteiligungen. Justizminister Kurt Schelter (CDU) sollte zeitweise das Ministergehalt wegen privater Schulden gepfändet werden. Wirtschaftsminister Wolfgang Fürniß (CDU) hatte einen Millionenkredit von einem Scheich aus den Vereinigten Arabischen Emiraten bekommen.

Hans-Henning Axthelm musste seinen Posten als Sozialminister von Thüringen am 27. August 1992 nach kurzer Zeit räumen, nachdem die „Hotel-Affäre" aufgeflogen war. Das Haus mit dem Namen „Völkerfreundschaft" war von seiner Behörde zu einem Preis vermietet worden, der von vielen als zu niedrig angesehen wurde. Aus welchem Grund, darüber wurde in den Medien nur spekuliert. Dieses Problem war aber nicht das einzige, das den Lebenslauf des promovierten Internisten nachhaltig prägen sollte. Denn kurze Zeit später stahl er ein Pornoheft und Hundeshampoo in einem Supermarkt. Dann ließ er sich auch noch dabei erwischen, wie er ein Brillengestell im Kaufhaus entwendete. Für die Politik war Axthelm fortan nicht mehr tragbar.

Wer zu Späth kommt, bezahlt die Spesen

Lothar Späth war als Ministerpräsident von Baden-Württemberg lange Zeit ein wahrer Medienliebling. „Cleverle" war sein Kosename, der so manche überaus positive Berichterstattung über ihn abrundete. Dass der Christdemokrat als innerparteilicher Kontrahent von Bundeskanzler Helmut Kohl galt, machte ihn für viele Journalisten besonders interessant. Doch 1989 begann der rasante

Abstieg des CDU-Vorzeigepolitikers. Nach dem Rausschmiss von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler planten die „CDU-Reformer“ um Geißler, Süssmuth, Blüm und Späth eine Palastrevolte gegen Kohl. Vorsichtig streuten sie in den Medien, der Kanzler habe abgewirtschaftet, Späth solle an seine Stelle treten. Der erklärte an jeder passenden und unpassenden Stelle seine prinzipielle Bereitschaft – wenn er denn gerufen werde. Doch in der entscheidenden Situation verließ die Verschwörer der Mut. Auf dem CDU-Bundesparteitag stand Kohl alternativlos zur Wiederwahl als Vorsitzender, weil Späth sich nicht traute, gegen den „schwarzen Riesen“ anzutreten. Der zögernde Frondeur wurde bitter abgestraft: Bei der Wahl zum Parteipräsidium fiel Späth durch, für den Vorstand trat er gar nicht mehr an.

Angeschlagen zog sich das „Brutusle vom Neckar“ in sein Ländle zurück. Doch auch hier geriet er – inzwischen dienstältester Ministerpräsident – ins Strudeln. Ein Parteispendenprozess um den ehemaligen Bosch-Chef Hans Merkle erschütterte die CDU und brachte Späth selbst in den Verdacht der Beteiligung an illegalen Geldwäscheaktivitäten. Das Genick brach ihm ein Jahr später seine ungehemmte Reisefreudigkeit. Anfang 1991 kam heraus, dass sich Späth von verschiedenen Firmen seine Urlaubs- und auch einen Großteil der Dienstreisen finanzieren ließ.

Die Affäre, die Späth letztlich den Posten als Ministerpräsident kostete, begann mit einer Aussage der Wirtschaftsgröße Helmut Lohr. Der ehemalige Chef der Firma Standard Elektrik Lorenz AG (SEL) hatte in einem Gerichtsprozess wegen Steuerhinterziehung einäumen müssen, Späth und seine Familie zu Reisen auf Firmenkosten eingeladen zu haben. SEL setzte die Kosten als Repräsentationsaufwendungen von der Steuer ab. Lohr und Späth kannten sich seit vielen Jahren. Als die ersten Vorwürfe wegen eines exquisiten Yacht-Urlaubs in der Ägäis laut wurden, reagierte ein Sprecher des Staatsministeriums noch ungehalten. „Man sollte nicht so tun, als ob der Ministerpräsident das zu rechtfertigen habe“, zitierte ihn die *Stuttgarter Zeitung*. Der Mann irrte sich gründlich.

Etliche Tage später nahm der Ministerpräsident persönlich Stellung zu den Anschuldigungen. Späth erklärte, dass er die Einladungen Lohrs nicht angenommen hätte, wenn er gewusst hätte, dass die Kosten von der Firma SEL getragen werden sollen. Er habe die Offerten nur für persönliche Freundschaftsdienste gehalten. Der Kontakt zur Familie Lohr sei ohnehin 1990 abgebrochen, gab Späth an. Der Grund dafür sei gewesen, dass der Unternehmer plötzlich doch eine Art Gegenleistung hätte haben wollen. Späth will empört abgewinkt haben. An seinem Verhalten konnte er nichts Verwerfliches erkennen: „Der Späth ist kein Playboy, der Späth ist nicht käuflich, der Späth ist nicht bestechlich."

Doch der Druck auf den Schwaben wuchs unaufhaltsam. Immer neue fragwürdige Trips wurden bekannt, unter anderem nach Manila, Hongkong, Indonesien, Mexiko, Malaysia oder Singapur. Außerdem noch ein Ponyhof-Aufenthalt seiner Tochter. Mehr als 550 Reisen, deren Kosten Privatfirmen übernommen hatten, unternahm der fidele Späth vom Oktober 1978 bis Dezember 1990. Die *taz* spöttelte: „Wer zu Späth kommt, der bezahlt die Spesen." Auch kam heraus, dass der CDU-Politiker bei einigen seiner Reisen einen falschen Namen benutzt hatte. Späth rechtfertigte sich, dass er mehrfach ohne Begleitschutz im Ausland unterwegs gewesen sei. Damit das nicht auffalle, habe der Landespolizeipräsident die Nutzung von Decknamen und -ausweisen verlangt.

Das Krisenmanagement des Regierungschefs funktionierte schlecht. Flapsig hielt Späth den Journalisten entgegen, dass er im Umgang mit Wirtschaftsvertretern gar nicht anders könnte als Einladungen anzunehmen. Bei seinem dichten Terminkalender sei es selbstverständlich gewesen, auch auf Firmenflugzeuge zurück zu greifen. Die Einladung auf eine Nobel-Yacht des Unternehmers Max Grundig in die Karibik sei ebenfalls völlig in Ordnung gewesen. Dort habe er immerhin wichtige Investitionsprojekte für Baden-Württemberg abgesprochen. Im Übrigen sei er schon „auf schöneren Schiffen gewesen". Spöttisch fragte Späth in einer Pressekonferenz, ob er „denn fragen soll, ob ich mich am Dieselkraftstoff beteiligen soll". Seine Unabhängigkeit sei immer gewahrt geblieben, er

sei „kein Unternehmensknecht“. Da ermittelte die Staatsanwaltschaft bereits wegen des Verdachts der Untreue und Vorteilsnahme. Erst 1992 sollte dieses Verfahren eingestellt werden, Käuflichkeit konnte ihm nicht nachgewiesen werden.

Aber da hatte Späth die Segel längst gestrichen: Am 13. Januar 1991 erklärte er nach dreizehnjähriger Amtszeit seinen Rücktritt als Ministerpräsident. Ende Juli 1991 gab er auch sein Landtagsmandat ab und verzichtete wenig später auf eine erneute Kandidatur für den CDU-Landesvorsitz. Er begründete seinen Rücktritt damit, er sei „Opfer einiger, die es geschafft haben, mich niederzumachen“, geworden und habe „keine faire Chance“ gehabt. Vielleicht habe er sich ungeschickt verhalten, aber vorzuwerfen hätte er sich trotzdem nichts. In „übelster Weise“ seien „Fakten, Gerüchte und Verleumdungen zusammengepackt“ worden. Weil ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zu den „Traumreisen“ angekündigt wurde, sah sich Späth zusätzlich belastet. Für die Vorbereitung auf das Erscheinen vor diesem Gremium lasse ihm die Aufgabe des Regierungschefs kaum die Zeit.

Seine politischen Freunde vertraten die Ansicht, die Medien hätten Späths Abschied erzwungen. Es habe einen „publizistischen Großangriff“ von Seiten des *Spiegel* gegeben, heißt es in dem 1991 erschienenen Buch *Lothar Späth. Politik, Wirtschaft und die Rolle der Medien* der konservativen Autoren Martin Lessenthin und Ansgar Graw. Darin wird auch der CDU-Politiker Karl Lang zitiert, der eine „überparteiliche Solidarität gegenüber halbseidener Berichterstattung“ forderte. Späths Nachfolger Erwin Teufel sah die Vorwürfe „in keinem Verhältnis zu den Leistungen“ seines Vorgängers. Im Untersuchungsausschuss des Landtages wurden zwar viele Facetten der Affäre gestreift, letztlich jedoch dank der CDU-Mehrheit eine verurteilende Stellungnahme zu Späth verhindert. Auch die Staatsanwaltschaft stellte ihre Ermittlungen ein.

Nach dem abrupten Ende seiner politischen Karriere suchte Späth seine neue Herausforderung. Nicht einmal drei Monate nach seinem Abgang fand das „Cleverle“ ein neues lukratives Betätigungsfeld: Thüringens damaliger Ministerpräsident Josef Duchac (CDU) berief ihn zu seinem „persönlichen Zeiss-Berater“. Aus dem

Politiker wurde ein Wirtschaftsmanager. Späth entwickelte ein Konzept für den vor dem Kollaps stehenden VEB Carl Zeiss Jena und übernahm den Vorstandsvorsitz der neu gegründeten Jenoptik AG. Binnen sechs Jahren machte er aus dem einstigen DDR-Vorzeigeobjekt ein modernes High-Tech-Unternehmen. Eine Erfolgsstory mit Verlusten, die der „Mr. Industrie Ost" zu würdigen wusste: „Lasst uns fünf Minuten an die vielen denken, die diesen Erfolg mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes bezahlt haben." Ein weiterer kleiner Schönheitsfehler: Das Ost-Industrieprunkstück ist nur noch dem Namen nach ostdeutsch – vornehmlich besteht das Unternehmen aus westdeutschen Tochterfirmen. Schließlich galt es, die 3,6 Milliarden Mark, die zur Sanierung zur Verfügung standen, gewinnbringend einzusetzen, und daher kaufte Späth kräftig im Westen auf. Kein Wirtschaftswunder, kommentierte seinerzeit der ihm in inniger Abneigung verbundene Helmut Kohl: Mit vergleichbar hohen Subventionen der öffentlichen Hand hätte das jeder geschafft.

Auch wenn Späth immer wieder beteuerte, kein Interesse an einer Rückkehr in die Politik zu haben, ließ er sich immer wieder gerne bitten. Zum ersten Mal tauchte Späth wieder auf, als Noch-Bundeskanzler Kohl ihn bat, im Falle eines Bundestagswahlsiegs 1998 den Vorsitz eines neuen „Beraterkreises für Zukunft und Innovation" zu übernehmen. Vier Jahre später präsentierte ihn der Unionskanzlerkandidat Edmund Stoiber als künftigen „Superminister" für Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Aufbau Ost. Das Comeback kam aufgrund des Wahlsiegs von Rot-Grün nicht zustande. Späth verzichtete auf sein Bundestagsmandat, das er als Thüringer CDU-Spitzenkandidat gewonnen hatte.

Das schwere Erbe und die Amigos: Max Streibl

Als Journalisten anlässlich der Enthüllungen um die Reisefreudigkeit von Lothar Späth in der Bayerischen Staatskanzlei nachfragten, wie es denn Max Streibl mit seinen Urlaubstrips halte, lautete die Antwort, der bayerische Ministerpräsident unternehme keine „Traumreisen": „Sein Urlaubsgebiet liegt zwischen Wildsteig und

Wieskirche.“ Das entsprach nicht ganz der Wahrheit, wie sich herausstellen sollte.

Streibl war Nachfolger von Franz Josef Strauß nach dessen plötzlichem Tod im Oktober 1988. Der sittenstrenge, erzkonservative Politiker schien genau das Gegenteil von seinem lebensfrohen Vorgänger zu sein. So legte der Vorsitzende des Katholischen Männervereins von Tuntenhausen stets Wert auf seine fromme Lebenshaltung. Aber schon Ende 1989 begann für Streibl die harte Zeit der Affären. Der vormalige bayerische Umwelt- und Finanzminister und Vorsitzende des mächtigen CSU-Bezirks Oberbayern musste ein Grundstück im Wert von 1,8 Millionen Mark, das er von der Caritas zum Freundschaftspreis von 1,32 Millionen bekommen hatte, unter dem Druck der Öffentlichkeit zurückgeben. Nach der gewonnenen Landtagswahl im Oktober 1990 wurde das Ungemach größer. Streibl habe, so lautete die Kritik der Opposition, zu viele Aufsichtsratsposten, etwa beim Rüstungskonzern MBB, und ließe sich zu fürstlich vergüten. Auf Unverständnis stieß ebenfalls, dass er den österreichischen Rechtspopulisten Jörg Haider einen „Hoffnungsträger“ nannte. Unvergessen sind bis heute auch Streibls Titulierung seiner sozialdemokratischen Konkurrentin Renate Schmidt als „Krampfhenne“ und seine Intervention zur Entlassung eines unliebsamen Korrespondenten des *Donaukuriers*. Streibls Äußerungen zum Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten auf dem Münchner Weltwirtschaftsgipfel 1992 lösten eine Landtagsdebatte aus. Es sei nun mal „bayerische Art“, Protestierende einzukesseln, damit hätten „Störer“ eben zu rechnen, meinte der Regierungschef. Nachdem Polizisten eine Fotografin des Weißen Hauses zusammengeschlagen hatten, entschloss sich die Regierung der USA, den Secret Service zum Schutz US-amerikanischer Korrespondenten einzusetzen.

Wie schon Strauß nutzte auch Streibl sein Amt und seine Kontakte für die Inanspruchnahme größerer und kleinerer privater Vorteile, ließ sich auf Reisen einladen und setzte sich dabei massiven Interessenkonflikten aus: So nahm er günstige „Mitfahrgelegenheiten“ wahr, die von großzügigen Freunden wie dem Allgäuer Flugzeugbauer Burkhart Grob angeboten wurden. Streibl genoss die

Ausflüge in die große, weite Welt: nach Brasilien, Indonesien und Kenia. Das Problem: Sein Spezl und Reisepartner Grob betrieb für die Bundeswehr die lukrativen militärischen Projekte „Lapas“ und „Stratos“ und bekam Zuschüsse von der staatlichen Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LfA), bei der Streibl in seiner Zeit als Landesfinanzminister ein gewichtiges Wort mitzureden hatte. Privat verbuchte Honorare der Handwerkskammer sorgten zusätzlich für Schlagzeilen. Auch testete er eifrig Autos der heimischen Industrie und nutzte den Flugdienst von MBB, dessen Aufsichtsratsvorsitzender er war. So sponserte der Rüstungskonzern Flugreisen Streibls zu den Besitzungen des Unternehmers Anton Staudinger auf Ischia.

„Ja, ich stehe im Feuer, aber ich stehe“, zeigte sich Streibl Anfang 1993 noch unbeeindruckt von allen Vorwürfen. „Freunde zu haben, ist das denn eine Schande bei uns in der CSU? Deshalb: Saludos Amigos“, rief er trotzig seinen Parteifreunden zu. Außerdem würden Arbeitsplätze „nicht von denen geschaffen, die Beziehungen zur Wirtschaft verteufeln, sondern nur von denen, die den offiziellen wie den persönlichen Kontakt zur Wirtschaft pflegen“. Doch je mehr die Vorwürfe an Massivität und Brisanz gewannen, desto stärker geriet seine Partei wegen Streibls „Amigo-Affäre“ in Bedrängnis.

Hatte die CSU-Vorstandssitzung in Wildbad Kreuth wie auch der Kleine Parteitag in Bad Kissingen Mitte März 1993 noch „klare Solidarität“ mit dem Ministerpräsidenten demonstriert, so mehrten sich mit Blick auf die Landtagswahlen 1994 auch innerhalb der CSU Stimmen der Kritik und Zweifel an den Wahlchancen. Am 27. Mai 1993 schließlich gab Streibl auf. In seiner Rücktrittserklärung sprach er von einer „beispiellosen Kampagne“ gegen ihn, die jeder Grundlage entbehre. Nach seinem politischen Sturz zog sich Max Streibl in seinen Heimatort Wildsteig zurück, gab den Vorsitz der CSU Oberbayern ab und kandidierte nach mehr als drei Jahrzehnten nicht mehr für den Landtag – nicht ohne selbstbewusst zu erklären, dass er ohne Bitterkeit auf das Ende seiner Karriere zurückblicken könne. Nach einem Herzinfarkt starb Max Streibl am 10. Dezember 1998 im Alter von 66 Jahren.

Der Genießer und seine Gönner: Gerhard Glogowski

Gerhard Glogowski hatte in seinem kurzen Dasein als Ministerpräsident Niedersachsens ein schönes Leben. Reisen, Einladungen und Sponsoring für die eigene Hochzeit pflasterten seinen Weg. Dass solche Zuwendungen einem Politiker einmal zum Verhängnis werden könnten, kam dem Sozialdemokraten nicht in den Sinn.

Zuvor bereits acht Jahre Landesinnenminister, wurde der gelernte Werkzeugmacher und studierte Diplom-Volkswirt Ende Oktober 1998 zum Ministerpräsidenten in Niedersachsen gewählt. Nur ein Jahr später begann das öffentliche Kesseltreiben auf den Nachfolger des ins Kanzleramt gewechselten Gerhard Schröder. Auslöser waren Berichte, nach denen Unternehmen seine Hochzeitsfeier gesponsert hätten. Zwei örtliche Brauereien stellten Medienberichten zufolge großzügig das Bier, eine Kaffeerösterei weitere Party-Utensilien, das Musikprogramm soll ein Vertreter der Norddeutschen Landesbank spendiert haben. Glogowski wies die Vorwürfe nicht etwa zurück – ganz im Gegenteil: Ohne einen Anflug von Unrechtsbewusstsein zu zeigen, verkündete der „Genosse Genießer", er sei davon ausgegangen, dass der Auftritt bei seiner privaten Promi-Hochzeit für die Unternehmen eine gelungene Werbung sei.

Derart verwöhnt, startete Glogowski anschließend zu seiner Hochzeitsreise nach Ägypten. Die bezahlte er den Berichten zufolge beim niedersächsischen Tourismusveranstalter TUI erst, nachdem entsprechende Gerüchte aufgekommen waren. Reiselustig zeigte sich der Sozialdemokrat auch bei anderen Gelegenheiten. Als er zum privaten Urlaub auf Mallorca weilte, soll er als Zwischenunterhaltung mit einem Flieger des Preussag-Konzerns zu einer Opernaufführung nach Kairo gebracht worden sein. Er habe sich halt eine Aufführung von „Aida" unter freiem Himmel nicht entgehen lassen wollen. Später behauptete Glogowski, es habe sich um einen „Staatsbesuch" gehandelt. Zunächst war offenbar auch nicht geplant, dem Spitzenpolitiker dafür eine Rechnung zu stellen, gab ein Sprecher des Konzerns verschiedenen Medien zu Protokoll. Erst nach Bekanntwerden öffentlicher Vorwürfe habe sich Glogowski

gemeldet und darum gebeten, den Ausflug doch noch bezahlen zu dürfen. Und die landeseigene Salzgitter-AG besorgte ihm anscheinend auch noch verbilligte Eintrittskarten zu einer Opernvorstellung in Wien.

Für das Jahr 1999 soll Glogowski außerdem seine Bezüge als Aufsichtsrat bei Volkswagen von gut 97.000 Mark nicht anteilig an das Land abgeführt haben. Dass er mehrere Monate lang eine Dienstwohnung im Gästehaus der Landesregierung in Hannover bewohnte, den Mietvertrag aber erst unterschrieben haben soll, als das öffentlich wurde, wurde ihm ebenso angelastet. Flugs zahlte er die inzwischen aufgelaufene Mietschuld nach. Eine Räumungsklage gegen eine alleinstehende Sozialhilfeempfängerin, die mit einem behinderten Kind in einer seiner Eigentumswohnungen lebte, brachte ihm weiteren Ärger ein. Die Verteidigungsstrategie Glogowskis wirkte durchweg ungelungen. Gegenüber der *Welt am Sonntag* wurde der Vorwurf des Hochzeitsreise-Sponsoring zunächst von einem Sprecher des Regierungschefs als Lüge abgetan. Später zitierte der Berliner *Tagesspiegel* eine ganz andere Reaktion des angeschlagenen Politikers: „Was ist dabei, wenn sich ein Ministerpräsident von guten Freunden etwas schenken lässt?“ Ihre Wurzeln hatte die lockere Umgangsweise mit Unternehmern offenbar in der Vergangenheit Glogowskis als Braunschweiger Oberbürgermeister. Bereits damals hatte das Rechnungsprüfungsamt die eine oder andere Unregelmäßigkeit festgestellt. Die Rede war von „Edelsausen“ oder von Geschäftsvorfällen, die „zum Teil nicht nachvollzogen werden“ könnten.

Selbstzweifel waren bei dem zum rechten Parteiflügel zählenden Vorzeige-Sozialdemokraten nicht zu erkennen. Als Vorbild diente ihm sein Amtsvorgänger Gerhard Schröder, der eine vermeintlich ähnliche Affäre einfach „ausgesessen“ hatte. Der spätere Bundeskanzler war 1996 mit seiner damaligen Gattin in der Loge von VW-Chef Ferdinand Piëch auf dem Wiener Opernball gesichtet worden. Seinerzeit rechtfertigte sich Schröder, der als Landesvertreter im VW-Aufsichtsrat saß, das sei eine rein private Einladung gewesen:

„Man kann Political correctness auch übertreiben." Die heftige Kritik der Landtagsopposition und den Pressewirbel überstand Schröder unbeschadet.

Ein solches „Aussitzen" war im Fall Glogowski aber nicht mehr möglich. Zu zahlreich und detailliert waren die Vorwürfe, die innerhalb weniger Stunden hoch sprudelten. Hinzu kam, dass die eigene parteipolitische Basis bröckelte. Schon nach kurzer Zeit zeigte das permanente Bombardement mit negativen Schlagzeilen Wirkung: Am 26. November 1999 erklärte Glogowski seinen Rücktritt. Sowohl sein Amt, seine persönliche Integrität als auch seine Familie hätten unter den „unberechtigten und unbewiesenen Vorwürfen gelitten", hieß es in der offiziellen Erklärung des scheidenden Regierungschefs. „Da offenbar in dieser aufgeheizten Atmosphäre für viele das Urteil schon gesprochen ist, werden die Belastungen immer größer", meinte er. Der Sozialdemokrat hielt die gegen ihn erhobenen Vorwürfe weiterhin für unberechtigt: „Eine für alle anderen Bürgerinnen und Bürger geltende Unschuldsvermutung und die Möglichkeit, sich in einem geordneten Verfahren auch verteidigen zu können, scheint für Politiker in meinem Amt nicht mehr vorgesehen zu sein." Der geplante Befreiungsschlag, einen Sonderermittler einzusetzen, kam zu spät.

Im Januar 2000 wurde ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zum „Fall Glogowski" eingesetzt. Hier gab der Beschuldigte noch einmal seine lockere Haltung gegenüber Unternehmern zum Besten. In Braunschweig sei halt „alles ein bisschen laxer" zugegangen. Bier, Politik und Vereinsleben seien eine positive Symbiose eingegangen. Was die Unregelmäßigkeiten bei Abrechnungen angehe, habe er sich schlicht und einfach nicht so sehr darum gekümmert: „Ich bin nun mal kein Buchhalter."

Als Resümee des Ausschusses wurde am Ende festgestellt, dass Glogowski tatsächlich einige Nachlässigkeiten und Fehler begangen habe. Für ihn selbst schien das aber auch Monate später kein Problem zu sein: „Wenn ich mich in der Bundesrepublik umsehe, sind das – im Vergleich zu den Schwarze-Kassen-Millionen und manch anderen Dingen – wirklich Peanuts", sagte er in einem Interview dem *Stern*.

Glogowskis Rücktritt sei zu spät gekommen sei, da das Ansehen der gesamten Landesregierung Schaden genommen hätte, kritisierte die damalige grüne Landtagsfraktionschefin Rebecca Harms. Für die CDU forderte deren Landesvorsitzender Christian Wulff eine Auflösung des Parlaments, um den Weg für Neuwahlen frei zu machen. Damit konnte er sich zwar nicht durchsetzen, der heutige SPD-Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel wurde zum neuen Regierungschef gewählt. Für die Sozialdemokraten im Norden war das aber nur ein geringer zeitlicher Aufschub des Machtverlusts. Die Partei verlor die folgende Landtagswahl und der CDU-Mann Wulff wurde Ministerpräsident von Niedersachsen.

Nach kontroverser Debatte beschloss der Rat der Stadt Braunschweig im Dezember 2007 mehrheitlich, Gerhard Glogowski zum Ehrenbürger der Stadt Braunschweig zu ernennen. Die feierliche Verleihung der Ehrenbürgerwürde fand im Februar 2008 statt. Die Affäre, die ihn einst zu seinem Rücktritt vom Ministerpräsidentenamt bewegte, war auf der Veranstaltung kein großes Thema mehr. „Niemand behauptet im Rückblick, es sei bei den damaligen Vorgängen um eine Staatsaffäre oder gar strafbare Handlungen gegangen“, nahm ihn CDU-Oberbürgermeister Gert Hoffmann, ein früheres NPD-Mitglied, in Schutz. Auch der Sozialdemokrat Heiner Bartling, während der Regierungszeit Glogowskis Landesinnenminister, befand nüchtern: „Die Relevanz der Vorwürfe ist heute nicht mehr so hoch.“ Bei einem besseren Krisenmanagement hätte sein Parteifreund wohl Ministerpräsident bleiben können. Auch wenn es Bartling so nicht gemeint hat: ein beunruhigender Befund über die politische Kultur in Niedersachsen.

Der altgediente Genosse und die Flugreisen: Heinz Schleußer

Es war eine undankbare Aufgabe, die der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Wolfgang Clement an jenem 27. Januar 2000 ausgerechnet am Rande des Neujahrsempfangs der SPD-Landtagsfraktion in Düsseldorf zu erfüllen hatte. Den wartenden Journalisten

musste er den Rücktritt seines Finanzministers mitteilen: „Ich bedaure den Schritt, zu dem sich Heinz Schleußer entschlossen hat, aber ich verstehe und respektiere seine Motive."

Wochenlang hatte Clement die „Düsseldorfer Flugaffäre" als bloße „Luftnummer" abgetan. Er hatte sich getäuscht. Denn sein Kassenwart hatte öffentlich gelogen. „Ich bin nicht in Begleitung einer Frau mit einem von der WestLB gecharterten Jet in den Urlaub geflogen", hatte Schleußer noch im Dezember 1999 beteuert. Doch am 25. Januar 2000 musste der vierfache Familienvater seine Aussage korrigieren: Richtig sei, „dass bei zwei bereits bekannten Flugterminen von beziehungsweise über Belgrad nach Split neben anderen Personen auch eine Frau in meiner Begleitung war". Insoweit „ergänze" er frühere Erklärungen. Nun blieb Clement nichts anderes übrig, als das Abschiedsschreiben seines Ministers zu verlesen: „Ich werde und kann nicht zulassen, dass mein Privatleben weiter in dieser Form in die Öffentlichkeit gezerrt wird und damit Personen geschädigt werden, denen ich dies nicht zumuten kann und will", zitierte er seinen abgestürzten Minister.

Wann, wie oft und von wem bezahlt? In seinen letzten Monaten als Landesfinanzminister hätte sich Heinz Schleußer lieber mit angenehmeren Fragen beschäftigt als denen über seine Reisen mit dem Flugservice der öffentlich-rechtlichen Westdeutschen Landesbank (WestLB). Sein Abschied war ohnehin bereits beschlossene Sache: Nach der Landtagswahl im Mai 2000 wollte er nach elfjähriger Amtszeit in den verdienten Ruhestand abtreten. Auch eine erneute Landtagskandidatur strebte Schleußer, der 1997 an Lungenkrebs erkrankt war, aus Altersgründen nicht mehr an.

Eine Ruhrpott-Karriere klang aus: Von 1954 bis 1963 arbeitete der gelernte Betriebsschlosser im Hüttenwerk Oberhausen. Dann freigestelltes Betriebsratsmitglied, ab 1969 bis 1987 Erster Bevollmächtigter sowie Geschäftsführer der IG Metall in Oberhausen. Daneben die Politkarriere: 1969 wurde der katholische Sozialdemokrat in den Rat der Stadt Oberhausen gewählt. 1975 zog Schleußer erstmals in den nordrhein-westfälischen Landtag ein, 1988 avancierte er zum Landesfinanzminister.

Während ihrer gemeinsamen Düsseldorfer Zeit sagte Johannes Rau einmal über seinen Freund „Heinzi", er sei „ein erschreckend starker Finanzminister". Dabei war die Entscheidung des damaligen Ministerpräsidenten, den finanzpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion zum Nachfolger des populären Diether Posser zu berufen, nicht unumstritten gewesen. Schleußer galt parteiintern als „graue Maus", wurde als „Hinterbänkler" verspottet. Doch Rau wusste, was er tat, als er den „emsigen Arbeiter und nüchternen Experten ohne rhetorische Höhenflüge" in sein Kabinett holte. Es gehörte stets zu seinem System, mögliche Unruheherde frühzeitig einzubinden. Die größte Gefahrenquelle für Rau, der nie über eine eigene Hausmacht in der SPD verfügte, waren die vier weitgehend selbstständigen Parteibezirke, aus denen sich seinerzeit noch der nordrhein-westfälische Landesverband der SPD zusammensetzte. Und Schleußer war seit 1982 Chef des einflussreichen Bezirks Niederrhein. Während seiner Amtszeit im Finanzministerium kam an dem machtbewussten Oberhausener auch unter Rau-Nachfolger Clement keiner vorbei. Aus der „grauen Maus" war eine „graue Eminenz" geworden.

Schon vor der Flugaffäre hatte sich Schleußer gleich mehrerer parlamentarischer Untersuchungsausschüsse erwehren müssen. So finanzierte er kurz vor der Landtagswahl 1990 eine fünf Millionen schwere Müllvermeidungskampagne des damaligen SPD-Umweltministers Klaus Matthiesen. Der Landesrechnungshof sah „mit der Kampagne die Grenzen rechtmäßiger Öffentlichkeitsarbeit hin zur unzulässigen Wahlwerbung überschritten". Von 1992 bis 1995 beschäftigte sich ein Untersuchungsausschuss mit den dubiosen Umständen des Kaufs und direkten Wiederverkaufs eines Thyssen-Grundstücks durch das Land. Schleußer war als Oberhausener Abgeordneter, Finanzminister, Aufsichtsrat der Thyssen AG und WestLB-Verwaltungsrat an den Kaufverhandlungen auf allen Verhandlungsseiten beteiligt gewesen. Das Landesverfassungsgericht in Münster bescheinigte ihm 1994, dabei gegen das Haushaltsrecht und die Landesverfassung verstoßen zu haben. Weitergehende Konsequenzen hatte das jedoch für ihn nicht. Da konnte es wenig wundern, dass er die „Flugaffäre" völlig unterschätzte.

Erstmals beschäftigte sich der Düsseldorfer Landtag 1998 mit den umstrittenen WestLB-Charterflügen von Mitgliedern der Landesregierung. Auslöser waren zwei Zeitungsberichte im Februar im *Handelsblatt* und in der *taz* über staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen die WestLB. „Und wenn Clement es eilig hat, vom Morgentermin beim Daimler-Vorstand in Stuttgart zur Kabinettssitzung nach Düsseldorf zu kommen, macht die WestLB schon mal einen ihrer Firmenjets startklar", schrieb damals der Publizist Werner Rügemer in der *taz*. Die oppositionellen Christdemokraten horchten auf. In einer kleinen Anfrage wollten sie Genaueres wissen: „Wann, wohin und zu welchem Zweck sind Mitglieder der Landesregierung in den letzten drei Jahren mit Firmenjets der WestLB geflogen?" Schleußer antwortete für die Landesregierung im April 1998 – allerdings nicht gerade umfassend: Er führte nur Flüge auf, die er und der damalige Wirtschaftsminister Clement als „Mitglieder des Verwaltungsrats" der WestLB getätigt hatten, 28 an der Zahl. Dass auch Ministerpräsident Rau, der kein Mitglied des Kontrollgremiums war, immer wieder und gerne auf den Jet-Service der WestLB zurückgegriffen hatte, erwähnte er ebenso wenig wie jene zwei Privatausflüge, die sich Schleußer gestattet hatte und die ihm später zum Verhängnis werden sollten.

Die CDU wiederholte ihre Frage in einem Brief an Rau. Erneut fehlten die Flüge des späteren Bundespräsidenten in der Antwort der Staatskanzlei. Trotzdem schien damit der Fall zunächst zu den Akten gelegt. Doch im Herbst 1999 griff der *Focus* die Geschichte erneut auf und berichtete über vermeintlich „traumhaft günstige Trips" Schleußers mit einem Charterjet der WestLB in den Jahren 1995 und 1996. Und auch Rau geriet zunehmend in die Schusslinie. Die CDU schäumte: „Wir wollen endlich von Ihnen die Wahrheit hören", forderte erregt der CDU-Fraktionsvorsitzende Laurenz Meyer im Landtag.

Der aufgebrachten Opposition beschied Rau-Nachfolger Clement indes nur kühl, das sei doch ein „albernes Stückchen". Aber nun hatte auch der *Spiegel* Lunte gerochen und lieferte sich mit seinem Münchner Konkurrenzblatt einen regelrechten „Enthüllungswettkampf" über angebliche Privatflüge Raus und Schleußers mit

dem Flugservice und auf Kosten der WestLB. Der *Spiegel* berichtete, es gäbe „Hinweise, dass sich einer der Vielflieger“ – gemeint war Schleußer – „mit einer Warnung vor einer bevorstehenden Großrazzia der Steuerfahndung bedankt haben soll“. Hierbei ging es um die Durchsuchung der WestLB im September 1996 wegen des Verdachts auf Beihilfe zur Steuerhinterziehung. Gerüchte, dass die Bank vorab aus Kreisen der Landesregierung gewarnt worden sei, kursierten bereits seinerzeit und beschäftigten auch schon das Parlament. 25 Jahre säße er nun im Landtag, doch „solche Hetze“ habe er noch nicht erlebt, schimpfte Schleußer und wies alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe vehement zurück. „Wir sind die Schweinerei leid, da hineingerührt zu werden und in einem Atemzug mit Kohl und seinen schwarzen Kassen genannt zu werden“, wetterte der SPD-Landtagsfraktionsvorsitzende Manfred Dammeyer. Es sei „schäbig, wie Finanzminister, Ministerpräsident und Bundespräsident in Geschichten hineingezogen werden“. Doch der SPD blieb nichts mehr anderes übrig, als Mitte Dezember 1999 zusammen mit CDU und Grünen für die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu stimmen. Einen Monat später trat Schleußer zurück.

Danach wurde es ruhig um ihn. Nur noch einmal stand Schleußer im Rampenlicht: Bei seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuss zur Flugaffäre im März 2000. Gesundheitlich stark angeschlagen und körperlich gebrechlich wirkend, in der Sache jedoch felsenfest stehend, trat er vor den Ausschuss: Er habe sich nichts vorzuwerfen, verkündete Schleußer. Vielmehr fühle er sich „diffamiert und verleumdet“. Es sei gegen ihn eine „kalkulierte Medienkampagne“ inszeniert worden, „die ihresgleichen sucht“. In seiner rund einstündigen Erklärung versuchte er akribisch den Nachweis zu führen, dass es außer den zwei eingeräumten und von ihm nachträglich bezahlten Flügen an die kroatische Adria keine weiteren Privatflüge gegeben habe. Anderslautende Aussagen bezeichnete er als „Lüge“. Außerdem sei er nur 48-mal während seiner zwölfjährigen Amtszeit mit den WestLB-Chartermaschinen geflogen. „Ich glaube, das gibt nicht das Recht, von Vielflieger zu sprechen.“ Auch der Vorwurf, er habe den WestLB-Chef Friedel Neuber über eine

bevorstehende Razzia der Steuerfahndung vorab informiert, sei unwahr. Tatsächlich fanden weder die Staatsanwaltschaft noch der Untersuchungsausschuss hierfür Belege. Warum er wegen der Begleiterin bei seinen Trips in die Adria gelogen habe, verriet der Sozialdemokrat schließlich dem *Stern*: „Ich fand, mein Privatleben geht diese Bande nichts an."

Kurz vor der Landtagswahl 2000 legte der parlamentarische Untersuchungsausschuss seinen Bericht zur Aufklärung der Flugaffäre vor. Insgesamt seien bei neun Flügen mit WestLB-Jets von Landesministern dienstliche und parteipolitische Termine vermischt worden, hieß es in dem nur von SPD und Grünen, den beiden Regierungsparteien, getragenen Bericht. Vorwürfe, die meisten der ermittelten 110 Flüge zwischen 1986 und 1999 hätten rein privaten Charakter gehabt, seien widerlegt, urteilte die rot-grüne Ausschussmehrheit. Die WestLB habe in 43 Fällen selbst die Flüge organisiert. In 65 Fällen wurden die Flüge von der Landesregierung veranlasst. In zwei Fällen seien Flüge privat von Schleußer gebucht worden. Die CDU protestierte zwar gegen diese Einschätzung und warf der Regierungskoalition vor, sie versuche, den „Filz und die Fehler der Landesregierung wieder zu vertuschen". Dann kam die Landtagswahl und auch die Christdemokraten beschäftigten sich nicht weiter mit dem Thema.

Ein halbes Jahr nach seinem Rücktritt erlag Heinz Schleußer im Juli 2000 seiner Krebskrankheit. „Mit ihm verliert die SPD einen ihrer ganz Großen", trauerte der damalige SPD-Landesvorsitzende Franz Müntefering. Und der seinerzeitige CDU-Oppositionsführer Jürgen Rüttgers bescheinigte Schleußer, er sei „ein politisches Urgestein" gewesen, „vor dem man auch als politischer Gegner eine große Hochachtung hatte".

Der flinke Linke und seine Bonusmeilen: Gregor Gysi

Hätte Gregor Gysi nicht gerade Urlaub gemacht, wäre alles vielleicht ganz anders gekommen. Diesen Eindruck vermittelt der heutige Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im Bundestag, wenn es

um seinen Abtritt als Berliner Wirtschaftssenator im Juli 2002 geht. Der Anlass waren jene „Bonusmeilen", die die Lufthansa Gysi während seiner ersten Bundestagsperiode bis Ende Januar 2002 als Abgeordneten gutgeschrieben und die er später privat genutzt hatte. Er habe „einen Fehler begangen, den ich mir nicht verzeihen will", begründete er seinerzeit seinen Rücktritt.

Die Freiflüge von Bundestagsabgeordneten waren das Sommerloch-Thema 2002. Hochgezogen hatte es die *Bild-Zeitung* zusammen mit dem Bund der Steuerzahler, dem anonyme Informationen über die Reisefreudigkeit der Volksvertreter zugespielt worden waren. Hintergrund war, dass sich die Bundestagsabgeordneten auf Beschluss des Ältestenrates hin freiwillig verpflichtet hatten, dienstlich erworbene Flug-Bonusmeilen im Interesse des Steuerzahlers ausschließlich für Dienstreisen einzusetzen. Aber daran hatten sich nicht alle Abgeordneten gehalten.

Der erste „Sünder", den es erwischte, war der Grüne Cem Özdemir. Der Bundestagsabgeordnete war ohnehin bereits wegen eines zinsgünstigen 80.000 Mark-Kredits von dem PR-Berater Moritz Hunzinger politisch angeschlagen. Nun berichtete *Bild am Sonntag* von sechs Bonusflügen, darunter einem Trip des Politikers und seiner Lebensgefährtin nach Nizza und der Übertragung von Bonusmeilen auf seine Eltern. Özdemir zog die Notbremse: Am 26. Juli trat er vor die Presse und erklärte seinen Rücktritt als innenpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Auch dem nächsten Bundestag werde er nicht mehr angehören: „Ich habe Fehler gemacht. Dafür trage ich die volle Verantwortung." Die politische Karriere des „anatolischen Schwaben" war damit allerdings nur kurzzeitig unterbrochen: Im Juni 2004 zog er für die Grünen ins Europaparlament ein. Im November 2008 wurde er an der Seite von Claudia Roth Bundesvorsitzender der Grünen.

Drei Tage nach Özdemir war Gysi dran. Am 29. Juli 2002 musste auch er zugeben, als Bundestagsabgeordneter „gelegentlich" Bonusmeilen privat genutzt zu haben. Mit seinem Geständnis kam die ostdeutsche Galionsfigur einem entsprechenden Bericht der *Bild-Zeitung* zuvor. Zwei Tage später trat er zurück. Als das Boule-

vardblatt sich zuvor per Fax bei ihm gemeldet habe, sei er erst einmal konsterniert gewesen: „Es traf mich völlig unvorbereitet, und ich musste erst den Sachverhalt rekapitulieren", notierte Gysi später. Im Bundestag habe er früher eine Abgeordnetenkollegin gefragt, wie mit den dienstlich „erflogenen" Bonusmeilen umzugehen sei. Immerhin hatte es darüber bereits einen längeren Streit zwischen der Verwaltung des Bundestages und der Lufthansa gegeben. In seinem Buch *Was nun?* berichtet Gysi über das Gespräch mit der Kollegin zum Thema Bonusmeilen: „Sie erklärte mir, es sei inzwischen erlaubt, sie privat zu nutzen, eben weil sich die Lufthansa mit ihrer Auffassung durchgesetzt hätte." Von einem anderslautenden Beschluss des Ältestenrats hatte Gysi nach eigenen Angaben nichts erfahren, weil er nicht weiter fragte: „Meine Antennen haben zu diesem Zeitpunkt nicht funktioniert."

Nicht nur bei ihm funktionierten die Antennen nicht, wie sich in den folgenden Tagen herausstellen sollte. Tröpfchenweise wurde ein Abgeordneter nach dem anderen „entlarvt". So auch der damalige Fraktionschef der Grünen, Rezzo Schlauch: Der musste einräumen, dienstlich erworbene Bonusmeilen für einen Privatflug nach Thailand genutzt zu haben. Dies sei „selbstverständlich ein Fehler" gewesen, räumte Schlauch ein: „Mit Sicherheit war mir irgendwann einmal bewusst, dass das nicht statthaft ist." Als er den Auftrag erteilte, habe er daran aber nicht gedacht. Konsequenzen aus seinem Fehlverhalten wollte Schlauch nicht ziehen: „Ich sehe keinen Anlass, Ämter niederzulegen oder gar zurückzutreten." Damit stand er nicht alleine. Auch alle anderen, deren Namen in der Folgezeit im Zusammenhang mit der Bonusmeilen-Affäre an die Öffentlichkeit gelangten, hielten es so. Der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse nahm seine angegriffenen Kollegen ausdrücklich in Schutz: Abgeordnete seien „ganz normale Menschen, die im Stress auch mal Fehler begehen", sagte er. „Wenn es zu Regelverletzungen kommt, kann das an der Hektik des Betriebes liegen oder an der Verlockung, die im Bonussystem der Lufthansa absichtsvoll angelegt ist." Zudem gehe es nur um die „Verletzung einer freiwillig vereinbarten Regel". Verglichen mit „schwerwiegenden Verstößen gegen das Parteiengesetz und Korruptionsaffären" der vergangenen

Jahre sei dies „von deutlich geringerem Gewicht – ein Ereignis fürs Sommerloch“. Mit deutlichen Worten kritisierte Thierse den Rücktritt Gysis. Der habe sich als Berliner Wirtschaftssenator nur „aus der mühseligen Alltagsverantwortung davongestohlen“, behauptete der SPD-Politiker. Dessen Rücktrittsbegründung trage „pharisäerhafte Züge“. Indem Gysi erklärt habe, er wolle nicht so wie andere Politiker werden, bediene er „auf populistische Weise die üblichen Vorurteile gegen Politiker“.

Thierse war nicht der Einzige, der im Fall Gysi vermutete, er habe vor allem wegen „Amtsmüdigkeit“ als Berliner Senator aufgeben. Gysi hat diesen Vorwurf stets zurückgewiesen. „In Wirklichkeit war ich zu diesem Zeitpunkt eher ehrgeizig und tatdurstig als amtsmüde“, schrieb er später in *Was nun?*. Allerdings hatte der gelernte Rinderzüchter und Rechtsanwalt den Posten in der rot-roten Koalition in der Hauptstadt ohnehin nur mit Zögern aufgenommen – im Nachhinein bedauerte er sogar ausdrücklich, so kurz nach seinem angekündigten Rückzug aus dem Bundestag wieder ein politisches Amt übernommen zu haben: „Mein Entschluss vom vorletzten Jahr, aus der Politik auszuscheiden, war richtig, die kurzfristige Revision – wie ich heute weiß – ein Fehler“, resümierte er in seiner Rücktrittserklärung. Die Tatsache, dass nicht einmal die Opposition seinen Rücktritt forderte, habe es ihm erleichtert, eine „selbstbestimmte Entscheidung“ zu treffen. Gegenüber dem *Stern* sagte Gysi allerdings auch: „Die Debatte um die Bonusmeilen zeigt, dass die Maßstäbe völlig verschoben sind. Die Medien interessieren sich doch immer weniger dafür, ob jemand eine richtige Bildungs- oder Wirtschaftspolitik macht, sondern dafür: Was zieht er an, wie ist er in Urlaub gefahren, wie teuer war das Haus, das er sich gekauft hat? Damit erstickt man die Politiker, man macht sie ängstlich.“

Als Grund für seine Demission Ende Juli 2002 hat Gysi immer wieder genannt, dass er seine Wähler und die Parteibasis durch sein falsches Handeln enttäuscht habe. War das wirklich so? „Ich glaube, Gysis Wähler sind viel enttäuschter davon, dass er zurückgetreten ist, als sie es wären, wenn er trotz seines Fehlers im Amt geblieben werden“, stellte der damalige Berliner PDS-Vorsitzende Stefan Liebich in der *Berliner Zeitung* fest.

Der Journalist Jens König urteilt in seinem Buch *Gregor Gysi. Eine Biographie*, der populäre Politiker sei zum einen „an dem Moralismus gescheitert, den er selber immer wieder befeuert hat". Zum anderen sei er „das Opfer seines Charismas geworden": „Eine solche besondere Ausstrahlungskraft lässt sich im demokratischen Alltag, in der Routine eines öffentlichen Amtes nun einmal nicht beweisen." Außerdem fehle Gysi „die Ausdauer, die Demut vor dem Amt, die Mittelmäßigkeit". Er langweile sich schnell, brauche die Abwechslung und wolle den „großen Auftritt", während jedoch Politik „das Reich des Immergleichen" sei, befand König.

Die PDS, die Gysi angeblich schonen wollte, hatte unter seinem Rückzug schwer zu leiden. Der Abschied der Vorzeigefigur des demokratischen Sozialismus riss ein tiefes Loch. Die Partei fand keinen auch nur annähernd adäquaten Nachfolger. Wie hätte sie auch? Immerhin verkörpert der begnadete Rhetoriker doch „eine in der deutschen Politik sehr seltene Mischung: Er ist links, weltläufig und witzig", wie Gysi-Biograph König feststellt. Bei der Wahl im September 2002 verpasste die PDS ohne Gysi mit vier Prozent der Stimmen deutlich den Wiedereinzug in den Bundestag. Nur die beiden Berlinerinnen Gesine Lötzsch und Petra Pau schafften als direkt gewählte Abgeordnete den Sprung ins Parlament. Erst Gysis Rückkehr auf die politische Bühne als Spitzenkandidat an der Seite Oskar Lafontaines bei der vorgezogenen Wahl 2005 brachte die nunmehr in Linkspartei.PDS umbenannte Partei aus dem Tal der Tränen – und wieder in den Bundestag.

Der Generalsekretär und seine Nebeneinnahmen: Laurenz Meyer

Sein Auftritt am Mittag des 22. Dezember 2004 dauert nur wenige Minuten. „Ich bin in die Politik gegangen, weil ich etwas verändern wollte. Ich bin in die CDU gegangen, weil diese Partei mir dazu den Kompass gegeben hat", setzt der CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer mit ernster Miene vor den versammelten Journalisten in der Berliner Parteizentrale an. Ihm seien „unglaubliche Möglichkeiten" gegeben worden und die Parteiarbeit habe ihm stets „große Freude

und Spaß bereitet". Dann der entscheidende Satz: „Nun bin ich in einer Situation, in der ich nüchtern feststelle, dass meine Arbeit meiner Partei derzeit mehr schadet als nützt." Zudem sehe er, „dass die Schmerzgrenze bei denen, für die ich als Vater und Freund Verantwortung trage, überschritten ist". Daher habe er gegenüber der Parteivorsitzenden Angela Merkel seinen Rücktritt erklärt. Das Ende einer kurzen, aber heftigen Affäre.

Noch wenige Wochen vorher hatten Journalisten einen anderen Laurenz Meyer erleben können. Am Vorabend ihres Bundesparteitags hatte die CDU zum Presseempfang in die Düsseldorfer Rheinterrassen geladen. Meyer und Friedrich Merz, der Ex-Unionsfraktionschef im Bundestag, amüsierten sich an jenem 5. Dezember 2004 prächtig. Lässig an der Wand neben der Theke lehnend, scherzten die Duzfreunde bis in die frühen Morgenstunden miteinander. Und immer wieder sorgte ein Spruch für große Heiterkeit: „Der Hejo hat doch gar nichts getan!" Der Grund ihrer guten Laune: Hermann-Josef „Hejo" Arentz hatte es erwischt. Pünktlich vor dem Parteitag hatte der *Kölner Stadt-Anzeiger* am 3. Dezember berichtet, das CDU-Präsidiumsmitglied und Aushängeschild des Arbeitnehmerflügels beziehe zusätzlich zu seinen Diäten als nordrhein-westfälischer Landtagsabgeordneter auch noch seit Jahren ein fürstliches Gehalt von einem Tochterunternehmen des Essener Energiekonzerns RWE – ohne eine erkennbare Arbeitsleistung.

Auslöser des Artikels war ein Brief, den ein Anonymus an mehrere Zeitungen verschickt hatte. Arentz, so hieß es darin, sei seit „vielen Jahren nicht mehr am Arbeitsplatz gesehen" worden und habe seit etwa drei Jahren „auch keinen Schreibtisch mehr in der Firma". Trotzdem kassiere er „Tarifgruppe 17 (4.254 Euro Grundvergütung bei 14 Monatsgehältern)". Außerdem erhalte der Politiker das übliche „Deputat in Form von 7.500 Kilowattstunden kostenlosen Stroms pro Jahr". Die öffentliche wie innerparteiliche Empörung war enorm. Pech für den Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) – weniger großes Pech für Meyer und Merz, die ihm nicht gerade freundlich verbunden waren. Sie wussten: Das ist sein politisches Ende. Einen Tag nach der Enthüllung kommentierte Meyer die fragwürdige Alimentierung im

ZDF-Morgenmagazin mit den vernichtenden Worten, dies sei eine „moralische Frage".

Auf dem Parteitag räumte Arentz ein: „Ich habe einen Fehler gemacht. Das tut mir leid. Ich habe daraus gelernt." Doch es nützte ihm nichts mehr. Mit 33,78 Prozent der Stimmen fiel er bei seiner erneuten Kandidatur für das CDU-Präsidium durch. Nur einen Tag nach Abschluss des Parteitags trat der damals 51-jährige Kölner vom CDA-Vorsitz zurück und ließ mitteilen, auch bei der anstehenden Landtagswahl in NRW nicht mehr zu kandidieren. Zuvor hatte CDU-Landeschef Jürgen Rüttgers, der Arentz für den Fall eines Wahlsieges ursprünglich fest auf einen Kabinettsposten gebucht hatte, angekündigt, den profilierten Sozialpolitiker von der Landesliste zu kippen. Damit war Arentz erledigt.

Doch nun begannen die Probleme für Laurenz Meyer. Der Ostwestfale hatte eine Kleinigkeit übersehen: wie bedrohlich sich der Sturz von Arentz auf ihn selbst auswirken konnte. Denn nun hatten die Journalisten Blut geleckt: Wen RWE wohl sonst noch so sponsert? Schnell kamen sie auf Meyer. Aber der bemerkte die Gefahr zunächst nicht. Denn zum einen ruhte ja bereits seit einiger Zeit sein Vertrag mit RWE. Und zum anderen habe er ja für seinen früheren Arbeitgeber „wirklich gearbeitet", merkte Meyer süffisant gegenüber der *FAZ* an. Was sollte ihm also schon passieren?

Tatsächlich war Meyer seit langem mit den im Oktober 2000 mit RWE verschmolzenen Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen (VEW) eng verbandelt. Nachdem er 1975 in Münster sein Examen abgelegt hatte, fand der junge Diplomvolkswirt noch im selben Jahr als Sachbearbeiter eine Anstellung bei den VEW. Auch seine politische Karriere begann 1975: Meyer, der zur Hochzeit der Studentenbewegung als zwanzigjähriger Abiturient 1968 zur CDU gestoßen war, wurde in den Stadtrat von Hamm gewählt. 1990 zog Meyer in den nordrhein-westfälischen Landtag ein. Seinen Job bei den VEW behielt er. Es passte ja auch zu gut: Schnell zum wirtschafts- und energiepolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion aufgestiegen, gab es für ihn reichlich Bezugspunkte zu seinem Arbeitgeber.

1997 avancierte Meyer zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Zusammen mit seinem Mitfraktionsvize Hermann-Josef Arentz bildete er nun im Landtagsgebäude am Düsseldorfer Rheinufer eine Bürogemeinschaft. Im Parlament glänzte der scharfzüngige, wenn auch nicht gerade begnadete Rhetoriker in der Rolle des wortreichen Saubermanns, der keine Gelegenheit ausließ, den „roten Filz" zu attackieren, „die Filz-Beule in NRW". Dafür war ihm jedes Medium recht: Sogar in der schwer rechtslastigen *Jungen Freiheit* schoss Meyer gegen „dieses ganze Filzgeflecht" der Sozialdemokraten.

Bereits seine Wahl zum Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion im Februar 1999 – in einer Kampfabstimmung gegen Arentz – nahmen die Grünen zum Anlass, um ihm im „Anti-Filz-Kampf" Scheinheiligkeit vorzuwerfen: „Die CDU hat anteilsmäßig immer von den engen personellen Verflechtungen mit den Stromkonzernen profitiert", konstatierte der damalige stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen, Reiner Priggen. Das habe sich beispielhaft an dem Sieg des VEW-Hauptabteilungsleiters Meyer über den RWE-Mitarbeiter Arentz gezeigt: „Die Entscheidung fiel 1:0 für VEW aus", lästerte Priggen. Ein folgenloser Einwurf: Nicht nur Meyer scherte sich nicht um ihn.

Allerdings ließ der CDU-Mann nun erst mal sein Arbeitsverhältnis mit VEW ruhen. Die Arbeit als Fraktionschef nehme ihn zu sehr in Anspruch, um noch weiter für das Unternehmen tätig zu sein. Aber er vereinbarte mit VEW eine Rückkehrklausel. Bei den VEW hatte er es bis zum kaufmännischen Leiter der Bezirksdirektion Arnsberg mit Dienstwagen-Berechtigung gebracht. Zuletzt erhielt er Jahresbezüge von 219.800 Mark plus leistungsbezogene Tantiemen. Doch auch ohne diese Bezüge musste er nicht darben. Nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion brauchte er sich nicht mehr nur mit der Diät eines einfachen Abgeordneten zufriedenzugeben, die zusammen mit der steuerfreien Aufwandsentschädigung etwa 11.000 Mark monatlich einbrachte. Gemäß einer fraktionsinternen Vereinbarung – wie sie auch SPD und FDP getroffen hatten – konnte er sich nun über die dreifache Diät freuen: monatlich annähernd 30.000 Mark.

Dann kam die Landtagswahl im Mai 2000. Die CDU schaffte es nicht, die SPD von der Macht zu verdrängen. Schon vor seinem Amtsantritt hatte Meyer, der im Falle eines Wahlsiegs Wirtschaftsminister werden sollte, dem CDU-Landesparteichef und Spitzenkandidaten Rüttgers versprochen, seinen Platz für ihn zu räumen, falls dieser nicht Ministerpräsident werden sollte. Meyer stand – wenn auch zähneknirschend – zu seinem Wort. Rüttgers belohnte ihn dafür mit dem Posten des Landtagsvizepräsidenten. Als Meyer Anfang Juni 2000 gewählt wurde, bescherte ihm das Bezüge, die um 50 Prozent über denen einfacher Abgeordneter lagen: fast 13.000 Mark plus Aufwandspauschale pro Monat. Nicht wenig, aber deutlich weniger, als der vierfache Vater, der sich wenige Jahre zuvor von seiner Frau getrennt hatte, gewohnt war. Nun machte er von der Rückkehrklausel Gebrauch, sein wohldotierter Angestelltenvertrag bei der VEW lebte wieder auf.

Wenn auch nur für wenige Monate. Auf der Suche nach einem Nachfolger für den glücklosen Ruprecht Polenz als Generalsekretär war die CDU-Vorsitzende Angela Merkel für viele überraschend auf Meyer gestoßen. Ende Oktober 2000 präsentierte sie ihn in Berlin als den Neuen an ihrer Seite. Bei seiner Vorstellung betonte Meyer, seine Berufung bedeute für ihn keine finanzielle Besserstellung. Außerdem teilte er nicht nur mit, sein Landtagsmandat in Düsseldorf behalten zu wollen, sondern auch, dass er jederzeit wieder in seinen Beruf bei den mittlerweile von RWE geschluckten VEW zurückkehren könne. Er besitze eine „Rückfahrkarte“. Ein Mann, der jenseits des Politbetriebs auch im richtigen beruflichen Leben steht – das gefiel offensichtlich den anwesenden Journalisten. So blieb das vier Jahre lang. Auch noch, als Meyer am 6. Dezember, am Tag des Bundesparteitags in Düsseldorf, im Fernsehinterview mal wieder die Notwendigkeit von Einschnitten im Kündigungsschutz begründete, kam keine einzige Nachfrage bezüglich seiner persönlichen „Rückfahrkarte“.

Das ändert sich nach dem Absturz von Arentz schlagartig. Bereits zwei Tage, nachdem der seine politischen Ämter niedergelegt hat, prescht am 10. Dezember 2004 die *Berliner Zeitung* mit einem Vorabbericht an die Agenturen vor, wonach auch Meyer immer

noch Strom von RWE zum günstigen Mitarbeitertarif beziehe. Meyer bestätigt dies und räumt zudem ein, im Jahr 2001 „irgendeine Ausschüttung“ von RWE erhalten zu haben. Trotzdem stellt sich die CDU-Spitze am 13. Dezember nach einer Präsidiumssitzung hinter ihn: „Herr Meyer hat das dargelegt, was er auch in der Öffentlichkeit dargelegt hat. Das ist gemeinhin akzeptiert worden“, so Parteichefin Merkel. Drei Tage später kommen die nächsten Hiobsbotschaften: Es wird bekannt, dass Meyer nach seinem Amtsantritt als CDU-Generalsekretär noch fünf Monate lang sein volles Managergehalt von RWE bekommen hatte. Erst nach Drängen des Energieunternehmens habe sich der Christdemokrat bereit erklärt, sein Vertragsverhältnis ab Sommer 2001 ruhen zu lassen. Also sprudelten bis dahin für Meyer für einige Monate gleich drei Einnahmequellen: Die CDU bezahlte ihn als Generalsekretär, RWE honorierte den Manager und Nordrhein-Westfalen überwies dem Landtagsabgeordneten Geld. Außerdem soll er auch noch Gas verbilligt bezogen haben.

Meyer sieht sich zu einer öffentlichen Stellungnahme gezwungen. Am Freitag, dem 17. Dezember, tritt er vor die Presse: Er habe nach seiner Wahl zum Generalsekretär noch „das Abarbeiten und geordnete Übergeben von vorhandenen Tätigkeitsfeldern bei meinem damaligen Arbeitgeber sicherzustellen“ gehabt. Deshalb habe er „von Dezember 2000 bis einschließlich April 2001“ die vorhandenen Tätigkeitsfelder „so bearbeitet, dass eine geordnete Übergabe stattfand“. In dieser Zeit bis zum endgültigen Ruhen seines Arbeitsverhältnisses habe er tatsächlich weiter Gehalt von seinem damaligen Arbeitgeber bezogen. Zusätzlich habe er „einen Anspruch auf anteilige Unternehmens- und individuelle Leistungstantieme sowie auf anteiliges Weihnachtsgeld“ besessen. Darüber hinaus habe er jedoch „seit dem Ruhen meines Arbeitsverhältnisses bis zum heutigen Tag von meinem damaligen Arbeitgeber keine weiteren Zahlungen erhalten“. Allerdings habe er „eben erst erfahren“, dass der ihm gewährte Rabatt nicht nur für Strom, sondern auch für Gas gelte. Die Frage, wieso er fünf Monate gebraucht haben soll, um eine Arbeit von gerade mal sechs Monaten korrekt zu beenden, be-

antwortet Meyer – der ja nach seiner Zeit als CDU-Landtagsfraktionschef erst im Juni 2000 seine VEW-Tätigkeit wieder aufgenommen hatte – nicht.

Seine Erklärung hält ohnehin nur bis zum folgenden Wochenende. Dann sickert durch, dass Meyer auch noch eine Abfindung von RWE erhalten haben soll. Nur wofür? Der Parteitag seines nordrhein-westfälischen Landesverbandes in Hamm wird für Meyer zu einem Spießrutenlauf. Die Journalisten interessierten sich nur für ein Thema: Meyers großzügige Alimentierung durch VEW/ RWE. Seine dünne Antwort: „Ich habe am Freitag alles erklärt, was zu erklären ist." Eine Selbsttäuschung. Berichte, Meyer sei bereits „entmachtet" und stehe kurz vor seiner Ablösung, dementiert die CDU-Spitze zunächst noch: „Laurenz Meyer ist im Amt." Trotzdem glaubt zu diesem Zeitpunkt bereits kaum einer mehr, dass sich der CDU-General wird halten können.

Umso überraschter reagieren alle politischen Beobachter am folgenden Montag. Zuerst tritt Meyer um kurz nach 15.30 Uhr vor die Presse. Zwar habe er im „Zusammenhang mit meiner Zeit als CDU-Generalsekretär" seiner Erklärung vom Freitag „nichts hinzuzufügen", verliest er eine schriftliche Erklärung. Aber er bestätigt die Berichte über zusätzliche Zahlungen des RWE-Konzerns. Mit seinem Arbeitgeber habe er am 30. April 1999 „einvernehmlich eine zusätzliche Regelung zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses" getroffen. Danach sollten als Abfindung und zur Leistung ausstehender Gehaltsansprüche 90.000 Mark sofort und 160.000 Mark im Mai 2000 ausgezahlt werden, was „unter Abzug von Steuern am 19. Juli 2000 erfolgt" sei. Aufgrund der Vertragsgestaltung sei diese Zahlung rechtlich korrekt gewesen: „Obwohl die einvernehmliche Regelung vor dem Hintergrund einer endgültigen Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses festgelegt wurde, wurde ausgezahlt, da Ausschließungsgründe für den Fall der Rückkehr nicht aufgeführt waren." Zwar gesteht Meyer keinen Fehler ein, stellt aber gleichwohl fest: „Dennoch ist mir mit Blick auf die Probleme vieler Menschen in diesen Tagen bewusst, dass nicht verstanden wird, dass ich seinerzeit dieses Geld angenommen habe, obwohl ich ins Unternehmen zurückgegangen bin." Nachfragen von Journalisten lässt er

nicht zu. Dafür läuft am Abend bereits die nächste für ihn unangenehme Meldung über die Agenturen: Meyer müsse sich erneut korrigieren. Die vermeintliche „Abfindung“ sei gar keine gewesen. Am Tag darauf tritt Meyer zurück. Er habe „eine nüchterne Abwägung in drei Dingen getroffen: 1. was nützt der Partei? 2. was nützt Frau Merkel? und 3. was bin ich bereit zu tragen?“. Er verliert kein Wort über die neuen Ungereimtheiten. Kritische Nachfragen lässt der Politiker, den die Presse mittlerweile als „Mann mit großen Nehmerqualitäten“ und „Laurenz Nimmersatt“ verspottet, nicht zu. Eigenes Fehlverhalten gesteht er ebenso wenig ein. Die CDU zahlte ihm eine Abfindung von 52.000 Euro. Sein Bundestagsmandat behält er.

Einen Tag vor Heiligabend 2004 gibt RWE die Ergebnisse einer internen Untersuchung bekannt. Danach sei zwischen der VEW Energie AG, einer Tochtergesellschaft der damaligen VEW AG, und Meyer vereinbart worden, „dass ihm zur Abgeltung noch ausstehender Bezüge (Urlaub) und ‚zur Erleichterung des Übergangs’ ein Gesamtbetrag von 250.000 DM gezahlt wird, der in einer Stücklung von 90.000 DM und 160.000 DM zur Auszahlung gelangte.“ Nach der Landtagswahl im Mai 2000 habe die VEW Energie AG eine Wiedereingliederung Meyers in das Unternehmen beschlossen. Dass Meyer zusätzlich zu seinen laufenden Bezügen der eigentlich für den Fall seines Ausscheidens gedachte Betrag in Höhe von 160.000 Mark „zur Erleichterung des Übergangs“ im Juli 2000 ausbezahlt worden sei, habe auf einem „VEW-internen Kommunikationsfehler“ beruht. „Die unternehmensinternen Abläufe um die Behandlung des Arbeitsverhältnisses zu Laurenz Meyer waren durch Fehlkommunikation bei der VEW Energie AG gekennzeichnet“, teilte RWE mit. Hinzu käme „mangelndes eigenverantwortliches Handeln“.

War die Affäre also nur ein Kommunikationsfehler? Zweifel bleiben. Denn Meyers „ruhendes Arbeitsverhältnis“ sollte gemäß der Vereinbarung zwischen ihm und der VEW Energie AG endgültig enden, „wenn Herr Meyer über Juni 2000 hinaus Fraktionsvorsitzender bleibt oder eine ähnliche politische Funktion hauptamtlich wahrnimmt“. So hat es RWE festgestellt. Hätten die Christdemokraten die Landtagswahl 2000 gewonnen, wäre Laurenz Meyer nach

den Planungen des Spitzenkandidaten Jürgen Rüttgers Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen geworden. Wozu hätte es dabei 160.000 Mark „zur Erleichterung des Übergangs“ bedurft? Die Frage ist bis heute nicht beantwortet. Nach der Wahl 2009 schied Laurenz Meyer aus dem Bundestag aus. Seine Partei hatte ihn auf der NRW-Landesliste zu weit hinten platziert, so dass er den Wiedereinzug ins Parlament verpasste. Seitdem geht der abgehalfterte Politiker der gleichen Beschäftigung nach wie sein Leidensgenosse Hermann-Josef Arentz: Er betätigt sich als Unternehmensberater.

Auf Konzernkosten

Im Zuge der Gehälteraffären von Meyer und Arentz gerieten auch andere Politiker aufgrund ihrer Nebentätigkeiten ins Zwielicht. So musste die FDP-Bundestagsabgeordnete Ulrike Flach Ende Dezember 2004 einräumen, seit ihrem Einzug in den Bundestag 1998 ein jährliches Gehalt von rund 60.000 Euro von Siemens erhalten zu haben. Nach ihrer Darstellung hatte sie dafür angeblich Übersetzungen für den Konzern von zu Hause aus erledigt. Ende Januar 2005 trat Flach als Vorsitzende des Bildungsausschusses im Bundestag und als stellvertretende FDP-Landesvorsitzende in Nordrhein-Westfalen zurück, „um Schaden von meiner Familie, meinem Ausschuss, meiner Fraktion, der Partei sowie der Firma Siemens abzuwenden“. In ihrer Rücktrittserklärung räumte Flach ein, sie habe „es nicht vermocht, meine Nebentätigkeit als Übersetzerin bei der Firma Siemens der Öffentlichkeit zu vermitteln.“ Schuldbewusstsein zeigte sie ansonsten nicht, auch behielt sie ihr Bundestagsmandat. Nachdem sich die Öffentlichkeit wieder anderen Themen zugewandt hatte, machte die FDP-Fraktion sie zu ihrer forschungspolitischen Sprecherin. Ein Jahr nach ihrem Rücktritt wurde sie erneut in den Landesvorstand der NRW-FDP gewählt. Im Oktober 2009 wurde Flach stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion. Im Mai 2011 stieg sie zur Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium für Gesundheit auf.

Nicht mehr im Parlament sitzt hingegen Jann-Peter Janssen. Der SPD-Politiker aus der niedersächsischen Stadt Norden hatte seit seiner Wahl in den Bundestag 1994 zeitgleich zu den Diäten sein volles Gehalt bei Volkswagen weiter kassiert. Trotzdem bestritt Janssen, der Betriebsrat bei Volkswagen im Werk Emden war, zunächst ausdrücklich und behauptete stattdessen, seit seiner Wahl kein Geld des Konzerns mehr bekommen zu haben. Als VW Mitte Januar 2005 die Namen der von dem Autokonzern alimentierten Politiker veröffentlichte und dadurch auch die Zahlungen an Janssen belegt werden konnten, flog der Schwindel auf. Janssen legte ohne jegliche öffentliche Erklärung sein Bundestagsmandat nieder. Im April 2005 entschied die Schiedskommission des SPD-Unterbezirks Aurich, Janssen für drei Jahre das Recht auf Übernahme einer Parteifunktion abzuerkennen. Er habe „sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze der Partei schuldig gemacht", hieß es in der Begründung. Janssen habe der SPD „in erheblichem Maße Schaden zugefügt".

Das lässt sich mit Fug und Recht ebenso von den beiden niedersächsischen Landtagsabgeordneten Ingolf Viereck und Hans-Hermann Wendhausen sagen. Auch bei ihnen war zur Jahreswende 2004/2005 herausgekommen, dass sie nach dem Antritt ihrer Mandate 1994 zusätzlich zu den Diäten in Höhe von 5.400 Euro VW-Gehälter weiterbezogen hatten – ohne erkennbare Gegenleistung für das Unternehmen. Nach dem niedersächsischen Abgeordnetengesetz dürfen Volksvertreter aber nur dann ein zusätzliches Einkommen beziehen, wenn sie dafür auch eine entsprechende Leistung erbringen. Trotz ihres Gesetzesverstoßes sahen Viereck und Wendhausen zunächst keine Veranlassung für Konsequenzen.

Erst Ende April 2005 legten sie ihre Funktionen in der SPD-Landtagsfraktion nieder. Mitglieder des Landesparlaments blieben sie. Auch konnte sich die SPD-Fraktion nicht zu einem Rausschmiss der beiden durchringen. Viereck trat allerdings noch als Wolfsburger Bürgermeister zurück – ohne Zeichen von Reue zu zeigen. In einem Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg bezeichnete er sich als Opfer einer „zum Teil menschenverachtenden Hetzjagd" und einer „öffentlichen Kampagne". Sein Ratsmandat behielt

Viereck. Auch Wendhausen zeigte sich keiner Schuld bewusst. Den Weiterbezug seines VW-Gehaltes rechtfertigte er unter anderem mit Weiterbildungen und Kongressen, an denen er teilgenommen habe, um für eine Rückkehr in das Unternehmen auf dem Laufenden zu sein. Die Forderung von Landtagspräsident Jürgen Gansäuer (CDU), ihre unrechtmäßig erhaltenen Nebeneinkünfte an den Landtag abzuführen, wiesen die beiden Abkassierer zurück. Gansäuer hatte von Wendhausen 422.954,70 Euro, von Viereck 343.519,32 Euro gefordert.

Ende Mai 2005 reichte der Landtagspräsident Klage gegen die uneinsichtigen Abgeordneten ein. Mitte Mai 2005 gab das Verwaltungsgericht Braunschweig der Klage statt. In der Berufung bestätigte das Oberverwaltungsgericht Lüneburg im März 2008 das erstinstanzliche Urteil. Viereck und Wendhausen hätten über mehrere Jahre verbotene Zahlungen im Sinne des § 27 Abs. 3 des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes (NAbgG) von der Volkswagen AG erhalten und müssten deshalb die erhaltenen Beträge an das Land Niedersachsen abführen. Das Gericht verpflichtete Viereck zur Zahlung von rund 177.000 Euro, Wendhausen von knapp 241.000 Euro. Ende April 2009 trat Hans-Hermann Wendhausen aus der SPD aus. Ingolf Viereck arbeitet hingegen an seinem Comeback: Anfang April 2011 wurde er von der Wolfsburger SPD als Stadtratskandidat für die Kommunalwahl im September des Jahres aufgestellt.

Eine solche politische Wiederauferstehung wird Hans-Jürgen Uhl wohl nicht gelingen. Der damalige niedersächsische SPD-Bundestagsabgeordnete geriet im Oktober 2005 in den Sog der Korruptionsaffäre um den ehemaligen VW-Personalvorstand Peter Hartz und den früheren VW-Betriebsratsvorsitzenden Klaus Volkert. Uhl kam in Verdacht, sich als Geschäftsführer des Gesamt- und Konzernbetriebsrats an von VW finanzierten „Lustreisen“ beteiligt haben. Uhl bestritt vehement seine Verwicklung in die Affäre und versicherte, nie auf Kosten von Volkswagen Prostituierte besucht und an Sexpartys teilgenommen zu haben. Aber das entsprach nicht der Wahrheit. Im Dezember 2006 hob der Bundestag Uhls Immunität auf und machte damit den Weg frei für eine Anklage wegen Beihilfe

zur Untreue und der Abgabe falscher eidesstattliche Versicherungen. Die hatte er gegenüber dem Landgericht Hamburg abgegeben, um gegen die Berichterstattung von *Spiegel*, *Welt*, *Bild*, *Stern* und *Focus* mittels Unterlassungsklagen vorgehen zu können. Sie stimmten nicht. Nachdem er nach langem Leugnen einräumen musste, gelogen zu haben, gab Uhl Ende Mai 2007 bekannt, sein Bundestagsmandat niederzulegen. Eine Woche später erklärte er seinen Austritt aus der SPD, da ihm klargeworden sei, „dass ich meine Partei nicht weiter durch mein Fehlverhalten belasten kann". Auch aus der IG Metall trat er aus. SPD-Bundestagsfraktionschef Peter Struck zeigte sich „menschlich tief enttäuscht" über Uhls „Vertrauensbruch". Anfang des Jahres hatte er noch erklärt, „keinen Zweifel" zu haben, dass sich Uhl vor Gericht als unschuldig erweisen werde. Mitte Juni 2007 verurteilte das Amtsgericht Wolfsburg Hans-Jürgen Uhl wegen zweier Fälle der Beihilfe zur Untreue und der Abgabe von fünf falschen eidesstattlichen Versicherungen zu einer Geldstrafe von 280 Tagessätzen, macht rund 39.200 Euro. In der Verhandlung hatte er ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Der Sportsfreund und seine Fußballleidenschaft: Reinhard Klimmt

Beim Volkssport Nummer eins geht es nicht nur um Millionen, er erregt auch Millionen: Wenn etwas die Menschen in Deutschland bewegt, dann ist es der Fußball. Das Abschneiden der DFB-Herrenauswahl bei einer Welt- oder Europameisterschaft kann die Republik in überschwängliche Euphorie oder grenzenlose Niedergeschlagenheit versetzen. Und dann sind da noch die vielen kleinen und großen Vereine aus den kleinen und großen Städten quer durch die Republik, mit denen Hunderttausende Woche für Woche in den Stadien und Millionen Menschen vor dem Radio oder Fernseher zittern. Dass bei solchen Massenveranstaltungen auch Politiker nicht abseitsstehen wollen, versteht sich von selbst.

Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder ist ein bekennender Fan von Borussia Dortmund – und zudem noch seines Heimat-

vereins Hannover 96. Sein Amtsvorgänger Helmut Kohl ist Ehrenmitglied des 1. FC Kaiserslautern. Der grüne Ex-Außenminister Joschka Fischer hält es lieber mit der zweitklassigen Eintracht aus Frankfurt. Das Konkurrenzverhältnis der CSU-Widersacher Edmund Stoiber und Theo Waigel, die 1993 verbissen gegeneinander um das bayrische Ministerpräsidentenamt gekämpft hatten, drückte sich stets auch in ihrer Vereinspräferenz aus: Der eine ist Fan des Renommierklubs FC Bayern, der andere des kleineren Lokalrivalen 1860 München.

Manchmal belassen es Politiker nicht bei einem einfachen Fan-Dasein. Wie der frühere DFB-Präsident Gerhard Mayer-Vorfelder. Der affärenerprobte rechte Flügelstürmer gehörte zunächst als Kultus- und Sportminister, dann bis 1988 als Finanzminister 22 Jahre lang der Landesregierung in Baden-Württemberg an – und war gleichzeitig Präsident des VfB Stuttgart. Oder Jürgen W. Möllemann: Der FDP-Skandalpolitiker war Aufsichtsratsvorsitzender von Schalke 04 – und sprang immer mal wieder publikumswirksam mit dem Fallschirm über dem Gelsenkirchener Parkstadion ab. Als Präsident von 1860 München wirtschaftete der CSU-Haushaltsexperte Erich Riedl den Traditionsverein bis in die Amateurliga herunter. Mit acht Millionen Mark Schulden stiegen die Löwen 1982 zwangsweise in die unterklassige Bayernliga ab – und Riedl gab sein Präsidentenamt auf. Seiner politischen Karriere tat das keinen Abbruch: 1987 wurde er Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium. Und dann ist da noch Reinhard Klimmt. Der war Präsident des 1. FC Saarbrücken. Mit vollem Einsatz engagierte sich der Sozialdemokrat für seinen Verein. Leider nicht immer legal. Das kostete ihn am 16. November 2000 sein Amt als Bundesbau- und Verkehrsminister.

Die Liebe des gebürtigen Berliners zum 1. FC Saarbrücken begann schon vor seiner SPD-Zeit: Er ist 20 und hat gerade sein Geschichtsstudium an der Universität Saarbrücken begonnen, da pilgert Klimmt bereits 1962 regelmäßig in den Ludwigspark, das Saarbrücker Fußballstadion. Zu dieser Zeit hat der Verein, der 1943 und 1952 die deutsche Vizemeisterschaft gewinnen konnte, seinen Zenit

längst überschritten. Ein hartes Los: Klimmt entscheidet sich für einen Club, der seinen Fans eine gehörige Portion Leidensbereitschaft abverlangt. Zwar gehört der 1. FCS 1963 zu den Gründungsmitgliedern der neuen Ersten Bundesliga. Aber am Saisonende ist der Traum schon wieder vorbei: 1964 steigt er in die Regionalliga Südwest ab. Im selben Jahr tritt Klimmt in die SPD ein und engagiert sich in den Jungsozialisten.

Bei den Jusos lernt er auch den ein Jahr jüngeren Oskar Lafontaine kennen. Die beiden bilden ein für beide lohnendes politisches Tandem. Die Arbeitsverteilung ist dabei von Anfang an klar: Lafontaine sitzt vorne und lenkt, Klimmt hinten und strampelt. Seit 1975 im saarländischen Landtag und seit Juli 1979 Vizechef der SPD-Fraktion, rückt Klimmt nach dem spektakulären Sieg Oskar Lafontaines bei der Landtagswahl am 10. März 1985 zum Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion auf. Nachdem sich Lafontaine auf dem Mannheimer SPD-Parteitag im November 1995 in einer Kampfabstimmung gegen den bisherigen Amtsinhaber Rudolf Scharping als neuer Chef der Bundespartei durchsetzt, übernimmt Klimmt im April 1996 den Vorsitz der Saar-SPD.

Im Jahr zuvor war der 1. FC Saarbrücken in eine existenzbedrohliche Krise geraten. Der sportlich unstete Verein, der von wenigen kurzzeitigen Ausflügen abgesehen seit den 1960er Jahren sein trauriges Dasein in der Grauzone der Zweiten Bundesliga fristete, stand ökonomisch vor dem Aus. Ihm wurde die Profi-Lizenz verweigert. Der Konkurs drohte. Der 1. FCS-Fan Klimmt sah sich in der Pflicht, zu helfen. Nach dem Zechen- und Stahlwerkesterben könnte der Untergang des Vereins „verheerende materielle und vor allem psychologische Folgen“ haben, war er überzeugt. „Da hängt einfach alles dran bei uns.“ Der SPD-Landtagsfraktionschef übernahm den ehrenamtlichen Vorsitz des maroden Clubs. Für Klimmt eine Herzensangelegenheit, die auch vor Parteigrenzen nicht Halt machte. Mit Klaus Meiser, den Bürgermeister der kleinen saarländischen Gemeinde Quierschied, gewann er auch einen Christdemokraten als Mitstreiter zur Vereinsrettung. Klimmt: „Wenn wir den Wiederaufstieg in Angriff nehmen wollten, mussten wir den Verein aus parteipolitischen Diskussionen heraushalten.“

Und Klimmt stieß auf Hans-Joachim Doerfert, Präsident des Regionalliga-Konkurrenten Eintracht Trier und Chef der Caritas-Trägergesellschaft Trier (CTT). Trotz aller Vereins- und Parteirivalitäten – Doerfert war Schatzmeister der Trierer CDU – kooperierten die beiden Präsidenten. So tauschten sie sich über die Gehälter ihrer Spieler aus und verhinderten damit, dass die Kicker sie bei Vertragsverhandlungen gegeneinander ausspielen konnten. Dadurch konnte der 1. FCS zwar Geld sparen, bekam jedoch noch keines in seine leeren Kassen. Aber Doerfert hatte für seinen eigenen Verein, der ebenfalls vor dem finanziellen Ruin stand, eine sprudelnde Finanzquelle aufgetan: die laut Satzung „selbstlose" und „mildtätige" Caritas-Trägergesellschaft. Über fünf Jahre hinweg flossen mehr als 1,5 Millionen Mark in die Fußballvereinskasse. Nun bot Doerfert, in Trier bereits als der „Retter der Eintracht" verehrt, auch den klammen Saarbrückern seine finanzielle Unterstützung an – laut Doerfert auf Drängen von Klimmt und dem CDU-Mann Meiser, was diese später bestreiten werden. Jedenfalls überwies die CTT an Klimmts Club zwischen 1996 und 1999 in monatlichen Raten insgesamt 614.991 Mark. Allerdings gab es einen Haken: Als gemeinnützige Vereinigung durfte die CTT gar keine Sportvereine finanzieren. Damit das nicht auffiel, wurden die Sponsorengelder als Beratervertrag getarnt. In dem verpflichtete sich der Fußballverein, den Krankenhausträger CTT, der 40 medizinische und soziale Einrichtungen betreibt, „physiotherapeutisch" und „sportmedizinisch" zu beraten – ein Scheinvertrag.

Nach dem Sieg von Rot-Grün bei der Bundestagswahl im September 1998 wechselt Lafontaine als Finanzminister in die Bundesregierung. Sein Nachfolger als saarländischer Regierungschef wird – Reinhard Klimmt. Am 10. November wählt der Landtag den bereits von manchen als „ewigen Kronprinzen" Belächelten mit 27 gegen 24 Stimmen. Klimmt gibt seinen Posten als Präsident des 1. FC Saarbrücken ab und wechselt als Vorsitzender in den Aufsichtsrat des Vereins. Dreimal war Lafontaine das Kunststück gelungen, was vorher noch keiner geschafft hatte: Als Sozialdemokrat eine Landtagswahl im Saarland zu gewinnen. Die vier schwarzen Jahrzehnte

vor 1985 vergessend, sprachen viele schon von einem „sozialdemokratischen Stammland“. Die Bundestagswahl 1998 schien diesen Eindruck zu bestätigen: Während die SPD bundesweit bei 40,9 Prozent der Stimmen landete, erzielte sie im Saarland 52,4 Prozent. Von seinem Naturell her das exakte Gegenteil des explosiven „Saar-Napoleons“, ist der stets etwas spröde wirkende Klimmt im Saarland wegen seines bescheidenen Auftretens und loyalen Verhaltens durchaus beliebt. Voller Siegeszuversicht bereitet er sich auf die im Herbst 1999 anstehende Landtagswahl vor. Die zehn Monate, die ihm dafür bleiben, verlaufen aber nicht gut für ihn und seine Partei. Bundesweit rutscht die SPD in ein Umfrageloch. Das wird noch tiefer, nachdem Lafontaine im März 1999 völlig überraschend als SPD-Parteichef und Bundesfinanzminister den Dienst quittiert. Bei der Landtagswahl im Saarland am 5. September 1999 erleidet die Partei erhebliche Verluste, kommt nur noch auf 44,4 Prozent der Stimmen. Da Grüne und FDP an der Fünfprozenthürde scheitern, reichen der CDU ihre 45,5 Prozent zur absoluten Mehrheit der Sitze im Landtag. Neuer Ministerpräsident wird der Christdemokrat Peter Müller, neuer Landesminister für Inneres und Sport: Klaus Meiser. Klimmt wechselt in die Bundesregierung. Vier Tage nach seiner schweren Niederlage an der Saar ernennt ihn Kanzler Schröder zu seinem neuen Bundesbau- und Verkehrsminister.

Kurz nach seinem Amtsantritt holen Klimmt seine früheren Geschäfte mit Hans-Joachim Doerfert ein. Der Lebemann und Porschefahrer sitzt mittlerweile in Untersuchungshaft. Seit längerem versucht die Koblenzer Staatsanwaltschaft, sein dichtes Geflecht des Gebens und Nehmens zu entwirren. Dabei waren die Ermittler auf die Gelder an den 1. FC Saarbrücken gestoßen. Verbergen sich dahinter etwa Bestechungsgelder? Die rheinland-pfälzische Justiz beantragt die Aufhebung der Immunität von Klimmt und auch von Meiser. Die Vorwürfe gegen ihn seien „barer Unsinn“, wehrt sich Klimmt. Er habe „in gutem Gewissen und mit bester Absicht gehandelt“. Über die „rechtliche Gestaltung“ der Beraterverträge mit der CTT sei er zudem „im Einzelnen nicht informiert“ gewesen. „Irgendwelche Koppel- oder Gegengeschäfte“ habe es nicht gegeben. Über ein Jahr lang schwelt die Affäre und beschert Klimmt immer

wieder negative Schlagzeilen. Vor Gericht sagt Doerfert aus, die Förderung der Saarbrücker Konkurrenzkicker sei ihm herzlich gleichgültig gewesen. Vielmehr sei es ihm darum gegangen, Fürsprecher in der Politik für die Anliegen der CTT zu bekommen. Klimmt und Meiser seien „Nothelfer und Türöffner" gewesen. Das Engagement habe sich für ihn auch ausgezahlt. So habe er einen drohenden Bettenabbau in den CTT-Kliniken im SPD-regierten Saarland in letzter Minute abgewendet und die gynäkologische Abteilung in der CTT-Klinik in Lebach habe ihren Betrieb fortsetzen dürfen. Belastet wird Klimmt auch von einem als „streng vertraulich" deklarierten Vermerk eines CTT-Vorstandsmitglieds an die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, in der es heißt, im „Gegenzug" für die CTT-Zahlungen an den 1. FC Saarbrücken habe das Saarland „auf die geplante Bettenkürzung verzichtet". Diese „Gegenleistung" sei „nur mündlich vereinbart worden". Auch dieser Darstellung widerspricht Klimmt.

Am 13. November 2000 erlässt das Amtsgericht Trier einen Strafbefehl in Höhe von 90 Tagessätzen á 300 Mark gegen Klimmt wegen Beihilfe zur Untreue. Der Minister kündigt an, er „werde den jetzt vom Amtsgericht Trier erlassenen Strafbefehl, nachdem er mir zugestellt ist, rechtskräftig werden lassen". Zurücktreten wolle er nicht, da die ihm vorgeworfenen Vorgänge „nicht meine heutige Funktion und Tätigkeit als Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen" berührten. Aber der Druck auf ihn wird nun riesengroß. Immer lauter schrillen die schon seit längerem erhobenen Rücktrittsforderungen aus den Reihen der Opposition. Nach dem Strafbefehl rücken auch die Regierungskoalitionäre von dem angeschlagenen Politiker ab. „Ein Grüner wäre zurückgetreten", verkündet forsch die grüne Parteichefin Renate Künast. In der SPD-Fraktion können ebenfalls viele nicht verstehen, dass Klimmt den Strafbefehl annehmen will, „obwohl er von sich behauptet, unschuldig zu sein", wie eine Abgeordnete formuliert. Fraktionschef Peter Struck rät dem Angezählten, seine Entscheidung zu revidieren und vor Gericht um seine Unschuld kämpfen.

Am 15. November 2000 schwenkt Klimmt um. Angesichts „der entstandenen Diskussion und der Meinungsbildung in der SPD-

Bundestagsfraktion“ sei er nunmehr „nicht mehr bereit, einen Strafbefehl des Amtsgerichts Trier zu akzeptieren“. Er habe seine Anwälte daher angewiesen, Einspruch einzulegen. In der öffentlichen Hauptverhandlung werde sich herausstellen, „dass ich mir nichts habe zu Schulden kommen lassen“. Er sei nach wie vor entschlossen, mindestens bis zum Jahr 2002 im Bundeskabinett zu bleiben. Seine Entschlossenheit hält 24 Stunden: Am 16. November 2000 wirft Klimmt das Handtuch. „Ich tue dies auf Grund meines Interesses am Erfolg dieser Bundesregierung und der sie tragenden Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, erklärt er. Ausdrücklich stellt er noch einmal fest, „dass die Vorwürfe im Zusammenhang mit meiner Arbeit für den saarländischen Fußball ohne Grundlage sind“. Klimmt: „Meine Absicht war es, den FC Saarbrücken zu retten und auf eine solide sportliche und wirtschaftliche Grundlage zu stellen.“ Am Tag darauf räumt Klimmt auch als Vorsitzender der Saar-SPD das Feld. Eine Woche später tritt Vereinskollege Klaus Meiser ebenfalls von seinem Ministeramt zurück. Zuvor war ein vom Amtsgericht Trier gegen ihn verhängter Strafbefehl über 20.700 Mark wegen Beihilfe zur Untreue im Zusammenhang mit der Doerfert-Affäre rechtskräftig geworden. Meiser erlebt nur einen temporären Karriereknick, sieben Jahre später feiert er sein Comeback: Im September 2007 beruft ihn der saarländische Regierungschef Peter Müller erneut zum Minister für Inneres und Sport. Seit November 2009 ist Meiser Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.

Im Februar 2001 verurteilte das Landgericht Koblenz Hans-Joachim Doerfert zu einer Haftstrafe von sieben Jahren und drei Monaten. Nach Überzeugung des Gerichts hatte sich der frühere Topmanager der Untreue in 58 Fällen schuldig gemacht. Die Caritas, so der Vorsitzende Richter Hans-Georg Göttgen, sei für Doerfert ein „Selbstbedienungsladen“ gewesen. Aus dem hatte sich der Finanzjongleur so großzügig bedient, dass nach seinem Fall das Bistum Trier am Ende rund 100 Millionen Mark aufwenden musste, um die Caritas vor dem Konkurs zu retten. Doerferts großzügige Spenden unter anderem an Eintracht Trier und den 1. FC Saarbrücken bezeichnete das Gericht als „politische Landschaftspflege“.

Der Prozess gegen Klimmt fand nicht statt. Entgegen seiner Ankündigung entschied er sich letztendlich dafür, lieber keinen Einspruch gegen den erlassenen Strafbefehl einzulegen. „Ich glaube, dass es für die SPD, für meine Familie und für mich selbst die beste Lösung ist, nicht in ein langwieriges Gerichtsverfahren zu gehen“, gab Klimmt bekannt. Seine politische Karriere war beendet. Dem 1. FC Saarbrücken ist er bis heute treu geblieben. Der pensionierte Politiker ist immer noch Aufsichtsratsvorsitzender des Drittligisten.

KAPITEL 5

Von schlechten Rednern und falschen Doktoren

Wenn individuelle Fehlleistungen Politiker in die Bredouille bringen

Der Auftritt dauert nur wenige Minuten. Gemeinsam mit seiner Ehefrau Eva Luise tritt Horst Köhler am 31. Mai 2010 um kurz nach 14 Uhr in seinem Berliner Amtssitz vor die Presse. Im Langhans-Saal im ersten Stock von Schloss Bellevue verliest er eine knappe Erklärung. „Meine Äußerungen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr vom 22. Mai dieses Jahres sind auf heftige Kritik gestoßen", beginnt der Bundespräsident seine Ansprache. Er bedauere, dass seine Äußerungen „in einer für unsere Nation wichtigen und schwierigen Frage zu Missverständnissen führen konnten". Ihm aber zu unterstellen, er befürworte Einsätze der Bundeswehr, die vom Grundgesetz nicht gedeckt wären, ginge eindeutig zu weit: Diese Kritik lasse „den notwendigen Respekt für mein Amt vermissen". Dann spricht Köhler den entscheidenden Satz: „Ich erkläre hiermit meinen Rücktritt vom Amt des Bundespräsidenten – mit sofortiger Wirkung." Er schließt mit den Worten: „Es war mir eine Ehre, Deutschland als Bundespräsident zu dienen." Nachfragen sind nicht zugelassen. Hand in Hand mit seiner Frau verlässt Köhler den Saal.

Das war eine Premiere: Noch nie in der deutschen Geschichte trat ein Bundespräsident mit sofortiger Wirkung zurück. Ohnehin gab es nur einen einzigen Vorgänger Köhlers, der sich vorzeitig verabschiedete. Allerdings war der damals 74 Jahre alte Heinrich Lübke gesundheitlich schwer angeschlagen und litt unübersehbar an altersbedingten Ausfallerscheinungen, als er am 14. Oktober 1968 ankündigte, aus „staatspolitischen Gründen" zum 30. Juni 1969 abzutreten – wenige Wochen vor dem turnusgemäßen Ablauf seiner Amtszeit. Lübkes Rücktritt sorgte für keinerlei Irritationen. Es

herrschte vielmehr allgemeine Erleichterung. Das war im Fall von Horst Köhler, Jahrgang 1943, anders. Seine Entscheidung sorgte für blankes Unverständnis. Von der „Flucht des ‚Null-Bock-Horst'" schrieb Kurt Kister in der *Süddeutschen Zeitung*. Er habe „sich selbst vom Hof gejagt", urteilte Thomas Schmid in der *Welt*. „Was für eine Karriere! Vom unbekannten 'Horst wer?' über den bürgernahen und beliebten 'Super-Horst' zum Aussteiger, wenn nicht gar Absteiger des Jahres", rief ihm die *Leipziger Volkszeitung* zum Abschied nach.

Auslöser der Reaktionen, von denen sich Köhler zum Rücktritt provoziert sah, war ein kurzes Interview, das das Staatsoberhaupt einem Reporter des Deutschlandfunks gab. Auf dem Rückflug von einem Truppenbesuch in Afghanistan sinnierte Köhler über den Wolken in dem am 22. Mai 2010 ausgestrahlten Gespräch über Bundeswehreinsätze. Heraus kam ein unbeholfener Bandwurmsatz: „Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen", formulierte der Präsident, dessen vornehmstes Machtinstrument das Wort ist. Er fügte noch hinzu: „Alles das soll diskutiert werden, und ich glaube, wir sind auf einem nicht so schlechten Weg."

Was hatte Köhler gemeint? Seine komplizierte Satzkonstruktion ließ einigen Raum für Interpretationen. Wollte er etwa Wirtschaftskriege rechtfertigen – und das ausgerechnet im Zusammenhang mit dem heiß umstrittenen Einsatz der Bundeswehr am Hindukusch? „Der Bundespräsident offenbart entweder Unkenntnis oder Ungeschicklichkeit", bürstete ihn Grünen-Bundestagsfraktionschef Jürgen Trittin ab. „Wir brauchen weder Kanonenbootspolitik noch eine lose rhetorische Deckskanone an der Spitze des Staates." Er wolle zu Köhlers „Gunsten annehmen, dass er sich bei diesen Worten auf

den Pfaden seines Vorgängers Heinrich Lübke vergaloppiert hat", sagte Trittin. Der Bundespräsident schade „der Akzeptanz der Auslandseinsätze", befand der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann. Der renommierte Verfassungsrechtler Ulrich K. Preuß sah sich erinnert „an die englischen Imperialisten des 19. Jahrhundert, die mit ähnlichen Argumenten ihre Seeherrschaft verteidigten". Von einer „missverständlichen Formulierung" sprach der CDU-Bundestagsabgeordnete Ruprecht Polenz, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. „Viele Menschen kritisieren, der Bundespräsident melde sich zu selten zu Wort", räsonierte der SPD-Parlamentarier Sebastian Edathy. „Ich wünschte hingegen, er schwiege öfter."

Die Schlagzeilen waren verheerend. Die Überschriften reichten von „Präsidialer Fehltritt" (*Welt*) bis „Der Misstöner" (*Tagesspiegel*). Die *Süddeutsche Zeitung* bezeichnete Köhler als „Schwadroneur im Schloss Bellevue", der den Soldaten „in den Rücken gefallen" sei. „Horst Lübke" überschrieb der *Spiegel* seinen Artikel. „Was bringt eigentlich ein Präsident, der nicht einmal unfallfrei reden kann?", fragte das Hamburger Magazin. Das Bundespräsidialamt bemühte sich um Schadensbegrenzung und sah sich zu einer Klarstellung gezwungen: Köhler sei missverstanden worden. Seine Einschätzung habe sich überhaupt nicht auf den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr bezogen, es sei ihm beispielsweise um den Einsatz gegen Piraten gegangen. Damit war der Fall eigentlich erledigt. Aber nicht für Köhler. Erst im Mai 2009 für eine zweite Amtszeit gewählt, warf Deutschlands höchster Repräsentant hin.

So überraschend der Finanzfachmann und hohe Beamte aufgrund eines ausschließlich parteitaktisch dominierten Selektionsprozesses von Angela Merkel, Guido Westerwelle und Edmund Stoiber in das höchste Staatsamt befördert worden war, so überraschend zog sich Horst Köhler zurück. Seine Begründung wirkte absurd. Kein Oppositionspolitiker, der seine tollpatschigen Aussagen kritisiert hatte, wäre auf die Idee gekommen, den Rücktritt zu fordern. Wenn auch die Kommentare teilweise schroff ausgefallen und der Vergleich mit dem demenzkranken Lübke sicherlich geschmacklos und unangebracht war: Niemand wäre auf die Idee gekommen, dass

ein Bundespräsident wegen einiger despektierlicher Töne gleich zurücktreten würde.

Aber Köhler war kein Politiker. Und er war dünnhäutig. Der Meinungsstreit gehörte nicht zu seinen Stärken. Er fremdelte mit der Vorstellung, dass es zu den demokratischen Primärtugenden auch eines Bundespräsidenten gehört, sich unangenehmen Debatten zu stellen und seien sie noch so unbequem. Offenkundig glaubte er ernsthaft, der oberste Bürger des Staates sei sakrosankt

Zeit seines Berufslebens war Köhler ein Bürokrat, wenn auch ein äußerst erfolgreicher. 1981 in die CDU eingetreten, war der Diplom-Volkswirt vor seinem Einzug ins Schloss Bellveue Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes, Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) in London und schließlich Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington. Als Bundespräsident gelang es ihm nicht, das Image des blassen Finanzexperten abzustreifen. In der Bevölkerung war der selbst ernannte „Bürgerpräsident" trotzdem beliebt, sein Amt konnte er jedoch nicht ausfüllen. „Köhler ist der Politik und ihm die Politik ferngeblieben", schreibt Gerd Langguth. Der Bonner Politikprofessor attestiert ihm in seiner 2007 veröffentlichten Biographie eine „ökonomische Engführung seines Weltbildes" und einen technokratischen, „letztlich antipolitischen Ansatz". Seine politische Erklärungswelt sei „eine obrigkeitlich-exekutive". Darin könnte die Erklärung für sein Scheitern liegen.

„Notfalls unbequem" wolle er sein, hatte Köhler zu Beginn seiner ersten Amtszeit 2004 angekündigt. Wer so etwas vorab verkündet, müsse sich zumindest den Belastungsproben gewachsen zeigen, die ein solcher Anspruch unweigerlich mit sich bringt, kommentierte anlässlich seines beleidigten Abgangs im Mai 2010 Robert Leicht in der *Zeit*: „Stolze Ambition damals, zage Frustration heute – was in diesem Gegensatz nicht zueinanderpasst, verweist, von heute aus betrachtet, zurück auf die ursprünglichen und nie ausgeräumten Ungereimtheiten im Amtsverständnis des im Übrigen durchaus liebenswerten Horst Köhler."

Bis heute hält Köhler seine Entscheidung für gerechtfertigt und empfindet die damalige Kritik nach wie vor als nicht hinnehmbare Majestätsbeleidigung. „Ich bin zurückgetreten, um Schaden vom Amt abzuwenden", sagte Horst Köhler im Juli 2011 in einem Interview mit der *Zeit*. „Die Angriffe auf mich im Zusammenhang mit meinen Äußerungen über sicherheitspolitische Interessen Deutschlands waren ungeheuerlich und durch nichts gerechtfertigt", war der Ex-Bundespräsident ein Jahr nach seinem Rücktritt weiterhin der Auffassung. Es sei ihm „um Respekt und Wahrhaftigkeit in der politischen Kultur unseres Landes" gegangen.

Verbale Ausrutscher

Nicht nur aufgrund seines Brillantohrsteckers und der Tätowierung auf der Schulter galt Andreas Renner als Paradiesvogel im Kabinett des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger. Seit April 2005 Minister für Arbeit und Soziales, sorgte der unkonventionelle Christdemokrat nicht zuletzt durch sein loses Mundwerk für Aufsehen. Den seinerzeitigen Vorstandsvorsitzenden der EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Utz Claassen, bezeichnete er aufgrund dessen robusten Führungsstils als „Rambo unter den deutschen Managern". Das desaströse Krisenmanagement des US-Präsidenten George W. Bush nach dem verheerenden Hurrikan „Katrina" verleitete das CDU-Bundesvorstandsmitglied im September 2005 zu dem – umgangssprachlich gemeinten – Ausspruch: „Der gehört abg'schosse." Wofür sich Renner nachher entschuldigte. Mit einer Entschuldigung war es jedoch nicht getan, als Ende Januar 2006 herauskam, dass sich der „CDU-Rebell" (*Schwäbische Zeitung*) auch mit der katholischen Kirche angelegt hatte. Das war zu viel für einen Minister im christlich-konservativen Ländle.

Sein Schlagabtausch mit dem Klerus, den der SWR-Hörfunk am 25. Januar 2006 öffentlich machte, lag schon ein halbes Jahr zurück. Anlass war der Stuttgarter Christopher Street Day, für den Renner im Juni 2005 als erster christdemokratischer Politiker die Schirmherrschaft übernommen hatte. Seine Unterstützung der Schwulen-

und Lesbenparade führte am 12. Juli 2005 am Rande eines Gesprächs der CDU-Landtagsfraktion mit dem Bischof der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Gebhard Fürst, und dem Weihbischof Thomas Maria Renz zu einem heftigen „persönlichen Disput". Nachdem Bischof Fürst, nicht gerade als der Progressivste seiner Zunft bekannt, Renner scharf attackiert hatte, schlug der Politiker verbal zurück. Welche Formulierung er für seine Zurechtweisung genau wählte, ist bis heute umstritten. Aus Kirchenkreisen hieß es, der Katholik habe gegenüber Fürst geäußert: „Halten Sie sich da raus. Fangen Sie doch erst einmal damit an, Kinder zu zeugen." Nach eigener Darstellung sagte Renner hingegen: „Dann lassen Sie erst mal zu, dass Priester Kinder zeugen."

Wie auch immer Renners „verbale Ungeschicklichkeit" (*FAZ*) exakt lautete: Als seine Auseinandersetzung mit dem kirchlichen Würdenträger bekannt wurde, war die Aufregung groß. Von einer „schweren Entgleisung" des Ministers sprach Grünen-Landtagsfraktionschef Winfried Kretschmann in einem Brief an Fürst. „Renners unflätige Bemerkungen gegenüber dem Bischof sind nur noch durch einen Rücktritt zu heilen", echauffierte sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Drexler. „Dieser Mann ist als Minister nicht mehr tragbar", polterte Drexler. Auch in der Union wurden umgehend Rücktrittsforderungen laut. „Ich rate Andreas Renner, einmal darüber nachzudenken, was er seinem Ministerpräsidenten und seinen Wählern zumutet", sagte der einflussreiche Vorsitzende der baden-württembergischen CDU-Landesgruppe im Bundestag, Georg Brunnhuber. Der stellvertretende CDU-Landtagsfraktionschef Hermann Seimetz ließ sich von der *Heilbronner Stimme* mit den Worten zitieren: „Es bleibt nur der Rücktritt."

Die kritischen Stimmen aus den eigenen Reihen ließen bei Günther Oettinger die Alarmsirenen schrillen. Die Landtagswahlen im März 2006 im bangen Blick, bemühte sich der baden-württembergische Regierungschef und CDU-Landesvorsitzende umgehend um Schadensbegrenzung. Am 27. Januar 2006, nur zwei Tage nach der Veröffentlichung von Renners Äußerungen, trat Oettinger gemeinsam mit seinem ungebührlichen Minister den „Gang nach Canossa"

in die Stuttgarter Bischofsresidenz Stella Maris an. Eineinhalb Stunden dauerte die Unterredung. Im Anschluss veröffentlichten das Staatsministerium und die Diözese Rottenburg-Stuttgart eine gemeinsame Erklärung, wonach nunmehr „die durch die jüngste öffentliche Diskussion ausgelösten Irritationen ausgeräumt" seien. Gebhard Fürst habe erklärt, „dass die Angelegenheit durch die Entschuldigung des Ministers für ihn persönlich bereinigt sei". Zu der erhofften öffentlichen Versöhnungsgeste vor laufenden Kameras ließ sich der Bischof nicht bewegen. Keine zwei Stunden nach dem Treffen trat Renner als Arbeits- und Sozialminister zurück. Er gehe „erhobenen Hauptes", um Schaden von der Landesregierung, seiner Partei und seiner Person abzuwenden, sagte der 46-Jährige zum Abschied. „Die Traditionsbataillone in der CDU haben ihn weggeputzt, weil sie Angst hatten, durch dessen liberale Positionen, zum Beispiel gegenüber Homosexuellen, konservative Wähler zu verlieren", kommentierte der heutige grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann seinerzeit in der *taz* den Abgang Renners.

Ein etwas zu loses Mundwerk hat schon manchen Politiker in die Bredouille gebracht. Gerade erst wiedergewählt, musste im Juli 2001 Ingo Schmitt seinen Hut als Generalsekretär der Berliner CDU nehmen. Zum Verhängnis wurden dem früheren Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe eine äußerst schräge Metapher. Schmitt hatte den Sozialdemokraten Klaus Böger als die „größte Politnutte, die ich kenne", bezeichnet, weil der sich mit den Stimmen der PDS wieder zum Berliner Bildungssenator hatte wählen lassen. Allerdings dauerte der Karriereknick des „General Amok" nicht allzu lange: Ende Mai 2005 wurde Schmitt mit großer Mehrheit zum neuen Landesvorsitzenden der Berliner CDU gewählt.

Heftigen Rücktrittsforderungen ausgesetzt sah sich der Grüne Jürgen Trittin, nachdem er im März 2001 mit drastischen Worten das Bekenntnis des seinerzeitigen CDU-Generalsekretärs Laurenz Meyer kommentiert hatte, er sei stolz, ein Deutscher zu sein. In einem Radiointerview sagte der damalige Bundesumweltminister in Anspielung auf das mangelnde Haupthaar des CDU-Politikers: „Laurenz Meyer hat die Mentalität eines Skinheads und nicht nur

sein Aussehen“. Das sei „die Flachheit, der geistige Tiefflug, der jeden rassistischen Schläger in dieser Republik auszeichnet“. Der Aufschrei in der Union war groß. Von einer „schlimmen Entgleisung“ sprach der CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzende Friedrich Merz. Er warf Trittin ein „gestörtes Verhältnis“ zum Staat, zur Gesellschaft und zur Demokratie vor und forderte seinen Rücktritt. „Trittin instrumentalisiert den Rechtsradikalismus zur politischen Auseinandersetzung unter Demokraten“, empörte sich die CDU-Vorsitzende Angela Merkel. Auch sie war der Auffassung, eine „lapidare Entschuldigung“ Trittins reiche nicht aus. Im Bundestag beantragte die Union die Entlassung des Ministers, weil er „mit seinen diffamierenden öffentlichen Äußerungen gegenüber dem Generalsekretär der CDU Deutschlands, Laurenz Meyer, die Gemeinsamkeit der Demokraten verlassen“ habe. Der Antrag scheiterte. Auf Druck von Kanzler Gerhard Schröder und auch aus den eigenen grünen Reihen sah sich Trittin aber gezwungen, sich ausdrücklich für seinen missratenen Vergleich zu entschuldigen: „Ich nehme die Äußerung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und entschuldige mich.“ In einem Brief an Meyer schrieb der heutige Grünen-Fraktionsvorsitzende gewunden: „Einige Passagen in meinem Interview mit dem WDR sind in meiner Formulierung von Ihnen als persönlich verletzend empfunden worden. Das lag nicht in meiner Absicht.“ In der Sache blieb Trittin standfest: Es seien „die deutschtümelnden Töne von Ihnen und Ihrer Partei, die bei mir immer wieder Unverständnis und Empörung auslösen“.

Wegen seiner Meinungsfreude handelt sich Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse in schöner Regelmäßigkeit Rücktrittsforderungen ein. Im Mai 2007 sorgte der frühere DDR-Bürgerrechtler für Aufregung, weil er die Entnahme von Geruchsproben von Gegnern des G-8-Gipfels in Heiligendamm kritisiert hatte. „Eine solche Praxis erinnert mich an Stasi-Methoden“, sagte der Sozialdemokrat in einem Zeitungsinterview. Er warne die Behörden „vor Hysterie, die zu Polizeistaats-Methoden à la DDR führen“ könnten. Diese Äußerungen seien ein „handfester Skandal“, tobte der damalige CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla. „Ein Bundestagsvizepräsident, der

Ermittlungen in unserem Rechtsstaat mit Stasi-Methoden vergleicht, ist in diesem Amt fehl am Platz“, wetterte Pofalla.

Nur ein paar Monate später forderte die Union Thierse erneut zum Abtritt auf. In Wallung brachte sie diesmal dessen ganz spezielle Würdigung seines Parteifreundes Franz Müntefering, der im November 2007 seinen Rücktritt als Bundesarbeitsminister und Vizekanzler erklärt hatte, um seine todkranke Frau zu pflegen. „Seine Frau im Dunkeln in Ludwigshafen sitzen zu lassen, wie es Helmut Kohl gemacht hat, ist kein Ideal“, sagte Thierse – und sorgte damit bei den Christdemokraten für helle Empörung. „Ich habe jede Achtung vor Herrn Thierse verloren und kann ihn nicht mehr ernst nehmen“, entrüstete sich der rechtspolitische Sprecher der Union, Jürgen Gehb. Diese Äußerung „disqualifiziert ihn mindestens für das Amt des Bundestagsvizepräsidenten, wenn nicht sogar dafür, weiter Mitglied des Parlaments zu bleiben.“ Der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Fuchs verlangte, Thierse „sollte seinen Hut nehmen, oder die SPD muss ihn zurückziehen“.

Im Februar 2009 forderte der Berliner Anwaltsverein Thierses Demission, weil er eine Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg mit den Worten kommentiert hatte: „Das ist ein barbarisches Urteil von asozialer Qualität.“ Das sei „eine nicht hinnehmbare Entgleisung“, meinte der Anwaltsverein. Das von Thierse kritisierte Gericht hatte die fristlose Entlassung einer Kassiererin wegen der Unterschlagung von zwei Pfandbons im Wert von 1,30 Euro bestätigt. Das Skandalurteil wurde vom Bundesarbeitsgericht im Juni 2010 revidiert.

Auch seine Kritik an einem Polizeieinsatz während der Blockade eines Neonazi-Aufmarsches im Februar 2011 in Dresden bescherte Thierse eine Aufforderung zum Amtsverzicht. „Die Polizei ist eben vollauf damit beschäftigt, die Neonazis zu schützen“, hatte der SPD-Politiker im MDR-Fernsehen erklärt. „Das ist sächsische Demokratie.“ Wegen dieser Äußerung forderte ihn der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, zum Rücktritt auf. „Thierse ist eine Schande für das deutsche Parlament“, sagte Wendt der schwer rechtslastigen *Jungen Freiheit*. Wer die Polizei dafür kritisiere, „dass sie die Gesetze durchsetzt, die er als Politiker

selbst mit zu verantworten hat, ist als Vizepräsident des Bundestags einfach nicht mehr tragbar“. Thierse hat auch diesen Sturm im Wasserglas unbeschadet überstanden.

Und ewig lockt der Nazi-Vergleich

Schlechter erging es Herta Däubler-Gmelin. Ihr vom *Schwäbischen Tagblatt* kolportierter Vergleich des damaligen US-Präsidenten George W. Bush mit Adolf Hitler kostete der Bundesjustizministerin im Herbst 2002 den Job. Die Zeitung hatte am 19. September 2002 in ihrem Lokalteil von einem Treffen der Sozialdemokratin mit Metallgewerkschaftern in Tübingen berichtet und sie mit den Worten zitiert: „Bush will von seinen innenpolitischen Schwierigkeiten ablenken. Das ist eine beliebte Methode. Das hat auch Hitler schon gemacht.“ Auch wenn in dem Artikel nachgeschoben wurde, Däubler-Gmelin habe kurz darauf betont, „Bush nicht mit Hitler gleichgesetzt“ zu haben, schlug der Text ein wie eine Bombe.

Die schwarz-gelbe Opposition ließ sich die Steilvorlage nur wenige Tage vor der Bundestagswahl nicht entgehen: Die Justizministerin habe „das deutsch-amerikanische Verhältnis empfindlich belastet“, empörte sich CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer und forderte Kanzler Gerhard Schröder auf, sie „noch vor dem Wahlsonntag“ zu entlassen. Angesichts der von mehreren Zeugen bestätigten „unglaublichen Aussprüche“ Däubler-Gmelins „sollte der Bundeskanzler den Anstand zu einer Entschuldigung beim amerikanischen Präsidenten und Frau Däubler-Gmelin den Mut zum Rücktritt finden“, forderten FDP-Chef Guido Westerwelle und FDP-Fraktionschef Wolfgang Gerhardt. „Jede Stunde, die diese unsägliche Frau im Amt ist, ist ein Schaden für Deutschland“, ereiferte sich Unions-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber.

Däubler-Gmelins angebliche Äußerungen schlugen Wellen bis ins Weiße Haus. Als „ungeheuerlich und unerklärlich“ verurteilte sie der US-Regierungssprecher Ari Fleischer. In seinen im November 2010 veröffentlichten Memoiren erinnert sich George W. Bush: „I was shocked and furious.“ Gerhard Schröder sah sich genötigt, umgehend einen Entschuldigungsbrief an Bush zu schicken. „Ich

möchte Dich auf diesem Wege wissen lassen, wie sehr ich bedauere, dass durch angebliche Äußerungen der deutschen Justizministerin ein Eindruck entstanden ist, der Deine Gefühle tief verletzt hat", schrieb Schröder. Er versicherte Bush, „dass an meinem Kabinettstisch niemand Platz hat, der den amerikanischen Präsidenten mit einem Verbrecher in Verbindung bringt".

Auf einer eilends einberufenen Pressekonferenz beteuerte Däubler-Gmelin am 20. September 2002, völlig falsch verstanden worden zu sein. Auf der Wahlveranstaltung habe sie über eine „interessante innenpolitische Diskussion" in den USA referiert, in der Bush vorgeworfen werde, seine Kriegspläne gegen den Irak sollten nur von innenpolitischen Problemen ablenken. In diesem Kontext habe sie gesagt: „Das kennen wir aus unserer eigenen Geschichte seit Adolf Nazi." Aber sie habe gleich mehrfach erklärend hinzugefügt, dass ein Zusammenhang zwischen Bush und Hitler „völlig unzulässig" und dies „weder so gesagt noch so gemeint" gewesen sei. „Adolf Nazi ist ein gebrauchssprachlicher Begriff", erläuterte Däubler-Gmelin. Er stelle keine Grundlage für einen Vergleich zwischen Hitler und Bush dar. Deswegen sei es „unglaublich und verleumderisch", ihr einen solchen Vergleich zu unterzustellen. Es tue ihr leid, dass die „unglaublich emotionalisierte Berichterstattung", die sie selbst nicht zu verantworten habe, einen „Schatten auf das deutsch-amerikanische Verhältnis" geworfen habe. Den geforderten Rücktritt lehnte sie ab.

Ihre Zeit in der Bundesregierung war trotzdem abgelaufen. Einen Tag nach der Bundestagswahl vom 22. September 2002 gab Gerhard Schröder bekannt, dass Däubler-Gmelin dem künftigen rotgrünen Kabinett nicht mehr angehören wird. Sie habe ihm in einem Brief ihren Verzicht auf das Ministeramt angeboten, teilte der sozialdemokratische Wahlsieger nach einer Sitzung des SPD-Parteivorstands mit. „Die Entscheidung, die getroffen worden ist, liegt in der Konsequenz dessen, was ich für richtig halte", sagte Schröder. Damit zeige sich, dass es in „der deutschen Politik noch Menschen gibt, die Konsequenzen ziehen können". Das sei „menschlich hoch anständig und respektabel".

Mehr oder weniger bizarre Nazivergleiche gehören zum Standardrepertoire bundesdeutscher Politiker. Oskar Lafontaine, damals Oberbürgermeister Saarbrückens und SPD-Landesvorsitzender im Saarland, warf im Juli 1982 dem seinerzeitigen SPD-Bundeskanzler vor: „Helmut Schmidt spricht weiter von Pflichtgefühl, Berechenbarkeit, Machbarkeit, Standhaftigkeit. Das sind Sekundärtugenden. Ganz präzis gesagt: Damit kann man auch ein KZ betreiben." Kurz vor seinem 90. Geburtstag fuhr Schmidt im September 2008 die Retourkutsche. In einem Interview mit der *Bild am Sonntag* sagte der Altkanzler: „Adolf Nazi war ein charismatischer Redner. Oskar Lafontaine ist das auch."

Unvergessen ist der Ausspruch des damaligen CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler im Juni 1983 im Bundestag: „Der Pazifismus der dreißiger Jahre, der sich in seiner gesinnungsethischen Begründung nur wenig von dem unterscheidet, was wir in der Begründung des heutigen Pazifismus zu Kenntnis zu nehmen haben, dieser Pazifismus der dreißiger Jahre hat Auschwitz erst möglich gemacht." Nachdem er etwas später auch noch die SPD als „fünfte Kolonne" Moskaus bezeichnete, revanchierte sich der damalige SPD-Vorsitzende Willy Brandt im Mai 1985 in der Fernsehsendung *Bonner Runde*, Geißler sei der „seit Goebbels schlimmste Hetzer in diesem Land". Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass mehr als ein Vierteljahrhundert später der mittlerweile 81-jährige Geißler als Schlichter beim umstrittenen Bahnhofsprojekt „Stuttgart 21" ausgerechnet ein bekanntes Goebbels-Zitat bemühte, um die unversöhnlichen Konfliktparteien doch noch zu einem Kompromiss zu bewegen: „Wollt ihr den totalen Krieg?" Im Gegensatz zu dem NS-Propagandaminister bei seiner berüchtigten Berliner Sportpalastrede im Februar 1943 wollte Geißler Ende Juli 2011 von den Anwesenden im Stuttgarter Rathaus kein begeistertes „Ja" zugerufen bekommen, im Gegenteil. Der Provokation war er sich jedoch durchaus bewusst. Er habe die rhetorische Figur „sehr sorgfältig gewählt", sagte der fidele Politpensionär der *Passauer Neuen Presse*. Man müsse eben „zuspitzen, damit man gehört wird". Er ist sich treu geblieben: Auch im Alter findet Geißler nicht immer das richtige verbale Maß.

Helmut Kohl konnte es während seiner Zeit als Bundeskanzler ebenfalls nicht lassen, sich des Goebbels' im politischen Tagesgeschäft zu bedienen. Er meinte, den KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow in eine Reihe mit dem Nazi-Hetzer stellen zu müssen. In einem Interview mit dem US-Nachrichtenmagazin *Newsweek* sagte Kohl: „Gorbatschow ist ein moderner Kommunistenführer. Er versteht etwas von Public Relations. Goebbels verstand auch etwas von Public Relations. Man muss die Dinge doch auf den Punkt bringen." Zwar distanzierte sich Kohl einige Wochen später von dem Interview, war jedoch nicht zu einer offiziellen Entschuldigung bereit. Auch der Forderung der Grünen nach sofortigem Rücktritt kam der Kanzler bekanntermaßen nicht nach. Es war nicht der einzige schräge NS-Vergleich Kohls in seiner langen politischen Karriere. Die SPD-Boykottaufrufe wegen seiner illegalen Spendensammlung für die CDU verglich er im Juni 2000 mit dem Boykott jüdischer Geschäfte unter der NS-Diktatur. Im September 2002 zitierte der *Spiegel* Kohl mit einer Äußerung über Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD): „Das ist der schlimmste Präsident seit Hermann Göring." Göring war von 1932 bis 1945 Reichstagspräsident.

Solchen Hang zur Geschmacklosigkeit teilte Kohl mit seinem langjährigen Unionswidersacher Franz Josef Strauß, der bei der Diffamierung politischer Gegner auch schnell mit NS-Analogien zur Hand war. In seinen 1989 veröffentlichten *Erinnerungen* schrieb er über die Berichterstattung des ihm verhassten *Spiegel* über seine Machenschaften in der *Spiegel*-Affäre, die Ende 1962 zu seinem Rücktritt als Bundesverteidigungsminister führte: „Ich bin damals behandelt worden wie ein Jude, der es gewagt hätte, auf dem Reichsparteitag der NSDAP aufzutreten." Als einstiges Mitglied des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB), des Nationalsozialistischen Kraftfahrer Korps (NSKK) und als Nationalsozialistischer Führungsoffizier (NSFO) musste Strauß ja Bescheid wissen.

Im Dezember 2002 forderten die Grünen gemeinsam mit der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di den damaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch zum Rücktritt auf. Koch hatte im Landtag den Ver.di-Bundeschef Frank Bsirske scharf angegriffen,

weil dieser in der Vermögensteuerdebatte Namen reicher Deutscher genannt habe. Dies sei „eine neue Form von Stern an der Brust“ und „eine schlimme Parallele zu anderen Zeiten“, sagte Koch in Anspielung auf den in der NS-Zeit eingeführten Judenstern. Nach einer Unterbrechung der Sitzung entschuldigte er sich für seine Wortwahl. Er habe sich „vergaloppiert“. Damit war das Thema für ihn erledigt.

„Die Nazi-Analogie gehört seit Gründung der Bundesrepublik zum probaten Totschlagearsenal in der politischen Auseinandersetzung“, schrieb Norbert Seitz anlässlich der Entgleisung Kochs in der *Zeit*. Zwar hätte es zeitweise danach ausgesehen, „als könnte die Naziparallele auf den Index der Political Correctness geraten“. Diese Annahme sei leider ein Irrtum gewesen. „Der Diskurskrieg unter Politikern, wie wir ihn gerade erleben, zeigt, dass die Erinnerungsrituale des als Schamkollektiv definierten Volkes keine wirkliche historische Erkenntnis verbürgen“, stellte der Politologe fest. Die Nazi-Analogie sei „zum Tabubruch mit äußerster Wirkung geworden, indem sie zugleich das Tabu immer wieder verschärft, auf dass es beim nächsten Mal aufs Neue mit größerem Eklat verletzt werde“. Seitz fragte sich, ob hier „auch ein Symptom von gescheiterter Bewältigung“ vorliege? Zumindest arbeiteten die Geschichtsschwadroneure unfreiwillig an der Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Der Bundestagspräsident und das braune „Faszinosum“: Der Fall Philipp Jenninger

Manchmal kann eine einzige Rede eine politische Karriere beenden. Diese Erfahrung musste Philipp Jenninger am 11. November 1988 machen. Tags zuvor hatte sich der Christdemokrat im alten Bonner Wasserwerk bei einer Trauerfeier des Bundestags aus Anlass der Reichspogromnacht um Kopf und Kragen geredet. Dabei hatte er es nur gut gemeint. Aber einfach schlecht gemacht. Jenninger galt lange als Hoffnungsträger seiner Partei. Zu den politischen Ziehvätern des am 10. Juni 1932 im Rindelbach bei Ellwangen geborenen Buchdruckersohns gehörte Franz Josef Strauß, für den er von Mitte der sechziger Jahre an als Referent arbeitete. 1969 kam der gelernte

Jurist erstmals in den Bundestag. 1973 wurde er einer der parlamentarischen Geschäftsführer der Unionsfraktion. Nach der Bonner Wende im Oktober 1982 machte Helmut Kohl seinen loyalen Gefolgsmann und Duzfreund zum Staatsminister im Bundeskanzleramt. Nach dem Rücktritt Rainer Barzels aufgrund dessen Verstrickung in die Flick-Affäre wurde Jenninger am 5. November 1984 mit großer Mehrheit zum neuen Bundestagspräsidenten gewählt. 1987 wurde er im Amt bestätigt. Nur ein Jahr später kam der jähe Absturz.

Dabei hatte es eine historische Rede werden sollen – eine, die an jene legendäre Ansprache Richard von Weizsäckers vom 8. Mai 1985 anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus anknüpfen sollte. „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung", hatte der Bundespräsident damals gesagt – nun wollte der Bundestagspräsident am 10. November 1988 erklären, wie es überhaupt zu dem nationalsozialistischen Schreckensregime auf deutschem Boden hatte kommen können. Er wollte eine Rede halten, die aufräumt mit der Lebenslüge der Dabeigewesenen, sie hätten von nichts gewusst, wie er zu Beginn formulierte: „Es ist wahr, dass die Nationalsozialisten große Anstrengungen unternahmen, die Wirklichkeit des Massenmordes geheim zu halten. Wahr ist aber auch, dass jedermann um die Nürnberger Gesetze wusste, dass alle sehen konnten, was heute vor 50 Jahren in Deutschland geschah und dass die Deportationen in aller Öffentlichkeit vonstattengingen. Und wahr ist, dass das millionenfache Verbrechen aus den Taten vieler einzelner bestand, dass das Wirken der Einsatzgruppen nicht nur in der Wehrmacht, sondern auch in der Heimat Gegenstand im Flüsterton geführter Gespräche zwar."

Jenninger wollte aufrütteln: „Deutschland hatte Abschied genommen von allen humanitären Ideen, die die geistige Identität Europas ausmachten, der Abstieg in die Barbarei war gewollt und vorsätzlich." Das sei nicht nur das Werk einzelner gewesen: „Viele Deutsche ließen sich vom Nationalsozialismus blenden und verführen. Viele ermöglichten durch ihre Gleichgültigkeit die Verbrechen. Viele wurden selbst zu Verbrechern. Die Frage der Schuld und ihrer Verdrängung muss jeder für sich selbst beantworten. Wogegen wir

uns aber gemeinsam wenden müssen, das ist das Infrage stellen der historischen Wahrheit, das Verrechnen der Opfer, das Ableugnen der Fakten. Wer Schuld aufrechnen will, wer behauptet. es sei doch alles nicht so – oder nicht ganz so – schlimm gewesen, der macht schon den Versuch zu verteidigen, wo es nichts zu verteidigen gibt.“ Und der Christdemokrat wollte eine Rede halten gegen diejenigen auch in den eigenen Reihen, die immer wieder verlangten, endlich einen Schlussstrich unter dieses düstere Kapitel zu ziehen: „Unsere Vergangenheit wird nicht ruhen, sie wird auch nicht vergehen.“

Ja, es hätte durchaus eine historische Rede werden können. Aber stattdessen geriet sie für Jenninger zum Desaster. Denn ohne jedes Gespür für die Empfindsamkeit der Opfer leierte der Bundestagspräsident, ohnehin kein großer Redner, seinen Vortrag mit buchhalterischer Kälte herunter. Er schaffte es nicht, Zitate als Zitate kenntlich werden zu lassen. Zudem wählte er Formulierungen, die auch als Rechtfertigung des Nationalsozialismus missverstanden werden konnten – und von nicht wenigen Zuhörern auch so verstanden wurden. Der CDU-Mann marschierte, so empfand es der FDP-Parlamentarier Wolfgang Lüder, „mit geistigen Knobelbechern durch die Geschichte“. Schon während der Rede Jenningers verließen Dutzende von Abgeordneten schockiert und empört den Saal. „Das ist ein dunkler Tag in der deutschen Nachkriegsgeschichte“, kommentierte Willy Brandt, der dem Festakt beigewohnt hatte, den völlig misslungenen Auftritt. „Das ist fehlgeschlagen, nicht weil Jenninger ein schlechter Kerl ist, sondern weil er sich übernommen hat“, urteilte der Altkanzler.

Es waren Sätze wie diese, die die Rede zum Fiasko werden ließen: „Die Jahre von 1933 bis 1938 sind selbst aus der distanzierten Rückschau und in Kenntnis des Folgenden noch heute ein Faszinosum insofern, als es in der Geschichte kaum eine Parallele zu dem politischen Triumphzug Hitlers während jener ersten Jahre gibt.“ Die „Staunen erregenden Erfolge Hitlers“ seien eine „nachträgliche Ohrfeige für das Weimarer System“ gewesen: „Machte nicht Hitler wahr, was Wilhelm II. nur versprochen hatte, nämlich die Deutschen herrlichen Zeiten entgegenzuführen? War er nicht wirklich von der Vorsehung auserwählt, ein Führer, wie er einem Volk nur

einmal in tausend Jahren geschenkt wird?“ Man habe zwar in einzelnen Lebensbereichen weniger individuelle Freiheiten genossen, „aber es ging einem persönlich doch besser als zuvor, und das Reich war doch unbezweifelbar wieder groß. Ja, größer und mächtiger als je zuvor“. Und in Bezug auf die Juden fragte der Bundestagspräsident: „Hatten sie sich nicht in der Vergangenheit doch eine Rolle angemaßt – so hieß es damals –, die ihnen nicht zukam? Mussten sie nicht endlich einmal Einschränkungen in Kauf nehmen? Hatten sie es nicht vielleicht sogar verdient, in ihre Schranken gewiesen zu werden? Und vor allem: Entsprach die Propaganda – abgesehen von wilden, nicht ernst zu nehmenden Übertreibungen – nicht doch in wesentlichen Punkten eigenen Mutmaßungen und Überzeugungen?“

Mit solchen Worten wollte Jenninger erklären, was den heute nur noch schwer vorstellbaren Aufstieg Hitlers ermöglicht und aus welch fatalem Denken sich die Unterstützung durch den überwiegenden Teil der deutschen Bevölkerung gespeist hatte. Seine Worte waren als eine kritische Auseinandersetzung mit dem Schreckensregime der Nazis gedacht. Aber die von Jenninger gewählten rhetorischen Stilmittel erwiesen sich für ihn als Überforderung. Es gelang ihm nicht, seine eigene Distanzierung deutlich werden zu lassen und Empathie mit den Opfern zu zeigen. Jenninger habe die Anforderungen „gedankliches und sprachliches Einfühlungsvermögen und die Sorgfalt der Darstellung“ nicht erfüllt, beschrieb der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel zutreffend das Versagen des Parlamentspräsidenten. „Das Entsetzliche an Jenningers Auftritt war ja nicht, dass er sich als ein Antisemit, sondern dass er sich als ein Garnichts benahm, nach dem Motto: ‚Der Hoheitsträger tritt ans Pult.’“, kommentierte Rudolf Augstein im *Spiegel* den Fauxpas des „Onkel Bräsig“.

Gleich nach der Rede traten die Bundestagsfraktionen aufgeregt zu Beratungen zusammen. Es folgten heftige Reaktionen in der Presse. Auch das internationale Echo war verheerend. „Tumult im westdeutschen Parlament wegen Hitlerverehrung“, titelte der niederländische *Telegraaf*. Für die *Basler Zeitung* war die Rede „eine Peinlichkeit sondergleichen – unakzeptabel“. Als ein „nationales

Unglück für die westdeutsche Gesellschaft“ bezeichnete die Londoner *Times* den Auftritt Jenningers. In Paris befand *Le Monde* knapp: „Das Resultat: eine Katastrophe.“ Das israelische Außenministerium sprach von einer „jämmerlichen Rede“.

Der Druck auf Jenninger, der gar nicht begriff, wie ihm geschah, wuchs Stunde für Stunde. Zunächst sträubte er sich gegen das Drängen seiner Parteifreunde, zur Schadensbegrenzung sein Amt aufzugeben. Er, so seine Verteidigung, sei es doch schließlich gewesen, der gegen den Widerstand einer starken Gruppe rechtskonservativer Unionsabgeordneter um den Bundestagsfraktionschef Alfred Dregger die Trauerfeier zur Pogromnacht durchgesetzt habe. Alle inhaltlichen Aussagen seiner Rede seien einwandfrei und nicht zuletzt eine Abrechnung mit den eigenen Rechten gewesen, die davon nichts mehr hören und wissen wollten, rechtfertigte er sich. Aber es half Jenninger nichts mehr. Einen Tag nach seinem Debakel im Bundestag musste er einsehen, dass ihm nur noch eine Konsequenz blieb: der Rücktritt. „Ich muss davon ausgehen, dass viele Kolleginnen und Kollegen mir das für meine Amtsführung notwendige Vertrauen nicht mehr entgegenbringen“, teilte er in seiner Rücktrittserklärung mit. Er räumte ein, seine Rede sei von vielen nicht so verstanden worden, wie er sie gemeint habe. Weiter betonte der Gescheiterte, dass er sich immer „in besonderer Weise für die Aussöhnung mit den Juden und für die Lebensinteressen des Staates Israel engagiert“ habe und stets ein „kompromissloser Gegner jeder Form totalitärer Herrschaft“ gewesen sei. Wie wenig Jenninger verstanden hatte, woran er letztlich gescheitert war, dokumentierte er mit den Worten: „Man muss daraus lernen. Nicht alles darf man beim Namen nennen – in Deutschland.“

Nach seinem Rücktritt blieb Jenninger zunächst als einfacher Abgeordneter im Bundestag. Freunde waren davon überzeugt, dass er bald wieder wichtige Posten bekleiden würde, wenn erst etwas Gras über die Sache gewachsen sei. Sie täuschten sich. Jenninger arbeitete zwar noch bis zum Ende der Legislaturperiode im Auswärtigen Ausschuss mit, meldete sich jedoch in den Plenarsitzungen nicht mehr zu Wort. Bei der Bundestagswahl im Dezember 1990 verzichtete er auf eine erneute Kandidatur. Jenninger wechselte in

die Diplomatie. Im Januar 1991 wurde er deutscher Botschafter in Wien – ein Posten, der nicht im Brennpunkt des politischen Geschehens stand. Das galt auch für seine nächste Station: 1995 wurde der gläubige Katholik Missionschef im Vatikan. Im Juni 1997 ging er in den Ruhestand.

Im Jahr seiner Pensionierung schaute sich Jenninger noch einmal nach einer neuen Aufgabe um: Er meldete sich für das Amt des Präsidenten beim renommierten Deutschen Instituts für Auslandsbeziehungen (IfA) e.V. in Stuttgart. Die Einrichtung wird überwiegend vom Auswärtigen Amt finanziert, organisiert die auswärtige Kulturpolitik im Bereich Bildende Kunst und zeichnet verantwortlich für große Ausstellungen, die die Bundesrepublik im Ausland repräsentieren sollen. Doch aus dem Präsidentenamt wurde nichts. Denn außer an seine misslungene Rede zur Reichspogromnacht erinnerten sich Kritiker jetzt noch an eine schon etwas länger zurückliegende Affäre: Im März 1976 hatte der damalige parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion in Bonn in der Parlamentarischen Gesellschaft bei einer von dem SPD-Abgeordneten Volker Hauff arrangierten Ausstellung des Graphikers Klaus Staeck zwei Plakate empört von der Wand gerissen. Eines der Plakate zeigte Gefangene hinter Gittern und die Aufschrift: „Seit Chile wissen wir genauer, was die CDU von Demokratie hält“ – was Jenninger als Beleidigung auffasste. Staeck erinnerte sich nur zu gut an diesen Vorfall. Es „wäre ein Stück aus dem Tollhaus, wenn ein profilierter Bilderstürmer zu einem der obersten deutschen Kulturrepräsentanten wird“, wetterte er deshalb. Der Internationale Kunstkritikerverband (AICA) bezeichnete die Kandidatur des früheren Bundestagspräsidenten als „instinktlos und belastend“. Die SPD-Fraktion im Stuttgarter Landtag wandte sich ebenfalls gegen Jenninger. Der Grünen-Politiker Rezzo Schlauch rief dazu auf, die Wahl zu verhindern. Der Angegriffene sprach von „Kesseltreiben“ und „Hetze“, gab dann jedoch auf: Jenninger zog seine Kandidatur zurück.

Ein Jahr nach Jenningers missglücktem Auftritt, beim Holocaust-Gedenktag 1989, hielt Ignatz Bubis eine Rede, in der er zentrale Passagen aus der Rede Jenningers wörtlich übernahm. In einer

Ansprache zum 9. November wiederholte der damalige zweite Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland das Experiment. Beide Male erntete er Applaus. In einem Interview mit dem Berliner *Tagesspiegel* konstatierte Bubis später, Philipp Jenninger habe „eine über weite Strecken hervorragende Rede einfach nur rhetorisch miserabel gehalten ... Wenn es nach uns gegangen wäre, hätte er nicht zurücktreten müssen."

Der falsche Doktor: Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg

Rhetorische Fehlleistungen wie die Philipp Jenningers wären Karl Theodor Maria Nikolaus Johann Jacob Philipp Franz Joseph Sylvester Freiherr von und zu Guttenberg nie passiert. Stets sorgsam wählte der Spross eines fränkischen Adelsgeschlechts seine Worte. Im Herbst 2009 zeichnete ihn das Public-Relations-Fachmagazin *politik&kommunikation* als „Politiker des Jahres" aus. „Kein anderer Politiker hat in diesem Jahr so gut wie Karl-Theodor zu Guttenberg verstanden, durch klare und offene Kommunikation Politik den Bürgern wieder näher zu bringen und zugleich glaubwürdiger zu machen", begründete die Jury ihre Entscheidung. Im Frühjahr 2010 kürte die *Deutsche Sprachwelt* den damaligen Bundesverteidigungsminister zum „Sprachwahrer des Jahres". Der christsoziale Politiker spräche, teilte die vom Verein für Sprachpflege herausgegebene Zeitschrift mit, „nicht nur gutes Deutsch, sondern auch einwandfreies Englisch und liest Platon im altgriechischen Original". Außerdem sei er „in der Lage, eine mitreißende Bierzeltrede zu halten". Vor allem jedoch zeichne sich Guttenberg „durch sein Bemühen um eine klare, verständliche und schnörkellose Sprache aus". Inzwischen erhält Guttenberg solche Auszeichnungen nicht mehr. Der Senkrechtstarter der deutschen Politik ist abgestürzt. Zum Verhängnis wurde ihm nicht das gesprochene Wort, sondern das geschriebene.

Karl-Theodor zu Guttenberg war ein politischer Überflieger. 1998 mit 27 Jahren in die CSU eingetreten und 2002 erstmals in den Bundestag gewählt, stürmte er in kürzester Zeit die Hitparaden der

deutschen Politik. Nach dem Rücktritt seines amtsmüden Parteifreundes Michael Glos wurde Guttenberg mit nur 37 Jahren Minister für Wirtschaft und Technologie, nach der Bundestagswahl 2009 wechselte er ins Verteidigungsministerium. Damit hatte er es schon weitergebracht als sein 1972 verstorbener gleichnamiger Großvater. Der Mitbegründer der CSU gehörte von 1957 bis 1972 dem Bundestag an, schaffte es nur bis zum Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Sein Enkel schien hingegen nach seiner Berufung ins Bundeskabinett noch nicht auf der letzten Sprosse der Karriereleiter angelangt zu sein.

Als jüngster Bundeswirtschafts- und jüngster Bundesverteidigungsminister in der Geschichte der Bundesrepublik genoss der jung-dynamische Guttenberg eine Beliebtheit in der Bevölkerung, wie sie kaum je zuvor einem Politiker in diesem Land zuteilgeworden ist. Scheinbar entrückt vom profanen Politbetrieb bediente der millionenschwere Adlige mit der vermeintlich makellosen Biographie die vordemokratischen Sehnsüchte nach einer reinen, tugendhaften Lichtgestalt, die sich über das schmutzige politische Geschäft erhebt. Da kümmerte es wenig, dass der „Bürgerkönig" (*Spiegel*) seinen Lebenslauf kräftig aufgehübscht hatte. „Ich habe vor dem Eintritt in die Politik in der freien Wirtschaft gearbeitet, war dort tätig, habe dort Verantwortung im eigenen Familienunternehmen getragen", simulierte Guttenberg nach seiner Ernennung zum Wirtschaftsminister praxisnahe Fachkompetenz. Tatsächlich beschäftigte sich die Münchner Guttenberg GmbH, für die er bis 2002 als Geschäftsführender Gesellschafter tätig war, vor allem mit der Verwaltung des Familienvermögens. Laut Angaben der Firmenauskunft Creditreform hatte sie „ca. drei Beschäftigte", machte im Jahr 2000 einen Umsatz von geschätzten 25.000 Euro und wurde 2004 aufgelöst. Auch hinter dem von Guttenberg vermittelten Eindruck, er habe am Börsengang der Rhön-Klinikum AG mitgewirkt, verbarg sich mehr Schein als Sein. „In Wahrheit war Karl Theodor zu Guttenberg gerade einmal 18 Jahre alt und bereitete sich auf den Wehrdienst vor, als 1989 die Rhön Klinikum AG an die Börse ging", fand das ARD-Magazin *Panorama* heraus. Erst Jahre danach habe er dort im Aufsichtsrat gesessen, „war also auch dann nicht am operativen

Geschäft beteiligt". Von 1996 bis 2002 gehörte Guttenberg dem Aufsichtsrat der Rhön-Klinikum AG an, an der die Familie mit 26,5 Prozent der Stammaktien beteiligt war. Diese Tätigkeit, „die später als Beleg für seine Qualifikation in wirtschaftlichen Belangen angeführt wurde, stand nach Einschätzung von Bekannten allerdings nur auf dem Papier", berichten die *FAZ*-Journalisten Eckart Lohse und Markus Wehner in ihrer 2011 veröffentlichten Guttenberg-Biographie. Auch andere Angaben des Meisters der Selbstinszenierung weckten bei einer genaueren Überprüfung Zweifel. Praktika in zwei Anwaltskanzleien gab er als „berufliche Stationen in Frankfurt und New York" an. Aus einem Praktikum bei der *Welt* im Jahr 2001 wurde die Tätigkeit als „freier Journalist" bei der Tageszeitung. Ganze acht kleinere Artikel schrieb er, vier davon zusammen mit anderen Autoren. Insgesamt entstehe der Eindruck, dass Guttenberg die Zeit bis zum Beginn seiner bundespolitischen Karriere „etwas aufgeblasen hat, um den Eindruck pausenloser zielgerichteter Geschäftigkeit zu erzeugen", schreiben Lohse und Wehner. „In Wirklichkeit war es wohl eher so, dass er noch nach dem Weg suchte, den er einschlagen wollte."

Den Weg glaubte Guttenberg schließlich mit seinem Eintritt in die Politik gefunden zu haben. Die Boulevardpresse und die Klatschzeitschriften liebten den blaublütigen Politiker und seine hochadlige Ehefrau, die geborene Stephanie Gräfin von Bismarck-Schönhausen. Auch jenseits der *Yellow Press* ließ es sich kaum ein Blatt nehmen, das „Glamour-Paar" auf der Titelseite abzufeiern. Nur ein Starschnitt in der *Bravo* fehlte noch. Der *Spiegel* präsentierte die beiden auf einem roten Teppich mit der Schlagzeile: „Die fabelhaften Guttenbergs – Paarlauf ins Kanzleramt". Karl-Theodor und Stephanie seien „das Royal Couple der Bundesrepublik, das königliche Paar, das nicht nur die Hirne beschäftigt, sondern auch die Herzen bewegt", schwärmten die Redakteure im Verlagshaus an der Hamburger Brandswiete.

Guttenbergs Aufstieg schien unaufhaltsam. Bis die *Süddeutsche Zeitung* am 16. Februar 2011 einen Bericht veröffentlichte, in dem ihm vorgeworfen wird, seine Ende 2006 an der Uni Bayreuth eingereichte Dissertation sei an mehreren Stellen „ein dreistes Plagiat"

und „eine Täuschung“. Dem Bremer Jura-Professor Andreas Fischer-Lescano war aufgefallen, dass die 2007 mit der Bestnote *summa cum laude* bewertete Doktorarbeit über „Verfassung und Verfassungsvertrag. Konstitutionelle Entwicklungsstufen in den USA und der EU“ mindestens 24 Passagen aufweist, die fast wörtlich und ohne Quellenangaben aus anderen Publikationen übernommen wurden. „Der Vorwurf, meine Doktorarbeit sei ein Plagiat, ist abstrus“, wehrte sich Guttenberg. „Die Anfertigung der Arbeit war meine eigene Leistung“, beteuerte er. Er sei aber „gern bereit zu prüfen, ob bei über 1.200 Fußnoten und 475 Seiten vereinzelt Fußnoten nicht oder nicht korrekt gesetzt sein sollten“.

Schnell wird klar, dass es keineswegs um vereinzelt falsch gesetzte Fußnoten geht. Einen Tag nach dem Bekanntwerden der Plagiatsvorwürfe entsteht das „GuttenPlag Wiki”. Hunderte unbezahlter Rechercheure durchkämmen in ihrer Freizeit Wort für Wort akribisch die Dissertation Guttenbergs und tragen ihre Ergebnisse auf der Internetplattform zusammen. Das verheerende Ergebnis: Von der Einleitung bis zum Nachwort – auf kaum einer Seite findet sich nicht eine Stelle, die aus fremder Feder stammt. Großzügig hat sich der fränkische Adelige aus den Arbeiten anderer Leute bedient. Abgeschriebenes findet sich aus etlichen Zeitungsartikeln, den *Informationen zur Politischen Bildung*, dem Webauftritt der US-Botschaft, beim Wissenschaftlichen Dienst des Bundestags, aus der Hausarbeit eines Erstsemesters und zahlreichen weiteren nicht gekennzeichneten Quellen – inklusive Rechtschreibfehlern. Auf 371 Seiten entdecken die anonymen Jäger des „GuttenPlag Wiki” 1.218 Plagiatsfragmente aus 135 Quellen und insgesamt 10.421 abgeschriebene Zeilen.

Auf einer öffentlichen Veranstaltung der CDU am 21. Februar im hessischen Kelkheim räumt Guttenberg ein, er habe „gravierende Fehler“ gemacht, die „den wissenschaftlichen Kodex, den man so ansetzt“, nicht erfüllten. Das habe er inzwischen festgestellt, nach dem er sich die Arbeit „noch einmal angesehen“ habe. Er habe „an der ein oder anderen Stelle“ den „Überblick über die Quellen verloren“ und „Blödsinn“ geschrieben. Um den Schaden „für eine Universität, bei meinem hoch geschätzten, honorigen Doktorvater und

einem Zweitkorrektor“ zu begrenzen, wolle er auf seinen Doktortitel verzichten. Von einem Rücktritt will der überführte Schummler nichts wissen: „Eine fränkische Wettertanne hauen solche Stürme nicht um.“ Es sei „exakt mein Anspruch, meine Aufgabe als Bundesverteidigungsminister zu erfüllen.“ Frenetischer Jubel brandet ihm entgegen.

Zwei Tage später entzieht die Universität Bayreuth Guttenberg den Doktortitel. Im Bundestag bekennt er erneut, eine „offensichtlich sehr fehlerhafte Doktorarbeit geschrieben“ zu haben. Er bleibt aber dabei: Der Vorwurf, seine Arbeit wäre ein Plagiat, sei abstrus. Denn ein Plagiat setze voraus, „dass man bewusst und vorsätzlich getäuscht haben soll“. Das habe er nicht getan, versichert Guttenberg. Der Bayreuther Juraprofessor Oliver Lepsius, Nachfolger auf dem Lehrstuhl von Guttenbergs Doktorvater Peter Häberle, sieht das anders: „Wir sind einem Betrüger aufgesessen.“ In einem Offenen Brief protestieren mehr als 22.000 Doktoranden, Wissenschaftler und weitere Unterzeichner gegen den Umgang der Bundesregierung mit der Causa Guttenberg. „Wir haben den Eindruck, dass Sie mit aller Macht versuchen, einen Minister zu halten, der trotz massiver Gegenbeweise immer noch die Behauptung aufrechterhält, er habe in seiner Doktorarbeit nicht bewusst getäuscht“, schreiben sie an Kanzlerin Angela Merkel. Der fahrlässige Umgang des Freiherrn mit den Usancen des Wissenschaftsbetriebs lasse „ein Standesbewusstsein erkennen, wie es dem Adel seit jeher eigen ist“, spottet der konservative Journalist Jan Fleischhauer auf *Spiegel Online*. „In dieser Welt nimmt man sich, was einem zu gebühren scheint, heute ist es eben der ‚Dr. jur.‘ an der Uni Bayreuth.“

Am 1. März 2011 gibt Karl-Theodor zu Guttenberg auf. Es sei ihm „nicht mehr möglich, den in mich gesetzten Erwartungen mit dem mir notwendigen Maß an Unabhängigkeit in der Verantwortung gerecht zu werden“, erklärt er seinen Abschied als Minister, Abgeordneter und Vorsitzender der CSU Oberfranken. „Ich war immer bereit, zu kämpfen, aber ich habe die Grenzen meiner Kräfte erreicht“, verkündet Guttenberg mit getragener Stimme. Sein Rücktritt sei „der schmerzlichste Schritt meines Lebens“.

Am 5. Mai 2011 veröffentlicht die Kommission „Selbstkontrolle in der Wissenschaft“ der Universität Bayreuth den Abschlussbericht ihrer „Untersuchung des Verdachts wissenschaftlichen Fehlverhaltens von Herrn Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg“. Der Bericht bestätigt die Rechercheergebnisse des „GuttenPlag Wiki”. Die Universitätskommission kommt zu dem Ergebnis, dass Guttenberg „die Standards guter wissenschaftlicher Praxis evident grob verletzt und hierbei vorsätzlich getäuscht hat“. Bis heute offen ist allerdings die Frage, ob er die von ihm eingereichte Doktorarbeit überhaupt selbst verfasst hat oder Helfer sie für ihn zusammenkopierten. Nach seinem Rückzug aus der Politik hat sich Guttenberg entschlossen, zusammen mit seiner Familie für mehrere Jahre ins Ausland zu gehen. Im US-Bundesstaat Connecticut soll er sich ein schmuckes Haus gekauft haben. Es heißt, er wolle ein Buch schreiben. Vielleicht trägt der gestrauchelte Polit-Star darin zur Aufklärung bei.

Copy&Paste-Politiker

Der Fall Guttenberg ist ein politisches Lehrstück. Was sich in den zwei Wochen zwischen der Aufdeckung des Promotionsbetrugs bis zum Rücktritt Guttenbergs abgespielt hat, war ein Kulturkampf. Im Ringen um sein politisches Überleben versuchte der fränkische Adlige im Verbund mit der *Bild-Zeitung*, die antiintellektuellen Ressentiments der bildungsfernen Schichten gegen seine Kritiker zu mobilisieren. Das ist ihm zu einem gewissen Maße gelungen. Letztlich gescheitert ist Guttenberg, weil er mit dieser rechtspopulistischen Strategie auch gerade das eigene Lager traf – jene konservativ-bürgerliche Bildungsaristokratie und ihre Organe, die sich die hart erarbeiteten Doktortitel nicht so einfach abwerten und lächerlich machen lassen wollten. Keine Zeitung wetterte so heftig und vernichtend gegen den adligen Plagiator wie die *FAZ*.

Der Doktor ist so etwas wie der Adelstitel des Bürgertums. Als begehrtes Distinktionsmittel signalisiert er die Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Elite. Immerhin bringen es in der BRD nur 2,3 Prozent eines Jahrgangs bis zur Promotion. Der akademische

Grad spielt von daher auch in der Politik eine nicht zu unterschätzende Rolle. Das zeigt sich alleine schon daran, dass im aktuellen Kabinett Angela Merkels elf von sechzehn Ministerinnen und Minister einen Doktortitel führen. Bezeichnend ist, dass Karl-Theodor zu Guttenberg bereits der zweite Unionspolitiker war, der in der 17. Legislaturperiode erwischt wurde, den Doktor zu Unrecht zu führen. Der erste, der CDU-Bundestagsabgeordnete Dieter Jasper, hatte seinen Titel an der „Freien Universität Teufen", einem Unternehmen nach Schweizer Recht, im wahrsten Sinne des Wortes „erworben". Ihre gegen gutes Geld vergebenen „Abschlüsse" sind allerdings nicht einmal in der Alpenrepublik, geschweige denn in Deutschland anerkannt. Daher dürfen die von ihr „verliehenen" akademischen Grade nicht in der Bundesrepublik geführt werden. Das merkte Jasper irgendwann und teilte dem Bundestagspräsidium mit, dass er doch kein Doktor ist. „Der Fehler war, dass ich zu leichtgläubig war und nicht genug nachgefragt habe", räumte er ein. Ob Jasper wirklich so naiv war? Eigentlich hätte er gewarnt sein müssen. Bereits 2006 war sein Berliner Parteifreund Mario Czaja aufgeflogen: Auch der Landespolitiker verdankte seinen Abschluss als „Diplom-Ökonom" der „Freien Universität Teufen". Zu einer Niederlegung seines Bundestagsmandats sah sich Jasper nicht veranlasst

Seit dem Erfolg des „GuttenPlag Wiki" müssen sich etliche Politiker um ihre wissenschaftliche Reputation Sorgen machen. Einmal Lunte gerochen, suchten und suchen die Plagiatsjäger im Internet nach neuen Trophäen. Der FDP-Politikerin Silvana Koch-Mehrin wiesen sie nach, es in ihrer 1999 eingereichten Doktorarbeit über die Lateinische Münzunion ebenfalls mit dem geistigen Eigentum anderer nicht so genau genommen zu haben. Am 11. Mai 2011 gab Koch-Mehrin ihren Rücktritt als Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments bekannt. Ebenso legte die Vorzeigeliberale „mit sofortiger Wirkung" den Vorsitz der FDP-Europafraktion nieder und beendete ihre Mitgliedschaft im FDP-Präsidium. Nur ihr Parlamentsmandat behielt sie. Auf den Entzug des Doktorgrades im Juni 2011 reagierte sie verstimmt. Dass ihre Dissertation „kein Meisterstück ist, weiß ich bereits seit elf Jahren", teilte Koch-Mehrin in einer

schriftlichen Erklärung mit. Ihre Arbeit sei „nicht frei von Schwächen, nicht selten ungenau, oberflächlich und manchmal geradezu fehlerhaft“. Trotzdem habe ihr der Promotionsausschuss im Jahr 2000 „in voller Kenntnis aller eklatanten Schwächen meiner Arbeit den Doktortitel verliehen“. Sie bedauere es „außerordentlich“, dass der Ausschuss jetzt zu einer anderen Auffassung gelangt sei. „Ich werde prüfen lassen, ob sie rechtswidrig ist“, zeigte sich die Freidemokratin als schlechte Verliererin. Koch-Mehrin tue so, „als sei das, was sie ‚Schwächen und Fehler‘ nennt, wir aber ‚Plagiate‘, bekannt gewesen", empörte sich der Dekan der Philosophischen Fakultät, Manfred Berg. Die Unterstellung, man könne an der Universität Heidelberg mit Plagiaten promoviert werden, sei eine „Invektive gegen die Reputation der Gutachter und der gesamten Fakultät“, sagte Berg der *FAZ*.

Auch dem liberalen Europaparlamentarier Georgis Chatzimarkakis wurde mittlerweile der Doktorgrad entzogen. Laut Angaben der Universität Bonn fanden Prüfer in seiner Dissertation „in zahlreichen Fällen aus anderen wissenschaftlichen Arbeiten entlehnte Passagen, die nicht als wörtliche Übernahmen gekennzeichnet waren“. Der Abgeordnete hatte selbst um die Prüfung seiner Doktorarbeit gebeten, nachdem im Internetforum „VroniPlag“ Plagiatsvorwürfe gegen ihn erhoben worden waren. Seine Dissertation ist ein Grenzfall: Die von ihm verwendeten Quellen sind zwar mit Fußnoten ausgewiesen, doch nicht mittels Gänsefüßchen als Zitate gekennzeichnet. Die Entscheidung der Titel-Aberkennung „ist sehr bitter für mich“, teilte Georgis Chatzimarkakis am 13. Juli 2011 mit. Bei aller Enttäuschung stelle er aber „erleichtert fest, dass die Universität Bonn keine Täuschungsabsicht sieht“. Er gab sich sportlich: „Ich bin bereit, eine erneute Doktorarbeit in Angriff zu nehmen.“ Wie Silvana Koch-Mehrin behielt er sein Mandat im Europaparlament.

KAPITEL 6

Die begehrenden Politiker

Wenn das Private politisch wird

Im November 2009 lieferte der *Spiegel* seine ganz eigene Erklärung für den Rückzug Oskar Lafontaines vom Fraktionsvorsitz der Linkspartei im Bundestag. Genüsslich kolportierte das Hamburger Nachrichtenmagazin jenen Klatsch, der in gewissen Kreisen schon seit einiger Zeit kursierte. „Es geht um Lafontaine, um seine Ehefrau Christa Müller, die auch familienpolitische Sprecherin der Saar-Linkspartei ist, und es geht um Sahra Wagenknecht, die prominenteste Kommunistin der Partei, die bis vor kurzem Abgeordnete im Europaparlament war und nun im Bundestag sitzt", raunte das Blatt. Lafontaine und Wagenknecht, so hieß es, „seien sich in der Vergangenheit nicht nur inhaltlich nahegekommen", ja gar von einer Affäre sei die Rede. Als bekannt geworden sei, dass Wagenknecht ein Mandat im Bundestag anstrebte, sei Lafontaine „daheim unter Druck geraten". Zwar handele es sich hier um „eine Geschichte, in der es um die Privatsphäre von drei Politikern geht, und die ist normalerweise für die Öffentlichkeit tabu". Aber das gelte im vorliegenden Fall nicht, „weil hier das Private höchst politische Folgen hat", rechtfertigte der *Spiegel* seine „Enthüllung" scheinheilig.

Wagenknecht dementierte umgehend die ihr nachgesagte private Beziehung, sprach von Gerüchten, „die von politischen Gegnern gestreut werden, um Lafontaine zu schaden". Was durchaus den Tatsachen entsprochen haben dürfte. Lafontaine reagierte einen Tag nach dem Erscheinen der *Spiegel*-Ausgabe. Mit der Offenbarung des wahren Grundes seines Abtritts von der Berliner Parlamentsbühne machte er den Spekulationen ein Ende: Lafontaine gab bekannt, dass er an Krebs erkrankt war. Später bezeichnete er im *Stern* den *Spiegel*-Artikel über seine angebliche Liaison als „Beispiel für niveaulosen Journalismus – mit angeblichen Affären und Berliner

Hintertreppentratsch“. Erst diese Geschichte habe ihn gezwungen, seine Krebserkrankung öffentlich zu machen.

„Es ist unvorstellbar, dass der *Spiegel* so rüde die Privatsphäre eines ihm politisch genehmen Politikers ignorieren würde“, resümierte Stefan Reinicke in der *taz*. Aber für Lafontaine würden an der Brandswiete andere Regeln gelten, sei er doch für die Hamburger Blattmacher „der Mann, den man zu hassen liebt“. Die Folge sei nun eine „doppelte Blamage“ für den *Spiegel*, aus der die Medien lernen sollten, „dass altmodische Zurückhaltung und Respekt vor dem Privaten nicht das Schlechteste sind“.

Anders als im angelsächsischen Raum ist für Journalisten in der Bundesrepublik das Privatleben von Politikern in der Regel kein investigatives Betätigungsfeld. Der Blick durchs Schlüsselloch in die Schlafzimmer von Parlamentariern oder Ministern gilt in Deutschland als verpönt. Auch wenn sich die einst in der Bonner Republik geltende eherne Regel, prinzipiell nur „politisch Relevantes“ zu veröffentlichen, in der Berliner Republik zunehmend verflüchtigt, so gilt doch noch immer, dass über das Privatleben nur veröffentlicht wird, was entweder in Übereinkunft mit dem Betroffenen veröffentlicht werden kann oder was sich gar nicht mehr verheimlichen lässt, also „wenn das Amt Schaden zu nehmen droht“. So wird bis heute in Journalistenkreisen viel hinter vorgehaltener Hand geklatscht, aber wenig veröffentlicht. Entsprechend sind schlagzeilenträchtige „Sexskandale“, deren Aufdeckung in Großbritannien zum üblichen Geschäft nicht nur der *Yellow* Press gehört, in der deutschen Politik selten – und noch seltener daraus resultierende Rücktritte.

Doch was auf den ersten Blick als überaus positiv für die politische Kultur erscheint, hat seine Schattenseiten. Denn die hier geübte journalistische Zurückhaltung ist auch stets eine Einladung zur Bigotterie und Doppelmoral. So war es bereits in der Ära Adenauer kein Problem, politisch opportun erscheinende Wertvorstellungen zu propagieren, die mit der eigenen Lebensrealität schon lange nichts mehr zu tun hatten – ohne dass die entsprechenden Politiker befürchten mussten, dieser Widerspruch könnte an die Öffentlichkeit gelangen. Es reichte, den Schein aufrechtzuerhalten: Weil eine

Scheidung bis Ende der sechziger Jahre einem politischen Selbstmord gleichkam, hielten Politiker eben die Fassade der treusorgenden Familienväter aufrecht – und lebten ansonsten ihr Leben jenseits der Öffentlichkeit, gleichwohl mit Wissen des einen oder anderen Journalisten.

Seitensprung ins Aus

Kritisch wird es nur, wenn Verfehlungen gegen die herrschende Moral von politischen Konkurrenten als Waffe im politischen Kampf eingesetzt werden oder wenn sich trotz aller journalistischen Kumpanei der schöne Schein aus anderen Gründen nicht mehr aufrechterhalten lässt. Dann können Verstöße gegen gesellschaftliche Wertvorstellungen schnell unangenehme Folgen haben. Das musste der Hamburger Sozialdemokrat Paul Nevermann Mitte der sechziger Jahre bitter erfahren.

Der seit 1960 amtierende Erste Bürgermeister und Präsident des Senats der Hansestadt stolperte über die Weigerung seiner Noch-Ehefrau Grete, an seiner Seite als „First Lady" beim Staatsbesuch von Queen Elisabeth II. aufzutreten. Damit machte sie eine außereheliche Beziehung des bis dahin äußerst beliebten Politikers öffentlich. Aus dem Hamburger Blätterwald schwappte eine Welle der schlüpfrigen Empörung über die Stadt. Nevermann sah sich von der Presse verfolgt und vom SPD-Landesvorstand „ehrpusselig" bedrängt. Kurz nach Ende des Staatsbesuchs zog er die Konsequenzen: Am 9. Juni 1965 trat Paul Nevermann zurück. Der Vater der späteren Bundesfamilienministerin und Bundestagsvizepräsidentin Anke Fuchs und des Hamburger Ex-Kulturstaatsrats Knut Nevermann konnte oder wollte die Schlagzeilen über sein Privatleben nicht länger ertragen. Noch bis 1974 blieb Nevermann Mitglied der Bürgerschaft. Im März 1979 starb er auf seinem Altersruhesitz in Puerto de la Cruz auf Teneriffa an einem Gehirnschlag.

In einer Gedenkstunde zu seinem 100. Geburtstag würdigte der christdemokratische Hamburger Bürgermeister Ole von Beust im Februar 2002 Nevermann, er sei als „einer der großen Bürgermeis-

ter der Freien und Hansestadt Hamburg in Erinnerung“. Der „Fehltritt“ Nevermanns, der zu seinem aus heutiger Sicht absurden Rücktritt führte, war von Beust keine Erwähnung wert.

Wechselnde Partnerschaften und Zusammenlebeformen jenseits der Ehe sind heutzutage kein politischer Skandal mehr. Entsprechend wird mittlerweile darüber auch berichtet: Die Klatsch-und-Tratsch-Bedürfnisse des Publikums werden befriedigt, mehr aber auch nicht. Zwar sorgen spektakuläre Partnerinnenwechsel, wie der 1996 vollzogene des damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder von seiner Frau Hiltrud hin zu der Journalistin Doris Köpf für gehörige Schlagzeilen auf dem Boulevard. Aber für einen Rücktrittsgrund hält das keiner mehr – nicht einmal in konservativeren Kreisen. Schröders Nachfolger Christian Wulff blieb einer der populärsten deutschen Politiker, nachdem der heutige Bundespräsident 2006 die Trennung von seiner Frau Christiane nach 18 Jahren Ehe bekannt gab und seine neue Lebensgefährtin Bettina Körner der Öffentlichkeit präsentierte.

Desto überraschender war der Rücktritt der hessischen Sozialministerin Marlies Mosiek-Urbahn 2001. Es hatte keine Rücktrittsforderungen gegen die Christdemokratin gegeben, nicht einmal böse Schlagzeilen. Trotzdem legte die ehemalige Sozialrichterin und Europaabgeordnete ihr Amt nieder, weil sie aufgrund einer bevorstehenden Veränderung ihrer privaten Lebenssituation der glaubwürdigen öffentlichen Darstellung der „werteorientierten familienpolitischen Zielsetzungen“ der Landesregierung im Wege stehen könnte, wie sie in ihrem Rücktrittsschreiben an Ministerpräsident Roland Koch erklärte. „Aus diesem Grunde ziehe ich die politischen Konsequenzen“, so Mosiek-Urbahn weiter. Der Hintergrund: Die zum zweiten Mal verheiratete Mutter von vier Kindern hatte eine außereheliche Affäre mit dem ehemaligen hessischen Regierungssprecher und CDU-Landtagsabgeordneten Rolf Müller und sich deswegen entschlossen, sich von ihrem Ehemann zu trennen. Grund für einen Rücktritt? Die Union sei familienpolitisch „noch in der Kaiserzeit“, nicht aber „im 21. Jahrhundert angekommen“, kommentierte der grüne Fraktionsvorsitzende Tarek Al-Wazir die Demission.

Allerdings ist der Fall Mosiek-Urbahn einzigartig in der jüngeren deutschen Geschichte – und auch im Unionsmilieu. Selbstverständlich konnte Theo Waigel CSU-Vorsitzender und Bundesfinanzminister, als er sich im Oktober 1994 nach 28-jähriger Ehe von seiner Frau Karin scheiden ließ, um nur einen Monat später seine mittlerweile schwangere Lebensgefährtin Irene Epple zu heiraten. Die Lebensgemeinschaft des schon seit einiger Zeit von seiner Frau getrenntlebenden Waigel mit der früheren Skirennfahrerin blieb übrigens lange in der Presse unerwähnt – bis sie 1993 im Machtkampf zwischen Waigel und Edmund Stoiber um die Vorherrschaft in der CSU aus den eigenen Reihen gezielt lanciert wurde. Als im Frühjahr 2007 eine Zeitung berichtete, der verheiratete Horst Seehofer habe eine schwangere Geliebte, rümpften zwar einige Parteifreunde die Nase, auf die Idee, seinen Rücktritt als Bundeslandwirtschaftsminister zu fordern, kam jedoch niemand. Auch Seehofers Aufstieg zum bayerischen Ministerpräsidenten stand sein Liebesleben letztlich nicht im Wege.

Ein Fall für den Staatsanwalt

Völlig anders sieht es allerdings aus, wenn es nicht einfach um moralische Fragen geht, die je nach Zeit oder auch politischer und religiöser Orientierung unterschiedlich beantwortet werden können. Denn es ist keine Privatangelegenheit mehr, wenn Politiker in Verdacht geraten, sich tatsächlicher gesellschaftlicher und juristischer Grenzverletzungen schuldig gemacht zu haben. So wie im Fall des Sozialdemokraten Michael Engelmann. Der gelernte Industriekaufmann, seit 1999 Mitglied der Bremer Bürgerschaft und seit 2002 Bundesvorsitzender der „Lesben und Schwulen in der SPD“ (Schwusos), geriet im Oktober 2003 ins Zwielicht, nachdem die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen ihn wegen des Verdachts des Besitzes und der Verbreitung von Kinderpornografie eingeleitet hatte. Engelmann legte umgehend sein Abgeordnetenmandat und alle politischen Ämter nieder. Seinen Rücktritt als Schwuso-Chef teilte er kurz und knapp per SMS mit. Zu den Vorwürfen bezog Engelmann keine Stellung. Sein einziger öffentlicher Kommentar: Er

gehe „davon aus, dass ich keine politische Zukunft mehr habe“. Im Juni 2004 wurde Engelmann vom Amtsgericht Bremen zu einer Haftstrafe von einem Jahr auf Bewährung verurteilt. Darüber hinaus erließ das Gericht in seinem Strafbefehl eine Geldbuße in Höhe von 8.000 Euro und ordnete als Bewährungsauflage an, dass Engelmann eine bereits begonnene Therapie fortzusetzen habe.

Im März 2005 erwischte es den CDU-Politiker Clemens Nieting. Gegen ihn nahm die Staatsanwaltschaft ebenfalls Ermittlungen auf wegen des Verdachts des Besitzes und der Verbreitung von Kinderpornografie. Bei der Durchsuchung von Nietings Wohnung stellte sie Computer und Datenträger sicher – und wurde fündig. Der gelernte Bankkaufmann, erst seit einem Jahr Abgeordneter in der Hamburger Bürgerschaft und dort unter anderem Mitglied des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses, legte umgehend sein Mandat nieder, „um die Fraktion und die Partei von Belastungen während eines möglicherweise monatelangen Ermittlungsverfahrens freizuhalten“. Gleichzeitig beteuerte Nieting seine Unschuld: Pädophile Neigungen seien ihm „fremd“. Er besitze die inkriminierten Dateien nur, weil er „vor mehreren Jahren im Rahmen einer Untersuchung für eine mögliche parlamentarische Initiative in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord über Kinderpornografie recherchiert“ habe. Wenn er sich etwas vorzuwerfen habe, dann allenfalls „einen zu sorglosen Umgang mit dem Internet und eine gewisse Blauäugigkeit“. Das sah das Hamburger Amtsgericht strenger. Es verurteilte Nieting im Juli 2005 wegen des Besitzes und der Verbreitung kinderpornografischer Schriften zu einer Freiheitsstrafe von sieben Monaten auf Bewährung und verhängte als Bewährungsauflage eine Geldbuße in Höhe von 2.500 Euro. Damit war Nieting auch seinen Job als Organisationsleiter der Hamburger CDU los. „Das Ganze ist für mich eine menschliche Tragödie. Aber angesichts der Schwere der von Herrn Nieting akzeptierten Vorwürfe konnte es kein Pardon geben“, begründete CDU-Landeschef Dirk Fischer den Rausschmiss.

Über kinderpornografisches Material stolperte im Frühjahr 2005 auch der PDS-Politiker Stefan Gebhardt. Bei dem sachsen-anhalti-

nischen Landtagsabgeordneten fand das Magdeburger Landeskriminalamt auf zwei Rechnern in seinem Wahlkreisbüro und in seiner Privatwohnung die verbotenen Dateien. Der gelernte Krankenpfleger, seit 1998 im Parlament, beteuerte vehement seine Unschuld. Die beiden Computer seien „nachweislich von vielen genutzt" worden, wobei auch kein Passwort notwendig gewesen sei. Auf dem Rechner im Landtag, zu dem nur er Zugang hatte, hatten die Ermittler nichts gefunden. Anfang April 2005 legte Gebhardt nach einem persönlichen Gespräch mit dem PDS-Landtagsfraktionsvorsitzenden Wulf Gallert sein Mandat nieder. Er habe seinen Schritt damit begründet, „dass er die politische Verantwortung für die Nutzung des Computers in seinem Wahlkreisbüro durch andere hat", erklärte Gallert. „Darüber hinaus hat sich seine berechtigte Hoffnung bisher nicht erfüllt, dass seine Unschuld in der Sache in kürzester Zeit nachgewiesen werden konnte", so der Fraktionschef weiter. Der Fall ließ sich nicht restlos aufklären. Im September 2005 wurden die Ermittlungen gegen Gebhardt gegen eine Geldauflage von 3.000 Euro eingestellt. Mit der Wahl im März 2006 kehrte er zurück in den Landtag Sachsen-Anhalts, dem Gebhardt bis heute angehört.

Telefonsex im Landtag

Der CSU-Landtagsabgeordnete Hans Wallner sah keinen Grund, sein Mandat niederzulegen, obwohl auch er seiner Partei eine schlagzeilenträchtige Schmuddel-Affäre inklusive staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen bescherte: Der Hinterbänkler aus Niederbayern hatte von einem Dienstapparat im Abgeordneten-Appartementhaus des Münchner Landtags aus „professionelle Vermittler von Damenkontakten" angerufen und sich dann zum Teil nächtelang mit den Telefonhostessen unterhalten. Herausgekommen war die Sache, als dem Landtagsamt bei der Prüfung der Telefonrechnungen auffiel, dass irgendjemand die teure Service-Line 0190 ungewöhnlich oft und lange angerufen hatte. Wallner bestritt die Vorwürfe vehement, stellte Theorien über mysteriöse Verschwörungen und gefährliche Computerhacker auf, verdächtigte Parteifreunde, den Telefonsex-Skandal inszeniert zu haben. „I ziag doch mein'

Schwanz ned ei“, zitierte ihn die *Abendzeitung*. Doch es half ihm alles nichts. Die Beweislage war erdrückend: Tatsächlich hatte der fidele Abgeordnete für insgesamt 26.832 Mark und zwölf Pfennige 405 Flirtgespräche auf Kosten des Steuerzahlers geführt. Im Dezember 1997 hob der Landtag seine Immunität auf.

Von einem Rücktritt wollte Wallner dennoch nichts wissen. Schließlich hatte der „Hansi“ aus Deggendorf stets sein Image als „Sauhund“ gepflegt und war schon immer für das ein oder andere Skandälchen gut gewesen. Mal wurde der Abgeordnete von dem Mann seiner Geliebten aus dem Rotlichtmilieu auf offener Straße verprügelt, mal brachte er die bayerische Richterschaft mit der Bemerkung „A Handvoll Guate und der Rest is G'sindl“ gegen sich auf. 1993 soll Wallner seine Landtagsnominierung mit der Drohung erpresst haben, andernfalls Interna über die Deggendorfer CSU auszupacken. An Eides Statt bestritt er entsprechende Äußerungen, doch etliche Zeugen bestätigten die Drohung. 1995 verurteilte ihn das Landgericht Deggendorf wegen falscher eidesstattlicher Versicherung zu einer Geldstrafe von 9.000 Mark. 1997 fing sich die „Unschuld vom Landtag“, wie ihn die heimische *Deggendorfer Zeitung* ironisch nannte, einen Strafbefehl in Höhe von 8.000 Mark vom Amtsgericht Erding ein, weil er auf der Autobahn gedrängelt und ein „ehrenrühriges Zeichen“ gemacht hatte.

Nichtsdestotrotz wurde der frühere Bäckergeselle immer wieder als Kandidat nominiert, immer gewann er das Direktmandat. Zwölf Jahre saß Wallner für die CSU im Maximilianeum, bis der Telefonsex-Skandal seine schillernde politische Karriere beendete. Denn der ging sogar seiner örtlichen Parteibasis zu weit: Sie nominierte ihn nicht mehr für die Landtagswahl im Herbst 1998. Im Februar 2002 wurde Wallner in zweiter Instanz vom Landgericht München zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr verurteilt. Darüber hinaus wurde ihm auferlegt, 200 Stunden gemeinnützige Arbeit zu leisten. Auch vor Gericht zeigte er bis zum Schluss weder Einsicht noch Reue. Das Motiv Wallners für seine bis zu achtstündigen Telefonate mit Flirtnummern war laut Gericht eine „existenzielle Krise“. Mit der Ehe habe es 1997 schon lange nicht mehr geklappt. Allerdings gehe es in seinem Fall „nicht um die Aburteilung eines

Sexmonsters, sondern um eine menschliche Tragödie“, befand der Vorsitzende Richter Alois Hundhammer.

Der „grapschende“ Abgeordnete

Der Fall eines hessischen Bundestagsabgeordneten der Grünen hingegen war keiner für den Staatsanwalt – aber er sorgte für eine bundesweite Diskussion über ein nicht nur im politischen Raum lange verdrängtes Thema: das der sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz. Denn genau diesen Vorwurf machten drei Mitarbeiterinnen dem Parlamentarier. Zunächst ohne ihn namentlich zu nennen, schrieben die Frauen deshalb im Sommer 1983 einen Offenen Brief: „Ein männliches Mitglied der Grünen Bundestagsfraktion hat seine vermutlichen Direktoren-Ansprüche bei mehreren weiblichen Mitarbeiterinnen der Fraktion geltend gemacht“, hieß es darin. Und die drei konkretisierten auch, was sie damit meinten: „Er grapscht plötzlich nach den Brüsten der Frauen.“ Ihr flugblattartiges Schreiben ließen sie mit einer kämpferischen Losung enden: „Friede der Erotik, Kampf dem Sexismus!“ Die Form des Offenen Briefes hatten die Mitarbeiterinnen gewählt, so eine der Betroffenen, weil sie fürchteten, dass es nur „beschwichtigende und belustigende Worte geben und dann zur Männertagesordnung übergegangen werden“ würde, falls sie ihre Beschwerde nur mündlich vor die Fraktion gebracht hätten. Das war nun nicht mehr möglich. Denn das Schreiben gelangte auf den Schreibtisch der *Bild am Sonntag* und die fackelte nicht lange: Am 7. August 1983 machte das Boulevardblatt groß mit dem „Sex-Skandal bei den Grünen“ auf und damit den Fall öffentlich. Die Wellen bei den Grünen, die erst wenige Monate zuvor erstmalig in den Bundestag eingezogen waren, schlugen hoch. Auch blieb nun nicht länger verborgen, um wen es sich bei dem „Busengrapscher“ handelte: um einen ansonsten eher unauffälligen Abgeordneten, mit 53 Jahren einer der Ältesten in der jungen grünen Fraktion und Vorsitzender des Bundestagsforschungsausschusses. Der Diplomingenieur gestand ein, sich falsch verhalten zu haben.

Nach wochenlangen quälenden Diskussionen, bisweilen bis tief in die Nacht, entschied sich die grüne Fraktion mehrheitlich, ihren

Abgeordneten zum Mandatsverzicht aufzufordern, weil „die politische und menschliche Situation der Frauen eine solche Entscheidung erfordert“. Dieser beugte sich schweren Herzens und gab sein Mandat zurück. Am 31. August 1983 schied er aus dem Bundestag aus. Sein Rausschmiss war allerdings auch innerhalb der Fraktion umstritten. So kritisierte die grüne Abgeordnete Christa Nickels: „Also einerseits war es richtig, das aufzudecken, andererseits war es ein Fehler, so gnadenlos mit dem Mann umzugehen.“

Dass dieser Fall einen solchen Wirbel verursachen konnte, begründeten Sibylle Plogstedt und Kathleen Bode in ihrem 1984 aus Anlass der Affäre bei Rowohlt erschienenen Buch *Übergriffe. Sexuelle Belästigung in Büros und Betrieben*: Der erste Grund sei „die Enttäuschung der Frauen über die Grünen, die von der neuen Partei nicht nur ein frauenpolitisches Auftreten erwarteten, sondern auch, dass sich dieses Verhalten innerhalb der Grünen niederschlüge. Dass dort also solch ein Verhalten nicht möglich sein sollte.“ Der zweite Grund sei gewesen, „dass sich Feministinnen in der Fraktion der Grünen einen sinnvollen Arbeitsplatz versprochen hatten und sich an solche Übergriffe von Männern nicht wieder gewöhnen wollten“. Der dritte Grund sei schließlich „die Bereitschaft konservativer Medien“ gewesen, „den Grünen etwas am Zeug zu flicken. Ihnen gegenüber herrscht nicht die übliche Männersolidarität wie gegenüber anderen Politikern, die in Bonn geschützt und unbehelligt leben können unter dem Augenzwinkern der männlichen Korrespondenten.“

Tatsächlich dürften die an den Tag gelegten Verhaltensweisen im Parlamentsbetrieb kein Einzelfall sein. Trotzdem ist er bis heute der einzige Bundestagsabgeordnete geblieben, dessen Fall öffentlich geworden ist. Das mag allerdings auch daran liegen, dass – wie in anderen Bereichen des Arbeitslebens – solche Vorfälle vielfach einfach auch von den Betroffenen verschwiegen werden, weil sie nicht nur für den Täter, sondern ebenso und vor allem den Opfern peinlich sind. Allerdings ist der Grüne nicht der einzige Politiker, der wegen sonderbarer Umgangsformen seinen Platz räumen musste. Beispielsweise musste im selben Jahr auch der damalige hauptamtliche Bürgermeister der Universitätsstadt Marburg auf

Druck seiner Partei zurücktreten: „Das dienstliche Verhalten des Bürgermeisters im Umgang mit weiblichen Bediensteten ist so merkwürdig und der infolgedessen entstandene politische Schaden so schwerwiegend“, erklärte die CDU, dass sie ihn „nicht länger politisch tragen kann“.

Der Fall Heinz Eggert

Nach dieser Affäre dauerte es zwölf Jahre, bis erneut ein Politiker wegen des Vorwurfs der sexuellen Belästigung in die Schlagzeilen geriet. Der Fall des Christdemokraten Heinz Eggert ist nach wie vor undurchsichtig. Immer noch ist ungeklärt, ob etwas an den Anschuldigungen dran ist, die 1995 zum Rücktritt des sächsischen Innenministers führten: Hatte er tatsächlich Mitarbeiter sexuell belästigt? Oder wurde er Opfer einer Intrige?

Der DDR-kritische Pfarrer aus dem Oberlausitzer Bergdorf Oybin legte in der Wendezeit eine Blitzkarriere hin. In der Endphase des SED-Regimes war Eggert zunächst 1989 im Neuen Forum aktiv. Dann wurde er als Parteiloser im Mai 1990 vom neu gewählten Kreistag von Zittau zum Landrat berufen. Im Oktober 1990 trat er in die CDU ein. Bald darauf ließ Ministerpräsident Kurt Biedenkopf ihn den Aufbaustab für Sachsens Verfassungsschutz leiten, um dann am 30. September 1991 Eggert zum Staatsminister des Innern und damit zum Nachfolger des tags zuvor wegen Stasi-Vorwürfen zurückgetretenen Rudolf Krause zu machen. Als Innenminister profilierte er sich mit der von ihm eingerichteten und seinerzeit bundesweit einmaligen „Sonderkommission Rechtsextremismus“ – und mit einem Polizeigesetz, das von Kritikern als das schärfste in der Bundesrepublik und als Angriff auf demokratische Grundrechte bewertet wurde. Das sächsische Verfassungsgericht kassierte später zentrale Punkte der Regelung.

Der Popularität Eggerts taten auch seine Law-And-Order-Attitüden keinen Abbruch, im Gegenteil. Schnell wurde er als möglicher Nachfolger Biedenkopfs gehandelt. Und auch in der Partei ging’s rasant nach oben: Kurz nach seiner Ernennung zum Minister wurde Eggert bereits Vizechef der sächsischen CDU und schließlich

auch noch im Oktober 1992 sensationell und gegen den Willen der Parteioberen zu einem der Stellvertreter des CDU-Bundesvorsitzenden Helmut Kohl gewählt. Mit gerade 46 Jahren war Eggert auf dem Höhepunkt seiner politischen Karriere angelangt.

Seine Beliebtheit verdankte er nicht zuletzt seinem unkonventionellen Habitus. Ausgestattet mit einem nicht gerade unterentwickelten Selbstbewusstsein, gab sich der Minister gerne hemdsärmelig und unangepasst – nächtliche Kneipentouren ohne Personenschutz inklusive. Schnell war er mit jedem auf du und du. „Der Stammtisch liegt ihm näher als der Schreibtisch", schrieb der *Spiegel*. Er „verkauft das Unkonventionelle als Tugend – und kommt damit blendend an", befand das Nachrichtenmagazin 1992: „Ob bei Staatsempfängen oder bei Ortsterminen im Lande: Immer kommt er ganz locker daher, die Hand in der Hosentasche vergraben, den obersten Hemdknopf offen, die Krawatte auf Halbmast." Und dort, „wo Politikerkollegen ihr Publikum mit staatstragenden Reden langweilen, haut Heinz ein paar Kalauer dazwischen und zieht die Lacher prompt auf seine Seite". Für den *Spiegel* verkörperte Eggert „den seltenen Typ des selbstbewussten Ostdeutschen, der sich von nichts und niemandem unterkriegen lässt". Nicht einmal von der Stasi: Die hatte ihn fast zwanzig Jahre lang verfolgt. Sie durchsetzte den Freundeskreis des streitbaren Theologen mit Spitzeln, belauschte sein Telefon und las die Post mit. Sie protokollierte seine Predigten und überwachte seine Kinder. Nach einem Klinikaufenthalt hatte die Stasi ihn sogar zu einem psychiatrischen Pflegefall machen wollen. Der vierfache Familienvater sollte „zersetzt" werden – auch durch gezielt lancierte Gerüchte über seine sexuelle Orientierung.

Auch aufgrund seiner DDR-Biographie war Eggert für die CDU ein Glücksfall. Denn im Gegensatz zu vielen Ost-Abgeordneten und auch -Ministern, die als „Blockflöten" willfährige Claqueure der SED-Politik gewesen waren, war Eggerts Image als furchtloser Prediger wider das Honecker-Regime makellos. Der Mann aus Sachsen habe „etwas von der Energie und Unverbrauchtheit", die der Union ansonsten fehle, jubelte die *Süddeutsche Zeitung*. Eine „rare Gestalt in der politischen Szenerie", lobte die *Zeit*. Dem „medienbewussten

Charismatiker“ (*taz*) konnte es auch nichts anhaben, dass SPD und Grüne im Frühjahr 1994 seinen Rücktritt forderten. In ihre Schusslinie war Eggert wegen des Vorwurfs geraten, zahlreiche ehemalige hauptamtliche Stasi-Mitarbeiter unter den Polizeibediensteten weiterbeschäftigt zu haben. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss, der sich mit der Entlassungspraxis im öffentlichen Dienst beschäftigte, bestätigte, dass eine beträchtliche Anzahl von Angehörigen der Polizei durch Partei- und Stasi-Mitarbeit belastet waren. Im Landtag kanzelte Regierungschef Biedenkopf allerdings die Opposition ab, Rücktrittsforderungen seien „ohne jede Plausibilität und ohne jede innere Rechtfertigung“. Bei der Überprüfung des Personals habe es nur eine „ungewöhnlich kleine und im wesentlichen korrigierbare Fehlerquote“ gegeben. Heinz Eggert sei „für Sachsen unverzichtbar.“

Doch dann tauchten jene Vorwürfe auf, die nicht mehr so einfach zu erledigen waren. Kurz vor Ostern 1995 erhielt der damalige Chef der Dresdner Staatskanzlei, Günter Meyer, brisantes Material: „Gedächtnisprotokolle und Vermerke“ über „Belästigungen durch Stm Eggert“, wie Meyer formlos und ohne weitere Umstände den Erhalt quittierte. Mehr als zwei Monate blieben die Schriftstücke geheim, dann platzte die Bombe. Enge Mitarbeiter hätten schwere Vorwürfe gegen den Landesinnenminister erhoben, berichtete der *Spiegel* in seiner Ausgabe vom 19. Juni 1995: „In detaillierten Erklärungen, die Eggerts Dienstherrn, Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, seit neun Wochen vorliegen, behaupten die jungen Männer, sie seien von ihrem Vorgesetzten sexuell belästigt worden. Die Vorfälle sollen sich sowohl im Dresdner Amtszimmer des Ministers, in dessen Dienstwohnung auf dem Gelände des Landeskriminalamts sowie auf Reisen ereignet haben.“ Die Erklärungen der Betroffenen, teils noch im Dienst des Landesinnenministeriums, lägen dem Blatt als eidesstattliche Versicherungen vor.

Damit war der Skandal da. Eggert versuchte, sich zu wehren. Eindringlich betonte er, „dass es keinen einzigen Fall gibt, wo ich Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter sexuell belästigt oder versucht habe, sie sexuell zu nötigen.“ Ihm sei „schon seit über einem Jahr

bekannt, dass Gerüchte gestreut werden, die meine sexuelle Orientierung betreffen und behaupten, ich hätte Mitarbeiter angegriffen", erklärte der Minister. Doch wäre es ihm „nie gelungen, den Kreis der Gerüchtestreuer zu erkennen". Ihm wäre es „eine Erleichterung gewesen, wenn mich jemand angezeigt hätte, denn dann könnte ich reagieren." Doch die Anzeige blieb aus. Dafür traten in den folgenden Tagen einige der „Gerüchtestreuer" an die Öffentlichkeit. So meldete sich der frühere Ministerreferent Oliver Lang in der *Wochenpost* mit Einzelheiten der bis dahin nur pauschal bekannten Beschuldigungen zu Wort: „Wenn der Chef einen Angestellten wiederholt auffordert, mit ihm die Nacht im Bett zu verbringen, ist es mehr als harmlos." Eggert habe „seine offensichtlich vorhandenen Neigungen nicht im Griff." Wiederholt habe es sexuelle Belästigungen durch den Minister gegeben, der die Abhängigkeit von Mitarbeitern ausgenutzt hätte. „Mehr als drei Personen" seien Betroffene, alle Ende Zwanzig. Zum „Äußersten" sei es jedoch nicht gekommen, auch körperliche Übergriffe habe es nicht gegeben, gab Lang an. Kurz darauf ergänzte Eggerts Redenschreiber Uwe Seifert Anfang Juli im *Spiegel*, er sei „auf Herrn Eggerts Strafanzeige wirklich sehr gespannt." Denn nun würde er doch zwei der Beschwerdeführer „ganz offiziell mit Namen" kennen und könne „ja gegen uns klagen, wenn er meint, er sei unschuldig." Aber auch diese Klage blieb aus.

„Unabhängig von der strafrechtlichen Schuldfrage sollte der Innenminister im Interesse des Landes schnellstens sein Amt zur Verfügung stellen", forderte Ende Juni der SPD-Landtagsfraktionschef Karl-Heinz Kunckel den Rücktritt Eggerts. Doch der, bereits auf eigenen Wunsch beurlaubt, wollte davon zunächst nichts wissen. Unverdrossen gab Eggert weiter die Losung aus, er wolle die gegen ihn erhobenen Vorwürfe „durchstehen und meine angeschlagene Ehre wiederherstellen". Die Anschuldigungen gegen ihn seien nichts weiter als eine Verschwörung illoyaler Mitarbeiter. Aber sein Rückhalt in der CDU-Fraktion schwand von Stunde zu Stunde. Als dann noch wenige Tage nach dem *Spiegel*-Interview mit Seifert das ARD-Magazin *Panorama* mit einem Bericht nachlegte, in dem ein

weiterer mutmaßlich Betroffener erklärte, Eggert habe sich in seinem Beisein „völlig ausgezogen“ und ihn aufgefordert, „seine Genitalien zu berühren“, hatte der Minister endgültig verloren. Am 10. Juli 1995 erklärte Eggert den Rücktritt als sächsischer Innenminister und kündigte an, auch seine Parteiämter als stellvertretender Landes- und Bundesvorsitzender der CDU abzugeben. Sein Landtagsmandat behielt er jedoch. Gegenüber dem *Focus* sprach Eggert von einer öffentlichen Demütigung, wie er sie selbst zu DDR-Zeiten nicht erlebt habe.

Beschäftigungslos wurde Eggert nach seiner Demission nicht. Nach einer Aufgabe bei der Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft heuerte Eggert 1997 beim Fernsehsender n-tv an und moderierte dort bis Oktober 2000 gemeinsam mit dem früheren *Spiegel*-Chefredakteur Erich Böhme die Talkshow *Grüner Salon*. Auch politisch machte er weiter von sich reden: Sein Comeback wurde im Oktober 1995 mit der Wahl in den sächsischen CDU-Landesvorstand eingeleitet. Im Oktober 1997 wählten ihn die Delegierten des CDU-Landesparteitags wieder zu einem der stellvertretenden Landesvorsitzenden. Das blieb er bis 2001. Im Landtag sitzt Eggert bis heute als direkt gewählter Abgeordneter seines Wahlkreises in Zittau. Er gilt als einflussreich in der CDU-Fraktion.

Was die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen betrifft, steht immer noch Aussage gegen Aussage. Dass er nie geklagt habe, begründet Heinz Eggert damit, dass ihm „der hundertprozentige Nachweis ebenso wenig gelingen kann wie denen“. Einig sind sich die strittigen Parteien nur in der Einschätzung, dass die damalige Landesregierung und die CDU erstaunlich wenig getan haben, um die Situation zu deeskalieren. Eggert glaubt rückblickend zwar, „dass diese Vorwürfe nicht politisch inszeniert wurden“, wohl aber, „dass sie politisch genutzt worden sind“.

Unverändert ist bis heute Eggerts Haltung zu Fragen nach seiner Sexualität: Eine öffentliche Stellungnahme lehnt er weiterhin strikt ab. Journalisten und Journalistinnen, die ihm trotzdem die Sind-Sie-schwul-Frage stellen, antwortet er mit einer provokanten Gegenfrage: „Willst du mit mir schlafen?“ Das sei für ihn der einzig legitime Grund, jemand anderen nach seiner sexuellen Orientierung zu

fragen. Ansonsten „geht das Thema niemanden etwas an“, ist Eggert überzeugt.

Probleme mit der „richtigen“ Orientierung

So nachvollziehbar und auch durchaus unterstützenswert diese Einstellung Eggerts im Grundsatz auch ist, so birgt sie doch im Konkreten ein großes Problem. Denn tatsächlich ist es in der öffentlichen Wahrnehmung bis heute keineswegs egal, ob Politikerinnen oder Politiker hetero- oder homosexuell ist. Nur wenn sie ihre gleichgeschlechtliche Präferenz ebenso selbstverständlich in der Öffentlichkeit leben könnten wie andere ihre heterosexuelle, wäre die sexuelle Orientierung eine reine Privatangelegenheit. Doch diese Selbstverständlichkeit fehlt trotz aller gesellschaftlichen Emanzipationsprozesse nach wie vor. Daher kann das ungeschriebene Gesetz des deutschen Mediengewerbes, über die sexuelle Orientierung von Politikern nicht von sich aus zu berichten, einen gewaltigen Haken haben: Geht es bei dieser selbst auferlegten Diskretion tatsächlich um den proklamierten Schutz der Privatsphäre oder zeugt sie nicht auch von einem ungebrochen verkrampften Umgang mit dem Thema Homosexualität? Selbst wenn sie es nicht schreiben: Kräftig tuscheln manche Journalisten schon über so manchen „Junggesellen“.

So war es schon zu Zeiten Konrad Adenauers. Damals besonders und immer wieder im Blickfeld: Heinrich von Brentano, zunächst ab 1949 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dann von 1955 bis 1961 Bundesaußenminister und schließlich bis zu seinem Tod 1964 erneut Unionsfraktionschef. Immer wieder kursierten Gerüchte über den katholischen und konservativen Politiker, er neige dem gleichen Geschlecht zu. Doch die wurden mit lancierten Presseberichten nicht ungeschickt pariert, in denen zu lesen war, dass der „begehrte Junggeselle auf Freiersfüßen wandelt“. Adenauer selbst ging pragmatisch mit den öffentlichen Mutmaßungen um: „Also wissen Se, solange der misch nit anpackt, isset mir ejal.“ Allerdings hätte es das sichere politische Aus Brentanos bedeutet, wenn er seine Veranlagung offen eingestanden hätte – oder wenn

sie anderweitig öffentlich „nachweisbar“ geworden wäre. Und mehr als das: Bis Ende der sechziger Jahre waren Schwule mit einer Gesetzeslage konfrontiert, die sie im Falle der Praktizierung ihrer Sexualität auch noch mit mehrjährigen Haftstrafen bedrohte. Schließlich galt bis dahin in der BRD noch jener verhängnisvolle, 1871 eingeführte § 175 des deutschen Strafgesetzbuchs – und zwar in seiner von den Nationalsozialisten verschärften Fassung. Danach waren nicht nur beischlafähnliche, sondern auch sonstige „unzüchtige“ Handlungen zwischen Männern strafbar.

Die DDR war bereits 1950 zu der alten, vornazistischen Fassung des § 175 zurückgekehrt und ahndete ab Ende der fünfziger Jahre die Homosexualität unter Erwachsenen gar nicht mehr. Ab 1968 waren auch formal nur noch homosexuelle Handlungen von Männern und – nun erstmalig – ebenso von Frauen mit Jugendlichen unter Strafe gestellt. 1988 wurde auch dies gestrichen. Demgegenüber dauerte es bis zu einer Liberalisierung in der Bundesrepublik zwei dunkle Jahrzehnte lang. 1969 kam es schließlich zu einer ersten, 1973 zu einer zweiten Reform. Seitdem beschränkte sich die Strafbarkeit auf homosexuelle Handlungen mit männlichen Jugendlichen unter 18 Jahren. Der Sozialdemokrat Helmut Schmidt bügelte noch Ende der siebziger Jahre den liberalen Koalitionspartner und dessen Forderung nach einer Streichung des § 175 mit den Worten ab, solange er Kanzler sei, sei dies nicht zu machen. Sein CDU-Nachfolger Helmut Kohl hielt es über zehn Jahre lang genauso. In den achtziger Jahren scheiterte denn auch eine entsprechende Gesetzesinitiative der Grünen. Erst 1994 und im Zuge der Rechtsangleichung mit der ehemaligen DDR wurde der § 175 aufgehoben. Erst seitdem ist Homosexualität in Deutschland juristisch gänzlich straffrei.

Die Tragödie des Helmuth von Grolman

Lange Zeit war ein mögliches „Outing“ höchst bedrohlich: Es konnte mehr bedeuten, als „nur“ das Ende der politischen Karriere. Das zeigt der tragische Fall des ersten Wehrbeauftragten des Bundestages, Helmuth von Grolman. In die bundesdeutsche Politik war der ehemalige Wehrmachtsoffizier über den Sozialdemokraten

Heinrich Albertz gekommen. Der von den Nazis verfolgte Pastor war während des Krieges von Grolman wiederholt vor dem Zugriff der Gestapo geschützt worden. Im Frühjahr 1948 aus US-amerikanischer Kriegsgefangenschaft entlassen, holte ihn Albertz, mittlerweile niedersächsischer Flüchtlingsminister, im folgenden Jahr als Referenten für Umsiedlungsfragen nach Hannover. 1954 stieg der aus Schlesien stammende Grolman zum Staatssekretär im niedersächsischen Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsbeschädigte auf.

Als der Bundestag nach langem politischem Streit das Amt des Wehrbeauftragten einrichtete, schien der Generalleutnant a. D. sowohl den regierenden Christ- wie den oppositionellen Sozialdemokraten als geeignete Wahl. Helmuth von Grolman wurde mit einer breiten Mehrheit von 366 gegen 16 Stimmen bei 32 Enthaltungen gewählt. Am 1. April 1959 trat er sein Amt an.

Aber in dem blieb er nicht lange: Am 14. Juli 1961 trat er zurück – aus „persönlichen Gründen“, wie es hieß. Kurz darauf berichteten die Zeitungen in großen Schlagzeilen, welche „persönliche Gründe“ verantwortlich für den Rücktritt waren: Der Vater von fünf Kindern stürzte über seine Beziehung zu einem jugendlichen Mann. Sowohl der 17-jährige Kellnerlehrling als auch Grolman versuchten daraufhin, sich das Leben zu nehmen. Beide überlebten nur knapp. Für sein „Verbrechen“ musste sich Grolman anschließend vor Gericht verantworten: Unter Zubilligung verminderter Zurechnungsfähigkeit infolge Missbrauchs von Schlafmitteln wurde er im September 1961 zu drei Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt.

Vieles spricht dafür, dass Helmuth von Grolman, der seine Aufgabe als Wehrbeauftragter ernster genommen hatte, als es manche in der Regierung sich vorgestellt hatten, das Opfer einer schmutzigen Intrige wurde. Der gebrochene Mann verschwand aus der Öffentlichkeit. Im Januar 1977 starb er im Alter von 78 Jahren in Hannover, wo Grolman bis zu seinem Tod völlig zurückgezogen zusammen mit seiner Frau gelebt hatte.

Erst 1985 zog mit dem hessischen Grünen Herbert Rusche – der für Joschka Fischer ins Parlament nachrückte – ein bekennender Schwuler in den Bundestag ein. Öffentlich zu seiner Homosexualität zu stehen, war auch damals noch kein ungefährliches Unterfangen: Erst im Jahr zuvor war Rusche während einer Podiumsdiskussion in München wegen seines offenen Schwulseins von einem Neonazi angeschossen, jedoch glücklicherweise nur leicht verletzt worden. 1987 war es Jutta Oesterle-Schwerin, die als erste offen lesbische Abgeordnete den Bundestag betrat. Auch sie war von den Grünen aufgestellt worden – in einer anderen Partei hätte zu der Zeit noch niemand auch nur den Hauch einer Chance gehabt, mit einem offenen Bekenntnis zur Homosexualität einen Platz im Parlament zu bekommen. Übrigens hatte es den damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl, wie weiland Adenauer schon, gleichwohl nicht weiter gestört, wenn über homosexuelle Mitglieder seiner Regierung spekuliert wurde – solange öffentlich keine konkreten Namen genannt wurden und die Gemeinten sich tunlichst bedeckt hielten. Was sie allesamt taten.

Im März 1990 wurde mit dem parteilosen Albert Eckert erstmalig ein offen schwuler Abgeordneter zum Vizepräsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses gewählt. Doch der von der Alternativen Liste (AL) ins Parlament entsandte Diplom-Politologe hielt sich keine zwei Wochen im Amt. Aufgrund seiner früheren Tätigkeit als „Schönheitsmasseur“ hatte der damalige CDU-Landesgeschäftsführer Klaus-Hermann Wienhold in einem Brief an den Parlamentspräsidenten Jürgen Wohlrabe (CDU) behauptet, Eckert habe „als Strichjunge gearbeitet und in einschlägigen Magazinen inseriert“. Zwar untersagte das Landgericht Berlin Wienhold per einstweiliger Anordnung die Wiederholung dieser Behauptung, doch die Boulevardpresse stürzte sich auf den vermeintlichen Skandal. Eckert zog die Notbremse. In seinem Rücktrittsschreiben an Wohlrabe teilte der AL-Abgeordnete mit, er wolle seine „Zeit und Energie nicht länger mit der Abwehr persönlicher Anfeindungen verbringen, die mich als Person besudeln wollen“. Stattdessen wolle er sich nun

wieder auf seine parlamentarische Arbeit „für gesellschaftlich Ausgegrenzte“ konzentrieren. Eckerts Rücktritt sei der „traurige Erfolg einer auf der verlogenen Doppelmoral christdemokratischer Spießer beruhenden Kampagne“, empörte sich der Geschäftsführende Ausschuss der AL. Auch mit Blick auf die mangelnde Solidarität für Eckert von Seiten der SPD, wetterte die AL, das Abgeordnetenhaus sei in seiner Mehrheit offenkundig ein „beliebiger Männerstammtisch“, bei dem „auf miefig-verklemmtem Niveau mit sexuellen Minderheiten“ umgegangen werde. Als „ehrenwerten Schritt“ bezeichnete der SPD-Fraktionsvorsitzende Ditmar Lothar Staffelt Eckerts Entscheidung. „Für das Haus und für das Amt war es richtig, zurückzutreten, denn es erfordert ein gewisses Maß an Autorität“, erklärte Staffelt. Die CDU nahm den Rücktritt mit Genugtuung zur Kenntnis.

„Ich bin schwul, und das ist gut auch gut so“

Zutreffend konstatierte der offen schwule Journalist Jan Feddersen im Juli 2001 in der *taz*: „Schwule (und Lesben) hat es immer in der Politik gegeben. Doch wenn sie es bis ganz nach oben schafften, einige gar bis in Ministerränge, waren sie immer ein Stück weit erpressbar, in innerparteilichen Rankünen, durch den politischen Gegner, durch die Medien. Dabei spielte nie eine Rolle, dass in der Bundesrepublik die journalistische Perspektive durch das Schlüsselloch verpönt war: Es reichte das Wissen, dass ein solcher Blick in ihrer Sache lohnen würde. Homosexualität, so hatten sie gelernt, war ein Grund, allen Einfluss, alle Potenz und alle Kraft einzubüßen, wenn sie denn bekannt würde.“

Anlass für Feddersens Bestandsaufnahme war ein Ereignis, das das von ihm beschriebene Koordinatensystem gehörig durcheinanderwirbeln sollte: Das Selbstouting Klaus Wowereits auf einem Landesparteitag der Berliner SPD im Juni 2001. Der bis dahin überregional weitgehend unbekannte SPD-Fraktionschef im Abgeordnetenhaus, der sich anschickte, die Nachfolge des Christdemokraten Eberhard Diepgen als Regierender Bürgermeister anzutreten, überraschte nicht nur die Genossen zum Ende seiner Parteitagsrede mit

dem freimütigen, wie selbstbewusst vorgetragenen Bekenntnis: „Ich bin schwul, und das ist gut auch gut so." Dieser Satz machte ihn auf einen Schlag bundesweit berühmt – und populär. Aus dem „No-name-Produkt" war eine attraktive Marke geworden. Wowereit galt plötzlich als Sympathieträger.

Dabei hatte er nach eigener Aussage eigentlich nur einer „Schlammschlacht" entgehen wollen, die ihm und seiner Partei durch die Springer-Presse gedroht hätte. Tatsächlich war er mit seinem Selbstouting einer bereits vorbereiteten Zeitungsveröffentlichung zuvorgekommen. Aber durch seine offensive Aussage machte er sich nicht nur nicht mehr aufgrund seiner sexuellen Orientierung angreifbar, er hatte darüber hinaus das Stigma des Homosexuellen positiv gewendet – aus dem vermeintlichen Makel wurde durch seinen unverkniffen geäußerten Satz eine positive Zuschreibung von Aufrichtigkeit. Jan Feddersens Quintessenz in der *taz* bereits am 12. Juni 2001, zwei Tage nach der Wahl Wowereits: „Je hartnäckiger versteckt-homosexuelle Politiker an dem Glauben festhalten, ihr Privates ginge niemand etwas an, desto heroischer wirken Gesten wie die Klaus Wowereits am Sonntag vor den Delegierten seiner Partei. Richtig ist ja, dass das Sexuelle immer privat ist – aber das Homosexuelle eben noch nicht ganz: Solange es als Kainsmal Konkurrenten und Rivalen angeheftet werden konnte, war (und bleibt) sie eine chronisch öffentliche Angelegenheit."

Als die SPD im Oktober des Jahres die Wahlen zum Abgeordnetenhaus gewann, hatte Wowereit endgültig gewonnen. Sein Sieg dokumentierte, dass entgegen aller Befürchtungen die Moralvorstellungen in einem großen Teil der Bevölkerung weit weniger antiquiert sind, als manch Politiker und Journalist dies angenommen hatten. Die Gesellschaft hatte sich verändert seit den Zeiten, in denen sich die Grünen noch mit der Bundestagsverwaltung und den anderen Parteien darüber streiten mussten, ob die Worte „schwul" und „lesbisch" eines Parlaments würdig sind und in offiziellen Drucksachen vorkommen dürfen. „Dieser Streit ist heute kulturell so etwas von überholt, dass man meint, das sei fünfzig oder hundert Jahre her", sagt der grüne Bundestagsabgeordnete Volker Beck. Von 1987 bis 1990 Schwulenreferent seiner Fraktion, erinnert sich

Beck noch gut daran, wie ihm die Bundestagsverwaltung seinerzeit das Telefon abstellte, ebenso an die bizarren Verhaltensweisen mancher Parlamentarier: „Und Abgeordnete von CDU und CSU meldeten sich stöhnend auf dem Anrufbeantworter." Heutzutage undenkbar. Denn, so Beck: „Homosexuelle Lebensweisen sind selbstverständlicher Teil des politischen Alltags geworden." Unbestreitbar hat sich die bundesdeutsche Gesellschaft – vor allem in den Großstädten – liberalisiert, ist toleranter geworden. Mit Verzögerung hat diese Erkenntnis inzwischen auch Einzug in die Parteien gehalten.

Welche für sie unangenehmen Folgen es haben kann, wenn Politiker nicht begreifen können oder wollen, wie sich die Bundesrepublik gegenüber den fünfziger oder auch noch achtziger Jahren verändert hat, zeigt das Beispiel des Hamburger Innensenators Ronald Barnabas Schill. Der als „Richter Gnadenlos" bekannt gewordene Rechtspopulist, dessen „Partei Rechtstaatlicher Offensive" seit knapp zwei Jahren gemeinsam mit der CDU und der FDP in Hamburg regierte, stürzte am 19. August 2003: Schill hatte versucht, in einem Vieraugengespräch den damaligen Ersten Bürgermeister der Hansestadt, den Christdemokraten Ole von Beust, mit dessen öffentlich uneingestandener Homosexualität zu erpressen. So wollte Schill den Rausschmiss des Staatsrats Walter Wellinghausen verhindern. Der war in die Schlagzeilen geraten, weil er sich in seinem Amt für einen Polizisten eingesetzt hatte, den er einst als Rechtsanwalt verteidigte. Zudem wurde ihm vorgeworfen, er habe Geld kassiert für einen Nebenjob bei einem Münchner Klinikbetreiber. Für von Beust stand fest, dass Wellinghausen zu gehen hatte: entweder freiwillig oder per Entlassung. Doch Schill wollte auf seinen engsten Mitarbeiter auf keinen Fall verzichten. Er griff in die Sudelkiste: Schill soll gedroht haben, so die – von ihm bestrittene – Darstellung von Beusts, eine angebliche sexuelle Beziehung von Beusts mit dem seinerzeitigen christdemokratischen Justizsenator Roger Kusch öffentlich zu machen: „heute Abend, Prime Time, bundesweit" – ein ungeheuerlicher Vorgang. Doch der Politdesperado hatte sich grandios verschätzt. Denn von Beust reagierte völlig anders, als er es erwartet hatte: Er schmiss Schill kurzerhand raus – zuerst aus seinem Büro, dann aus dem Senat. Noch am selben Tag

trat von Beust vor die Presse und begründete den Rauswurf: Schill sei „charakterlich nicht geeignet, das Amt eines Hamburger Senators weiterzuführen". Schill war politisch erledigt. Und seine Partei gleich mit. Statt sich erpressen zu lassen, entschied sich von Beust – in der lokalen Presse bis dahin unzutreffend als „überzeugter Junggeselle" bezeichnet –, die zwangsläufig folgenden Schlagzeilen in Kauf zu nehmen. Denn ihm war klar geworden, dass nun nicht länger zu leugnen war, was ohnehin jeder wusste, der es wissen wollte: dass er schwul ist – ebenso wie Kusch, dem er seit gemeinsamen Studientagen freundschaftlich verbunden war. Das Einzige, was von Beust allerdings vehement bestritt, war ein Verhältnis mit seinem Parteifreund, gar Privates mit seiner Amtsführung verquickt zu haben. Tatsächlich ließen sich hierfür auch keinerlei Belege finden.

Denn Schill war auch noch schlecht informiert, wie Achim-Helge Freiherr von Beust, der Vater des Ersten Bürgermeisters, wenige Tage nach dem Paukenschlag im Hamburger Rathaus der *Welt am Sonntag* verriet: Nicht Kusch, sondern „ein gut aussehender, sehr männlicher Typ aus einer anderen Großstadt in einer hohen Position" sei der Lebensgefährte seines Sohnes, berichtete der seinerzeit 86 Jahre alte Senior. Ihm gegenüber hatte sich Ole von Beust schon als Jugendlicher geoutet. Der alte von Beust schilderte auch die Reaktion seines Sohnes auf das Selbstouting Wowereits 2001: „Ole sagte damals: Ich verstehe ihn. Aber ich persönlich kann das nicht. Das ist Privatsache." Trotzdem sei er immer auf ein mögliches öffentliches Zwangsouting vorbereitet gewesen: „Wir haben ihm sofort gesagt, als er politisch aktiv wurde: Es muss nicht rauskommen. Aber es ist damit zu rechnen. Und wenn du damit nicht klarkommst, lass' die Finger von der Politik. Du darfst nie lügen." Nun war es herausgekommen und der Vater, Mitbegründer der CDU und 26 Jahre Bezirksamtsleiter in Wandsbek, war froh darüber: „Der Ole, der hat sich befreit." Dessen politischer Karriere tat das Zwangsouting keinen Abbruch, im Gegenteil: Die Popularität von Ole von Beust stieg in ungeahnte Höhen. Bei den Neuwahlen zur Bürgerschaft am 29. Februar 2004 errang die CDU mit einem vollständig auf ihren Bürgermeister zugeschnittenen Wahlkampf einen

Erdrutschsieg: Sie stieg in der Wählergunst von 26,2 auf sensationelle 47,2 Prozent der Stimmen.

Die Zeiten, als noch ein Franz Josef Strauß krachledern polterte: „Lieber ein Kalter Krieger als ein warmer Bruder!“, sind längst vorbei. Trotzdem besteht kein Anlass zur Entwarnung: Denn trotz der Erfolge von Wowereit und von Beust gibt es nach wie vor Versuche, Politiker aufgrund ihrer angeblichen oder tatsächlichen „abweichenden“ sexuellen Orientierung zu diskreditieren. Dies belegt das Beispiel der ledigen Christdemokratin Annette Schavan. Im innerparteilichen Machtkampf um die Ministerpräsidentschaft in Nachfolge Erwin Teufels hatten Parteifreunde der damaligen baden-württembergischen Kultusministerin per Flugblatt nachgesagt, sie sei lesbisch. Für die *Bild-Zeitung* war dies selbstverständlich gleich ein großes Thema für die Seite 1: „Deutsche Ministerin kämpft gegen Lesben-Gerüchte.“ Schavan erklärte umgehend, sie halte das Ganze für „schäbig, absurd und Rufmord. Wer es genau wissen will: Mir fehlen Eignung, Lust und Neigung dazu.“

Noch immer müssen Politikerinnen und Politiker befürchten, dass ein solcher Vorwurf zumindest in manchen Kreisen eine diskreditierende Wirkung entfaltet. Unverheiratete, von denen nicht bekannt ist, ob sie eine Lebensgefährtin oder einen Lebensgefährten haben, sprechen bisweilen nach wie vor von einem „Rufmord“, wenn ihnen nachgesagt wird, sie seien homosexuell. Dass sich hingegen ein Politiker oder eine Politikerin jemals gegen die unter Umständen ja ebenfalls unzutreffende Behauptung gewehrt hätte, er oder sie sei heterosexuell, ist nicht überliefert. Offensichtlich ist die Diskriminierung von Homosexuellen in der Politik also immer noch nicht endgültig überwunden. Das erklärt auch, warum der damalige FDP-Bundesvorsitzende und spätere Bundesaußenminister Guido Westerwelle so lange brauchte, bis er sich im Sommer 2004 zum öffentlichen Coming Out entschloss. Und daran dürfte es auch liegen, dass es fast dreißig Jahre seit dem Grünen Herbert Rusche gedauert hat, bis mit dem Stuttgarter Christdemokraten Stefan Kaufmann erstmalig 2009 auch für die Union ein offen schwuler Politiker in den Bundestag einzog.

KAPITEL 7

Die Skandalösen

Wenn mit dem Rücktritt noch nicht alles erledigt ist

Die launige Veranstaltung neigt sich dem Ende zu, als der niederländische Journalist Rob Savelberg das Wort erhält. Es ist der erste große gemeinsame Auftritt von Angela Merkel, Guido Westerwelle und Horst Seehofer nach ihrem Sieg bei der Bundestagswahl. Betont locker treten die drei am 24. Oktober 2009 vor die Bundespressekonferenz in Berlin. Nachdem das schwarz-gelbe Trio in der letzten Verhandlungsrunde bis in die frühen Morgenstunden den Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP in trockene Tücher gebracht hat, will es die frohe Botschaft unter die Hauptstadtjournalisten bringen. Über eineinhalb Stunden präsentieren die drei Parteivorsitzenden in aufgeräumter Stimmung die Kernpunkte ihres Regierungsprogramms und ihr Personaltableau. Man scherzt über dieses, frotzelt über jenes – und die versammelten Journalisten lachen ein ums andere Mal fröhlich mit. Als gäbe es eine stillschweigende Übereinkunft, an diesem Samstagvormittag nur artig Höflichkeiten auszutauschen. Doch dann kommt Rob Savelberg an die Reihe, der Korrespondent der Amsterdamer Tageszeitung *De Telegraaf*.

Warum würde ausgerechnet das Finanzministerium mit Wolfgang Schäuble besetzt, fragt Savelberg die Bundeskanzlerin mit charmantem niederländischem Akzent. Wie könne Merkel einen Mann, der „im deutschen Bundestag öffentlich beteuert hat, dass er einen Waffenhändler nur einmal getroffen und dabei vergessen hat, dass er von ihm 100.000 D-Mark angenommen hat“, für so kompetent halten, dass sie ihm die Finanzen der Bundesrepublik anvertraue? Die Angesprochene zuckt zusammen, Westerwelle neben ihr schließt entsetzt die Augen, Seehofer lacht verlegen. „Weil… Weil diese… Weil diese Person mein Vertrauen hat“, erwidert Merkel

stockend. Doch Savelberg reicht diese Antwort nicht. „Aber kann er dann mit Geld umgehen, wenn er vergisst, dass er 100.000 Mark in bar in seiner Schublade rumliegen hat?“, fasst der Journalist nach. „Ich habe wirklich jetzt alles gesagt dazu“, wehrt die CDU-Chefin schmallippig ab. Damit ist für sie das Thema erledigt.

Merkel dürften jene Ereignisse, auf die Savelberg anspielte, in bester Erinnerung sein. Ohne diesen Skandal hätte sie es – Ironie der Geschichte! – wohl nie bis ins Kanzleramt geschafft. Wolfgang Schäuble hatte Ende 1999 tatsächlich im Bundestag behauptet, dem Rüstungslobbyisten Karlheinz Schreiber nur ein einziges Mal Mitte der neunziger Jahre auf einer Veranstaltung begegnet zu sein. Anfang 2000 musste der heutige Finanzminister ein weiteres Treffen und die Annahme einer 100.000-Mark-Parteispende Schreibers in bar einräumen. Zumal es auch noch eine seinen Angaben widersprechende Aussage der damaligen CDU-Schatzmeisterin Brigitte Baumeister gab, wie Schäuble an das Geld gelangt sei, war er danach als Vorsitzender der CDU und der Unionsfraktion im Bundestag nicht mehr haltbar. Mitte Februar 2000 kündigte er seinen Rückzug von beiden Ämtern an.

Angela Merkel übernahm das Ruder als Parteichefin und führte die Christdemokraten durch die tiefste Krise, die sie in ihrer Geschichte erlebt hatten. Denn Schäubles „vergessene“ Geldannahme ist nur eine der Randepisoden jenes großen Parteispendenskandals, der die CDU um die Jahrtausendwende in ihren Grundfesten erschütterte. Mancher sagte ihr schon das schlimme Schicksal der italienischen Democrazia Cristiana voraus, die Anfang der neunziger Jahre im Korruptionssumpf untergegangen war. Das blieb der CDU erspart. Aber nicht, weil sie einen tiefen Selbstreinigungsprozess durchlaufen hätte. Vielmehr hatte sie das Glück, dass das öffentliche Augenmerk sich allzu schnell auf andere Themen richtete. Das kollektive Gedächtnis der Gesellschaft ist kurz und ungenau. Bis heute hat die Partei vieles im Unklaren gelassen, ihre im Übergang ins neue Millennium aufgeflogenen illegalen finanziellen Machenschaften sind alles andere als aufgeklärt.

Trotzdem hatte die Aufdeckung des CDU-Spendenskandals eine reinigende Wirkung. „Was heute noch wie eine Krise der CDU und der Parteiendemokratie aussieht, wird sich bereits morgen als Quell ungeahnter Kraft erweisen“, sagte der Frankfurter Soziologe Karl Otto Hondrich wenige Tage nach Wolfgang Schäubles Rückzugsankündigung voraus. Denn dieser Skandal habe der Parteiendemokratie, „die, wie alle erfolgreichen Institutionen, zu Selbstgefälligkeit und Blindheit neigt“, einen heilsamen Stoß versetzt. „Indem er die vordergründigen Mächte der Politik und der Ökonomie in ihre Schranken weist, gönnt uns der Skandal, in einer Momentaufnahme, einen kurzen Blick auf die heimliche Supermacht der kollektiven moralischen Gefühle, die Gesellschaften im Innersten zusammenhält und bewegt“, schrieb Hondrich am 19. Februar 2000 in einem Gastbeitrag in der *taz*. Das gelte nicht nur für den konkreten Fall, sondern allgemein für Skandale dieser Art, analysierte der 2007 verstorbene Wissenschaftler. Denn die kollektive Entrüstung, die sie auslösten, zögen politischem und ökonomischem Machtstreben die Grenzen einer politischen Kultur. Insofern sei „der Skandal selbst der größte Aufklärer, über den das soziale Leben verfügt“.

Wenn das ans Tageslicht gelangte Fehlverhalten eines oder mehrerer Politiker den Eindruck erweckt, dass es Rückschlüsse auf den gesamten politischen Zusammenhang zulässt, also nur als Spitze eines Eisbergs erscheint, ist es mit dem Rücktritt des Erwischten nicht mehr unbedingt getan. Die Affäre oder der Skandal kann so schnell eine unkalkulierbare Dimension erhalten und zu einer ernsthaften politischen Bedrohung für die Partei werden, der er angehört. Denn sie gerät in Verdacht, den Regelverstoß ihres Repräsentanten gebilligt, gefördert, wenn nicht sogar veranlasst zu haben. Somit können solche Skandale weit größere Auswirkungen haben, da die Regelverletzung eines Einzelnen oder einer kleinen Gruppe als Teil eines Systems wahrgenommen wird. Mögen sie ansonsten noch so unterschiedlich sein: Das ist es, was den Abtritt Schäubles im Jahr 2000 mit Rücktritten wie denen des Kölner SPD-Lokalpolitikers Norbert Rüther, des früheren FDP-Bundeswirtschaftsministers Jürgen W.

Möllemann, der bayerischen CSU-Kultusministerin Monika Hohlmeier oder auch des schleswig-holsteinischen CDU-Ministerpräsidenten Uwe Barschel verbindet. Denn die jeweiligen Skandale, die sie zum Rücktritt zwangen, hatten eine politische Dimension, die über das jeweilige persönliche Fehlverhalten deutlich herausragte.

Der schwarze Kanzler mit den schwarzen Kassen

Nur durch Zufall ist der Parteispendenskandal der CDU überhaupt ans Licht gekommen. Augsburger Staatsanwälte hatten gegen den Kaufmann Karlheinz Schreiber aus dem bayerischen Kaufering wegen Steuerangelegenheiten Ermittlungen aufgenommen. Dabei fanden sie heraus, dass der „kleine Karlheinz aus Hohegeiß im Harz", wie er sich gerne bezeichnete, an einem Millionenrad gedreht hatte. Schreiber vermittelte Airbus-Flugzeuge nach Thailand und Kanada sowie MBB-Hubschrauber an die kanadische Küstenwache, fädelte die Lieferung von „Fuchs"-Spürpanzern nach Saudi-Arabien ein und bemühte sich um die Ansiedlung einer Panzerfabrik in Kanada. Und stets zeigte sich der frühere Teppichhändler mit dem CSU-Parteibuch äußerst großzügig denjenigen gegenüber, die ihm bei seinen Geschäften helfen sollten. So musste Kanadas früherer Premierminister Brian Mulroney nach langem Leugnen Ende 2007 vor einem Untersuchungsausschuss einräumen, Bargeld in sechsstelliger Höhe erhalten zu haben. „Mein mit Abstand größter Fehler im Leben war es, dass ich mich jemals einverstanden erklärt habe, Karlheinz Schreiber vorgestellt zu werden", zeterte der ertappte Konservative. Für Ludwig-Holger Pfahls, den früheren Rüstungsstaatssekretär im Verteidigungsministerium, reservierte Schreiber – einst enger Vertrauter des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß – 3,8 Millionen Mark auf einem Schweizer Nummernkonto. Nach einer spektakulären mehrjährigen Flucht geschnappt in Frankreich, wurde Pfahls im August 2005 vom Landgericht Augsburg wegen Vorteilsannahme und Steuerhinterziehung zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt. Bereits fünf Jahre zuvor hatte die

CSU den einstigen Präsidenten des Verfassungsschutzes aus ihren Reihen ausgeschlossen – wegen rückständiger Mitgliedsbeiträge.

Vor allem stießen die Ermittler auf Schmiergeldzahlungen in Millionenhöhe an Spitzenpolitiker der Christdemokraten. So kam heraus, dass Schreiber im Jahr 1991 CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep auf einem Parkplatz in der Schweiz eine Million Mark in bar in einem „großen braunen Umschlag" übergeben hatte. Aber im Rechenschaftsbericht der CDU tauchte die Spende nicht auf. Hartnäckig verfolgten die Staatsanwälte Jörg Hillinger und Winfried Maier die Spur. Was sie entdeckten: ein Netz schwarzer Kassen und geheimer Konten, ein finanzielles Schattenreich in der CDU. Für den langjährigen CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzler Helmut Kohl war dieses Schattenreich ein wichtiges Instrument zum Erhalt seiner Macht. Immer neue Fakten belegten, wie listig und jenseits der Gesetze das „System Kohl" mit Hilfe inoffizieller Anderkonten über Jahrzehnte funktionierte. Ohne die Umtriebigkeit der unerschrockenen Augsburger Ermittler wäre es unentdeckt geblieben, möglicherweise noch immer in Betrieb. Die beiden setzten eine Lawine in Gang, die das Denkmal des einst mächtigsten Christdemokraten erheblich beschädigte.

Nachdem die Beweislast immer erdrückender geworden war, gestand Kohl Ende 1999, es mit bestimmten Vorschriften und dem Parteiengesetz nicht so genau genommen zu haben. Im Anschluss an eine Sondersitzung des CDU-Präsidiums trat der Patriarch Ende November 1999 mit Schäuble und der damaligen Generalsekretärin Merkel vor die Presse und verlas mit monotoner Stimme eine kurze Erklärung. Er habe als Parteivorsitzender „die vertrauliche Behandlung bestimmter Sachverhalte wie Sonderzuwendungen an Parteigliederungen und Vereinigungen, zum Beispiel als unabweisbare Hilfe bei der Finanzierung ihrer politischen Arbeit, für notwendig erachtet", teilte Kohl mit. „Eine von den üblichen Konten der Bundesschatzmeisterei praktizierte getrennte Kontenführung erschien mir deshalb vertretbar." In seinem gesamten politischen Leben sei persönliches Vertrauen für ihn „wichtiger als rein formale Überprüfungen" gewesen. Wenn die Folge dieses Vorgehens „mangelnde Transparenz und Kontrolle sowie möglicherweise Verstöße gegen

Bestimmungen des Parteiengesetzes sein sollten“, würde er dies bedauern. „Ich wollte vor allem meiner Partei dienen.“ Nun gelte es, Schaden von der CDU abzuwenden. „Deshalb ist es mir ein persönliches Anliegen, die politische Verantwortung für hierbei in meiner Amtszeit entstandene Fehler zu übernehmen“, sagte der Ex-Kanzler.

Mitte Dezember 1999 gab er zu, auch persönlich Spenden in Millionenhöhe entgegengenommen zu haben, ohne sie in den Büchern der Partei verbuchen zu lassen. „Das ist der Fehler, den ich gemacht habe, zu dem ich mich bekenne und auch sehr bedauere“, sagte er in einem ZDF-Interview. Die mysteriösen Spender wollte er partout nicht nennen. Er habe ihnen per „Ehrenwort“ Anonymität zugesichert, erklärte Kohl. Das wäre ein ungeheuerliches Versprechen gewesen. Denn damit hätte er ganz bewusst gegen das Gesetz verstoßen, das die Veröffentlichung von Spendern zwingend vorschreibt. Kohl schätzte also laut eigener Aussage die Loyalität gegenüber großzügigen Geldgebern höher als die gesetzlichen Regeln des Staates, den er lange führte. Das wäre fast noch schlimmer als der andere mögliche Grund für sein beharrliches Schweigen: Dass er schlicht korrupt gewesen sein könnte und die Käufer politischer Entscheidungen schützen wollte. „Das Verhalten des vormaligen Kanzlers ist die zur makabren Karikatur zugespitzte Weigerung aller Parteien, sich willig den Imperativen der Verfassung zu beugen“, kommentierte Robert Leicht in der *Zeit*.

Ein Vierteljahrhundert hatte Helmut Kohl an der Spitze der CDU gestanden. Bis zu seiner Wahlniederlage 1998 amtierte er 16 Jahre lang als Bundeskanzler. So lange wie kein anderer. Fünfmal hob Kohl feierlich die rechte Hand zum Schwur: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“ Es war eine Lüge, obwohl der gläubige Katholik seinen Amtseid stets mit der Formel bekräftigte: „So wahr mir Gott helfe.“ Tatsächlich verstieß der Ausrufer der „geistig-moralischen Wende“ in all den Jahren fortgesetzt und bewusst gegen die Verfassung und

die Gesetze. „Dr. Kohl ging offenbar davon aus, dass er den Amtseid trotz seines verfassungs- und gesetzwidrigen Verhaltens schwören kann, weil dieser Eid nach unserer Rechtsordnung nicht strafbewehrt ist“, stellte der im Dezember 1999 vom Bundestag eingerichtete Untersuchungsausschuss „Parteispenden“ im Abschlussbericht fest. „Ein solches Verhalten ist eines deutschen Bundeskanzlers unwürdig und beschädigt das Amt“, urteilte das Gremium.

Reue oder Unrechtsbewusstsein zeigte der Kanzler der Einheit nicht. Die heftigen öffentlichen Reaktionen empfand er als ungerecht. Rasch ging er zum Gegenangriff über. „Ich akzeptiere nicht, wenn so getan wird, als hätte nur die CDU Fehler gemacht und andere nicht“, bagatellisierte Kohl seinen Gesetzesbruch. „Nach meinem Empfinden büße ich für Fehler in einer Art und Weise, die in keinem Verhältnis zur Sache selbst steht.“ Im Januar 2000 musste Kohl den CDU-Ehrenvorsitz niederlegen. Er sah sich als Opfer der „wohl einzigartigsten Diffamierungskampagne in der Geschichte der Bundesrepublik“. Als Motiv unterstellte er „Hass gegen einen Mann, der mit dazu beigetragen hat, die Linke daran zu hindern, unser Land in eine andere Republik zu führen.“

Zur Aufklärung der Spendenaffäre trug Kohl so gut wie nichts bei. Bei seinen Auftritten vor dem Untersuchungsausschuss war er auf Krawall gebürstet, sprach von „einem Akt beispielloser Diffamierung“ und einem „Vernichtungsfeldzug“ von „Ehrabschneidern“, die sein „Lebenswerk versenken“ wollten. Ohnehin verbitte er sich Belehrungen über Verfassungstreue von Sozialdemokraten und Grünen. Schließlich hätten die den Verfassungsauftrag zur Wiederherstellung der Deutschen Einheit verraten. In seinem Buch *Mein Tagebuch 1998 - 2000* findet Helmut Kohl noch deutlichere Worte: „Dass ausgerechnet jene, die damals auf jedem nur denkbaren Weg die Politik der Unterwerfung unter den Willen der kommunistisch-sowjetischen Führung in Moskau und in Ost-Berlin unterstützten, heute als Ankläger und Saubermänner auftreten, mutet schon reichlich sonderbar an.“

Im Bundestag hatte Kohl zuvor noch getönt: „Ich will so schnell wie möglich vor einen Untersuchungsausschuss geladen werden.“

Dort wolle er Rede und Antwort stehen und aufräumen mit dem ungeheuerlichen Verdacht, seine Regierung sei käuflich gewesen. Als es so weit war, hielten sich die Antworten in bescheidenen Grenzen. Insgesamt 36-mal berief sich der CDU-Mann mit dem Elefantengedächtnis auf sein Recht zur Aussageverweigerung. Mehr als 200-mal machte er Gedächtnislücken oder Nichtwissen geltend. Die Spender zu nennen, die ihm angeblich zwischen 1993 und 1998 insgesamt knapp 2,1 Millionen Mark in bar zusteckten, lehnte der Pfälzer weiterhin ab. Ein Ausschussmitglied monierte, durch sein Schweigen sei es unmöglich, der Frage nachzugehen, ob ein Zusammenhang zwischen politischen Entscheidungen und Spenden bestehe. Kohl antwortete süffisant: „Herr Abgeordneter, Sie müssen mit diesem schweren Schicksal leben." Die Spendernamen hat er bis heute nicht genannt. Aber möglicherweise existieren sie auch gar nicht. Der „Parteispenden"-Ausschuss hielt es jedenfalls für „wahrscheinlicher, dass Dr. Kohl diese Spender frei erfunden hat, um im Wege dieser Legende weiteren Fragen des Ausschusses und der Öffentlichkeit nach der wahren Herkunft der Gelder zu begegnen". Auch Wolfgang Schäuble vertrat gegenüber Kohl diese Auffassung.

Zweieinhalb Jahre spürte der Untersuchungsausschuss dem Finanzgebaren der CDU zu Zeiten der Regentschaft Kohls nach. Nach mehr als 100 Sitzungen und 150 Zeugenvernehmungen, nach endlosen Stunden, Tagen und Wochen gelangten die Abgeordneten zu dem Schluss, dass der Altkanzler sein gesamtes politisches Handeln „dem Verdacht von politischer Korruption großen Ausmaßes ausgesetzt" habe. Den konkreten Nachweis, dass die von ihm geführte Bundesregierung bestechlich war, konnte der Ausschuss nicht erbringen. Zwar sei er „auf eine Vielzahl von Ungereimtheiten und Verdachtsmomenten für nicht korrektes Verhalten gestoßen, die den Verdacht der Einflussnahme auf politische Entscheidungen im Zusammenhang mit verdeckten Geldzuwendungen an die CDU begründen". Allerdings seien im Bundeskanzleramt in der Zeit der Regierungsverantwortung Kohls Akten „in erheblichem Umfang manipuliert" worden oder „völlig verschwunden". Der Ausschuss vertrat die Überzeugung, „dass es sich bei den festgestellten Lücken und Veränderungen in den Aktenbeständen nicht um Zufälligkeiten,

sondern offensichtlich um gezielte Handlungen mit erkennbarer Absicht handelt, bestimmte sachliche, personelle oder politische Vorgänge einer Nachprüfung nach dem Regierungswechsel im Oktober 1998, so etwa auch durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, zu entziehen". Die Möglichkeit, Entscheidungsprozesse der Regierung Kohl anhand von Akten und Unterlagen zu prüfen, sei hierdurch zum Teil wesentlich erschwert, zum Teil völlig unmöglich gemacht worden.

Erfolgreicher war der „Parteispenden"-Untersuchungsausschuss bei der Aufdeckung der Wege, die findige christdemokratische Finanzjongleure für Geldströme außerhalb der Legalität gebahnt hatten. „Die Einrichtung eines weit verzweigten Anderkonten-Systems in Deutschland, der Schweiz und Luxemburg unter Tarnung durch Treuhänder und Stiftungen in Liechtenstein, über die im In- und Ausland Millionenbeträge in bar abgewickelt wurden, weisen Parallelen zu Praktiken auf, die aus dem Bereich der Organisierten Kriminalität und Geldwäsche bekannt sind", stellten die Abgeordneten fest. Nach ihrer Erkenntnis nahm das „System Kohl" seinen Anfang in dem Jahr, in dem der damalige rheinland-pfälzische Ministerpräsident den CDU-Vorsitz übernahm: Bereits 1973 seien „mit Willen von Dr. Kohl" verdeckte Konten eingerichtet worden, „um über diesen Weg konspirativ Gelder in die CDU einzuschleusen".

Wenn der Kölner Danke sagt

Nach mehr als einem Jahrzehnt erinnert sich kaum jemand mehr an den Fall des Kölner Sozialdemokraten Norbert Rüther, obwohl er seinerzeit mehrere Wochen bundesweit in den Schlagzeilen war – und er bis heute sehr lehrreich ist. Schon die Verlaufsform des Skandals um den damals in der Domstadt höchst einflussreichen Kommunalpolitiker steht in einem signifikanten Kontrast zu anderen Skandalen. Denn hier stand der Rücktritt am Anfang; erst mit ihm wurde der Skandal um „Dankeschön"-Spenden und gefälschte Spendenquittungen öffentlich.

Rüther war jahrelang der starke Mann der Kölner Sozialdemokraten gewesen: kein Sympathieträger, aber ein ausgebuffter Strippenzieher – „machtgeil und machtanfällig“, wie ein damaliger Parteifreund aus seinem unmittelbaren Umfeld später sagen wird. Überregional hingegen war er ein No-Name. Die Domstadt war seine große Bühne, hier politisierte er mit Leidenschaft. Sein Sitz im Präsidium der nordrhein-westfälischen SPD schien so nur nützliches Beiwerk für ihn zu sein. Seine Wahl in den Düsseldorfer Landtag im Jahr 2000 sicherte Rüther ökonomisch ab, gab ihm Rückhalt für seine Tätigkeit als Kölner SPD-Ratsfraktionschef.

Doch dann kam der 4. März 2002, der Rüther schlagartig ins bundesweite Rampenlicht katapultierte. An diesem Tag ließ er über seine Anwälte mitteilen, dass er von allen Ämtern zurück- und aus der SPD austreten werde. Er bedauere sein Fehlverhalten, Einzelheiten jedoch „wird und kann er gegenüber der Presse nicht bekunden“. Dafür offenbarte Rüther sich zeitgleich der Staatsanwaltschaft. Das, was er dort berichtete, schlug ein wie eine Bombe. Denn der Politiker enthüllte, wie die Kölner SPD, die von 1956 bis 1999 in der Domstadt den Oberbürgermeister stellte, zumindest über die neunziger Jahre hinweg mit einer ganz besonderen Methode der Geldeinnahme klandestin ihre Parteikassen aufgefüllt hatte: mit dem System der „Dankeschön-Leistungen“.

Als er 1992 zum SPD-Ratsfraktionsgeschäftsführer avancierte, habe Rüther diesen „guten Brauch“ von seinem Vorgänger übernommen, gab er den Ermittlern zu Protokoll. Entscheidend bei der Spendenbeschaffung sei, so hätten dieser und auch der damalige Fraktionschef ihm eingeschärft, dass stets die „goldene Regel“ beachtet werde: Vorher beschließen, nachher kassieren. Sprich: Erst nachdem Unternehmen lukrative städtische Großaufträge zugeschanzt worden waren, sollten sie sich freundlichst zu einem angemessenen Obolus bereitfinden. Eine damalige Gesetzeslücke ausnutzend, hatten die Genossen durch diese Zahlungsmodalität sicherstellen wollen, im Falle der Aufdeckung nicht wegen Korruption belangt werden zu können. Die Genossen wussten genau, dass diese Art der Geldeintreibung trotzdem nicht koscher war. Warum sonst

hätten sie die so eingenommenen Spenden, wie geschehen, verschleiern sollen?

Das Inkasso-Geschäft lief gut: 30 bis 35 solcher „Dankeschön-Spenden" will Rüther nach eigener Aussage bis zu seinem unrühmlichen Abgang von Firmen eingeworben haben. In der Regel bar und ohne Quittung. Öffentlich bekannt wurden allerdings nur jene „Danksagungen", die in Verbindung mit der umstrittenen Kölner Müllverbrennungsanlage geflossen waren. Eine entsprechende Liste übersandte Rüther Mitte 2002 seiner früheren Partei. Laut dieser Aufstellung sollen sich zwischen 1994 und 1999 neun Spender mit insgesamt 830.000 Mark erkenntlich gezeigt haben. Die Zusatzeinnahmen flossen in die Kommunalwahlkämpfe 1994 und 1999, sie dienten „zur Mitfinanzierung von Veranstaltungen mit SPD-Mitgliedern", der Rest – rund 510.000 Mark – ging in die Parteikasse. Damit das nicht auffiel, stückelte sie der damalige Kölner SPD-Schatzmeister Manfred Biciste vereinbarungsgemäß in nicht veröffentlichungspflichtige Kleinspenden von 500 bis 6.000 Mark. Dafür stellte er fingierte Spendenquittungen an zuverlässige Parteimitglieder aus, deren vermeintliche Spendierfreude dem Fiskus aufgrund ihrer Einkommen nicht sofort verdächtig erscheinen musste. Fast alle der Unterbezirksvorstandsmitglieder, kommunalen Mandatsträger, Bundes- und Landtagsabgeordneten bis hin zum sozialdemokratischen Vorstandsvorsitzenden der Kölner Stadtsparkasse leugneten zunächst, zu Unrecht Spendenbelege erhalten haben. Gleichwohl erstatteten sie unisono umgehend Selbstanzeige beim Finanzamt.

Der auf den ersten Blick lokal begrenzte Skandal löste ein politisches Erdbeben aus, das noch im weit vom Epizentrum entfernten Berlin für Erschütterungen sorgte. Seine Brisanz zog er daraus, dass die Machenschaften überregional völlig unbekannter Provinzpolitiker in der Öffentlichkeit als symptomatisch erschienen. Er passte allzu gut ins Bild: Während sich der Bundestag noch per Untersuchungsausschuss mit der Parteispendenaffäre der CDU beschäftigte, schienen hier nun auch die Sozialdemokraten mit der *Smoking Gun* in der Hand erwischt worden zu sein. Entsprechend sorgten die Ge-

schehnisse in der Domstadt wochenlang bundesweit für Schlagzeilen. Ausgerechnet ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl sackte die SPD in den Umfragen heftig ab. In ihren Zentralen in Land und Bund jagte eine Krisensitzung die nächste. Der nordrhein-westfälische SPD-Landesvorsitzende Harald Schartau versprach „gnadenlose Aufklärung" und redete von einem „Krebsgeschwür", das „ausgemerzt" gehöre. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Wolfgang Clement wollte die Verhältnisse in Köln gar „mit Stumpf und Stiel ausrotten" – eine unmenschliche Sprache, die unbedingte Entschlossenheit demonstrieren sollte.

Bereits acht Wochen nach der Aufdeckung und die Bundestagswahl fest im Blick, erklärten der damalige SPD-Generalsekretär Franz Müntefering, Bundesschatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier und Landeschef Schartau den Skandal für aufgeklärt. „Es sind die notwendigen Konsequenzen gezogen worden", verkündete Müntefering und meinte damit die Einleitung von über zwanzig Schiedsverfahren gegen diejenigen Quittungsempfänger, deren Fälle sich nicht ohnehin bereits für die Partei durch Austritt erledigt hatten. Mit der Aufklärung, wie lange vor Rüther das System der „Dankeschön-Spenden" schon existierte und welche Entscheidungen sich die SPD-Ratsfraktion so vergüten ließ, hatte sich die Partei nicht ernsthaft beschäftigt.

Mit der Sommerpause ebbte das öffentliche Interesse merklich ab. Andere Themen drängten in den Vordergrund und die SPD fand aus ihrem Umfrageloch heraus. Dank Hochwasser und Irak-Krieg konnte Rot-Grün sogar überraschend die Bundestagswahl im September 2002 erneut gewinnen. Im folgenden Monat begann vor der 20. Zivilkammer des Kölner Landgerichts das Verfahren, mit dem sich die Bundes-SPD von Rüther und Biciste jene 492.997,85 Euro zurückholen wollte, die ihr Bundestagspräsident Wolfgang Thierse als Strafgeld wegen der Abgabe eines falschen Rechenschaftsberichtes und damit wegen Verstoßes gegen das Parteiengesetz als Bußgeld aufgebrummt hatte. Die zivilrechtliche Auseinandersetzung endete im April 2003 mit einem Vergleich: Die beiden Ex-Genossen erklärten sich bereit, jeweils 117.500 Euro über mehrere Jahre verteilt als Schadensersatz abzustottern. Gegen den Großteil

der Quittungsempfänger, unter ihnen zwei ehemalige Kölner SPD-Vorsitzende sowie auch etliche ehemalige und amtierende Mandatsträger auf Stadt-, Landes- und Bundesebene, stellte die Staatsanwaltschaft die Verfahren 2004 wegen „geringer Schuld“ ein. Die Betroffenen hatten zuvor Geldauflagen von bis zu 35.000 Euro akzeptiert.

Norbert Rüther, inzwischen in seinen Beruf als Psychiater zurückgekehrt, wurde im September 2005 vom Landgericht Köln wegen Bestechlichkeit und Beihilfe zur Bestechlichkeit zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Nach Auffassung des Gerichts hatte er bei zwei Spenden gegen die „goldene Regel“ verstoßen: Anfang und Ende Mai 1999 erhielt er 50.000 Mark und 100.000 Mark von dem Viersener Müllunternehmer Hellmuth Trienekens und speiste sie in die Parteikassen ein. Zu dieser Zeit herrschte in Köln Kommunalwahlkampf, die SPD brauchte Geld. Und es stand eine sehr wichtige Entscheidung im Stadtrat an, nämlich ob und wie die städtischen Abfallwirtschaftsbetriebe AWB teilweise privatisiert werden sollten. Man frage sich, warum sich die SPD mit ihrer Spendenbitte ausgerechnet an Trienekens gewandt habe, so der Vorsitzende Richter Martin Baur in seiner Urteilsbegründung, – und lieferte die Antwort gleich mit: „Er war derjenige, der in Köln ein wirtschaftliches Interesse hatte. Er wollte den Fuß bei den AWB in die Tür bekommen.“ Ob Rüther dafür ausdrücklich konkrete Zusagen gemacht habe, sei unerheblich: „Man versteht sich auch so.“ Rüther hingegen hatte vor Gericht seine Unschuld beteuert. Dass die SPD zunächst gegen und dann für die Teilprivatisierung gewesen sei, habe nichts mit den Trienekens-Spenden zu tun gehabt: „Ich habe mich zu keiner Zeit als bestochen erlebt und empfunden.“ Seine Verteidiger legten erfolgreich Revision beim Bundesgerichtshof ein.

Im August 2008 wurde Rüther vom Kölner Landgericht erneut verurteilt. Wegen Beteiligung zur Bestechlichkeit und Abgeordnetenbestechung erhielt er eine Bewährungsstrafe von einem Jahr und neun Monaten. Es habe sich um ein „komplexes und schwieriges Verfahren“ gehandelt, sagte der Vorsitzende Richter Klaus Bieber. Nicht alles, was man als moralisch verwerflich ansehe, sei auch

strafrechtlich relevant. Rüther ist inzwischen nachdenklich geworden, bereut sein früheres Handeln zutiefst. „Ich setze mich heute intensiv mit dem Thema Schuld auseinander“, sagt er.

Große Koalition der Trickser

Das Einschleusen von Geldern zweifelhafter Herkunft mittels fingierter Spendenquittungen war in Köln allerdings keine besondere Spezialität der SPD. So tauchten bereits mitten auf dem Höhepunkt der Aufregung über die Finanzmanipulationen bei den Genossen erste Gerüchte auf, auch ihre Kollegen von der Union könnten ähnlich verfahren sein: Ein ehemaliger Mitarbeiter der CDU-Kreisgeschäftsstelle berichtete damals, der Kölner CDU-Parteichef und Landtagsabgeordnete Richard Blömer habe im Kommunalwahlkampfjahr 1999 67.000 Mark aus anonymen Quellen in drei Tranchen bar in die Parteikasse gezahlt und vom damaligen Kreisgeschäftsführer in vermeintliche Einzelspenden stückeln lassen. An 17 Personen seien anschließend Quittungen über Teilbeträge zwischen 200 und 12.000 Mark ausgestellt worden. Blömer dementierte vehement: Alle Spender seien bekannt, die Spenden ordnungsgemäß verbucht und quittiert worden. Die Anschuldigungen seien nichts weiter als „kriminelle Machenschaften“ eines Mannes, der seiner Aufgabe nicht gewachsen gewesen sei.

Auch der Kreisgeschäftsführer dementierte zunächst. Aber Mitte Oktober 2003 korrigierte er seine Aussage und räumte gegenüber der Staatsanwaltschaft ein, zumindest für eine Summe von 12.000 Mark Spendenbelege „nach Rücksprache mit Herrn Blömer“ gefälscht zu haben. Die Behörde hatte inzwischen die Immunität Blömers als Landtagsabgeordneter aufheben lassen und ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Nach massivem Druck aus der CDU-Landes- und Bundespartei trat Blömer Ende Oktober 2003 von seinem Amt als Kreisvorsitzender zurück – „aus Verantwortung für die CDU Köln und um Schaden von der Partei abzuwenden.“ Er entschuldige sich „unabhängig von der rechtlichen Beurteilung“ dafür, gegen das Parteiengesetz verstoßen zu haben, erklärte Blömer. Sein

Parlamentsmandat behielt er. Die erneute Aufstellung als Landtagskandidat wurde von der Partei jedoch verhindert. Im August 2009 verurteilte das Kölner Landgericht den Politiker zu einer Haftstrafe von einem Jahr auf Bewährung. Blömer, der im Prozess die Aussage verweigert hatte, warf dem Gericht vor, es habe ein „Exempel statuieren“ wollen. Seine Verteidiger legten Revision ein. Mitte April 2011 hob der Bundesgerichtshof das Urteil auf und verwies den Fall zurück an eine andere Strafkammer des Landgerichts.

Die erstmals in Köln aufgeflogene Methode der Spendenstückelung und -verschleierung erfreute sich offenkundig auch andernorts einiger Beliebtheit. So berichtete der Rüstungslobbyist Karlheinz Schreiber in seinem Prozess vor dem Augsburger Landgericht Mitte Januar 2010, auch bei der CSU wären auf diese Weise Großspenden gestückelt worden. Damit die tatsächlichen Spender nicht in der offiziellen Buchhaltung der Partei auftauchten, habe der 1992 verstorbene CSU-Spendensammler Franz Josef Dannecker, der sich über Jahrzehnte loyal und verschwiegen um das pekuniäre Wohl der Partei gekümmert hatte, Todesanzeigen gesammelt und die dort aufgeführten Namen benutzt, um die Herkunft der Gelder zu verschleiern. Das von ihm geschilderte Verfahren will Schreiber bei einer von ihm 1980 getätigten Spende in Höhe von 100.000 Mark selbst miterlebt haben. Dies alles sei als Reaktion auf den Skandal um die kurz zuvor als Spendenwaschanlage aufgeflogene „Staatsbürgerliche Vereinigung“ geschehen.

Auch bei der FDP war diese Methode der illegalen Geldbeschaffung nicht unbekannt, wie sich im Zuge der Ermittlungen um die Finanzierung eines in Millionenauflage per Postwurfsendung verteilten antisemitisch konnotierten Flyers offenbarte, mit dem der FDP-Politiker Jürgen W. Möllemann kurz vor der Bundestagswahl im September 2002 für Aufsehen und Empörung sorgte.

Vom Aufstieg und Fall des Jürgen W. Möllemann

Es ist ein beeindruckendes Comeback. Zehn Minuten vor Schließung der Wahllokale betritt am 14. Mai 2000 um 17.50 Uhr Jürgen

W. Möllemann strahlend die „Trattoria Zollhof“ unweit des Düsseldorfer Landtags. Hier findet an diesem Abend die Wahlparty der nordrhein-westfälischen FDP statt. Der umstrittene Münsteraner Liberale weiß, dass es ein rauschendes Fest wird. Er kennt bereits die Prognosen für das Wahlergebnis. Doch Möllemann verrät nichts, will den Augenblick auskosten. Flankiert von Wolfgang Kubicki, seinem Kieler Parteifreund, wartet er geduldig darauf, dass die offiziellen Zahlen über die Bildschirme flackern. Dann ist es endlich ist so weit. Frenetischer Jubel brandet los. Jetzt weiß jeder, was für eine Sensation ihm gelungen ist: Mit 9,8 Prozent der Stimmen kehrt die FDP nach fünfjähriger Pause zurück in das Landesparlament. Möllemann erklimmt ein Podest, reckt beide Arme in die Höhe und ruft begeistert: „Dies ist ein stolzer Tag für die FDP in Nordrhein-Westfalen.“ Seine Anhänger skandieren: „Jürgen, Jürgen“. Der phänomenale Wahlerfolg ist nicht allein dem politischen Engagement des begnadeten Polit-Entertainers zu verdanken. Erheblichen Anteil daran hat der enorme Einsatz finanzieller Mittel aus dunklen Quellen. Doch davon will an diesem Abend niemand etwas wissen.

Möllemann war einer der schillerndsten und umstrittensten Politiker der Bundesrepublik. Kein anderer drängte so entschlossen und so skrupellos an die Macht. Er polarisierte – auch innerparteilich. „Man fragt sich manchmal: Ist der Mann bei all seiner Begabung, bei all seinem politischen Geschick, ist der normal?“, bekannte der FDP-Ehrenvorsitzende Otto Graf Lambsdorff öffentlich. Möllemann sei „ein ‚political animal‘ im umfassendsten Sinne des Wortes“, sagte der langjährige Außenminister Hans-Dietrich Genscher. „Sein größter Gegner allerdings ist er selbst.“

Der ehrgeizige Jürgen Möllemann beginnt seine Karriere Ende der sechziger Jahre als AStA-Vorsitzender an der Pädagogischen Hochschule Münster. Zunächst engagiert er sich im CDU-Studentenverband RCDS, dann wechselt er 1970 zur FDP. Schon zwei Jahre später sitzt der gelernte Volksschullehrer für die Freidemokraten im Bundestag. Hier beweist er schnell, dass er nicht nur eine politische Begabung hat, sondern auch einen ausgeprägten Sinn fürs Geschäftliche. Die Versicherungswirtschaft unterstützt ihn in den

siebziger Jahren ebenso großzügig wie der Flick-Konzern, auf dessen Liste für die politische Landschaftspflege er steht. Von Flick erhält er 60.000 Mark, einen Dienstwagen und die üblichen Spesen, meldet das aber entgegen der Gepflogenheiten nicht der Bundestagsverwaltung.

Seine große Zeit kommt nach dem Zerbrechen der Koalition von SPD und FDP mit dem Beginn der konservativ-liberalen Regierung 1982. Von seinem politischen Ziehvater Hans-Dietrich Genscher wird er als Staatsminister ins Auswärtige Amt geholt, 1987 übernimmt Möllemann das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. „Riesen-Staatsmann Mümmelmann" (Franz Josef Strauß) weiß den Apparat geschickt zu nutzen. Er versieht alle Materialien seines Ministeriums mit den FDP-Farben Blau und Gelb. Im Jahr 1991 erreicht seine Karriere den Höhepunkt. Möllemann steigt zum Bundeswirtschaftsminister und zum Vizekanzler auf, zum Stellvertreter des mächtigen Helmut Kohl. Doch schon 1993 endet der Höhenflug. Möllemann hat auf dem Briefbogen seines Ministeriums für das „pfiffige Produkt" eines angeheirateten Vetters – einen Chip für Einkaufswagen –geworben und versucht wahrheitswidrig die Verantwortung auf einen Untergebenen zu schieben. Es nützt nichts, er muss zurücktreten. 1994 schicken ihn auch die nordrhein-westfälischen Liberalen in die Wüste. Ein halbes Jahr vor der Landtagswahl zwingen sie Möllemann zum Rücktritt vom Amt des Landesvorsitzenden. Führende Bundespolitiker schieben hinter den Kulissen kräftig mit. Sie haben genug von den Eskapaden und Intrigen des „Quartalsirren", wie FDP-Spitzenpolitiker Hermann Otto Solms ihn einmal nennt.

Möllemanns politische Karriere scheint beendet. Aber die FDP erlebt bei den Landtagswahlen eine herbe Niederlage. Sie verpasst im Mai 1995 mit nur vier Prozent der Stimmen deutlich den Wiedereinzug in den Düsseldorfer Landtag. Die Partei an Rhein und Ruhr steht vor einem Trümmerhaufen – und erinnert sich an ihren großen Zampano. 1996 holt sie ihn reumütig zurück. Im Landtagswahlkampf im Jahr 2000 dreht Möllemann voll auf, um es allen Kritikern zu zeigen. Der quirlige Egozentriker inszeniert eine aberwit-

zige Ein-Mann-Show. Möllemann in allen Gassen und auf allen Kanälen: beim Fallschirmabsprung über dem Landtag, beim Besuch in unzähligen Talkshows, in den Containern von „Big Brother". Hauptsache Aufmerksamkeit und Schlagzeilen, ist die Strategie. Sie funktioniert, die Wähler goutieren die schrille PR-Kampagne. Das bringt ihm die Anerkennung der Parteispitze zurück. Möllemanns Wahlerfolg sei „ein epochales Ereignis", schwärmt der damalige FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle.

Nach seinem großen Erfolg in Nordrhein-Westfalen ist Möllemann plötzlich auch auf Bundesebene wieder eine große Nummer. Im Mai 2001 wird er stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP. Mit Blick auf die Bundestagswahl 2002 verkündet der Freibeuter, das Selbstverständnis der Liberalen müsse sich „von der Nischenpartei zur Volkspartei mausern". Möllemann proklamiert das „Projekt 18". Immer weiter dreht er die Schraube, die Partei folgt ergeben. Erwachsene Menschen laufen mit „18"-Stickern, Hemden, Schuhen und Unterhosen herum. Die nach der „Wende" von 1982 – damals verlor die FDP intellektuelle Kapazitäten und große Teile ihres Nachwuchses – eher biederen und angegrauten Liberalen fühlen sich plötzlich „hip". Kohls alte Funktionspartei mutiert zur vermeintlich erfolgreichen „Spaßpartei". Das Parteivolk, allen voran der zum Parteichef aufgestiegene Westerwelle, spaßt mit. Denn die bizarren Aktionen versprechen Erfolg.

Nur gehört zu Möllemanns Strategie mehr als schriller Unfug. In die Höhen, in die er die FDP illusioniert, kann die Partei nur durch kräftige populistische Einschläge kommen. So wie es Jörg Haider in Österreich vorgemacht hatte. Der Kärntner Rechtspopulist begrüßte Möllemanns Kurs ausdrücklich. Es sei „beachtlich, wenn ein langjähriger Funktionär der FDP, die zu den zähesten Verteidigern des Systems gehört hat und nur Mehrheitsbeschaffer war, nun anerkennt, dass die Emanzipation der Demokraten notwendig ist", freute sich Haider. „Dafür ist ihm zu gratulieren."

Möllemann wollte die FDP als vermeintliche „Protestpartei" auch für Wähler mit extrem rechten Positionen attraktiv machen. Ganz gezielt bemühte er das Bild von der bösen „politischen Klasse", der er sich angeblich tapfer entgegenstelle. Gezielte

„Tabubrüche“ waren Teil des Konzepts. Er schreckte selbst nicht davor zurück, mit latent vorhandenen antisemitischen Stimmungen zu spielen. Im September 2002 trieb er dieses Spiel auf die Spitze. Wenige Tage vor der Bundestagswahl ließ Möllemann ein Faltblatt mit dem Titel „Klartext. Mut. Möllemann.“ per Postwurfsendung an alle Haushalte in Nordrhein-Westfalen verteilen. In dem antisemitisch konnotierten Flyer attackierte er den Anwalt und Journalisten Michel Friedman, seinerzeit Vizepräsident des Zentralrats der Juden, und den damaligen israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon. Angesichts schlechter Umfragewerte hoffte Möllemann mit dieser Aktion im letzten Moment noch einen Stimmungsumschwung zugunsten der FDP herbeizuführen.

Die Rechnung ging nicht auf. Die Liberalen erzielten bei der Bundestagswahl am 22. September 2002 bescheidene 7,4 Prozent der Stimmen. Am selben Tag trat Hildegard Hamm-Brücher nach 54-jähriger Zugehörigkeit aus der FDP aus. Durch „die andauernde rechtspopulistische, antiisraelische und tendenziell Antisemitismus schürende Agitation“ Möllemanns sei „eine wechselseitige Entfremdung zwischen der Partei und mir entstanden, die für mich unerträglich und irreparabel geworden ist, weil sie die Fundamente meiner Überzeugungen für mein politisches Engagement in Frage stellt“, schrieb die Grande Dame des deutschen Liberalismus an Guido Westerwelle. „Ihre Reaktionen auf meine und andere warnende Stimmen, vor allem aber Ihr zögerliches Verhalten hinsichtlich der Eskapaden Ihres Vertreters, haben mich in meiner Kritik bestärkt, dass Sie Ihre Führungsverantwortung nicht rechtzeitig und nicht ausreichend wahrgenommen haben. Sie haben zu lange geschwiegen und dem Möllemann-Kurs nicht rechtzeitig Paroli geboten.“ Einen Tag nach der Bundestagswahl trat Möllemann als stellvertretender FDP-Bundesvorsitzender zurück. Im Oktober gab er auch als Vorsitzender und Landtagsfraktionschef der FDP in Nordrhein-Westfalen auf.

Erledigt war der Fall Möllemann damit nicht. Jetzt begann er erst richtig. Der politische Skandal entwickelte sich zu einer Finanzaffäre mit weitreichenden Folgen für die Liberalen. Zunächst konzentrierte sich die Aufmerksamkeit auf den Inhalt und die Intention

des umstrittenen Wahlkampfflugblatts. Doch schnell verlagerte sich das öffentliche Interesse auf die Frage, woher das Geld für die gut eine Million Euro teure Aktion stammte. Möllemann versuchte, sich mit Lügen aus der enger werdenden Schlinge zu ziehen. Anfang Oktober 2002 erklärte er: „Die Finanzierung ist sauber gelaufen. Alle anzeigepflichtigen Einzelheiten werden zum Jahresende im Finanz- und Rechenschaftsbericht der Partei auftauchen." Weiter behauptete er: „Der Großteil der Spenden stammt von einer Vielzahl von Sympathisanten und Freunden, die aber alle unter 10.000 Euro gespendet haben." Die Anzahl der Spender bewege sich im dreistelligen Bereich. Kein Wort davon war wahr.

Tatsächlich hatte Möllemann seinen Vertrauten Fritz Goergen Mitte September 2002 nach Luxemburg geschickt, um für ihn eine Million Euro von seinem Konto bei der Bank BNP Paribas abzuheben und zu ihm nach Münster zu bringen. Das Geld übergab Möllemann einem weiteren engen Vertrauten, dem FDP-Landesgeschäftsführer Hans-Joachim Kuhl. Davon zahlte der auf vierzehn Banken verteilt 839.500 Euro auf ein Wahlkampf-Sonderkonto ein, gestückelt in Beträge zwischen 1.000 und 8.000 Euro und unter 145 fingierten Namen. Damit konnte er den Eindruck erwecken, das Geld sei von vielen Unterstützern gespendet worden. 140.400 Euro wanderten auf Konten des FDP-Landesverbands. Schritt für Schritt kam noch mehr ans Licht: Zumindest seit 1996, als Möllemann zum zweiten Mal den Landesvorsitz der NRW-FDP übernommen hatte, waren systematisch Gelder am Gesetz vorbei in die Parteikassen geschleust worden. Der Getreue Kuhl – ab 1996 Landesschatzmeister, ab 2000 Landesgeschäftsführer – gab in einer eidesstattlichen Erklärung vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf Ende 2003 zu, von Möllemann eine Menge Geld bekommen zu haben: 61 750 Mark im Jahr 1996, 52.750 Mark im Folgejahr, 38.500 Mark 1999 und 981.750 Mark im Jahr der Landtagswahl 2000. Um die angeblich aus dem Privatvermögen Möllemanns stammenden Beträge verschleiert auf FDP-Konten zu schleusen, gestand Kuhl, bedienten sich Möllemanns Mannen zweier Methoden: Zum einen dachten sie sich mehrere hundert „Spender" einfach aus. Dabei bewiesen die liberalen Finanzakrobaten Sinn für Humor: Sogar der sowjetische

Revolutionär Leo Trotzki durfte 10.000 Euro an die Freidemokraten spenden. Zum anderen erhielten verdiente Parteifreunde Barbeträge ausgehändigt, die sie dann als „ihre“ Spenden überwiesen. Ein Schwindel, der für beide Seiten lukrativ war: Die FDP brauchte nicht zu fürchten, in Erklärungsnöte zu kommen, da der wahre Geber anonym blieb. Den angeblichen Gönnern wurde ermöglicht, an ihrer Mithilfe beim Verstoß gegen das Parteiengesetz auch noch zu verdienen: Die Quittungen, die sie für ihre vermeintlichen Spenden erhielten, konnten sie von der Steuer absetzen. Mit der Stückelung der Geldbeträge und der Tarnung als Kleinspenden hatte Möllemann zu verbergen versucht, dass er zur wichtigsten Geldquelle der nordrhein-westfälischen FDP avanciert war. Weitere Summen flossen mittels Sachspenden: Standen kostenintensive Anzeigen- oder Plakataktionen an, verkündete Möllemann im FDP-Landesvorstand, dafür großzügige „Sponsoren“ gefunden zu haben. Und niemand fragte nach.

Im Mai 2005 erließ das Düsseldorfer Amtsgericht gegen Kuhl einen Strafbefehl über eine Freiheitsstrafe von zehn Monaten, die gegen Zahlung einer Geldbuße von 10.000 Euro zur Bewährung ausgesetzt wurde. Möllemann konnte nicht mehr belangt werden. Am 5. Juni 2003 um 12.36 Uhr stürzte sich der leidenschaftliche und routinierte Fallschirmspringer im Alter von 57 Jahren unweit des westfälischen Flughafens Marl-Loemühle in den Tod. Am Morgen des Tages hatten die Staatsanwaltschaften Münster und Düsseldorf im Rahmen ihrer Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen Steuerhinterziehung, Verstoß gegen das Parteiengesetz, Betrug und Untreue die Immunität des Landtags- und Bundestagsabgeordneten aufheben lassen und mit einer groß angelegten Durchsuchungsaktion an insgesamt 25 Stellen in 13 Orten im Bundesgebiet sowie in Luxemburg, Spanien und Liechtenstein begonnen.

Nicht nur die mutmaßlich dunkle Herkunft seines millionenschweren Privatvermögens, aus dem Möllemann seine Partei über Jahre insgeheim gesponsert hatte, konnte nach dem Tod des Politikers nur bruchstückhaft aufgeklärt werden. Ebenso undurchsichtig bleibt die Rolle seiner Partei: Handelte es sich tatsächlich nur um die Machenschaften eines „Einzeltäters“ und einiger unbedeutender

Handlanger im Apparat, wie die FDP nach Aufdeckung des Spendenskandals um ihren einstigen Superstar immer wieder beteuerte? Ist es möglich, dass im Landesvorstand einer Partei, die sich ihres ökonomischen Sachverstands rühmt, niemand die Frage gestellt hat, wie die ausgebrannte FDP im Jahr 2000 einen so teuren Landtagswahlkampf bezahlen konnte? Von Möllemanns Machenschaften hat die FDP im bevölkerungsreichsten Bundesland langfristig profitiert. Ohne seine Vorarbeit hätte es möglicherweise 2005 für die gemeinsame Regierungsbildung mit der CDU und die Ablösung der rot-grünen Landesregierung nicht gereicht. Niemand im FDP-Landesvorstand, auch nicht seine beiden Stellvertreter Andreas Pinkwart, der nach dem Regierungswechsel stellvertretender Ministerpräsident in NRW wurde, und die Bundestagsabgeordnete Ulrike Flach, wollen etwas von den illegalen Finanzpraktiken gewusst haben.

Bereits im November 2002 hatte Hans Leyendecker in der *Süddeutschen Zeitung* den „Fall Möllemann" bilanziert: „Es war seine NRW-FDP, die einst führend war auf dem Gebiet der Umwegfinanzierung, wie das kriminelle Geschäft mit den Schwarzen Kassen verharmlosend heißt. Der Name Möllemann stand auf diversen Listen von Verbänden, die vielversprechende junge Politiker mit Barem ausstatteten. Unter dem Beifall seiner Parteifreunde erklärte Möllemann einst, es interessiere ‚kein Schwein mehr', ob Gesetz und Verfassung durch den planmäßig betriebenen Betrug der Parteien Schaden genommen hätten. Wo er war, war immer eine Hausse in Schiebungen und eine Baisse in Moral. Jeder, der das wissen wollte, hat es gewusst. Die Partei hat von ihm aber im Wortsinn profitiert und deshalb nicht so genau hingeschaut, wie er sein Geschäft betrieb. Erst als die Beute ausblieb, nach der verlorenen Wahl 2002, wurden alte Rechnungen beglichen."

Das bewusste Wegschauen in Finanzangelegenheiten gehörte nicht nur in Nordrhein-Westfalen zum „guten Ton", berichtet Fritz Goergen, der über lange Zeit zunächst als FDP-Bundesgeschäftsführer, dann als Chef der parteinahen Friedrich-Naumann-Stiftung bestens mit den inneren Verhältnissen in der FDP vertraut war. „Wer in Jahrzehnten den Führungsgremien der FDP angehörte, wusste, dass es bei den Finanzen regelmäßig nicht legal zuging",

schreibt er in seinem Abrechnungsbuch *Skandal FDP*. Auf die Schatzmeister blickten deshalb auch viele mit einer Mischung von Dankbarkeit, Misstrauen und Respekt. Dankbarkeit, dass einer das Geld besorgte, ohne die anderen mit dem Wissen des Wie zu belasten. Misstrauen, wie viel Einfluss so einer wohl nimmt. Und Respekt vor dem Risiko, das so einer auf sich lud."

Auch Möllemanns Risiko wäre wohl begrenzt geblieben, hätte er sich nicht mit seiner Partei überworfen. Die Anstrengungen der FDP, seine finanziellen Machenschaften aufzudecken, unterschieden sich doch sehr von dem Umgang der Partei mit ihrer Verwicklung in den Flick-Parteispenden-Skandal. Nur ein Jahr nach der rechtskräftigen Verurteilung und dem daraus resultierenden Rücktritt Otto Graf Lambsdorffs als Bundeswirtschaftsminister ermöglichten die Freidemokraten dem „militanten Fachmann des Spendengeschäfts" (Leyendecker) 1988 sein politisches Comeback als FDP-Bundesvorsitzender. Lambsdorff ist im Dezember 2009 gestorben. Er wird als Säulenheiliger in die Geschichte der Liberalen eingehen. Über Möllemann wird in der FDP nicht mehr gerne gesprochen. Er ist zur *Persona non grata* geworden.

Mit seinem Vermächtnis hat die Partei bis heute zu kämpfen. Nach einem beispiellos langwierigen juristischen Tauziehen erließ Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) im Juli 2009 einen Strafbescheid in Höhe von 3,463 Millionen Euro. Die Klage der Liberalen gegen den Bescheid wies das Verwaltungsgericht Berlin im Dezember 2009 ab. Zu Recht fordere der Bundestagspräsident aufgrund der illegalen Finanzpraktiken Möllemanns eine Strafzahlung in Höhe des Zweifachen des rechtswidrig erlangten Betrages und die Abführung der angenommenen Spenden, urteilten die Richter. Die FDP hat Rechtsmittel gegen die Entscheidung eingelegt. Die Partei sehe „die in den letzten Jahren geleistete, unverzügliche und umfassende Aufklärungsarbeit nicht hinreichend gewürdigt", erklärten Bundesschatzmeister Hermann Otto Solms und der nordrhein-westfälische Landesschatzmeister Paul K. Friedhoff.

Hat die FDP wirklich „unverzügliche und umfassende Aufklärungsarbeit" geleistet? Das wäre eine Sensation gewesen. Selbstverständlich haben es die Freidemokraten so gehalten, wie sie und die

anderen Parteien es immer gehalten haben. Aufgeklärt wurde nie mehr als nötig, nie mehr als ohnehin bekannt war und höchstens bis zur Verjährungsfrist. Denn für das, was verjährt ist, interessieren sich die Ermittler nicht mehr. Politisch könnte es aber durchaus Sprengkraft haben.

So naiv es wäre, die Verstöße gegen das Parteiengesetz bei der SPD und der CDU in Köln nur als rein lokale Auswüchse des legendären „kölschen Klüngels" abzutun, so ungerecht wäre es, die FDP einer besonderen Abgefeimtheit zu bezichtigen. Vielleicht abgesehen von den Grünen, gelten in allen Parteien illegale Finanzpraktiken zum Wohle der Partei mehr oder weniger als Kavaliersdelikt. Es sei „eine im deutschen Parteienfinanzierungssystem von Anfang an falsch angelegte negative Kontinuität des deutschen Parteiwesens: Unter dem öffentlichen Druck von periodischen Skandalen wird die Parteienfinanzierung immer mal wieder durch neue Gesetze eingegrenzt. Aber schon während ihrer Beratung wird ersonnen, wie sie danach auf neue Weise umgangen werden können", konstatiert Fritz Goergen: „Wenn der Pulverdampf verraucht und einige Zeit vergangen ist, prahlen die Finanzveteranen beim angenehmen Zusammensein um die Wette."

Manfred Kanther und die „jüdischen Vermächtnisse"

Mit welcher Unverfrorenheit dabei operiert wurde, zeigt das Beispiel der hessischen Christdemokraten Manfred Kanther und Casimir Johannes Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg. Als Bundesinnenminister unterzeichnete Kanther das 1994 noch einmal verschärfte Parteiengesetz – und wusste doch genau, dass er bereits gegen das alte verstoßen hatte und auch gegen das neue verstoßen würde. Ein Unrechtsbewusstsein zeigte der „schwarze Sheriff", der am liebsten wohl jeden kleinen Ladendieb für Jahre hinter Schloss und Riegel gebracht hätte, nicht einmal, nachdem seine und die Machenschaften des Prinzen 2000 an die Öffentlichkeit gelangten.

Angefangen hatte alles dreißig Jahre zuvor: 1970 holte der damalige hessische CDU-Landesvorsitzende Alfred Dregger den gerade mal 30-jährigen Kanther als Landesgeschäftsführer an seine Seite. Sechs Jahre später wurde Sayn-Wittgenstein Landesschatzmeister, 1978 zudem noch Kassenwart der Frankfurter CDU. Eine geniale Wahl, denn für die Union in Hessen brachen goldene Zeiten an. Ein warmer Geldregen prasselte plötzlich über der Partei hernieder: Im Durchschnitt über vier Millionen Mark nahm der rechtskonservative Prinz pro Jahr an Spenden ein. Kein Wunder, der adelige Großindustrielle hatte ja auch beste Kontakte: Die Hochfinanz ging bei ihm ein und aus, mit dem Adel war er auf Du und Du. Aber die Partei benötigte schließlich auch viel Geld im Kampf gegen die Roten, die in Hessen traditionell regierten.

Wie das akquiriert werden konnte, dafür hatte bereits Sayn-Wittgensteins Vorgänger den Weg gewiesen. Mitte der sechziger Jahre präsentierte der damalige hessische CDU-Landesschatzmeister und Bundestagsabgeordnete Walter Löhr dem Vermögensverwalter der Steyler Missionare in Sankt Augustin bei Bonn eine pfiffige Geschäftsidee. Das Prinzip ist einfach: Ein interessierter Gönner zahlt zehn Mark. Die frommen Patres von der römisch-katholischen Ordensgemeinschaft geben ihm acht Mark zurück, stellen ihm aber eine Spendenquittung über den gesamten Betrag aus. Die Quittung kann der Gönner beim Fiskus geltend machen, was ihm einen Steuervorteil von fünf Mark einbringt. Die zwei Mark, die der Gönner nicht zurückbekommt, behalten die Ordensbrüder nicht komplett. Sie teilen sie sich fifty-fifty mit dem CDU-Mann Löhr. Von dem Modell profitierten alle Beteiligten: der Spender, die Steyler Missionare und auch Vermittler Löhr. Lange Zeit florierte das gewinnbringende Geschäft christlicher Nächstenliebe auf Staatskosten. Es hatte nur einen einzigen Schönheitsfehler: Es war illegal.

Das Kloster der Steyler Missionare gehörte zu einem weitreichenden Geflecht von „Geldwaschanlagen“, mit denen sich die Parteien am Gesetz vorbei ihre Kasse fühlten. Doch Mitte der siebziger Jahre geriet das ausgeklügelte System ins Wanken. Mehr durch Zufall stießen Steuerfahnder und Staatsanwälte im Spätherbst 1975 auf die „Europäische Unternehmensberatungs-Anstalt“ und entdeckten

bei der unionsnahen Tarnfirma mit Sitz im liechtensteinischen Vaduz Anhaltspunkte für eine illegale Parteienfinanzierung. Trotz massiver Einflussnahmen und Behinderungen von politischer Seite enttarnten Ermittler in den folgenden Jahren eine Spendenwaschanlage nach der anderen. Schließlich war auch die älteste und bedeutendste fällig, die bereits 1954 installierte „Staatsbürgerliche Vereinigung". „Oft hat man einen Faden", wird einer der Ermittler später sagen, „dann noch einen Faden, und plötzlich ist es ein ganzes Geflecht." Auch Sayn-Wittgenstein wurde verurteilt. 135.000 Mark Strafe musste er zahlen, weil ihm nachgewiesen werden konnte, dass er als Schatzmeister der Frankfurter CDU Geld von der „Ackermann-Gemeinde" angenommen hatte, einer der anderen Spendenwaschanlagen. Ein Rücktrittsgrund war das für ihn nicht.

Aber zumindest konnte die bisherige Spendenpraxis so nicht weitergeführt werden, zumal als Konsequenz aus dem Skandal eine Änderung des Parteienfinanzierungsgesetzes bevorstand. Hessen war in Not. Und in der Not wurden der inzwischen zum CDU-Landesgeneralsekretär aufgestiegene Kanther und Schatzmeister Sayn-Wittgenstein erfinderisch. 1983 transferierten sie mehr als 20 Millionen Mark – deren Herkunft bis heute nicht geklärt ist – von geheimen Konten bei der Frankfurter Metallbank in die Schweiz. Das Geld wurde über eine Stiftung in Liechtenstein verwaltet, der ihre Erfinder den Namen „Zaunkönig" gaben. Als Treuhänder fungierte der Wirtschaftsprüfer und CDU-Finanzberater Horst Weyrauch, der seit den siebziger Jahren auch das Anderkonten-System der Bundes-CDU organisierte. Es sei darum gegangen, die CDU „in umkämpfter Zeit schlagkräftig zu erhalten", wird sich Kanther später gegenüber dem CDU-Präsidium rechtfertigten.

In den folgenden Jahren bedienten sich Hessens Christdemokraten immer wieder aus ihrer Schweizer „Kriegskasse". Sie verbuchten die Gelder in ihren Rechenschaftsberichten – wiederum unter Verstoß gegen das Gesetz und die Satzung der Partei – unter der Rubrik „sonstige Einnahmen". Außer Kanther, der 1991 CDU-Landesvorsitzender wurde, dem treuen Prinzen und Weyrauch soll niemand gewusst haben, woher das Geld stammte. Nicht einmal Dreg-

ger und auch nicht Walter Wallmann, der ihm 1982 im Landesvorsitz gefolgt war. Intern soll nur vom „Honigtopf im Süden" die Rede gewesen sein. Und keiner fragte nach.

1998 kam der Wendepunkt in den Politkarrieren Kanthers und Sayn-Wittgensteins, der von 1979 bis 1984 auch dem Europaparlament angehört hatte. Kanther gab den Landesvorsitz an seinen politischen Ziehsohn Roland Koch weiter und beschränkte sich nach der Wahlniederlage der CDU bei der Bundestagswahl auf ein Hinterbänklerdasein im Berliner Parlament. Sayn-Wittgenstein verzichtete aus Altersgründen auf eine erneute Kandidatur als Landesschatzmeister. Die Zeit für Jüngere war gekommen. Dass sie irgendwann die Vergangenheit einholen könnte, hätten die beiden wohl nicht für möglich gehalten.

Im Zuge der CDU-Spendenaffäre Ende 1999 stellte doch noch Einer Fragen – wenn auch kein Christdemokrat, sondern der *Spiegel*. Sayn-Wittgenstein hatte die passende Antwort parat. Das Geld stamme, so der langjährige Geschäftsführende Gesellschafter des Frankfurter Instituts für Gemeinwohl, aus anonymen Vermächtnissen. „Prinz Wittgenstein vermutet die Vermächtnisgeber in Kreisen deutschstämmiger jüdischer Emigranten, in denen er sehr bekannt und angesehen ist", ließ Sayn-Wittgenstein im Dezember 1999 den damaligen CDU-Generalsekretär Herbert Müller erklären. Eine perfide Lüge, die den als deutschnational bekannten „Stahlhelmern" Dregger und Kanther wohl niemand abgenommen hätte – dem Prinzen schon. Schließlich wuchs er als Stiefsohn eines jüdischen Unternehmers auf und hatte zudem in Tel Aviv vor Jahren einen Lehrstuhl für die Universität gestiftet. Trotzdem ging das Kalkül nicht auf. Immer bohrender fragten Journalisten nach den Namen der Erblasser. Das Lügengebäude brach zusammen. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem Amtsnachfolger, dem inzwischen zum hessischen Ministerpräsidenten aufgestiegenen Roland Koch, musste Kanther am 14. Januar 2000 in Hofheim die Millionentransfers zugeben. Drei Tage später legte er sein Bundestagsmandat nieder.

Alfred Dregger hielt seinen alten Kameraden weiter unverbrüchlich die Treue: Was Kanther „getan hat, hat er nach seinem Verständnis zum Wohle der Partei getan“, gab sich der alte Haudegen überzeugt. „Deshalb, und wegen seiner überragenden Verdienste, muss ihm ebenso wie Prinz Wittgenstein die Solidarität der Partei gehören.“ Denn, so der Träger des Bundesverdienstkreuzes mit Stern und Schulterband: „Diese Solidarität und die Kampfgemeinschaft waren es, die die CDU Hessen stark gemacht hat.“ Schließlich lasse sich nur derjenige, der kein Selbstvertrauen habe, „von jedem Fanfarenstoß verunsichern“. Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen ließen sich damit jedoch nicht mehr aufhalten. Nach etlichen juristischen Scharmützeln begann im August 2004 der Prozess gegen Kanther und Sayn-Wittgenstein wegen des Verdachts der Untreue sowie gegen Weyrauch wegen Beihilfe. Dregger erlebte das nicht mehr: Er starb Ende Juni 2002.

Während am ersten Verhandlungstag Mitte August 2004 der zu diesem Zeitpunkt bereits 87-jährige und gebrechliche Sayn-Wittgenstein mit kaum hörbarer Stimme mitteilte, er sei ein schwer kranker Mann und werde von seinem Schweigerecht Gebrauch machen, erklärte Weyrauch, sein Verhalten sei „nicht Untreue, sondern Übertreue“ gewesen. Er habe nur auf Anweisung gehandelt. Kanther hingegen zeigte sich angriffslustig und ereiferte sich mit schneidiger Stimme über eine vermeintliche „Kampagne“ der Medien und der politischen Gegner gegen ihn, seine Familie und die CDU. Eben eine solche habe man schon 1983, zu Zeiten des „linkswütigen Kampfgeistes“, befürchtet.

Auch im weiteren Prozessverlauf zeigte der Ex-Innenminister kein Unrechtsbewusstsein. Eine Straftat? Nein, die hatte er nach seiner Ansicht nicht begangen. Den einzigen Anflug von Selbstkritik, den sich Kanther leistete: Sicherlich sei es „sehr falsch“ gewesen, sich über das Gesetz hinwegzusetzen, räumte er ein. Andererseits aber sei dieses Verhalten nicht strafbar gewesen und schon gar keine Untreue oder „Vermögensgefährdung“ für die Partei, sondern zu ihrem Nutzen. Das Polster in der Schweiz habe man angelegt, um dem „spätsozialistischen Generalangriff“ der Linken auf die Gesellschaft auch in Notzeit zu trotzen. Damit habe er die Kampagnenfähigkeit

der Union sichern wollen. Dieses Motiv, so räumte Kanther ein, sei heute „nur schwer zu verstehen“. Er selbst wundere sich in der Rückschau selbst, denn er sei „klüger und ruhiger“ geworden. Einen wirklich zu verurteilenden Rechtsverstoß wollte er jedoch in seinen Handlungen weiterhin nicht erkennen: „Strafrechtliche Konsequenzen kann ich nicht akzeptieren.“ Schließlich habe er aus diesem politischen Fehler mit dem Rückzug aus der Politik die angemessene Konsequenz gezogen: „Der ausufernden Anwendung des Strafrechts auf jede Fehlentscheidung im Leben bedarf es nicht“, meinte Kanther.

Im April 2005 wurde Manfred Kanther vom Wiesbadener Landgericht wegen Untreue zu Lasten der CDU zu einer Haftstrafe von einem Jahr und sechs Monaten auf Bewährung sowie einer Geldauflage von 25.000 Euro verurteilt. Der Angeklagte sei „subjektiv davon ausgegangen, politischen Schaden zu vermeiden. Objektiv war dies völlig verfehlt, weil es dauernd zu Gesetzes- und Verfassungsverstößen kam“, betonte der Vorsitzende Richter Rolf Vogel in seiner Urteilsbegründung. Der mitangeklagte Weyrauch erhielt wegen Beihilfe eine Geldstrafe von 61.200 Euro. Das Verfahren gegen Sayn-Wittgenstein war einen Monat zuvor aufgrund dessen angeschlagener Gesundheit abgetrennt und damit auf Eis gelegt worden: Ein Gutachten der Universitätsklinik Hamburg-Eppendorf hatte ihm ein Erschöpfungssyndrom bescheinigt.

Kanther und Weyrauch legten Revision beim Bundesgerichtshof ein. Es sei „abwegig“, heute einen Vorgang aus dem Jahr 1983 zu kriminalisieren, meinte Kanther. Außerdem habe er für seinen „Fehler“ mit dem Rückzug aus dem Bundestag die politische Verantwortung übernommen, und das genüge. Die Revision war erfolgreich, doch im September 2007 wurde Kanther erneut vom Landgericht Wiesbaden verurteilt. Er erhielt eine Geldstrafe von 54.000 Euro. Das Gericht befand ihn der Untreue zu Lasten seiner Partei für schuldig. Die Richter nutzten damit ein umstrittenes rechtliches Hilfskonstrukt, um Kanthers zur Tatzeit noch nicht strafbewehrten Verstoß gegen das Parteiengesetz ahnden zu können. Ex-Finanzberater Weyrauch erhielt wegen Beihilfe eine Geldstrafe von 45.000 Euro. Das Verfahren gegen Casimir Prinz zu Sayn-Wittgenstein war

bereits längst aufgrund dessen angeschlagener Gesundheit zunächst abgetrennt und dann eingestellt worden. Der Ex-Schatzmeister starb im Februar 2010 im Alter von 93 Jahren. Unmittelbar nach der Aufdeckung seiner Finanzmanipulationen hatte Sayn-Wittgenstein zerknirscht festgestellt: „Solange alles gut geht, ist man der Feine. Wenn es einmal schiefgelaufen ist, dann ist man eben der Übeltäter."

Im Jahr 2002 entschloss sich der Gesetzgeber endlich, das Parteiengesetz mit einer Strafvorschrift zu versehen. Der Bundestag beschloss, dass die absichtliche Verschleierung der Herkunft oder der Verwendung von Parteigeldern mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit einer Geldstrafe geahndet werden kann. Weil der Rechenschaftsbericht der CDU für das Jahr 1998 aufgrund des verschwiegenen Auslandsvermögens des hessischen Landesverbandes fehlerhaft war, forderte der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) 21,1 Millionen Euro aus der staatlichen Parteienfinanzierung zurück. Die Christdemokraten klagten gegen die Entscheidung. Es reiche aus, wenn ein Rechenschaftsbericht formell richtig sei, argumentierten sie allen Ernstes. Im Parteiengesetz stehe nichts darüber, dass er auch inhaltlich stimmen müsse.

Die CDU zog bis vor das Bundesverfassungsgericht. Vergeblich. Selbstverständlich müsse ein Rechenschaftsbericht auch materiell richtig sein, stellten die Karlsruher Richter unmissverständlich klar: „Andernfalls könnte jede in eine hinreichende Form gebrachte Lüge in vollem Umfang zum Bezug staatlicher Mittel berechtigen." Dem Bürger müsse bei seiner Wahlentscheidung klar sein, welche Interessen er mit der Abgabe seiner Stimme für eine bestimmte Partei unterstützt. Dies sei bei Parteien nicht sichergestellt, die nicht ihrer Verpflichtung nachkommen, einen ordnungsgemäßen Rechenschaftsbericht einzureichen. „Aus diesem Grunde ist der Staat zu deren gleicher Finanzierung nicht nur nicht verpflichtet, sondern grundsätzlich auch nicht berechtigt", verkündete das Gericht im September 2004.

Die Herkunft des hessischen Schwarzgeldes ist indes bis heute trotz zweier Untersuchungsausschüsse im Land- und im Bundestag

ungeklärt. Handelte es sich um legales Parteivermögen, angesammelt durch sparsames Wirtschaften, Mitgliedsbeiträge, Zinsen, Wahlkampfkostenerstattung und Spenden, wie die CDU nur allzu gerne glauben machen wollte? Die Opposition bezweifelte das. Nicht nur sie vermutete eine Geldwaschanlage der CDU. Ein nicht abwegiger Verdacht, zumal sie auch der Verteidiger Weyrauchs, Eberhard Kempf, im Prozess zur Sprache brachte – zu Gunsten der Angeklagten. Denn Kempf hatte sich ein originelles rechtliches Konstrukt einfallen lassen, um die Unschuld seines Mandanten und damit auch Kanthers zu begründen: Die hessischen CDU-Millionen könnten tatsächlich aus der vor über dreißig Jahren aufgelösten Spendenwaschanlage „Staatsbürgerliche Vereinigung“ stammen. Dann jedoch hätte es sich von Anfang an um ein illegal erworbenes Vermögen gehandelt, das ohnehin dem „Verfallsanspruch des Staates“ unterlag. Von Untreue gegenüber der Partei könne also mitnichten die Rede sein, argumentierte er. Denn was einem nicht gehört, kann man nicht veruntreuen. Das Wiesbadener Gericht folgte dieser Auffassung nicht.

Nicht weit vom Stamm gefallen: Monika Hohlmeier

Das Ende einer großen Ära wird von Kirchenglocken eingeläutet. Um Punkt 15.00 Uhr tritt Monika Hohlmeier am 15. April 2005 in München vor die Presse, um zu verkünden, was längst überfällig war. „Ich möchte weder dem Amt noch der Bildungspolitik schaden“, liest die bayerische Kultusministerin angestrengt und mit blassem Gesicht vom Blatt ab. Die ständige Berichterstattung und „die permanente Wiederholung falscher Vorwürfe“ gegen sie hätten ihre Arbeit unzumutbar beeinträchtigt. Sie wolle jedoch die Handlungsfähigkeit der CSU „in einer äußerst schwierigen Zeit durch lähmende Diskussionen um meine Person nicht einschränken“. Deswegen sei sie „entschlossen, von meinem Amt als Kultusministerin zurückzutreten“. Keine drei Minuten dauert der Auftritt, dann ist es vorbei: Die Letzte aus der Familiendynastie des legendären Franz

Josef Strauß ist von der politischen Bühne abgetreten – zumindest vorläufig.

Monika Hohlmeier kam am 2. Juli 1962 als drittes Kind von Franz Josef und Marianne Strauß in Rott am Inn zur Welt. Ob als Verteidigungsminister unter Adenauer, Finanzminister unter Kiesinger oder bayerischer Ministerpräsident – ihrem Vater hatte eine Affäre nie wirklich etwas anhaben können. Dabei hatte der alte Strauß davon nicht wenige. Denn egal, welches Amt er bekleidete, war in den Medien von dubiosen Verquickungen von Geld und Politik, von Macht und Profit die Rede. Mal sollte der CSU-Chef Spezis bevorzugt haben – zum Beispiel den Geschäftsmann Aloys Brandenstein, den seine Frau Marianne aus alter familiärer Verbundenheit „Onkel Aloys" nannte. Mal sollte Strauß selbst die Hand aufgehalten haben – etwa beim Ankauf des Lockheed-Flugzeugs „Starfighter". Mal wurde ihm beides unterstellt: sowohl Freunde gefördert als auch die Hand aufgehalten zu haben – zum Beispiel bei der 1960 gegründeten Finanzbau Aktiengesellschaft (Fibag) seines Freundes Johann Evangelist Kapfinger. Etliche Skandale führten zu Gerichtsverfahren. Zu Verurteilungen kam es nie. Die Vorwürfe konnten nicht überzeugend belegt werden. Zeugen, die genannt worden waren, schwiegen und Fakten waren nicht genau rekonstruierbar.

Seine Verstrickungen bei der umstrittenen Beschaffung des ungeeigneten Schützenpanzers HS 30 konnten ihm daher ebenso wenig anhaben, wie die mehrfachen Vermerke „wg. Strauß" und „wg. FJS" auf jener Liste, mit der Flicks Chefbuchhalter Rudolf Diehl die „politische Landschaftspflege" seines Konzerns dokumentiert hatte. Sogar die *Spiegel*-Affäre 1962, bei der Strauß immerhin maßgeblich für einen massiven Eingriff in die grundgesetzlich verbriefte Pressefreiheit verantwortlich zeichnete und anschließend noch dem Parlament die Unwahrheit sagte, überstand er – wenn auch mit Blessuren. Strauß musste zwar zunächst als Verteidigungsminister abtreten. Doch nach nur vier Jahren durfte der politische Freistilringer und liebste Feind der westdeutschen Linken, den sein Intimfeind Herbert Wehner einst einen „geistigen Terroristen" nannte, sein Comeback als Finanzminister in der Großen Koalition feiern. Strauß

galt als ebenso brillanter wie skrupelloser Politiker. Er war eine einmalige Nachkriegsmischung aus brutaler Hemdsärmeligkeit und monarchistischem Repräsentationswahn. Ihm wurde alles zugetraut – und er konnte sich alles leisten.

Die Geburt in Bayerns mächtigste politische Familie blieb für keinen der Sprösslinge ohne Folgen: Schon im Alter von 17 Jahren assistierte Maximilian Josef Strauß seinem Vater als Reisebegleiter und nutzte dessen Verbindungen später als Rechtsanwalt zur Anbahnung zum Teil fragwürdiger Geschäfte. Trotz weiterreichender Ambitionen endete seine Parteikarriere auf lokaler Ebene. Mittlerweile ist Max, der seinen Vater stets nur hilflos imitiert hat, rechtskräftig verurteilt wegen Beihilfe zum Betrug. Ein gegen ihn in erster Instanz verhängtes Urteil wegen Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit ihm von der Staatsanwaltschaft zugeordneten unversteuerten Schmiergeldzahlungen in Millionenhöhe durch den Waffenhändler Karlheinz Schreiber wurde hingegen im Oktober 2005 vom Bundesgerichtshof aufgehoben. In der Neuauflage des Prozesses vor dem Augsburger Landgericht wurde Max Strauß im August 2007 letztlich wegen nicht ausreichender Beweise freigesprochen. Für den zweiten Sohn von Franz Josef Strauß, Franz Georg, war der große Name Türöffner für eine diskrete, aber erfolgreiche Karriere als TV- und PR-Unternehmer. 2008 veröffentlichte er ein Buch über seinen Vater. Aus dem politischen Geschäft hält sich Franz Georg Strauß heraus.

Am weitesten in die Politik folgte dem Patriarchen Tochter Monika, obwohl sie zunächst nur wenige Ambitionen zeigte. Doch sie scheint als einzige der Kinder über jene „Machtgene“ zu verfügen, die ihren Vater einst zu einem der einflussreichsten, aber auch umstrittensten Politiker der Republik machten. Wie es sich für eine echte Strauß gehört, war sie schon als Jugendliche der Jungen Union und der CSU beigetreten. Das war 1978 – das Jahr, in dem ihr Vater bayerischer Ministerpräsident wurde. Ihr Bruder Max führte gerade als Vize-Vorsitzender die Parteijugend im Freistaat an. Allerdings war ihr Eintritt die einzige politische Aktivität in dieser Zeit – sieht

man einmal davon ab, dass sie sich als 17-jährige Teenagerin gemeinsam mit ihrem Vater auf einem Wahlplakat abbilden ließ: lachend die Arme um seinen Hals geschlungen.

Mit dem Unfalltod ihrer Mutter Marianne änderte sich 1984 das Leben der jungen Frau, die nach ihrem Abitur eine Ausbildung zur Hotelkauffrau begonnen und zwei Jahre später abgeschlossen hatte. Nun übernahm Monika Hohlmeier, wie sie seit ihrer Heirat mit dem Wirtschaftsprüfer Michael Hohlmeier 1982 heißt, die Repräsentationspflichten als „First Lady" und wurde darüber hinaus zur engsten Bezugsperson ihres Vaters in dessen letzten Lebensjahren. Das war der Beginn ihrer politischen Karriere.

Zwei Jahre nach dem Tod ihres Vaters stieg Monika Hohlmeier endgültig in die politische Arena. Nachdem sie im März 1990 mit einem glänzenden Ergebnis zur Gemeinderätin in ihrem Wohnort Vaterstetten bei München gewählt wurde, trat sie bei den Landtagswahlen im Oktober als Spitzenkandidatin der JU Oberbayern auf Platz 10 der CSU-Liste an und holte das Mandat mit einem beachtlichen Wahlergebnis, das ihr durch die Besonderheit der personengebundenen Zweitstimmen im bayerischen Wahlgesetz ermöglicht wurde: Ohne in einem eigenen Wahlkreis zu kandidieren, überholte sie mit knapp 107.000 Stimmen die gesamte CSU-Prominenz mit Ausnahme des damaligen bayerischen Regierungschefs Max Streibl.

Nach dessen Rücktritt im Zusammenhang mit der „Amigo-Affäre" folgte der nächste Karrieresprung: Unter Streibls Nachfolger Edmund Stoiber, einem langjährigen Hausfreund der Familie und Pate ihres Sohnes, wurde Hohlmeier 1993 Staatssekretärin im damaligen Ministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst. Die damals 30-Jährige sei „eines der größten Talente – blitzgescheit und polyglott", rühmte Stoiber das jüngste Kabinettsmitglied der bayerischen Nachkriegsgeschichte. Noch im Herbst desselben Jahres erreichte Monika Hohlmeier ihr nächstes Etappenziel: Auf einem Landesparteitag der CSU in München wurde die Mutter zweier Kinder in die vierköpfige Stellvertreter-Riege des damaligen CSU-Chefs Theo Waigel gewählt. Die stets fröhlich lächelnde, gern im „feschen" Dirndl auftretende Tochter des CSU-Übervaters FJS

war ganz nach dem Geschmack der Partei: jung, dynamisch, unverbraucht – und dazu auch noch „bierzelttauglich“. Denn sie hatte vom Vater nicht nur eine Menge undurchsichtig erworbenes Geld, sondern auch das rednerische Talent geerbt: Wenn die „Moni“ kraftvoll gegen „die Sozis“, gegen „alte kommunistische Halbschattengewächse” und gegen „die ewigen Nörgler, die ewigen Katastrophenschwätzer, die ewigen Weltuntergangsbewerkstelliger” polterte, dann raunte es glückselig durch die Reihen: „Ganz der Papa!” Beeindruckt konstatierte Susanne Koelbl seinerzeit im *Spiegel*: „Die Menschen hängen an den Lippen dieser Frau, die es als einzige CSU-Politikerin vermag, neben dem beifallshungrigen Peter Gauweiler und dem klingenscharfen Edmund Stoiber, die Hallen und Bierzelte in Bayern zu füllen.“ Hohlmeier sei „ohne Zweifel ganz nach ihrem Vater geraten und – nicht nur deshalb – derzeit die große Hoffnungsträgerin der schwer angeschlagenen bayerischen Regierungspartei“.

Allerdings dauerte es nicht lange, da fielen erste Schatten auf die neue christsoziale Lichtgestalt. Erst wurde sie dabei erwischt, wie sie ihrem Bruder Max eine Präsentation von Schulgerät im Kultusministerium ermöglichte. Plakativ entzog daraufhin der damalige Chef Hans Zehetmair seiner engsten Mitarbeiterin den – nichtexistierenden – Fachbereich Multimedia im Kultusministerium. „Frau Hohlmeier“, sagte Zehetmair im Landtagsplenum, „ist noch jung und fähig, aus Fehlern zu lernen“.

Dann machten sich die Strauß-Geschwister unbeliebt, weil sie sich verbissen weigerten, Geld herauszurücken, das ihr Vater auf umstrittene Weise als Testamentsvollstrecker beim Versandhaus Baur verdient hatte. Die kinderlosen Eheleute Kathi und Friedrich Baur hatten bereits in den fünfziger Jahren die Friedrich-Baur-Stiftung zum Alleinerben der gleichnamigen Versandhaus GmbH gemacht – und vier Testamentsvollstrecker eingesetzt, darunter den jeweiligen bayerischen Ministerpräsidenten. Zwecke der Stiftung sind die Erforschung der Kinderlähmung, an der Kathi Baur ihr ganzes Leben gelitten hatte, und die Unterstützung der Bayerischen Akademie der Schönen Künste in München. Vier Tausendstel vom

Jahresumsatz sollte jeder der vier von den Baurs eingesetzten Testamentsvollstrecker erhalten. Angesichts der explodierenden Umsätze des Baur-Versands hatte Kathi Baur, die ihren Mann überlebte, später die Tantiemen für die Vollstrecker auf 60.000 Mark begrenzen wollen. Entsprechend änderte sie 1977 ihr Testament. Doch als sie 1984 starb, erachteten die Testamentsvollstrecker die Änderung als rechtsunwirksam – Strauß und nach ihm auch Streibl strichen zusätzlich zu ihren Amtsgehältern noch einmal jährlich bis zu 300.000 Mark ein. Ein Teil der auf den Vater entfallenen, aber noch nicht abgerufenen Tantiemen wurde nach seinem Ableben den Strauß-Erben überwiesen.

Diese lukrativen Nebeneinkünfte der ehemaligen Ministerpräsidenten waren erst durch Stoiber bekannt geworden, der nach seiner Wahl zum Regierungschef die Übernahme der Testamentsvollstreckung abgelehnt hatte. Weder Streibl noch die Erben von Franz Josef Strauß erachteten es als zumindest moralisches Problem, dass die vier Testamentsvollstrecker zusammen pro Jahr über eine Million Mark einstrichen, während die Stiftung nur 2,2 Millionen Mark für die Unterstützung der Kinderlähmungsforschung oder die Unterstützung der Akademie der bildenden Künste ausschüttete. Das stieß in der Öffentlichkeit auf breites Unverständnis. Forderungen nach Rückzahlung widerstanden die Strauß-Erben trotzdem konsequent. Monika Hohlmeier erklärte nur schnoddrig: „Wir haben keinen sozialen Nachholbedarf." Ihr Bruder Max tönte gar, bei der Erbengemeinschaft Strauß ließe sich kein Geld, sondern höchstens „eine blutige Nase" holen. Auch die Raffke-Mentalität hatten sie offensichtlich von ihrem Vater geerbt.

Hohlmeier schüttelte die schlechten Schlagzeilen schnell ab – und stieg weiter auf. Ein „Zellteilungstrick" der Staatskanzlei verschaffte ihr Platz in der ersten Reihe: Das Ministerium mit den vielen Zuständigkeiten „für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst" wurde Ende 1998 zweigeteilt. Hohlmeier übernahm als Ministerin die Verantwortung für Schulwesen und Kultus. Nach der Landtagswahl im Herbst 2003 wurden ihr Ambitionen nachgesagt, an die Spitze der Landtags-CSU zu wechseln. Doch sie blieb Kultusministerin – im Wartestand auf die Zeit nach Stoiber, wie manche

meinten. Aber dann traf sie eine verhängnisvolle Fehlentscheidung: Hohlmeier ließ sich überreden, den Bezirksvorsitz der Münchner CSU zu übernehmen.

Der Bezirksverband mit seinen nach eigenen Angaben knapp unter 10.000 Mitgliedern, 10 Kreisverbänden, 60 Ortsverbänden und zahlreichen Arbeitsgemeinschaften war schon immer das Problemkind der Partei. Zum einen leidet die ansonsten so erfolgsverwöhnte CSU ausgerechnet in der Landeshauptstadt unter chronischer Erfolglosigkeit. Gerademal zwei Oberbürgermeister konnte sie seit Kriegsende stellen: Karl Scharnagl von 1945 bis 1949 und Erich Kiesl von 1978 bis 1984. Ansonsten regierten Sozialdemokraten. Zum anderen zeigte sich die Münchner CSU-Untergliederung immer wieder höchst affären- und skandalanfällig. 1995 musste der seinerzeitige Fraktionsvorsitzende im Stadtrat zurücktreten, weil er 4,8 Millionen Mark Spenden für die „Stille Hilfe Südtirol“ in seine marode Kartonagenfabrik abgezweigt hatte. 1998 erhielt er dafür auch die juristische Quittung: drei Jahre und neun Monate Gefängnis.

Sein Nachrücker hatte keine lange Freude an dem Ratsmandat: Der Installateur hatte bei seinen Kunden zu Unrecht Gebühren für die Entsorgung von Schmutzwasser kassiert – und gelegentlich ein wenig Kloake ins Münchner Kanalisationsnetz eingeleitet. Ein weiterer Nachrücker musste auf sein Mandat verzichten, nachdem herauskam, dass gegen ihn ein Haftbefehl vorlag: Er konnte Schulden aus einem Immobiliengeschäft nicht zurückzahlen. Mit der Staatsanwaltschaft in Konflikt geriet seinerzeit auch ein CSU-Landtagsabgeordneter, der als Münchner Stadtrat die Stadt und die Arbeitsverwaltung mit frisierten Angaben über seine Vermögensverhältnisse um fast 200.000 Mark geprellt hatte und deswegen in erster Instanz zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt wurde. 1998 erwischte es auch Ex-OB Kiesl. Wegen seiner Verwicklung in eine seit 1981 schwelende Bauland-Affäre, bei der sich Spekulanten beim schwunghaften Handel mit Stadtgrundstücken bereichert hatten, erhielt er wegen Untreue und Falschaussage eine Bewährungsstrafe von 20 Monaten. Ehrenvorsitzender der Münchner CSU blieb Kiesl trotzdem.

Als der selbstherrlich regierende Kiesl nach nur einer Legislaturperiode 1984 als Oberbürgermeister wieder abgewählt worden war, hatte er einen zerstrittenen und gespaltenen Parteibezirk hinterlassen. Persönliche Feindschaften hatten sich über Jahrzehnte verfestigt und das Klima vergiftet, die Keimzelle späterer Intrigen. In dem Münchner „Biotop" gebe es seit vielen Jahren „nur zwei Arten von Beziehungen", notierte Peter Fahrenholz in der *Süddeutschen Zeitung*: „feste Feindschaften, die auf die Gefolgsleute übertragen werden, und lockere Feindschaften, die nach Bedarf wechseln". Je aussichtsloser der Kampf gegen den politischen Gegner, desto verbissener wurde parteiintern um Macht und Pfründe gerungen. Besonders ein Kreis machthungriger Jungpolitiker um den ältesten Strauß-Sohn Max und seinen Intimus Curt Niklas war bei der Wahl seiner Waffen wenig zimperlich.

Max Strauß und Niklas kannten sich schon seit 1973 aus ihrer gemeinsamen Zeit in der Schülerunion. In den achtziger Jahren sollen sie ein System entwickelt haben, mit Hilfe mobiler Mehrheiten und gekaufter „Mitglieder" Abstimmungen in CSU-Ortsverbänden zu manipulieren. Ziel ihrer Putztruppe aus der Jungen Union, die im fliegenden Wechsel von Ortsverband zu Ortsverband zog, um Mehrheiten zu drehen, war es, die Protagonisten des Kartells in Schlüsselpositionen zu befördern. Wer es wagte, ihnen in die Quere zu kommen, dem drohten ernsthafte Konsequenzen für seine weitere politische Karriere.

Das musste der CSU-Veteran Erich Riedl schmerzhaft erfahren. 1993 war der damalige Bundestagsabgeordnete damit beauftragt worden, finanzielle Unregelmäßigkeiten im CSU-Ortsverband Perlacher Forst aufzuklären, in dem Max Strauß Schatzmeister und Niklas Ortsvorsitzender war. Es ging um einen Fehlbetrag von fast einer Viertelmillion Mark, eine horrende Summe für einen kleinen Ortsverband. Bis heute liegen die Hintergründe der finanziellen Mauscheleien im Dunkeln. Aber für Kassenprüfer Riedl hatten die Untersuchungen unangenehme Folgen: Er wurde 1995 nach einer erbitterten Schlammschlacht als zuständiger CSU-Kreischef gestürzt. Sein Nachfolger wurde Max Strauß. Anschließend übernahm sein Vertrauter Niklas das Amt. Nach einer gegen ihn gerichteten

namenlosen Flugblattaktion in seinem Wahlkreis verlor Riedl 1998 sein bis dahin sicheres Bundestagsmandat. Wer hinter der Aktion steckte, konnte nie aufgeklärt werden. Die mehr als 80.000 Mark Portokosten waren damals von einem Anonymus unter falschem Namen eingezahlt worden. Riedl vermutete eine Intrige aus seiner eigenen Partei.

Nachdem sich Max Strauß nach diversen Anklagen aus dem aktiven politischen Leben hatte zurückziehen müssen, machten seine Spezis ohne ihn weiter – so auch Anfang Februar 2003 in München-Waldperlach. Ins dortige Traditionslokal „Leiberheim“, einem ehemaligen Erholungsheim der Königlich Bayerischen Leibgarde, hatte der Ortsverband Perlach seine Mitglieder zur Wahl von Kreisdelegierten und vor allem eines neuen Vorstandes geladen. Es galt, eine Übereifrigkeit zu korrigieren: Zwei Jahre zuvor hatten junge CSU-Funktionäre den Landtagsabgeordneten Heinrich Traublinger von seinem langjährigen Amt als Ortsverbandschef verdrängt und durch Matthias Pawlik ersetzt. Dies wurde als ein erster Schritt gewertet, um Traublinger auch um seinen Sitz im Maximilianeum zu bringen. Doch CSU-Chef Stoiber und seiner Stellvertreterin Monika Hohlmeier missfiel dieser Perlacher „Putsch“. Kein Wunder, pflegte doch der Bäckermeister Traublinger als Präsident der bayerischen Handwerkskammer den Kontakt zu wichtigen Stammwählern und Spendern. Also sollte dem altgedienten Abgeordneten zum Comeback verholfen werden. Außerdem hatte die Versammlung jene Delegierten zu bestimmen, die im folgenden Jahr über den Kreisverbandsvorsitz München-Ost abstimmen sollten. Hierbei galt es für die im Parteijargon als „Klonkrieger“ beschimpften CSU-Jungfunktionäre, ihren eigenen Interessen Geltung zu verschaffen.

Neben den „üblichen“ Mitgliederkäufen hatten sie sich diesmal etwas Besonderes einfallen lassen: Um ihre Gegner so lange wie möglich im Unklaren über die Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse zu lassen, ließen sie die von ihnen organisierten heimlichen und passend datierten Neueintritte notariell beurkunden und präsentieren sie erst auf der entscheidenden Versammlung. Der Coup gelang: Traublinger setzte sich mit 72 zu 55 Stimmen gegen seinen

Gegenkandidaten Markus Blume durch und wurde wieder Ortsvorsitzender. Den Ausschlag zu seinen Gunsten gaben auf der turbulenten Versammlung über 20 neue CSUler, die zuvor in keiner Mitgliederliste geführt worden waren, deren Stimmberechtigung jedoch durch ein mit Siegel und Siegelschnur versehenes Päckchen notariell beglaubigter Aufnahmeanträge „belegt" wurde. Im Trubel nach der Wahl Traublingers „verschwanden" die ominösen Anträge schnell wieder. Wahl gewonnen, Spuren beseitigt, Fall erledigt – so schien es. Als im Mai 2003 Hans Podiuk, der Chef der CSU-Rathausfraktion, in einer Kampfabstimmung als Kreisvorsitzender von München-Ost weggeputscht und durch den jungen CSU-Stadtrat Christian Baretti, Chef des Ortsverbandes Trudering und einer der Verschwörer, ersetzt wurde, konnten sich die „Klonkrieger" vollends auf der Siegerstraße wähnen.

Aber dann ging alles gehörig schief. Denn nicht nur die Unterlegenen Blume und Hans Podiuk wurden misstrauisch und fragten sich, ob ihre Niederlagen rechtmäßig zustande gekommen waren. Auch der *Münchner Merkur*, die *Süddeutsche Zeitung* und der *Spiegel* begannen sich für die merkwürdigen Vorgänge im CSU-Ortsverband Perlach zu interessieren. Stück für Stück kam heraus, mit welchen Machenschaften „Nachwuchshoffnungen" wie Baretti in der CSU Politik betrieben hatten. Auch wer hinter ihnen stand, wurde offensichtlich: der überaus ehrgeizige Landtagsabgeordnete Joachim Haedke, seit den neunziger Jahren ein treuer Freund von Max Strauß und Curt Niklas. Auf die Schliche kam man der Clique, weil sie einen dummen Fehler begangen hatte: Sie zerstritt sich mit zwei ihrer Komplizen. Daraufhin begannen die beiden Helfershelfer, zu plaudern. Sukzessive offenbarten sie, dass nicht nur bis zu 500 Euro pro Neumitglied gezahlt, sondern darüber hinaus Aufnahmeanträge gefälscht worden waren. Statt der vermeintlichen Neueintritte hatten dann auf der entscheidenden Sitzung im „Leiberheim" andere unter falschem Namen abgestimmt. Auf der Versammlung war das nicht aufgefallen, weil es der Tagungsleiter Peter Welnhofer, einer der wichtigsten Parteijuristen der CSU und Landtagsabgeordneter, unverständlicherweise abgelehnt hatte, die Identität der Anwesenden per Personalausweiskontrolle zu prüfen. Das

sei „einer politischen Partei unwürdig“ und zudem in der Satzung auch nicht vorgesehen, meinte Welnhofer.

Die Affäre um Stimmenkauf und Wahlmanipulation köchelte kräftig, als Monika Hohlmeier Ende Juni 2003 mit standesgemäßen 95,7 Prozent der Delegiertenstimmen zur neuen Münchner CSU-Bezirksvorsitzenden gewählt wurde. Mit ihrer Wahl verbunden war die Hoffnung, sie könne endlich den Münchner „Intrigantenstadl“ ausmisten und die tief zerstrittene Partei zusammenführen. Stattdessen eskalierte die „Wahlfälschungsaffäre“ – und Hohlmeier geriet selbst ins Zentrum der Vorwürfe.

Die staatsanwaltlichen Ermittlungen führten im April 2004 zum Prozess gegen Baretti und mehrere Mitbeschuldigte. Während drei der fünf Beschuldigten leugneten, legten zwei von ihnen umfassende Geständnisse ab. Ende April verurteilte das Amtsgericht München die nicht geständigen Angeklagten wegen Urkundenunterdrückung und in einem Fall auch Urkundenfälschung zu Geldstrafen zwischen 2.400 Euro und 5.100 Euro. Die beiden Geständigen waren bereits zuvor zu niedrigeren Geldstrafen verurteilt worden. Für den Stimmenkauf wurden die fünf nicht verurteilt, denn der sei zwar „höchst unanständig, aber nicht strafbar“, befand Amtsrichterin Petra Axhausen. Darüber hinaus bezeichnete die Richterin noch Joachim Haedke als „Drahtzieher“ der Machenschaften. „Sie haben die Grundregeln der Demokratie verletzt“, hielt Axhausen dem Abgeordneten vor, der im Prozess die Aussage verweigert hatte. Allerdings hätten ihm keine Straftatbestände nachgewiesen werden können. Die Staatsanwaltschaft hatte zuvor in ihrem Plädoyer von „mafiösen Strukturen“ gesprochen sowie von einem „Verhalten, das sonst nur im Bereich der organisierten Kriminalität“ bekannt sei. Seine Berufung gegen das Urteil zog Baretti im November 2004 zurück, „um den ansonsten durch eine umfangreiche Beweisaufnahme unvermeidbaren Schaden von der CSU abzuwenden“. Zu diesem Zeitpunkt war er bereits aus der CSU-Stadtratsfraktion ausgeschlossen worden. Im April 2005 trat er aus der Partei aus und kam damit dem bevorstehenden Ausschluss zuvor. Partei- und fraktionslos behielt Baretti sein Stadtratsmandat bis zum Ende der Legislaturperiode 2008.

Haedke trat nur von seinen Parteiämtern zurück. Obwohl er gegenüber dem Bezirksvorstand einräumen musste, Gelder für die „Mitgliederwerbung“ gezahlt zu haben, konnte sich die CSU nicht zu einem Rauswurf durchringen, sondern verhängte nur ein fünfjähriges Verbot, Parteiämter zu bekleiden. Im Gegensatz zu ihren Münchner Ratskollegen, die Baretti aus der Fraktion schmissen, schloss die CSU-Landtagsfraktion Haedke nicht aus. Seine politische Karriere war trotzdem beendet: Im März 2007 gab er auf einer Pressekonferenz bekannt, nicht wieder für den Landtag zu kandidieren. Denn als „unglaubwürdige Person“ könne er „leider keine Politik mehr machen”.

Nach dem Amtsgerichtsurteil gegen Baretti & Co. geriet zunehmend die Frage in den Vordergrund, was die Münchner CSU-Chefin Hohlmeier zu welchem Zeitpunkt von den Vorgängen gewusst hatte, ob sie gar Teil des Systems war oder nur zu schwach, um die zum Teil mit ihr persönlich befreundeten Leute aus dem Verkehr zu ziehen. Immerhin hatte einer der beiden geständigen Angeklagten schon im Prozess ausgesagt, alle Beteiligten seien sicher davon ausgegangen, dass Hohlmeier den Mitgliederkauf „dirigiert und gebilligt“ habe. Bei einer Geldübergabe habe er sogar einem Telefonat beigewohnt, in dem Haedke Hohlmeier über den Stand der Mauscheleien berichtet hätte. Bedenken, die ganze Sache könne auffliegen, soll Haedke mit den Worten weggewischt haben: „Wenn das mit dem Geld jemals herauskommt, wird uns die Monika alle decken.“ Alles Lüge, wehrte sich Hohlmeier und sprach von einem Rachefeldzug.

Der Sommer 2004 entwickelte sich zu einem Grabenkrieg, in dem Freunde und Gegner der Strauß-Familie über die Medien alte Rechnungen beglichen. Die Zahl der Nebenkriegsschauplätze war wochenlang kaum noch zu überblicken. Es wurde bekannt, dass Hohlmeier mehr als ein Dutzend Ministeriumsmitarbeiter für Parteiarbeit einspannte. Beförderungen von jungen Vertrauten zu Schuldirektoren gerieten ebenso ins Zwielicht wie Fahrten ihrer eigenen Kinder mit dem Dienstchauffeur.

Mitte Juli 2004 musste Hohlmeier das Handtuch als CSU-Bezirksvorsitzende werfen. Vorstandskollegen hatten zuvor berichtet,

die angeschlagene Politikerin habe auf einer Krisensitzung versucht, innerparteiliche Gegner zu erpressen. Als nach mehrstündiger, teils hitziger Debatte über die Aufklärungsarbeit zu den Wahlmanipulationen und Mitgliederkäufen „die Zumutung" an sie herangetragen worden sei, über einen Rücktritt nachzudenken, soll Hohlmeier unter Verweis auf einen mitgebrachten Schnellhefter gesagt haben: „Wenn das so ist, dann gibt's gegen jeden von euch was!" Hohlmeier bestritt den Erpressungsversuch, entschuldigte sich aber kurz darauf öffentlich bei den betroffenen Vorstandskollegen: Sie bedauere, dass ihr „Verhalten in dieser Weise missverständlich war und von den Beteiligten als verletzend empfunden wurde". Ein „Dossier" habe es nie gegeben.

Die „Dossier-Affäre" erinnerte viele Kommentatoren an den Umgang ihres Vaters mit einem potenziellen Konkurrenten: Im Frühjahr 1976 hatte Franz Josef Strauß ein 41-seitiges Dossier über den damaligen Minister für Bundesangelegenheiten, Franz Heubl, anlegen lassen. Darin stand unter „Persönlich. Vertraulich", besonderes Kennzeichen des CSU-Politikers sei „bodenlose Faulheit", Heubl arbeite höchstens acht Stunden pro Woche und bestehe täglich auf einer „mehrstündigen Ruhe, zum Beispiel einem langen Nachmittagsschlaf, für den er in Decken gehüllt werden" müsse. Obwohl FJS tatsächlich das Konvolut an Journalisten und Parteifreunde hatte verteilen lassen, überstand er einen eingesetzten Untersuchungsausschuss problemlos.

Aber die Zeiten hatten sich geändert. Für Hohlmeier trat auch nach ihrem Rücktritt vom CSU-Bezirksvorsitz keine Beruhigung ein. Mitte Dezember 2004 setzte der bayerische Landtag mit großer Mehrheit einen Untersuchungsausschuss gegen sie ein, der ihre Rolle im Wahlfälschungsskandal klären und dem Verdacht der unzulässigen Parteiarbeit und Günstlingswirtschaft nachgehen sollte. SPD und Grüne warfen der Ministerin Machtmissbrauch vor und forderten ihre sofortige Entlassung. Die CSU warf der Opposition eine Schmutzkampagne mit unhaltbaren Unterstellungen und Vorverurteilungen vor. Im April 2005 bezichtigten jedoch erstmals sogar Staatsanwälte vor dem Untersuchungsausschuss Hohlmeier der

Mitwisserschaft an den krummen Touren in ihrem Verband. Als anschließend der Münchner CSU-Fraktionschef Podiuk sie öffentlich der Lüge bezichtigte und behauptete, Hohlmeier habe die Manipulationen organisiert und die Wahlfälscher gedeckt, war die Ministerin nicht mehr zu halten. Sie erklärte ihren Rücktritt.

Vier Monate später zog Hohlmeier endgültig den Schlussstrich unter ihr Münchner CSU-Kapitel: Sie erklärte, künftig wieder ihrem oberbayerischen Ortsverein Vaterstetten-Parsdorf anzugehören. In der *Süddeutschen Zeitung* zog Michael Stiller das Fazit: „Ohne Franz Josef Strauß hätte sich die CSU auflösen können, ohne die Strauß-Kinder geht es ihr besser." Ganz fallen lassen wollte ihre Partei die Strauß-Tochter allerdings nicht. Zwar verpasste sie bei der Wahl 2008 ihren Wiedereinzug in den Landtag. Ihren endgültigen Abschied aus der Politik bedeutete das nicht, nur ein Wechsel des Betätigungsfeldes: Im Juni 2009 wurde Monika Hohlmeier als Abgeordnete ins Europäische Parlament gewählt.

Die „Wahlfälschungsaffäre" offenbarte, mit welchen illegitimen, bisweilen illegalen Methoden bei den Christsozialen in der Landeshauptstadt jahrzehntelang um die innerparteiliche Macht gerungen worden ist. Sie beendete nicht nur die politische Karriere einiger skrupelloser Jungpolitiker, sondern veranlasste darüber hinaus die bayerische CSU zu einer bemerkenswerten Ergänzung ihrer Satzung. Neben der üblichen allgemeinen Regelung, dass ein Mitglied aus der Partei ausgeschlossen werden kann, „wenn es vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen Grundsätze oder Ordnung der Partei verstößt und ihr damit schweren Schaden zufügt", wurde im November 2004 auch noch explizit festgeschrieben: „Ein Mitglied, das einem anderen dafür, dass er bei Wahlen nach dieser Satzung nicht oder in einem bestimmten Sinne wähle, Geschenke oder andere geldwerte Vorteile anbietet, verspricht, gewährt oder entsprechende Nachteile androht, soll aus der Partei ausgeschlossen werden." Das gleiche gelte „im Fall der Fälschung oder Verfälschung von Aufnahmeanträgen oder sonstigen auf die Partei bezogenen Urkunden und den Gebrauch solcher gefälschten oder verfälschten Urkunden". Rausgeschmissen werden solle auch, „wer zu

einer Handlung im Sinne der Sätze 2 bis 4 anstiftet oder Beihilfe leistet".

„Waterkantgate" in Kiel: Der Fall Barschel

Die Vorgänge bei der Münchner CSU mögen unappetitlich, die Rolle von Monika Hohlmeier zwielichtig sein: Von einem „Moni-Gate" zu sprechen, wie dies etliche Medien taten, schießt über das Ziel weit hinaus. Auch wenn es seit jenem großen Watergate-Skandal in den USA modern geworden ist, allen möglichen Affären und Affärchen das Suffix „-gate" anzuhängen: Wie in so vielen so ist es in diesem Fall schlicht deplatziert. Denn Watergate veränderte nachhaltig die politische Landschaft der USA, erschütterte das Vertrauen der Bevölkerung in das Präsidentenamt und die politische Klasse tief. Damit kann der Schwank aus dem bayerischen Intrigantenstadel wirklich nicht gleichgesetzt werden. Allerdings gibt es durchaus einen Fall in der jüngeren bundesdeutschen Geschichte, der gewisse Parallelen zu jenen Ereignissen aufweist, über die der US-amerikanische Präsident Richard Nixon 1974 stürzte: der Skandal um den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel.

Die Titelgeschichte des *Spiegel* schlägt ein, noch bevor sie zu Ende geschrieben ist. Am Montag, den 14. September 1987, soll sie erscheinen – einen Tag nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein. Aber bereits am Freitag davor kursiert unter Journalisten, dass das Nachrichtenmagazin „eine ganz heiße Geschichte" in Arbeit habe. Am Samstag, einen Tag vor der Wahl, wissen die Reporter, dass die Story das tatsächlich ist: „Waterkantgate in Kiel – Barschels schmutzige Tricks" lautet der Aufmacher. Um 15.13 Uhr unterbricht das Radio sein Musikprogramm. Auf NDR 2 verliest ein Nachrichtensprecher eine Fünf-Minuten-Meldung. Der Inhalt: die explosiven *Spiegel*-Enthüllungen über angebliche kriminelle Wahlkampfmethoden des christdemokratischen Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins.

Uwe Barschel hört die Meldung nicht. Bei Kaffee und Kuchen lässt er an diesem Nachmittag mit einem Dutzend handverlesener

Journalisten in dem idyllisch gelegenen Barock-Herrenhaus Steinhorst des Kosmetik-Konzerns Schwarzkopf seinen Wahlkampf ausklingen. Doch dann wird der schleswig-holsteinische Ministerpräsident ans Telefon gerufen. Ein NDR-Redakteur will von ihm eine Stellungnahme zu den Vorwürfen. „Als Barschel zurückkehrt, ist er nicht mehr derselbe Mann: Bleich wie Hamlets Geist, fahrig, ringt er mit zitternden Händen nach Worten ... wie gelähmt, bleich, apathisch“, beschreibt der *Welt*-Redakteur Knut Teske die Reaktion des Politikers. Barschel weiß: Das ist der Anfang vom Ende seiner politischen Karriere.

Wie kaum ein zweiter hatte der ehrgeizige Christdemokrat von Jugend an auf die Politik gesetzt. Schon als Primaner hatte er als Berufsziel „Bundeskanzler“ angegeben – und an diesem Ziel arbeitete er verbissen. Als 18-Jähriger 1962 in die CDU eingetreten, wurde er schon als 25-jähriger Student 1969 stellvertretender Landesvorsitzender und zog zwei Jahre später in den Landtag ein. Mit 29 war er bereits Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag. Daneben absolvierte Barschel ein Blitzstudium: Von 1964 an hatte er Rechtswissenschaften, ab 1969 auch noch Politologie, Volkswirtschaftslehre und Pädagogik studiert und promovierte 1971 sowohl zum Dr. jur. als auch zum Dr. phil.. Seine zweite Dissertation befasste sich mit der „Stellung des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein unter besonderer Berücksichtigung der Lehre von der Gewaltenteilung“. Mit 35 Jahren wurde Barschel Finanzminister im Kabinett Gerhard Stoltenbergs, sieben Monate später wechselte er als Chef ins Innenressort. Mit 38 Jahren wurde er 1982 der Nachfolger seines Ziehvaters Stoltenberg – der jüngste Ministerpräsident der Republik. Politisch profilierte sich Barschel als rechter Hardliner. Den FDP-Bundesinnenminister Gerhart Baum bezeichnete er als „zu liberalistisch“ und als „Sicherheitsrisiko“. „Baums Klientel“, schrieb Barschel Anfang der achtziger Jahre in einem Leserbrief an den *Spiegel*, seien „Exterroristen und Vorkämpfer für die Anerkennung von Lebensgemeinschaften gleichgeschlechtlicher Partner“.

Die hier zum Ausdruck kommende Homophobie Barschels zieht sich übrigens wie ein roter Faden durch seine Karriere, wie Norbert

F. Pötzl in seinem 1988 erschienenen Buch *Der Fall Barschel* dokumentiert: Bereits als 18-jähriger Schüler, so hätten Mitschüler überliefert, habe Barschel die Schülersprecherwahl an dem von ihm besuchten Gymnasium in Geesthacht gewonnen, weil er – wahrheitswidrig – seinen Gegenkandidaten als homosexuell anschwärzte. „Empört über diese Riesensauerei" seien sie vor allem gewesen, weil „wir doch alle der Jungen Union angehörten", zitiert Pötzl Barschels einstige Schulkameraden. Eine vergleichbare Denunziation wird sich in der „Waterkantgate"-Affäre wiederholen. Als Schülersprecher hatte Barschel von sich reden gemacht, weil er den unbelehrbaren Hitler-Nachfolger, Großadmiral Karl Dönitz, zu einer gespenstischen Geschichtsstunde einlud. Später wird er als einziger Minister der Republik Dönitz mit zu Grabe tragen.

„Das Glückspilz-Syndrom des Uwe Barschel", prophezeite der *Rheinische Merkur/Christ und Welt* allerdings schon im Mai 1983, „wird bis zu dem Tag leben, an dem der fleißige Aufsteiger an einen nicht planbaren Meilenstein stößt, von dem aus es nur mit verändertem Bewusstsein weitergeht." Auf diesen Meilenstein stieß er vor der Landtagswahl 1987: Björn Engholm. Barschels sozialdemokratischer Herausforderer, seit 1983 SPD-Fraktionschef im Kieler Parlament, kam bei den Menschen im Norden gut an. Demoskopen bescheinigten ihm hohe Popularitätswerte. Bei der Landtagswahl lief alles auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen hinaus. Helmut Schmidts ehemaliger Bildungsminister, fünf Jahre älter als Barschel, war ein gefährlicher Gegner. Ihm wurde zugetraut, die Macht der seit 37 Jahren ununterbrochen an der Förde regierenden Christdemokraten zu brechen. Für Barschel musste dies eine unerträgliche Vorstellung sein. Also galt es für ihn, einen Sieg Engholms mit *allen* Mitteln zu verhindern.

Zunächst schoss sich die CDU propagandistisch auf Engholm ein, verunglimpfte ihn als „die Posaune des Ostens", die „Neonazis und Kommunisten" in die Schulen holen und ihnen damit die Möglichkeit eröffnen wolle, die Jugend „zu Hass und Klassenkampf zu erziehen". Der SPD dichtete die CDU an, sie wolle „Sex mit Kindern straffrei" machen und außerdem beabsichtige sie, in einem rotgrünen Bündnis die Polizei zu entwaffnen sowie die „Abtreibung

bis zur Geburt“ freizugeben. Aber derartige Diffamierungen reichten noch nicht, um die rote Gefahr zu bannen. Barschel griff zu drastischeren Maßnahmen.

Vom Axel Springer Verlag lieh er sich einen Mann fürs Grobe aus: den erfahrenen Skandaljournalisten Reiner Pfeiffer. Der Mann aus Bremen, der in Kollegenkreisen als „ein käuflicher Typ“ galt, der „alle dreckigen Sachen dieser Welt anfasst“, war genau der richtige Wahlkampfhelfer für die Zwecke Barschels. Ende 1986 holte er Pfeiffer als „Medienreferenten“ in die Kieler Staatskanzlei. Der erste *dirty trick*, um Engholm anzuschwärzen, war Ende Januar 1987 ein anonymes Schreiben an die Steuerfahndungsstelle des Lübecker Finanzamtes. Es war eine Anzeige gegen den SPD-Spitzenmann wegen – frei erfundener – fortgesetzter Steuerhinterziehung von mehreren hunderttausend Mark. Im Februar 1987 folgte die Beschattung Engholms durch zwei Privatdetektive, die für ein Honorar von 50.000 Mark versuchten, Engholms Liebesleben auszuspionieren. Das Geld stammte von dem damaligen Geschäftsführer der Firma Schwarzkopf, einem Barschel-Freund. Gerüchte wurden lanciert, Engholm sei „homosexuell“, führe zugleich auch ein „ausschweifendes Leben mit dem weiblichen Geschlecht“. Als selbst das nicht der Integrität Engholms nachhaltig schaden konnte, war die Zeit reif für noch härtere Bandagen. Ein falscher Dr. Wagner – wie sich Jahre später herausstellen sollte, handelte es sich um den Pfeiffer-Freund und gerichtsnotorischen Hochstapler Gert Postel – rief Engholm an und teilte ihm mit, er sei HIV-positiv. Nebenbei beschäftigte sich Pfeiffer im Auftrag Barschels noch mit der kleineren Parteienkonkurrenz: Er betrieb – erfolgreich – eine Zersetzungskampagne gegen die konservative Unabhängige Wählergemeinschaft Schleswig-Holstein (UWSH), die im CDU-Wählerreservoir zu wildern drohte, und er fälschte eine Presseerklärung der Grünen.

Dann geschah etwas, womit Barschel nicht gerechnet hatte: Pfeiffer wechselte die Seite. Als ihn der Regierungschef beauftragte, eine Wanze zu beschaffen, die er in Barschels Diensttelefon anbringen sollte, hatte Pfeiffer genug. Denn Barschel hätte den Lauschangriff geschickt der SPD oder auch ihm selbst in die Schuhe schieben

können. Da zog es der „Medienreferent“ vor, bei einem Notar alles zu Protokoll zu geben und dem *Spiegel* die unsauberen Machenschaften zu beichten. Barschel als Initiator der schmutzigen Tricks – und der *Spiegel* lässt die Bombe pünktlich am Wahlwochenende platzen.

Die schleswig-holsteinische Landtagswahl endet am 13. September 1987 mit herben Verlusten für die bislang allein regierende Union – und mit einem Patt: CDU und FDP kommen auf genauso viele Sitze wie die SPD und der kleine Südschleswigsche Wählerverband SSW der dänischen Minderheit, für den aufgrund einer Sonderregelung die Fünfprozenthürde nicht gilt. Regierungskrise in Kiel. CDU-Politiker und etliche Zeitungen fallen über den *Spiegel* her. Bundeskanzler Helmut Kohl spricht noch am Wahlabend von einem „Stück aus dem Tollhaus, dass ein solcher Vorgang erst präpariert wird und dass man dann die Bombe in die Wahl wirft“. Die *FAZ* schreibt von dem „massivsten Versuch einer akuten Wahlbeeinflussung durch eine Zeitschrift, den es je gegeben hat“. Die Vorwürfe gegen den Ministerpräsidenten sind damit nicht vom Tisch. Hatte Pfeiffer im Auftrag Barschels gehandelt, oder nicht?

Am 18. September 1987 versucht der schwer in Bedrängnis geratene Barschel in die Offensive zu kommen. Er lädt zur Pressekonferenz ein. Kiel erlebt die größte Ansammlung von Journalisten seiner Geschichte. Der Ministerpräsident hat seine eigene und acht weitere eidesstattliche Erklärungen mitgebracht. Er hält einen eineinhalbstündigen Monolog, den er mit dem Satz beschließt: „Über diese Ihnen gleich vorzulegenden eidesstattlichen Versicherungen hinaus gebe ich Ihnen, gebe ich den Bürgerinnen und Bürgern des Landes Schleswig-Holstein und der gesamten Öffentlichkeit mein Ehrenwort, ich wiederhole, ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, dass die gegen mich erhobenen Vorwürfe haltlos sind.“

Barschels „Ehrenwort“ ist nichts wert. Die *Spiegel*-Enthüllungen stimmen. Punkt für Punkt. Die Rücktrittsforderungen werden immer lauter. Barschels Mitarbeiter gestehen, ihre eidesstattlichen Erklärungen unter Zwang abgegeben zu haben: Sie hatten gelogen. Die CDU lässt ihren Spitzenpolitiker schweren Herzens fallen. Exakt eine Woche nach seiner „Ehrenwort“-Pressekonferenz erklärt

Barschel seinen Rücktritt. Er gibt sich weiterhin unschuldig und behauptet, alle Beschuldigungen Pfeiffers „nach bestem Wissen und Gewissen widerlegt“ zu haben. Es bleibe jedoch die Tatsache, dass die „schweren Verfehlungen, vielleicht sogar Straftaten“ aus der Pressestelle der Landesregierung heraus begangen worden seien. Dafür übernehme er die „politische Verantwortung“.

Das jähe Ende seiner politischen Karriere kann Uwe Barschel offenkundig nicht verkraften. Am 11. Oktober 1987 wird er tot in einer Badewanne des Genfer Hotels Beau Rivage gefunden. Um seinen Tod ranken sich bis heute hartnäckig die abenteuerlichsten Verschwörungstheorien: War aus dem Täter Barschel ein Opfer der Stasi, der Mafia oder einer internationalen Gruppe von Waffenhändlern geworden? Hatte gar der Mossad seine schmutzigen Finger im Spiel? Oder ominöse Iran-Contra-Verschwörer? Indizien ließen sich zur Not für jede dieser Theorien finden, Beweise nicht. Auch wenn die Todesumstände nie zweifelsfrei geklärt werden konnten, bleibt die wahrscheinlichste Variante, dass Barschel sich selbst getötet hat.

Das gefallene Opfer: Björn Engholm

Und Björn Engholm, das Opfer von Barschels Machenschaften? Nachdem die SPD mit fast 55 Prozent die Neuwahlen Ende Mai 1988 gewinnt, wird er Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. Doch fünf Jahre später holt ihn „Waterkantgate“ ein. Um Enthüllungen der Illustrierten *Stern* zuvorzukommen, teilt Sozialminister Günther Jansen im März 1993 auf einer Pressekonferenz mit, im November 1988 und 1989 je rund 20.000 Mark „aus sozialen Gründen“ in bar an Reiner Pfeiffer gezahlt zu haben – angeblich aus Mitgefühl, weil dessen berufliche Karriere 1987 jäh unterbrochen worden war. Das Geld dafür habe er privat zu Hause in einer Schublade gesammelt. Der Kieler Landtag hat seine „Schubladenaffäre“. Jansen, der ebenso wie SPD-Pressesprecher Klaus Nilius bereits über eine Woche vor der Landtagswahl 1987 von Pfeiffer über dessen Machenschaften gegen die SPD informiert worden war, ist nicht mehr zu halten. Er tritt noch im März 1993 zurück.

Aber Medien und Union wittern weiteren skandalösen Stoff. Endlich bietet sich die Gelegenheit, den inzwischen zum SPD-Bundesvorsitzenden aufgestiegenen Björn Engholm, die Lichtgestalt der Sozialdemokratie, zu demontieren. Es gelingt: Nachdem Engholm einräumen muss, bereits am 7. September 1987 und damit früher als er im ersten Untersuchungsausschuss 1987/88 eingeräumt hatte, zumindest in Umrissen von den schmutzigen Tricks aus der Staatskanzlei Barschels gegen ihn gewusst zu haben, tritt er am 3. Mai 1993 als Ministerpräsident zurück. Auch den SPD-Vorsitz, den er im Juni 1991 übernommen hatte, legt er nieder. In seiner Rücktrittserklärung betont Engholm: „Es gibt keinen Grund, die Geschichte der Barschel-Affäre umzuschreiben." In einer beispiellosen Schmutzkampagne der CDU und ihres Spitzenkandidaten sei damals versucht worden, „meine und meiner Familie Integrität zu zerstören und damit einen Wahlerfolg der SPD zu verhindern". Die damaligen Vorgänge seien bei ihm „wahrscheinlich nie wirklich vernarbt". Der Versuch, die SPD „durch pauschale Verdächtigungen in Misskredit zu bringen, gar zum Mittäter der damaligen Machenschaften zu stempeln, ist abwegig". Den Untersuchungsausschuss nicht darüber in Kenntnis gesetzt zu haben, dass er schon früher von den Machenschaften Barschels wusste, bezeichnet Engholm jedoch als einen „Fehler, der mich bedrückt und für den ich das Parlament um Entschuldigung und die Öffentlichkeit um Verständnis bitte".

Seinen Rückzug hält Björn Engholm bis heute für richtig. „Dass ich da mit reingerutscht bin wegen einer in der Sache nicht bedeutenden, aber vom Verfahren her bedeutenden Unwahrheit, ist scheiße", sagte er im Sommer 2009 in einem Interview mit der Berliner *tageszeitung*. Auf die Frage, ob ein Politiker wegen derselben Lüge auch heute zurücktreten müsste, antwortet er: „Müsste, aber kein Mensch tritt zurück. Für mich war das wichtig. Eine Befriedung. Mein halbwegs ordentliches Ansehen hängt damit zusammen."

KAPITEL 8

Der lange Schatten der Vergangenheit

Über die Schwierigkeiten im Umgang mit dem Nationalsozialismus

Im Oktober 2010 erhielt Helmut Kramer eine besondere Auszeichnung. Im Kölner EL-DE-Haus, der einstigen Gestapo-Zentrale in der Domstadt, wurde der 80-jährige Rechtshistoriker mit dem Fritz-Bauer-Preis der Humanistischen Union ausgezeichnet. Der Preis ist benannt nach dem 1968 verstorbenen hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, der entscheidend zum Zustandekommen der Frankfurter Auschwitzprozesse beitrug. Der Jurist Kramer habe sich „wie kein zweiter der Aufgabe verschrieben, die Hinterlassenschaften des Nationalsozialismus aufzuarbeiten", begründete die Humanistische Union ihr Votum. Dabei habe er auch den Konflikt mit seinen Vorgesetzten riskiert. Damit spielte die Bürgerrechtsorganisation auf einen Vorgang aus dem Jahr 1978 an. Damals hatte Kramer, zu dieser Zeit Richter am Oberlandesgericht Braunschweig, Auszüge aus der Dissertation des niedersächsischen Justizministers Hans Puvogel an zahlreiche Berufskollegen verschickt. Der Braunschweiger Oberlandesgerichtspräsident leitete ein förmliches Disziplinarverfahren gegen Kramer ein, da er angeblich „seine Pflicht zu einem achtungswürdigen Verhalten gegenüber einem Dienstvorgesetzten verletzt" habe. Trotzdem war Kramers Initiative erfolgreich: Puvogel musste zurücktreten.

Hans Puvogel war der erste Minister in der Bundesrepublik, der über seine Doktorarbeit gestolpert ist. Allerdings nicht, weil er abgeschrieben hätte. Es war vielmehr der ungeheuerliche Inhalt seiner Dissertation, die ihm das Amt kostete. Promoviert hatte der gebürtige Bremer 1937 an der Georg-August-Universität Göttingen mit einer „rassehygienischen" Arbeit unter dem Titel „Die leitenden

Grundgedanken bei der Entmannung gefährlicher Sittlichkeitsverbrecher“. Darin ist zu lesen, dass „die erbmäßige Anlage in ausschlaggebender Weise den Einzelmenschen in körperlicher wie seelischer Beziehung gestaltet“. Die „Erkenntnis“ zu verwirklichen, sei „Zweck der Rassegesetzgebung der nationalsozialistischen Regierung“, schrieb der damals 25-jährige Student. „Ihr Endziel ist, durch geeignete Maßnahmen die wertvollen Erbströme unseres Volkes immer stärker fließen zu lassen, die minderwertigen hingegen nach und nach zum Versiegen zu bringen“, verkündete er. Denn für den Nationalsozialismus sei „der Rassegedanke einer der Grundpfeiler seiner Weltanschauung“. Deshalb habe das gesamte Recht der „rassischen Aufartung“ zu dienen.

Für den jungen Puvogel, der im Jahr seiner Promotion in die NSDAP eintrat, stand fest: „Nur ein rassisch wertvoller Mensch hat innerhalb der Gemeinschaft eine Daseinsberechtigung.“ Deswegen meinte er „mit vollem Recht, die Behauptung aufstellen zu dürfen, dass die Entmannung als weiteres Mittel neben der Sterilisation im Kampf um die rassischen Belange unseres Volkes eingesetzt werden soll“. Nicht nur das. Puvogel postulierte in seinem von Vokabeln aus dem Wörterbuch des Unmenschen durchzogenen Pamphlet, „die Förderung einer gesunden Rasse durch Ausmerzung minderwertiger und verbrecherischer Elemente“. Dazu erwog er auch die Ermordung unerwünschter Personen: „Ob das Volk für eine Ausscheidung des Minderwertigen durch Tötung bereits Verständnis aufzubringen vermag, mag dahingestellt bleiben, sicher aber begrüßt es heute zumindest die Ausrottung des Sittlichkeitsverbrechers und damit die Verhütung einer asozialen Nachkommenschaft.“

Erstaunlich und erschreckend, dass ein Mann mit solch einem „wissenschaftlichen“ Hintergrund in der Bundesrepublik problemlos Karriere machen konnte. Puvogel schaffte es. Nach dem Zweiten Weltkrieg als Rechtsanwalt und Notar im niedersächsischen Achim tätig, betätigte er sich zunächst kommunalpolitisch. 1963 zog das Mitglied der waffenstudentischen Korporation „Corps Franconia Tübingen“ 1963 für die CDU in den Landtag von Niedersachsen.

1967 wurde Puvogel stellvertretender Vorsitzender der christdemokratischen Landtagsfraktion, 1976 Justizminister im ersten Kabinett Ernst Albrechts. Hans Puvogel in der Union galt als Hardliner, sein Motto: „Strafe muss Strafe bleiben."

Erst 1978 holte ihn seine braune Vergangenheit ein. Der mittlerweile 66-Jährige reagierte wie so viele ehemalige Nazis reagierten: mit Unverständnis. Worte des Bedauerns für seine Dissertation fand er nicht, auch distanzierte er sich nur halbherzig von seinen früheren Thesen. Auf die Idee, seinen so schäbig erworbenen Doktortitel zurückzugeben, kam er nicht. Außerdem vertrat Puvogel die Auffassung, es komme doch auf seine Arbeit nach 1945 an. Neun Wochen vor der nächsten Landtagswahl blieb ihm trotzdem nichts anderes übrig, als sein Amt niederzulegen. Seinen Rücktritt begründete er mit dem anstehenden Wahlkampf.

„Kommunikatives Beschweigen"

Rücktritte – oder ihr Ausbleiben – markieren Veränderungen im politischen und historischen Wertesystem einer Gesellschaft und dementsprechend der politischen Sphäre. Besonders deutlich wird das an den Konsequenzen, die Politiker wegen bekannt gewordener Aktivitäten zwischen 1933 und 1945 ziehen mussten – oder eben nicht ziehen mussten. Der KZ-Überlebende Eugen Kogon schrieb 1947 in einem Aufsatz für die *Frankfurter Hefte*: „Es ist nicht Schuld, sich politisch geirrt zu haben. Verbrechen zu verüben oder an ihnen teilzunehmen, wäre es auch nur durch Duldung, ist Schuld." Kogons Hoffnung, dass es Schuldigen nicht ermöglicht würde, ihre Karrieren in der Bundesrepublik fortzusetzen, trog. Während in den fünfziger Jahren von den Nazis verfolgte Kommunisten erneut ins Gefängnis wanderten, saßen Alt-Nazis in Ämtern und an politischen Schaltstellen. Der ersten frei gewählten Landesregierung Schleswig-Holsteins – einer Koalition aus CDU, FDP, Deutscher Partei (DP) und dem Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) – gehörte nur ein Minister an, der zuvor nicht Mitglied der NSDAP gewesen war.

Auch wenn Filme wie die 1959 entstandene legendäre Satire „Rosen für den Staatsanwalt“ von Regisseur Wolfgang Staudte den Eindruck vermitteln, dass seinerzeit das Bekanntwerden einer nationalsozialistischen Vergangenheit das Ende einer Karriere bedeutet hätte – das war keineswegs der Fall. In Staudtes Film begegnet der ehemalige Soldat Rudi einem hoch angesehenen Staatsanwalt mit scheinbar blütenreiner Weste, der ihn einst als Nazi-Richter wegen des Diebstahls von zwei Tafeln Schokolade zum Tode verurteilt hatte. Nachdem trotz aller Vertuschungsversuche das Vorleben des Staatsanwalts öffentlich wird, muss er Reißaus nehmen; seine Justizkarriere ist beendet. Die Wirklichkeit sah anders aus: Nicht nur unzählige opportunistische Mitläufer, sondern auch zahlreiche Verbrecher konnten ungehindert Karriere machen. Nur wenige nahmen Anstoß daran. Die Bereitschaft, sich mit der Barbarei des NS-Staates und der eigenen Schuld auseinanderzusetzen, war nicht nur in der politischen Elite, sondern auch in der Bevölkerung gering.

Für den gesellschaftlichen Umgang mit der individuellen Verstrickung in den Nationalsozialismus prägte der konservative Philosoph Herrmann Lübbe den Begriff des „kommunikativen Beschweigens“. Seines Erachtens hatte dieses Beschweigen eine produktive Funktion: „Diese gewisse Stille war das sozialpsychologisch und politisch nötige Medium der Verwandlung unserer Nachkriegsbevölkerung in die Bürgerschaft der Bundesrepublik Deutschland“, rechtfertigt der Zürcher Ordinarius für politische Philosophie „die gewisse Zurückhaltung in der öffentlichen Thematisierung individueller oder auch institutioneller Nazi-Vergangenheiten, die die Frühgeschichte der Bundesrepublik kennzeichnet“. Denn zur nationalsozialistischen Realität hätten „weit mehr als Dutzendmillionen registrierter Parteigenossen, die noch größere Zahl der mitlaufenden Volksgenossen, darüber hinaus die unter der überwältigenden Wirkung der Anfangserfolge Hitlers sogar aus nazifernen weltanschaulichen und politischen Räumen schließlich ihm Zugewandten“ gehört. Gegen die Mehrheit des Volkes habe jedoch schwerlich der bundesdeutsche Staat eingerichtet werden können. Der Preis, der dafür zu zahlen war, so räumt Lübbe in seinem Buch *Vom Partei-*

genossen zum Bundesbürger ein, sei gewesen, „dass die vergangenheitsbeschweigende Integration der Alt-Nationalsozialisten in das gesellschaftliche System Nachkriegsdeutschlands auch zahllosen Personen, die zumal in der Außenwirkung, aber auch intern alsbald zur Belastung werden sollten, gewichtige Tätigkeitschancen eröffnete“.

Von einem „Selbstschutzschild der Generationen, die die ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik geprägt haben“, spricht dagegen der Publizist Ralph Giordano. Es habe einen „großen Frieden mit den Tätern“ gegeben, „ihre kalte Amnestierung durch Bundesgesetze und durch die nahezu restlose soziale, politische und wirtschaftliche Eingliederung während der ersten zehn Jahre der neuen Staatsgeschichte“, schreibt Giordano in seinem Buch *Die zweite Schuld oder von der Last Deutscher zu sein*. Gleichzeitig sei die Machtperiode des Nationalsozialismus verfälscht worden „in einen Betriebsunfall der nationalen Geschichte, seine Herrscher extraterrestrische Dämonen, die von irgendwoher aus dem All zufällig auf Deutschland herabgeregnet waren“. Bei dem Versuch, „sich aus einem kompromittierenden Abschnitt selbsterlebter und mitgestalteter Nationalgeschichte herauszustehlen“, habe es die Mittäterschaft einer Vielzahl bundesdeutscher Politiker aller Parteien gegeben, „die um der Wählerstimmen willen dem nationalen Kollektiv der Hitleranhänger bei Verdrängung und Verleugnung weit entgegengekommen sind und damit ihren Anteil zur zweiten Schuld beigetragen haben.“ Tatsächlich gründeten die triumphalen Wahlerfolge der Unionsparteien zu einem guten Teil auch auf dem durch Konrad Adenauer personifizierten Versprechen, nicht an das Gewesene zu rühren, sondern den Blick nach vorn zu richten und aus der erlittenen Katastrophe das Beste zu machen.

Adenauers belastete Weggefährten

Das Politiker aufgrund ihrer belasteten Vergangenheit zurücktreten mussten, war die große Ausnahme. Mit Theodor Oberländer gehörte ein Nazi der ersten Stunde, der schon an Hitlers Marsch auf die Feldherrnhalle in München teilgenommen hatte, von 1953 bis 1960

der Bundesregierung an – obwohl seine Aktivitäten als SA-Hauptsturmführer und Gauamtsleiter der NSDAP von Anfang bekannt waren. Auch als 1954 ein unter seinem Namen im Dritten Reich veröffentlichter Artikel in der Zeitschrift *Neues Bauerntum* bekannt wurde, in der die „Eindeutschung der Ostgebiete" und „Maßnahmen völliger Aus- und Umsiedlung" zur „Reinerhaltung der Rasse" propagiert wurde, konnte ihm das nichts anhaben. Erst nach massiven Vorwürfen, unmittelbar an schweren Kriegsverbrechen beteiligt gewesen zu sein, musste Oberländer seinen Posten als Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte erst räumen. Bundestagsabgeordneter blieb er noch bis 1965.

Kanzler Adenauer konnte auch den schwer belasteten Hans Globke, der im Dienste der Nationalsozialisten die „Nürnberger Rassegesetze" kommentiert hatte, von 1949 an in diversen Ämtern an seinem Hof halten – trotz aller Proteste von sozialdemokratischer, kommunistischer und gewerkschaftlicher Seite sowie von jüdischen Organisationen. Dem Erfolg der CDU taten die Vorwürfe gegen Globke keinen Abbruch, der Schaden für die Partei war begrenzt. Adenauer an ihm bis zum Ende seiner Amtszeit festhalten. Adenauer und Globke traten am 15. Oktober 1963 gemeinsam in den politischen Ruhestand. Auf die Frage einer US-Nachrichtenagentur, ob es nicht vielleicht ein Fehler gewesen wäre, eine NS-belastete Person wie Globke zu einem seiner engsten Mitarbeiter gemacht zu haben, antwortete Adenauer lapidar: „Aber meine Herren, das merken Sie sich gut, um einen demokratischen Staat aufzubauen, da benötigt man auch fähige und zuversichtliche Leute. Demokratie lebt nämlich vom Willen, der Bereitschaft und den Fähigkeiten der Menschen, Freiheit und Moral in gesetzlicher Ordnung zu sichern."

Erst in den sechziger Jahren änderte sich das Verhältnis zu Alt-Nazis, die Demissionen der Vertriebenenminister Theodor Oberländer und seines Nachfolgers Hans Krüger markieren diesen Bewusstseinswandel. Krüger wurde Anfang 1964 unsanft von seinem braunen Vorleben eingeholt. Der einst glühende Nationalsozialist, wie Oberländer schon beim misslungenen Hitler-Putsch 1923 dabei, war nach dem Überfall auf Polen als NSDAP-Ortsgruppenleiter und

Oberamtsrichter im okkupierten Chojnice tätig gewesen und hatte an der Verhängung zahlreicher Todesstrafen mitgewirkt. Nach dem Krieg schloss er sich der CDU an und machte Karriere als Vertriebenenpolitiker. 1948 war er einer der Gründer des „Bundes der vertriebenen Deutschen" und wurde 1958 der erste Präsident des „Bundes der Vertriebenen" (BdV). Im Jahr zuvor war Krüger in den Bundestag gewählt worden, wo er in den Ausschüssen für Heimatvertriebene, Lastenausgleich und Gesamtdeutsche Fragen mitarbeitete. Schließlich berief ihn Bundeskanzler Ludwig Erhard im Oktober 1963 als Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte in die Regierung. Das war nur konsequent, hatte Krüger doch bereits zuvor gehörigen Einfluss auf die Regierungspolitik gehabt, wie die *Rheinische Post* seinerzeit konstatierte: „Kaum eine Regierungserklärung wurde in den letzten Jahren von Bonn konzipiert, für die nicht der erste und bisher einzige BdV-Präsident im Kanzleramt, meist unbemerkt von der Öffentlichkeit, vorgesprochen und Wünsche geäußert hätte, die dann mehr oder minder deutlichen Niederschlag fanden."

Nicht einmal ein halbes Jahr nach seiner Berufung zum Minister musste Krüger wieder abtreten. Er hatte allzu ausweichend und bagatellisierend auf kurz zuvor von der DDR veröffentlichte Dokumente über seine nationalsozialistische Vergangenheit reagiert. Am 31. Januar 1964 reichte er seinen Rücktritt ein und wurde schließlich am 7. Februar 1964 als Bundesminister entlassen. Ende des Jahres trat er auch als BdV-Präsident ab. Wie Oberländer blieb er bis 1965 Mitglied des Bundestages.

Der Verfassungsprofessor und der „Führerauftrag": Der Fall Theodor Maunz

Als er im betagten Alter von 92 Jahren am 10. September 1993 in München starb, verneigte sich die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: „Sein Name zählt zu den großen in der deutschen Staatsrechtslehre." Tatsächlich war Theodor Maunz über Jahrzehnte einer der führenden Juristen in der Bundesrepublik. 1948 gehörte er dem Verfas-

sungskonvent in Herrenchiemsee an, der das Grundgesetz vorbereitete. Seit 1958 gab Maunz gemeinsam mit dem Tübinger Staatsrechtslehrer Günter Dürig den bis heute einflussreichsten Grundgesetzkommentar heraus: den *Maunz-Dürig*. Der Name von Theodor Maunz gehört denn auch immer noch zu den ersten, die angehende Juristen kennen lernen. Tausende pauken jedes Semester mit Hilfe des von ihm verfassten Kurzlehrbuchs „Deutsches Staatsrecht" die Grundprinzipien demokratischer Verfassungen. Zahlreiche Professoren zählten sich zu seinen Schülern und schätzten Maunz, wie das *Munzinger-Archiv* schreibt, „als liebenswürdigen, nach alter Schule auf Form bedachten und auch die Ansichten Jüngerer respektierenden Rechtslehrer". Auch Roman Herzog, der spätere Bundespräsident, gehörte zu seinen Schülern: Von 1958 bis 1964 war er der Assistent des renommierten Rechtsgelehrten. In diese Zeit fällt auch die kurze politische Karriere des 1901 in Dachau geborenen Star-Juristen Maunz. Als die CSU nach vierjähriger Oppositionszeit im Oktober 1957 wieder die Landesregierung übernimmt, beruft Ministerpräsident Hanns Seidel den Parteifreund als Kultusminister in sein neues Kabinett. Das Amt behält er auch unter Seidels Nachfolgern Hans Ehard und Alfons Goppel.

Doch dann braut sich Unheil über Maunz zusammen. In der *Neuen Juristischen Wochenschrift* erscheint im Juni 1964 ein Artikel des Bonner Anwalts Konrad Redeker über die „Bewältigung der Vergangenheit als Aufgabe der Justiz". Darin vertritt Redeker die These, das nationalsozialistische Regime sei auch durch die damalige Haltung der Wissenschaft zu unbegrenzter Willkür ermutigt worden. Zum Beweis führt er braun durchtränkte Schriften von Maunz an, wie den 1934 erschienenen Aufsatz „Neue Grundlagen des Verwaltungsrechts" und die Abhandlung „Gestalt und Recht der Polizei" aus dem Jahr 1943. Darin schrieb der spätere „Musterjurist": „Der Auftrag des Führers ist schlechthin das Kernstück des geltenden Rechtssystems und seinem innersten Wesen verbunden." So sei der Vollzug eines Führerauftrages in jedem Falle rechtmäßig: „Damit ist dem Führerbefehl jeglichen Inhalts die Sanktion der Loyalität von vorneherein zugestanden." Auch vertrat Maunz, der sich 1932 habilitierte und von 1937 bis 1945 an der Universität Freiburg

als Professor lehrte, seinerzeit die Auffassung, „Gesetz ist geformter Plan des Führers und damit Ausdruck der völkischen Lebensordnung. Der geformte Plan des Führers ist oberstes Rechtsgebot." Bereits 1938 hatte Maunz, seit 1932 Mitglied der NSDAP, das nationalsozialistische Recht besungen, das „einen auf rassischer Grundlage aufgebauten Gleichheitsgrundsatz" habe, so dass „der Ausschluss Artfremder von der unterschiedslosen Benützung von Einrichtungen in der Hand des Staates oder der Gemeinden, etwa gemeindlicher Badeeinrichtungen", keine Verletzung, sondern eine Erfüllung dieses Gleichheitssatzes des Staates sei.

Obwohl er ein wichtiger Exponent des „NS-Rechtsdenkens" gewesen war, fand Maunz nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches schnell Anschluss im demokratischen Nachkriegsdeutschland. Von 1946 bis 1952 war er wieder im Ministerialdienst der bayerischen und badischen inneren Verwaltung tätig. Hier hatte er bereits zwischen 1927 und 1935 gearbeitet. Von 1951 bis 1952 gehörte er dem provisorischen Ministerrat des Südweststaates an, aus dem das Land Baden-Württemberg entstand. Seit 1952 lehrte er als Ordinarius für Staatsrecht an der Universität München.

Das Aufsehenerregende an der für Maunz unangenehmen Veröffentlichung in der *Neuen Juristischen Wochenschrift* war weniger die Offenlegung seiner Tätigkeit im Nationalsozialismus, sondern dass sie Folgen zeitigen sollte. Denn die braune Vergangenheit des Kultusministers war auch schon zuvor nicht unbekannt gewesen. Bereits anlässlich seiner Ernennung 1957 hatte sich deswegen erstmals Widerspruch geregt. Die gegen ihn gerichteten Attacken kamen vor allem aus Kreisen der Wissenschaft, von linken Studentenorganisationen wie dem SDS und von einzelnen Oppositionspolitikern. Aber diese Angriffe blieben stets folgenlos. Die breite Öffentlichkeit interessierte sich nicht für das Vorleben der juristischen Koryphäe.

Das änderte sich Ende im Juni 1964. In einem gemeinsamen Brief wiesen der SPD-Landtagsfraktionschef Volkmar Gabert und die FDP-Landtagsabgeordnete Hildegard Hamm-Brücher den CSU-Ministerpräsidenten Goppel auf den Artikel Redekers hin. Anfang Juli 1964 griff die Münchner *Abendzeitung* das Thema auf. Ihre

Schlagzeile lautete: „Bayerns Kultusminister war des Teufels Jurist“. Maunz sah sich gezwungen, die Notbremse zu ziehen: Er ließ sich umgehend beurlauben und trat am 9. Juli 1964 als Kultusminister zurück. Ein Unrechtsbewusstsein war nicht erkennbar: Er habe schon vor seinem Amtsantritt 1957 den damaligen Ministerpräsidenten Seidel auf jene Veröffentlichungen hingewiesen. Sie seien geprüft worden, ohne dass sich daraus politische Bedenken gegen seine Berufung ergeben hätten. Im Übrigen seien die Zitate aus dem Zusammenhang gerissen. Außerdem habe er damals nur den tatsächlich bestehenden Rechtszustand geschildert, rechtfertigte sich Maunz. Mit seinem Rücktritt ist der Fall für ihn offensichtlich erledigt: Er wird sich später nie wieder öffentlich zu seiner NS-Zeit äußern.

Seine politische Karriere ist zwar beendet, die wissenschaftliche jedoch nicht: Als wäre nichts gewesen, nimmt Maunz im Sommersemester 1965 seine Lehrtätigkeit als Professor des Öffentlichen Rechts an der Universität in München wieder auf. 1969 erfolgt die Emeritierung des mittlerweile fast 70-jährigen Juristen. Bis ins hohe Alter schreibt er weiter Beiträge zu seinem Grundsatzkommentar. In den Zeitungen taucht sein Name anlässlich runder Geburtstage auf: Regelmäßig erscheinen wohlwollende Artikel über den „großen Staats- und Verfassungsrechtler“. Seine Nazi-Zeit findet, wenn überhaupt, als Randnotiz Erwähnung. Sie wird schlichtweg heruntergespielt und zudem mit dem entschuldigenden Zusatz versehen, Maunz sei ein unzweifelhafter Demokrat, der sich wie kein anderer rehabilitiert habe.

Das war eine Legende. Denn Maunz, der sich nie ernsthaft von seiner NS-Zeit distanziert hat, mag vieles gewesen sein – zu einem aufrechten Demokraten war er auch in der Bundesrepublik nicht geworden. Das Verdienst, mit diesem Mythos aufgeräumt zu haben, gebührt ausgerechnet einem Rechtsextremisten: dem Politiker und Verleger Gerhard Frey. Denn vierzehn Tage nach dem Tod von Theodor Maunz und als alle anderen bereits ihre Nachrufe auf den hochverehrten Verstorbenen veröffentlicht hatten, schrieb der Gründer und damalige Vorsitzende der Deutschen Volksunion (DVU) *seinen* Nachruf. Und der hatte es in sich: Als Ende der sechziger

Jahre „versucht wurde, die *National-Zeitung* durch Aufhebung der Grundrechte ihres Herausgebers zu vernichten, trat Prof. Maunz an die Seite des Verfolgten", kondolierte Frey. Der Kronjurist des Grundgesetzes sei ab diesem Zeitpunkt „ein Vierteljahrhundert" sein „wunderbarer" und auch „treuer Wegbegleiter und maßgeblicher Berater" gewesen. „Während der siebziger Jahre und lange darüber hinaus" habe man sich „allwöchentlich, zumeist am Montag, zu einer stundenlangen Besprechung aller zentralen politischen und juristischen Fragen" getroffen, so Frey am 24. September 1993 in der von ihm herausgegebenen *National-Zeitung*. Über eineinhalb Jahrzehnte hindurch sei Maunz auch „beinahe allwöchentlich durch seine hervorragenden politischen Beiträge ohne Autorenangabe in der *National-Zeitung* vertreten" gewesen. Frey konnte seine Aussagen beweisen: Handschriftliche Briefe, Gutachtenauszüge, Entwürfe zu Ausarbeitungen und Stellungnahmen belegten die enge Verbundenheit von Maunz mit dem rechtsextremistischen Verleger. „Die Enthüllungen" Freys, schrieb entsetzt die *Süddeutsche Zeitung*, „zerstören eine Legende". Auch Roman Herzog reagierte geschockt: „Wenn aber das stimmt, was Herr Dr. Frey behauptet, dann kann ich nur sagen, ich bin nicht nur wütend, sondern finde das ganz schlimm, und ich habe allen Grund, mich zu distanzieren." Die fatale wie doch richtige Schlussfolgerung von Gerhard Mauz, dem legendären Gerichtsreporter des *Spiegel*, lautete: „Theodor Maunz, wie man ihn nun endlich sieht, wird immer daran erinnern, dass die Bundesrepublik sich allenfalls der NS-Täter mit blutigen Händen angenommen hat; dass sie jedoch den Ideologen kein Haar krümmte und sie weiter richten, lehren, kommentieren und Minister sein ließ."

Der „furchtbare Jurist" und seine Erinnerungslücken: Der Fall Hans Karl Filbinger

Einsicht zeigte Hans Karl Filbinger noch nicht einmal am Tag seines Rücktritts. Als er am 7. August 1978 sein Amt als baden-württembergischer Ministerpräsident niederlegte, kam ihm kein Eingeständnis der eigenen Schuld über die Lippen. Aber dafür hatte er

kräftige Schuldzuweisungen parat: „Ein freiheitlicher Rechtstaat, in dem die persönliche Ehre mit Füßen getreten werden kann, ruiniert sich selbst“, ereiferte sich der Christdemokrat. Es sei ihm „schweres Unrecht angetan worden“. War er das Opfer einer „Kampagne der extremen Linken“ geworden, wie Filbinger mit Inbrunst behauptete?

Tatsächlich war dieser Politiker seinerzeit neben dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß für Linke und Liberale die politische Reizfigur schlechthin. Filbinger galt als Verkörperung des autoritären Charakters. Seinen Landtagswahlkampf 1976 führte der strikte Verfechter eines „starken Staates“ unter dem polarisierenden Slogan „Freiheit statt Sozialismus“. Der Rechtskonservative gehörte zu den glühenden Verfechtern des so genannten Radikalenerlasses – in einer ausschließlich gegen links gerichteten Interpretation. Filbinger bekämpfte mit großem Eifer die Reform des Abtreibungsparagrafen 218. Ebenso entschlossen stritt er gegen die Ostpolitik der sozialliberalen Bundesregierung. Außerdem war er ein geradezu fanatischer Verfechter des Atomkraftwerks Wyhl am Oberrhein. „Ohne das Kernkraftwerk Wyhl werden zum Ende des Jahrzehnts in Baden-Württemberg die ersten Lichter ausgehen“, behauptete er in einer Regierungserklärung Ende Februar 1975. Auch unverhältnismäßige Polizeieinsätze gegen das höchst umstrittene – letztlich von seinem Nachfolger als politisch nicht durchsetzbar aufgegebene – Projekt rechtfertigte er unbeirrbar. Kein Wunder also, dass sein Sturz 1978 nicht nur klammheimliche Freude auslöste. Aber *dass* er stürzte, verdankte Filbinger sich ganz allein.

Der 1913 in Mannheim geborene Filbinger wurde 1951 Mitglied der CDU. 1953 in den Freiburger Stadtrat gewählt, zog er 1960 erstmals in den Landtag ein und wurde noch im selben Jahr vom damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger zum Landesinnenminister berufen. Nach Kiesingers Wahl zum Bundeskanzler im Dezember 1966 wurde Filbinger dessen Nachfolger im Ländle. Für die Südwest-CDU erwies sich diese Entscheidung als Glücksfall. Denn mit ihm schaffte sie etwas, was ihr und auch sonst noch keiner Partei in Baden-Württemberg zuvor gelungen war: Bei der Landtagswahl 1972 errang die Partei mit 52,9

Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit. Vier Jahre später wiederholte die CDU nicht nur dieses Kunststück, sie konnte es sogar mit 56,7 Prozent noch toppen – ein bis heute nicht wieder erreichtes Spitzenergebnis. Der Erfolg wurde zu einem großen Teil Filbinger persönlich zugeschrieben. Der Mann mit der ruhigen Stimme genoss eine enorme Popularität. Für viele im traditionell konservativ geprägten Ländle verkörperte der gläubige Katholik den idealen „Landesvater". Das Ministerpräsidentenamt schien nicht der Karrierehöhepunkt des machtbewussten Mannes zu sein, der in der eigenen Partei hochgeachtet, wegen seiner autoritären Rechthaberei gelegentlich gefürchtet wurde. Denn 1973 zum stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden gewählt, avancierte Filbinger innerhalb der Union zu einem heißen Kandidaten für die 1979 anstehende Bundespräsidentenwahl.

Die politische Lawine, die Filbinger in den Abgrund reißen sollte, kam im Frühjahr 1978 ins Rollen. Sie war auf eine ungewöhnliche und in der Bundesrepublik in dieser Form einzigartigen Weise ausgelöst worden: durch eine Leseprobe aus dem Werk eines Schriftstellers. Am 17. Februar 1978 hatte die *Zeit* unter dem Titel „Schwierigkeiten, die wahre Geschichte zu erzählen" einen Vorabdruck aus dem Roman *Eine Liebe in Deutschland* des Dramatikers Rolf Hochhuth veröffentlicht. Es war ein einziger Satz in dem Text, der den Anfang vom Ende der politischen Karriere Filbingers markiert: „Ist doch der amtierende Ministerpräsident dieses Landes, der sogar noch in britischer Gefangenschaft nach Hitlers Tod einen deutschen Matrosen mit Nazi-Gesetzen verfolgt hat, ein so furchtbarer Jurist gewesen, dass man vermuten muss – denn Marinerichter waren schlauer als die von Heer und Luftwaffe, sie vernichteten bei Kriegsende die Akten –, er ist auf freiem Fuß nur dank des Schweigens derer, die ihn kannten."

So anklagend die Worte, wären sie wahrscheinlich folgenlos geblieben, hätte sie nicht einer, der Filbinger gut kannte, gelesen. Doch Gebhard Müller, in den fünfziger Jahren selbst Ministerpräsident Baden-Württembergs und anschließend bis zu seiner Pensionierung Präsident des Bundesverfassungsgerichts, las sie – und wies seinen

Parteifreund auf den *Zeit*-Vorabdruck hin. Filbinger reagierte empört. Nur vier Tage nach der Veröffentlichung drohte er durch seine Anwälte Hochhuth und der *Zeit* gerichtliche Schritte wegen „Diffamierung" an, falls sie nicht bereit sein sollten, eine „Verpflichtungserklärung" zu unterzeichnen. Aber die wollten nicht. Also stellte der Ministerpräsident am 28. Februar 1978 bei der 17. Zivilkammer des Landgerichts Stuttgart einen Antrag auf einstweilige Verfügung und reichte gleichzeitig Klage gegen Hochhuth und den *Zeit*-Verlag ein.

Filbinger sah sich auf der sicheren Seite. Schließlich war er bereits 1972 erfolgreich gegen den *Spiegel* zu Felde gezogen. Hochhuth spielte in seiner kleinen Textpassage genau auf jenen Fall an, der seinerzeit zu der juristischen Auseinandersetzung mit dem Nachrichtenmagazin geführt hatte: Der *Spiegel* hatte über den Fall des Kurt Olaf Petzold berichtet, der von dem damaligen Marinestabsrichter Filbinger am 29. Mai 1945 – also drei Wochen *nach* Kriegsende – in britischer Kriegsgefangenschaft zu sechs Monaten Gefängnis wegen „Erregens von Missvergnügen, Gehorsamsverweigerung und Widersetzung" verurteilt worden war.

Im Einvernehmen mit den Briten hatte Filbinger seinen in der Nazi-Zeit erlernten Beruf in der Gefangenschaft weiter ausüben können. Bis Ende Januar 1946 fällte er in verschiedenen britischen Internierungslagern seine unerbittlichen Richtersprüche. Insgesamt finden sich 41 Urteile aus jener Zeit, darunter auch das gegen Petzold. Dessen Vergehen: Er hatte nach Kriegsende demonstrativ das Hoheitszeichen mit dem Hakenkreuz von seiner Kleidung entfernt und schlechte Haltung beim Antreten im Glied gezeigt. Vor allem aber hatte Petzold im betrunkenen Zustand den Befehl seines Batteriechefs zum Umzug in eine andere Baracke mit den Worten verweigert: „Die Zeiten sind jetzt vorbei. Ich bin ein freier Mann. Ihr habt jetzt ausgeschissen. Ihr Nazihunde. Ihr seid schuld an diesem Krieg." Richter Filbinger befand: „Ein hohes Maß an Gesinnungsverfall." Alleine schon mit solch einer längst vergessen geglaubten „Petitesse" behelligt zu werden, empfand Filbinger als ungebührlich. Dass der *Spiegel* auch noch die Unverfrorenheit besessen hatte, Petzold mit der Aussage zu zitieren, der mittlerweile zum guten christlichen Demokraten Aufgestiegene habe noch einen Monat

nach Hitlers Tod „unseren geliebten Führer“ gerühmt, der „das Vaterland wieder hochgebracht hat“, ließ Filbinger vollends in Rage geraten. Er klagte gegen das Magazin. Das Gericht gab der Klage statt, weil es den Wahrheitsgehalt von Petzolds Behauptung für nicht beweisbar hielt.

Es schien zunächst gar nicht so schlecht für den Ministerpräsidenten in seiner Auseinandersetzung mit Hochhuth auszusehen. Doch kurz vor Prozessbeginn am 9. Mai 1978 findet der Schriftsteller eine hochbrisante Akte im Koblenzer Bundesarchiv: den Fall des Matrosen Walter Gröger. Gegen ihn hatte Filbinger als Ankläger im Januar 1945 in Oslo die Todesstrafe wegen „Fahnenflucht“ gefordert. Der Matrose Gröger hatte im Dezember 1943 in Oslo den Versuch unternommen, dem Kriegsdienst zu entfliehen. Wegen „Entfernung von der Truppe“ wurde er verhaftet und kam vor das Kriegsgericht. Der Fall zog sich hin: Sechzehn Monate verbrachte Gröger in Wehrmachtgefängnissen, die von überlebenden Gefangenen als „wahre Hölle“ charakterisiert wurden. Der Marinestabsrichter Filbinger war mit dem Fall nicht von Beginn an befasst. Zunächst, Anfang 1944, sollte Gröger nur mit acht Jahren Zuchthaus und dem Verlust der Wehrwürdigkeit bestraft werden. Das akzeptierte der Gerichtsherr, ein Admiral, nicht und verlangte – auf Vorschlag des begutachtenden Marinejuristen – eine höhere Strafe. Als Filbinger in das Verfahren eintrat, lag die Forderung des Gerichtsherrn, die Todesstrafe zu verhängen, bereits auf dem Tisch. Filbinger führte sie aus – was er nicht hätte tun müssen. Er hätte dem Gerichtsherrn beziehungsweise dessen juristischen Beratern durchaus mitteilen können, das erstinstanzliche Urteil nach wie vor für ausreichend zu halten.

Entgegen Filbingers späteren Behauptungen gab es diesen Handlungsspielraum sehr wohl. Ein abweichendes Votum dieser Art hätte ihm keine Nachteile eingebracht. Es ist bis heute kein einziger Fall bekannt, dass ein Militärrichter oder -ankläger, der den Vorgaben seines Gerichtsherrn nicht folgte, persönlich gemaßregelt worden wäre. Ohne jeden erkennbaren Willen zur Verzögerung ließ Filbinger wenige Wochen vor Kriegsende das Todesurteil vollstrecken. Am 16. März 1945 wurde der 22-jährige Gröger erschossen.

Als „Leitender Offizier“ des Exekutionskommandos beaufsichtigte Filbinger persönlich die Hinrichtung.

Nachdem er erfahren hat, dass Redakteure der *Zeit* und des *Spiegel* entsprechende Berichte vorbereiten, macht Filbinger am 5. Mai 1978 den Fall Gröger, bei dem er nicht „auch nur den geringsten Spielraum gehabt“ haben will, selbst öffentlich. Er sieht sich weiterhin als jemanden, „der seinem Gewissen nach seine Pflicht getan hat auch in der äußersten Situation“ und entsprechend als das Opfer einer böswilligen Kampagne. Erhard Eppler, der sozialdemokratische Oppositionsführer im baden-württembergischen Landtag, kommentiert dies mit der Bemerkung, es könnte sein, „dass Filbinger nicht die Verstrickungen des einunddreißigjährigen Marinerichters zum Verhängnis werden, sondern das pathologisch gute Gewissen des vierundsechzigjährigen Ministerpräsidenten“.

Für Filbinger wird es brenzlig. Seine öffentlichen Auftritte wirken zunehmend bizarr: Stereotyp beteuert er immer wieder, keine Schuld auf sich geladen zu haben. Mit keinem Wort gibt er zu erkennen, seine Handlungen in der NS-Zeit zu bedauern oder zu bereuen. Vor dem Stuttgarter Landtag verkündet Filbinger, als Marinerichter überall geholfen zu haben, „wo irgendeine Aussicht auf Hilfe war“. Dabei habe er Menschen gerettet oder vor harter Strafe bewahrt. Nicht nur das: Er selbst habe „Leib und Leben“ riskiert – wofür es keinen einzigen Beleg gibt. Bekannt ist vielmehr, dass die Männer der Marinejustiz berüchtigt waren für ihre überzogenen Vorstellungen von Disziplin und „Manneszucht“. Ihre Urteile waren in der Regel härter als die anderen Militärrichter. Noch in den letzten Kriegstagen fällten sie eine Reihe von Todesurteilen, die nicht einmal mehr einer militärischen Logik entsprachen. Nur Filbinger will damit nichts zu tun gehabt haben. Er fühle sich vielmehr „strafrechtlich und moralisch unschuldig“. Der Ministerpräsident versteigt sich sogar zu der Aussage: „Während des ganzen Dritten Reiches habe ich meine antinazistische Gesinnung nicht nur in mir getragen, sondern auch sichtbar gelebt.“

Filbinger ein stiller Held des täglichen Widerstandes gegen das NS-Regime? Eine gewagte Interpretation seiner Biographie: Der

passionierte Bergwanderer war von 1933 bis 1936 Mitglied des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB), von 1934 bis 1937 auch Mitglied der SA. Im Mai 1937 trat er in die NSDAP ein. Im August 1940 kam Filbinger zur Marine und amtierte von März bis Mai 1943 als Marinestabsrichter beim Gericht des Befehlshabers der Sicherung Nordsee. Vom Oktober 1943 bis Dezember 1944 arbeitete er als Richter beim Gericht des Admirals Norwegische Polarküste, Zweigstelle Kirkenes. Danach war er eine kurze Zeit in Tromsö. Von Januar bis zur Kapitulation am 8. Mai 1945 diente Filbinger als Richter beim Gericht des Kommandanten Seeverteidigung Oslofjord in Oslo. Seine Vorgesetzten hatten nie etwas an ihm auszusetzen.

Der Prozess gegen Hochhuth geht nicht gut für Filbinger aus: Er erringt nur einen zweifelhaften Teilerfolg. Zwar erlässt das Stuttgarter Landgericht am 23. Mai 1978 eine Einstweilige Verfügung, in der dem Schriftsteller untersagt wird, weiterhin zu behaupten, Filbinger sei „auf freiem Fuß nur dank des Schweigens derer, die ihn kannten“. Diese Aussage überschreite das Recht auf freie Meinungsäußerung. Filbinger habe als Marinerichter sowohl in dem Fall Petzold als auch im Fall Gröger „im Rahmen des damals geltenden Rechts“ gehandelt, also strafverfahrensrechtlich nichts falsch gemacht. Aber die Charakterisierung Filbingers als „furchtbaren Juristen“ halten die Richter für ebenso zulässig wie seine Titulierung als „Hitlers Marinerichter“. Diese Meinung könne aus einer Beurteilung der Fälle Petzold und Gröger durchaus gebildet und vertreten werden. Im gleichen Sinne entscheidet die Kammer in der Hauptverhandlung am 13. Juli 1978.

Damit ist der Fall nicht erledigt. Seit Prozessbeginn hatte Filbinger immer wieder betont: „Ich habe kein einziges Todesurteil selbst gefällt.“ Diese Aussage wird ihm nun zum Verhängnis. Denn sie entspricht nicht der Wahrheit. Anfang Juli 1978 berichtet das ARD-Magazin *Panorama* von zwei Todesurteilen, die Filbinger noch in der Schlussphase des Krieges höchst persönlich verhängt hatte. Am 9. und am 15. April 1945 hatte er einen Matrosen wegen Mordes und Fahnenflucht, einen anderen wegen Fahnenflucht und Wehr-

kraftzersetzung verurteilt. Filbinger reagiert unwirsch auf die Enthüllung: „Was soll der Vorwurf?“ Die Urteile seien doch gar nicht vollstreckt worden, weil sich die verurteilten Soldaten bereits außerhalb des Machtbereichs der Militärjustiz befunden hätten – die beiden Matrosen hatten ins sichere Schweden flüchten können. Da es sich bei den von ihm verhängten Todesurteilen nur um „Phantomurteile“ gehandelt habe, hätte er „keine Erinnerung“ mehr an sie gehabt. „Und im Übrigen“, fügt Filbinger süffisant hinzu, „einer, der sehr viel zu tun hat und in dieser Aufbauphase eine große Arbeit geleistet hat, der hat wahrscheinlich sehr viel mehr vergessen von dem, was früher der Fall gewesen ist, als einer, der ein gemächliches Dasein geführt hat“. Der SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr kommentiert bitter: „Ich frage mich, wie viele Todesurteile ein Mensch fällen muss, damit er sich an eins nicht mehr erinnert.“

Obwohl jetzt endlich die ersten kritischen Stimmen in den eigenen Reihen laut werden, steht die Unionsspitze zunächst weiter hinter ihrer vergesslichen Spitzenkraft. In einer mit dem Parteivorsitzenden Helmut Kohl abgestimmten „Ehrenerklärung“ verkündet CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, seine Partei sei „davon überzeugt, dass Dr. Filbinger mit früheren Erklärungen weder die Öffentlichkeit noch seine Partei getäuscht hat“. Ihm könne „wegen seiner Tätigkeit als Marinerichter weder rechtlich noch menschlich ein Vorwurf gemacht werden“. Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß solidarisiert sich ebenfalls mit seinem Amtskollegen aus dem Ländle. „Man kann Filbinger aus dem, was er bei Kriegsende unter den damaligen Verhältnissen getan hat, keinen Vorwurf machen“, ruft der CSU-Vorsitzende Ende Juli 1978 auf dem Oberfrankentreffen seiner Partei aus. Allerdings fügt Strauß in der ihm eigenen krachledernen Art eine kritische Note hinzu: „Aber man führt mit Ratten und Schmeißfliegen keine Prozesse.“

Am 3. August 1978 offenbart das baden-württembergische Staatsministerium ein weiteres Todesurteil, an dem Filbinger mitgewirkt hatte. Bereits im Jahr 1943 hatte er als Anklagevertreter die Todesstrafe für den Matrosen Herbert Günter Krämer wegen „fortgesetzter Plünderung“ gefordert. Der 19-jährige Mann hatte aus einem Laden Filme, Nivea-Creme, Kölnisch Wasser und Zahnbürsten

entwendet. Das Kieler Marinegericht folgte dem Antrag. Die Strafe wurde später in zehn Jahre Zuchthaus umgewandelt. Das ist zu viel. Auch seine eigene Partei hat die Geduld mit Filbinger verloren. Der beträchtliche Glaubwürdigkeitsverlust, den der Uneinsichtige mit seinen aktenkundigen Lügen und seiner Halsstarrigkeit in den zurückliegenden fünf Monaten in der Öffentlichkeit erlitten hat, droht zunehmend auch auf die Partei überzugreifen. Die CDU beruft eine Sondersitzung ein. Seine Parteifreunde drängen Filbinger zum Rücktritt. Der wehrt sich dagegen zunächst mit Händen und Füßen.

Schließlich gibt er doch auf. Am 7. August 1978 tritt Hans Filbinger vom Amt des Ministerpräsidenten zurück. Seine Demission sei „die Folge einer Rufmordkampagne, die in dieser Form bisher in der Bundesrepublik nicht vorhanden war". Ein Eingeständnis eigenen Fehlverhaltens kommt ihm nicht über die Lippen. Am 30. August 1978 wird Lothar Späth zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Im folgenden Jahr übernimmt er auch den CDU-Landesvorsitz. Ende März 1979 scheidet Filbinger als stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU aus. Beisitzer im Bundesvorstand bleibt er bis März 1981.

Bis zu seinem Lebensende kämpfte Filbinger unverdrossen um seine politische Rehabilitierung. Stets präsentierte er sich als unschuldiges Opfer einer „verlogenen und billigen Rufmordkampagne", die er dem „Ministerium für Staatssicherheit" der DDR und dessen „Einflussagenten bei den Medien" zuschrieb. Über seine 1987 erstmals erschienene und in den neunziger Jahren überarbeitete autobiographische Schrift *Die geschmähte Generation* urteilte der *Spiegel*: „In der Tonlage einer teils weinerlichen, teils aggressiven Selbstrechtfertigung ist das Buch durchzogen von der Weigerung eines konservativen Herrenmenschen, seine eigene Gnadenlosigkeit wahrzunehmen." Sogar die politische Diskussion um eine Rehabilitierung von Wehrmachtsdeserteuren versuchte Filbinger zur eigenen Ehrenrettung zu nutzen. 1996 warnte er 1996 in einem Schreiben an den damaligen Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, die Union davor, „in eine Falle hinein" zu tappen: Sie werde „viele Stammwähler verlieren", wenn sie NS-Urteile „gegen Deserteure pauschal als Unrecht" deklariere.

Zugleich verlangte Filbinger von Schäuble, dass, wenn es um Rehabilitierung gehe, „auch ein Name wie der von Hans Filbinger genannt“ werde.

Mit seiner Partei, die ihn einst fallen ließ, machte der alte Herr trotzdem seinen Frieden – und sie mit ihm. „Ich blicke nicht im Zorn zurück“, verriet er 2002 dem *Stern*. Warum auch? Schließlich machte die CDU den „furchtbaren Juristen“ 1979 zu ihrem Ehrenvorsitzenden in Baden-Württemberg – und dokumentierte damit, dass nur der öffentliche Druck und nicht eigener Erkenntnisgewinn sie zu ihrem Abrücken 1978 bewegt hatte. Bis zuletzt war Filbinger gern gesehener Gast auf christdemokratischen Veranstaltungen. So verstand die Partei es auch nicht, als im Mai 2004 jüdische Organisationen wie das Simon-Wiesenthal-Zentrum vehement gegen seine Nominierung als Wahlmann für die Bundespräsidentenwahl protestierten und sogar von einem „Schandfleck der deutschen Demokratiegeschichte“ sprachen. Den Kritikern beschied die Union nur kühl, es sei üblich, ehemalige Ministerpräsidenten in die Bundesversammlung zu schicken. Außerdem habe er nach seinem Rücktritt bereits an den Bundespräsidentenwahlen 1979, 1994 und 1999 teilgenommen. Vielleicht habe Filbinger in der Erinnerung „ein, zwei Lücken“ gehabt, aber er genieße „unser Vertrauen“, rechtfertigte der damalige CDU-Landtagsfraktionschef Günther Oettinger die Entsendung des Greises: „Ich halte Filbinger für einen völlig untadeligen Wahlmann.“

Am 1. April 2007 starb Hans Filbinger im Alter von 93 Jahren. Zehn Tage später fand zu seinen Ehren im Freiburger Münster ein Requiem mit anschließendem Staatsakt statt. In seiner Trauerrede würdigte der mittlerweile zum Ministerpräsidenten aufgestiegene Oettinger den Verstorbenen. „In Trauer, aber auch voller Respekt und Hochachtung“ verneige er sich „vor einer großen Persönlichkeit, einem herausragenden Politiker und vor seinem Lebenswerk“, sagte er. Filbinger sei ein „großer und verdienter Demokrat“ gewesen, der „bereits in jungen Jahren von einem christlich-freiheitlichen Geist geprägt“ gewesen sei. „Anders als in einigen Nachrufen zu lesen“, sei sein Amtsvorgänger kein Nationalsozialist gewesen. „Im Gegenteil: Er war Gegner des NS-Regimes“, behauptete Oettinger.

Allerdings habe Filbinger „sich den Zwängen des Regimes ebenso wenig entziehen können wie Millionen Andere“. Gleichwohl habe das NSDAP- und SA-Mitglied „den Nationalsozialismus immer verachtet“ und sogar „in der Zeit des Nationalsozialismus großen Mut bewiesen“.

Oettingers Rede sorgte für heftige Empörung. „Ich hatte das Gefühl, ich wäre bei der Beerdigung eines Widerstandskämpfers“, zeigte sich der damalige Landtagsfraktionsvorsitzende der Grünen, Winfried Kretschmann, zutiefst irritiert. „Das geht einfach nicht“, sagte der spätere baden-württembergische Ministerpräsident, der im Gegensatz zu Spitzenpolitikern der SPD und der FDP der Trauerfeier beigewohnt hatte. „Das was da gesagt worden ist, ist unverantwortlich, unzutreffend, schadet Deutschland und schadet letztendlich dem Ansehen auch der Demokratie“, protestierte der SPD-Bundesvorsitzende Kurt Beck. Oettingers Äußerungen seien „eine unverfrorene Erfindung“, entrüstete sich der Schriftsteller Rolf Hochhuth. Der Versuch, Filbinger zu den NS-Gegnern zu zählen, sei eine „Verunglimpfung der Angehörigen des Deutschen Widerstandes“, kommentierte der Historiker Hans Mommsen. Der Zentralrat der Juden in Deutschland verlangte den Rücktritt Oettingers. Bundeskanzlerin Angela Merkel ließ verlauten, sie habe ihrem Parteifreund mitgeteilt, „dass ich mir gewünscht hätte, dass neben der Würdigung der großen Lebensleistung von Ministerpräsident Hans Filbinger auch die kritischen Fragen in Zusammenhang mit der Zeit des Nationalsozialismus zur Sprache gekommen wären“.

Oettinger sah sich zu einem Rückzieher gezwungen. Vier Tage nach dem Staatsakt distanzierte er sich am Rande einer Sitzung des CDU-Präsidiums in Berlin öffentlich von seiner abstruse Einstufung Filbingers als Gegner des Nationalsozialismus. „Ich halte meine Formulierung nicht aufrecht und will deswegen hier auch mein Bedauern ausdrücken“, sagte Oettinger zerknirscht. Er entschuldigte sich auch bei den Angehörigen und Opfern des Nationalsozialismus. „Ich glaube, dass damit alles gesagt worden ist“, beendete der heutige EU-Kommissar sein Statement.

Annette Schavan, Oettingers unterlegene parteiinterne Konkurrentin im Kampf um die Nachfolge Erwin Teufels, hatte übrigens

bereits ein paar Jahre zuvor Filbinger, dem Mann mit dem „pathologisch guten Gewissen", ihre Referenz erwiesen: Im Jahr 2000 ließ die seinerzeitige baden-württembergische Kultusministerin Rolfs Hochhuths *Eine Liebe in Deutschland* von der Pflichtlektüre-Liste für das Abitur an den beruflichen Gymnasien streichen. Die formale Begründung der heutigen Bundesbildungsministerin: Zu dem historischen Roman gäbe es „zu wenig Sekundärliteratur". Befriedigt kommentierte die konservative *FAZ*: „Hochhuths Roman mag ein Buch sein, mit dem Sozialkundelehrer gern noch älter werden möchten – in einem Fach, das ästhetische Kriterien an seinen Gegenständen entdecken will, hat es keinen Platz. Der Deutschunterricht ist nicht Schutthalde aller früheren gesellschaftlichen Skandale."

Die Partei mit Zukunft und ihr Kandidat mit Vergangenheit: Der Fall Werner Vogel

An seinen Namen erinnert sich kaum einer. Dabei schien sein Platz in den Geschichtsbüchern sicher: Werner Vogel sollte als erster Abgeordneter der Grünen eine Rede im Deutschen Bundestag halten. Als die junge Partei bei der Wahl am 6. März 1983 mit 5,6 Prozent den Sprung ins damals noch in Bonn ansässige Parlament schaffte, war Vogel als Nummer eins der nordrhein-westfälischen Landesliste dabei – und mit 75 Jahren der älteste aller gewählten Abgeordneten. Damit hätte dem pensionierten Ministerialrat aus Mettmann das Privileg zugestanden, als Alterspräsident die konstituierende Sitzung des 10. Deutschen Bundestages zu eröffnen. Er freute sich darauf. Doch seine Rede, die er mit „Sachlichkeit und Ernst" hatte vortragen wollen, hat er nie gehalten. Noch vor der ersten Zusammenkunft des neuen Bundestags musste er sein Mandat zurückgeben. Werner Vogel war über seine Vergangenheit gestolpert.

Er passte so gar nicht in das Bürgerschreckimage, das die Medien von der neuen Partei zeichneten: Werner Vogel trug weder Sandalen noch Turnschuhe, keine Norwegerpullover oder lange Haare. Er unterschied sich von seinen Mitstreitern, die ihre politischen Erfahrungen in der Studentenbewegung, der Anti-AKW-, der

Frauen-, der Friedensbewegung oder einer K-Gruppe gesammelt hatten. Der dürre Mann mit der sanften Stimme war ein deutscher Beamter – und das war er durch und durch. Trotzdem mochte er die jungen Leute, die so anders waren, als jene Kreise, in denen Vogel sonst verkehrte: sein großbürgerlicher Gesprächskreis „Christ in Verantwortung", sein Kegelklub oder auch die verstaubten Alten Herren des deutsch-nationalen Marburger Corps „Hasso-Nassovia". Der schlagenden Verbindung gehörte er seit seiner Studentenzeit an, wie die Schmisse in seinem Gesicht immer noch unübersehbar belegten.

Sein politisches Verständnis werde „geprägt von einer milden Liebesbereitschaft", schrieb Jürgen Leinemann im *Spiegel*. Als ihm seine alternativen Freunde nach der gewonnenen Bundestagswahl 1983 um den Hals fielen, kamen Vogel fast die Tränen: „Wie die mich abgeküsst haben, mitten auf der Straße! Welcher Mann in meinem Alter könnte das von sich sagen?" Von Anfang an war der silberhaarige Senior dabei: Bereits 1980, dem Gründungsjahr der Bundespartei, kandidierte er bei der nordrhein-westfälischen Landtags- und bei der Bundestagswahl. Er spielte auch die Hauptrolle in einem der ersten grünen Wahlspots. In dem fragt ihn ein kleines Mädchen: „Opa, warum sind die Fische tot?" Und Vogel antwortet: „Weil die Industrie das Rheinwasser vergiftet hat." Mit 3,0 Prozent der Wählerstimmen im Land und 1,9 Prozent im Bund scheiterten die Newcomer an der Fünfprozenthürde.

Aber Vogel ließ sich davon nicht entmutigen. Noch im selben Jahr wurde er in den Landesvorstand der nordrhein-westfälischen Grünen gewählt. Ein Jahr später folgte die Wiederwahl. Er erhielt 183 von 198 Stimmen, ein grandioses Ergebnis. Die jungen Leute beeindruckten Vogels „großväterliche integrative Fähigkeiten" und sein soziales Engagement. Vogel hatte sich auf seine alten Tage demonstrativ auf die Seite gesellschaftlich Ausgegrenzter und Benachteiligter gestellt: Er leistete Migranten und Flüchtlingen Rechtsbeistand, trat für die Rechte von Roma und Sinti ebenso wie von Homosexuellen ein, betreute Strafgefangene, Rauschgiftsüchtige und Trebegänger.

Für die Geschichte des gutmütigen Großvaters interessierten sich die Grünen nicht. Beim Landesparteitag in Geilenkirchen störte es niemanden, dass in seiner schriftlichen Bewerbung für einen Platz auf der grünen Liste für die Bundestagswahl 1983 eine Lücke klaffte: Der 1907 Geborene hatte die Zeit des Nationalsozialismus weitgehend ausgespart und bezeichnete sich nur als Kriegsteilnehmer. Auf der Konferenz hätte ihn ohnehin keiner danach fragen können: Vogel war nicht anwesend, weil er einen länger geplanten Urlaub nicht hatte verschieben wollen. Die Grünen an Rhein und Ruhr wählten ihn ohne Fragen und in Abwesenheit zu ihrem Spitzenkandidaten. Das sollte sich rächen.

Denn die Lücken in Vogels Biographie hatten ihren Grund: Aufgewachsen in einer deutsch-nationalen Familie in Offenbach schloss sich Vogel mit 15 Jahren der „Bismarck-Jugend" an, deren grünes Hemd auch der altersgleiche spätere Nazi-„Märtyrer" Horst Wessel trug. „Man war national und gegen die Weimarer Republik, die das Nationalgefühl nicht befriedigte, weil sie irgendwie beschämend war", wird Vogel später die Stimmung beschreiben, die ihn seinerzeit prägte. Von der „Bismarck-Jugend" führte sein Weg über den „Jungstahlhelm" in die SA.

Als Vogel 1934 sein Assessorexamen ablegte, trug er die Uniform eines SA-Truppführers. 1937 kam er in die Reichsanstalt für Arbeit in Berlin, im folgenden Jahr ins Reichsministerium des Inneren. Sein Vorgesetzter: Staatssekretär Wilhelm Stuckart. Das SS-Mitglied – ein NSDAP-Mann der ersten Stunde – war mit Vogel bestens bekannt und per Du: Wannseekonferenz-Teilnehmer Stuckart war der angeheiratete Onkel seiner damaligen Frau. 1938 wurde Vogel Mitglied der NSDAP. Einen ersten Aufnahmeantrag hatte er 1933 gestellt. Als im März 1939 die Wehrmacht in Prag einmarschierte, begleitete er Stuckart im Sonderzug in die besetzte Stadt und wohnte Hitlers Proklamierung des Protektorats Böhmen und Mähren bei. Im selben Monat noch folgte Vogels Ernennung zum SA-Sturmführer. Im August 1939 wurde der junge Regierungsrat als Leutnant zur Wehrmacht eingezogen.

Kurz vor Kriegsende geriet Vogel an der Ostfront in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Im Dezember 1949 wurde er wegen seiner

Verstrickung in das NS-Regime zu 25 Jahren Haft verurteilt. Nach mehr als acht Jahren Gefangenschaft in Sibirien konnte er 1953 nach Deutschland zurückkehren. Im folgenden Jahr begann Vogels Arbeit als Beamter im Düsseldorfer Innenministerium. Politisch engagierte er sich zu jener Zeit kurz in der nationalkonservativen Deutschen Partei und liebäugelte mit Erich Mendes nationalliberaler FDP. Mit der NS-Zeit hatte Vogel für sich abgeschlossen. Wie viele andere Deutsche habe er nach dem Krieg bei sich „ein erstaunlich nachlassendes Interesse" an jener unangenehmen Episode registriert und schlicht „nach vorn gelebt", wird er später sagen. 1972 ging Vogel als Leitender Regierungsrat in Pension. Unter seinen Kollegen galt er als „sehr rechtsbewusster und untadeliger Beamter".

Bereits am Tag nach der Bundestagswahl 1983 kommen erste Gerüchte unter Bonner Journalisten auf, einer der neuen grünen Abgeordneten habe eine braune Vergangenheit. Am folgenden Freitag erreicht die Nachricht die Grünen: Die Nachrichtenagentur *Associated Press* fragt, ob Vogel Mitglied der NSDAP und der SA gewesen sei. Eine große deutsche Sonntagszeitung bereite einen entsprechenden Artikel vor. Vogel gibt die Mitgliedschaften umgehend zu. Er habe jedoch „nichts getan, was ich mir persönlich vorwerfen müsste", beteuert er. Die Grünen treffen die Schlagzeilen gänzlich unvorbereitet. Ein für die Wahlauswertung vorgesehenes Treffen von Parteivertretern und Abgeordneten in Bonn am Wochenende nach der Wahl wird zur turbulenten Krisensitzung. Die einen verlangen von Vogel den sofortigen Mandatsverzicht. Andere wollen, dass er in der Rede als Alterspräsident seinen Rücktritt erklärt. Aber nicht wenige meinen auch, Vogel solle das Mandat annehmen – weil er „geläutert" sei. Manche, wie der einstige DDR-Dissident Rudolf Bahro, wechseln im Laufe der Diskussion ihre Meinung, sind zunächst für eine Mandatsaufgabe, dann wieder dagegen. Es fließen Tränen. Letztlich zeichnet sich eine deutliche Mehrheit für den Rückzug Vogels ab. Der fügt sich schweren Herzens: Es sei wohl besser für seine Partei, wenn er sein Mandat nicht annimmt. Am Tag darauf sagt Vogel vor der Presse: „Ich bin von meiner Vergangenheit eingeholt worden."

Seine Entscheidung „verdient unseren Respekt“, kommentierte der zu diesem Zeitpunkt parteilose Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Hansen in der *Frankfurter Rundschau*. Wie kaum ein anderer hatte der wegen Linksabweichung aus der SPD ausgeschlossene Politiker über ein Jahrzehnt im Parlament als unermüdlicher Aufklärer über die NS-Zeit gewirkt. Über Vogels Entschluss urteilte Hansen, der nach der Wahl 1983 vor seinem Abschied von der Bonner Bühne stand: „Für mich ist er das erste glaubwürdige, wenn auch späte öffentliche Zeugnis für ein ‚irrendes Gewissen'.“ Es lasse „die vielen anderen, die nichts dabei fanden, als ehemalige Mitläufer und Mittäter Hitlers, den zweiten Versuch mit einer demokratischen Republik durch die Verleugnung ihrer Schuld zu belasten, noch verächtlicher erscheinen.“

Nach dem Mandatsverzicht Vogels sorgte der Fall weiter für heftige Verwerfungen innerhalb der Grünen. Es kommt heraus, dass er keineswegs seine frühere Unterstützung des NS-Regimes parteiintern verheimlicht hatte. Vielmehr hatte sich Vogel 1981 auf einer Klausurtagung des Vorstands der nordrhein-westfälischen Grünen im niedersächsischen Altenmelle offenbart. „Wie ihr schon aus meinem Geburtsdatum erkennen könnt, gehöre ich zu denen, die alle Grundtorheiten dieses Jahrhunderts mitgemacht haben“, gab er den übrigen zwölf Teilnehmern Auskunft über seinen Lebensweg. Obwohl er auch seine Mitgliedschaften in der SA und der NSDAP nicht verschwieg, blieb sein Bekenntnis folgenlos: „Nach dem Gespräch in Altenmelle ist bei uns allen übereinstimmend ein für uns selbst schwer erklärbarer Vorgang abgelaufen, über den wir sehr erschrocken sind. Niemand von uns hat noch jemals über Werners NS-Vergangenheit nachgedacht und das obwohl wir uns alle als dezidierte Antifaschisten verstehen und die Älteren von uns auch schon an zahlreichen Aktivitäten gegen neofaschistische Tendenzen teilgenommen haben“, werden zwei Jahre später die seinerzeit anwesenden Parteifunktionäre gemeinsam erklären. Zu einem Rücktritt, wie ihn die *taz* gefordert hatte, sah sich allerdings keiner der grünen Vorständler veranlasst.

Für Mitte April 1983 beriefen die nordrhein-westfälischen Grünen eine außerordentliche Landesversammlung nach Hilden ein, um

über „nationalsozialistische Vergangenheit und grüne Zukunft“ zu diskutieren. Auch Vogel nahm an dem Parteitag teil.

Er sei damals „überhaupt nicht auf die Idee gekommen, dass ich als Beamter diesen Staat verweigern, verlassen könnte“, versuchte Vogel auf der Konferenz sein Verhalten während der NS-Zeit zu erklären. So habe er auch „Widerstand nicht aus Angst unterlassen, sondern vielleicht, weil ich diesen nationalen Staat trotz allem eben doch irgendwie als meinen empfunden habe“. Heute sei ihm bewusst, wie fatal sein Verhalten gewesen sei. Auch habe er inzwischen „gelernt, dass das, womit ich groß geworden bin als ewigen Werten: die Nation, der Ruhm, die Ehre, die Mannhaftigkeit und so weiter, dass das eben leere Worte gewesen sind“. Er habe „wirklich geglaubt“, durch sein späteres „Bemühen, den Menschen gerecht zu werden und für den Menschen und die Menschen etwas zu tun, nun nachhaltig – nein, nicht unter Beweis gestellt zu haben, sondern einfach selbst zu spüren, dass ich ein anderer geworden bin“, sagte Vogel in seiner ergreifenden Rede.

Statt des Ex-Beamten Vogel zog der 28-jährige Maurer Dieter Drabiniok aus Bottrop in den Bundestag ein. Die Eröffnungsrede als Alterspräsident hielt am 29. März 1983 der damals 69-jährige SPD-Vorsitzende Willy Brandt, der aktiv gegen den Nationalsozialismus gekämpft hatte. Als erster Grüner trat der 35-jährige Bochumer Studienrat Eckhard Stratmann im Bundestag ans Rednerpult – noch nie vorher im Hohen Hause gesehen: in Cordhosen und offenem Hemd. Nach dem Abritt Vogels trug nur noch Otto Schily in der grünen Fraktion Anzug und Krawatte.

Vogel engagierte sich noch einige Jahre auf kommunaler Ebene für die Öko-Partei. Auch die eine oder andere grüne Landes- oder Bundesdelegiertenkonferenz besuchte er. Für Schlagzeilen sorgte der alte Herr bis zu seinem Tod am 26. November 1992 nicht mehr. Geblieben ist der Wahlwerbespot von 1980, der gerne auf grünen Jubiläumsfeiern vorgeführt wird, weil er heutzutage unweigerlich für große Erheiterung sorgt. Und manch einer fragt sich dann, wer wohl der ältere Herr in dem Film ist. Eine Antwort kann meistens keiner mehr geben. Bei den Grünen ist Werner Vogel längst vergessen.

Die Öffentlichkeit ging mit ehemaligen Nazis schonend um, solange es noch viele von ihnen im politischen Betrieb gab. So reagierte sie weitgehend verständnislos auf jene historische Ohrfeige, die Beate Klarsfeld mit dem Ruf „Nazi, Nazi, Nazi" Kurt Georg Kiesinger, dem CDU-Bundesvorsitzenden und Kanzler der Großen Koalition, am 7. November 1968 auf dem Parteitag der Christdemokraten in Berlin versetzte. Es blieb die einzige handfeste Konsequenz für das frühere NSDAP-Mitglied Kiesinger. Auch sein Parteifreund Karl Carstens konnte unbeschadet seiner einstigen SA- und NSDAP-Mitgliedschaft als Bundespräsident amtieren. Dessen Vorgänger Walter Scheel von der FDP war ebenfalls in der NSDAP gewesen, auch wenn er nie einen Aufnahmeantrag gestellt haben will. Um nur drei von zahlreichen braunen Parteigängern quer durch alle Nachkriegsparteien zu nennen.

„Jeder, der in der Nachkriegszeit aufgewachsen und irgendwann in den sechziger Jahren politisiert worden ist, weiß, wie hermetisch die politische Verdrängung des Nationalsozialismus funktionierte", konstatiert der Politikwissenschaftler Wolfgang Kraushaar in seinem 1990 erschienenen Buch *Revolte und Reflexion*. „Elternhaus und Schule, Universität und Wissenschaft, Justiz und Verwaltung, Staat und Industrie, Kirchen, Gesundheitsfürsorge, Vereinswesen – die gesellschaftlichen Institutionen insgesamt standen nur allzu spürbar unter den Folgewirkungen eines Latenzzusammenhanges, dessen absorbierte Gewaltförmigkeit wie eine stumme, selten aufbrechende Bedrohung erlebt wurde", schreibt Kraushaar. Die BRD habe „im Schatten einer unbewältigten, nicht einmal artikulierten Vergangenheit" gestanden. Selbst in den siebziger Jahren, als der Film „Rosen für den Staatsanwalt" mit der Aufdeckung der Vergangenheit des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger als Marinerichter auf bizarre Weise Realität zu werden schien, war der Rücktritt eines Politikers aufgrund seiner nationalsozialistischen Vergangenheit keineswegs selbstverständlich. „Was damals Rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein", war Filbingers Verteidigungslinie, die viele teilten. Auch wenn er von seinen

politischen Freunden in der Union bis heute hoch verehrt wird, dürfte diese Argumentation in Bezug auf den Nationalsozialismus heute kaum jemand mehr wagen.

Anerkennung verdient der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker für seine Ansprache aus Anlass des 40. Jahrestages der Kapitulation des Dritten Reiches am 8. Mai 1945. Seine Rede von der Befreiung der Deutschen vom Nationalsozialismus markierte einen historischen Perspektivenwechsel nicht nur, aber vor allem in der Union. Auch wenn der in der Geschichte beispiellose Völkermord an den Juden vor den Augen der Öffentlichkeit abgeschirmt worden sei, habe doch jeder Deutsche miterleben können, „was jüdische Mitbürger erleiden mussten, von kalter Gleichgültigkeit über versteckte Intoleranz bis zu offenem Hass", sagte der Bundespräsident. Niemand habe arglos bleiben können „nach den Bränden der Synagogen, den Plünderungen, der Stigmatisierung mit dem Judenstern, dem Rechtsentzug, der unaufhörlichen Schändung der menschlichen Würde". Die Fantasie der Menschen mochte für Art und Ausmaß der Vernichtung nicht ausgereicht haben, aber „in Wirklichkeit trat zu den Verbrechen selbst der Versuch allzu vieler, auch in meiner Generation, die wir jung und an der Planung und Ausführung der Ereignisse unbeteiligt waren, nicht zur Kenntnis zu nehmen, was geschah". Als dann am Ende des Krieges die ganze unsagbare Wahrheit des Holocaust herausgekommen sei, hätten sich allzu viele darauf berufen, nichts gewusst oder auch nur geahnt zu haben. „Jeder, der die Zeit mit vollem Bewusstsein erlebt hat, frage sich heute im Stillen selbst nach seiner Verstrickung", appellierte Weizsäcker. „Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren", warnte der Unionspolitiker.

Beim nationalkonservativen Flügel der Union stieß seine Formulierung, „der 8. Mai war ein Tag der Befreiung", auf wenig Gegenliebe. „Es muss endlich Schluss sein mit der uns von den Siegermächten aufgezwungenen Geschichtsbetrachtung", empörte sich der damalige CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzende Alfred Dregger in einer Rede zum Volkstrauertag 1986. Vehement nahm der Weltkrieg-II-Hauptmann insbesondere die deutschen Soldaten

in Schutz: „Sie wussten von der 1943 in Casablanca erhobenen Forderung Roosevelts und Churchills nach der bedingungslosen Kapitulation nicht etwa Hitlers, sondern Deutschlands. Spätestens seit diesem Zeitpunkt, befanden sich die deutschen Soldaten – soweit sie die Zusammenhänge übersahen – in dem für sie unauflöslichen Zwiespalt, dass sie mit Deutschland Hitler verteidigten und mit Hitler Deutschland preisgaben. Das war eine schreckliche Alternative, vor die kein anderes Volk gestellt war", sagte er in der Bonner Beethovenhalle. „Wer sich in dieser ausweglosen Situation dafür entschieden hat – soweit überhaupt ein Entscheidungsspielraum blieb –, dem Kriegsgegner bis zuletzt zu widerstehen, der hat für seine Person eine ehrenhafte Wahl getroffen", sagte der Anführer der so genannten „Stahlhelmer".

Bei dieser abenteuerlichen Sichtweise erstaunt es wenig, dass die CSU in einem von ihr herausgegebenen *Rotbuch* dem damaligen sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt noch 1973 empört vorhielt, „als angeblich Verfolgter des Dritten Reiches" habe er in den vierziger Jahren im Exil „den gegen die Haager Landkriegsordnung verstoßenden Partisanenkampf gegen deutsche Soldaten" verherrlicht und nach seiner Rückkehr nach Deutschland über die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse Berichte für skandinavische Zeitungen verfasst, „die an Gehässigkeit gegen das ganze deutsche Volk kaum zu überbieten waren".

Für die Mehrheit der Gesellschaft ist es mittlerweile selbstverständlich, dass ein Politiker, der seine faschistische Vergangenheit verborgen und sich dadurch als nicht lernfähig erwiesen hat, seinen Hut nehmen muss. Aber das ist letztendlich eine recht bequeme Haltung, denn sie erfordert heutzutage keine Konsequenzen mehr: Das Problem mit jenen, die bereits dem Nazi-Regime in hoher Funktion gedient hatten, hat sich inzwischen biologisch gelöst.

Fehlende Aufarbeitung

Das sei eine „ungeheure Diffamierung", schimpfte im Frühjahr 2002 der damalige saarländische Ministerpräsident Peter Müller

(CDU). Von einem „verbalen Amoklauf“ sprach der parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Peter Ramsauer. Sein FDP-Kollege Jörg van Essen bezeichnete die Äußerungen als „schier unerträglich“, und Unionsfraktionschef Friedrich Merz forderte eine Entschuldigung für diesen „infamen und historisch so absurden wie falschen Vorwurf“. Es war nur ein Satz des seinerzeitigen bayerischen Bundestagsabgeordneten Ludwig Stiegler, der die Emotionen hochkochen ließ: „Dabei müsste gerade bei CDU/CSU und FDP, deren Vorläuferparteien am 23. März 1933 Hitler ermächtigt haben, nachdem sie ihn zuvor verharmlost und mit an die Macht gebracht haben, die historische Schuld alle denkbaren Aktivitäten auslösen, wenigstens heute schon den Anfängen zu wehren.“ An diesem Satz ist nichts auszusetzen, er entspricht den historischen Tatsachen. Aber in den Reihen der Union und der FDP reagiert man bis heute abwehrend auf Hinweise zu historischer Verantwortung und Kontinuitäten. Als Bundeskanzler Gerhard Schröder im November 2000 im Bundestag feststellte, dass „zu einem Zeitpunkt, als der deutsche Konservatismus zuallererst den Verführungen der Nationalisten erlegen ist“, Sozialdemokraten „im Kampf gegen die Faschisten gestorben“ seien, entgegnete Friedrich Merz, dass die CDU von „Frauen und Männern gegründet worden“ sei, „die zum Teil wenige Tage zuvor aus den Konzentrationslagern der Nazis entlassen worden waren“. Für einige galt das, für viele jedoch nicht.

Weder die CDU noch die CSU und schon gar nicht die FDP waren in ihren Anfangsjahren Organisationen antifaschistischer Widerstandskämpfer, im Gegenteil. Ähnlich wie die FPÖ in Österreich waren speziell die Freidemokraten in den ersten Jahren der Bonner Republik ein Sammelbecken ehemaliger HJ-, SS- und NSDAP-Kader. Entsprechend profilierten sie sich im ersten Bundestagswahlkampf 1949 vor allem als Partei der Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937, als Gegner der Entnazifizierung und Befürworter der Verjährung von NS-Verbrechen. Daran wollen sie heutzutage nicht gerne erinnert werden. Bei solchen Hinweisen wie denen von Ludwig Stiegler drohe der „Absturz der politischen Kultur ins

Bodenlose“, warnte der damalige FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle. Und Friedrich Merz konterte mit der Frage: „Aber waren nicht auch Wehner und viele andere KPD-Mitglieder später sogar führende Mitglieder in der SPD?“ Das eint tatsächlich Christ- und Freidemokraten: Was ihnen auch immer nachgesagt werden kann, Kommunisten waren sie nie. Wie könnte ihnen also irgendein Vorwurf gemacht werden?

Dieses perfide Argumentationsmuster zieht sich bis zum heutigen Tag durch, wenn die Union und die FDP mit ihren braunen Altlasten konfrontiert werden. Im Herbst 2009 stellte der Historiker Michael C. Klepsch in einer von dem nordrhein-westfälischen Linkspartei-Landtagsabgeordneten Rüdiger Sagel in Auftrag gegebenen Studie fest, dass nach 1945 mehr als 40 Abgeordnete von CDU und FDP des Landtags – darunter acht Fraktionsvorsitzende und zwei Minister – eine NS-Vergangenheit aufwiesen. Klepsch wies darauf hin, „dass es sich um Mindestangaben handelt, die aufgrund der Verluste an zentralen Aktenbeständen sich um etwa 20 Prozent erhöhen würden, da die Mitgliederkartei der NSDAP nach dem Krieg nur zu etwa 80 Prozent erhalten geblieben ist“. Unter den im Handbuch des Landtages veröffentlichten Selbstauskünften befanden sich demgegenüber nur zwei Abgeordnete, die ihre Mitgliedschaft in der NSDAP eingeräumt hatten. „Es ist nur schwer zu ertragen, dass die Extremisten der Linkspartei demokratische Parteien und ihre Geschichte verunglimpfen“, kommentierte der damalige Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU, Hendrik Wüst, die Forschungsergebnisse.

Die Aufdeckung der NSDAP-Mitgliedschaft des früheren christdemokratischen Landesministers Paul Mikat (Mitgliedsnummer 9.596.776) ärgerte den Landtagsabgeordneten ganz besonders. Wahrheitswidrig behauptete Wüst: „Der ehemalige NRW-Kultusminister Paul Mikat war nie Mitglied der NSDAP.“ Außerdem, so Wüst, habe die Linkspartei „als Nachfolgepartei der SED nach wie vor ihre eigene DDR-Vergangenheit nicht aufgearbeitet“. Damit solle sich der Abgeordnete Sagel doch besser beschäftigen: „Er und

seine Linkspartei wollen offensichtlich von der eigenen Vergangenheit und ihren heutigen extremistischen Zielen ablenken." Rüdiger Sagel war 2007 von den Grünen zur Linkspartei übergetreten.

Nicht anders reagierte die CDU auf eine im April 2011 von der Linksfraktion im Hessischen Landtag herausgegebene Untersuchung des Historikers Hans-Peter Klausch. Während das Biographische Handbuch des Hessischen Landtags nur drei Landtagsabgeordnete der FDP, des Blocks der Heimatvertriebenen und der NPD aufführt, kam Klausch auf 75 Fälle. Er stellte fest, „dass nahezu sämtliche im Hessischen Landtag nach 1945 vertretenen Parteien frühere NSDAP-Mitglieder in ihren Reihen hatten" – einzige Ausnahme: die 1956 verbotene KPD. Klausch offenbarte unter anderem die NSDAP-Mitgliedschaften des früheren christdemokratischen Landesjustizministers Karl-Heinz Koch (Mitgliedsnummer 9.183.961), Vater des langjährigen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, und auch Alfred Dreggers (Mitgliedsnummer 7.721.518). Als Aufnahmedatum Dreggers ist der September 1940 verzeichnet. Die Antwort der CDU auf die Veröffentlichung: Es handele sich um „ein plumpes Ablenkungsmanöver", wetterte der Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Christoph Weirich. „Die Linksextremisten wollen von ihren verfassungsfeindlichen Zielen und ihrer eigenen Verantwortung für die Verbrechen im SED-Unrechtsregime ablenken", echauffierte er sich. Mit keinem Wort ging Weirich auf die NS-Verstrickungen von Dregger & Co. ein. Richard von Weizsäcker hat es in seiner legendären Rede zum 8. Mai treffend formuliert: „Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart." Bei manchen seiner Parteifreunde sind seine Worte bis heute leider ungehört geblieben.

KAPITEL 9

VEB Horch & Guck

„Kundschafter“ im Kalten Krieg und Spitzel für die vermeintlich „gute Sache“

Es ist ein Paukenschlag: Am 26. August 1954 tritt Karlfranz Schmidt-Wittmack vor die Weltpresse. In scharfen Worten prangert der Hamburger CDU-Bundestagsabgeordnete die Politik von Kanzler Konrad Adenauer an, die „in keiner Weise den Interessen unseres Volkes entsprechen und Gefahren für friedliche Verhandlungen“ mit sich bringen würde. Vehement beklagt der Christdemokrat Adenauers „einseitige Anlehnung an die amerikanische Politik“, die „in letzter Konsequenz für Deutschland unabsehbare Folgen“ haben könnte. „Schweren Herzens“ habe er sich deshalb entschlossen, seine politische Arbeit in Bonn und Hamburg aufzugeben, bekundet der 40-jährige Politiker. Er wolle weiterhin versuchen, „im christlich-demokratischen Sinn für eine Politik der Verständigung zu wirken“. Der Ort, an dem Schmidt-Wittmack seine Philippika vorträgt: Berlin, Hauptstadt der DDR.

Bis zu seiner Flucht in den Osten der geteilten Stadt hatte alles danach ausgesehen, als stünde Schmidt-Wittmack am Anfang einer glänzenden politischen Karriere in der Bundesrepublik. Als Student 1938 in die NSDAP eingetreten, schloss er sich nach dem Krieg der CDU an. Er engagierte sich in der Jungen Union und wurde 1948 Vorsitzender der CDU-Jugendorganisation in Hamburg – als Nachfolger von Achim-Helge von Beust, dem Vater des späteren Ersten Bürgermeisters Ole von Beust. Im folgenden Jahr wurde Schmidt-Wittmack stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Union und zog als Abgeordneter in die Hamburger Bürgerschaft ein. Im September 1953 schaffte die christdemokratische Nachwuchshoffnung den Sprung in den Bundestag. Im Bonner Parlament gehörte

er zwei Ausschüssen an, den für die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft und den für Gesamtdeutsche Fragen.

Politisch ließ sich Schmidt-Wittmack auf dem rechten Flügel der Union verorten. Er zeigte ein Faible für die Monarchie und galt als äußerst deutsch-national, weswegen er im CDU-Landesvorstand damit betraut war, den Kontakt zu „den vaterländischen und soldatischen Verbänden Hamburgs zu pflegen", wie ein Protokoll vermerkt. Doch das war nur die eine, quasi „offizielle" Seite. Was seine Parteifreunde und Abgeordnetenkollegen nicht ahnten: Seit 1948 zunächst für die „Parteiaufklärung der KPD" tätig, diente Schmidt-Wittmack ab 1952 unter dem Decknamen „Timm" als geheimer Mitarbeiter dem Ministerium für Staatssicherheit, Hauptverwaltung Aufklärung (HVA).

Seine Aufdeckung befürchtend, setzte sich Schmidt-Wittmack am 21. August 1954 mit Frau und Kind in die Deutsche Demokratische Republik ab und bat um politisches Asyl. Aber sein Bundestagsmandat wollte er behalten. Mit der Begründung, dass er keinen Wohnsitz mehr im Geltungsbereich des Grundgesetzes besitze, entzog ihm jedoch der Bundestag im Februar 1955 das Mandat. Dagegen hatte Schmidt-Wittmack in einer von seinem Anwalt überbrachten schriftlichen Erklärung argumentiert, sich nur „vorübergehend" in der DDR aufzuhalten. Denn „zur Zeit der Bundeskanzlerschaft Adenauers" sei es ihm leider unmöglich, sich der von der „Bundesregierung ohne jede Rücksicht betriebenen Wiederaufrüstung" entgegenzustellen, ohne sich „jeder politischen Wirkungsmöglichkeit zu berauben". Er hoffe aber, „recht bald" wieder in der BRD wirken zu können. Überzeugen konnte er damit weder den Bundestag noch das Bundesverfassungsgericht, das seine Beschwerde gegen die Parlamentsentscheidung im Mai 1956 als unbegründet zurückwies.

In der DDR wurde Schmidt-Wittmack Vizepräsident der Kammer für Außenhandel. Außerdem engagierte er sich weiter für die christdemokratische Partei – nun für die in der DDR. Die Vereinigung der Ost- mit der West-CDU erlebte er nicht mehr: Von der DDR mit zahlreichen Ehrungen überhäuft, darunter „in Würdigung außerordentlicher Verdienste um Aufbau und Entwicklung der so-

zialistischen Gesellschaft“ auch der „Vaterländische Verdienstorden in Gold“, starb Karlfranz Schmidt-Wittmack im Alter von 73 Jahren am 23. Oktober 1987 in Ost-Berlin.

Spionage für die Geheimdienste der Staaten des Warschauer Vertrages führte in der Bundesrepublik vor 1989 immer wieder zu Skandalen. Nur selten konnten dabei Mandatsträger enttarnt werden. „Unter unseren westdeutschen Partnern waren Idealisten wie Pragmatiker und auch vornehmlich materiell Interessierte“, schrieb Markus „Mischa“ Wolf, der von 1953 bis 1986 die HVA im DDR-Ministerium für Staatssicherheit (MfS) leitete, in seinem 1997 veröffentlichten Erinnerungsbuch *Spionagechef im geheimen Krieg*. Unter welche Kategorie jemand einzuordnen ist, lässt sich nicht immer eindeutig feststellen.

Der Fall Alfred Frenzel

Im Herbst 1960 wurde die SPD von dem Fall des Bundestagsabgeordneten Alfred Frenzel erschüttert. Der Sudetendeutsche, bis 1938 sozialdemokratischer Bezirksvorsitzender im böhmischen Reichenberg, gehörte wie Schmidt-Wittmack seit 1953 dem Parlament an. Dort war er zuletzt Mitglied des Verteidigungs- und Vorsitzender des Wiedergutmachungsausschusses. Am 28. Oktober 1960 wurde Frenzel unter Spionageverdacht verhaftet. Er gestand seine Agententätigkeit und legte am 4. November 1960 den Ausschussvorsitz sowie sein Bundestagsmandat nieder.

Frenzel war vom tschechoslowakischen Geheimdienst zur Spionage erpresst worden. Zum Verhängnis geworden war ihm sein Vorleben: Während seiner Zeit als Mitglied der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei von 1922 bis 1934 war er in zwielichtige Affären um Rauschgift und gefälschte Kontobücher verwickelt. Als 1953 ein Mitglied des „Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ kurz vor der Bundestagswahl öffentlich seine Vergangenheit anprangerte, verklagte Frenzel diesen wegen übler Nachrede – und leistete einen Meineid. Die Gelegenheit ließ sich die ČSSR nicht entgehen und nötigte ihn 1956 zur geheimdienstlichen Zusammenarbeit.

Der Bundesgerichtshof verurteilte Frenzel im April 1961 wegen Landesverrats zur Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus. Im Dezember 1966 wurde er von Bundespräsident Heinrich Lübke begnadigt und gegen drei in der DDR zu lebenslangen Strafen verurteilte Westagenten und eine sich in sowjetischer Untersuchungshaft befindliche Journalistin ausgetauscht. Keine zwei Jahre später starb Alfred Frenzel am 23. Juli 1968 in der tschechischen Stadt Liberec. Anlässlich seines Todes würdigte die tschechoslowakische Regierung seinen großen Beitrag „zur Festigung des Verteidigungspotentials der ČSSR und der gesamten sozialistischen Gemeinschaft".

Schmidt-Wittmack und Frenzel blieben ebenso wie der legendäre Fall des Kanzleramtsspions Günter Guillaume von 1974 schillernde Ausnahmen – freilich nur in Bezug auf ihre Enttarnung. Manch anderer Politiker hatte einfach mehr Glück und wurde schlichtweg nicht erwischt. Für einige, die sich schon in Sicherheit gewähnt hatten, begann allerdings mit dem Mauerfall 1989 das große Zittern. Denn mit dem Zusammenbruch der DDR drohte nun auch ihnen die Aufdeckung. In den Tagen des Umbruchs hatte die Stasi sich zwar alle Mühe gegeben, die vorhandenen Unterlagen zu vernichten. Trotzdem blieb noch einiges übrig.

Der Fall Wilhelm Vollmann

Einer, den seine klandestine Vergangenheit einholt, ist Wilhelm Vollmann. 1993 gerät der damalige nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete unfreiwillig in die Schlagzeilen: „Kölner SPD-Politiker steht unter Stasi-Verdacht". Nicht nur Kölns SPD-Unterbezirkschef Kurt Uhlenbruch will es zunächst nicht glauben, dass sich ausgerechnet dieser „liebenswerte Chaot" und „Prototyp des antiautoritären Spontis", mit dem VEB Horch & Guck eingelassen haben soll.

Nur wenige Tage nach seinem 54. Geburtstag hebt am Morgen des 16. September 1993 das Düsseldorfer Parlament die Immunität Vollmanns auf. Als der frühere Juso-Landesvorsitzende im Landtag eintrifft, wartet ein Grenzschutzhubschrauber, um ihn zur bundesanwaltschaftlichen Vernehmung nach Karlsruhe zu bringen. Dort ist

„IM Crohne“ geständig: Ja, es stimme, dass er 1970 in Ost-Berlin eine „Verpflichtungserklärung“ unterschrieben und bis 1989 mit dem MfS zusammengearbeitet habe. Der Bundesgerichtshof erlässt Haftbefehl. Gegen eine Kaution von 100.000 Mark darf Vollmann auf freiem Fuß bleiben. Umgehend tritt er von all seinen politischen Ämtern zurück und legt sein Parlamentsmandat nieder: Er bitte „alle um Verzeihung, deren Vertrauen ich enttäuscht habe“. Sein Nachfolger im Landtag wird Wolfgang Clement. Vollmanns SPD-Austritt erfolgt im Februar 1994. Kurz vorher hatte sein Ortsverein Dellbrück mit knapper Mehrheit seinen Ausschluss beantragt. Im Juli 1996 verurteilt ihn das Düsseldorfer Oberlandesgericht (OLG) wegen DDR-Spionage zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten auf Bewährung und einer Geldbuße von 10.000 Mark.

Allerdings liegt der Fall des heute in der Eifel lebenden Vollmann nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Auch wenn es keine Entschuldigung dafür geben kann, dass er sich überhaupt auf das geheimdienstliche Spiel einließ: Hier geht es weder um einen Top-Spion noch um einen jener miesen Spitzel, die das MfS mit persönlichen Daten oder Einschätzungen von einzelnen Personen bedienten. Was der Genosse stattdessen tat: Er gab auf rund zwanzig konspirativen Treffen seinen Führungsoffizieren mündliche Einschätzungen der weltpolitischen Lage im Allgemeinen und über den Zustand der SPD im Besonderen. Sie waren geprägt von jener „analytischen Schärfe“, die auch andere, weniger geheim gehaltene Ergüsse der SPD-Linken auszeichnete. Die Ausführungen waren also nicht von übermäßiger Realitätsnähe angekränkelt. Zudem lieferte Vollmann Redemanuskripte und Beschlüsse von Parteitagen sowie vergleichbar „geheime“ Dokumente. Einen Agentenlohn soll es dafür nicht gegeben haben.

In seiner Urteilsbegründung stellte das OLG 1996 fest, der Sozialdemokrat habe „ohne finanzielle Interessen aus politisch-ideologischer Überzeugung“ gehandelt. Das Resümee des Gerichts: „Ein messbarer Schaden ist der Bundesrepublik Deutschland durch seine Tätigkeit nicht entstanden.“ Er sei ein „naiver politischer Romantiker“, charakterisierte ihn sein Verteidiger Reinhard Birken-

stock. Selbstüberschätzend habe er seinen ganz individuellen Beitrag gegen den „Geist des Kalten Krieges“ leisten wollen, sagte Vollmann in einem Gespräch im September 2006. Später, als ihm sein Irrtum bewusst geworden sei, habe ihm der Mut zum Absprung gefehlt. Dafür habe er seine gerechte Strafe erhalten – und bezahlt. „Eigentlich hatte ich mit dem Kapitel längst abgeschlossen“, sagte der Diplom-Psychologe, der bis zu seiner Pensionierung 2005 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bonn arbeitete.

Doch die Geister der Vergangenheit konnte Vollmann nicht abschütteln. Im April 2006 wurde er in das Parteiratspräsidium des rheinland-pfälzischen Landesverbandes der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) gewählt. Kurz darauf meldeten sich Mailschreiber ohne Namensnennung bei mehreren Zeitungsredaktionen. Ob bekannt sei, dass Vollmann „auf dem Weg zu einer zweiten politischen Karriere“ sei, fragte einer bei der *taz* an. Was „natürlich unter den gegebenen Umständen ein unhaltbarer Zustand“ sei, so der Anonymus. Auch die Koblenzer *Rhein-Zeitung* wurde versorgt: „WASG-Präsidialer hatte Stasi-Kontakt“, schlagzeilte sie. Vollmann war in die Macht- und Ränkespiele im Vorfeld der geplanten Fusion von WASG und Linkspartei geraten. Seit Monaten bekriegten sich gerade in Rheinland-Pfalz Mitglieder der beiden Parteien mit- und untereinander mit härtesten Bandagen. Dass noch einmal jemand „diese ollen Kamellen“ heraus kramen würde, damit habe er wirklich nicht gerechnet, entrüstete sich Vollmann. Dass ihm einige aus seinen früheren Fehlern – aus denen er kein Geheimnis gemacht habe – denunziatorisch einen Strick drehen wollten, empörte ihn zutiefst. So schlimm seien sie damals nicht einmal in der SPD mit ihm umgegangen. „Da ist eine Grenze überschritten worden.“ Einen Rücktritt aus dem Parteiratspräsidium lehnte er entschieden ab: „Ich wollte immer eine starke demokratische Linke – und dafür werde ich mich weiter einsetzen.“ Mit Erfolg: Auf dem Gründungsparteitag des rheinland-pfälzischen Landesverbandes der Partei „Die Linke“ wurde Vollmann im Oktober 2007 zum Bundesausschussdelegierten gewählt.

Der Fall Kurt Wand

Zwei Monate nach der Verhaftung Vollmanns stehen Ende November 1993 Mitarbeiter des Bundeskriminalamtes vor der Wohnungstür von Traute Müller in Hamburg-Eimsbüttel. Die Beamten haben es nicht auf die Hamburger Senatorin für Stadtentwicklung und Frauen abgesehen, sondern auf ihren Lebensgefährten Kurt Wand. Seit ihren wilden Juso-Zeiten Mitte der siebziger Jahre sind die beiden ein Paar. Sie als stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD-Jugendorganisation, er als Vorstandsmitglied der Hamburger Jungsozialisten, gehörten Müller und Wand seinerzeit zu jenen Anhängern der Theorie vom Staatsmonopolistischen Kapitalismus („Stamokap“) in der SPD, die ideologisch der DDR nicht fernstanden. Aber dass die Nähe ihres Partners so weit reichte, dass er sich auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS einließ, hätte sich Traute Müller nie vorstellen können.

Bis zur Wende in der DDR 1989 hatte Wand (Deckname „Kugel“) rund zwanzig Jahre lang für die Stasi gearbeitet. 1968 in die SPD eingetreten, war er vom eigenen Vater angeworben worden. Der hatte als junger Kommunist gegen die Nazis gekämpft und war dafür vom NS-Regime erst von September 1934 bis Mai 1937 ins Hamburger Gefängnis Hahnöfersand, dann vom April 1944 bis Mai 1945 ins Konzentrationslager Fuhlsbüttel gesteckt worden. Nach dem Krieg zunächst Jugendsekretär der KPD in Hamburg, habe sich Wand senior (Deckname „Hülse“) nach Angaben seines Sohnes in der Bundesrepublik „zum zweiten Mal im Widerstand empfunden“ – und wurde Hamburger Stasi-Resident.

Die Enttarnung ihres Lebensgefährten als Stasi-Agent sei für sie, wie „gegen einen Baum gefahren zu sein“, berichtete Traute Müller geschockt dem *Spiegel*. Aber bei all ihrer Wut, Enttäuschung und Misstrauen, „nicht zu wissen, was ist das für ein Mensch“, zeigte sie Verständnis für sein Handeln. Die Geschichte habe „für Kurt auch ein Maß an Traurigkeit und Unausweichlichkeit“. Denn Wand junior sei schlicht nicht in der Lage gewesen, sich der Aufforderung des von ihm hochverehrten Vaters, „sein Lebenswerk fortzusetzen“, zu entziehen. „Ich habe kein Verständnis für das, was Kurt gemacht

hat“, sagte sie dem *Spiegel*, „aber ich verstehe seine politische Biographie.“

Traute Müller war 1988 als erste Frau in der Geschichte zur Vorsitzenden eines SPD-Landesverbandes gewählt worden. Seit 1991 gehörte sie dem Hamburger Senat an. Nur 24 Stunden nachdem sie von der früheren Stasi-Tätigkeit ihres Partners erfahren hatte, trat Müller als Senatorin zurück. Auch wenn sie über seine Verbindungen zur Stasi zuvor „niemals ins Vertrauen gezogen oder informiert“ worden sei und deshalb „die Notwendigkeit eines Rücktritts“ nicht bestehe, halte sie diese Entscheidung trotzdem für geboten. „Nachdem mich die deutsch-deutsche Geschichte auch persönlich so eingeholt hat, kann ich nicht einfach zur Tagesordnung übergehen“, sagte sie auf einer Pressekonferenz. Gleichzeitig betonte sie: „Ich habe mich entschlossen, zu meinem Lebensgefährten zu stehen.“

Vor Gericht gab Kurt Wand an, sein 1990 verstorbener Vater sei für ihn „ein klares Vorbild“ gewesen. Von ihm habe er „die Grundhaltung übernommen, solidarisch mit der DDR zu sein“. Auch als er nicht mehr so ganz davon überzeugt gewesen wäre, „dass die DDR wenigstens vom Grundsatz her auf dem richtigen Weg“ ist, habe er nicht die Kraft zum Ausstieg gefunden. „Rauszugehen“ sei für ihn nicht in Frage gekommen, das „wäre immer auf meinen Vater zurückgefallen“.

1994 wurde Kurt Wand vom Dritten Strafsenat des Oberlandesgerichts Hamburg wegen „geheimdienstlicher Agententätigkeit für eine fremde Macht“ zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung verurteilt. Als strafmildernd werteten die Richter seine „mit anderen Fällen nicht vergleichbare Motivation“ als auch das umfangreiche Geständnis, das er abgelegt hatte. Hinzu käme noch die „mindere Bedeutung“ des gelieferten Materials. In seiner zwei Jahrzehnte währenden Zusammenarbeit mit dem MfS hatte sich Wand nach den Erkenntnissen des Gerichts alle sechs Monate konspirativ mit Stasi-Mitarbeitern getroffen und dabei Anträge für SPD-Parteitage, Vorstandslisten, Einschätzungen über innerparteiliche Strömungen und Entwicklungen geliefert, nichts wirklich Brisantes. Dafür hatte ihm die Stasi monatlich 500 Mark gezahlt.

Nach seiner Enttarnung umgehend aus der SPD ausgetreten, ist Wand nach mehr als zehn Jahren wieder in den Schoß der Sozialdemokratie zurückgekehrt. Die Genossen im Distrikt Ottensen in Hamburg-Altona haben ihm seine „Jugendsünde“ offensichtlich verziehen: Im April 2008 wählten sie ihn zum Kreisdelegierten. Gemeinsam mit Traute Müller.

Der Fall Gerhard Flämig

Ohne Urteil endete das Verfahren gegen den früheren Hanauer SPD-Bundestagsabgeordneten Gerhard Flämig. Auch er war 1993 wegen Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit zugunsten der DDR festgenommen worden. Seit 1946 SPD-Mitglied, hatte der gelernte Journalist von 1963 bis 1980 für seine Partei im Bundestag und von 1970 bis 1979 im Europäischen Parlament gesessen. Das langjährige Präsidiumsmitglied des Deutschen Atomforums war unter anderem acht Jahre lang Mitglied im Bundestagsausschuss für Forschung und Technologie, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Technologie im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft und Technologieexperte im Auswärtigen Ausschuss. Nichts desto trotz war Flämig ein unauffälliger Abgeordneter und hatte nur einmal in seiner parlamentarischen Zeit kurz für Schlagzeilen gesorgt, als 1972 herauskam, dass er seiner Partei jahrelang einen Nebenjob bei einem Industrieunternehmen verschwiegen hatte. Entsprechend groß war die Aufregung, als die Bundesanwaltschaft dem gebürtigen Sachsen vorwarf, von 1969 bis 1989 für die Staatssicherheit der DDR spioniert zu haben.

Doch zur Verantwortung konnte Flämig nicht mehr gezogen werden. 1995 hatte die Hauptverhandlung wegen des schlechten gesundheitlichen Zustands des schwer Herzkranken erst gar nicht eröffnet werden können. Ein im September 1997 gestarteter zweiter Anlauf musste nach 26 Verhandlungstagen im Juli 1998 wieder abgebrochen werden. Das Frankfurter Oberlandesgericht entschied aufgrund eines ärztlichen Gutachtens, den Prozess wegen zu langer Unterbrechung durch die Krankheit des Angeklagten nicht zu fort-

zusetzen. Letztlich konnte nicht geklärt werden, ob Flämig tatsächlich für die Stasi gearbeitet hatte. Ebenso wenig konnte verifiziert werden, ob es sich bei ihm um jene Memoiren-Figur „Julius“ in Markus Wolfs autobiografischem Buch *Spionagechef im geheimen Krieg* handelt. Der als Journalist und früherer Kommunalpolitiker beschriebene Parlamentarier „Julius“ ähnelte verblüffend dem Angeklagten, aber der frühere Leiter der DDR-Auslandsspionage, schützte seine Quelle. Wolf verweigerte die Aussage und ließ sich davon auch nicht durch eine zweitägige Beugehaft abbringen.

Unstrittig ist, dass Flämig fast 20 Jahre lang eine intime Beziehung zu einer damaligen Stasi-Mitarbeiterin unterhalten hatte. Regelmäßig traf er sich in der DDR oder anderen osteuropäischen Staaten mit der 22 Jahre jüngeren Frau, die ihn später im Prozess schwer belasten sollte. Sie berichtete von Sex- und Schnapsorgien in abgelegenen Waldhütten sowie von konspirativen Treffs, an denen unter anderem auch Markus Wolf teilgenommen haben soll. Was Flämig dabei erzählt hat, blieb vor Gericht indes im Dunkeln. Die Bundesanwaltschaft vermutete, dass er hochkarätige Staatsgeheimnisse ausgeplaudert hatte, beispielsweise aus der in seiner Heimatstadt Hanau angesiedelten Atomindustrie. Flämig beteuerte, lediglich politische Hintergrundgespräche im Auftrag und mit Wissen des damaligen SPD-Fraktionschefs Herbert Wehner geführt zu haben. Bis in die heutige Zeit sieht er sich zu Unrecht an den Pranger gestellt. „Ich weiß nur, dass es zu meinem Prozess nicht gekommen wäre, wenn Herbert Wehner noch gelebt hätte“, schrieb Flämig im August 2006 in einem Leserbrief an die *FAZ*.

Der Fall Adolf Kanter

Die Hauptverwaltung Aufklärung der Stasi richtete ihr Augenmerk nicht nur auf die SPD. Auch die anderen Parteien standen stets in ihrem Visier. Inzwischen ist bekannt, dass die Stasi zu den Bundestagsabgeordneten Julius Steiner (CDU) und Leo Wagner (CSU) eine – vorsichtig formuliert – Form von Kontakt hielt, die dem geläufigen Bild von Inoffiziellen Mitarbeitern entspricht. Die ergie-

bigste Quelle war wohl Hans-Adolf Kanter, ein alter Vertrauter Helmut Kohls. Die entschlüsselte SIRA-Datenbank der HVA vermerkt unter seinem Decknamen „Fichtel“ 1.200 Einträge. Damit gelte Kanter „heute als einer der Spitzenlieferanten des MfS“, schreibt der Historiker Hubertus Knabe in seinem 1999 erschienenen Buch *Die unterwanderte Republik*. Da der IM-Vorgang vernichtet worden sei, „sind die politischen Folgen seiner Agententätigkeit bis heute nicht abzuschätzen“.

Kanter war der dienstälteste „Kundschafter“ der DDR: Er kam noch aus der Parteiaufklärung, einem von der westdeutschen KPD gegründeten und von der SED gesteuerten Aufklärungsdienst, und leistete seit Ende der vierziger Jahre seine treuen Dienste. Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte er zu den Mitbegründern der Freien Deutschen Jugend (FDJ) in Rheinland-Pfalz, trat jedoch nach einer Schamfrist 1949 der Jungen Union bei und wurde Kreisvorsitzender und Bezirksschulungsreferent der CDU-Jugendorganisation. Kohl, zu dieser Zeit Mitglied des Bezirksvorstandes der Jungen Union, gehörte seitdem zu seinem näheren Bekanntenkreis. Kanter zählte zu jener jungen CDU-Truppe, die gegen den Widerstand der Parteihonoratioren den Weg für Kohl bahnte. Über seinen persönlichen Freund Eberhard von Brauchitsch besorgte Kanter schon früh Spenden für Kohls Mannschaft.

Während der spätere Bundeskanzler zielgerichtet an seiner politischen Laufbahn arbeitete, entschied sich Kanter für eine Karriere in der freien Wirtschaft. In den sechziger Jahren baute er in Bonn ein Büro für Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen auf. Der DDR diente er nicht nur als Informant, sondern auch als „Einflussagent“: Ein von ihm herausgegebener Informationsdienst für Verantwortliche in Politik und Wirtschaft war zu einem nicht unerheblichen Teil mit Beiträgen bestückt, die aus der Feder seines HVA-„Instrukteurs“ stammten. Ab Mitte der siebziger Jahre arbeitete Kanter als Prokurist für den Flick-Konzern. Er wurde stellvertretender Leiter der „Politischen Stabsstelle der Geschäftsführung“ – ein Glücksfall für die Stasi. Denn Kanter war jahrelang für die Pflege der bundesdeutschen Parteienlandschaft mit Barem zuständig und galt deshalb

später als eine Schlüsselfigur in der Flick-Spendenaffäre. „Es entbehrte nicht der Ironie, dass ein Mann, der sich dem Sozialismus verpflichtet fühlte, die politische Stabsabteilung eines der mächtigsten Konzerne führte“, schmunzelte der Ex-HVA-Chef Markus Wolf rückblickend in seinen Erinnerungen. „Lange bevor die illegale Spendenpraxis des Flickkonzerns der Öffentlichkeit bekannt wurde, waren wir bis in die Details informiert“, frohlockte Wolf. Schon um ihre Quelle zu schützen, habe die Stasi jedoch der Versuchung widerstanden, ihr umfangreiches Material westdeutschen Medien zuzuspielen. Deswegen habe sie auch nicht zur Aufdeckung des Parteispendenskandals im Jahr 1981 beigetragen. Allerdings sei „damals nur die Spitze eines Eisbergs bekannt“ geworden, wusste Wolf zu berichten.

Wie so viele andere flog Kanter erst 1993 auf. Dabei war der Verfassungsschutz ihm bereits zehn Jahre früher ganz dicht auf der Spur gewesen. Bei der Verfolgung seines Stasi-Kontaktmannes landeten die Schlapphüte im Herbst 1983 ausgerechnet vor einer von Kanter angemieteten Wohnung in Andernach. Obwohl der Abgesandte der Stasi die Wohnung mit einem eigenen Schlüssel aufschloss, kamen die Ermittler anscheinend nicht auf die Idee, dass Kanter sie ihm zur Verfügung gestellt haben könnte. Jedenfalls vernahm die Bundesanwaltschaft Kanter 1984 in einem Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt nur als Zeugen. Laut Klaus Kuron, einem HVA-Spion beim Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz, soll der mit Kanter befreundete CDU-Politiker Phillip Jenninger, seinerzeit Staatsminister im Kanzleramt, weitere Nachforschungen unterbunden haben.

In einem Verfahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde Kanter 1995 vom Oberlandesgericht Koblenz wegen Spionage zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Das Urteil liegt unter Verschluss. Während des Verfahrens sei Kanter nie in die Verlegenheit gebracht worden, „sein umfangreiches Wissen über Interna der Regierungsparteien und ihre Verbindungen zur Industrie, über ihre Tarnfirmen und Geldwaschanlagen preisgeben zu sollen“, wunderte sich Wolf. Die Behandlung seines Falles habe sich „bemerkenswert“ von vergleichbaren Verfahren, wie dem gegen den früheren

SPD-Bundestagsabgeordneten Karl Wienand, unterschieden. Dabei sei Kanter für die Stasi „kaum weniger wertvoll“ gewesen als der Kanzleramtsspion Guillaume.

Der Fall William Borm

Im September 2009 gab das Land Berlin bekannt, dass die Grabstätte des FDP-Politikers und Stadtältesten William Borm mit sofortiger Wirkung ihren Status als Ehrengrabstätte des Landes Berlin verloren hätte. Eine entsprechende Vorlage des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit habe der rot-rote Senat beschlossen. „Hintergrund sind die seit den 90er Jahren bekannt gewordenen Hinweise auf eine maßgebliche Tätigkeit William Borms für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, die mit hoher Wahrscheinlichkeit den Tatsachen entsprechen“, heißt es in der Mitteilung der Senatskanzlei.

Zu seinen Lebzeiten galt Borm als Grandseigneur des Liberalismus in der Bundesrepublik. Der 1895 in Hamburg geborene Kaufmannssohn hatte von 1924 bis zu ihrer Auflösung der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) angehört und schloss sich nach dem Krieg der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDP) in Berlin an. Nach der Spaltung des Landesverbandes und dem Anschluss der West-Berliner LDP an die Freien Demokraten wurde er 1948 stellvertretender FDP-Landesvorsitzender. Auf der Fahrt zu einer Sitzung in Kassel wurde Borm im September 1950 auf der Transitautobahn am Grenzübergang Eisenach-Wartha von der DDR-Volkspolizei verhaftet. Zwei Jahre später verurteilte ihn das Landgericht Greifswald wegen angeblicher „Kriegs- und Boykotthetze“ zu einer Gefängnisstrafe von zehn Jahren. Der wahre Grund für seine Verurteilung soll gewesen sein, dass die DDR-Behörden ihn fälschlich verdächtigten, für den britischen Geheimdienst tätig gewesen zu sein.

Bis zum August 1959 musste Borm seine Haft absitzen. Dann durfte der mittlerweile 64-Jährige in die Bundesrepublik zurückkehren. Ein Jahr später wurde er Landesvorsitzender der Berliner FDP.

Unter seiner Ägide gelang den Liberalen 1963 die Rückkehr ins Abgeordnetenhaus. Obwohl die Sozialdemokraten über eine komfortable absolute Mehrheit im Parlament verfügten, entschied sich der Regierende Bürgermeister Willy Brandt für eine Koalition mit Borms FDP – ein Vorbote der sozialliberalen Koalition 1969 auf Bundesebene. 1965 zog „Sir William", wie ihn seine Freunde wegen seiner tadellosen Manieren und seines britischen Auftretens nannten, in den Bundestag ein, dem er bis 1972 angehörte.

Von 1960 bis 1982 Mitglied des FDP-Bundesvorstands und von 1972 bis 1982 Ehrenvorsitzender der Berliner FDP, war Borm die Lichtgestalt des linksliberalen Flügels der Partei. „Bewiesene Prinzipientreue, unanfechtbare Glaubwürdigkeit und die für beides unverzichtbare selbstbewusste Standfestigkeit" bezeichnete er als die liberalen Tugenden, denen er sich verpflichtet sehe. Dazu gehörte für ihn nicht nur, dass er unbeirrbar gegen die Einschränkung von Freiheitsrechten stritt und sich deswegen für eine Wiederzulassung der 1956 verbotenen KPD einsetzte. Vor allem war Borm seit Anfang der sechziger Jahre ein beredter Fürsprecher der deutsch-deutschen Verständigung und unterstützte später vehement die Ostpolitik Brandts.

Noch im hohen Alter engagierte sich Borm in den achtziger Jahren in der bundesdeutschen Friedensbewegung und trat gegen den Willen des Parteivorstands auf der großen Friedenskundgebung gegen den Nato-Doppelbeschluss am 10. Oktober 1981 im Bonner Hofgarten als Redner auf. Nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition im September 1982 verließ der „älteste Jungdemokrat" tief enttäuscht die FDP und gründete mit Gleichgesinnten die Liberalen Demokraten, deren Ehrenvorsitzender er wurde. Im folgenden Jahr hatte der Mann, den die *FAZ* einmal als einen „der letzten Repräsentanten des Großbürgertums der Frontstadt" bezeichnete, seinen letzten großen Auftritt: Gemeinsam mit Petra Kelly, Dorothee Sölle, Uta Ranke-Heinemann, Walter Jens, Heinrich Böll, Robert Jungk, Günter Grass, Erhard Eppler und Oskar Lafontaine beteiligte sich Borm an einer Sitzblockade vor dem US-amerikanischen Raketenstützpunkt in Mutlangen bei Schwäbisch Gmünd. Mit seinen 88 Jahren war er der älteste der rund 1.000 Demonstranten.

Als William Borm im Alter von 92 Jahren im September 1987 starb, würdigte ihn der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einem Kondolenzschreiben als einen „Demokraten, der unbeirrbar und ungebrochen für Freiheit und Demokratie eingetreten ist, auch um den Preis der eigenen Freiheit". Er habe „stets Opfer gebracht, wo es ihm geboten schien, seine grundlegenden Werte zu verteidigen". Sein Wort, so unbequem es oft gewesen sei, habe viel gegolten und Gehör weit über die Grenzen seiner eigenen Partei hinausgefunden. Borm habe zwar Konflikte nicht gescheut. „Aber im Grunde war er beseelt von dem Drang, Trennendes zu überwinden nicht nur zwischen den Generationen, sondern auch zwischen den Deutschen im geteilten Vaterland", schrieb Weizsäcker.

Wie geradezu tragisch richtig er mit diesem Satz lag, offenbarte sich erst vier Jahre nach dem Tod Borms. 1991 kam heraus, dass der vielfach ausgezeichnete Liberale – Großes Bundesverdienstkreuz 1970, Ernst-Reuter-Plakette 1975, Stadtältester von Berlin 1980, Carl-von-Ossietzky-Medaille 1982 – jahrzehntelang mit dem MfS nachrichtendienstlich zusammengearbeitet hatte. Kurz vor Ende seiner Haftzeit in der DDR hatte sich Borm dazu bereit erklärt. Über seine Motive lässt sich nur noch spekulieren, er selbst ist zu Lebzeiten nicht danach befragt worden. Wie weitgehend die Zusammenarbeit war, berichtet der seinerzeitige HVA-Chef Wolf in seinen Erinnerungen. Sogar die Rede, die Borm als Alterspräsident zur Eröffnung des sechsten Bundestages am 20. Oktober 1969 hielt, habe zuvor „zur Ergänzung und Korrektur auf meinem Schreibtisch" gelegen, ist dort nachzulesen.

Wolf beschreibt Borm als einen „der interessantesten Menschen, die ich während meiner Tätigkeit an der Spitze des Nachrichtendienstes kennenlernte". In seinem Verhältnis zur HVA sei „der Meinungsaustausch das Entscheidende, das gleichberechtigte Geben und Nehmen". Borm sei „eine der Quellen unseres Wissens" gewesen, „die uns halfen, wie in einem Mosaik das Bild der Wandlung Willy Brandts vom kalten Krieger und Frontstadtpolitiker zum Befürworter einer neuen Ostpolitik der Verständigung zusammenzu-

setzen“. Dafür lieferte die Stasi Borm Vorlagen für seine Bundestagsreden und Manuskripte für einen von ihm zusammen mit anderen linksliberalen Politikern herausgegebenen „Pressedienst“. Alle drei bis vier Monate traf er sich in der DDR auf der Transitstrecke oder in Ost-Berlin mit der Stasi.

Um die Führung ihres „Einflussagenten“ zu erleichtern, stellte die HVA einen speziellen Mitarbeiter ab: Jürgen-Bernd Runge. Der Politologe hatte sich im Zuge der Studentenbewegung immer weiter nach links bewegt: 1967 als Vorsitzender des Berliner Ringes Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) quasi Gegenspieler Rudi Dutschkes an der Freien Universität, wechselte Runge kurz darauf in die Jungdemokraten und die FDP. Er liebäugelte mit einem Eintritt in die DKP, doch ein ostdeutscher Freund riet ihm ab: Wo er sei, könne er wirkungsvoller sein. Anlässlich der Weltjugendfestspiele 1973 ließ sich Runge in Ost-Berlin vom MfS verpflichten. In der FDP arbeitete er in den folgenden Jahren in verschiedenen Funktionen, unter anderem in deren Bundesgeschäftsstelle, bis er als „eine Art Führungsgehilfe“, so das Oberlandesgericht Düsseldorf, 1978 im Büro von William Borm als wissenschaftlicher Mitarbeiter angestellt wurde.

Wie auch sein Vorgesetzter brach Runge im Herbst 1982 mit der FDP. Seine Liaison mit der Stasi endete im Juni 1983. Der Hauptgrund für den Abbruch der Zusammenarbeit sei gewesen, „eine ‚Doppelexistenz‘ nicht länger leben zu wollen und zu können“, erklärte er 1992. Er habe sich seinerzeit entschieden, „offen für meine politischen Überzeugungen politisch zu arbeiten“, heißt es in seiner Stellungnahme an die Generalbundesanwaltschaft, die den Autoren dieses Buches vorliegt. Nach seinem Stasi-Ausstieg wurde Runge Pressesprecher der DKP-nahen „Friedensliste“.

Jürgen-Bernd Runge hatte Glück: Juristisch zur Verantwortung gezogen werden konnte er nicht mehr. Als er Anfang der neunziger Jahre enttarnt wurde, war seine Stasi-Tätigkeit bereits verjährt. Heute lebt Runge vereinsamt und verarmt als Hartz-IV-Empfänger in Bonn. „Ich sitze hier als eine im Leben gescheiterte Existenz“, zieht er eine bittere Lebensbilanz. Er hätte „wissen können und müs-

sen, was sich mit dem real existierenden Sozialismus und den kommunistischen Parteien an antidemokratischen und inhumanen Handlungen und Haltungen verband“, räumt Runge selbstkritisch ein. Aber er wolle doch für sich in Anspruch nehmen, „dass es ehrenwerte und humanistische Motive waren, die mich bei meinem Irrtum geleitet haben“.

Der Fall Dirk Schneider

Der Kommentar von Bärbel Bohley und Ralf Hirsch fiel deftig aus. „Auch der Westen hat seine Eiterbeulen“, schrieben die einstigen DDR-Oppositionellen. „Eine ist geplatzt.“ Bohley und Hirsch zielten in ihrem Gastbeitrag im Oktober 1991 in der *taz* auf den früheren Grünen-Politiker Dirk Schneider, der kurz zuvor als Stasi-Informant enttarnt worden war. Verbittert rekapitulierten die beiden Mitglieder der DDR-Bürgerrechtsbewegung einen Besuch Schneiders Mitte der achtziger Jahre bei ihnen zu Hause: „Jetzt wissen wir, draußen stand die Stasi und schickte uns ihren Abgesandten des Deutschen Bundestages in die Küche.“

Der 1939 in Rostock geborene Dirk Schneider war eine der schillerndsten Figuren in den Anfangsjahren der Grünen. 1957 noch als Adenauer-und Strauß-Fan der DDR entlaufen, wurde er Mitte der sechziger Jahre an der Freien Universität Berlin politisch sozialisiert. Der damalige Publizistikstudent engagierte sich in der Studentenbewegung und wurde Mitherausgeber des legendären Anarchoblatts *Agit 883*, in dem die RAF ihre ersten Grundsatzerklärungen verbreitete. Mitte der siebziger Jahre beteiligte er sich an der Spontizeitung *Radikal*, die sich später zur einflussreichsten Zeitschrift der autonomen Szene entwickeln sollte. Er galt als eine Größe in der linksradikalen Szene.

1978 gehörte Schneider zu den Gründern der Alternativen Liste (AL) in Westberlin. Im Folgejahr wurde er Vorsitzender der AL-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Kreuzberg. Im März 1983 zog der „APO-Opa“, wie er sich selbstironisch bezeichnete, für die AL in den Bundestag ein und war damit der erste

Berliner Grüne im Bonner Parlament. Noch im Oktober des gleichen Jahres reiste er als deutschlandpolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion nach Ostberlin und unterzeichnete gemeinsam mit Petra Kelly, Otto Schily, Gert Bastian, Antje Vollmer und Lukas Beckmann einen symbolischen „persönlichen Friedensvertrag" mit Erich Honecker. Zuvor hatte es eine spektakuläre Aktion in Ostberlin gegeben: Unter einem Transparent mit der Aufschrift „Schwerter zu Pflugscharen" – dem Emblem der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR – demonstrierten am 12. Mai 1983 auf dem Alexanderplatz die grünen Bundestagsabgeordneten Petra Kelly, Gert Bastian, Gaby Potthast, Roland Vogt und Bundesgeschäftsführer Lukas Beckmann für Abrüstung in Ost und West. Das Happening dauerte nur wenige Minuten, dann schritten DDR-Sicherheitsbeamte ein. Innerhalb der Grünen sorgte das Spektakel für heftigen Streit, bei dem Schneider als einer der schärfsten Kritiker auftrat. Solche öffentlichkeitswirksamen Protestaktionen lehnte er strikt ab, hielt sie für eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR, die den guten Beziehungen zu dem selbst ernannten Arbeiter- und Bauernstaat abträglich seien.

Auch der Zusammenarbeit mit der Bürgerrechts- und Friedensbewegung in Ostdeutschland stand der Journalist stets skeptisch gegenüber. Stattdessen setzte er auf offizielle Gespräche mit DDR-Repräsentanten. Ausreisewillige DDR-Bürger beschimpfte das Mitglied im Innerdeutschen Ausschuss des Bundestages als „Luxusflüchtlinge". Schneider „argumentierte so offen auf der Linie der SED, dass ich ihm bereits 1983 die Bezeichnung ‚ständiger Vertreter der SED bei der grünen Bundestagsfraktion' verliehen habe", erinnert sich Joschka Fischer in seinem 2007 erschienenen Buch *Die rot-grünen Jahre*.

1985 rotierte Schneider vereinbarungsgemäß zugunsten seines Nachrückers Hans-Christian Ströbele aus dem Bundestag. In der Westberliner Alternativen Liste spielte er in den folgenden Jahren weiterhin eine zentrale Rolle. Er gehörte deren Geschäftsführenden Ausschuss an und fungierte bis 1989 als Pressesprecher der Partei. Im Sommer 1990 verließ Schneider die AL in Richtung PDS. Bei den ersten Gesamtberliner Wahlen nach der Wiedervereinigung zog

er im Dezember 1990 für die SED-Nachfolgepartei ins Abgeordnetenhaus ein.

Anfang Oktober 1991 fliegt Schneiders Kooperation mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR auf. Ehemalige DDR-Oppositionelle enttarnen den Ex-ALer: Unter dem Decknamen „Ludwig“ soll er von 1975 bis zur Auflösung des MfS 1989 mit dem DDR-Geheimdienst paktiert haben. Für seine früheren Parteifreunde ist die Nachricht ein Schock. Von einem „Schlag ins Gesicht von Bürgerbewegung und AL“ spricht die Fraktionsvorsitzende der Alternativen Liste im Berliner Abgeordnetenhaus, Renate Künast. „Er war so etwas wie ein Top-Agent, ein Einflussagent“, empört sich Künast auf einer Pressekonferenz.

In einer persönlichen Erklärung räumt Schneider ein, es sei „richtig, dass ich über einen längeren Zeitraum Kontakte zu Mitarbeitern der DDR hatte“. Er habe Interesse daran gehabt, „dass sich dieser ständig geschmähte und unter Druck stehende Staat als überzeugende Alternative ausweisen und behaupten möge gegenüber einer BRD, die auf Konfrontation und Machtausdehnung angelegt war“, begründet er seine klandestinen Gespräche mit der Stasi. In einem Interview mit der *taz* vom 10. Oktober 1991 versichert der einstige Sponti, er „habe nicht geheimdienstlich gearbeitet, nichts ausgeforscht“. Was er seinen „Kontaktmenschen in der DDR“ erzählt habe, sei nur „ein Abfallprodukt meiner politischen Überzeugung und Arbeit“ gewesen. Um Geld sei es ihm „nicht gegangen, das war keine nennenswerte Größe“. Auch habe er „immer eine authentische Politik gemacht“ und keine Weisungen entgegengenommen: „Eine Fremdbestimmung gab es nicht.“ Er habe nicht einmal gewusst, dass es sich um Mitarbeiter der Staatssicherheit handelte, mit denen er sich traf. Es habe ihn „auch nicht interessiert“. Ob er eine Verpflichtungserklärung unterschrieben hat, will Schneider nicht verraten: „Über die Formen und die Einzelheiten der Zusammenarbeit möchte ich nichts sagen, weil das auch das ist, was die Staatsanwaltschaft wissen will.“

Nach seiner Enttarnung legt Schneider sein Abgeordnetenmandat nieder. In der PDS macht er weiter. 1992 kandiert er auf einem

aussichtsreichen Listenplatz für die Kreuzberger Bezirksverordnetenversammlung, allerdings verfehlt die Partei den Einzug in das Stadtteilparlament. Auch gehört Schneider dem Landesvorstand der Berliner PDS an. Sein Rücktritt Anfang 1995 hat nichts mit seiner früheren Stasi-Zuträgerschaft zu tun. Der Grund ist vielmehr ein Streit mit seinen Genossen über den Westaufbau der PDS. 1995 bewirbt sich der „Fürst von Kreuzberg" (*Spiegel*) nochmals um einen Platz auf der Landesliste der PDS für die Abgeordnetenhauswahlen. Innerhalb seines Kreuzberger Kreisverbandes sorgt das für heftigen Streit. Kritiker, zu denen auch der spätere Berliner Linkspartei-Fraktionschef Udo Wolf gehört, werfen ihm in einer Erklärung vor, er habe es „vermieden, über das Ausmaß der Gespräche, welche Personen aus grünen, linken und linksradikalen Zusammenhängen Gegenstand der Zusammenarbeit mit dem MfS waren, befriedigend Aufschluss zu geben". Daher sei er „unglaubwürdig". Schneider selbst spricht von infamen Beschuldigungen – und erhält auf der Mitgliederversammlung der Kreuzberger PDS eine Mehrheit. Auf dem Landesparteitag der Berliner PDS fällt er jedoch durch. Nur sieben von 135 Delegierten stimmen für sein Comeback. Damit ist seine politische Karriere endgültig beendet. Kurz darauf tritt er aus der PDS aus.

Im Juli 1994 entschied das Berliner Kammergericht, die Ermittlungen gegen Schneider wegen des Verdachts der Agententätigkeit einzustellen. „Vermutlich haben sie nichts gefunden", kommentierte Schneider süffisant gegenüber dem *Neuen Deutschland* die vergeblichen Bemühungen des Generalbundesanwalts und der Berliner Staatsanwaltschaft, juristisch Belastendes gegen ihn zu finden. Tatsächlich ist Dank der umfangreichen Aktenvernichtung der HVA in der Umbruchzeit der DDR der IM-Vorgang „Ludwig" nicht überliefert – was Schneider schon bei seiner Überprüfung als PDS-Abgeordneter am 12. September 1991 eine für die Gauck-Behörde höchst peinliche Unbedenklichkeitsbescheinigung beschert hatte.

Dass seine Aktivitäten keineswegs unbedenklich waren, offenbarten erst Ende 1998 aufgefundene Stasi-Unterlagen. Danach registrierte die Auswertungsabteilung der HVA bis 1987 knapp 330 Informationslieferungen. Laut dem Historiker Hubertus Knabe,

Sohn des früheren Bundesprechers der Grünen und Bundestagsabgeordneten Wilhelm Knabe, berichtete der IM „Ludwig“ nicht nur über Fraktions- und Ausschusssitzungen im Bundestag, sondern lieferte auch regelmäßig „angeforderte Einschätzungen“ zu führenden Grünen-Politikern wie Joschka Fischer, Anne Borgmann, Jutta Ditfurth, Dieter Burgmann, Henning Schierholz oder Rudolf Bahro. Ebenso habe „Ludwig“ die Stasi sowohl über die sensiblen Verbindungen zu Friedens- und Umweltaktivisten in der DDR als auch über die „Aktivitäten von sozialismusfeindlichen Kräften in den grün-alternativen Bewegungen“, über die „versuchte Einflussnahme von feindlich-negativen Kräften der DDR auf die realistischen deutschlandpolitischen Positionen in der Bundestagsfraktion der Grünen“ sowie über eine „geplante Provokation in der DDR-Hauptstadt durch Mitglieder der Grünen“ informiert, schreibt Knabe – die Stasi-Berichtstitel zitierend – in seinem Buch *Die unterwanderte Republik*.

Auf die Enthüllungen Knabes antwortete Schneider im Oktober 1999 in einem Leserbrief an die *taz*: „Wer der Legende von der zerstörerischen Wühltätigkeit stasigeführter ‚Zersetzungsagenten‘ innerhalb der Grünen anhängt, bedient Vorurteile und vergewaltigt die historische Wahrheit.“ Ihn „als Kronzeugen darzustellen, der im Auftrag der Stasi die Grünen vom Pfad der Tugend abzubringen trachtete“, sei „wohlfeil, aber nicht wahr“, schrieb Schneider.

Zu einem neuen Ermittlungsverfahren führen die späten Erkenntnisse über das Ausmaß von Schneiders Stasi-Zuträgerschaft nicht mehr. Was auch immer ihm noch vorgeworfen werden kann, es ist verjährt. Bis zuletzt bleibt er der linken Szene verbunden. Im Juli 2001 nimmt er anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels in Genua an einem „Aktionstraining ziviler Ungehorsam“ im Berliner Stadtteil Friedrichshain teil. Am 4. November 2001 stirbt Dirk Schneider im Alter von nur 62 Jahren.

„Realsozialistische“ Altlasten

Das Ministerium für Staatssicherheit entstand 1950. Als Geburtshelfer fungierte der sowjetische KGB. Die Tätigkeit des MfS als

„Schild und Schwert der Partei“ richtete sich nach außen wie nach innen: Es war sowohl Inlands- als auch Auslandsnachrichtendienst der DDR und zugleich Ermittlungsbehörde für „politische Straftaten“. Nach außen erfüllte es mittels seines Hauptverwaltung Aufklärung die Aufgaben eines „klassischen“ Geheimdienstes. Nach innen besaß das MfS den Status einer Geheimpolizei mit weitgehenden Vollmachten. „Alte“ Staatsangehörige der Bundesrepublik hatten im Falle ihrer Tätigkeit für die Stasi gegen Gesetze verstoßen und konnten – falls ihre Taten noch nicht verjährt waren – dafür entsprechend juristisch belangt werden. In den neuen Bundesländern sah und sieht die Sache anders aus. Ehemalige DDR-Bürger können für erbrachte Stasi-Dienste nicht ohne Weiteres vor Gericht gestellt werden, weil die Arbeit für diesen Geheimdienst in ihrem Staat nicht verboten war. Dafür konnten ihre Aktivitäten individuell weit verheerendere Folgen haben. Gerade deshalb hat das Thema Stasi im politischen Raum des Beitrittsgebiets nach wie vor eine sehr hohe Bedeutung.

Der Widerstand gegen den Inlandsgeheimdienst war eine der Triebfedern der friedlichen Revolutionäre im Wendeherbst 1989. Nach dem Mauerfall ging es rasch nicht mehr alleine um die Institution, sondern auch um Spitzel in den eigenen Reihen. Kurz vor den ersten freien Volkskammerwahlen im März 1990 erschütterte der erste große Stasi-Skandal die beiden deutschen Republiken. Der Anwalt Wolfgang Schnur, einer der Gründer der Bürgerrechtsgruppe „Demokratischer Aufbruch“, wurde enttarnt. Der Demokratische Aufbruch, für den neben Schnur auch die heutige Bundeskanzlerin Angela Merkel kandidierte, trat zur Volkskammerwahl im Frühjahr 1990 in der „Allianz für Deutschland“ an, in der die Deutsche Soziale Union (DSU) und der Demokratische Aufbruch mit der Ost-CDU zusammenfanden. Schnurs Gruppe galt bei den Wahlen als aussichtsreich. Nach seiner Enttarnung war sie erledigt: Sie bekam bei der Volkskammerwahl nur wenige Stimmen und löste sich später auf.

In den demokratischen Aufbaujahren nach dem Ende des SED-Regimes musste eine ganze Reihe von Politikern wegen mutmaßlicher Stasi-Verstrickungen von ihren Ämtern zurücktreten. In der

Regel war die Aufregung über die „Inoffiziellen Mitarbeiter“ (IM) der DDR-Staatssicherheit mehr als verständlich und gerechtfertigt. Wer Freunde und Bekannte bespitzelte, wer Nachbarn oder Studienkollegen denunzierte, andere gar ins Gefängnis gebracht hatte, hat sich zunächst einmal für ein politisches Amt disqualifiziert. Doch etliche sahen und sehen das anders: Die Versuche quer durch die Parteien, nach dem Umbruch nun in der Bundesrepublik Posten zu ergattern, ohne sich zu der eigenen Vergangenheit zu bekennen und Reue zu zeigen, waren zahlreich. Gleichzeitig ist die Beurteilung von Vorwürfen bisweilen ausgesprochen schwierig. Nicht immer lassen sich die Verstrickungen so eindeutig nachvollziehen wie bei den Spionagefällen im Westen. Zu problematisch ist eine nachträgliche Sicht auf den Spagat zwischen tatsächlicher Schnüffelei oder versuchter, möglicherweise erforderlicher Kooperation mit dem bedrohlichen Dienst der Staatssicherheit. Was war Selbstschutz, was Opportunismus, was Überzeugung? Wie weit reichte Zusammenarbeit? Wo fing die Mittäterschaft an? Bei vielen, die der Stasi-Zuträgerschaft bezichtigt wurden oder werden, sind diese Fragen nicht einfach zu beantworten. Und dann gibt es noch jene komplizierten Fälle, bei denen sich Täter und Opfer in einer Person vereinigen.

Der Fall Jutta Braband

Jutta Braband ist so ein Beispiel. Als die gelernte Industriekauffrau, die als Vertreterin der Vereinigten Linken am Berliner und am Zentralen Runden Tisch gesessen hatte, 1990 auf der Liste der PDS für den Bundestag antrat, schien der SED-Nachfolgerin ein Coup gelungen zu sein: Die Kandidatur der DDR-Bürgerrechtlerin galt als Demonstration des tiefgreifenden Wandlungsprozess der ehemaligen Staatspartei. Schließlich hatte Braband seit Ende der siebziger Jahre der Opposition in der DDR angehört. 1979 aus der SED ausgetreten, war sie 1980 nach einer Unterschriftensammlung gegen den Ausschluss kritischer Autoren aus dem DDR-Schriftstellerverband zu einer neunmonatigen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Doch das war nur ein Teil ihrer Biographie, wie sich im September

1991 herausstellte. Braband musste einräumen, vor ihrer oppositionellen Zeit fünf Jahre lang als Inoffizielle Mitarbeiterin für die Stasi gearbeitet zu haben. Genauere Erinnerungen an diese von 1971 bis 1975 andauernde dunkle Periode fehlten ihr allerdings: Sie hätte sie schlichtweg verdrängt, gab sie an.

Erst als sie Anfang 1992 im Zuge einer freiwilligen Überprüfung der PDS-Bundestagsabgeordneten durch die Gauck-Behörde Teile ihrer Akten zu Gesicht bekam, setzte die Erinnerung wieder ein – und ein „riesiges Erschrecken bei mir darüber, wie die Stasi sich damals meiner bedienen konnte“, wie Braband in einer Erklärung im Februar 1992 schrieb. Nun wisse sie, dass sie eine Verpflichtungserklärung unterschrieben, einen Decknamen bekommen und im Verlauf ihrer Tätigkeit für das MfS mindestens 1.400 Mark erhalten hätte. „Ich war bereit, Informationen über einen Mann zu liefern, der später als ‚Westspion‘ verurteilt wurde, und habe berichtet von den Plänen zweier später inhaftierter Freunde, sich in den Westen schleusen zu lassen“, bekannte Braband voller Scham. Sie müsse nun auch und gerade vor sich selbst „Rechenschaft darüber ablegen, wie es zu diesem Verdrängungsprozess gekommen ist, warum ich vor über sechzehn Jahren zwar mein Leben zu ändern imstande war, die Konsequenz besaß, mit der Stasi zu brechen und in der Opposition zu arbeiten, nicht aber imstande war, über diese zurückliegende Stasi-Zusammenarbeit zu sprechen und die, denen ich geschadet habe, über mich aufzuklären“. Ihr Bundestagsmandat legte sie nieder.

Der Fall Ibrahim Böhme

In den ersten Monaten des Jahres 1990 glaubten viele Beobachter, dass nach den ersten freien Volkskammerwahlen Manfred Otto Böhme zum Ministerpräsidenten gewählt würde. Im Oktober 1989, in der Endphase des SED-Regimes, hatte der gelernte Maurer eine sozialdemokratische Partei mitgegründet. Im Frühjahr 1990 war der schmächtige Mann, der sich in den achtziger Jahren den Vornamen Ibrahim zugelegt hatte, Vorsitzender der DDR-SPD und ein Medienstar geworden. Doch die Volkskammerwahlen gewann gegen alle

Erwartungen nicht die SPD, sondern die von der CDU gesteuerte „Allianz für Deutschland“. Eine Woche nach der Wahl begann Böhmes politisches Ende.

Der *Spiegel* berichtet am 26. März 1990, dass ausgerechnet dieser liebenswürdige, bisweilen etwas skurril wirkende Charmeur ein Inoffizieller Mitarbeiter der Stasi gewesen sei. „Böhme hat die Firma nicht nur mit Informationen beliefert, sondern auch mit Einschätzungen und Analysen“, zitiert das Magazin einen Stasi-Mann. Hat der mit vielen Bürgerrechtlern eng bekannte Böhme tatsächlich systematisch seine Freunde verraten? Er bestreitet die Vorwürfe vehement. Eine schnelle Klärung des Verdachts ist nicht möglich. Anfang April 1990 tritt Böhme als Partei- und Volkskammerfraktionsvorsitzender der Ost-SPD zurück. Um „die Arbeit in der Partei und die junge Demokratie“ nicht zu belasten, wie er erklärt. Sein Rücktritt sei allerdings „kein Schuldeingeständnis“. Das Abgeordnetenmandat behält Böhme. Immer wieder betont er in der Folgezeit, selbst ein Verfolgter der Stasi gewesen zu sein, der wegen seiner politischen Überzeugungen 15 Monate im Knast habe sitzen müssen. Gegen den *Spiegel* erwirkt er eine Gegendarstellung. In der öffentlichen Diskussion geht es hin und her, aber klären scheinen sich die Vorwürfe nicht zu lassen. Mitte Juli wird Böhme Polizeibeauftragter des Ostberliner Magistrats. Auch innerparteilich scheint ihm das Comeback zu glücken: Ende September 1990 wird der an der ostdeutschen Parteibasis äußerst beliebte Böhme auf dem Vereinigungsparteitag der SPD in Berlin in den gesamtdeutschen Bundesvorstand gewählt.

Aber dann erscheint im Dezember 1990 das Buch *Deckname Lyrik*, in dem der Schriftsteller Reiner Kunze anhand von Auszügen aus seiner Stasi-Akte dokumentiert, wie die DDR den Dissidenten bis zu seiner Übersiedlung in die Bundesrepublik 1977 systematisch bespitzelte und „zielgerichtete Maßnahmen der Zersetzung“ einleitete. Das Buch belastet Böhme schwer. Kunze fand unzählige Berichte, die nach seiner Überzeugung nur von Böhme stammen konnten. Danach erstattete Böhme in den siebziger Jahren auf 54 Seiten unter dem Decknamen „August Dempker“ und auf 264 Seiten unter dem Decknamen „Paul Bonkarz“ minutiös an die Stasi Bericht. Die

Indizien wirken erdrückend. Auch andere Bürgerrechtler finden Belastendes in ihren Akten. Gerd Poppe, einer der Gründer der Initiative „Frieden und Menschenrechte“, resümiert nach der Lektüre der Stasi-Protokolle lakonisch: „Je enger wir befreundet waren, desto präziser wurden seine Berichte.“

Böhme streitet weiter ab. In einem Telegramm teilt er jedoch dem SPD-Vorsitzenden Hans Jochen Vogel mit, „aus gesundheitlichen Gründen“ seinen Sitz im Parteivorstand der SPD bis zur Klärung der Beschuldigungen gegen ihn ruhen zu lassen. Er wird das Amt nicht wieder aufnehmen. Im Juli 1992 schließt die SPD ihn aus. Die Partei-Schiedskommission halte es für erwiesen, dass er jahrelang als „Inoffizieller Mitarbeiter“ (IM) für die Stasi arbeitete, erklärt ein Parteisprecher. Böhme habe nicht nur die DDR-Opposition bespitzelt, sondern auch seine Ämter bei der Sozialdemokratischen Partei der DDR missbraucht, um Berichte über deren Gründungsphase an die Stasi zu schreiben.

Nur wenige Tage nach seinem 55. Geburtstag stirbt Ibrahim Böhme völlig vereinsamt und alkoholkrank im November 1999 in Neustrelitz. Bis zu seinem Tod hat der „Meister der Camouflage“ (*Spiegel*) nie zugeben, ein Stasi-Spitzel gewesen zu sein.

Der Fall Lothar de Maizière

Wie schwierig die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit ist, bekam jener Mann zu spüren, der statt des als Favoriten gehandelten SPD-Kandidaten Böhme die Volkskammerwahlen 1989 gewann und letzter Ministerpräsident der DDR wurde. Der Rechtsanwalt Lothar de Maizière kam in diese Funktion ebenso überraschend wie in den bundesdeutschen Politikbetrieb.

Lothar de Maizière stammt aus einer alten hugenottischen Familie, die nach dem Dreißigjährigen Krieg aus Frankreich in die Mark Brandenburg geflüchtet war. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs teilen sich die Lebenswege der Dynastie: In der Bundesrepublik wird Onkel Ulrich de Maizière, der Hitler im Generalstab des Heeres gedient hatte, 1966 Generalinspekteur der Bundeswehr. Dessen Sohn Thomas, der spätere Bundesverteidigungsminister,

macht Karriere in der West-CDU. In der DDR baut Lothar de Maizières Vater Clemens, im Dritten Reich Mitglied der SA und der NSDAP, die Ost-CDU mit auf. Clemens de Maizière ist Synodaler der Berlin-Brandenburgischen Kirche, dient der evangelischen Kirche als Justiziar – und stellt sich unter den Decknamen „Clemens", „Phil" und „Anwalt" als Inoffizieller Mitarbeiter in den Dienst der Stasi.

Lothar de Maizière tritt zwar 1956 mit 16 Jahren der Ost-CDU bei, übt aber bis zum Herbst 1989 keine Parteiämter aus. Nach dem Rücktritt des langjährigen Vorsitzenden Gerald Götting am 2. November 1989 wird der Vizepräses der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR an die Spitze der Blockpartei gespült. Die Wahl fällt auf ihn, weil er zwei wichtige Kriterien erfüllt: Zum einen steht er erkennbar den Kirchen nahe, zum anderen kann er für die bisherige Politik der Ost-CDU nicht haftbar gemacht werden. Unmittelbar nach dem Mauerfall wird de Maizière am 10. November 1989 vom CDU-Hauptvorstand zum neuen Vorsitzenden gewählt. Nur acht Tage nach seiner Wahl in die Führung der Ost-CDU beruft ihn Regierungschef Hans Modrow (SED-PDS) zum stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR und zum Minister für Kirchenfragen. Nachdem am 18. März 1990 das Wahlbündnis „Allianz für Deutschland" überraschend die erste freie Volkskammerwahl gewonnen hat, wird de Maizière zum letzten DDR-Ministerpräsidenten gewählt. Nur 174 Tage bleibt er im Amt, dann ist die DDR Geschichte. Mit der Wiedervereinigung holt ihn Bundeskanzler Helmut Kohl als „Bundesminister für Besondere Aufgaben" in sein Kabinett.

Nur wenige Tage nach der ersten gesamtdeutschen Wahl am 2. Dezember 1990, bei der de Maizière ein Bundestagsmandat erringt, kommen erste Gerüchte über eine Stasi-Vergangenheit des Unionspolitikers auf. Unter dem Decknamen „Czerni" ist eine Karteikarte gefunden worden, die nahelegt, dass er seit 1981 als IM, ab 1984 gar als IMB, also als „Inoffizieller Mitarbeiter mit Feindberührung" für das MfS tätig war. Entschieden bestreitet de Maizière eine Spitzeltätigkeit. Tatsächlich gibt es eine Menge Ungereimtheiten. Nachdem er eine Überprüfung durch die Gauck-Behörde veranlasst hat,

befindet Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU), es gebe zwar Hinweise auf eine Stasi-Zuarbeit, aber keine Beweise. Die Unterlagen seien unvollständig und nicht eindeutig genug, um eine Bewertung vorzunehmen. Die unklare Situation bleibt. Da sie sich so schnell nicht aufklären lasse und er weder die Regierung noch die Partei belasten wolle, erklärt de Maizière am 17. Dezember 1990 seinen Rücktritt als Minister.

War de Maizière ein Stasi-Zuträger? Dass das MfS Interesse an ihm hatte, ist unbestritten. Er selbst beschreibt in seinem 2010 erschienenen Buch *Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen* einen Anwerbeversuch im Jahr 1980. Allerdings versichert de Maizière, dass er die MfS-Mitarbeiter hat abblitzen lassen. Er habe zwar als Rechtsanwalt Kontakt zu offiziellen Stellen der DDR und auch zur Staatssicherheit halten müssen, um seine regimekritischen Mandanten bestmöglich zu vertreten. Dass er dabei von den Behörden „abgeschöpft" wurde, sei durchaus wahrscheinlich. Aber gespitzelt habe er nie. Der Historiker Walter Süß kommt in seinem 1999 erschienenen Buch *Staatssicherheit am Ende* zu dem Schluss, eine „wirkliche Klarheit" sei aufgrund der dürftigen Aktenlage „nicht zu gewinnen". Selbst eine „zwingend erscheinende Schlussfolgerung drängt sich in diesem Fall nicht auf".

Sein Abgeordnetenmandat nahm de Maizière zunächst weiter wahr, seine Ämter in der Partei ließ er nur ruhen. Ende Februar 1991 erklärte auch CDU-Generalsekretär Volker Rühe, dass sich die Vorwürfe gegen de Maizière nicht bestätigt hätten. Der übte daraufhin seine Parteiämter wieder aus – nicht mehr lange. Zum Rücktritt vom Vize-Vorsitz der gesamtdeutschen CDU führte ein innerparteilicher Streit über die Behandlung der östlichen Landesverbände. Die Bundes-CDU hätte sich zwar das Millionenvermögen der Ost-Partei einverleibt, kritisierte de Maizière, an Unterstützung für die ostdeutschen Landesverbände habe es nach der Wende aber gemangelt.

Hinzu kam das menschlich problematische Verhältnis zu Generalsekretär Rühe. Der sei ihm wie ein „Kolonialherr" vorgekommen, klagte de Maizière gegenüber dem *Spiegel*. Gründlich geärgert hatte er sich auch über die westdeutschen Medien. Die seien mit den Verhältnissen in Ostdeutschland nicht vertraut und hätten den „Prozess

der Einswerdung“ zu wenig gefördert. Anfang September 1991 entschloss sich de Maizière zum Rückzug aus der Politik. Er gab sowohl seine Ämter als Stellvertreter Kohls und Landesvorsitzender in Brandenburg als auch das Bundestagsmandat auf. Er sei auf Dauer kein „öffentlicher Mensch“, hat de Maizière immer wieder betont. Es sei ein Fehler gewesen, nicht seiner inneren Überzeugung gefolgt zu sein und bereits am Tag der Wiedervereinigung die Politik verlassen zu haben, sagte er später. Seine Mission sei mit der Auflösung der DDR erfüllt gewesen.

Die Linkspartei und die Stasi

Im wiedervereinigten Deutschland sind Aktivitäten für das Ministerium Erich Mielkes bis heute ein Thema – insbesondere mit Blick auf jene Partei, die sich von der SED über die PDS zur Linkspartei transformiert hat. Aus gutem Grund: Wie ernst sie es mit ihrer Transformation von einer Staats- in eine demokratische Partei nimmt, lässt sich nicht zuletzt an dem Umgang mit ihren Stasi-Altlasten ablesen.

Auch wenn es nicht als Rechtfertigung missverstanden werden sollte: Es mag bei dem einen oder anderen nachvollziehbar sein, warum er sich in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung mit seiner individuellen DDR-Vergangenheit so schwertat – angesichts der Hysterie, der auch die Medien anheimfielen. Mit bisweilen tragischen Folgen: Am 15. Februar 1992 fand ein Nachbar den Bundestagsabgeordneten Gerhard Riege in seinem Schrebergarten tot an einem Baum hängend. Der PDS-Parlamentarier, dem die Gauck-Behörde kurz zuvor seine inoffizielle Mitarbeit bei der Stasi in den Jahren 1954 bis 1960 nachgewiesen hatte, hinterließ einen langen Abschiedsbrief an seine Frau und seine drei erwachsenen Kinder. Er fürchtete, so heißt es in dem Schreiben, „die von den Medien geschaffene Wirklichkeit“ nicht zu überstehen. Riege schrieb: „Mir fehlt die Kraft zum Kämpfen. Sie ist mir in der neuen Freiheit genommen worden.“

Riege, seit 1946 Mitglied der SED, hatte von 1954 bis 1960 mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR zusammengearbeitet. Die Verpflichtungserklärung unterschrieb der renommierte Wissenschaftler seinerzeit, weil sie – wie gemeinhin üblich – die Bedingung war, um als wissenschaftlicher Mitarbeiter eine Forschungsreise in den Westen antreten zu dürfen. Nach Einschätzung der Gauck-Behörde waren seine Kontakte zum MfS „unerheblich". Doch in dem damaligen Klima in der Bundesrepublik wurde auf solche „Feinheiten" – zumindest, wenn es um ein Mitglied der PDS ging – keinen größeren Wert gelegt. Das hatte Riege bereits bitter vor der „Enttarnung" feststellen müssen. Der Staatsrechtler und Hochschullehrer war bei seiner kurzen Bundestagsrede im Rahmen einer Haushaltsdebatte im März 1991 dreißig Mal durch Zwischenrufe vor allem von Unionsseite unterbrochen worden und dabei als „Stasi-Heini", „Stasi-Bruder" und „Stasi-Bonze" beschimpft worden. Trotzdem erteilte der damalige Bundestagsvizepräsident Hans Klein (CSU) keinen einzigen Ordnungsruf. In seinem Abschiedsbrief nannte Riege den „Hass", der ihm im Bundestag „aus Mündern und Augen" entgegengeschlagen sei, als Motiv seines Freitodes. „Aber einige hat dieser Selbstmord doch aufgeschreckt", schrieb Gunter Hofmann nach dem Tod Rieges in der *Zeit*. „Schade, dass darunter bisher nicht ein einziger von den Zwischenrufern und Daueranprangerern in der Mehrheitsfraktion zu finden ist, die seine seltenen Reden genüsslich und aggressiv kommentiert haben", bedauerte Hofmann.

Trotz des tragischen Falles von Gerhard Riege wäre es verfehlt, die Funktionäre der sich heute „Die Linke" nennenden ehemaligen SED als Opfer eines überbordenden Aufklärungsfanatismus in der BRD zu sehen. Es ist auffällig, dass bis heute weder ihre ostdeutschen Landtagsfraktionen noch ihre Bundestagsfraktion ohne mehr oder weniger schwer belastete frühere Stasi-Spitzel auszukommen meinten. Nicht wenigen in der Linkspartei erscheint die Bespitzelung von Mitbürgern offenkundig bis heute als „Kavaliersdelikt" – wenn's denn der „richtigen" ideologischen Sache diente. Schwer

vorstellbar ist jedenfalls, dass mit ehemaligen Verfassungsschutzspitzeln oder BND-Agenten in ihren Reihen vergleichbar umgegangen würde.

Der Fall Rainer Börner

Die Nachfolgerin der einstigen Staatspartei hatte von Anfang an ein höchst problematisches Verhältnis zur Aufarbeitung der dunklen Seiten der DDR-Geschichte – und zuvorderst der individuellen Beteiligung an Unrecht. Das belegt der Umgang mit Rainer Börner. Der frühere hauptamtliche Kultursekretär der FDJ gehörte nach dem Mauerfall dem Präsidium der PDS und der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR an. In dem Parlament saßen, wie sich später herausstellte, so viele ehemalige Stasi-Spitzel, dass sie sich zu einer eigenen großen Fraktion hätten zusammenschließen können. Doch als *einziger* Abgeordneter bekannte sich Börner öffentlich und aus freien Stücken zu seiner früheren Zusammenarbeit mit dem MfS – gegen den Rat Gregor Gysis. Während der damalige PDS-Vorsitzende der Ansicht war, es seien „gegenwärtig die Voraussetzungen nicht gegeben", über die individuelle Vita zu berichten, offenbarte sich der 34-jährige studierte Diplomwirtschaftler in einer spektakulären persönlichen Erklärung am 20. September 1990. Vor laufenden Kameras gestand Rainer Börner in der Volkskammer ein, dass er eine Verpflichtungserklärung für das MfS unterschrieben und „Informationen" über Bands, Personen und Klubs an die Stasi weitergegeben hatte.

Wäre er Gysis Empfehlung gefolgt, öffentlich nur zuzugeben, was man ihm auch beweisen konnte, Börner hätte wohl für immer schweigen können: Es gibt bis heute keine Unterlagen zu seinem Fall. Aber er wollte durch sein Geständnis „der massenhaft ablaufenden öffentlichen Verdrängung" entgegenwirken und auch seinen eigenen Veränderungsprozess dokumentieren. „Das war anständig, ein Vorbild, dem hoffentlich gefolgt wird", kommentierte der Bürgerrechtler und spätere grüne Bundestagsabgeordnete Wolfgang Ullmann seine Rede. Die Hoffnung des 2004 verstorbenen Ullmann erfüllte sich leider nicht.

In der PDS reagierten die Genossen sichtlich verstimmt auf Börners Bekenntnis, warfen ihm sogar „parteischädigendes Verhalten“ vor. Denn es drohte andere unter Zugzwang zu setzen. Im Dezember 1991 erklärte Rainer Börner seinen Austritt aus der Partei. Es habe sich gezeigt, „dass eine ehrliche Auseinandersetzung in der PDS nicht möglich ist“, begründete er seine Entscheidung. Börner stieg aus der Politik aus, machte einen Plattenladen auf und arbeitete später im Rio-Reiser-Archiv. Ein Angebot der Grünen, 1995 auf ihrer Liste für das Berliner Abgeordnetenhaus zu kandidieren, schlug er aus.

Der Fall André Brie

Dass das Schweigen über die eigenen Stasi-Verstrickungen mehr goutiert wird als der offene und ehrliche Umgang damit, zeigt der Fall des Linkspartei-„Vordenkers“ André Brie. Bereits Vize-Bundesvorsitzender, wurde er im Oktober 1991 Chef der Berliner PDS und damit Nachfolger von Wolfram Adolphi. Der hatte im Mai 1991 nach langem Leugnen einräumen müssen, von 1975 bis 1989 für die Stasi tätig gewesen zu sein. Nach einigem Hin und Her war der Politikwissenschaftler daraufhin als PDS-Landesvorsitzender zurückgetreten und hatte auch sein Mandat im Berliner Abgeordnetenhaus niedergelegt. „Hätte Adolphi frühzeitig und von sich aus sein Geheimnis gelüftet, wäre die Sache für ihn vermutlich ohne Konsequenzen geblieben – nicht zuletzt, weil sich unter den PDS-Mitgliedern im Landesverband Berlin im Sommer 1991 noch rund 30 Prozent ehemalige Stasi-Mitarbeiter befanden“, zeigt sich der deutsch-französische Publizist und Parteienforscher Patrick Moreau in seinem 1992 erschienenen Buch *PDS* überzeugt.

Auch als Konsequenz aus dem Fall Adolphi galt seit Juni 1991 auf Landes- wie Bundesebene der PDS ein Beschluss, der alle Funktionärskandidaten verpflichtete, eine frühere IM-Tätigkeit „offen zu legen“. Wer sich als „unehrlich gegenüber der Partei“ erweise, werde von seiner Funktion entbunden. Etwa 3.000 Mitglieder, Funktionäre und Mandatsträger der PDS nahmen den Beschluss ernst. Sie stellten sich der Kritik, verließen die Partei, legten ihre

Funktionen oder Mandate nieder. Manche verloren ihre Arbeit. André Brie nicht. Papier ist geduldig. Ein Jahr nach seiner Wahl flog er auf und musste eingestehen, stolze 19 Jahre für die Stasi gearbeitet zu haben.

Der 1950 geborene Diplomstaatswissenschaftler war im August 1970 als Inoffizieller Mitarbeiter mit dem Decknamen „Peter Scholz“ angeworben worden. Grundlage dafür bildete, wie die Staatssicherheit in einer „Bestandsaufnahme“ 1984 festhielt, seine politische Überzeugung. „IM Scholz“ wurde anschließend 1971 an die Abteilung III der Hauptverwaltung Aufklärung übergeben, da er am Institut für Internationale Beziehungen ein Studium in der Fachrichtung Außenpolitik aufgenommen hatte. Nach Studienende wurde Brie am Babelsberger Institut 1976 zunächst wissenschaftlicher Assistent, nach seiner Promotion 1979 Oberassistent. „Auf Grund seiner Arbeitsaufnahme“, hielt die Stasi fest, erfolgte die Übergabe des IM mit der Registriernummer „XVIII/17 34/70“ an die Abteilung II/6 der Potsdamer Bezirksverwaltung. Ausweislich der Stasi-Akten wirkte Brie unter anderem mit bei der Bespitzelung von Institutsangehörigen und bei der Einschätzung von „Personen aus dem kulturellen Leben der DDR“. Die Arbeitsergebnisse wurden als „qualitativ wertvoll“ betrachtet, die Anbindung an das Mielke-Ministerium als „sehr fest“ bezeichnet. Seine Berichte lieferte der IM teils handschriftlich, teils diktierte er sie seinem Führungsoffizier auf Tonband. Er lieferte aber auch Einschätzungen zum Charakter seiner westlichen Gesprächspartner.

In den Stasi-Akten findet sich ein Bericht „zur Persönlichkeit“ des außen- und sicherheitspolitischen Experten der SPD, Karsten Voigt. „Soweit ich einschätzen kann“, diktierte „IM Scholz“ seinem Führungsoffizier am 1.September 1988 auf Band, sei Voigt „ein sehr kluger, hochgebildeter Politiker mit beträchtlichen Perspektiven in der SPD und innerhalb der Sozialistischen Internationale.“ Er sei allerdings „auch eindeutig eitel, hat einen beträchtlichen Geltungsdrang, einen ausgesprochen ausgeprägten politischen und persönlichen Ehrgeiz“. Weiter wusste der IM zu berichten, dass Voigt sich gerne mit Frauen umgebe, „sehr gern trockenen Wein trinkt“ und „vom Unstrutwein der DDR“ schwärme. Kein Wunder, dass der

IM anlässlich des 37. Jahrestages des MfS wegen seiner „bewiesenen hohen Einsatzbereitschaft und Zuverlässigkeit sowie der Verdienste bei der Lösung von operativen Maßnahmen“ mit der Verdienstmedaille der Nationalen Volksarmee in Bronze geehrt wurde.

Wegen einer kritischen Stellungnahme zum Verbot der Zeitschrift *Sputnik* und der Veröffentlichung von Aphorismen mit „parteischädigendem Inhalt“ fiel „IM Scholz“ im Januar 1989 bei der Stasi in Ungnade. Eine erteilte Genehmigung für eine Reise nach Großbritannien wurde zurückgezogen. Ganz wollte die Potsdamer Bezirksverwaltung auf ihren Mitarbeiter nicht verzichten. Per Aktenvermerk wurde im Juli 1989 festgelegt, „aus operativ-taktischen Überlegungen den IM-Vorgang ‚Peter Scholz‘ zu archivieren, jedoch mit ihm weiter auf der inoffiziellen Basis zusammenzuarbeiten“.

Der damalige PDS-Chef Gregor Gysi wusste bereits seit Sommer 1990 von der IM-Tätigkeit seines engen Vertrauten. Trotzdem unterstützte er Bries Kandidatur für den Berliner Landesvorsitz, ohne von ihm zu verlangen, sich öffentlich zu offenbaren. Er sei davon ausgegangen, dass dieser irgendwann seine IM-Tätigkeit mitteilen werde, „in einer Situation, wo er es verkraftet und wo die gesellschaftliche Atmosphäre so ist, dass er es machen kann“, sagte Gysi später. Den überraschten Delegierten auf einem Sonderparteitag der Berliner PDS nach dem Auffliegen Bries eröffnete Gysi, dass er den 1991 gefassten Beschluss über den Umgang mit MfS-Vergangenheiten, nach dem Funktionsträger ihre frühere Stasi-Tätigkeit offenbaren müssen, ohnehin für falsch halte und er seinerzeit nicht dafür gestimmt habe.

Nach seiner Enttarnung musste André Brie als Berliner PDS-Chef und stellvertretender Bundesvorsitzender zurücktreten. Seiner politischen Karriere tat dies keinen größeren Abbruch: Auch nach dem Bekanntwerden seiner Stasi-Verstrickungen leitete er bis 1997 die Grundsatzkommission der PDS. 1993 kehrte er zurück in den PDS-Bundesvorstand, dem er bis 1999 angehörte. Von 1999 bis 2009 schickte ihn seine Partei ins Europäische Parlament. Seit September 2011 sitzt er für die Linkspartei im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.

Wie André Brie mit seiner DDR-Vergangenheit heutzutage umgeht, lässt sich gut an seiner Homepage im Internet ablesen. Dort verrät er unter der Rubrik „Zur Person“: „Nach Abitur und NVA studierte ich Außenpolitik und arbeitete schließlich als Hochschullehrer und Wissenschaftler auf dem Gebiet der europäischen und internationalen Sicherheit und Abrüstung“. Dass er „dazu auch ein Kinder- und ein Jugendbuch geschrieben“ und „drei wundervolle, selbstbewusste und fröhliche Töchter“ habe, kann dort ebenfalls nachgelesen werden. Über seine frühere Stasi-Tätigkeit findet sich kein Wort.

Fehlende Glaubwürdigkeit

Wie schwer sich die inzwischen in „Die Linke“ umbenannte Ex-DDR-Staatspartei mit ihrer Vergangenheit bis heute tut, zeigt sich im Land Brandenburg. Nachdem es dort im Herbst 2009 zu einer rot-roten Koalition gekommen war, flogen gleich mehrere Linkspartei-Abgeordnete auf, die wie Brie ebenfalls ihre Stasi-Mitarbeit verheimlicht hatten. Dabei hätten sie innerhalb der Partei nichts zu befürchten gehabt, wenn sie sich frühzeitig selbst geoutet hätten, wie die Beispiele der Brandenburger Landtagsfraktionsvorsitzenden Kerstin Kaiser (Deckname „Kathrin“) und des Landesvorsitzenden Thomas Nord (Deckname „Mark Schindler“) zeigen.

Seit 2009 für die Linkspartei im Bundestag, bekannte Thomas Nord im Februar 2011 in einer Stellungnahme für den Bundestagsausschuss Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung: „Ich war aus politischer Überzeugung inoffizieller Mitarbeiter des MfS.“ Mit dieser Tatsache gehe er seit März 1990 offen und öffentlich um. „Ursache für meinen Umgang mit diesem Fakt waren persönliche Lernprozesse in Folge der friedlichen und demokratischen Wende in der DDR im Herbst 1989“, schrieb Nord. Der DDR-Bürgerrechtler Reinhard Schult bestätigt seine Angaben. „Er ist auf uns DDR-Oppositionelle zugekommen und hat zugegeben, was er getan hat“, berichtete Schult im Dezember 2009 der *taz*. Er sieht Nord als eine große Ausnahme. Der sei „offen mit seiner Geschichte umgegangen, seine Partei nicht“, urteilte Schult, der in der DDR acht Monate

im Gefängnis saß und heute bei der Berliner Stasiunterlagen-Behörde arbeitet.

Wolfram Adolphi, André Bries Vorgänger als Berliner PDS-Landesvorsitzender, arbeitet heute übrigens als Mitarbeiter des Linkspartei-Abgeordneten Roland Claus im Bundestag. Auch Claus soll nach Feststellung des Bundestagsausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung vom 9. November 2006 unter dem Decknamen „Peter Arendt" inoffiziell für die Stasi tätig gewesen sein. Der frühere FDJ-Funktionär bestreitet das: „Ich war niemals IM, habe keine Verpflichtungserklärung unterschrieben und keinen Decknamen angenommen."

Zu einer ähnlichen Einschätzung wie bei Claus kam der Bundestagsausschuss im Fall Gregor Gysis. Bereits 1998 hat das Gremium „eine inoffizielle Tätigkeit des Abgeordneten Dr. Gregor Gysi für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik als erwiesen festgestellt", wie es in dem entsprechenden Ausschussbericht vom 29. Mai 1998 heißt. Das gegen ihn durchgeführte Überprüfungsverfahren sei „von Beginn bis zum Ende ein politisches Verfahren" gewesen, wehrte sich Gysi seinerzeit in einer Stellungnahme. „Das Verfahren war durch Vorverurteilung, Voreingenommenheit, rechtswidrige Absprachen, Ungleichbehandlung und einseitige Ergebnisfixiertheit geprägt", beklagte er sich. Offenkundig habe der Ausschuss mit seinen spezifischen Mitteln und Methoden ein größeres Ziel verfolgt: „Meine Partei und ich sollen aus dem Deutschen Bundestag verdrängt werden." Es bleibe dabei, dass er zu keinem Zeitpunkt inoffiziell mit dem MfS zusammengearbeitet habe. „Wenn es das MfS nicht geschafft hat, mich zu einem IM zu machen, dann wird es nachträglich auch dem Ausschuss nicht gelingen", schrieb Gysi 1998. Bis heute bestreitet der Linkspartei-Frontmann nachdrücklich eine wissentliche Zusammenarbeit mit dem DDR-Geheimdienst. Wer behauptet, Akten der Behörde für die Stasi-Unterlagen belegten seine Arbeit für das MfS, muss mit juristischen Konsequenzen rechnen.

KAPITEL 10

Tief gefallen

Wenn der Rücktritt erst
der Anfang vom Abstieg ist

Gibt im englischen Sprachraum ein Politiker sein Amt auf, erscheint in den Schlagzeilen das Verbum „to step down". Herabsteigen klingt ein wenig endgültiger und vielleicht auch demütiger als das deutsche „Zurücktreten", dem etwas Militärisches – „Zurück ins Glied!" – anhaftet. Die Bezeichnung „Schritt nach unten", von der Bühne in den Zuschauerraum, vom Rednerpult aufs Linoleum, trifft es bisweilen tatsächlich genauer. Damit lässt sich besser der tiefe Absturz assoziieren, der dem Schritt nach unten folgen kann – auch wenn der die Ausnahme, nicht die Regel ist. So hart ein Rücktritt und das damit nicht selten verbundene Ende einer politischen Karriere einem Politiker erscheinen muss: Gewöhnlich fallen sie trotzdem nicht ins Bodenlose. Manche werden nach ihrer Demission mit Jobs in der Partei oder in parteinahen Vereinigungen versorgt. Manche haben sich Kontakte in die Wirtschaft hinein aufgebaut, die sie nun für eine Karriere außerhalb der Politik nutzen können. Manche gehen in ihren erlernten Beruf zurück und führen schlicht und einfach das Leben weiter, das sie vor ihrer Zeit als hauptamtlicher Politiker führten. Aber es gibt auch jene, die nicht wieder Fuß fassen, bei denen der Rücktritt nur eine Etappe ihres Abstiegs darstellt.

Der Fall Hans-Otto Scholl

„Mein lieber Scholli!" entfuhr es dem FDP-Bundesvorsitzenden Hans-Dietrich Genscher, als er von dem Gangsterstück seines Parteifreundes hörte. Ein Raubüberfall? Unfassbar! Nein, das hätte nun wirklich niemand in der Partei dem langjährigen rheinland-pfälzi-

schen Landesvorsitzenden Hans-Otto Scholl zugetraut. Der promovierte Jurist, seit 1967 Mitglied des Landtags, übernahm im Mai 1974 den Landesvorsitz der FDP in Rheinland-Pfalz. Seine Haupteinnahmequelle sprudelte allerdings jenseits des politischen Geschäfts: Scholl war Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der pharmazeutischen Industrie. Doch diesen hoch dotierten Job verlor er im Juni 1980 wegen seines allzu lockeren Umgangs mit Verbandsgeldern. Damit begannen für den liberalen Pharma-Lobbyisten mit den diversen Dienstwagen, Büros und Wohnungen im Hessischen, im Pfälzischen und in Mainz, die Probleme.

Die Staatsanwaltschaft leitete ein Ermittlungsverfahren ein. Sie beschuldigte ihn, 2,5 Millionen Mark aus den Beständen des Pharmaverbandes veruntreut zu haben. Obwohl es zu keiner Anklage kam, konnte sich Scholl – dessen eigentümliches Finanzgebaren ein Dauerthema der Mainzer Fassenacht („Scholl und Haben“) war – nicht in seinem Amt als FDP-Landeschef halten. Im Juli 1981 trat er zurück. Kurze Zeit später schien er wieder obenauf. Im Februar 1982 wählte ihn die FDP-Fraktion im Mainzer Landtag überraschend zu ihrem Vorsitzenden. Aber bei den Landtagswahlen im März 1983 stürzten die Liberalen von 6,4 Prozent, die sie noch 1979 hatten erringen können, auf 3,5 Prozent ab. Damit verfehlten sie den Wiedereinzug ins Parlament. Für Scholl war das auch persönlich eine Katastrophe: Da die FDP nicht mehr im Landtag vertreten war, war sein Posten als Fraktionschef samt den damit verbundenen Einkünften futsch. Und Scholl war hoch verschuldet. Was sollte er tun?

Zunächst versuchte er es mit der Aufnahme eines Kredits, der angeblich für eine „Liberale Aktion“ bestimmt war. In Wirklichkeit sollte das Geld ihm privat zugutekommen. Das flog auf. Im Mai 1984 leitete die Staatsanwaltschaft Ermittlungen wegen des Verdachts der Untreue ein. Für Scholl nur eine bösartige politische Intrige: „Man will mich politisch totmachen aus Angst, dass ich wieder antrete.“ Seine Lage wurde immer ausweglos. Und so setzte Hans-Otto Scholl am 28. Dezember 1984 alles auf eine Karte: In den Kurhaus-Kolonnaden von Baden-Baden überfiel er ein Juweliergeschäft. Mit vorgehaltener Pistole erbeutete der freidemokratische Politiker Gegenstände im Wert von 2,3 Millionen Mark. Zu seinem

Unglück kam ihm die Polizei schnell auf die Spur. Am 5. Januar 1985 wurde Scholl festgenommen. Entschieden leugnete er die Tat, die das Werk eines Doppelgängers sein müsste. Da ihn Tatzeugen schwer belasteten, außerdem die Tatwaffe ihm zugeordnet werden konnte und darüber hinaus noch ein Teil der Beute in einem Züricher Bankfach gefunden wurde, das ihm gehörte, wirkten seine Ausführungen nicht besonders glaubwürdig. Nach 38 Sitzungstagen wurde Hans-Otto Scholl am 27. Dezember 1985 vom Landgericht Baden-Baden wegen schweren Raubes in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung zu acht Jahren Haft verurteilt. Aus der FDP trat er kurz nach seiner Verurteilung aus.

Der Fall Jochen Wolf

Aber es gibt noch bizarrere und tragischere Fälle. Dazu gehört der des SPD-Politikers Jochen Wolf. In der Wendezeit schien er eine große politische Karriere vor sich zu haben: Wolf zählte zu den Gründern der SPD in Brandenburg und galt als einer der Hoffnungsträger in dem jungen Landesverband. 1990 stieg er als Bau- und Verkehrsminister in die erste Landesregierung auf. Er strebte nach noch Höherem: Als 1992 Stasi-Vorwürfe gegen den Ministerpräsidenten Manfred Stolpe laut wurden, kam Wolf als möglicher Nachfolgekandidat ins Gespräch. Doch statt Stolpe stürzte er. 1993 zwang Wolf ein Immobilienskandal zum Rücktritt: Er hatte sich von einem Makler angeblich kostenlos ein Baugrundstück für seine Ehefrau vermitteln lassen und sich revanchiert, indem er einen Acker am Rande eines Landschaftsschutzgebietes als Bauland empfahl. Wolf bestritt die – nicht nachgewiesenen – Vorwürfe, witterte eine Verschwörung und trat aus der SPD aus. Vor Gericht erstritt er sich einen Posten im Landesdienst als Sonderbeauftragter für Projekte in Osteuropa.

Auf einer Dienstreise in die Ukraine lernte Wolf eine junge ukrainische Dolmetscherin kennen. Die beiden wurden ein Paar. Er wollte seine Geliebte für immer nach Deutschland holen. Sie träumte von einer Karriere als Model und schaffte es an Wolfs Seite als leicht bekleidete Schönheit in die Boulevardzeitungen. Doch dem

Liebesglück stand etwas im Wege: Wolf war noch verheiratet – und seine vierte Ehefrau wollte sich nicht scheiden lassen. Es entbrannte ein öffentlich ausgetragener Scheidungskrieg. Der traurige Höhepunkt des schmutzigen Streits: In der Badewanne der gemeinsamen Wohnung erschoss sich am 22. Dezember 1998 Wolfs Geliebte mit seiner Sportpistole, einer Walther PP Kaliber 7,65 Millimeter. „In jener Nacht muss es zum endgültigen Bruch der Persönlichkeit des Politikers gekommen sein; Wolf entglitt, wie es scheint, der Realitätssinn", wird später der *Spiegel* diagnostizieren. Seit dem Tod der jungen Ukrainerin „verstrickte er sich in Verschwörungstheorien und sah sich als Daueropfer von Intrigen".

Am 27. Juli 2001 wurde Jochen Wolf am Bahnhof Zoo in Berlin festgenommen. Der gegen ihn erhobene Vorwurf: Er soll einen „Killer" mit der Ermordung seiner Ehefrau beauftragt haben. Sein Pech: Der von Wolf angeheuerte frühere Fremdenlegionär hatte sich der Polizei offenbart, nachdem er wegen anderer Straftaten festgenommen worden war. Vor dem Haftrichter legte Wolf ein Geständnis ab. Kurze Zeit später schnitt er sich in der Untersuchungshaft die Pulsadern auf. Der Ex-Politiker wurde rechtszeitig entdeckt und überlebte.

Im Februar 2002 wurde Wolf vom Potsdamer Landgericht zu einer Haftstrafe von fünf Jahren verurteilt. Die Strafkammer sah es als erwiesen an, dass der ehemalige Minister tatsächlich Anfang 2000 über einen Bekannten einen vermeintlichen Killer beauftragt hatte, seine Frau zu ermorden. Für den geplanten Mord zahlte Wolf nach den Worten des Vorsitzenden Richters Horst Barteldes zumindest 5.000 Mark als Vorschuss. Nicht zweifelsfrei geklärt werden konnte, ob es eine weitere Übergabe von 5.000 Mark gab. Zum Motiv sagte der Richter: „Wolf hasste seine Frau, er fühlte sich von ihr materiell ausgebeutet und sozial vernichtet." Zudem hätte er seiner Frau den Freitod seiner ukrainischen Geliebten angelastet. Die Revision Wolfs gegen das Urteil wies der Bundesgerichtshof im November 2002 als unbegründet ab.

Der Fall Günther Krause

Nicht viele Politiker sind so schnell und steil nach oben gekommen, um danach desto tiefer zu fallen wie Günther Krause. Der ostdeutsche Christdemokrat hatte in den Wirren der Wendezeit eine beeindruckende Karriere gemacht, die ihn bis in die Bundesregierung führte. Dann leistete er sich eine Affäre zu viel und musste zurücktreten. Doch auch jenseits der Politik schrieb er seine Skandalchronik weiter.

Der promovierte und habilitierte Bau-Ingenieur und Informatiker war schon zu DDR-Zeiten politisch aktiv. In die Ost-CDU trat er im Alter von 23 Jahren ein, und er übernahm in den folgenden Jahren verschiedene Funktionen in der Blockpartei. Die Wende spülte den wendigen Krause in die erste frei gewählte Volkskammer, wo er den Posten des CDU-Fraktionsvorsitzenden übernahm. Auch wurde er CDU-Chef in Mecklenburg-Vorpommern. Der letzte DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière machte Krause zum Parlamentarischen Staatssekretär. In dieser Funktion leitete er auf der Seite der DDR die Verhandlungen über den Staatsvertrag zur „Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“ und handelte später den Einigungsvertrag mit aus. Dabei verfolgte er eine Verhandlungsstrategie, die selbst von politischen Freunden als „Ausverkauf der DDR“ gegeißelt wurde. Krause habe nie den Drang erkennen lassen, „irgendetwas aus der alten DDR in das neue Deutschland retten zu wollen“, wird sich später der westdeutsche Verhandlungsführer Wolfgang Schäuble erinnern. Das habe die Kooperation sehr erleichtert.

Damit hatte er sich für eine hervorgehobene politische Position im wiedervereinigten Deutschland empfohlen: Im Januar 1991 wurde der vor Selbstbewusstsein strotzende Krause von Kanzler Kohl zum neuen Bundesverkehrsminister ernannt. Der Mann aus Mecklenburg-Vorpommern machte sich vor allem für die „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ stark. Umweltschützer übten harsche Kritik an „Sause-Krause“, weil er den Bau von Autobahnen schnell durchsetzte und mit einem „Planungsbeschleunigungsgesetz“ die Möglichkeiten zum Einspruch reduzierte.

In größere Bedrängnis brachten ihn allerdings weniger umstrittene politische Entscheidungen. Denn als weit problematischer erwies sich, dass Krause offensichtlich ausgesprochen affärenanfällig war. Schon vor seinem Amtsantritt sorgte es für einiges Unverständnis, dass sich Krause 1990 weigerte, eine für 780 Mark gemietete Villa am Berliner Müggelsee gegen ein Ersatzquartier zu tauschen. Das Haus war für Behinderte geplant und deshalb schwellenlos. Aber das interessierte den Minister nicht sonderlich. 1991 kam raus, dass er zu sensationell niedrigen Tarifen Raststätten-Standorte an die niederländische Hotelkette Van der Valk verpachtet hatte. Schmiergeld? Krause wies solche Verdächtigungen von sich: „Ich wüsste nicht, an welcher Stelle ich etwas falsch gemacht habe", verkündete der Minister. Trotzdem musste die Entscheidung zurückgenommen werden. Seine Lieblingsingenieursfirma sollte ihm eine Küstenautobahn planen. Politischer Druck zwang den entschlussfreudigen Krause zur Rücknahme seiner mündlichen Zusage. Auch in zweifelhafte Deals der Rostocker Baufirma Elbo soll er verwickelt gewesen sein. Dubios erschien ebenso ein Grundstücksverkauf aus Familienbesitz in seinem Heimatdorf Börgerende: Plötzlich hatte sich billiges Acker- in teures Bauland verwandelt. Eine schlechte Presse brachte ihm darüber hinaus die kurzfristige Absage seines Zeugenauftritts vor dem Schalck-Untersuchungsausschuss des Bundestages. In der Nacht zuvor war er mit Mitarbeitern seines Ministeriums noch in einer Gaststätte in feuchtfröhlicher Runde gesehen worden. Den Termin am Morgen im Bundestag sagte er wegen „einer schweren Bronchitis und Kreislaufbeschwerden" ab.

Krause, immer wieder Krause: Die Art und Weise, wie er seinen Professorentitel erhalten hatte, wurde Gegenstand öffentlicher Spekulationen. Dann wurde sein Sohn erwischt, wie er in Rostock mit einem noblen Geländewagen durch die Gegend fuhr. Dahinter steckten wieder zwei Affären: Zum einen soll Krause den Wagen zu Unrecht zum rabattierten Diplomaten-Tarif bekommen haben, zum anderen war sein fahrbegeisterter Nachwuchs erst 17 Jahre alt. Er hatte seine Fahrerlaubnis in Amerika gemacht, während sich in der Bundesrepublik sein Vater als Verkehrsminister stets gegen eine allgemeine Fahrerlaubnis für unter 18-jährige aussprach. Auch groß

war das Kopfschütteln, als herauskam, dass der „Knauser-Krause“ seine Familie 1991 zu einer Spritztour über die Wolken eingeladen hatte. Die Bundesluftwaffe zahlte den netten Trip von Minister, Frau und Sohn von Washington D.C. über Jacksonville nach San Francisco. Und vergaß erst mal die Abrechnung.

Noch unerfreulichere Schlagzeilen bescherte ihm die „Putzfrauen-Affäre“. Die Familie Krause hatte seit Ende 1992 eine Haushaltshilfe, die zum überwiegenden Teil vom Arbeitsamt finanziert wurde. Von gut 850 Mark an Lohnkosten sollen die Krauses 660 Mark vom Amt zurück erhalten haben, weil die Beschäftigte als Langzeitarbeitslose gefördert wurde. Rechtlich war das nach Meinung mehrerer Experten wohl in Ordnung, politisch und moralisch wurde es aber nicht verstanden bei einem Minister, der über ein Monatseinkommen von rund 30.000 Mark verfügte. Er habe „absolut kein Schuldbewusstsein“, sagte Krause. Den Zuschuss, den er nun zwar zurückgeben wolle, hätte er gut gebrauchen können. Schließlich unterhalte er zwei Wohnsitze, müsse beim Dienstwagen zuzahlen, für drei unmündige Kinder sorgen und auch noch 53 Prozent Steuern zahlen. Ebenfalls nicht imagefördernd war, als die Ost-Ausgabe der *Bild-Zeitung* im April 1993 mit der Schlagzeile „Schwarzarbeit bei Krause?“ aufmachte. Das Boulevardblatt berichtete, ein arbeitsloser Hausmeister sei zwei Wochen lang auf einer „Krause-Baustelle beschäftigt“ gewesen. Der Mann habe nur „selbstverständliche Nachbarschaftshilfe“ geleistet, rechtfertigte sich der Politiker.

Krause, von manchen auch als „Besser-Ossi“ bespöttelt, schien die Affären einfach anzuziehen. Der Grund dafür sei, so befand Hermann-Josef Tenhagen seinerzeit in der *taz*: „Günther Krause hat Probleme mit der Unterscheidung von persönlichen und übergeordneten Interessen.“ Dieses „Missverhältnis von Egomanie zu Demokratie“ habe des Ministers Arbeit von Beginn an geprägt. Krause bemühte als Antwort auf diverse Rücktrittsforderungen immer wieder sein Lieblingsargument: Er beharre darauf, als Minister genauso handeln zu dürfen wie jeder andere Bürger. Helmut Kohl stellte sich lange Zeit vor seinen ostdeutschen Vorzeigeminister. In der Unionsfraktion soll er für eine Schonzeit für Krause geworben haben, weil

man Verständnis für die Schwierigkeiten der Ostdeutschen haben müsse. Immerhin hätten die innerhalb kürzester Zeit Demokratie und Markwirtschaft begreifen müssen.

Gleichwohl neigte sich die Geduld des christdemokratischen Kanzlers dem Ende zu. Zu den bisherigen unerquicklichen Geschichten, so hieß es hinter den Kulissen, dürfe nichts mehr hinzukommen. Ein letztes Mal ermahnte Kohl bei einem zuvor öffentlich angekündigten klärenden Gespräch im April 1993 seinen Minister ausdrücklich und ungewöhnlich scharf, dass es mit den Affären nun endgültig vorbei sein müsse: „Ich erwarte nach diesem Gespräch, dass er die Erfahrung der zurückliegenden Wochen in Zukunft berücksichtigen wird."

Es nützte nichts. Als im Mai 1993 Krauses „Umzugsaffäre" die Runde machte, reichte es dem Kanzler. Alles hatte er seinem Parteifreund verziehen, immer wieder hatte der Kanzler ihn aufgefangen. Doch genug war genug. Krause hatte abzutreten. Dabei lag der Fall schon zwei Jahre zurück: Im Sommer 1991 hatte sich Krause die Kosten in Höhe von rund 6.400 Mark für einen Umzug von Berlin nach Börgerende von seinem Ministerium bezahlen lassen. Das sei alles „sachlich und rechtlich nicht zu beanstanden" gewesen, teilte sein Ministerium mit, nachdem der *Stern* dies offenbart hatte. Schließlich habe Krause sich bis Januar 1991 als DDR-Staatssekretär und später als Bundesminister für besondere Aufgaben regelmäßig dienstlich in Berlin aufhalten müssen. Nachdem er in das Verkehrsressort wechselte, sei Krause eben mit seiner Familie in das Haus seiner Schwiegereltern zurückgekehrt. Nur: Sein neues Verkehrsministerium residierte nicht in Mecklenburg, sondern in Bonn.

Am 13. Mai 1993 stellte Krause sein Amt als Verkehrsminister zur Verfügung. Um Schaden von der Bundesregierung und der CDU abzuwenden, wie er erklärte. Den Anlass seines Rücktritts, die umstrittene Erstattung der Umzugskosten, habe eine Fachabteilung seines Ministeriums zu verantworten gehabt, rechtfertigte sich Krause, dessen Demission auch in den eigenen Reihen für gehöriges Aufatmen sorgte. Kurz nach seinem Abtritt als Minister gab er bekannt, auf eine erneute Kandidatur für den Bundestag zu verzichten. Den

Landesvorsitz der CDU in Mecklenburg-Vorpommern legte er ebenfalls nieder. Nachfolgerin wurde Angela Merkel.

Krause selbst sah sich bei allen Vorwürfen stets nur als Opfer der Medien. Für ihn handelte es sich um eine gegen ihn persönlich gerichtete „Kampagne". Von der Politik wollte er nicht lassen. Zwei Jahre nach seiner Demission bewarb sich Krause als Oberbürgermeister in Rostock. Er fiel bei den Wählern glatt durch und schied gegen seine Kontrahenten von SPD und PDS bereits im ersten Wahlgang aus. 1998 kandidierte er nochmals als CDU-Direktkandidat für den Bundestag. Erfolglos. Damit war seine politische Karriere endgültig beendet.

Allerdings waren dies nur noch Abstecher. Inzwischen hatte er sich ein anderes Ziel gesetzt: Krause wollte ein erfolgreicher Unternehmer werden. Immerhin standen ihm nach seinem freiwillig-unfreiwilligen Rückzug aus der Regierung 410.000 Mark aus der Bundeskasse zu. Der Ex-Politiker gründete zwei Firmen: die Aufbau-Invest AG in der Schweiz und die Aufbau-Investitionen GmbH in Deutschland. Außerdem wurde er Aufsichtsrat der umstrittenen I.G. Farbenindustrie AG i.L. und 50-prozentiger Besitzer der Bank Companie Nord.

Schon bald gerieten Krauses Unternehmungen ins Trudeln. Zuerst musste er sich von seinen Companie-Anteilen trennen. Dann „sparte" er bis 1995 die Sozialabgaben seiner Angestellten, was ihm 1998 die Verurteilung durch ein Amtsgericht einbrachte. Schließlich stellten seine Gläubiger Haftantrag, um ihn zur Offenlegung seiner Vermögensverhältnisse zu zwingen. Der gravierendste Vorwurf war, dass er einen 11-Millionen-Mark-Kredit bei der Bayerischen Landesbank veruntreut hätte. Als Geschäftsführer der Berliner „Aufbau-Investitionen GmbH" habe er das Geld, das er – ohne handfeste Sicherheiten – als Darlehen für Bauträger-Projekte und den Bau preiswerter „Volkshäuser" bekam, bei hoch spekulativen Geschäften auf dem grauen Kapitalmarkt verzockt.

Der *Spiegel* mutmaßte seinerzeit, die Landesbank-Millionen, die dem Business-Neuling Krause im Juli 1993 geradezu nachgeworfen worden waren, könnten möglicherweise mit der Schmiergeldaffäre beim Verkauf der ehemaligen DDR-Firmen Leuna und Minol an

den früheren französischen Staatskonzern Elf Aquitaine zu tun gehabt haben und „eine Art Schweigegeld“ gewesen sein. Für die Franzosen war damals der Lobbyist Dieter Holzer aktiv – ein Mann, der für virtuose und üppige Provisionszahlungen bekannt ist. Der Elf-Lobbyist, ein guter Bekannter Krauses, half mit, dass die Franzosen den Zuschlag im deutschen Osten erhielten. Als der wenig begüterte Krause nach dem Ende seiner politischen Karriere das Millionen-Darlehen von der Bayerischen Landesbank bekam, hielt sich hartnäckig das Gerücht, Holzer habe dezent dabei mitgewirkt. Daran knüpfte sich die Vermutung, dem wegen diverser Affären entsorgten CDU-Mann solle das Schweigen über den Leuna-Deal erleichtert werden. Krause wies solche – nie bewiesenen – Theorien vehement als „absurd“ zurück. „Offensichtlich traut man mir alles zu“, klagte er. Allerdings: Ohne sein ministerielles Plazet hätte Elf Aquitaine das heiß begehrte Minol-Tankstellennetz nicht bekommen. Wie auch immer: Der Kredit aus München brachte Krause gehörigen Ärger ein. Denn die Staatsanwaltschaft Rostock erhob Anklage. Die Vorwürfe: Untreue in sieben, Steuerhinterziehung in drei und Betrug in vier Fällen. Darüber hinaus habe der Ex-Politiker in den Jahren 1993 bis 1995 dem Finanzamt Einkünfte in Höhe von rund 360.000 Euro verschwiegen. Zur Abwendung von Vollstreckungsmaßnahmen seiner Gläubiger, so die Anklage weiter, soll Krause im Umfeld seiner Bundestagskandidatur 1998 falsche Bürgschaftserklärungen abgegeben haben.

Krause, der sich im politischen Geschäft oft und gerne seines besonderen Sachwissens rühmte, machte im Prozess keine gute Figur. Nach Ansicht des Gerichts habe er von Ökonomie kaum Ahnung gehabt: „Das Verhalten des Beschuldigten lässt nicht auf besondere Kenntnisse des Wirtschaftslebens schließen, sondern auf ein besonderes Maß an Einfalt und Naivität“, notierte ein Amtsrichter über Krause. Treuherzig habe der Ex-Politiker Menschen geglaubt, die ihn mit hohen zweistelligen Renditen innerhalb kürzester Zeit lockten. Vor Gericht war die Rede von Schneeballsystemen und Betrügereien. Seine Firma ging in Konkurs, Gläubiger stellten Haftanträge, die Wohnung der Familie Krause wurde durchsucht, seine Frau ließ sich scheiden – und die Journalisten labten sich an

immer neuen Enthüllungen über den Möchtegern-Star. Im Frühjahr 2001 leistete Krause beim Amtsgericht Bad Doberan einen Offenbarungseid. Darin bezifferte der einstige Ost-Unterhändler des Einheitsvertrags sein Barvermögen auf nur noch 200 Mark, auch habe er „keinerlei Einkommen". Ferner besitze er keine Möbel, keine Fahrzeuge und keine wertvollen Gebrauchsgegenstände. Seine Ex-Frau, die mit Unterhaltsforderungen den Eid erzwungen hatte, bezweifelte diese Angaben. Auch Gläubiger des mit über 15 Millionen Mark verschuldeten Krause zeigten sich skeptisch. Widerlegen konnten sie seine Angaben nicht.

Schließlich wurde Krause im Dezember 2002 vom Landgericht Rostock zu einer Haftstrafe von drei Jahren und neun Monaten verurteilt. Allerdings hob der Bundesgerichtshof im Juli 2004 das Urteil auf. Der Hauptvorwurf der Untreue wurde wegen Verjährung eingestellt. Die Vorwürfe wegen versuchter Steuerhinterziehung und Betruges wurden zur erneuten Verhandlung an das Landgericht Rostock zurückverwiesen. „Mit dieser Entscheidung hat sich mein Glaube an den Rechtsstaat bestätigt", jubilierte Krause. Ende Oktober 2007 verurteilte ihn das Landgericht wegen Betrugs, Insolvenzverschleppung und mehrerer Bankrottdelikte zu einer Freiheitsstrafe von 14 Monaten auf Bewährung. Krause legte dagegen erneut Revision beim BGH ein. Das Verfahren ist immer noch anhängig.

„Im Grunde ist mir damals das passiert, was jetzt zur Bankenkrise geführt hat, nur hat mich eben niemand gerettet", beschied Günther Krause im Oktober 2010 der *Märkischen Allgemeinen*. „Wenn du hier eine Pleite hinlegst, bist du auf ewig der Depp, wenn du es in Amerika beim ersten Mal nicht schaffst, gehen alle davon aus, dass du beim zweiten Mal schlauer bist", sagte der Möchtegern-Manager, der heute mit seiner zweiten Frau in Admannshagen bei Bad Doberan lebt. Aber letztlich wäre er doch immer wieder auf die Beine gekommen: „Von 27 Anklagen endeten 25 entweder mit Freispruch oder Einstellung des Verfahrens." Also maggelt Krause weiter. Sein jüngstes Projekt: Er will aus Stroh und Abfall Erdölsubstitute produzieren.

Der Fall Karl Wienand

Als im Frühjahr 2002 der Name Karl Wienands im Zusammenhang mit dem Kölner Müllskandal auftauchte, reagierte der damalige SPD-Bundestagsfraktionschef Peter Struck verblüfft: „Lebt der überhaupt noch?“ Die Genossen hatten den Mann aus Windeck an der Sieg schon fast vergessen. Dabei war er einmal eine ganz große Nummer in der SPD. Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre gehörte Wienand nach Auffassung des Historikers Arnulf Baring immerhin „zum sozialliberalen Kernbereich, zur Handvoll ihrer wichtigsten Figuren“. Zumindest war er einer der schillerndsten sozialdemokratischen Politiker der Nachkriegszeit.

Die politische Karriere des Bauarbeitersohns, dessen Vater die Nazis als Kommunisten einsperrten, verlief rasant. Nach schwerer Verwundung im Zweiten Weltkrieg und sowjetischer Gefangenschaft 1947 in die SPD eingetreten, wurde Wienand bereits mit 24 Jahren Leiter der DGB-Bundesschule in Bielefeld, mit 25 Jahren Mitglied des SPD-Bezirksvorstands Mittelrhein und Bürgermeister der Gemeinde Rosbach. Mit 26 Jahren zog er 1953 als jüngster Abgeordneter in den Bundestag ein. 1967 avancierte der zum rechten Parteiflügel zählende „Kanalarbeiter“ zum Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion. Er sei damals in der SPD-Fraktion die „Seele des Geschäfts“ gewesen, lobte ihn später sein politischer Weggefährte Hans Apel. Mit seinen „unkonventionellen“ Methoden war „Schlawienand“ für seine Partei Gold wert. Die Kungel- und Saufkünste des engen Vertrauten Herbert Wehners waren legendär. Wenn es sein musste, griff der passionierte Jäger dabei zu „unkonventionellen“ Mitteln. Als die CSU 1970 auf ihrem Nürnberger Parteitag vollmundig den Übertritt des FDP-Parlamentariers Karl Geldner verkünden wollte, war Wienand schneller. Geldner, ein notorisch klammer fränkischer Bäckermeister, bekam einen großzügigen Kredit – und blieb der FDP und damit der sozial-liberalen Koalition in Bonn erhalten. Ohne Wienands *dirty tricks* hätte Kanzler Willy Brandt wohl auch nicht das konstruktiven Misstrauensvotum 1972 überstanden. Bis heute hat Wienand die Namen der Unionsabgeordneten nicht verraten, die sich mittels seiner „Großzügigkeit“

überzeugen ließen, nicht für den Unionskandidaten Rainer Barzel zu stimmen. Nur die Anzahl hat er einmal verraten: „Es waren vier."

Bereits 1971 begann sich Wienand in einem Geflecht von lukrativen Partei- und Geschäftsbeziehungen zu verheddern. Nach der missglückten Notlandung eines Flugzeugs, bei der 22 Menschen starben, wurde ihm vorgeworfen, die verantwortliche Charterfluggesellschaft Paninternational nicht ganz uneigennützig vor einer Prüfung durch die Luftfahrtbehörde geschützt zu haben. Vor einem Untersuchungsausschuss bezeichnete er die an ihn überwiesenen Geldbeträge als völlig korrekte Darlehensrückzahlungen. „Er lügt und lügt und lügt", titelte der *Stern* 1972. Der Ausschuss kam zu keinem abschließenden Urteil. Im Dezember 1973 jedoch wurde Wienands Immunität aufgehoben. Ein Jahr später legte „Charter Charly" unter Hinweis auf seinen Gesundheitszustand sein Bundestagsmandat nieder. Im November 1975 wurde er wegen Steuerhinterziehung zu insgesamt 102.000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Wienand startete seine zweite Karriere. Er wurde Unternehmensberater. Zu seinen Klienten gehörten der Gummersbacher Anlagenbauer Steinmüller und der Viersener Müllunternehmer Hellmut Trienekens. Wienand war der Türöffner. Das sei besonders Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre sehr nützlich gewesen, als die nordrhein-westfälische Landesregierung bei der Abfallentsorgung den Ausstieg aus der Deponiewirtschaft forcierte und stattdessen die Müllverbrennungstechnik vorantrieb, wird später Trienekens der Kölner Staatsanwaltschaft zu Protokoll geben: „Mir wurde klar, dass Wienand zur damaligen Zeit einen erheblichen Einfluss auf Landes- und Kommunalpolitiker hatte."

Auch ein politisches Comeback schien Wienand zu glücken. 1980 wurde der Skandalumwitterte wieder in den Vorstand der SPD Rhein-Sieg gewählt, 1981 in den des Bezirks Mittelrhein. 1985 gelangte er in den Parteirat der Bundes-SPD. Aber 1990 war das Revival vorbei. Nachdem er wegen wiederholten Autofahrens unter Alkoholeinfluss zu einer sechsmonatigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt worden war, verzichtete Wienand auf seine Kandidatur für den Vorsitz im SPD-Unterbezirk Rhein-Sieg.

1994 kam der nächste Absturz. Wienand geriet unter Spionageverdacht. 1996 verurteilte ihn das Düsseldorfer Oberlandesgericht zu zweieinhalb Jahren Haft und einer Million Mark Geldstrafe. Für die Richter gab es nach mehr als einjähriger Prozessdauer „keinen Zweifel" mehr, dass er für die DDR spioniert hatte. Wienand habe sich aus Geldgier und verletzter Eitelkeit nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag mit der Stasi eingelassen und ihr zwischen 1976 und 1989 unter dem Decknamen „Streit" „politische Interna aus der SPD" und die Haltung von führenden SPD-Politikern zu deutschdeutschen Fragen verraten. Dafür habe er insgesamt 1,285 Millionen Mark „Agentensold" kassiert. „Er war ein Verbündeter der DDR", konstatierte der Vorsitzende Richter Günther Krantz. Wienand hatte hingegen beteuert, er sei nur „abgeschöpft" worden. Der Bundesgerichtshof bestätigte Ende 1997 das Urteil. Die Haft blieb Wienand trotzdem erspart, weil er aufgrund seines schlechten Gesundheitszustands im April 1999 vom damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog mit fünfjähriger Bewährungsfrist begnadigt wurde.

Im April 2002 wurden die ersten Vorwürfe laut, Wienand habe Schmiergeldzahlungen beim Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage vermittelt und selbst bis zu 2,1 Millionen Euro kassiert. Am 13. Juni 2002 folgte seine Festnahme. Er kam in Untersuchungshaft. Rund einen Monat später setzte der SPD-Parteivorstand seine Mitgliedschaft aus. Fünf Tage danach trat der verdiente Genosse aus der Partei aus. Das Ende einer großen Liebe.

Wegen seiner Verwicklung in den Kölner Müllskandal verurteilte das Landgericht Köln Wienand im Dezember 2004 zu einer Haftstrafe von zwei Jahren. Zudem verhängte es eine Geldauflage von 25.000 Euro. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass sich der Ex-Politiker der Beihilfe zur Untreue schuldig gemacht hatte. Als einen Grund für die Aussetzung der Haft auf Bewährung nannte der Vorsitzende Richter Martin Baur die angegriffene Gesundheit des schwer Herzkranken: „Sie sind vom Leben gezeichnet, alt und krank: Es ist nicht zu erwarten, dass Sie erneut straffällig werden." Damit sollte Baur recht behalten. Es wurde endgültig still um Karl Wienand. Am 10. Oktober 2011 starb er im Alter von 84 Jahren.

KAPITEL 11

„Dieser Schnappschuss hat mich gekillt“

Über die Rolle der Medien

Im Mittelalter wurden Menschen auf dem Marktplatz an den Pranger gestellt, wenn sie sich etwas hatten zu Schulden kommen lassen, was gegen die Werteordnung der Gemeinschaft verstieß. Die Pranger von heute sind die Titelseiten der Zeitungen. Landet der Regelverstoß eines Politikers auf der Seite Eins eines großen Boulevardblattes, hat er ein Problem. Ohne Blessuren herauszukommen, ist ein echtes Kunststück. Peter Gloystein schaffte es nicht: Es dauerte keine 24 Stunden, bis der Bremer Wirtschafts- und Kultursenator Mitte Mai 2005 die Konsequenzen aus seinem nach eigener Aussage „dramatisch missglückten“ Auftritt auf einem Weinfest ziehen musste.

Wie Zeugen berichteten, hatte Gloystein offenbar in Sektlaune und mit den Worten „Hier hast du auch etwas zu trinken“ bei der Eröffnung der Deutschen Weinwoche auf dem Marktplatz vor der Bremischen Bürgerschaft von der Bühne herab einem Obdachlosen Riesling-Sekt aus einer Magnum-Flasche über den Kopf gegossen. Zum Verhängnis wurde Gloystein diese geschmacklose Aktion, weil ein Fotoreporter geistesgegenwärtig auf den Auslöser drückte. Am folgenden Tag erschien in der Bremer Ausgabe der *Bild-Zeitung* eine großflächige Fotostrecke, auf der zu sehen war, wie der christdemokratische Senator den mittellosen Menschen mit Sekt übergießt und dies auch noch offenkundig lustig findet – während sein Opfer in Tränen ausbricht. Der frühere Vorstandssprecher der BHF-Bank war erst seit September 2004 im Amt. Wie seine Partei hatte er zunächst gedacht, mit einer bloßen Entschuldigung die peinliche Angelegenheit aus der Welt schaffen zu können. Doch schnell musste Gloystein erkennen, dass er gegen die „Wucht der Bilder“

nicht ankommen konnte. „Dieser Schnappschuss hat mich gekillt", konstatierte er nach seinem Rücktritt.

Fast immer stehen die Medien am Anfang vom unfreiwilligen Ende einer politischen Karriere. Sie lassen die Wolken aufziehen, die mal „nur" bedrohlich, mal politisch vernichtend sein können. Die Dramaturgie eines Rücktritts folgt einer eingespielten Regie. Zeitungen oder Zeitschriften berichten über den mutmaßlichen politischen oder privaten Fehltritt eines Politikers. Ein aufgedeckter Skandal, das bedeutet kollektive Empörung. In den Bäckereien, den Straßenbahnen, an ihren Arbeitsplätzen oder in Internet-Foren unterhalten sich die Menschen über das tatsächliche oder vermeintliche Fehlverhalten des Politikers und stellen Mutmaßungen an, was er noch so alles auf dem Kerbholz haben könnte. Medienberichte heizen die Stimmung an, ziehen Parallelen zu anderen Fällen und transportieren die ersten Rücktrittsforderungen aus den Reihen des politischen Gegners oder, schlimmer für den Angegriffenen, aus dem eigenen Lager.

Längst ist das Medien- wie Politikgeschäft schneller und damit auch gnadenloser geworden. Man dürfe „den Jagdtrieb der Medien nicht unterschätzen", schreibt der frühere SPD-Parteivorsitzende und heutige Linkspartei-Politiker Oskar Lafontaine in seinem 1999 veröffentlichten Buch *Das Herz schlägt links*. Es gebe Journalisten, „die es sich zum Ziel setzen, Politiker zum Rücktritt zu zwingen", empört sich Lafontaine. Diese hätten sich vor ihm „schon oft gebrüstet, den oder den zu Fall gebracht zu haben". Das liest sich so, als würden Journalisten Politiker aus Spaß an der Jagd ins Aus treiben und die Namen der Erlegten wie Trophäen sammeln. Aus Sicht von Politikern und anderer Personen in öffentlicher Verantwortung mag das so erscheinen. Doch nicht der Bote ist für das beschriebene Vergehen verantwortlich, sondern derjenige, der es begangen hat.

„Typisches Produktionsmittel der heutigen Medienlandschaft ist die Windmaschine, die laufend Pseudonachrichten erzeugen muss, um im Stundenrhythmus ihre Kunden zu bedienen", beklagt sich der frühere Bundesfinanzminister Peer Steinbrück in seinem 2010 veröffentlichten Bestseller *Unterm Strich*. „Um in der Nachrichten- und Reizüberflutung überhaupt noch Aufmerksamkeit zu finden,

werden Gelegenheiten gesucht und gefunden, schon ein leidliches Fehlverhalten oder eine leichte Abweichung von einer Norm zum Skandal zu stilisieren“, glaubt der Sozialdemokrat und warnt vor „einer Immunisierung gegenüber wirklich schreienden Ungerechtigkeiten oder Verantwortungslosigkeiten“. Aber wo ist die Grenze? Auch in der Causa Guttenberg bemühten zahlreiche Verteidiger des Mogelbarons das Argument, es gebe Wichtigeres als die Frage, wie er an seinen Doktortitel gelangt sei. Jürgen Kaube antwortete in der *FAZ*, selbstverständlich gebe es Wichtigeres: „Es gibt auch Wichtigeres als Steuerhinterziehung, Fahren im angetrunkenen Zustand, das Heraustelefonieren von Lustmädchen aus Untersuchungsgefängnissen durch Ministerpräsidenten, Vulgarität und was nicht noch alles.“ Aber, so Kaubes rhetorische Frage, solle man darum nicht mehr sagen dürfen, worum es sich handelt, also im konkreten Fall „um Täuschung großen Stils, um Unehrlichkeit also“? Kanzlerin Merkels nonchalanter Spruch, sie habe keinen wissenschaftlichen Assistenten ins Kabinett berufen, sei „wohlfeil und herablassend gegen Leute, die es mit der Wahrheit und der Leistung ernster nehmen“.

Die Rücktrittsmacher

Erzwungene Rücktritte passieren nicht einfach, sie werden gemacht. Dabei ist es durchaus eine Frage der Nachrichtenlage, wann eine Verfehlung zum Skandal wird und wann nicht. Manche Themen entwickeln sich zu Polit-Tornados. Sie ziehen auf, verursachen ungeheuren Wirbel und nehmen den ein oder anderen Politiker mit. Wer den Tornado überlebt und wer nicht, ist vorher schwer auszumachen. Welche Wirkung ein Skandal entfaltet, ist dabei nicht zuletzt auch eine Frage des Zeitpunkts. Hätte Laurenz Meyer vor seinem Rücktritt als CDU-Generalsekretär im Dezember 2004 die Weihnachtsferien abgewartet, hätte er wahrscheinlich im Amt bleiben können. Denn die Tsunami-Katastrophe Ende Dezember 2004 überschattete in den Medien alle anderen Themen. Entsprechend hätte sich auch die Aufregung über Meyer gelegt.

Wie funktioniert heute die mediale Behandlung eines Skandals und einer Rücktrittsdiskussion? Um im Bild des Tornados zu bleiben: Noch fernab der öffentlichen Wahrnehmung beginnt der Sturm aufzuziehen. Während der Recherche vor der Veröffentlichung tragen Journalisten Einzelheiten eines Falls zusammen, der sich zu etwas „Größerem" entwickeln könnte. Dabei bleibt es nicht aus, dass sie Spuren nachgehen, die sich später als Irrwege erweisen. Das ist das tägliche journalistische Brot. Mit der Anfrage bei dem ins Visier geratenen Politiker und der ersten Konfrontation mit den zusammengetragenen Vorwürfen erhält der Betroffene die Sturmwarnung. Der Politiker weiß nun, der Wirbelwind wird aufziehen. Es besteht nur noch die Möglichkeit, die Folgen abzumildern, denn gute Journalisten werden zu diesem Zeitpunkt ihre Vorwürfe bereits „rund recherchiert" haben.

Ist der Skandal in der Öffentlichkeit, steigt die Windgeschwindigkeit minutenschnell. Schließlich setzen nahezu alle Zeitungen darauf, mit Vorabmeldungen in die Nachrichten der elektronischen Medien zu kommen. Es „adelt", wenn der Name des eigenen Blattes zum Beispiel in der *Tagesschau* genannt wird. Also bedient man die Presseagenturen, die bei solchen Themen gerne in die Berichterstattung einsteigen. Hat es ein Skandal erst einmal in den „Ticker" geschafft, werden seine Ausmaße potenziert, weshalb man auch von einer Torwart-Funktion der großen Nachrichtenagenturen spricht. Von der Behandlung des Sachverhalts in den verschiedenen Medien hängt es ab, wie sich die Sache weiterentwickelt: Entfaltet der Tornado seine volle Kraft oder flaut er ab. Um Letzteres zu verhindern, bedienen sich Journalisten der „Tröpfchen-Strategie". Weitere, häufig längst vorbereitete Artikel erscheinen, um die Story „am Kochen zu halten". Hinzukommen die eingeholten Reaktionen aus der Politik oder – wie in der Guttenberg-Plagiatsaffäre – aus dem Wissenschaftsbetrieb, um die Berichterstattung fortsetzen zu können.

Allerdings sollten sich Journalisten vor Selbstüberschätzung und Allmachtsfantasien hüten: Sie können Politiker nicht alleine stürzen, sondern höchstens die Munition für ihren Sturz transportieren. Liefern und nutzen müssen die Munition andere. Öffentliche Empörung ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für

den Rücktritt eines Politikers. Es müssen noch andere Faktoren hinzukommen wie Machtverlust in den eigenen Reihen oder ein fatales Krisenmanagement.

Mittlerweile kümmern sich nicht selten Spin-Doctors darum, Politiker ins rechte Licht zu rücken. Und die haben meist einen Abwehrplan in der Tasche, wenn Unangenehmes droht. Mit Hilfe der von den Spin-Doctors entworfenen *Public Relations* in eigener Sache gelingt es den Amtsinhabern im besten Falle Menschen zu überzeugen – im schlechtesten Falle zu manipulieren. Lothar Laux hat das in seinem Buch *Wir, die wir gut sind* auf den Punkt gebracht: „Mit Selbstdarstellung bemühen wir uns, den Eindruck zu steuern, den wir auf andere Personen ausüben. Wir nehmen Einfluss darauf, wie andere uns wahrnehmen, welche Eindrücke sie gewinnen und, als Folge davon, wie sie uns behandeln." Systematisch werden die Lebensläufe potenzieller Amtsträger durchleuchtet. Ihr Handeln wird ständig beobachtet, um mögliche Schwachpunkte frühzeitig zu analysieren und im Ernstfall schnell reagieren zu können. Das ist legitim, solange die Wahrheit nicht auf der Strecke bleibt. Doch genau das ist oft der Fall. Es gebe immer wieder welche, die „Verschleierungstaktiken mit Krisenmanagement verwechseln", erklärt der Publizist und Dozent für Öffentlichkeitsarbeit und Krisenmanagement Holger Doetsch. Er rät beschuldigten Politikern, das Agieren dem Reagieren um jeden Preis vorzuziehen: „Jeder, der in der Öffentlichkeit steht, sollte von sich aus die Flucht nach vorn antreten, wenn er Dreck am Stecken hat."

Eine beliebte Reaktion von Politikern auf die befürchtete Veröffentlichung von Vorwürfen besteht in dem Versuch, die entsprechende Veröffentlichung zu verhindern, also Medien mundtot zu machen. Der Anruf beim Herausgeber einer Zeitung oder beim Chefredakteur eines Senders hat vor allem im lokalen Bereich schon Wunder gewirkt. Auch mit Klagedrohungen versuchen Politiker nicht selten, unerwünschte Meldungen zu verhindern. Leugnen, Herunterspielen, Abblocken, Ablenken – die Politikerolympiade kennt eine ganze Reihe zweifelhafter Disziplinen, die im Laufe der Karriere bis zur Perfektion eingeübt werden. „Politiker sind wie Kinder vor der Mutter: Mal sehen, wie weit man mit der halben

Wahrheit kommt“, schrieb Josef Joffe Anfang 2001 in der *Zeit*. „Das rächt sich immer“, glaubt Joffe. Denn die Medien gierten nach der nächsten Enthüllung, die Opposition liefere sie gern.

Komplizierte Beziehungskiste

Christoph Gehring war immer nah dran. Als Korrespondent des Deutschlandfunks und des Deutschlandradios verfolgte er jahrelang die Politik in Rheinland-Pfalz und berichtete bundesweit darüber. Seit einigen Monaten machte er nun diesen Job in Nordrhein-Westfalen. Und er machte ihn gut. Doch ausgerechnet mit Beginn des Landtagswahlkampfs verstummte Anfang 2010 seine Stimme am Mikrofon. Der Grund: Gehring wechselte die Seiten. Er wurde stellvertretender Regierungssprecher des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck (SPD).

Die Nähe zwischen Journalisten und Politikern ist an Gehrings Beispiel gut nachzuvollziehen: Wo man sich gegenseitig schätzen lernt, verschwimmt leicht die Grenze zwischen den Metiers. Immer wieder kommt es vor, dass Journalisten ihre Rolle tauschen. Schon Conrad Ahlers, dessen Artikel „Bedingt abwehrbereit“ 1962 die *Spiegel*-Affäre ausgelöst hatte, wechselte einst die Seiten und wurde Regierungssprecher unter Willy Brandt. Klaus Bölling war Intendant von Radio Bremen, bevor er die Politik Helmut Schmidts anpries. Helmut Kohl setzte erst auf den früheren *Welt*- und *Bild*-Chefredakteur Peter Boenisch, dann auf den ZDF-Mann Friedhelm Ost. Gerhard Schröder ließ seine Politik von Ex-*Bild*-Mann Bela Anda verkaufen. Angela Merkel holte sich den Fernsehjournalisten Steffen Seibert vom ZDF. Dabei sind die Aufgaben im Prinzip grundverschieden, wie der Journalist Wolfgang Herles in seinem Buch *Das Saumagen-Syndrom* schreibt: „Journalisten sind scharf darauf, alles zu erfahren. Pressesprecher werden dafür bezahlt, das für ihre Chefs Vorteilhafte strahlen zu lassen, Unangenehmes zu verharmlosen oder zu vertuschen.“ Unproblematisch sind solche Rollenwechsel nicht, räumt auch Christoph Gehring ein. „Bis vor einem halben Jahr habe ich selbst noch gesagt, ein Journalist wechselt

nicht die Seiten“, sagte er kurz nach seinem Wechsel in die Mainzer Staatskanzlei.

Gehring hatte sich früher nicht einmal mit Politikern geduzt, um keine verfängliche Nähe aufkommen zu lassen. Wer seine journalistische Unabhängigkeit bewahren will, muss sich vor Verbrüderungen hüten. Allerdings gehört die Gratwanderung zwischen Nähe und Distanz zum Alltag. Politik ist stets ein Spiel zwischen Vorder- und Hinterbühne. Nicht immer wird auf beiden das gleiche Stück gegeben. Während dem Publikum große Einigkeit demonstriert wird, tobt nicht selten hinter den Kulissen ein erbitterter Streit. Geheimpapiere aus Untersuchungsgremien, das Stimmungsbild aus einer Vorstandssitzung, Gesetzesideen der Regierungskoalition – all das bekommt heraus, wer einen besonderen persönlichen Draht hat. Wer sich darum nicht bemüht, dem bleibt nur die Konzentration auf tagesaktuelle Schlaglichter, die Abbildung von Vorgegebenem.

Politiker plaudern jedoch nicht uneigennützig aus dem Nähkästchen. Sie verfolgen eigene Interessen, die nur selten dem journalistischen Aufklärungsanspruch entsprechen. Das fängt damit an, dass Journalisten danach gefragt werden, wie man eine Initiative oder einen Fernsehauftritt des Politikers fand. Die Grenze zur Politikberatung droht zu verschwinden. Journalisten müssen sich der Gefahr bewusst sein, in die profane Kumpanei mit jenen abzugleiten, die sie kontrollieren sollten. Mit dem Bild von dem „Schmiergeld namens Nähe“ überschrieb vor mehr als einem Jahrzehnt der Journalist Peter Zudeick eine selbstkritische Analyse über den Journalismus in der Nähe der Macht.

Politiker wissen genau: Wer gute Kontakte zu Journalisten hat und geschickt vorgeht, hat gute Chancen, sie für seine Zwecke zu instrumentalisieren. „Das beste Mittel, sich Journalisten gefügig zu machen“, gestand der frühere Regierungssprecher Bölling, „ist für Politiker, sie zu umarmen, sie an ihrem Herrschaftswissen teilhaben zu lassen, sie zu Mitwissern und damit Komplizen zu machen.“ Dazu gehören die ungeschriebenen Spielregeln des politischen Kommunikationsgeschäfts: Sagt ein Politiker Journalisten etwas „unter eins“, darf er wörtlich und mit Namensnennung zitiert werden. Sagt er etwas „unter zwei“, kann nur noch geschrieben werden,

was irgendwer gesagt hat, die Quelle muss verschlüsselt werden. Informationen „unter drei" sind allein für den Hinterkopf bestimmt, für die persönliche Einschätzung, und dürfen nicht veröffentlicht werden.

Wohl nicht zu Unrecht wirft Oskar Lafontaine bis heute seinem früheren Parteifreund Bodo Hombach vor, maßgeblich an seiner Demontage als Finanzminister beteiligt gewesen zu sein. Hombach war im ersten Kabinett Gerhard Schröders Chef des Bundeskanzleramts und Bundesminister für besondere Aufgaben. „Im Nachhinein muss ich schon anerkennend sagen: Die Art und Weise, in der es Hombach verstand, Journalisten, auch Chefredakteure, einzuwickeln, war meisterhaft", schreibt Lafontaine in seinem Buch *Das Herz schlägt links*. Die Arbeit von Hombach und seiner Entourage habe „aus Indiskretionen und Desinformationen" bestanden. Bei seinem Abgang 1999 bescheinigte die *Woche* Hombach die „Sucht nach Publizität" und die „Leidenschaft für Intrigen". Inzwischen ist der rechte Sozialdemokrat Geschäftsführer beim mächtigen Essener *WAZ*-Konzern.

Politiker brauchen und gebrauchen die Medien. Nirgendwo anders können sie ihre Eitelkeit besser ausleben als in der Öffentlichkeit. Wichtig ist nur der, über den berichtet wird. Ohne Medien kein Einfluss. Wer als Politiker nach oben kommen will, muss sich mit diesem System arrangieren. Schon in den örtlichen Parteiverbänden beginnt die gnadenlose Schlacht um Aufmerksamkeit. Penibel werden oft die Zeilen der Berichte über den jeweiligen Verband gezählt: Nur „Wörtermillionäre" können aufsteigen. Dabei ist es zunächst nicht entscheidend, ob positiv oder negativ berichtet wird. „Ist doch egal, wenn ich in der Zeitung beschimpft werde – Hauptsache, mein Name ist richtig geschrieben", ist eine weitverbreitete Einstellung unter aufstrebenden Politikern. Weil Bürger Versammlungen nicht mehr so häufig besuchen, haben die Medien die Rolle der Politikvermittlung übernommen.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Philipp Mißfelder warnt allerdings seine Berufskollegen: „Man darf nicht erwarten, dass der Journalist seinen Job nicht macht." Den Fehler habe Ex-Kanzler Gerhard Schröder begangen: „Als er aufsteigen wollte, hat er mit

Journalisten eng zusammengearbeitet. Später war er bitter enttäuscht, als dieselben ihn als Kanzler auch mal kritisierten.“ Schröder war der Erste und bisher Einzige, der mit der Strategie „*Bild*, *BamS* und Glotze“ Medienkanzler wurde. „In Fraktion und Partei wird der intensive Kontakt zur Presse teilweise kritisch gesehen“, berichtet Mißfelder, der Mitglied des CDU-Bundespräsidiums und Vorsitzender der Jungen Union ist. Anfragen abzublocken, führe jedoch eher zu einer Beschleunigung der Berichterstattung. „Manche denken trotzdem, dass man durch Schweigen mehr erreicht als durch offene Kommunikation. Er selbst habe „die Vertraulichkeit bei innerparteilichen Angelegenheiten von CDU und Junge Union nie gebrochen“, sagt Mißfelder. „Aber wenn ein Journalist mich mit gut recherchierten Hintergründen konfrontiert und dazu befragt, kann ich nicht lügen“, beteuert er. Das kann man glauben oder auch nicht.

In herzlicher Abneigung verbunden

Das Verhältnis zwischen Politikern und Journalisten ist stets ein ambivalentes. Es ist geprägt von einer gegenseitigen Erwartungshaltung, die nur in seltenen Fällen übereinstimmt. Das kann bisweilen dazu führen, dass die Haltung mancher Politiker gegenüber Journalisten feindselig wird. Der frühere baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth sprach von „Heuchlern und Pharisäern“, weil die Reporter selbst bei Reisen dabei gewesen seien, die sie ihm später vorwarfen. Von dem einstigen hessischen Finanzminister und Frankfurter Oberbürgermeister Rudi Arndt ist überliefert, wie er nach einem für ihn unerquicklichen Zeitungsbericht im Vorstand der SPD Hessen-Süd Näheres über den Autoren des Artikels erfahren wollte: „Ist der in der Partei?“, fragte Arndt. „Dann fliegt er raus“, polterte der bullige Sozialdemokrat erbost. Der heutige CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler rief den Journalisten nach seinem Rücktritt als bayerischer Umweltminister wegen Ungereimtheiten im Zusammenhang mit seiner Rechtsanwaltkanzlei verächtlich nach: „Pfüat euch, Arschlöcher.“ Die Berichterstattung

über seine Verwicklung in den Flick-Skandal bezeichnete der damalige Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff als „Hinrichtungsjournalismus“. Als „Schweinejournalismus“ bezeichnete der seinerzeitige saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine Anfang der neunziger Jahre Berichte über seine angeblichen Verstrickungen ins Rotlichtmilieu. Den damaligen *FAZ*-Herausgeber Johann Georg Reißmüller titulierte der ehemalige SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz Mitte der neunziger Jahre als einen „publizistischen Landsknecht, Unterfall Gesinnungstäter“. Reißmüller sei „der Typus des Publizisten, der sich ein festgefügtes Weltbild nicht kaputtrecherchieren lässt“. Der konservative Journalist sei „weder Rapporteur noch Vermittler, sondern Täter, Politiker in der Tradition der einsinnigen Publizistik der Weimarer Republik“. Starker Tobak.

Helmut Kohl beschimpfte zu seiner Zeit als Bundeskanzler auf fast jedem Bundesparteitag die anwesende „Journaille“ und geißelte den „Kloakenjournalismus“. Eine besondere Hassliebe verbindet Kohl bis heute mit dem *Spiegel*, dem er seit 1976 – also seit seiner ersten, damals noch vergeblichen Kanzlerkandidatur – aus Prinzip kein Interview mehr gibt. Als Grund für seinen Boykott nannte er in einem bemerkenswerten Interview, das der *Bild*-Chefredakteur Kai Diekmann im September 2003 für die Jubiläumsausgabe der *taz* anlässlich ihres 25-jährigen Bestehens mit ihm führte, es sei „immer das Gleiche beim *Spiegel*“ gewesen: „Der Text der Interviews war in Ordnung, aber drum herum haben sie eine herabsetzende Geschichte gebaut.“ Kohl nannte auch den Preis, den er aus seiner Sicht für seine Haltung zu zahlen hatte: „Für das Ignorieren des *Spiegel* habe ich natürlich gebüßt. Ich glaube, es gibt niemanden, der so oft auf dem Titelblatt mit entsprechender Tendenz gezeigt wurde wie ich.“

Immer wieder gelingt es den Medien, mit Berichten über Partei- oder Regierungsinterna, Politiker in Schwierigkeiten zu bringen. Diese empfinden das als Zumutung, weil sie die Kontrolle über ihr Erscheinungsbild behalten wollen. In einer im März 2005 veröffentlichten Umfrage des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialfor-

schung (WZB) stimmten 97 Prozent von rund 200 befragten Abgeordneten der Aussage zu, die „Art, wie Journalisten über Politik berichten", sei eine der Hauptgründe für den Vertrauensverlust zwischen Politik und Öffentlichkeit. Ein Vorwurf, den der Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ), Wolfgang Fürstner, umgehend als „absurd" zurückwies. „Medien sind Spiegel, aber nicht die Verursacher der politischen Realität", erwiderte er. „Wir können die Dinge nicht schön schreiben, bloß weil das der Politik besser passen würde". Den Medien käme in der Demokratie eine besondere Rolle zu, da sie die Kontrolleure der Politik seien. „Welch ein grandioses Missverständnis herrscht in der Politik vor, wenn die Transporteure der Botschaft für die Inhalte verantwortlich gemacht werden", betonte Fürstner. Die Verantwortung für Politikverdrossenheit hätten Politiker und nicht jene, die über Politik berichten. Widerspruch kam auch vom Deutschen Journalisten-Verband (DJV). „Die Politiker sollten akzeptieren, dass sich Leser und Zuschauer über die Fakten aufregen", erklärte der DJV-Vorsitzende Michael Konken. Hofberichterstattung habe in der Demokratie keinen Platz.

Ein ehrbares Handwerk – trotz alledem

„Wo immer im Staat etwas faul ist", fordert der Presserechtler Martin Löffler, „soll die Presse Laut geben und so nach dem Willen der Verfassung das Amt eines öffentlichen Wächters ausüben." Es wäre schön, wenn es stets so wäre. „Ob Neonazis oder Friedensbewegung, Frauenemanzipation, nukleare Bedrohung, ökologischer Verfall – Politiker in Bonn, die Nachrichten über Veränderungen im Lande nahezu automatisch als Panikmache oder Minderheitengeschwätz abzutun pflegen, können immer auf eine applaudierende Presse zählen, die anderswo Systemveränderer am Werke sieht, Wirrköpfe und Politclowns", beklagte der Journalist Jürgen Leinemann zu Zeiten, als der Bundestag noch am Rhein stand. Die Medien sind heute nicht kritischer geworden. Immer noch nehmen sie häufig nicht die Rolle des natürlichen Gegenspielers von politischen und wirtschaftlichen Eliten ein, sondern begnügen sich mit der des

natürlichen Verbündeten. Dabei haben sich die Recherchemöglichkeiten stark verbessert. Informationen über die Angaben der Nebeneinkünfte von Abgeordneten sind im Zeitalter des Internets beispielsweise wesentlich rascher verfügbar als früher. Dadurch werden die Verflechtungen von Politik und Wirtschaft zwar transparenter. Aber ob sie auch angemessen thematisiert und problematisiert werden, ist eine andere Frage.

Medien müssen über die Verfehlungen von Politikern berichten, das ist ihre Aufgabe als „vierte Gewalt". Allerdings ist dieser Begriff nicht ganz unproblematisch, wie Hanno Kühnert 1994 in der *Zeit* festgestellt hat: „Die Medien als ‚vierte Gewalt' sind ein kokettes Missverständnis, ein Unsinn", schrieb Kühnert. Redaktionen, Druckereien und Sender seien verletzlich, jeder Polizist, Staatsanwalt oder Gerichtsvollzieher sei in einer Konfliktsituation mächtiger. „Daher ist das Menschenrecht auf Pressefreiheit intensiv gegen die drei mächtigen Gewalten des Staates gerichtet. Die Presse ist nicht sein vierter Kumpel."

Die Konsequenz, die sich daraus ergibt: „Investigativer Journalismus muss dem Politiker zuwider sein", schreibt Hans Werner Kilz. Es sei „eben schwer, es zugleich der Wahrheit und den Politikern recht zu machen." Der Journalist suche nach Missständen im politischen Apparat, recherchiere von unten, zapfe Quellen an, die offiziell nicht zugänglich sind. „Er zweifelt an Sachverhalten, die andere ungeprüft übernehmen oder aus Gefälligkeit verbreiten", so der langjährige Chefredakteur des *Spiegel* und der *Süddeutschen Zeitung*. Das sei „ein durchaus ehrbares Handwerk" – und all die, die es ausüben, dürften „auch noch für sich in Anspruch nehmen, es im öffentlichen Auftrag zu tun". Unterdrückte Nachrichten seien „allemal gefährlicher als voreilige, leichtfertige, geschmacklose, verletzende oder gar falsche", stellt Kilz in dem 1995 erschienenen *Spiegel-Special* „Die Journalisten" fest. Alle letztgenannten seien zu korrigieren, nicht veröffentlichte aber verloren.

Der Rücktritt ist meist das reinigende Gewitter, das mit seinem medialen Donner ins Bewusstsein der Beobachter drängt. Es blitzt und donnert nicht jeden Tag, aber in schöner Regelmäßigkeit. Er gehört zur politischen Meteorologie. Es gibt keinen Grund, das zu

beklagen. Wer Verantwortung übernimmt muss auch bereit sein, sie zu tragen. Daran zu erinnern, gehört zu den elementaren Aufgaben einer demokratischen Presse. In manchen Fällen besteht die Verantwortung darin, die jeweilige Funktion nicht weiter auszuüben, um, wie es so schön heißt, das Amt nicht zu „beschädigen". Eine solche Beschädigung entsteht, wenn die Öffentlichkeit das Vertrauen in die jeweilige Institution verliert.

Der damalige Bundespräsident Horst Köhler unterstrich 2009 anlässlich des 60-jährigen Jubiläums der Bundespressekonferenz den Wert der Medien für das politische System: „In einem Land, in dem das Verhältnis zwischen Politik und Presse immer gut ist, möchte ich nicht leben, geschweige denn als Staatsoberhaupt." Die Aufdeckung von Regelverstößen und in ihrer Folge Rücktritte wird auch künftig eine wichtige Funktion haben: als Erinnerung an die Wertmaßstäbe, die sich eine Gesellschaft und deren politisches System gegeben haben. Einer Illusion sollte sich die Öffentlichkeit jedoch nicht hingeben: Der Rücktritt eines Politikers ist noch kein Korrektiv für falsche Entwicklungen. Gleichwohl markieren Demissionen Veränderungen im politischen Machtgefüge und im gesellschaftlichen Bewusstsein. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

ANHANG

Rücktritte

Eine Auswahl

Rücktritte aus Bundesregierungen und anderen Bundesämtern

09.10.1950	**Gustav Heinemann** (CDU)	Innenminister
		Wiederbewaffnungspolitik Adenauers
18.10.1950	**Erich Köhler** (CDU)	Bundestagspräsident
		Gesundheitszustand / Überforderung
09.12.1953	**Hans Schuberth** (CSU)	Minister f. Post- und Fernmeldewesen
		Konfessioneller Proporz
26.05.1955	**Heinrich Hellwege** (DP)	Bundesratsminister
		Wahl zum Ministerpräsidenten Nieders.
15.09.1959	**Heinrich Lübke** (CDU)	Landwirtschaftsminister
		Wahl zum Bundespräsidenten
04.05.1960	**Theodor Oberländer** (CDU)	Vertriebenenminister
		NS-Vergangenheit
14.07.1961	**Helmuth von Grolman**	Wehrbeauftragter des Bundestages
		Homosexuelle Beziehung
19.11.1962	**Wolfgang Stammberger** (FDP)	Justizminister
		Spiegel-Affäre
19.11.1962	**Walter Scheel** (FDP)	Minister f. Wirtschaftliche Zusammenarbeit
		Spiegel-Affäre
19.11.1962	**Wolfgang Mischnick** (FDP)	Vertriebenenminister
		Spiegel-Affäre
19.11.1962	**Hans Lenz** (FDP)	Schatzminister
		Spiegel-Affäre
19.11.1962	**Heinz Starke** (FDP)	Finanzminister
		Spiegel-Affäre
11.12.1962	**Franz Josef Strauß** (CSU)	Verteidigungsminister
		Spiegel-Affäre
11.10.1963	**Konrad Adenauer** (CDU)	Bundeskanzler
		Persönliche Gründe (Alter)
07.02.1964	**Hans Krüger** (CDU)	Vertriebenenminister
		NS-Vergangenheit

28.10.1964	**Heinrich von Brentano** (CDU)	Außenminister *Parteiräson*
26.03.1965	**Ewald Bucher** (FDP)	Justizminister *Protest gegen Verlängerung der Verjährungsfrist von NS-Verbrechen*
28.10.1966	**Ewald Bucher** (FDP)	Minister f. Wohnungswesen und Städtebau *Koalitionsbruch*
28.10.1966	**Erich Mende** (FDP)	Minister f. Gesamtdeutsche Fragen *Koalitionsbruch*
28.10.1966	**Walter Scheel** (FDP)	Minister f. Wirtschaftliche Zusammenarbeit *Koalitionsbruch*
28.10.1966	**Rolf Dahlgrün** (FDP)	Finanzminister *Koalitionsbruch*
30.11.1966	**Ludwig Erhard** (CDU)	Bundeskanzler *Innerparteiliche Konflikte*
26.03.1968	**Paul Lücke** (CDU)	Innenminister *Verschiebung Wahlrechtsreform*
01.10.1968	**Bruno Heck** (CDU)	Familien- & Jugendminister *Beschränkung auf CDU-Generalsekretär*
01.10.1968	**Hans-Jürgen Wischnewski** (SPD)	Minister f. Wirtschaftliche Zusammenarbeit *Wechsel zum SPD-Bundesgeschäftsführer*
31.01.1969	**Eugen Gerstenmaier** (CDU)	Bundestagspräsident *Verdacht Vorteilsverschaffung*
05.02.1969	**Kai-Uwe von Hassel** (CDU)	Minister f. Vertriebene, Flüchtlinge & Kriegsgeschädigte *Wahl zum Bundestagspräsidenten*
26.03.1969	**Gustav Heinemann** (SPD)	Justizminister *Wahl zum Bundespräsidenten*
30.06.1969	**Heinrich Lübke** (CDU)	Bundespräsident *Persönliche Gründe (Alter/Gesundheit)*
13.05.1971	**Alex Möller** (SPD)	Finanzminister *Kritik an Haushaltspolitik*
27.01.1972	**Hans Leussink** (parteilos)	Bildungsminister *Bildungspolitische Querelen*
07.071972	**Karl Schiller** (SPD)	Wirtschafts- & Finanzminister *Streit um Währungs- und Finanzpolitik*
07.05.1974	**Willy Brandt** (SPD)	Bundeskanzler *Guillaume-Affäre*
08.07.1974	**Erhard Eppler** (SPD)	Minister f. Wirtschaftliche Zusammenarbeit *Etatstreit*
07.10.1977	**Hans Friderichs** (FDP)	Wirtschaftsminister *Wechsel zur Deutschen Bank*

16.02.1978	**Georg Leber** (SPD)	Verteidigungsminister *MAD-Abhöraffäre*
16.02.1978	**Helmut Rohde** (SPD)	Bildungs- & Wissenschaftsminister *Scheitern Reform Berufsbildungswesen*
16.02.1978	**Karl Ravens** (SPD)	Minister f. Raumordnung, Bauwesen & Städtebau *Wechsel in die Landespolitik (Niedersachsen)*
08.06.1978	**Werner Maihofer** (FDP)	Innenminister *Fahndungspannen Schleyer-Entführung*
22.01.1981	**Hans-Jochen Vogel** (SPD)	Justizminister *Wahl z. Regierenden Bürgermeister Berlin*
07.04.1982	**Antje Huber** (SPD)	Familienministerin *Spekulationen um ihre Entlassung*
17.09.1982	**Hans-Dietrich Genscher** (FDP)	Außenminister *Koalitionswechsel*
17.09.1982	**Gerhart Rudolf Baum** (FDP)	Innenminister *Koalitionswechsel*
17.09.1982	**Otto Graf Lambsdorff** (FDP)	Wirtschaftsminister *Koalitionswechsel*
17.09.1982	**Josef Ertl** (FDP)	Minister f. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten *Koalitionswechsel*
27.06.1984	**Otto Graf Lambsdorff** (FDP)	Wirtschaftsminister *Flick-Skandal*
25.10.1984	**Rainer Barzel** (CDU)	Bundestagspräsident *Flick-Skandal*
14.06.1985	**Peter Boenisch**	Regierungssprecher Bundesregierung *Steuerhinterziehung*
26.09.1985	**Heiner Geißler** (CDU)	Minister f. Jugend, Familie & Gesundheit *Beschränkung auf CDU-Generalsekretär*
23.04.1987	**Walter Wallmann** (CDU)	Minister f. Umwelt, Naturschutz & Reaktorsicherheit *Wechsel Ministerpräsident Hessen*
18.05.1988	**Manfred Wörner** (CDU)	Verteidigungsminister *Wechsel zum NATO-Generalsekretär*
11.11.1988	**Philipp Jenninger** (CDU)	Bundestagspräsident *umstrittene Rede zur Reichspogromnacht*
09.12.1988	**Martin Bangemann** (FDP)	Wirtschaftsminister *Wechsel zur EU-Kommission*
25.11.1988	**Rita Süssmuth** (CDU)	Ministerin f. Jugend, Familie, Frauen & Gesundheit *Wahl zur Bundestagspräsidentin*

17.12.1990	**Lothar de Maizière** (CDU)	Minister für besondere Aufgaben *Stasi-Vorwürfe*
18.06.1991	**Liselotte Funcke** (FDP)	Ausländerbeauftragte d. Bundesregierung *Kritik an Parteien und Regierung*
26.11.1991	**Wolfgang Schäuble** (CDU)	Innenminister *Wechsel in den Vorsitz* *CDU/CSU -Bundestagsfraktion*
31.03.1992	**Gerhard Stoltenberg** (CDU)	Verteidigungsminister *Panzerlieferungen in Türkei*
05.05.1992	**Gerda Hasselfeldt** (CSU)	Gesundheitsministerin *Persönliche Gründe (Gesundheit)*
18.05.1992	**Hans-Dietrich Genscher** (FDP)	Außenminister *Persönliche Gründe (Alter)*
14.12.1992	**Christian Schwarz-Schilling** (CDU)	Minister f. Post & Telekommunikation *Protest gegen Regierungspolitik*
03.01.1993	**Jürgen W. Möllemann** (FDP)	Wirtschaftsminister *Briefbogen-Affäre*
21.01.1993	**Ignaz Kiechle** (CSU)	Minister f. Ernährung, Landwirtschaft & Forsten *Persönliche Gründe (Gesundheitszustand)*
06.05.1993	**Günther Krause** (CDU)	Verkehrsminister *Diverse Affären*
04.07.1993	**Rudolf Seiters** (CDU)	Innenminister *Antiterroreinsatz in Bad Kleinen*
03.02.1994	**Rainer Ortleb** (FDP)	Bildungsminister *Persönliche Gründe (Gesundheitszustand)*
14.01.1998	**Klaus Töpfer** (CDU)	Minister f. Raumordnung, Bauwesen & Städtebau *Wechsel zur UNO*
17.01.1996	**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** (FDP)	Justizministerin *Protest gegen „Großen Lauschangriff“*
11.03.1999	**Oskar Lafontaine** (SPD)	Finanzminister *Unzufriedenheit über Regierungspolitik*
24.06.1999	**Bodo Hombach** (SPD)	Minister im Kanzleramt *Neue EU-Aufgabe, Hausbau-Affäre*
17.09.1999	**Franz Müntefering** (SPD)	Minister f. Verkehr, Bau- & Wohnungswesen *Wechsel zum SPD-Bundesgeschäftsführer*
16.11.2000	**Reinhard Klimmt** (SPD)	Bau- und Verkehrsminister *Beihilfe zur Untreue*
01.01.2001	**Michael Naumann** (SPD)	Kulturstaatsminister *Wechsel zur Zeitschrift „Die Zeit“*

09.01.2001	**Andrea Fischer** (Grüne)	Gesundheitsministerin *BSE-Skandal*
09.01.2001	**Karl-Heinz Funke** (SPD)	Landwirtschaftsminister *BSE-Skandal*
04.10.2005	**Renate Künast** (Grüne)	Verbraucherschutzministerin *Wechsel in den Vorsitz der grünen Bundestagsfraktion*
21.07.2007	**Franz Müntefering** (SPD)	Minister f. Arbeit & Soziales *Familiäre Gründe*
27.10.2008	**Horst Seehofer** (CSU)	Minister f. Ernährung, Landwirtschaft & Verbraucherschutz *Wechsel Ministerpräsident Bayern*
10.02.2009	**Michael Glos** (CSU)	Minister f. Wirtschaft und Technologie *Amtsmüdigkeit*
31.05.2010	**Horst Köhler** (CDU)	Bundespräsident *Amtsmüdigkeit*
30.11.2009	**Franz Josef Jung** (CDU)	Minister f. Arbeit & Soziales *Kunduz-Affäre*
03.03.2011	**Karl-Theodor zu Guttenberg** (CSU)	Verteidigungsminister *Plagiatsäffäre*
12.05.2011	**Rainer Brüderle** (FDP)	Minister f. Wirtschaft und Technologie *Wechsel in den Vorsitz der FDP-Bundestagsfraktion*
17.02.2012	**Christian Wulff** (CDU)	Bundespräsident *Schnäppchenjagd-Affäre*

Rücktritte aus Landesregierungen seit der Gründung der Bundesrepublik

21.06.1950	**Günther Gereke** (CDU)	Minister f. Ernährung, Landwirtschaft & Forsten Niedersachsen *Ostkontakte*
25.06.1951	**Walter Bartram** (CDU)	Ministerpräsident Schleswig-Holstein *Streit um Landeshaushalt*
08.01.1952	**Heinrich Weitz** (CDU)	Finanzminister NRW *Wechsel zum Rheinischen Sparkassenverband*

05.06.1952	**Josef Müller** (CSU)	Justizminister Bayern
		Ungeklärte Oberrabiner-Spende
31.12.1952	**Heinrich Lübke** (CDU)	Minister f. Ernährung, Landwirtschaft & Forsten NRW
		Wechsel zum Raiffeisenverband
25.03.1953	**Gustav Wilhelm Harmssen** (CDU)	Senator f. Wirtschaftsforschung & Außenhandel Bremen
		Persönliche Gründe (Gesundheitszustand)
15.05.1953	**Viktor Renner** (SPD)	Justizminister Ba-Wü
		Protest gegen EVG-Verträge
07.10.1953	**Reinhold Maier** (FDP/DVP)	Ministerpräsident Ba-Wü
		CDU-Sieg bei Bundestagswahl
20.10.1953	**Waldemar Kraft** (GB/BHE)	Finanz- & Justizminister Schleswig-Holstein
		Wechsel in Bundesregierung
01.12.1953	**Otto Krapp** (Zentrum)	Justizminister Niedersachsen
		Unmut über Schulverwaltungsgesetz
02.11.1954	**Paul Wilken** (CDU)	Bausenator Hamburg
		„Persönliche Gründe" (Unfähigkeit)
09.06.1955	**Leonhard Schlüter** (FDP)	Kultusminister Niedersachsen
		Rechtsextreme Gesinnung
23.10.1955	**Johannes Hoffmann** (CVP)	Ministerpräsident Saarland
		Verlorene Volksabstimmung Saarstatut
31.12.1955	**Josef von Fisenne** (CDU)	Bau- & Polizeisenator Hamburg
		SPD-Missbilligungs- & Misstrauensantrag
28.02.1956	**Richard Tantzen** (FDP)	Kultusminister Niedersachsen
		Protest gegen Rede von Kabinettskollegen
26.09.1956	**Heinrich Troeger** (SPD)	Finanzminister Hessen
		Wechsel zur hessischen Landeszentralbank
01.07.1957	**Ernst Breidenbach** (CDU)	Sozial- & Jugendsenator Hamburg
		Persönliche Gründe (Gesundheitszustand)
15.10.1957	**Alois Zimmer** (CDU)	Innen- & Sozialminister RP
		Wahl in den Bundestag
27.10.1957	**Hans-Adolf Asbach** (GB/BHE)	Minister f. Arbeit, Soziales & Vertriebene Schleswig-Holstein
		Differenzen mit Ministerpräsident
21.07.1958	**Wilhelm Simpfendörfer** (CDU)	Kultusminister Ba-Wü
		Persönliche Gründe (Gesundheitszustand)
07.10.1958	**Johannes Degener** (CDU)	Senator f. Wohlfahrt & Gesundheit Bremen
		Persönliche Gründe (Alter)
11.11.1958	**Wilhelm Nowack** (FDP)	Minister f. Finanzen & Wiederaufbau RP
		Vorteilsnahme

09.12.1958	**Gebhard Müller** (CDU)	Ministerpräsident Ba-Wü *Wechsel ans Bundesverfassungsgericht*
22.01.1960	**Hanns Seidel** (CSU)	Ministerpräsident Bayern *Persönliche Gründe (Gesundheitszustand)*
20.12.1960	**Max Brauer** (SPD)	Erster Bürgermeister Hamburg *Persönliche Gründe (Alter)*
06.12.1962	**Ella Kay** (SPD)	Senatorin für Jugend & Sport Berlin *Tod eines Berliner Pflegekinds*
07.01.1963	**Kai-Uwe von Hassel** (CDU)	Ministerpräsident Schleswig-Holstein *Wechsel in die Bundesregierung*
24.06.1963	**Joseph Blank** (CDU)	Minister f. Landesplanung, Wohnungsbau & öffentliche Arbeiten NRW *Persönliche Gründe (Gesundheitszustand)*
24.06.1964	**Rudolf Eberhard** (CSU)	Finanzminister Bayern *Wechsel zur Bayerischen Staatsbank*
24.06.1964	**Paul Strenkert** (CSU)	Minister f. Arbeit & Soziale Fürsorge Bayern *Persönliche Gründe (Gesundheitszustand)*
09.07.1964	**Theodor Maunz** (CSU)	Kultusminister Bayern *NS-Vergangenheit*
24.04.1965	**Hans Mühlenfeld** (FDP)	Kultusminister Niedersachsen *Streit um Niedersachsen-Konkordat*
09.06.1965	**Paul Nevermann** (SPD)	Erster Bürgermeister Hamburg *Eheprobleme*
17.07.1965	**Wilhelm Kaisen** (SPD)	Bürgermeister Bremen *Persönliche Gründe (Alter)*
14.12.1965	**Helmut Schmidt** (SPD)	Innensenator Hamburg *Wechsel in den Bundestag*
16.12.1966	**Kurt Georg Kiesinger** (CDU)	Ministerpräsident Ba-Wü *Wahl zum Bundeskanzler*
18.09.1967	**Bruno Gleitze** (SPD)	Wirtschaftsminister NRW *Rückkehr in die Wissenschaft*
19.09.1967	**Wolfgang Büsch** (SPD)	Innensenator Berlin *Ermordung Benno Ohnesorgs*
26.09.1967	**Heinrich Albertz** (SPD)	Regierender Bürgermeister Berlin *Ermordung Benno Ohnesorgs*
10.03.1969	**Alois Hundhammer** (CSU)	Minister f. Landwirtschaft & Forsten Bayern *Persönliche Gründe (Gesundheitszustand)*
21.03.1969	**Knud Knudsen** (CDU)	Minister f. Wirtschaft & Verkehr Schleswig-Holstein *Amtsmissbrauch/Vorteilsgewährung*

18.05.1969	**Peter Altmeier** (CDU)	Ministerpräsident Rheinland-Pfalz *Persönliche Gründe (Alter)*
31.07.1969	**Wilhelm Blase** (SPD)	Bausenator Bremen *Baulandskandal*
03.10.1969	**Georg-August Zinn** (SPD)	Ministerpräsident Hessen *Persönliche Gründe (Gesundheitszustand)*
04.03.1970	**Carl-Heinz Evers** (SPD)	Schulsenator Berlin *Streit um Schuletat*
08.12.1970	**Fritz Holthoff** (SPD)	Kultusminister NRW *Persönliche Gründe (Gesundheitszustand)*
09.06.1971	**Herbert Weichmann** (SPD)	Erster Bürgermeister Hamburg *Persönliche Gründe (Alter)*
06.04.1972	**Rudi Arndt** (SPD)	Finanzminister Hessen *Wahl zum Frankfurter Oberbürgermeister*
12.09.1972	**Josef Neuberger** (SPD)	Justizminister NRW *Parteiräson*
29.01.1973	**Karl-Heinz Narjes** (CDU)	Minister f. Wirtschaft & Verkehr Schleswig-Holstein *Wahl in den Bundestag*
15.03.1973	**Hans-Hellmuth Qualen** (parteil.)	Finanzminister Schleswig-Holstein *Persönliche Gründe (Alter)*
30.09.1973	**Heinz Ruhnau** (SPD)	Innensenator Hamburg *Wechsel in die Wirtschaft*
08.10.1973	**Werner Best** (SPD)	Minister f. Landwirtschaft & Umwelt Hessen *Hanauer Giftmüllskandal*
30.04.1974	**Peter Schulz** (SPD)	Erster Bürgermeister Hamburg *SPD-Wahlschlappe b. Bürgerschaftswahl*
15.02.1975	**Annemarie Mevissen** (SPD)	Senatorin f. Soziales, Jugend & Sport Bremen *Persönliche Gründe*
14.04.1975	**Heinz Striek** (SPD)	Finanzsenator Berlin *Bauskandal Steglitzer Kreisel*
23.02.1976	**Harry Liehr** (SPD)	Senator für Verkehr und Betriebe Berlin *Personalpolitische Fehlentscheidungen*
10.07.1976	**Hermann Oxfort** (FDP)	Justizsenator Berlin *Flucht von vier RAF-Mitgliedern*
03.10.1976	**Albert Osswald** (SPD)	Ministerpräsident Hessen *Helaba-Skandal*
02.12.1976	**Helmut Kohl** (CDU)	Ministerpräsident Rheinland-Pfalz *Wechsel in die Bundespolitik*
02.05.1977	**Klaus Schütz** (SPD)	Regierender Bürgermeister Berlin *Innerparteiliche Konflikte*

20.10.1977	**Traugott Bender** (CDU)	Justizminister Ba-Wü
		Tote in Stammheim
07.12.1977	**Werner Scherer** (CDU)	Minister f. Kultus, Bildung & Sport Saarland
		Persönliche Gründe (Gesundheitszustand)
17.01.1978	**Friedrich Halstenberg** (SPD)	Finanzminister NRW
		Poullain-WestLB-Affäre
21.02.1978	**Karl Friedrich Schiess** (CDU)	Innenminister Ba-Wü
		Stammheim / Innerparteiliche Konflikte
04.04.1978	**Hans Puvogel** (CDU)	Justizminister Niedersachsen
		NS-Vergangenheit
10.05.1978	**Wilhelm Hahn** (CDU)	Kultusminister Ba-Wü
		Parteiräson
03.07.1978	**Jürgen Baumann** (FDP)	Justizsenator Berlin
		Befreiung Till Meyer (Bewegung 2. Juni)
07.08.1978	**Hans Karl Filbinger** (CDU)	Ministerpräsident Ba-Wü
		NS-Vergangenheit
31.12.1978	**Gerd Lausen** (CDU)	Finanzminister Schleswig-Holstein
		Wechsel zur schlesw.-holst. Landesbank
03.05.1979	**Diether Deneke** (SPD)	Landwirtschaftsminister NRW
		Protest gegen Autobahnbau
25.06.1979	**Hans Seifritz** (SPD)	Bausenator Bremen
		NS-Vergangenheit
26.09.1979	**Frank Dahrendorf** (SPD)	Justizsenator Hamburg
		Stoltzenberg-Skandal
13.11.1979	**Horst-Ludwig Riemer** (FDP)	Wirtschaftsminister NRW
		Innerparteiliche Querelen
13.05.1980	**Willi Görlach** (SPD)	Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten Hessen
		Hoechst-Affäre
04.11.1980	**Walther Leisler Kiep** (CDU)	Finanzminister Niedersachsen
		Wechsel in den Bundestag
15.01.1981	**Dietrich Stobbe** (SPD)	Regierender Bürgermeister Berlin
		Garski-Bauskandal
20.05.1981	**Eduard Pestel** (CDU)	Wissenschaftsminister Niedersachsen
		Rückkehr in die Wissenschaft
25.05.1981	**Hans-Ulrich Klose** (SPD)	Erster Bürgermeister Hamburg
		SPD-Atompolitik
12.06.1981	**Hanna-Renate Laurien** (CDU)	Kultusministerin Rheinland-Pfalz
		Wechsel in den Berliner Senat
18.05.1982	**Wilhelm Nölling** (SPD)	Finanzsenator Hamburg
		Wechsel zur Landeszentralbank Hamburg

14.07.1982	**Werner Klumpp** (FDP)	Minister f. Wirtschaft, Verkehr & Landwirtschaft Saarland *Wechsel z. Sparkassen- u. Giroverband Saar*
04.10.1982	**Gerhard Stoltenberg** (CDU)	Ministerpräsident Schleswig-Holstein *Wechsel in Bundesregierung*
25.08.1983	**Ulrich Rastemborski** (CDU)	Bausenator Berlin *Persönliche Gründe (Überanstrengung)*
02.10.1983	**Hans Otto Bäumer** (SPD)	Landwirtschaftsminister NRW *Differenzen in der Umweltpolitik*
04.10.1983	**Roman Herzog** (CDU)	Innenminister Ba-Wü *Wechsel ans Bundesverfassungsgericht*
05.10.1982	**Waldemar Schreckenberger** (CDU)	Justizminister Rheinland-Pfalz *Wechsel in die Bundesregierung*
04.10.1983	**Edwin Hügel** (FDP)	Minister f. Wirtschaft, Verkehr & Landwirtschaft Saarland *Rücktrittsaufforderung von FDP-Fraktion*
25.10.1983	**Jürgen Girgensohn** (SPD)	Kultusminister NRW *Amtsmüdigkeit*
14.12.1983	**Inge Donnepp** (SPD)	Justizministerin NRW *Persönliche Gründe (Alter)*
22.12.1983	**Walter Henn** (FDP)	Minister f. Wirtschaft, Verkehr & Landwirtschaft Saarland *VSE-Gehaltsaffäre*
09.02.1984	**Richard von Weizsäcker** (CDU)	Regierender Bürgermeister Berlin *Kandidatur Bundespräsidentenamt*
03.05.1984	**Jörg König** (SPD)	Finanzsenator Hamburg *Unfall mit Fahrerflucht*
17.09.1985	**Hans Koschnick** (SPD)	Bürgermeister Bremen *Amtsmüdigkeit*
16.12.1985	**Jürgen Westphal** (CDU)	Minister f. Wirtschaft- & Verkehr Schleswig-Holstein *Rückkehr in Anwaltskanzlei*
07.04.1986	**Klaus Franke** (CDU)	Senator f. Bau- & Wohnungswesen Berlin *Bauskandal*
07.04.1986	**Heinrich Lummer** (CDU)	Innensenator Berlin *Bauskandal*
07.04.1986	**Horst Vetter** (FDP)	Senator f. Stadtentwicklung & Umweltschutz Berlin *Bauskandal*
06.08.1984	**Eva Leithäuser** (SPD)	Justizsenatorin Hamburg *Pinzner-Affäre*

06.08.1984	**Rolf Lange** (SPD)	Innensenator Hamburg *Pinzner-Affäre*
09.06.1987	**Manfred Biermann** (CDU)	Minister f. Wirtschaft- & Verkehr Schleswig-Holstein *WEBA-Affäre*
25.09.1987	**Uwe Barschel** (CDU)	Ministerpräsident Schleswig-Holstein *„Waterkantgate"/Barschel-Affäre*
01.05.1988	**Diether Posser** (SPD)	Finanzminister NRW *Amtsmüdigkeit*
08.06.1988	**Klaus von Dohnanyi** (SPD)	Erster Bürgermeister Hamburg *Amtsmüdigkeit*
31.10.1988	**Wilfried Hasselmann** (CDU)	Innenminister Niedersachsen *Spielbankenaffäre*
09.11.1988	**Wolfgang Knies** (CDU)	Kultusminister Niedersachsen *Innerparteiliche Intrigen*
20.11.1988	**Bernd Meyer** (SPD)	Innensenator Bremen *Gladbecker Geiseldrama*
02.12.1988	**Bernhard Vogel** (CDU)	Ministerpräsident Rheinland-Pfalz *Niederlage bei CDU-Landesvorsitzwahl*
26.09.1989	**Martin Herzog** (CDU)	Wirtschaftsminister Ba-Wü *Wechsel in die Privatwirtschaft*
06.02.1990	**Horst Werner Franke** (SPD)	Kultusminister Bremen *Persönliche Gründe (Gesundheitszustand)*
06.11.1990	**Gottfried Milde** (CDU)	Innenminister Hessen *Abhöraffäre*
13.01.1991	**Lothar Späth** (CDU)	Ministerpräsident Ba-Wü *Traumschiff-Affäre*
02.07.1991	**Gerd Gies** (CDU)	Ministerpräsident Sachsen-Anhalt *Stasi-Intrige*
12.09.1991	**Gerd Brunner** (FDP)	Bundesrats- & Europaminister Sachsen-Anhalt *Stasi-Vergangenheit*
12.09.1991	**Otto Mintus** (CDU)	Agrarminister Sachsen-Anhalt *Stasi-Vergangenheit*
29.09.1991	**Rudolf Krause** (CDU)	Innenminister Sachsen *Stasi-Vorwürfe*
24.01.1992	**Josef Duchac** (CDU)	Ministerpräsident Thüringen *Stasi-Gerüchte*
19.03.1992	**Alfred Gomolka** (CDU)	Ministerpräsident Meckl.-Vorp. *Parteiquerelen / Misstrauensvotum*
27.08.1992	**Hans-Henning Axthelm** (CDU)	Sozialminister Thüringen *Hotel-Affäre*

28. 08.1992	**Willibald Böck** (CDU)	Innenminister Thüringen *Raststätten-Affäre*
10.09.1992	**Hermann Heinemann** (SPD)	Sozialminister NRW *Drehbuch-Affäre*
29.10.1992	**Marianne Birthler** (Grüne)	Bildungsministerin Brandenburg *Streit um Stasi-Verdacht gegen Stolpe*
11.02.1993	**Lothar Kupfer** (CDU)	Innenminister Meckl.-Vorp. *Nazi-Krawalle in Rostock-Lichtenhagen*
23.03.1993	**Günther Jansen** (SPD)	Arbeits- u. Sozialminister Schleswig-Holstein *Schubladen-Affäre*
03.05.1993	**Björn Engholm** (SPD)	Ministerpräsident Schleswig-Holstein *Schubladen-Affäre*
13.05.1993	**Heide Pfarr** (SPD)	Frauenministerin Hessen *Renovierungsaffäre*
27.05.1993	**Max Streibl** (CSU)	Ministerpräsident Bayern *Amigo-Affäre*
05.08.1993	**Jochen Wolf** (SPD)	Bauminister Brandenburg *Dubiose Baugeschäfte*
30.10.1993	**Edgar Meister** (SPD)	Finanzminister RP *Wechsel zur Bundesbank*
02.11.1993	**Berndt Heydemann** (parteilos)	Umweltminister Schleswig-Holstein *Gesundheitszustand, Vorschriften-Streit*
25.11.1993	**Traute Müller** (SPD)	Senatorin f. Stadtentwicklung & Gleichstellung Hamburg *Stasi-Mitarbeit Lebensgefährte*
27.11.1993	**Horst Rehberger** (FDP)	Wirtschaftsminister Sachsen-Anhalt *Gehaltsaffäre*
28.11.1993	**Werner Münch** (CDU)	Ministerpräsident. Sachsen-Anhalt *Gehaltsaffäre*
31.12.1993	**Berndt Heydemann** (parteil.)	Minister f. Umwelt & Natur Schlesw.-Hol. *Fehlender Rückhalt im Kabinett*
20.01.1994	**Annette Fugmann-Heesing** (SPD)	Finanzministerin Hessen *Lotto-Skandal*
16.02.1994	**Peter Gauweiler** (CSU)	Umweltminister Bayern *Spelunken-Affäre*
24.03.1994	**Jutta Limbach** (SPD)	Justizsenatorin Berlin *Wechsel ans Bundesverfassungsgericht*
12.09.1994	**Werner Hackmann** (SPD)	Innensenator Hamburg *Polizei-Affäre*
05.10.1994	**Joschka Fischer** (Grüne)	Umweltminister Hessen *Wechsel in den Bundestag*

15.10.1994	**Rudolf Scharping** (SPD)	Ministerpräsident Rheinland-Pfalz *Wechsel in den Bundestag*
24.01.1995	**Hans Peter Bull** (SPD)	Innenminister Schleswig-Holstein *Rückkehr in die Wissenschaft*
31.01.1995	**Jürgen Gramke** (SPD)	Minister f. Wirtschaft & Technologie Sachsen-Anhalt *Unmut über PDS-Tolerierung*
23.02.1995	**Ralf Fücks** (Grüne)	Umweltsenator Bremen *Piepmatzaffäre / Misstrauensvotum*
10.07.1995	**Heinz Eggert** (CDU)	Innenminister Sachsen *Vorwurf sexueller Belästigung*
18.07.1995	**Marianne Schultz-Hector** (CDU)	Kultur- & Sportministerin Baden-Württemberg *Familiäre Gründe*
20.09.1995	**Iris Blaul** (Grüne)	Ministerin f. Umwelt, Energie, Jugend, Familie & Gesundheit Hessen *Küchenkabinett-Affäre*
01.10.1995	**Klaus-Dieter Kühbacher** (SPD)	Finanzminister Brandenburg *Wechsel z. Landeszentralbank Berlin/Brandenburg*
01.11.1995	**Franz Müntefering** (SPD)	Arbeits- & Sozialminister NRW *Wechsel zum SPD-Bundesgeschäftsführer*
15.11.1995	**Georg von Waldenfels** (CSU)	Finanzminister Bayern *Wechsel in Vorstand der VIAG*
06.05.1996	**Harald Ringstorff** (SPD)	Wirtschaftsminister Meckl.-Vorp. *Übernahme SPD-Fraktionsvorsitz*
25.05.1996	**Helmut Rehhahn** (SPD)	Landwirtschaftsminister Sachsen-Anhalt *Zuschuss-Affäre*
15.10.1996	**Walter Hiller** (SPD)	Sozialminister Niedersachsen *Amtsmüdigkeit*
29.10.1996	**Hinrich Swieter** (SPD)	Finanzminister Niedersachsen *Vorwurf sexueller Nötigung*
14.11.1997	**Edwin Zimmermann** (SPD)	Agrarminister Brandenburg *Backofen-Affäre*
21.09.1997	**Henning Voscherau** (SPD)	Erster Bürgermeister Hamburg *Wahlschlappe bei Bürgerschaftswahl*
22.02.1998	**Margarete Nimsch** (Grüne)	Ministerin f. Umwelt, Energie, Jugend, Familie & Gesundheit Hessen *Ausschreibungsaffäre*
01.03.1998	**Helgrit Fischer-Menzel** (SPD)	Sozialsenatorin Hamburg *Ehegatten-Affäre*

05.05.1998	**Hans Wiesen** (SPD)	Minister f. Ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung & Tourismus Schleswig-Holstein *Persönliche Gründe (Alter)*
27.05.1998	**Johannes Rau** (SPD)	Ministerpräsident NRW *Kandidatur für Bundespräsidentenamt*
14.10.1998	**Hermann Schaufler** (CDU)	Umwelt- & Verkehrsminister Ba-Wü *Gelderzweckentfremdung*
27.10.1998	**Bodo Hombach** (SPD)	Wirtschaftsminister NRW *Wechsel in die Bundesregierung*
28.10.1998	**Peer Steinbrück** (SPD)	Minister f. Wirtschaft, Technologie & Verkehr Schleswig-Holstein *Wechsel in Landesregierung NRW*
03.11.1998	**Matthias Platzeck** (SPD)	Minister f. Umwelt, Naturschutz & Raumordnung Brandenburg *Wahl zum Oberbürgermeister Potsdam*
09.11.1998	**Oskar Lafontaine** (SPD)	Ministerpräsident Saarland *Wechsel in die Bundesregierung*
12.11.1998	**Rainer Brüderle** (FDP)	Minister f. Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft & Weinbau Rheinland-Pfalz *Wechsel in den Bundestag*
10.01.1999	**Christine Hohmann-Dennhardt** (SPD)	Ministerin f. Wissenschaft & Kunst Hessen *Wechsel ans Bundesverfassungsgericht*
09.03.1999	**Reinhard Rauball** (SPD)	Justizminister NRW *Disziplinarvergehen als Notar*
17.08.1999	**Peter Caesar** (FDP)	Justizminister Rheinland-Pfalz *Persönliche Gründe (Gesundheitszustand)*
04.09.1999	**Alfred Sauter** (CSU)	Justizminister Bayern *Immobilienaffäre*
16.09.1999	**Ulrich Nölle** (SPD)	Finanzsenator Bremen *Persönliche Gründe (Gesundheitszustand)*
26.11.1999	**Gerhard Glogowski** (SPD)	Ministerpräsident Niedersachsen *Verdacht auf Vorteilsannahmen*
27.01.2000	**Heinz Schleußer** (SPD)	Finanzminister NRW *WestLB-Flugaffäre*
24.03.2000	**Christa Thoben** (CDU)	Senatorin f. Wissenschaft, Forschung & Kultur Berlin *mangelnde Finanzausstattung*
31.03.2000	**Rosemarie Raab** (SPD)	Schulsenatorin Hamburg *Amtsmüdigkeit*

07.09.2000	**Franz Josef Jung** (CDU)	Minister in der Staatskanzlei Hessen *CDU-Finanzskandal*
12.09.2000	**Steffen Heitmann** (CDU)	Justizminister Sachsen *Verdacht auf Verletzung des Dienstgeheimnisses*
17.10.2000	**Wolfgang Hackel** (CDU)	Kulturminister Brandenburg *Kritik an Nebentätigkeiten*
23.11.2000	**Klaus Meiser** (CDU)	Innenminister Saarland *Beihilfe zur Untreue*
30.01.2001	**Barbara Stamm** (CSU)	Ministerin f. Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit Bayern *BSE-Skandal*
31.01.2001	**Matthias Gabriel** (SPD)	Wirtschaftsminister Sachsen-Anhalt *Differenzen um Subventionspolitik*
17.04.2001	**Detlev Samland** (SPD)	Europaminister NRW *Steuerhinterziehung*
17.04.2001	**Rolf Eggert** (SPD)	Wirtschaftsminister Meckl.-Vorp. *Wechsel z. Landeszentralbank Hamburg*
28.05.2001	**Hartmuth Wrocklage** (SPD)	Innensenator Hamburg *Vorwurf Vetternwirtschaft*
13.07.2001	**Bernd Schulte** (CDU)	Senator f. Inneres, Kultur & Sport Bremen *Innerparteiliche Kritik*
20.08.2001	**Marlies Mosiek-Urbahn** (CDU)	Sozialministerin Hessen *Trennung vom Ehemann*
20.09.2001	**Klaudia Martini** (SPD)	Ministerin f. Umwelt & Forsten Rheinland-Pfalz *Wechsel in die Privatwirtschaft*
16.01.2002	**Karin Schubert** (SPD)	Justizministerin Sachsen-Anhalt *Wechsel in den Berliner Senat*
28.02.2002	**Florian Gerster** (SPD)	Minister f. Arbeit, Soziales, Familie & Gesundheit Rheinland-Pfalz *Wechsel zur Bundesanstalt für Arbeit*
18.04.2002	**Kurt Biedenkopf** (CDU)	Ministerpräsident Sachsen *Rabatt-, Miet- und andere Affären*
26.06.2002	**Manfred Stolpe** (SPD)	Ministerpräsident Brandenburg *Amtsmüdigkeit*
23.07.2002	**Kurt Schelter** (CDU)	Justizminister Brandenburg *Gerüchte über dubiose Immobiliengeschäfte*
29.08.2002	**Gregor Gysi** (PDS)	Senator f. Wirtschaft, Arbeit & Frauen Berlin *Bonusmeilenaffäre*

11.11.2002	**Wolfgang Fürniß** (CDU)	Wirtschaftsminister Brandenburg *Kredit-Affäre*
28.03.2003	**Claus Möller** (SPD)	Minister f. Finanzen & Energie SH *Persönliche Gründe (Alter)*
18.06.2003	**Christine Weber** (CDU)	Sozialministerin Sachsen *Persönliche Gründe (Gesundheitszustand)*
17.11.2003	**Rudolf Lange** (FDP)	Bildungssenator Hamburg *Streit um Kindertagesstätten*
07.04.2004	**Peter Strieder** (SPD)	Stadtentwicklungssenator Berlin *Tempodrom-Affäre*
25.04.2004	**Heide Moser** (SPD)	Ministerin f. Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz Schleswig-Holstein *Persönliche Gründe (Gesundheitszustand)*
01.07.2004	**Walter Döring** (FDP)	Wirtschaftsminister Ba-Wü *FlowTex-Affäre*
13.07.2004	**Hartmut Perschau** (CDU)	Senator f. Wirtschaft & Häfen Bremen *Persönliche Gründe (Gesundheitszustand)*
22.07.2004	**Corinna Werwigk-Hertneck** (FDP)	Justizministerin Ba-Wü *FlowTex-Affäre*
24.10.2004	**Christoph Palmer** (CDU)	Staatsminister Ba-Wü *Ohrfeigen für Parteifreund*
25.02.2005	**Walter Zuber** (SPD)	Innen- und Sportminister Rheinland-Pfalz *Persönliche Gründe (Gesundheitszustand)*
15.04.2005	**Monika Hohlmeier** (CSU)	Kultusministerin Bayern *CSU-Wahlfälschungsaffäre*
12.05.2005	**Peter Gloystein** (CDU)	Senator f. Wirtschaft und Häfen Bremen *Sekt-Entgleisung*
05.10.2005	**Annette Schavan** (CDU)	Ministerin f. Kultus, Jugend & Sport Ba-Wü *Wechsel in den Bundestag*
08.11.2005	**Henning Scherf** (SPD)	Bürgermeister Bremen *Amtsmüdigkeit*
22.11.2005	**Ursula von der Leyen** (CDU)	Ministerin f. Soziales, Frauen, Familie & Gesundheit Niedersachsen *Wechsel in die Bundesregierung*
29.11.2005	**Otto Wiesheu** (CSU)	Minister f. Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr & Technologie Bayern *Wechsel zur Deutschen Bahn AG*
01.02.2006	**Andreas Renner** (CDU)	Minister f. Arbeit & Soziales Ba-Wü *kirchenkritische Äußerungen*
22.02.2006	**Jens Eckhoff** (CDU)	Senator f. Bau, Umwelt & Verkehr Bremen *Persönliche Gründe*

13.09.2006	**Barbara Ludwig** (SPD)	Ministerin f. Wissenschaft & Kunst Sachsen *Wahl zur Oberbürgermeisterin Chemnitz*
11.10.2006	**Karin Röpke** (SPD)	Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales Bremen *Tod Kevins*
20.11.2006	**Jürgen Zöllner** (SPD)	Minister f. Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur Rheinland-Pfalz *Wechsel in Berliner Senat*
29.11.2006	**Frank Szymanski** (SPD)	Minister f. Infrastruktur & Raumordnung Brandenburg *Wahl zum Oberbürgermeister Cottbus*
31.12.2006	**Wolfgang Peiner** (CDU)	Finanzsenator Hamburg *Rückzug aus der Politik*
03.09.2007	**Hanspeter Georgi** (CDU)	Minister f. Wirtschaft & Arbeit Saarland *Persönliche Gründe (Alter)*
03.09.2007	**Jürgen Schreier** (CDU)	Kultur- & Bildungsminister Saarland *Wechsel auf CDU-Fraktionsvorsitz*
30.09.2007	**Edmund Stoiber** (CSU)	Ministerpräsident Bayern *Innerparteiliche Querelen*
30.09.2007	**Horst Metz** (CDU)	Finanzminister Sachsen *Sachsen-LB-Affäre*
23.10.2007	**Michael Breuer** (CDU)	Minister f. Bundesangelegenheiten, Europa & Medien NRW *Wechsel z. Rheinisch. Sparkassenverband*
15.01.2008	**Ralf Stegner** (SPD)	Innenminister Schleswig-Holstein *Zerwürfnis mit Ministerpräsidenten*
06.04.2008	**Willi Lemke** (SPD)	Senator f. Inneres & Sport Bremen *Berufung z. UN-Sonderberaters f. Sport im Dienste von Frieden und Entwicklung*
27.05.2008	**Georg Milbradt** (CDU)	Ministerpräsident Sachsen *Sachsen-LB-Affäre*
01.08.2008	**Helma Orosz** (CDU)	Sozialministerin Sachsen *Wahl zur Oberbürgermeisterin Dresden*
03.10.2008	**Harald Ringstorff** (SPD)	Ministerpräsident Meckl.-Vorp. *Persönliche Gründe (Alter)*
03.10.2008	**Sigrid Keler** (SPD)	Finanzministerin Meckl.-Vorp. *Persönliche Gründe (Alter)*
03.10.2008	**Otto Ebnet** (SPD)	Minister f. Bau & Landesentwicklung Meckl.-Vorp. *Persönliche Gründe (Alter)*
11.02.2009	**Oliver Wittke** (CDU)	Verkehrs- & Bauminister NRW *Verkehrsdelikt*

18.02.2009	**Walter Hirche** (FDP)	Minister f. Wirtschaft, Arbeit & Verkehr Niedersachsen *Persönliche Gründe (Alter)*
30.04.2009	**Thilo Sarrazin** (SPD)	Finanzsenator Berlin *Wechsel zur Bundesbank*
29.03.2009	**Werner Marnette** (CDU)	Minister f. Wissenschaft, Wirtschaft & Verkehr Schleswig-Holstein *HSH Nordbank-Desaster*
06.07.2009	**Ingolf Deubel**	Finanzminister Rheinland-Pfalz *Finanzdesaster „Nürburgring 2009“*
10.02.2010	**Günther Oettinger** (CDU)	Ministerpräsident Ba-Wü *Wechsel zur EU-Kommission*
11.02.2010	**Ralf Nagel** (SPD)	Senator für Wirtschaft & Häfen, Justiz & Verfassung Bremen *Wechsel z. Verbandes Deutscher Reeder*
17.03.2010	**Michael Freytag** (CDU)	Finanzsenator Hamburg *Amtsmüdigkeit*
12.10.2009	**Petra Wernicke** (CDU)	Ministerin f. Landwirtschaft & Umwelt Sachsen-Anhalt *Persönliche Gründe (Gesundheitszustand)*
15.10.2009	**Heidi Knake-Werner** (Linke)	Senatorin f. Integration, Arbeit & Soziales Berlin *Persönliche Gründe (Alter)*
27.10.2009	**Philipp Rösler** (FDP)	Minister f. Wirtschaft, Arbeit & Verkehr Niedersachsen *Wechsel in die Bundesregierung*
22.12.2009	**Gerlinde Kuppe** (SPD)	Ministerin f. Gesundheit & Soziales Sachsen-Anhalt *Familiäre Gründe*
17.10.2010	**Astrid Grotelüschen** (CDU)	Ministerin f. Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz & Landesentwicklung Niedersachsen *Dumpinglohnaffäre*
30.06.2010	**Christian Wulff** (CDU)	Ministerpräsident Niedersachsen *Wahl zum Bundespräsidenten*
25.08.2010	**Ole von Beust** (CDU)	Erster Bürgermeister Hamburg *Amtsmüdigkeit*
31.08.2010	**Roland Koch** (CDU)	Ministerpräsident Hessen *Wechsel in die Wirtschaft*
31.08.2010	**Silke Lautenschläger** (CDU)	Ministerin f. Umwelt, Energie, Landwirtschaft & Verbraucherschutz Hessen *Wechsel in die Wirtschaft*

23.09.2010	**Rainer Speer** (SPD)	Innenminister *Laptop-Affäre*
27.01.2011	**Holger Rupprecht** (SPD)	Minister f. Bildung, Jugend & Sport Brandenburg *Dienstwagenaffäre*
24.02.2011	**Jutta Lieske** (SPD)	Ministerin f. Infrastruktur & Landwirtschaft Brandenburg *Persönliche Gründe (Gesundheitszustand)*
09.08.2011	**Peter Müller** (CDU)	Ministerpräsident Saarland *Wechsel ans Bundesverfassungsgericht*
12.10.2011	**Willi Stächele** (CDU)	Landtagspräsident BaWü *Verfassungsbruch als Landesfinanzminister bei EnBW-Rückkauf*
03.11.2011	**Georg Fahrenschon** (CSU)	Finanzminister Bayern *Wechsel z. Sparkassen- und Giroverband*
12.12.2011	**Michael Braun** (CDU)	Justiz- u. Verbraucherschutzsenator Berlin Dubiose Immobiliengeschäfte
20.03.2012	**Roland Wöller** (CDU)	Minister f. Kultus & Sport Sachsen *Kritik am Sparkurs der Landesregierung*

LITERATUR

Nicht aufgenommen sind Periodika, Plenarprotokolle der Parlamente, Nachschlagewerke und allgemeine Darstellungen.

Augstein, Rudolf (Hrsg.): *Überlebensgroß Herr Strauß. Ein Spiegelbild.* Reinbek bei Hamburg 1980.

Baring, Arnulf: *Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel.* Stuttgart 1982.

Baring, Arnulf / Schöllgen, Gregor: *Kanzler, Krisen, Koalitionen.* Berlin 2002.

Barzel, Rainer: *Die Tür blieb offen.* Bonn 1998.

Baumeister, Brigitte (mit Dietmar Brück): *Welchen Preis hat die Macht? Eine Frau zwischen Kohl und Schäuble.* München 2004.

Bebenburg, Pitt von / Matthias Thieme: Ausgekocht. *Hinter den Kulissen hessischer Machtpolitik.* Frankfurt am Main 2010.

Berger, Peter / Spilcker, Axel: *Der Skandal. Der Müll, die Stadt und die Spenden.* Köln 2003.

Beucker, Pascal / Krüger, Anja: *Die verlogene Politik. Macht um jeden Preis.* München 2010.

Beucker, Pascal / Überall, Frank: *Die Beamtenrepublik. Der Staat im Würgegriff seiner Diener?* Frankfurt am Main 2004.

Bösch, Frank: *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945-1969.* München 2001.

Brandt, Willy: *Erinnerungen.* Mit den „Notizen zum Fall G". Erweiterte Ausgabe. Berlin, Frankfurt am Main 1994.

Brauchitsch, Eberhard von: *Der Preis des Schweigens. Erfahrungen eines Unternehmers.* Berlin 1999.

Braun, Joachim: *Der unbequeme Präsident.* Mit einem Vorwort von Siegfried Lenz. Karlsruhe 1972.

Brie, André: *Ich tauche nicht ab.* Berlin 1996.

Cornelsen, Dirk: *Ankläger im Hohen Haus. Die Grünen im Bundestag.* Essen 1986.

CSU-Landesleitung (Hg.): *Rotbuch. Wer ist Willy Brandt? Wer ist Herbert Wehner?* (Broschüre), München 1973.

Die Grünen, Landesverband Nordrhein-Westfalen: *Nationalsozialistische Vergangenheit und grüne Zukunft. Arbeitsergebnisse der a. o. Landesversammlung in Hilden/Langenfeld, 23./24. April 1983*. Düsseldorf 1983.

Ditfurth, Jutta: *Krieg, Atom, Armut. Was sie reden, was sie tun: Die Grünen*. Berlin 2011.

Dyck, Joachim; Jens, Walter; Ueding, Gert (Hrsg.): *Rhetorik. Ein internationales Jahrbuch.* Tübingen 1992.

Ehmke, Horst: *Mittendrin. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit.* Berlin 1994.

Ebbighausen, Rolf / Neckel, Sighard (Hrsg.): *Anatomie des politischen Skandals.* Frankfurt am Main 1989.
Engelmann, Bernt: *Schwarzbuch. Das Kohl & Co-Komplott.* Göttingen 1986.
Eppler, Erhard: *Komplettes Stückwerk. Erfahrungen aus fünfzig Jahren Politik.* Überarb. u. akt. Taschenbuchausgabe, Frankfurt am Main 2001.
Eppler, Erhard: *Das Schwerste ist Glaubwürdigkeit. Gespräche über ein Politikerleben mit Freimut Duve.* Reinbek bei Hamburg 1978.
Farthmann, Friedhelm: *Blick voraus im Zorn. Aufruf zu einem radikalen Neubeginn der SPD.* Düsseldorf 1996.
Filbinger, Hans: *Die geschmähte Generation. Politische Erinnerungen.* 3. erg. u. überarb. Auflage, München 1994.
Fischer, Jörn: *Ministerrücktritte in der Bundesrepublik Deutschland 1983 – 2002. Eine quantitative Analyse.* Unveröffentlichte Diplomarbeit am Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft der Uni Köln 2004.
Fischer, Joschka: *Die rot-grünen Jahre. Deutsche Außenpolitik – vom Kosovo bis zum 11. September.* Köln 2007.
Fülberth, Georg: *„Doch wenn sich die Dinge ändern" – Die Linke.* 2. Auflage, Köln 2009.
Gammelin, Cerstin / Hamann, Götz: *Die Strippenzieher. Manager, Minister, Medien – Wie Deutschland regiert wird.* Berlin 2005.
Genscher, Hans-Dietrich: *Erinnerungen.* Berlin 1995.
Geyer, Matthias / Kurbjuweit, Dirk / Schnibben, Cordt: *Operation Rot-Grün. Geschichte eines politischen Abenteuers.* München 2005.
Giordano, Ralph: *Die zweite Schuld oder von der Last Deutscher zu sein.* Neuausgabe zum 75. Geburtstag des Autors, Hamburg 1998.
Goergen, Fritz: *Skandal FDP. Selbstdarsteller und Geschäftemacher zerstören eine politische Idee.* Köln 2004.
Goetz, John / Neumann, Conny / Schröm, Oliver: *Allein gegen Kohl, Kiep & Co.. Die Geschichte einer unerwünschten Ermittlung.* Berlin 2000.
Graw, Ansgar / Lessenthin, Martin: *Lothar Späth. Politik, Wirtschaft und die Rolle der Medien.* Zürich 1991.
Guillaume, Günter: *Die Aussage.* Protokolliert von Günter Karau. Ostberlin 1988.
Gysi, Gregor: *Das war's. Noch lange nicht! Autobiographische Notizen.* München 2001.
Gysi, Gregor: *Über Gott und die Welt. Gregor Gysi im Gespräch mit Daniela Dahn, Lothar de Maizière, Hans-Otto-Bräutigam und Lothar Bisky.* Berlin 1999.
Gysi, Gregor (Hrsg.): *Wir brauchen einen dritten Weg. Selbstverständnis und Programm der PDS.* Hamburg 1990.
Hachmeister, Lutz: *Nervöse Zone. Politik und Journalismus in der Berliner Republik.* München 2007.
Hammelmann, Winfried / Northeim, Sven: *Die Selbstbedienungs-Republik. Steckbriefe: Unsere Skandalpolitiker und ihre Affären.* Frankfurt am Main 1994.
Hauff, Volker: *Sprachlose Politik. Von der Schwierigkeit, nachdenklich zu sein.* Frankfurt am Main 1979.
Heinemann, Gustav W.: *Einspruch. Ermutigung für entschiedene Demokraten.* Bonn 1999.

Heinemann, Gustav W.: *Es gibt schwierige Vaterländer. Aufsätze und Reden 1919-1969.* München 1988.
Heringer, Hans Jürgen: *„Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort". Politik – Sprache – Moral.* München 1990.
Herles, Wolfgang, *Das Saumagen-Syndrom. Die Deutschen und ihre Politiker.* München 1994.
Hirsch, Rudolf: *Der Markus-Wolf-Prozess. Eine Reportage.* Berlin 1994.
Hoell, Joachim: *Oskar Lafontaine. Provokation und Politik. Eine Biografie.* Braunschweig 2004.
Hofmann, Gunter / Perger, Werner A. (Hrsg.): *Die Kontroverse. Weizsäckers Parteienkritik in der Diskussion.* Frankfurt am Main 1992.
Hübner, Wolfgang / Strohschneider, Tom: *Lafontaines Linke. Ein Rettungsboot für den Sozialismus?* Berlin 2007.
Jacoby, Edmund: *Lexikon linker Leitfiguren. Frankfurt am Main/Wien* 1989.
Jörges, Hans-Ulrich: *Regierung verzweifelt gesucht. Zwischenrufe zum Zustand der Berliner Republik.* Berlin 2009.
Kilz, Hans Werner / Preuss, Joachim: *Flick. Die gekaufte Republik.* Reinbek bei Hamburg 1983.
Kipping, Katja: *Ausverkauf der Politik. Für einen demokratischen Aufbruch.* Berlin 2009.
Knabe, Hubertus: *Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen.* Berlin 1999.
König, Jens: *Gregor Gysi. Eine Biographie.* Berlin 2005.
König, Johann-Günter: *Die Lobbyisten. Wer regiert uns wirklich?* Düsseldorf 2007.
Köpf, Peter: *STO!BER. Die Biografie.* Akt. Taschenbuchausgabe, München 2002.
Kohl, Helmut: *Mein Tagebuch 1998 – 2000.* München 2000.
Konrad-Adenauer-Stiftung: *Kleine Geschichte der CDU.* Stuttgart 1995.
Kraushaar, Wolfgang: *Revolte und Reflexion. Politische Aufsätze 1976 –1987.* Frankfurt am Main 1990.
Kuby, Erich (Hrsg.): *Franz Josef Strauß. Ein Typus unserer Zeit.* Wien/München 1963.
Kunze, Reiner: *Deckname „Lyrik".* Frankfurt am Main 1990.
Lafontaine, Oskar: *Die Wut wächst. Politik braucht Prinzipien.* München 2002.
Lafontaine, Oskar: *Das Herz schlägt links.* München 1999.
Lahann, Birgit: *Genosse Judas. Die zwei Leben des Ibrahim Böhme.* Berlin 1992.
Langguth, Gerd: *Horst Köhler. Biografie*. München 2007.
Langguth, Gerd: *Angela Merkel. Aufstieg zur Macht.* Akt. u. erw. Neuausgabe, München 2007.
Langguth, Gerd: *Das Innenleben der Macht. Krise und Zukunft der CDU.* München 2001.
Leif, Thomas / Speth, Rudolf (Hg.): *Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland.* Wiesbaden 2006.
Leinemann, Jürgen: *Höhenrausch. Die wirklichkeitsleere Welt der Politiker.* Aktualisierte Taschenbuchausgabe. München 2005.
Lepsius, Oliver / Meyer-Kalkus, Reinhart: Inszenierung als Beruf. Der Fall Guttenberg. Berlin 2011.

Leuschner, Udo: *Die Geschichte der FDP.* Münster 2005.
Leyendecker, Hans / Prantl, Heribert / Stiller, Michael: *Helmut Kohl, die Macht und das Geld.* Göttingen 2000.
Leyendecker, Hans: *Die Korruptionsfalle. Wie unser Land im Filz versinkt.* Reinbek bei Hamburg 2003.
Leyendecker, Hans (Hrsg.): *Das Lambsdorff-Urteil.* Göttingen 1988.
Liedtke, Rüdiger: *Skandal-Chronik. Das Lexikon der Affären und Skandale in Wildwest-Deutschland.* Frankfurt am Main 1987.
Lohse, Eckart / Wehner, Markus: *Guttenberg. Biographie.* München 2011.
Lübbe, Hermann: *Vom Parteigenossen zum Bundesbürger. Über beschwiegene und historisierte Vergangenheiten.* Paderborn 2007.
Maizière, Lothar de: *Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen.* Meine Geschichte der deutschen Einheit. Freiburg im Breisgau 2010.
Meng, Richard: *Der Medienkanzler. Was bleibt vom System Schröder?* Frankfurt am Main 2002.
Moreau, Patrick: PDS. *Anatomie einer postkommunistischen Partei.* Bonn 1992.
Niejahr, Elisabeth / Pörtner, Rainer: *Joschka Fischers Pollenflug und andere Spiele der Macht. Wie Politik wirklich funktioniert.* Frankfurt am Main 2004.
Nishida, Makoto: *Strömungen in den Grünen (1980-2003): Eine Analyse über informell-organisierte Gruppen innerhalb der Grünen.* Münster 2005.
Oltmanns, Reimar: *Möllemänner oder die opportunistischen Liberalen.* Frankfurt am Main 1988.
Otto, Kim / Adamek, Sascha: *Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben.* Köln 2008.
Papke, Gerhard: *Liberale Ordnungskraft, nationale Sammlungsbewegung oder Mittelstandspartei? Die FDP-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946-1966.* Düsseldorf 1998.
Philipp, Michael: *Persönlich habe ich mir nichts vorzuwerfen. Politische Rücktritte in Deutschland von 1950 bis heute.* München 2007.
PIZZA (Hrsg.): *Odranoel. Die Linke – zwischen den Welten.* Hamburg 1992.
Plogstedt, Sibylle / Bode, Kathleen: *Übergriffe. Sexuelle Belästigung in Büros und Betrieben.* Eine Dokumentation der Grünen Frauen im Bundestag. Reinbek bei Hamburg 1984.
Pötzl, Norbert F.: *Der Fall Barschel. Anatomie einer deutschen Karriere.* Reinbek bei Hamburg 1988.
Radcke, Antje: *Das Ideal und die Macht. Das Dilemma der Grünen.* Berlin 2001.
Ramge, Thomas: *Die großen Polit-Skandale. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik.* Frankfurt am Main / New York 2003.
Raschke, Joachim: *Die Zukunft der Grünen. „So kann man nicht regieren".* Frankfurt am Main 2001.
Reuth, Ralf Georg*: IM „Sekretär. Die „Gauck-Recherche" und die Dokumente zum „Fall Stolpe".* Frankfurt am Main 1992.
Roth, Claudia: *Das Politische ist privat. Erinnerungen für die Zukunft.* Berlin 2006.
Rupps, Martin: *Troika wider Willen. Wie Brandt, Wehner und Schmidt die Republik regierten.* Berlin 2004.

Scheuch, Erwin K. / Scheuch, Ute: *Die Spendenkrise – Parteien außer Kontrolle.* Hamburg 2000.
Schlötterer, Wilhelm: *Macht und Missbrauch. Von Strauß bis Seehofer. Ein Insider packt aus.* Erw. und akt. Taschenbucherstausgabe. München 2010.
Schmidt-Eenboom, Erich: *Geheimdienst, Politik und Medien. Meinungsmache Undercover.* Berlin 2004.
Schmidt, Helmut: *Außer Dienst. Eine Bilanz.* München 2008.
Schreiber, Hermann: *Kanzlersturz. Warum Willy Brandt zurücktrat.* München 2003.
Schreiber, Hermann / Sommer, Frank: *Gustav Heinemann, Bundespräsident.* Mit einem Vorwort von Günter Grass. Frankfurt am Main 1969.
Schreiber, Jürgen: *Meine Jahre mit Joschka. Nachrichten von fetten und mageren Zeiten.* Berlin 2007.
Schröder, Gerhard: *Entscheidungen. Mein Leben in der Politik.* Akt. u. erw. Taschenbuchausgabe, Berlin 2007.
Schumacher, Hajo: *Roland Koch. Verehrt und verachtet.* Frankfurt am Main 2004.
Schuler, Thomas: *Strauß. Die Biographie einer Familie.* Frankfurt am Main 2006.
Schütze, Christian: *Skandal. Eine Psychologie des Unerhörten.* Bern / München 1985.
Schütz, Klaus: *Logenplatz und Schleudersitz. Erinnerungen.* Berlin / Frankfurt am Main 1992.
Schwelien, Michael: *Joschka Fischer. Eine Karriere.* Hamburg 2000.
Seiffert, Jeanette: *Die 68er in der SPD.* Bonn 2009.
Siever, Holger: *Kommunikation und Verstehen. Der Fall Jenninger als Beispiel einer semiotischen Kommunikationsanalyse.* Frankfurt am Main / Berlin/ Bern / Bruxelles / New York / Oxford / Wien 2001.
Simmert, Christian (mit Volker Engels): *Die Lobby regiert das Land.* Berlin 2002.
Steinbrück, Peer: *Unterm Strich.* Hamburg 2010.
Überall, Frank: *Abgeschmiert. Wie Deutschland durch Korruption heruntergewirtschaftet wird.* Köln 2011.
Überall, Frank: *Der Klüngel in der politischen Kultur Kölns.* Bonn 2007.
Volmer, Ludger: *Die Grünen. Von der Protestpartei zur etablierten Partei – Eine Bilanz.* München 2009.
Walter, Franz: *Gelb oder Grün? Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland.* Bielefeld 2010.
Walter, Franz: *Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration.* Bielefeld 2009.
Walter, Franz: *Charismatiker und Effizienzen. Porträts aus 60 Jahren Bundesrepublik.* Frankfurt am Main 2009.
Walter, Franz: *Die SPD. Biographie einer Partei.* Reinbek bei Hamburg 2009.
Wolf, Markus: *Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen.* Düsseldorf 1997.
Wollenberger, Vera: *Virus der Heuchler. Innenansicht aus Stasi-Akten.* Berlin 1992.
Wette, Wolfram (Hg.): *Filbinger – eine deutsche Karriere.* Springe 2006.
Zastrow, Volker: *Die Vier. Eine Intrige.* Berlin 2009.

ANHANG

Personenverzeichnis

Adenauer, Konrad 10, 24, 27, 31, 37, 46ff., 168, 182, 185, 222, 246f., 275f., 338
Adolphi, Wolfram 306, 309
Ahlers, Conrad 330
Albertz, Heinrich 184, 344
Albrecht, Ernst 244
Althaus, Dieter 13
Altmeier, Peter 27, 345
Al-Wazir, Tarek 170
Anda, Bela 330
Apel, Hans 322
Arentz, Hermann-Josef 123ff., 130
Arndt, Rudi 333, 345
Asbach, Hans-Adolf 343
Augstein, Rudolf 14, 95, 156
Axhausen, Petra 231
Axthelm, Hans-Henning 103, 348

Bäumer, Hans Otto 347
Bahro, Rudolf 266, 294
Bangemann, Martin 340
Baretti, Christian 230ff.,
Baring, Arnulf 12, 46, 322
Barschel, Uwe 17, 85, 194, 234ff., 348
Bartling, Heiner 113
Bartram, Walter 342
Barzel, Rainer 81, 154, 323, 340
Bastian, Gert 291f.
Bauer, Fritz 242
Baum, Gerhart Rudolf 63f., 236, 340
Baumann, Jürgen 346
Baumeister, Brigitte 192
Baur, Martin 203, 324
Baur, Friedrich 225
Baur, Kathi 225
Bebenburg, Pitt von 23
Beckmann, Lukas 291f.
Beck, Kurt 262, 330
Beck, Volker 187f.
Bender, Traugott 346
Berg, Manfred 166
Best, Werner 345
Beust, Achim-Helge von 189, 275
Beust, Ole von 10, 25f., 30, 169f., 188ff., 275, 355
Biciste, Manfred 201f.
Biermann, Manfred 348
Biedenkopf, Kurt 24f., 27, 32, 177, 179, 352
Birthler, Marianne 53ff., 349
Birkenstock, Reinhard 280
Blank, Joseph 344
Blase, Wilhelm 345
Blaul, Iris 100f., 350
Blömer, Richard 204f.
Blume, Markus 229f.
Bode, Kathleen 176
Böck, Willibald 349
Böger, Klaus 146
Böhme, Erich 181
Böhme, Manfred Ibrahim 298ff.
Böhrnsen, Jens 78ff.
Bölling, Klaus 330
Böll, Heinrich 288
Boenisch, Peter 330, 340
Börner, Rainer 304f.
Boetticher, Christian von 8
Bohley, Bärbel 291
Borm, William 287ff.
Braband, Jutta 297f.
Brandt, Willy 9, 29ff., 37, 43ff., 53, 67f., 70, 86ff., 151, 155, 268, 271, 287ff., 322, 330, 339

Brauchitsch, Eberhard von 285
Brauer, Max 344
Braun, Michael 356
Breidenbach, Ernst 343
Brentano, Heinrich von 182, 339
Breuer, Michael 354
Brie, André 306
Broder, Henryk M. 72
Brüderle, Rainer 342, 351
Brunnhuber, Georg 145
Brunner, Gerd 348
Bsirske, Frank 153
Bubis, Ignatz 159
Bucher, Ewald 339
Büsch, Wolfgang 344
Busch, George W. 149
Bull, Hans Peter 350
Burgmann, Dieter 294

Caesar, Peter 351
Carstens, Karl 269
Chatzimarkakis, Georgis 166
Claus, Roland 309f.
Clement, Wolfgang 24, 33f., 113ff., 202, 279
Czaja, Mario 165

Drabiniok, Dieter 268
Däubler-Gmelin, Hertha 149f.
Dahlgrün, Rolf 339
Dahrendorf, Frank 346
Dammeyer, Manfred 117
Degener, Johannes 343
Dehler, Thomas 91f.
Deneke, Diether 41ff., 346
Deubel, Ingolf 355
Diekmann, Kai 334
Diepgen, Eberhard 186
Ditfurth, Jutta 294
Doerfert, Hans-Joachim 135ff.
Doetsch, Holger 329
Dönitz, Karl 327
Döring, Walter 18, 353
Dohnanyi, Klaus von 348
Donnepp, Inge 347
Dregger, Alfred 157, 214, 217f., 270, 274
Drexler, Wolfgang 145
Duchac, Josef 106, 348
Dudek, Jürgen 75
Dürig, Günter 248

Eberhard, Rudolf 20, 344
Ebnet, Otto 354
Eckhoff, Jens 353
Edathy, Sebastian 142
Eggert, Heinz 25, 177ff., 350
Eggert, Rolf 352
Ehard, Hans 249
Engelmann, Michael 171f.
Engholm, Björn 37, 68, 85, 237ff., 240f., 349
Epple-Waigel, Irene 171
Eppler, Erhard 30, 43ff., 50, 257, 288, 339
Erhard, Ludwig 24, 44, 84, 248, 339
Ertl, Josef 340
Essen, Jörg van 61, 272
Evers, Carl-Heinz 345
Eylmann, Horst 60

Fahrenholz, Peter 227
Fahrenschon, Georg 356
Feddersen, Jan 186f.
Feldenkirchen, Markus 70
Filbinger, Hans Karl 252ff., 269, 346
Fischer, Andrea 35f., 342
Fischer, Dirk 172
Fischer, Jörn 17
Fischer, Joschka 35f., 94, 100, 133, 185, 292, 294, 349
Fischer-Lescano, Andreas 162
Fischer-Menzel, Helgrit 350
Fisenne, Josef von 343
Flach, Ulrike 130, 212
Flämig, Gerhard 283f.
Fleischer, Ari 149
Fleischhauer, Jan 163
Franke, Horst Werner 348
Franke, Klaus 347

Frayn, Michael 86
Frenzel, Alfred 277f.
Frey, Gerhard 252
Freytag, Michael 355
Friderichs, Hans 20, 340
Friedhoff, Paul K. 213
Friedman, Michel 209
Fuchs, Anke 169
Fuchs, Michael 148
Fücks, Ralf 350
Fürniß, Wolfgang 103, 353
Fürst, Gebhard 145f.
Fürstner, Wolfgang 335
Fugmann-Heesing, Annette 349
Funcke, Liselotte 341
Funke, Karl-Heinz 35f., 342

Gabert, Volkmar 250
Gabriel, Matthias 352
Gabriel, Sigmar 113
Gallert, Wulf 173
Gansäuer, Jürgen 131
Gauck, Joachim 56
Gauweiler, Peter 225, 333, 349
Gebhardt, Stefan 172f.
Gehb, Jürgen, 148
Gehring, Christoph 330f.
Geißler, Heiner 103, 151, 259, 340
Geldner, Karl 322
Genscher, Hans-Dietrich 29, 59, 88f., 91, 206f., 311, 340f.
Georgi, Hanspeter 354
Gereke, Günther 342
Gerhardt, Wolfgang 61f., 149
Gerstenmaier, Eugen 339
Gerster, Florian 20, 352
Geyer, Matthias 21
Gies, Gerd 348
Giordano, Ralph 246
Girgensohn, Jürgen 347
Gleitze, Bruno 344
Globke, Hans 247
Glogowski, Gerhard 109ff., 351
Glos, Michael 160, 342
Glotz, Peter 70, 334
Gloystein, Peter 325f., 353
Görlach, Willi 346
Goergen, Fritz 210, 212, 214
Göttgen, Hans-Georg 139
Gomolka, Alfred 348
Goppel, Alfons 249f.
Gramke, Jürgen 350
Grams, Wolfgang 81ff.
Grass, Günter 288
Graw, Ansgar 106
Grob, Burkhart 108
Gröger, Walter 256ff.
Grolman, Helmuth von 183f., 338
Grotelüschen, Astrid 355
Güßgen, Florian 12
Guillaume, Günter 87ff., 91
Guttenberg, Karl Theodor Freiherr von und zu 160
Guttenberg, Karl-Theodor zu 9f., 12, 159ff., 327f., 342
Gysi, Gregor 71, 118ff., 305, 308, 310, 352

Hackel, Wolfgang 103, 352
Hackmann, Werner 349
Häberle, Peter 163
Haedke, Joachim 230ff.
Hahn, Wilhelm 346
Haider, Jörg 208
Halstenberg, Friedrich 346
Hamm-Brücher, Hildegard 209, 250
Hansen, Karl-Heinz 267
Harmssen, Gustav Wilhelm 343
Hartz, Peter 132
Hassel, Kai-Uwe von 339, 344
Hasselfeldt, Gerda 341
Hasselmann, Wilfried 348
Hauff, Volker 158
Heck, Bruno 339
Heinemann, Gustav 9, 34, 44, 46ff., 90, 338f.,
Heinemann, Hermann 349
Heitmann, Steffen 352
Hellwege, Heinrich 338
Henn, Walter 347

Henning, Ottfried 86
Herles, Wolfgang 18, 330
Herold, Horst 89
Herzog, Martin 348
Herzog, Roman 34, 249, 252, 324, 347
Heubl, Franz 233
Heydemann, Berndt 349
Hiller, Walter 350
Hillinger, Jörg 195
Hirsch, Burkhard 59ff., 63
Hirsch, Ralf 291
Hirche, Walter 355
Hochhuth, Rolf 254ff., 262f.
Hoffmann, Johannes 343
Hoffmann, Gert 113
Hoffmann, Heiko 85
Hofmann, Gunter 304
Hohlmeier, Monika 194, 221ff., 353
Hohmann-Dennhardt, Christine 351
Holthoff, Fritz 345
Holzer, Dieter 320
Hombach, Bodo 332, 341, 351
Hondrich, Karl Otto 193
Honecker, Erich 291
Hoyer, Werner 60,
Huber, Antje 340
Hügel, Edwin 347
Hugo, Victor 65
Hundhammer, Alois 175
Hundhammer, Alois (CSU) 344
Hunzinger, Moritz 18, 40, 119

Jansen, Günther 240, 349
Janssen, Jann-Peter 130f.
Jasper, Dieter 165
Jenninger, Philipp 153ff., 286, 340
Jens, Walter 288
Joffe, Josef 330
Jung, Franz Josef 342, 352
Jungk, Robert 288

Kaisen, Wilhelm 31, 344
Kaiser, Kerstin 309
Kanter, Adolf 284ff.
Kanther, Manfred 83, 214ff.
Käßmann, Margot 15f.
Kay, Ella 344
Keler, Sigrid 354
Kelly, Petra 288, 291f.
Kempf, Eberhard 221
Kiechle, Ignaz 341
Kiesinger, Kurt Georg 222, 253, 269, 344
Kiesl, Erich 227
Kilz, Hans Werner 336
Kinkel, Klaus 59
Klarsfeld, Beate 269
Klein, Hans 304
Kleinert, Detlef 58f.
Klimmt, Reinhard 70, 133ff., 341
Klose, Hans-Ulrich 346
Klumpp, Werner 20, 347
Knake-Werner, Heidi 355
Knabe, Hubertus 285, 294f.
Knabe, Wilhelm 294
Knies, Wolfgang 348
Knudsen, Knud 344
Koch, Karl-Heinz 274
Koch-Mehrin, Silvana 165f.
Koch, Roland 10, 22f., 26, 30, 101, 152f., 170, 217, 274, 355
Köhler, Erich 338
Köhler, Horst 9, 140ff., 337, 342
König, Jens 121f.
König, Jörg 347
Kogon, Eugen 244
Kohl, Helmut 19, 23, 27, 29, 33, 57, 59, 81, 83f., 86, 103f., 107, 117, 133, 148, 152, 154, 178, 183, 185, 195ff., 207f., 239, 259, 284f., 301f., 315, 317f., 330, 334, 345
Konken, Michael 97, 335
Koschnick, Hans 31, 347
Krämer, Herbert Günter 259
Kraft, Hannelore 73
Kraft, Waldemar 343
Kramer, Helmut 242
Krantz, Günther 324
Krapp, Otto 343
Krause, Günther 59, 315ff., 341

Krause, Rudolf 177, 348
Kraushaar, Wolfgang 269
Kretschmann, Winfried 145f., 262
Krüger, Hans 247f., 338
Kubicki, Wolfgang 206
Kühbacher, Klaus-Dieter 350
Kühnert, Hanno 336
Künast, Renate 138, 293, 342
Kuhl, Hans-Joachim 210f.
Kunckel, Karl-Heinz 180
Kunze, Reiner 299
Kupfer, Lothar 349
Kuppe, Gerlinde 355

Lafontaine, Oskar 21f., 34, 36ff., 64ff., 122, 134ff., 151, 167f., 288, 326, 332, 334, 341, 351
Lambsdorff, Otto Graf 18, 29, 206, 213, 334, 340
Lanfermann, Heinz 61
Langguth, Gerd 143
Lang, Karl 106
Lang, Oliver 180
Lange, Rolf 348
Lange, Rudolf 353
Latsch, Gunther 26
Laurien, Hanna-Renate 346
Lausen, Gerd 346
Lautenschläger, Silke 355
Laux, Lothar 329
Leber, Georg 94f., 340
Leicht, Robert 143, 196
Leinemann, Jürgen 27, 264, 335
Leisler Kiep, Walther 195, 346
Leithäuser, Eva 347
Lepsius, Oliver 163
Lemke, Willi 354
Lenz, Hans 338
Lenz, Siegfried 53
Leyendecker, Hans 83, 98, 212f.
Leyen, Ursula von der 353
Lessenthin, Martin 106
Leussink, Hans 339
Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine 9, 58ff., 341
Liebich, Stefan 121
Liehr, Harry 345
Lieske, Jutta 356
Limbach, Jutta 349
Löffler, Martin 335
Lötzsch, Gesine 122
Lohr, Helmut 104
Lohse, Eckart 161
Lorenzo, Giovanni di 94
Lübbe, Herrmann 245f.
Lübke, Heinrich 20, 31, 140ff., 278, 338f., 343
Lücke, Paul 339
Lüder, Wolfgang 155
Ludwig, Barbara 354
Lummer, Heinrich 347

Maihofer, Werner 340
Maizière, Lothar de 300ff., 315, 341
Marnette, Werner 355
Mathiopoulos, Margarita 30
Martini, Klaudia 352
Matthiesen, Klaus 115
Mauz, Gerhard 252
Maunz, Theodor 248ff., 344
Maier, Reinhold 343
Maier, Winfried 195
Mayer, Wenzel 101
McAllister, David 97
Mayer-Vorfelder, Gerhard 134
McCloy, John 48
Meiser, Klaus 135ff., 352
Mehde, Veith 93
Meister, Edgar 349
Mende, Erich 266, 339
Merkel, Angela 19, 21, 59, 122, 126, 128, 142, 147, 163, 165, 191f., 195, 262, 296, 319, 327, 330
Merz, Friedrich 123, 147, 272f.
Metz, Horst 354
Mevissen, Annemarie 345
Meyer, Bernd 348
Meyer, Günter 179
Meyer, Laurenz 116, 122ff., 146f., 149, 327

Mielke, Erich 303
Mischnick, Wolfgang 338
Milbradt, Georg 23ff., 354
Milde, Gottfried 348
Mintus, Otto 348
Mißfelder, Philipp 332f.
Modrow, Hans 301
Möllemann, Jürgen W. 134, 194, 205ff., 341
Möller, Alex 339
Möller, Claus 353
Mommsen, Hans 262
Moreau, Patrick 306
Moser, Heide 353
Mosiek-Urbahn, Marlies 170f., 352
Mühlenfeld, Hans 344
Müller, Christa 167
Müller, Gebhard 254, 344
Müller, Herbert 217
Müller, Josef 343
Müller, Peter 137, 139, 271, 356
Müller, Rolf 170
Müller, Traute 281ff., 349
Mulroney, Brian 194
Münch, Werner 102, 349
Müntefering, Franz 118, 148, 202, 341f., 350

Nagel, Ralf 355
Nahles, Andrea
Narjes, Karl-Heinz
Naumann, Michael 19f., 341
Neuberger, Josef 345
Nevermann, Knut 169
Nevermann, Paul 169f., 344
Newrzella, Michael 81ff.
Nickels, Christa 176
Niejahr, Elisabeth 13f.
Nieting, Clemens 172
Niklas, Curt 228, 230
Nilius, Klaus 240
Nimsch, Margarethe 101f., 350
Nixon, Richard 235
Nölle, Ulrich 351
Nölling, Wilhelm 346
Nollau, Günther 87ff.
Nord, Thomas 309
Nowack, Wilhelm
Nye, Joseph S.

Oberländer, Theodor
Oesterle-Schwerin, Jutta 185
Oettinger, Günther 144f., 261f., 355
Özdemir, Cem 18, 119
Orosz, Helma 354
Ortleb, Rainer 341
Osswald, Albert 345
Oxfort, Hermann 345

Palmer, Christoph 11, 353
Pape, Joachim 79
Pau, Petra 122
Pawlik, Matthias 229
Peiner, Wolfgang 354
Perschau, Hartmut 353
Pestel, Eduard 346
Petzold, Kurt Olaf 255f.
Pfahls, Ludwig-Holger 194f.
Pfarr, Heide 99f., 349
Pfeiffer, Joachim 11
Pfeiffer, Reiner 237ff.
Philipp, Michael 14, 92f.
Pilati-Borggreve, Kristina Gräfin 38f.
Pinkwart, Andreas 212
Platzeck, Matthias 10, 351
Plogstedt, Sibylle 176
Podiuk, Hans 230, 233
Pörtner, Rainer 13f.
Polenz, Ruprecht 126, 142
Poppe, Gerd 299
Posser, Diether 50f., 114, 348
Postel, Gert 238
Potthast, Gaby 292
Prantl, Heribert 26
Priggen, Reiner 125
Puvogel, Hans 242ff., 346
Qualen, Hans-Hellmuth 345

Raab, Rosemarie 351
Rauball, Reinhard 9

Rau, Johannes 24, 32ff., 36, 41f., 50, 114ff., 351
Raab, Rosemarie 351
Ranke-Heinemann, Uta 288
Rastemborski, Ulrich 347
Ravens, Karl 340
Redeker, Konrad 249f.
Rehberger, Horst 349
Rehhahn, Helmut 350
Reinecke, Stefan 67, 71
Reißmüller, Georg 334
Renner, Andreas 144ff., 353
Renner, Viktor 343
Renz, Thomas Maria 145
Riedl, Erich 134, 228
Riege, Gerhard 303f.
Riemer, Horst-Ludwig 346
Ringstorff, Harald 350, 354
Röpke, Karin 77ff., 354
Rösler, Philipp 355
Röttgen, Norbert 94
Rohde, Helmut 340
Roth, Claudia 26, 119
Rühe, Volker 302
Ruhnau, Heinz 20, 345
Runge, Jürgen-Bernd 290
Rüther, Norbert 194, 199ff.
Rüttgers, Jürgen 118, 124f., 129
Rupprecht, Holger 356
Rusche, Herbert 185, 190

Savelberg, Rob 191f.
Samland, Detlev 352
Sarrazin, Thilo 355
Sauerland, Adolf 73ff.
Sauter, Alfred 351
Sayn-Wittgenstein-Berleburg, Casimir Johannes Prinz zu 214ff.
Scharnagl, Karl 227
Schädler, Johannes 101
Schäuble, Wolfgang 81, 191ff., 195, 198, 260f., 301, 315, 341
Scharon, Ariel 209
Scharping, Rudolf 18, 36ff., 70, 135, 350
Schartau, Harald 202
Schaufler, Hermann 351
Schavan, Annette 190, 262, 353
Scheel, Walter 269, 338f.
Schelter, Kurt 103, 352
Scherer, Werner 346
Scherf, Henning 31, 353
Schierholz, Henning 294
Schiess, Karl Friedrich 346
Schill, Ronald Barnabas 188f.
Schiller, Karl 43ff., 339
Schily, Otto 57, 268, 291
Schlauch, Rezzo 120, 158
Schleußer, Heinz 113ff., 351
Schlöndorff, Volker 20
Schlüter, Leonhard 343
Schmidt, Harald 38
Schmidt, Helmut 44f., 53, 67f., 91f., 95, 151, 183, 237, 330, 344
Schmidt, Renate 108
Schmidt-Jortzig, Edzard 63
Schmidt-Wittmack, Karlfranz 275ff.
Schmitt, Ingo 146
Schneider, Dirk 291ff.
Schnur, Wolfgang 296
Schönbohm, Jörg 96
Scholl, Hans-Otto 311ff.
Schreckenberger, Waldemar 347
Schreiber, Karlheinz 192, 194f., 205, 223
Schreier, Jürgen 354
Schrempp, Jürgen 17
Schröder, Gerhard 19, 21, 33ff., 40, 57, 65ff., 94, 110f., 133, 137, 147, 149ff., 170, 272, 330, 332f.
Schröder, Hiltrud (heute wieder: Hiltrud Hansen) 170
Schröder-Köpf, Doris 170
Schuberth, Hans 338
Schubert, Karin 353
Schulte, Bernd 352
Schult, Reinhard 309
Schultz-Hector, Marianne 350
Schulz, Peter 345
Schütz, Klaus 345

Schuster, Wolfgang 11
Schwarzer, Alice 15
Schwarz, Henning 85
Schwarz-Schilling, Christian 341
Seehofer, Horst 21f., 171, 191f., 342
Seidel, Hanns 249, 251, 344
Seifert, Uwe 180
Seifritz, Hans 246
Seimetz, Hermann 145
Seiters, Rudolf 81ff., 341
Seitz, Norbert 153
Simonis, Heide 26f.
Simpfendörfer, Wilhelm 343
Sölle, Dorothee 288
Solms, Hermann-Otto 29, 58f., 207, 213
Späth, Lothar 103ff., 260, 333, 348
Speer, Rainer 356
Stächele, Willi 355
Staeck, Klaus 158
Stamm, Barbara 352
Stammberger, Wolfgang 60, 338
Starke, Heinz 338
Staudte, Wolfgang 244f.
Stegner, Ralf 354
Steinbrück, Peer 24, 326f., 351
Stiller, Michael 233f.
Stobbe, Dietrich 346
Stoiber, Edmund 21f., 28, 60, 107, 133, 142, 149, 171, 224ff., 354
Stoltenberg, Gerhard 84ff., 236, 341, 347
Stolpe, Manfred 54ff., 313, 352
Stratmann, Eckhard 268
Strauß, Franz Georg 223
Strauß, Franz Josef 17, 23, 31, 72, 99, 107f., 152, 154, 190, 194, 207, 221ff., 338
Strauß, Max 223, 228, 230
Streibl, Max 107ff., 224, 226, 349
Strenkert, Paul 344
Strieder, Peter 353
Striek, Heinz 345
Ströbele, Hans-Christian 292
Struck, Peter 133, 138, 322
Stuckart, Wilhelm 265
Stützer, Hermann 63
Süssmuth, Rita 103, 340
Swieter, Hinrich 350
Szymanski, Frank 354

Tantzen, Richard 343
Tenhagen, Hermann-Josef 317
Teske, Knut 235
Teufel, Erwin 27f., 32, 106, 190, 262
Thieme, Matthias 23
Thierse, Wolfgang 66, 120f., 147ff., 152, 202, 220
Thoben, Christa 351
Thümler, Thorsten 96f.
Töpfer, Klaus 341
Traublinger, Heinrich 229
Trienekens, Hellmuth 203, 323
Trittin, Jürgen 141f., 146f.
Troeger, Heinrich 20, 343

Uhlenbruch, Kurt 278
Uhl, Hans-Jürgen 132f.
Ullmann, Wolfgang 305
Ulmer, Roland 19
Unseld, Siegfried 19

Vetter, Horst 347
Viereck, Ingolf 131f.
Vogel, Bernhard 28f., 348
Vogel, Hans-Jochen 156, 299, 340
Vogel, Rolf 219
Vogel, Werner 263ff.
Voigt, Karsten 307
Volkert, Klaus 132
Vollmann, Wilhelm 278ff.
Vollmer, Antje 291
Voscherau, Henning 25, 350

Wand, Kurt 281ff.
Wagenknecht, Sahra 167
Waigel, Theo 86, 133, 171, 224
Waldenfels, Georg von 350
Wallmann, Walter 22, 217, 340
Wallner, Hans 173ff.

Walter, Franz 37
Weber, Christine 353
Weichmann, Herbert 345
Weiland, Severin 76
Weiss, Christina 58
Weitz, Heinrich 20, 342
Weizsäcker, Richard von 154, 270, 274, 288f., 347
Wehner, Herbert 31, 68, 72, 85, 89ff., 222, 273, 284, 322
Wehner, Markus 161
Wellinghausen, Walter 188
Welnhofer, Peter 230
Wendhausen, Hans-Hermann 131ff.
Wendt, Rainer 75, 148f.
Wernicke, Petra 355
Werwigk-Hertneck, Corinna 18, 353
Wessel, Helene 50f.
Westerwelle, Guido 10, 62, 142, 149, 190f., 208f., 272
Westphal, Jürgen 347
Wettig-Danielmeier, Inge 202
Weyrauch, Horst 216ff.
Wienand, Karl 286, 322ff.
Wieczorek-Zeul, Heidemarie 37
Wiesen, Hans 351
Wiesheu, Otto 15, 353
Wilken, Paul 343
Wischnewski, Hans-Jürgen 339
Wittke, Oliver 354
Wöller, Roland 356
Wörner, Manfred 340
Wolf, Jochen 103, 313f., 349
Wolf, Markus 277, 284, 286, 289, 294
Wolf, Udo 294
Wowereit, Klaus 186f., 189f., 287
Wrocklage, Hartmuth 352
Wulff, Christian 75, 94, 112f., 170, 342, 355

Zimmer, Alois 343
Zimmermann, Edwin 103, 350
Zimmermann, Friedrich 12f.
Zinn, Georg-August 22, 345
Zöllner, Jürgen 354
Zuber, Walter 10, 353